

Einladung / Tagesordnung

Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Tourismus

Sitzungstermin: Mittwoch, 04.11.2020, 17:00 Uhr

Sitzungsort: Beratungsraum 1a/b, Rathausanbau, Neuer Markt 1, 18055 Rostock

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
- 2 Änderung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 07.10.2020
- 4 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 14.10.2020
- 5 Beschlussvorlagen**
 - 5.1 Beschluss über die Feststellung des Jahresabschlusses 2019 für den kommunalen Eigenbetrieb Tourismuszentrale Rostock & Warnemünde 2020/BV/1109
 - 5.2 Aufgabenstellung Realisierungswettbewerb "Zentraler Bereich Stadthafen Rostock" 2020/BV/1496
 - 5.3 Ergänzungsbeschluss der Haushaltssatzungen der Hanse- und Universitätsstadt Rostock und des Städtebaulichen Sondervermögens für das Sanierungsgebiet Stadtzentrum Rostock für das Haushaltsjahr 2021 2020/BV/1591
- 6 Informationsvorlagen**
 - 6.1 Schaffung einer koordinierenden Struktur für die Region polregion Rostock 2020/IV/1453
- 7 Verschiedenes**
 - 7.1 Abstimmung zu den Terminvorschlägen der Ausschusssitzungen für 2021

8 Schließen der Sitzung

Nichtöffentlicher Teil

9 Verschiedenes

9.1 Informationen des Amtes für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Wirtschaft

9.2 Informationen der Ausschussvorsitzenden

Anke Knitter
Ausschussvorsitzende

Plätze für Besucherinnen und Besucher sind beim Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Wirtschaft, Telefon 0381 381-6139 oder per E-Mail bettina.vollmer@rostock.de bis zum 04. November 2020, 12.00 Uhr, zu reservieren.

Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass aufgrund der aktuellen Umstände für Gäste und VertreterInnen der Medien insgesamt nur eine begrenzte Anzahl Plätze zur Verfügung steht. Die Vergabe der Plätze erfolgt in der Reihenfolge der Eingänge der Anmeldungen.

Gemäß § 7 mit Anlage 36 der Verordnung der Landesregierung zur weiteren schrittweisen Lockerung der coronabedingten Einschränkungen des öffentlichen Lebens in Mecklenburg-Vorpommern (Corona-Lockerungs-LVO M V) werden die anwesenden Personen in einer Anwesenheitsliste mit Vor- und Familienname sowie vollständiger Anschrift und Telefonnummer erfasst.

Die Anwesenheitsliste wird gemäß vorgenannter Verordnung im Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Wirtschaft für die Dauer von vier Wochen nach Ende der Sitzung aufbewahrt und ist der zuständigen Gesundheitsbehörde im Sinne des § 2 Absatz 1 Infektionsschutzausführungsgesetz Mecklenburg-Vorpommern auf Verlangen vollständig herauszugeben.

Weiterhin wird für die Durchführung der Sitzung dringend auf die Einhaltung der Regelungen des § 7 mit Anlage 36 der Corona-Lockerungs-LVO M V hinsichtlich der gestiegenen hygienischen Anforderungen sowie des Einhaltens des Mindestabstands von 1,5 Metern zwischen Personen verwiesen.

Termine und Fristen für die Sitzungen der Bürgerschaft und des Hauptausschusses für das Jahr 2021

B ü r g e r s c h a f t	Tagesordnungs- frist	Hauptausschuss	Ausschuss für Wirtschaft und Tourismus
20.01.2021, 16.00 Uhr	11.01.2021, 12.00 Uhr	12.01.2021, 17.00 Uhr	13.01.2021, 17.00 Uhr, BR 1a/b
Sitzungspause		23.02.2021, 17.00 Uhr	24.02.2021, 17.00 Uhr, BR 1a/b
03.03.2021, 16.00 Uhr	22.02.2021, 12.00 Uhr	Sitzungspause	
21.04.2021, 16.00 Uhr	12.04.2021, 12.00 Uhr	13.04.2021, 17.00 Uhr	07.04.2021, 17.00 Uhr, BR 1a/b
19.05.2021, 16.00 Uhr	07.05.2021, 12.00 Uhr	04.05.2021, 17.00 Uhr	05.05.2021, 17.00 Uhr, BR 1a/b
16.06.2021, 16.00 Uhr	07.06.2021, 12.00 Uhr	08.06.2021, 17.00 Uhr	02.06.2021, 17.00 Uhr, BR 1a/b
Sitzungspause			
18.08.2021, 16.00 Uhr	09.08.2021, 12.00 Uhr	03.08.2021, 17.00 Uhr	04.08.2021, 17.00 Uhr, BR 2
29.09.2021, 16.00 Uhr	20.09.2021, 12.00 Uhr	14.09.2021, 17.00 Uhr	15.09.2021, 17.00 Uhr, BR 1a/b
Sitzungspause		19.10.2021, 17.00 Uhr	
03.11.2021, 16.00 Uhr	25.10.2021, 12.00 Uhr	16.11.2021, 17.00 Uhr	20.10.2021, 17.00 Uhr, BR 2
01.12.2021, 16.00 Uhr	22.11.2021, 12.00 Uhr	14.12.2021, 17.00 Uhr	24.11.2021, 17.00 Uhr, BR 1a/b

Entscheidendes Gremium: Bürgerschaft fed. Senator/-in: OB, Claus Ruhe Madsen Federführendes Amt: Eigenbetrieb TZR & W	Beteiligt: Büro des Oberbürgermeisters Zentrale Steuerung Kämmereiamt Senatsbereich 2 Finanzen, Digitalisierung und Ordnung	
Beschluss über die Feststellung des Jahresabschlusses 2019 für den kommunalen Eigenbetrieb Tourismuszentrale Rostock & Warnemünde		
Geplante Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
07.10.2020	Rechnungsprüfungsausschuss	Vorberatung
19.11.2020	Finanzausschuss	Vorberatung
04.11.2020	Ausschuss für Wirtschaft und Tourismus	Vorberatung
02.12.2020	Bürgerschaft	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

1. Der Jahresabschluss zum Bilanzstichtag 31.12.2019 des kommunalen Eigenbetriebes Tourismuszentrale Rostock & Warnemünde ist in der von der Möhrle Happ Luther GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüften Fassung mit einem Jahresfehlbetrag von 1.429.743,01 EUR festgestellt.
2. Dieser Jahresfehlbetrag wird durch die Hanse- und Universitätsstadt Rostock ausgeglichen. Hierzu wird eine Verrechnung mit den bereits geleisteten Abschlagszahlungen in Höhe von 1.430.000,00 EUR stattfinden. Die Ausgleichsüberzahlung in Höhe von 256,99 EUR wird an die Hanse- und Universitätsstadt Rostock zurückgezahlt.
3. Dem Tourismusdirektor des Eigenbetriebes Tourismuszentrale Rostock & Warnemünde wird für das Geschäftsjahr 2019 Entlastung erteilt.

Beschlussvorschriften:

Verordnung über die Eigenbetriebe der Gemeinden M – V (EigVO) § 6 Abs. 2 Nr. 3
 Kommunalverfassung Mecklenburg-Vorpommern § 22 (3),

bereits gefasste Beschlüsse:

./.

Sachverhalt:

Der Jahresabschluss 2019 wurde durch den kommunalen Eigenbetrieb Tourismuszentrale Rostock & Warnemünde erstellt und durch die Möhrle Happ Luther GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüft und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk mit Datum vom 25.05.2020 versehen.

Der für das Wirtschaftsjahr 2019 vorgesehene Ausgleichbedarf belief sich auf 1.430.000,00 EUR. Im Geschäftsjahr ergab sich ein Jahresfehlbetrag in Höhe von 1.429.743,01 EUR. Die Hanse- und Universitätsstadt Rostock hat Vorauszahlungen auf diesen Verlust in Höhe von 1.430.000,00 EUR geleistet. Diese wurden zum Bilanzstichtag als Verbindlichkeit bilanziert. Der Ausgleich erfolgt erst mit der Beschlussfassung der Bürgerschaft. Nach Saldierung des Ausgleichsbedarfes und der Vorauszahlungen durch die Hanse- und Universitätsstadt Rostock ergibt sich eine Ausgleichsüberzahlung in Höhe von 256,99 EUR, welche an die Hanse- und Universitätsstadt Rostock zurückzuzahlen ist.

Weiterhin erhielt die Tourismuszentrale einen Zuschuss von der Hanse- und Universitätsstadt Rostock in Höhe von 100.000,00 EUR für die Erarbeitung einer Neukonzeptionierung der Hanse Sail und für die Erstellung eines Sicherheitskonzeptes für das Ostseebad Warnemünde. Im Geschäftsjahr wurden 58.250,00 EUR in die Überprüfung und Anpassung des Veranstaltungskonzeptes der Hanse Sail investiert. Die Verbindlichkeit gegenüber der Hanse- und Universitätsstadt Rostock beträgt somit zum Stichtag 31.12.2019 noch 41.750,00 EUR.

Der Prüfungsbericht zum Jahresabschluss 2019 gibt im Einzelnen Aufschluss über die wirtschaftliche Betätigung der Tourismuszentrale Rostock & Warnemünde.

Finanzielle Auswirkungen:

Verbindlichkeit gegenüber der Hanse- und Universitätsstadt Rostock per 31.12.2019 in Höhe von 256,99 EUR.

Claus Ruhe Madsen

Anlagen

1	79690_Bericht final_TZR 2019MD	öffentlich
---	--------------------------------	------------



Bericht

über die Prüfung des Jahresabschlusses
zum 31. Dezember 2019 und des Lageberichtes
für das Wirtschaftsjahr 2019

des Eigenbetriebs

Tourismuszentrale Rostock & Warnemünde, Rostock

Die vorliegende PDF-Datei haben wir auf Wunsch unseres Mandanten erstellt.

Wir weisen darauf hin, dass maßgeblich für unsere Berichterstattung über die oben genannte Prüfung ausschließlich unser Bericht in der unterzeichneten Originalfassung ist.

Da nur der gebundene und von uns unterzeichnete Bericht das berufsrechtlich verbindliche Ergebnis unserer Prüfung darstellt, können wir für die inhaltliche Richtigkeit und Vollständigkeit der Ihnen als PDF-Datei überlassenen Berichtsversion keine Haftung übernehmen.

Hinsichtlich der Weitergabe an Dritte weisen wir darauf hin, dass sich unsere Verantwortlichkeit - auch gegenüber Dritten - allein nach den Auftragsbedingungen im Bericht (Allgemeine Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften in der Fassung vom 1. Januar 2017) richtet.



INHALTSVERZEICHNIS

1.	Prüfungsauftrag	1
2.	Grundsätzliche Feststellungen	2
2.1	Stellungnahme zur Lagebeurteilung der Tourismusdirektion	2
2.2	Feststellungen gemäß § 321 Abs. 1 Satz 3 HGB i. V. m. § 14 Abs. 2 KPG	5
2.2.1	Entwicklungsbeeinträchtigende Tatsachen oder Tatsachen, die wesentliche Stützungsmaßnahmen des Einrichtungsträgers erfordern können	5
2.2.2	Unrichtigkeiten und Verstöße in der Rechnungslegung und Verstöße gegen sonstige Vorschriften	5
3.	Rechtliche und wirtschaftliche Grundlagen	5
4.	Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung	6
4.1	Gegenstand der Prüfung	6
4.2	Art und Umfang der Prüfungsdurchführung	7
5.	Feststellungen zur Rechnungslegung	10
5.1	Buchführung und zugehörige Unterlagen	10
5.2	Vorjahresabschluss	10
5.3	Jahresabschluss	11
5.4	Lagebericht	11
6.	Gesamtaussage des Jahresabschlusses	12
6.1	Wesentliche Bewertungsgrundlagen und deren Änderungen	12
6.2	Sachverhaltsgestaltende Maßnahmen	12
6.3	Feststellungen zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses	12
7.	Wirtschaftliche Verhältnisse	13
7.1	Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Eigenbetriebs	13
7.1.1	Ertragslage	13
7.1.2	Vermögenslage	14



7.1.3 Finanzlage	15
7.2 Wirtschaftsplan	16
8. Feststellungen aus Erweiterungen des Prüfungsauftrags um die Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Tourismusedirektion und der wirtschaftlichen Verhältnisse gemäß § 13 Abs. 3 Kommunalprüfungsgesetz M-V i. V. m. § 53 HGrG	17
9. Sonstige Feststellungen	18
9.1 Sachverhalte mit einigem Gewicht	18
9.2 Überschuldung und drohende Zahlungsunfähigkeit	18
9.3 Bereichsrechnungen	18
9.4 Bürgschaften, Garantien und sonstige Gewährleistungen	19
9.5 Eigenkapital	19
9.6 Verbindlichkeiten	19
9.7 Derivative Geschäfte	19
9.8 Beihilfen	19
9.9 Vergaberecht und Ausschreibungsverfahren	20
9.10 Betriebsführungs- und Geschäftsbesorgungsverträge	20
9.11 Geschäftsführerbezüge	20
9.12 Erklärungen der Mitglieder des Aufsichtsorgans zu Geschäftsbeziehungen mit der prüfungspflichtigen Einrichtung	21
10. Wiedergabe des Bestätigungsvermerks	22
11. Schlussbemerkung	29



ANLAGEN

1. Bilanz zum 31. Dezember 2019
2. Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2019
3. Finanzrechnung für das Geschäftsjahr 2019
4. Anhang für das Wirtschaftsjahr 2019
5. Lagebericht für das Wirtschaftsjahr 2019
6. Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers
7. Rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse
8. Aufgliederungen und Erläuterungen der Posten des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2019
9. Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und der wirtschaftlichen Verhältnisse - Fragenkatalog zur Prüfung nach § 53 HGrG (nach IDW 720)
10. Soll-/ Ist-Vergleich zum Wirtschaftsplan bzw. Erfolgs- und Vermögensplan für das Berichtsjahr
11. Übersicht über die Entwicklung der Kredite 2019
12. Erfolgsübersicht für das Jahr 2019
13. Allgemeine Auftragsbedingungen



ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

AO	Abgabenordnung
AV-JAP	Allgemeine Vertragsbedingungen für die Jahresabschlussprüfung kommunaler Wirtschaftsbetriebe
DRS	Deutscher Rechnungslegungsstandard
EDV	Elektronische Datenverarbeitung
EGHGB	Einführungsgesetz zum Handelsgesetzbuch
EigVO	Verordnung über die Eigenbetriebe der Gemeinden (Eigenbetriebsverordnung EigVO M-V vom 14. Juli 2017)
EigVOVV	Verwaltungsvorschrift zur Eigenbetriebsverordnung M-V
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
HGB	Handelsgesetzbuch
HGrG	Haushaltsgrundsätzegezet
IDW	Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V., Düsseldorf
KAG	Kommunalabgabengesetz Mecklenburg-Vorpommern
KPG	Kommunalprüfungsgesetz Mecklenburg-Vorpommern
KV M-V	Kommunalverfassung Mecklenburg-Vorpommern
LFI	Landesförderinstitut Mecklenburg-Vorpommern, Schwerin
LRH	Landesrechnungshof Mecklenburg-Vorpommern



M-V	Mecklenburg-Vorpommern
PH	Prüfungshinweis des IDW
PS	Prüfungsstandard des IDW
TZR&W	Tourismuszentrale Rostock & Warnemünde, Rostock



An die Tourismuszentrale Rostock & Warnemünde, Rostock:

1. Prüfungsauftrag

Der Landesrechnungshof Mecklenburg-Vorpommern erteilte uns gemäß § 13 Abs. 2 Kommunalprüfungsgesetz im Namen und für Rechnung des Eigenbetriebes

Tourismuszentrale Rostock & Warnemünde, Rostock,

-im Folgenden auch kurz "TZR&W" oder "Eigenbetrieb" genannt-

mit Vertrag vom 13. Februar 2019 den Auftrag, den Jahresabschluss des Eigenbetriebs zum 31. Dezember 2019 unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht zu prüfen.

Die Tourismuszentrale Rostock & Warnemünde ist ein Eigenbetrieb der Hanse- und Universitätsstadt Rostock und gemäß §§ 11 Abs. 1 und 13 Abs. 1 KPG sowie nach § 7 der Satzung nach handelsrechtlichen Vorschriften prüfungspflichtig.

Im Rahmen der Prüfung des Jahresabschlusses wurden wir beauftragt, weitergehende, gesetzlich nicht geforderte Aufgliederungen und Erläuterungen zu einzelnen Posten des Jahresabschlusses abzugeben. Wir haben diese ergänzenden Aufgliederungen und Erläuterungen in der Anlage 8 dieses Prüfungsberichts dargestellt.

Ergänzend wurden wir damit beauftragt, in diesen Prüfungsbericht eine betriebswirtschaftliche Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Eigenbetrieb aufzunehmen. Diese Analyse haben wir in Abschnitt 7 dieses Berichts (Wirtschaftliche Verhältnisse) dargestellt.

Gemäß § 13 Abs. 3 KPG erstreckt sich die Prüfung auch auf die Ordnungsmäßigkeit der Tourismuskontrolle und der wirtschaftlichen Verhältnisse nach § 53 Abs. 1 Nr. 1 und 2 Haushaltsgrundsatzgesetz (HGrG). Wir verweisen auf unsere Berichterstattung im Abschnitt 8 bzw. auf Anlage 9 unseres Berichts.

Dieser Prüfungsbericht wurde nach den Grundsätzen des IDW Prüfungsstandards 450 n. F. und denen der Berichterstattung über die Prüfung öffentlicher Unternehmen (IDW PH 9.450.1) sowie unter Beachtung des § 14 Abs. 2 KPG erstellt. Außerdem haben wir das Grundwerk des Landes-



rechnungshofes M-V in der Fassung vom 3. April 2019 beachtet.

Wir bestätigen gemäß § 321 Abs. 4a HGB, dass wir bei unserer Abschlussprüfung die anwendbaren Vorschriften zur Unabhängigkeit beachtet haben.

Dem Auftrag liegen die als Anlage 13 beigefügten Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften in der Fassung vom 1. Januar 2017 zugrunde, soweit sich aus den gesetzlichen Bestimmungen für die Jahresabschlussprüfung nach dem KPG und dem Grundwerk des Landesrechnungshofes nichts anderes ergibt. Unsere Haftung richtet sich nach Nr. 9 der Allgemeinen Auftragsbedingungen. Im Verhältnis zu Dritten sind Nr. 1 Abs. 2 und Nr. 9 der Allgemeinen Auftragsbedingungen maßgebend.

Dieser Bericht wurde nur zur Dokumentation der durchgeführten Prüfung gegenüber dem Landesrechnungshof und dem Eigenbetrieb und nicht für Zwecke Dritter erstellt, denen gegenüber wir nach der im Regelungsbereich des § 323 HGB geltenden Rechtslage keine Haftung übernehmen.

2. Grundsätzliche Feststellungen

2.1 Stellungnahme zur Lagebeurteilung der Tourismusdirektion

Zu den Kernaussagen zur wirtschaftlichen Lage und zum Geschäftsverlauf sowie zur zukünftigen Entwicklung des Eigenbetriebs mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken im Lagebericht der Tourismusdirektion geben wir folgende Erläuterungen:

Jahresfehlbetrag von TEUR 1.430

Im Berichtsjahr 2019 ist ein Jahresfehlbetrag von TEUR 1.430 entstanden. Der Fehlbetrag ist darauf zurückzuführen, dass die Ausgleichszahlungen der Hanse- und Universitätsstadt Rostock nicht ertragswirksam, sondern ohne Berührung der Gewinn- und Verlustrechnung als Verbindlichkeit gegenüber der Hanse- und Universitätsstadt gebucht wurden. Nach den Ausführungen der Tourismusdirektion ist bei der Feststellung des Jahresabschlusses durch die Bürgerschaft vorgesehen, die bisher geleisten Ausgleichszahlungen dem Eigenkapital zuzuführen.



Steigerung der Übernachtungszahlen

Die Anzahl der Übernachtungen in der Stadt Rostock ist im Geschäftsjahr 2019 um 7 % sowie die Anzahl der Ankünfte um 1,3 % gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Hingegen sind die Umsatzerlöse aus den Kurabgaben gegenüber dem Vorjahr um 1,5 % rückläufig, da im Vorjahr höhere Gästezahlen im Kurabgabengebiet der Stadt Rostock zu verzeichnen waren und sich der Zuwachs an Übernachtungsgästen auf das kurabgabefreie Gebiet konzentriert hat. Der Rückgang der Kurabgaben ist zudem darauf zurückzuführen, dass in 2018 aufgrund des Stadtjubiläums besonders viele Gäste zu verzeichnen waren. Insgesamt werden durch die Kurabgabe im Berichtsjahr TEUR 2.068 erwirtschaftet.

Erträge aus der Grundstückverwaltung

Durch die Grundstücksverwaltung der Grundstücke der Campingplätze Graal-Müritz und Markgrafenheide sowie von Parkplätzen erwirtschaftet die TZR&W einen wesentlichen Teil der Erträge zur Deckung der Aufwendungen in Höhe von TEUR 1.626. Die Erträge entsprechen dem geplanten Niveau.

Durchführung von Veranstaltungen

Die TZR&W hat im Geschäftsjahr 2019 ca. 200 Veranstaltungen an unterschiedlichen Orten über das Jahr verteilt organisiert. Für die Vorbereitung und die Durchführung von Veranstaltungen muss sich die TZR&W an ständig steigende Sicherheitsanforderungen halten. Deshalb wurde in Zusammenarbeit mit einem externen Dienstleister eine Studie zur Entwicklung eines qualitätsorientierten Flächen- und Veranstaltungsplans für den Ortsteil Rostock-Warnemünde erarbeitet. Das Konzept soll später als Basis für alle Sicherheits- und Verkehrskonzepte gelten. Hierzu erhielt die TZR&W TEUR 100 an zweckgebundenen Mitteln von der Hanse- und Universitätsstadt Rostock, wovon TEUR 58 ertragswirksam, entsprechend dem entstandenen Aufwand, im Berichtsjahr ertragswirksam berücksichtigt sind.



Organisation der Warnemünder Woche

Aufgrund der von der Rostocker Bürgerschaft beschlossenen Änderung der Organisation der "Warnemünder Woche", übernimmt der Eigenbetrieb seit 2019 die Gesamtkoordination aller Veranstaltungsbausteine und die übergreifende touristische Vermarktung dieser Veranstaltung.

Auswirkungen des Covid-19-Virus

Die aus der derzeitigen Pandemie durch das Covid-19-Virus resultierenden Auswirkungen auf das Geschäftsjahr 2020 lassen sich von der Tourismusedirektion noch nicht beziffern. Da jedoch diverse Veranstaltungen in Rostock-Warnemünde bereits abgesagt wurden und voraussichtlich noch weitere Absagen folgen, ist derzeit unklar, wie sich dies auf die wirtschaftliche Entwicklung des Eigenbetriebs auswirken wird. Zudem ist durch das derzeitige Reiseverbot ein erheblicher Rückgang der Übernachtungszahlen in 2020 zu erwarten. Infolge dessen geht die Tourismusedirektion von beachtlichen Einnahmeverlusten bei der Kurabgabe aus. Auch in weiteren Geschäftsbereichen, wie z.B. der Parkplatzbewirtschaftung oder der Tourist-Informationen, muss mit erheblichen Einnahmeausfällen gerechnet werden.

Die Liquidität des kommunalen Eigenbetriebs ist durch die Möglichkeit eines Kassenkredits nach Auskünften der Tourismusedirektion jederzeit gegeben. Trotz diverser Planungsunsicherheiten ist jedoch davon auszugehen, dass die Pandemie das Geschäftsjahr 2020 in allen Geschäftsbereichen erheblich belasten wird.

Erwarteter Jahresfehlbetrag für 2020

Derzeit geht die Tourismusedirektion davon aus, dass im Wirtschaftsjahr 2020 ein aus einem Jahresfehlbetrag stammender Ausgleichsbedarf von TEUR 1.654 entstehen wird. Es wird jedoch darauf hingewiesen, dass der derzeit gültige Wirtschaftsplan die Auswirkungen der Pandemie noch nicht berücksichtigt.

Wir stellen fest, dass die Lagebeurteilung durch die Tourismusedirektion, insbesondere die Annahme der Fortführung der Unternehmenstätigkeit und die Beurteilung der wesentlichen Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung, wie sie im Jahresabschluss und im Lagebericht für das Geschäftsjahr ihren Ausdruck gefunden haben, plausibel und folgerichtig abgeleitet ist.



2.2 Feststellungen gemäß § 321 Abs. 1 Satz 3 HGB i. V. m. § 14 Abs. 2 KPG

2.2.1 Entwicklungsbeeinträchtigende Tatsachen oder Tatsachen, die wesentliche Stützungsmaßnahmen des Einrichtungsträgers erfordern können

Gemäß § 321 Abs. 1 Satz 3 HGB haben wir auch über entwicklungsbeeinträchtigende oder bestandsgefährdende Tatsachen zu berichten, die wir bei Durchführung der Prüfung festgestellt haben. In diesem Zusammenhang weisen wir auf die Ausführungen der Tourismusdirektion im Anhang und Lagebericht zu den Auswirkungen der Ausbreitung des Corona-Virus hin.

Zudem besteht eine Abhängigkeit der TZR&W von erheblichen Stützungsmaßnahmen der Hanse- und Universitätsstadt Rostock. Ohne entsprechende Zahlungen durch die Hansestadt kann der Eigenbetrieb die ihm übertragenden Aufgaben aus der Betriebssatzung nicht wahrnehmen.

Der gültige Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2020 sieht einen Ausgleichsbedarf von TEUR 1.654 vor, welcher durch entsprechende Ausgleichszahlungen der Hanse- und Universitätsstadt Rostock gedeckt wird.

2.2.2 Unrichtigkeiten und Verstöße in der Rechnungslegung und Verstöße gegen sonstige Vorschriften

Bei der Durchführung der Abschlussprüfung haben wir keine Unrichtigkeiten oder Verstöße gegen Rechnungslegungsvorschriften oder Tatsachen festgestellt, die schwerwiegende Verstöße der gesetzlichen Vertreter oder von Arbeitnehmern gegen Gesetz und die ergänzenden Regelungen in der Eigenbetriebssatzung darstellen.

3. Rechtliche und wirtschaftliche Grundlagen

Zu den rechtlichen, wirtschaftlichen, technischen und steuerlichen Grundlagen des Eigenbetriebs verweisen wir auf die Anlage 7.



4. Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung

4.1 Gegenstand der Prüfung

Wir haben den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung der Tourismuszentrale Rostock & Warnemünde für das zum 31. Dezember 2019 endende Geschäftsjahr geprüft. Die Tourismusedirektion des Eigenbetriebs ist verantwortlich für die Buchführung, die Aufstellung des Jahresabschlusses nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung, die eingerichteten internen Kontrollen sowie die uns erteilten Aufklärungen und Nachweise.

Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage unserer Prüfung ein Urteil über den Jahresabschluss abzugeben.

Gemäß § 14 Abs. 2 KPG sind im Prüfungsbericht insbesondere darzustellen:

- die Entwicklung der Vermögens- und Ertragslage sowie die Liquidität und Rentabilität der geprüften Einrichtung,
- verlustbringende Geschäfte und deren Ursachen, wenn diese für die Vermögens- und Ertragslage von Bedeutung waren und
- die Ursachen eines in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesenen Fehlbetrages.

Die Prüfung der Einhaltung anderer gesetzlicher Vorschriften gehört nur insoweit zu den Aufgaben der Abschlussprüfung, als sich aus diesen anderen Vorschriften üblicherweise Rückwirkungen auf den Jahresabschluss ergeben.

Die Prüfung erstreckte sich ferner gemäß § 53 Abs. 1 Nr. 1 und 2 HGrG auf die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung der Tourismusedirektion und der wirtschaftlichen Verhältnisse.



4.2 Art und Umfang der Prüfungsdurchführung

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB und den vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Ziel unseres risikoorientierten Prüfungsansatzes ist es, sicherzustellen, dass die Aussagen im Jahresabschluss der Tourismuszentrale Rostock & Warnemünde zutreffend sind.

Unsere Prüfung hat sich nicht darauf erstreckt, ob der Fortbestand des Unternehmens oder die Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der Geschäftsführung der Tourismusdirektion zugesichert werden kann.

Die Grundlage unserer Prüfung ist das Verständnis für das Geschäft unseres Mandanten. Wir haben uns

- mit dem Umfeld und der Branche sowie der wirtschaftlichen Entwicklung des Unternehmens befasst,
- mit dem Rechnungslegungssystem und den Rechnungslegungsmethoden im Unternehmen vertraut gemacht und
- ein Verständnis des internen Kontrollsystems, dessen Qualität und Funktionsfähigkeit von grundlegender Bedeutung für unser Prüfungsvorgehen ist, verschafft.

Auf dieser Basis haben wir die Risiken für die Tourismuszentrale Rostock & Warnemünde eingeschätzt und unter Berücksichtigung des Wesentlichkeitsgrundsatzes die Auswirkungen auf Jahresabschluss beurteilt. Unsere Risikoeinschätzung basierte auf einem kontinuierlichen Austausch mit dem Eigenbetrieb und spiegelt unsere Analyse der wesentlichen Risiken der TZR&W wider. Dabei wurden auch die Feststellungen aus der vorangegangenen Jahresabschlussprüfung berücksichtigt.

Branchenkenntnis, Geschäftsverständnis und Risikoeinschätzung bildeten die Basis für die detaillierte Planung und Schwerpunktsetzung unserer Prüfung. Auf diese Weise haben wir unsere Abschlussprüfung, insbesondere auf die folgenden Schwerpunkte ausgerichtet:



- Eröffnungsbilanzwerte im Rahmen der Erstprüfung
- Bewertung des Anlagevermögens
- Ausweis des Eigenkapitals
- Vollständigkeit und Bewertung der Rückstellungen

Im Rahmen unserer Prüfungsplanung wählten wir das Prüfungsteam aus. Zudem bestimmten wir die Strategie und den zeitlichen Ablauf der Prüfung, sodass sich ein strukturierter risikoorientierter Prüfungsplan ergab.

Aufgrund unserer Risikobeurteilung und der Kenntnis der Geschäftsprozesse und Systeme der Tourismuszentrale Rostock & Warnemünde haben wir eingeschätzt, welche Prüfungsgebiete auf Basis kontrollbasierter Prüfungshandlungen beurteilt werden sollten. Dies umfasste die Beurteilung der Ausgestaltung sowie der Wirksamkeit der von uns zur Prüfung ausgewählten rechnungslegungsbezogenen Kontrollmaßnahmen. In den Bereichen, in denen wir die Kontrollmaßnahmen als verlässlich einschätzten, konnte die stichprobenartige Prüfung von Belegen und Einzelsachverhalten reduziert werden.

Neben kontrollbasierten Prüfungshandlungen führten wir stichprobenweise Einzelfallprüfungen und analytische Prüfungen von Abschlussposten durch, um insgesamt eine hinreichende Prüfungssicherheit zu erlangen. In dieser Phase beschäftigten wir uns schwerpunktmäßig mit Einzelsachverhalten und mit den im Abschluss abgebildeten Beträgen und Angaben unter Berücksichtigung der Ausübung von Bilanzierungswahlrechten und der Nutzung von Ermessensspielräumen. Im Rahmen unserer Einzelfallprüfungen haben wir auch Bestätigungen der für den Eigenbetrieb tätigen Kreditinstitute eingeholt. Analytische Prüfungshandlungen bei Abschlussposten wurden beispielsweise mithilfe der Kennzahlenanalyse durchgeführt, um festzustellen, ob sich bestimmte Trends wie erwartet entwickelt haben.

Gegenstand unserer Prüfungshandlungen im Rahmen der Prüfung des Lageberichts war, ob insbesondere die Aussagen über den Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und der Lage sowie die Angaben zu den bedeutsamsten finanziellen Leistungsindikatoren mit dem Jahresabschluss in Einklang stehen. Wir haben eine Plausibilitäts- und Übereinstimmungsprüfung mit



den im Rahmen der Jahresabschlussprüfung gewonnenen Erkenntnissen bezüglich wertender und prognostischer Angaben durchgeführt. Dies gilt vor allem für die Angaben zu den nichtfinanziellen Leistungsindikatoren sowie für die Beurteilung und Erläuterung der voraussichtlichen Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken. Bei der Beurteilung der zukunftsorientierten Angaben haben wir die Plausibilität der zugrundeliegenden Annahmen und die Realitätsnähe der Prognosen eingeschätzt.

Der Prüfung gemäß § 53 HGrG liegt der IDW Prüfungsstandard "Berichterstattung über die Erweiterung der Abschlussprüfung nach § 53 HGrG (IDW PS 720) zugrunde. Wir verweisen auf unsere Berichterstattung in Abschnitt 8.

Abschließend haben wir eine Gesamtbeurteilung der Prüfungsergebnisse sowie des Jahresabschlusses vorgenommen. Aufgrund dieser Gesamtbeurteilung bildeten wir unser Prüfungsurteil, den Bestätigungsvermerk. Dieser ist neben dem Prüfungsbericht Bestandteil unserer Berichterstattung über die durchgeführte Prüfung.

An der im April 2020 in unserer Schweriner Niederlassung durchgeführten Prüfung waren maßgeblich Herr Rechtsanwalt/Steuerberater/Wirtschaftsprüfer Kai Voige, als verantwortlicher Wirtschaftsprüfer, und Herr Simon Grabbert, als Prüfer, beteiligt.

Eine Schlussbesprechung mit dem Tourismusdirektor hat aufgrund der Corona-Krise telefonisch am 18. Mai 2020 stattgefunden.

Alle von uns erbetenen Aufklärungen und Nachweise sind erteilt worden. Die Tourismusdirektion hat uns die Vollständigkeit der Buchführung, des Jahresabschlusses schriftlich bestätigt.



5. Feststellungen zur Rechnungslegung

5.1 Buchführung und zugehörige Unterlagen

Die Bücher des Eigenbetriebs sind ordnungsmäßig geführt. Die Belegfunktion ist erfüllt. Die Buchführung und die zugehörigen Unterlagen entsprechen nach unseren Feststellungen in allen wesentlichen Belangen den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung.

Im Rahmen unserer Prüfung haben wir festgestellt, dass die von dem Eigenbetrieb getroffenen organisatorischen und technischen Maßnahmen geeignet sind, die Sicherheit der verarbeiteten rechnungslegungsrelevanten Daten und IT-Systeme zu gewährleisten.

5.2 Vorjahresabschluss

Der von der HAG Hanseatic Audit GmbH geprüfte und am 8. April 2019 mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehene Jahresabschluss zum 31. Dezember 2019 nebst Lagebericht wurde von der Rostocker Bürgerschaft am 4. Dezember 2019 festgestellt. Des Weiteren wurde in dem Beschluss die Verrechnung mit den bereits geleisteten Abschlagszahlungen von TEUR 1.768 mit dem Jahresfehlbetrag beschlossen. Der Betrag von TEUR 1.768 wurde dem Eigenkapital zugeführt. Siehe hierzu auch Abschnitt 6. "Feststellungen zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses" unseres Berichtes.

Dem Tourismusdirektor wurde für das Geschäftsjahr 2018 Entlastung erteilt.

Die Offenlegungsvorschriften für die Einreichung des Vorjahresabschlusses beim elektronischen Bundesanzeiger nebst sonstiger gesetzlich einzureichender Unterlagen gemäß § 325 i. V. m. § 326 HGB wurden beachtet.



5.3 Jahresabschluss

Der uns zur Prüfung vorgelegte Jahresabschluss zum 31. Dezember 2019 ist ordnungsmäßig aus den Büchern und den weiteren geprüften Unterlagen des Eigenbetriebs entwickelt worden. Die Eröffnungsbilanzwerte wurden ordnungsgemäß aus dem Vorjahresabschluss übernommen. Die gesetzlichen Vorschriften zu Ansatz, Ausweis und Bewertung sind in allen wesentlichen Belangen beachtet worden.

Gemäß § 32 Abs. 3 EigVO M-V wurde der Jahresabschluss nach den Vorschriften des Dritten Buches für große Kapitalgesellschaften aufgestellt.

5.4 Lagebericht

Der Lagebericht der Tourismusdirektion entspricht in allen wesentlichen Belangen den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung.



6. Gesamtaussage des Jahresabschlusses

6.1 Wesentliche Bewertungsgrundlagen und deren Änderungen

Die allgemeinen Bewertungsgrundlagen sind im Anhang (vgl. Anlage 4) dargestellt.

Wesentliche Änderungen in den Bewertungsgrundlagen haben wir nicht festgestellt. Änderungen der Ausübung der Bilanzierungs- und Bewertungswahlrechte haben sich nicht ergeben.

6.2 Sachverhaltsgestaltende Maßnahmen

Eine Ausnutzung von Ermessensspielräumen und sachverhaltsgestaltender Maßnahmen hat sich nicht ergeben.

6.3 Feststellungen zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses

Der Jahresabschluss entspricht in allen wesentlichen Belangen den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt insgesamt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Eigenbetriebs.

Dessen ungeachtet weisen wir darauf hin, dass der Eigenbetrieb die in 2018 erhaltenen Ausgleichszahlungen der Hanse- und Universitätsstadt Rostock von TEUR 1.768 nach Beschluss der Bürgerschaft vom 4. Dezember 2019 als Kapitalzuschuss dem Eigenkapital zugeführt und eine Verrechnung mit den in 2018 geleisteten Abschlagszahlungen vorgenommen hat. Eine ergebniswirksame Auflösung der im Jahresabschluss 2018 dargestellten Verbindlichkeit gegenüber der Hanse- und Universitätsstadt Rostock in Höhe von TEUR 1.768 erfolgt gemäß § 33 Abs. 3 Satz 2 EigVO M-V nicht.



7. Wirtschaftliche Verhältnisse

7.1 Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Eigenbetriebs

7.1.1 Ertragslage

	2019		2018		+/-	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Umsatzerlöse	5.264	100,0	5.676	100,0	-412	-7,3
Betriebsleistung	5.264	100,0	5.676	100,0	-412	-7,3
Materialaufwand	-2.069	-39,3	-2.404	-42,4	335	13,9
Personalaufwand	-3.128	-59,4	-3.208	-56,5	80	2,5
Abschreibungen	-265	-5,0	-275	-4,8	10	3,6
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.504	-28,6	-1.888	-33,3	384	20,3
Sonstige Steuern	-7	-0,1	-7	-0,1	0	0,0
Betriebsaufwand	-6.973	-132,4	-7.782	-137,1	809	10,4
Sonstige betriebliche Erträge	204	3,9	287	5,1	-83	-28,9
Betriebsergebnis	-1.505	-28,5	-1.819	-32,0	314	17,3
Finanz- und Beteiligungsergebnis	75	1,4	53	0,9	22	41,5
Jahresergebnis	-1.430	-27,1	-1.766	-31,1	336	19,0

Die Verminderung der **Umsatzerlöse** ist im Wesentlichen auf gesunkene Mieten und Pachten, Parkplatzzentgelte, Werbeleistung, Eintrittsgelder sowie auf die geringe Veranstaltungsdichte zurückzuführen.

Der Rückgang des **Materialaufwands** resultiert aus einem im Vergleich zum Vorjahr gesunkenen Anzahl Veranstaltungen.

Die **sonstigen betrieblichen Aufwendungen** sind ebenfalls aufgrund der geringen Anzahl Veranstaltungen zurückgegangen, weil dadurch geringere Aufwendungen für Werbung angefallen sind.



7.1.2 Vermögenslage

Vermögensstruktur

	31.12.2019		31.12.2018		+/-	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Immaterielle Vermögensgegenstände	2	0,0	5	0,0	-3	-60,0
Sachanlagen	12.014	91,0	12.230	92,1	-216	-1,8
Langfristig gebundenes Vermögen	12.016	91,0	12.235	92,1	-219	-1,8
Vorräte	22	0,2	20	0,1	2	10,0
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	154	1,2	251	1,9	-97	-38,6
Forderungen im Verbundbereich	22	0,2	41	0,3	-19	-46,3
Sonstige Vermögensgegenstände	22	0,2	22	0,2	0	0,0
Rechnungsabgrenzungsposten	10	0,1	14	0,1	-4	-28,6
Liquide Mittel	943	7,1	703	5,3	240	34,1
Kurzfristig gebundenes Vermögen	1.173	9,0	1.051	7,9	122	11,6
	13.189	100,0	13.286	100,0	-97	-0,7

Kapitalstruktur

	31.12.2019		31.12.2018		+/-	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Stammkapital	5.000	37,9	5.000	37,6	0	0,0
Kapitalrücklage	6.437	48,7	6.437	48,5	0	0,0
Gewinnrücklage	81	0,6	81	0,6	0	0,0
Bilanzverlust	-1.430	-10,8	-1.766	-13,3	336	19,0
Eigenkapital	10.088	76,4	9.752	73,4	336	3,4
Sonderposten für Zuwendungen	530	4,0	433	3,3	97	22,4
Langfristige Sonstige Rückstellungen	15	0,1	15	0,1	0	0,0
Langfristiges Fremdkapital	545	4,1	448	3,4	97	21,7
Kurzfristige Sonstige Rückstellungen	417	3,2	443	3,3	-26	-5,9
Kurzfristige Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	365	2,8	429	3,2	-64	-14,9
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	193	1,5	221	1,7	-28	-12,7
Kurzfristige Verbindlichkeiten gegenüber der Hansestadt Rostock	1.480	11,2	1.871	14,1	-391	-20,9
Übrige Verbindlichkeiten und Rechnungsabgrenzungsposten	101	0,8	122	0,9	-21	-17,2
Kurzfristiges Fremdkapital	2.556	19,5	3.086	23,2	-530	-17,2
	13.189	100,0	13.286	100,0	-97	-0,7



Die Verringerung des **Langfristig gebunden Vermögens** ergibt sich per Saldo aus planmäßigen Abschreibungen auf das Anlagevermögen

Zu der Entwicklung der **liquiden Mittel** verweisen wir auf den Abschnitt 7.1.3 "Finanzlage".

Die Zunahme des **Eigenkapitals** beruht auf einer Verrechnung der im Vorjahr ausgewiesenen Verbindlichkeiten gegenüber der Hanse- und Universitätsstadt Rostock aus erhalten Ausgleichszahlungen mit dem Bilanzverlust abzüglich dem in 2019 entstandenen Jahresfehlbetrag.

Die kurzfristigen **Verbindlichkeiten gegenüber der Hansestadt Rostock** haben sich im Wesentlichen aufgrund der in 2019 geringer ausgefallenen Abschlagszahlungen zum Verlustausgleich reduziert.

7.1.3 Finanzlage

Cashflow

Einen Überblick über die Herkunft und Verwendung finanzieller Mittel gibt die in Anlage 3 beigefügt Cashflow-Rechnung (Finanzrechnung / Kapitalflussrechnung), die die Zahlungsmittelflüsse nach der indirekten Methode darstellt.

Liquiditätslage

	31.12.2019 TEUR	31.12.2018 TEUR	+/- TEUR
Liquide Mittel	943	703	240
Kurzfristige Forderungen und Abgrenzungen	208	328	-120
Vorräte	22	20	2
Kurzfristig gebundenes Vermögen	1.173	1.051	122
abzüglich kurzfristiges Fremdkapital	-2.556	-3.086	530
Working Capital	<u>-1.383</u>	<u>-2.035</u>	<u>652</u>



Kennzahlen zur Finanzlage

		<u>2019</u>	<u>2018</u>
Liquidität 1. Grades (Cash Ratio)	$\frac{\text{Liquide Mittel}}{\text{kurzfristiges Fremdkapital}}$	0,37	0,23
Liquidität 2. Grades	$\frac{\text{Liquide Mittel} + \text{kurzfristige Forderungen}}{\text{kurzfristiges Fremdkapital}}$	0,45	0,33
Liquidität 3. Grades (Current ratio)	$\frac{\text{kurzfristig gebundenes Vermögen}}{\text{kurzfristiges Fremdkapital}}$	0,46	0,34

7.2 Wirtschaftsplan

Der Soll-/ Ist-Vergleich zum Wirtschaftsplan ist der Anlage 10 zu entnehmen.



8. Feststellungen aus Erweiterungen des Prüfungsauftrags um die Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Tourismusdirektion und der wirtschaftlichen Verhältnisse gemäß § 13 Abs. 3 Kommunalprüfungsgesetz M-V i. V. m. § 53 HGrG

Wir haben bei unserer Prüfung auftragsgemäß die Vorschriften des § 53 Abs. 1 Nr. 1 und 2 HGrG sowie IDW PS 720 (Berichterstattung über die Erweiterung der Abschlussprüfung nach § 53 HGrG) beachtet.

Dementsprechend haben wir auch geprüft, ob die Geschäfte ordnungsgemäß, d.h. mit der erforderlichen Sorgfalt und in Übereinstimmung mit den einschlägigen handelsrechtlichen Vorschriften und den Bestimmungen der Satzung, geführt worden sind.

Die im Gesetz und in den Prüfungsgrundsätzen geforderten Angaben haben wir in der Anlage 9 zusammengestellt. In diesem Zusammenhang wiesen wir auf folgende Sachverhalte und Feststellungen hin:

Zu Fragenkreis 3:

Wir weisen darauf hin, dass der Eigenbetrieb für das Geschäftsjahr 2019 keine Bereichsrechnung aufgestellt hat. Eine Gliederung in Bereiche ist in der derzeitigen Betriebssatzung nicht verankert. Dies entspricht derzeit nicht vollumfänglich den Anforderungen gemäß § 1 Abs. 3 EigVO M-V. Der Eigenbetrieb plant ab dem Geschäftsjahr 2021 Bereichsrechnungen aufzustellen.

Darüber hinaus verweisen wir hinsichtlich der wirtschaftlichen Verhältnisse auf den Fragenkreis 11 bis 16 der Anlage 9 dieses Berichts sowie auf unsere Ausführungen unter Punkt 2.2.1 "Bestandsgefährdende Tatsachen", in denen wir die Abhängigkeit des Eigenbetriebs bzw. seines Fortbestands von der weiteren Gewährung kostendeckender Zuschüsse hervorheben.



9. Sonstige Feststellungen

9.1 Sachverhalte mit einigem Gewicht

Dezüglich derartiger Sachverhalte verweisen wir auf die Ausführungen der Tourismusdirektion im Lagebericht sowie unsere Ausführungen im Abschnitt 2. "Grundsätzliche Feststellungen" zu den Auswirkungen der Corona-Virus-Pandemie auf den Eigenbetrieb.

9.2 Überschuldung und drohende Zahlungsunfähigkeit

Der Eigenbetrieb kann als juristisch unselbständiger Teil der Gebietskörperschaft der Hansestadt- und Universitätsstadt Rostock nicht von einer Insolvenz im Sinne des § 19 InsO bedroht sein. Allerdings weisen wir darauf hin, dass die Abschlagszahlungen des Einrichtungsträgers, der Hanse- und Universitätsstadt Rostock, für die TZR&W notwendig sind, um die satzungsgemäße Geschäftstätigkeit wahrnehmen zu können.

Hierzu weisen wir auch auf den Abschnitt 2.2.1 "Entwicklungsbeeinträchtigende Tatsachen oder Tatsachen, die wesentliche Stützungsmaßnahmen des Einrichtungsträgers erfordern können" Prüfungsberichts hin.

9.3 Bereichsrechnungen

Nach den uns vom Tourismusdirektor bestehen mehrere Bereiche im Eigenbetrieb, welche jedoch noch nicht abschließend bestimmt sind.

Der Eigenbetrieb hat für das Geschäftsjahr 2019 keine Bereichsrechnung aufgestellt. Eine Gliederung in Bereiche ist in der derzeitigen Betriebssatzung auch nicht verankert.

Der Eigenbetrieb plant nach Angaben des Tourismusdirektors, ab dem Geschäftsjahr 2021, den Anforderungen des § 1 Abs. 3 EigVO M-V vollumfänglich zu genügen. Das bedeutet, dass der Eigenbetrieb sich zukünftig in die Bereiche „Grundstücke und Flächen“ sowie den Bereich „Verwaltung der Erbbaurechte“ aufgliedert wird.



Der Eigenbetrieb verfügt über eine Kostenstellen- und Kostenträgerrechnung. Diese liefert verwertbare Ergebnisse über die Wirtschaftlichkeit der einzelnen Geschäftsfelder bzw. bestimmter Projekte.

Das Rechnungswesen einschließlich der Kostenrechnung ist im Hinblick auf die Größe des Betriebes zweckmäßig eingerichtet

9.4 Bürgschaften, Garantien und sonstige Gewährleistungen

Bürgschaften, Garantien und sonstige Gewährleistungen wurden durch den Eigenbetrieb nicht ausgereicht.

9.5 Eigenkapital

Der Eigenbetrieb weist zum 31. Dezember 2019 ein positives Eigenkapital von TEUR 10.088 aus. Die Eigenkapitalquote beträgt damit 76 %. Diese übersteigt damit deutlich die gemäß Nr. 11.3 EignVOVV M-V anzustrebende Eigenkapitalquote von 30 %.

9.6 Verbindlichkeiten

Ein Verbindlichkeitspiegel bzw. Kreditnachweis ist als diesem Prüfungsbericht Anlage 11 beigelegt.

9.7 Derivative Geschäfte

Derivative Geschäfte wurden im Berichtsjahr weder beansprucht noch empfangen.

9.8 Beihilfen

Der Eigenbetrieb hat von seiner Trägerkommune, der Hanse- und Universitätsstadt Rostock, im Berichtsjahr 2019 in Gestalt eines Verzichts auf die Rückzahlung der Zuschüsse des Vorjahres (TEUR 1.768) eine Stärkung des Eigenkapitals verzeichnen können.

Zudem hat die Hanse- und Universitätsstadt Rostock im Berichtsjahr 2019 Abschlagszahlungen zum Verlustausgleich in Höhe von TEUR 1.430 geleistet, welche sich jedoch nicht ertragswirksam ausgewirkt haben. Es ist vorgesehen, dass nach einem entsprechenden Beschluss der Rostocker



Bürgerschaft, auf die Rückzahlung der Abschlagszahlungen zu verzichten und diesen Betrag dem Eigenkapital in 2020 zuzuführen.

Zusätzlich hat die TZR&W im Berichtsjahr einen Ertrag von TEUR 58 aus einer in 2018 erhalten Zuwendung zur Erstellung eines HanseSail-Konzeptes erhalten.

Außerdem erhielt die TZR&W im Rahmen des EU-Projektes Baltic Pass eine Zuwendung in Höhe von TEUR 59.

Aufgrund unserer rechtlichen Einschätzung und der Tatsache, dass wir weder durch eigene Prüfungshandlungen noch durch Angaben der TZR&W Anhaltspunkte für die Einleitung eines Prüfungsverfahrens der EU-Kommission oder eine Konkurrentenklage haben konstatieren können, die eine Rückzahlungsverpflichtung der TZR&W wahrscheinlich werden lassen könnten, ist der von uns geprüfte Jahresabschluss hinsichtlich der Berücksichtigung beihilferechtlicher Risiken nicht zu beanstanden.

9.9 Vergaberecht und Ausschreibungsverfahren

Im Rahmen unserer Prüfung ergaben sich keine Anhaltspunkte für offenkundige Verstöße gegen Vergaberegelungen. Im Berichtsjahr wurden aufgrund der geringen Investitionsvolumina keine Vergabeverfahren durchgeführt.

9.10 Betriebsführungs- und Geschäftsbesorgungsverträge

Der Eigenbetrieb hat im Berichtsjahr keinen Betriebsführungs- oder Geschäftsbesorgungsvertrag abgeschlossen.

9.11 Geschäftsführerbezüge

Die Geschäftsführerbezüge sind im Anhang (Anlage 4) vollständig und zutreffend angegeben.



9.12 Erklärungen der Mitglieder des Aufsichtsorgans zu Geschäftsbeziehungen mit der prüfungspflichtigen Einrichtung

Entsprechend der Anlage 2 des Grundwerks des Landesrechnungshofes vom 3. April 2019 ist von den Mitgliedern des Aufsichtsorgans eine Erklärung zu Geschäftsbeziehungen mit der prüfungspflichtigen Einrichtung einzuholen.

Da Gemäß § 4 der Satzung der Tourismusdirektor den Eigenbetrieb selbständig leitet und Entscheidungen treffen kann und kein Aufsichtsorgan benannt ist, wurden keine Erklärungen zu den Geschäftsbeziehungen eingeholt.

Die TZR&W unterliegt gemäß § 4 Abs. 5 der Satzung direkt der Aufsicht des Oberbürgermeisters, welcher rechtzeitig über alle wichtigen Angelegenheiten des Eigenbetriebs durch den Tourismusdirektor zu unterrichten ist und der auf Verlangen jede Auskunft zu erteilen hat.



10. Wiedergabe des Bestätigungsvermerks

Nach dem abschließenden Ergebnis unserer Prüfung haben wir mit Datum vom 25. Mai 2020 den folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt:

"Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die Tourismuszentrale Rostock & Warnemünde, Rostock:

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Tourismuszentrale Rostock & Warnemünde, Rostock, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2019, der Gewinn- und Verlustrechnung, Finanzrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2019 bis zum 31. Dezember 2019 – geprüft. Durch § 13 Abs. 3 KPG M-V wurde der Prüfungsgegenstand erweitert. Die Prüfung erstreckt sich daher auch auf die wirtschaftlichen Verhältnisse des Eigenbetriebs i.S.v. § 53 Abs. 1 Nr. 2 HGrG. Die in Abschnitt 1 des Lageberichts enthaltenen Erklärungen zu Veranstaltungen sowie allgemeine Informationen haben wir in Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften nicht inhaltlich geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den Vorschriften der EigVO M-V i.V.m. den einschlägigen deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage des Eigenbetriebs zum 31. Dezember 2019 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2019 bis zum 31. Dezember 2019 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Eigenbetriebs. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den Vorschriften der EigVO M-V und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.



Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB und § 13 Abs. 3 KPG M-V unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen die im Abschnitt „Prüfungsurteile“ genannten, nicht inhaltlich geprüften Bestandteile des Lageberichts.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, den inhaltlich geprüften Bestandteilen des Lageberichts oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder



- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den Vorschriften der EigVO M-V in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Eigenbetriebs vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit des Eigenbetriebs zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Eigenbetriebs vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den Vorschriften der EigVO M-V entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden Vorschriften der EigVO M-V zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.



Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Eigenbetriebs vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den Vorschriften der EigVO M-V entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.



- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit des Eigenbetriebs zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass der Eigenbetrieb seine Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.



- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Eigenbetriebs vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Eigenbetriebs.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.



Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen

Erweiterung der Jahresabschlussprüfung gemäß § 13 Abs. 3 KPG M-V

Aussage zu den wirtschaftlichen Verhältnissen

Wir haben uns mit den wirtschaftlichen Verhältnissen des Eigenbetriebs i.S.v. § 53 Abs. 1 Nr. 2 HGrG im Geschäftsjahr vom 1. Januar 2019 bis zum 31. Dezember 2019 befasst. Gemäß § 14 Abs. 2 Satz 3 KPG M-V haben wir in dem Bestätigungsvermerk auf unsere Tätigkeit einzugehen.

Auf Basis unserer durchgeführten Tätigkeiten sind wir zu der Auffassung gelangt, dass uns keine Sachverhalte bekannt geworden sind, die zu wesentlichen Beanstandungen der wirtschaftlichen Verhältnisse des Eigenbetriebs im Berichtsjahr Anlass geben.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die wirtschaftlichen Verhältnisse des Eigenbetriebs sowie für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie dafür als notwendig erachtet haben.

Verantwortung des Abschlussprüfers

Unsere Tätigkeit haben wir entsprechend dem IDW Prüfungsstandard: Berichterstattung über die Erweiterung der Abschlussprüfung nach § 53 HGrG (IDW PS 720), Fragenkreise 11 bis 16, durchgeführt.



Unsere Verantwortung nach diesen Grundsätzen ist es, anhand der Beantwortung der Fragen der Fragenkreise 11 bis 16 zu würdigen, ob die wirtschaftlichen Verhältnisse zu wesentlichen Beanstandungen Anlass geben. Dabei ist es nicht Aufgabe des Abschlussprüfers, die sachliche Zweckmäßigkeit der Entscheidungen der gesetzlichen Vertreter und die Geschäftspolitik zu beurteilen."

11. Schlussbemerkung

Den vorstehenden Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses der Tourismuszentrale Rostock & Warnemünde, Rostock, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2019 bis 31. Dezember 2019 und des Lageberichtes für dieses Geschäftsjahr erstatten wir in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften und den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berichterstattung bei Abschlussprüfungen (IDW PS 450 n.F.).

Schwerin, den 25. Mai 2020

MÖHRLE HAPP LUTHER GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

(Dodenhoff)
Wirtschaftsprüfer

(Voige)
Wirtschaftsprüfer

Anlage 1

Tourismuszentrale Rostock & Warnemünde, Rostock
- Eigenbetrieb der Hanse- und Universitätsstadt Rostock -

Bilanz zum 31. Dezember 2019

A K T I V A

	EUR	Vorjahr EUR
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	1.646,09	5.380,97
	1.646,09	5.380,97
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	11.762.433,58	11.931.454,21
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	252.184,55	297.651,77
	12.014.618,13	12.229.105,98
	12.016.264,22	12.234.486,95
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte		
Waren	22.235,63	20.198,96
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	153.893,48	251.103,51
2. Forderungen gegen die Hansestadt Rostock	21.698,96	41.304,34
3. Sonstige Vermögensgegenstände	21.523,59	22.304,51
	197.116,03	314.712,36
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	943.452,41	702.626,03
	1.162.804,07	1.037.537,35
C. Rechnungsabgrenzungsposten	9.674,16	13.639,49
	13.188.742,45	13.285.663,79

P A S S I V A

	EUR	Vorjahr EUR
A. Eigenkapital		
I. Stammkapital	5.000.000,00	5.000.000,00
II. Kapitalrücklage	6.437.334,58	6.437.334,58
III. Gewinnrücklage	80.579,60	80.579,60
IV. Jahresfehlbetrag	-1.429.743,01	-1.766.358,76
	10.088.171,17	9.751.555,42
B. Sonderposten zum Anlagevermögen	529.884,14	432.841,79
C. Rückstellungen		
Sonstige Rückstellungen	431.508,64	457.950,00
D. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	365.407,15	429.324,35
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	192.755,82	220.948,51
3. Verbindlichkeiten gegenüber der Hansestadt Rostock	1.480.240,75	1.870.713,62
4. Sonstige Verbindlichkeiten davon im Rahmen der sozialen Sicherheit: EUR 1.703,71 (i.V. EUR 1.703,71)	81.984,25	85.639,31
	2.120.387,97	2.606.625,79
E. Rechnungsabgrenzungsposten	18.790,53	36.690,79
	13.188.742,45	13.285.663,79

Anlage 2

**Tourismuszentrale Rostock & Warnemünde, Rostock
- Eigenbetrieb der Hanse- und Universitätsstadt Rostock -**

**Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit
vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2019**

	EUR	Vorjahr EUR
1. Umsatzerlöse	5.263.940,66	5.676.216,97
2. Sonstige betriebliche Erträge	204.405,95	286.769,01
3. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	-61.827,89	-63.344,10
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>-2.007.181,28</u>	<u>-2.340.459,18</u>
	-2.069.009,17	-2.403.803,28
4. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	-2.538.250,70	-2.639.575,09
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	-589.633,24	-568.259,93
davon für Altersversorgung: EUR 97.198,09 (i.V. EUR 95.274,13)		
	<u>-3.127.883,94</u>	<u>-3.207.835,02</u>
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-265.474,47	-275.284,01
6. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten nach § 33 Absatz 4 bis 6 EigVO M-V	92.418,01	67.197,05
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.503.849,84	-1.888.222,46
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.326,73	3.320,94
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	<u>-18.257,31</u>	<u>-17.692,34</u>
10. Ergebnis nach Steuern	-1.422.383,38	-1.759.333,14
11. Sonstige Steuern	<u>-7.359,63</u>	<u>-7.025,62</u>
12. Jahresfehlbetrag	<u><u>-1.429.743,01</u></u>	<u><u>-1.766.358,76</u></u>

Jahresabschluss 2019



Finanzrechnung 2019

	2019 TEUR	2018 TEUR
1. Periodenergebnis vor Verlustausgleich	-1.430	-1.766
2. Abschreibungen (+) / Zuschreibungen (-) auf Gegenstände des Anlagevermögens	265	275
3. Auflösung (-) / Zuschreibungen (+) auf Sonderposten des Anlagevermögens	97	-67
4. Verlust (+) / Gewinn (-) aus Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	0	-1
5. sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen (+) und Erträge (-)	0	0
6. Zunahme (-) / Abnahme (+) der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva	135	-84
7. Zunahme (+) / Abnahme (-) der Rückstellungen	-26	53
8. Zunahme (+) / Abnahme (-) der Vorräte, der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva	-118	-52
9. Mittelzu- /Mittelabfluss aus laufender Geschäftstätigkeit	-1.077	-1.642
10. Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens / immateriellen Anlagevermögens	0	2
11. Auszahlungen (-) für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-47	-296
12. Auszahlungen (-) für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-1	-2
13. Mittelzu- /Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit	-48	-296
14. Einzahlung (+) aus Eigenkapitalzuführungen (1.430 TEUR Ausgleichszahlungen der Hansestadt Rostock)	1.430	1.868
15. Auszahlungen (-) an die Gemeinde (Rückzahlung Ausgleichsüberzahlung Vorjahr der Hansestadt Rostock)	-2	-2
16. Auszahlungen (-) aus der Tilgung von Finanzkrediten	-63	-56
17. Mittelzu- /Mittelabfluss aus der Finanzierungstätigkeit	1.365	1.810
18. Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelbestandes (Summe aus den Ziffern 9, 13 und 17)	240	-128
19. Finanzmittelbestand am Anfang der Periode	703	831
20. Finanzmittelfonds am Ende der Periode	943	703

Anhang für das Wirtschaftsjahr 2019

1. Allgemeine Angaben

Die Tourismuszentrale Rostock & Warnemünde mit Sitz in Rostock ist als Eigenbetrieb im Handelsregister Rostock unter HRA 1853 eingetragen.

2. Allgemeine Angaben zu Inhalt und Gliederung des Jahresabschlusses

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2019 des Eigenbetriebes „Tourismuszentrale Rostock & Warnemünde“ ist in analoger Anwendung der für große Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften des Handelsgesetzbuches sowie der besonderen Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung des Landes Mecklenburg-Vorpommern (EigVO M-V) aufgestellt.

Bei der Gewinn- und Verlustrechnung wurde das Gesamtkostenverfahren nach § 275 Abs. 2 HGB angewendet.

Abweichend zum Vorjahr wird in der Gewinn- und Verlustrechnung gemäß den nach § 41 EigVO M-V zu verwendenden amtlichen Muster für den Jahresabschluss eines Eigenbetriebes die Position „Erträge aus der Auflösung von Sonderposten nach § 33 Abs. 4 bis 6 EigVO“ ausgewiesen. Die Vorjahreszahlen wurden entsprechend angepasst.

2. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Bei Aufstellung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung wurden unverändert folgende Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden angewandt:

Entgeltlich von Dritten erworbene immaterielle Vermögenswerte werden zu Anschaffungskosten angesetzt und linear über die voraussichtliche Nutzungsdauer abgeschrieben.

Das Anlagevermögen wurde zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten vermindert um die planmäßigen linearen Abschreibungen bilanziert. Die Abschreibungen erfolgen linear über die voraussichtliche Nutzungsdauer.

Geringwertige Anlagegüter im Wert von 251 EUR bis 800 EUR wurden im Anschaffungsjahr in voller Höhe abgeschrieben und gleichzeitig als Abgang gezeigt.

Die Vorräte wurden zu Anschaffungskosten bewertet und soweit erforderlich auf einen niedrigeren, am Abschlussstichtag beizulegenden Wert abgeschrieben.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände sind zu Nennwerten bilanziert. Das individuelle bzw. allgemeine Kreditrisiko wurde jeweils durch Einzel- und Pauschalwertberichtigungen berücksichtigt.

Die liquiden Mittel sind zu Nominalwerten bewertet.

Der unsaldierte Ausweis des Sonderpostens für Investitionszuschüsse erfolgt zur besseren Darstellung der Vermögens- und Finanzlage. Die Nutzungsdauer der geförderten Vermögensgegenstände bestimmt die Auflösung des Sonderpostens.

Rückstellungen wurden in Höhe des Betrages bilanziert, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung zur Erfüllung notwendig ist.

Die Verbindlichkeiten sind mit ihrem Erfüllungsbetrag ausgewiesen.

3. Erläuterungen zu einzelnen Posten des Jahresabschlusses

Anlagevermögen

Die Entwicklung und Gliederung der einzelnen Posten des Anlagevermögens ist aus dem Anlagespiegel ersichtlich (siehe Anlage zum Anhang).

Umlaufvermögen

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände haben sämtlich eine Restlaufzeit bis zu einem Jahr.

Eigenkapital

Die Entwicklung des Eigenkapitals zum 31.12.2019 stellt sich wie folgt dar.

Die Veränderungen betreffen den Bilanzvortrag:

01. Januar 2019	0,00
Vortrag des Jahresfehlbetrags 2018	+1.766.358,76
Zugang aus Verzicht der Hanse- und Universitätsstadt Rostock der Abschlagszahlungen 2018	-1.766.358,76
31. Dezember 2019	0,00

Durch Beschluss der Bürgerschaft Rostock vom 4. Dezember 2019 zum Verzicht der aus bereits geleisteten Abschlagszahlungen entstanden Verbindlichkeit zum 31.12.2018 i.H.v. EUR 1.768.000,00 abzüglich einer Rückzahlung vom EUR 1.641,24 wurden insgesamt EUR 1.766.358,76 dem Eigenkapital zugeführt.

Der Insgesamt besteht das Eigenkapital zum Stichtag 31. Dezember 2019 mit TEUR 10.088.

Sonderposten für Investitionszuschüsse

Im Sonderposten werden neben Investitionszulagen für Gegenstände des Sachanlagevermögens Zuschüsse für den Umbau der Alten Vogtei in das Haus des Gastes und die Errichtung einer öffentlichen Toilette im Gebäude ausgewiesen.

Anlage 4

Hinzu kommt seit August 2014 eine zweckgebundene Investitionszuwendung der Hanse- und Universitätsstadt Rostock für die Sanierung der WC-Anlage am Strandaufgang 6/Heinrich-Heine-Straße, die entsprechend der Abschreibungsraten jährlich aufgelöst wird.

Seit 2018 ist eine neue WC-Anlage mit einer Ausleihstation am Strandaufgang 10 in Warnemünde im Betrieb. Hierfür erhielt die TZR&W eine Investitionszuwendung vom Landesförderinstitut Mecklenburg-Vorpommern. Der Zuwendungsbescheid erging im März 2019. Die Zuwendung wird entsprechend der jährlichen Abschreibungsraten aufgelöst. Die Auflösung für das Jahr 2018 erfolgte im Geschäftsjahr anteilig.

Der sonstige betriebliche Ertrag aus der Auflösung des Sonderpostens beträgt im Geschäftsjahr 92.418,01 EUR.

Der Sonderposten entwickelte sich wie folgt (in EUR):

	<u>Investitionszuschüsse</u>
01. Januar 2019	432.841,79
Zugang WC-Anlage Strandaufgang 10	189.460,36
Auflösung	<u>92.418,01</u>
31. Dezember 2019	<u><u>529.884,14</u></u>

Rückstellungen

Die sonstigen Rückstellungen wurden im Wesentlichen gebildet für Aufwendungen für unterlassene Instandhaltung (99 TEUR), Urlaub, Überstunden und Leistungsentgeltzahlungen (123 TEUR), die Unfallumlage (23 TEUR), Abschluss- und Prüfungskosten (34 TEUR), ausstehende Rechnungen (86 TEUR), Altersteilzeit (42 TEUR) und Archivierungskosten (15 TEUR).

Die Rückstellungen für unterlassene Instandhaltung betreffen Maßnahmen, die bis zum 31. März des Folgejahres realisiert werden. Im Vordergrund stehen dabei durch Stürme und Hochwasser verursachte Reparatur- und Ausgleichsmaßnahmen am Strand sowie Renovierungsvorhaben in den Finnhütten und am Quartier der Rettungsschwimmer im Dünenweg 5 in Markgrafenheide. Außerdem erfolgt ein Austausch und damit verbunden eine umfangreiche Neugestaltung der Strandbeschilderung. Die Abwasserpumpe am Rettungsturm 3 in Warnemünde wird ausgetauscht und die Sanierung des Parkplatzes hinter der Vogtei wird mit der neuen Pflasterung weiter vorangetrieben.

Verbindlichkeiten

Zusammensetzung und Fristigkeit sind im nachfolgenden Verbindlichkeitspiegel dargestellt (in EUR):

	Gesamtbetrag 31.12.2019	Davon mit einer Restlaufzeit		
		bis zu 1 Jahr	zwischen 2 und 5 Jahren	über 5 Jahre
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	365.407,15	60.468,03	247.667,14	57.271,98
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	192.755,82	192.755,82	0,00	0,00
3. Verbindlichkeiten gegenüber der Hansestadt Rostock	1.480.240,75	1.480.240,75	0,00	0,00
4. Sonstige Verbindlichkeiten	81.984,25	81.984,25	0,00	0,00
	<u>2.120.387,97</u>	<u>1.815.448,85</u>	<u>247.667,14</u>	<u>57.271,98</u>

Sonstige Angaben

Es bestehen keine angabepflichtigen Haftungsverhältnisse. Der Gesamtbetrag der sonstigen finanziellen Verpflichtungen beläuft sich auf 1.087 TEUR.

Entwicklung des Personals

Im Jahresdurchschnitt waren im Eigenbetrieb 50 (im VJ 51) Arbeitnehmer (ohne Tourismusdirektor) sowie zwei Auszubildende beschäftigt.

Außergewöhnliche Erträge und Aufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Erträge enthalten im Wesentlichen Erträge aus Zuschüssen für das Projekt Baltic Pass in Höhe von 59 TEUR, aus einem Zuschuss der Hanse- und Universitätsstadt Rostock für die Neukonzeptionierung der Hanse Sail (58 TEUR) und aus der Auflösung von Rückstellungen in Höhe von 30 TEUR.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen beinhalten außergewöhnliche Aufwendungen in Höhe von 8 TEUR für eine Schadenersatzzahlung.

Ereignisse nach dem Bilanzstichtag (Nachtragsbericht)

Die derzeitige in 2020 begründete Pandemie durch das Covid-19-Virus hat keine Auswirkungen auf die Bilanzierung zum Bilanzstichtag 31.12.2019

Honorar des Wirtschaftsprüfers

Für das Honorar des Wirtschaftsprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses 2019 wurde eine Rückstellung in Höhe von 9 TEUR gebildet.

Leitung des Eigenbetriebes

Herr Matthias Fromm steht als Tourismusdirektor seit dem 1. Dezember 2010 der Leitung des Eigenbetriebes vor. Die Gesamtbezüge belaufen sich im laufenden Geschäftsjahr auf 87,5 TEUR. Für seine Geschäftsführertätigkeit bei Rostock Marketing hat Herr Fromm im Jahr 2019 von der Tourismuszentrale keine Aufwandsentschädigung erhalten.

Verwendung des Jahresergebnisses

Im Geschäftsjahr ergibt sich ein Ausgleichsbedarf in Höhe von 1.429.743,01 EUR. Die Hanse- und Universitätsstadt Rostock hat Vorauszahlungen auf diesen Ausgleichsbedarf in Höhe von 1.430.000,00 EUR geleistet. Diese werden zum Bilanzstichtag als Verbindlichkeit bilanziert. Der Ausgleich erfolgt erst mit der Beschlussfassung der Bürgerschaft zum Jahresabschluss 2019 in 2020. Nach Saldierung des Ausgleichsbedarfes und der Vorauszahlungen durch die Hanse- und Universitätsstadt Rostock ergibt sich eine Ausgleichsüberzahlung in Höhe von 256,99 EUR, welche an die Hanse- und Universitätsstadt Rostock zurückzuzahlen ist.

Rostock, den 29. April 2020

Tourismuszentrale
Rostock & Warnemünde

Matthias Fromm
Tourismusdirektor

Anlage zum Anhang

Entwicklung des Anlagevermögens zum 31. Dezember 2019

	Historische Anschaffungs- und Herstellungskosten				Kumulierte Abschreibungen			Buchwerte	
	Stand am 1.1.2019 EUR	Zugang EUR	Abgang EUR	Stand am 31.12.2019 EUR	Stand am 1.1.2019 EUR	Zugang EUR	Abgang EUR	Stand am 31.12.2019 EUR	Stand am 31.12.2018 EUR
I. Immaterielle Vermögensgegenstände									
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	<u>79.171,97</u>	<u>719,74</u>	<u>5.013,45</u>	<u>74.878,26</u>	<u>73.791,00</u>	<u>4.448,62</u>	<u>5.007,45</u>	<u>73.232,17</u>	<u>5.380,97</u>
	<u>79.171,97</u>	<u>719,74</u>	<u>5.013,45</u>	<u>74.878,26</u>	<u>73.791,00</u>	<u>4.448,62</u>	<u>5.007,45</u>	<u>73.232,17</u>	<u>5.380,97</u>
II. Sachanlagen									
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	15.225.259,30	5.729,35	0,00	15.230.988,65	3.293.805,09	174.749,98	0,00	3.468.555,07	11.931.454,21
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	<u>1.416.556,16</u>	<u>40.825,65</u>	<u>39.931,51</u>	<u>1.417.450,30</u>	<u>1.118.904,39</u>	<u>86.275,87</u>	<u>39.914,51</u>	<u>1.165.265,75</u>	<u>297.651,77</u>
	<u>16.641.815,46</u>	<u>46.555,00</u>	<u>39.931,51</u>	<u>16.648.438,95</u>	<u>4.412.709,48</u>	<u>261.025,85</u>	<u>39.914,51</u>	<u>4.633.820,82</u>	<u>12.229.105,98</u>
	<u>16.720.987,43</u>	<u>47.274,74</u>	<u>44.944,96</u>	<u>16.723.317,21</u>	<u>4.486.500,48</u>	<u>265.474,47</u>	<u>44.921,96</u>	<u>4.707.052,99</u>	<u>12.234.486,95</u>

Tourismuszentrale Rostock & Warnemünde

Lagebericht 2019

Gegenstand

Geschäftsgegenstand der Tourismuszentrale Rostock & Warnemünde (im folgenden TZR&W genannt) ist die Planung, Koordinierung und Durchführung von Leistungen, die im Interesse der Hanse- und Universitätsstadt Rostock liegen und mit dem öffentlichen Zweck verbunden sind, für die weitere Entwicklung des Städte- und Seebädertourismus die bestmöglichen Rahmenbedingungen zu schaffen.

Die TZR&W hat ihre Strukturen unter Berücksichtigung kommunalrechtlicher Aspekte so auf die satzungsgemäßen Aufgaben ausgerichtet, dass betriebswirtschaftliche Aussagen für folgende Geschäftsfelder möglich sind:

1. Seebad & Kurwesen
2. Büro Warnemünder Woche
3. Maritimer Tourismus / Büro Hanse Sail
4. Marketing/Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
5. Tourist-Informationen
6. Grundstücke/Flächen/Vermögensverwaltung

1. Geschäftsverlauf

Im Zeichen des Doppeljubiläums „800 Jahre Stadt und 600 Jahre Universität Rostock“ konnte die Tourismusbranche Rostocks auch in 2019 an die erfolgreiche Entwicklung der Vorjahre anschließen. So sind die Übernachtungszahlen in der Hanse- und Universitätsstadt Rostock erneut um 7,0 % ggü. dem Vorjahr, die der Ankünfte um 1,3 % ggü. dem Vorjahr gestiegen. Die Entwicklung fügt sich in den vom Statistischen Landesamt¹ gemeldeten landesweiten Trend in Mecklenburg-Vorpommern, der eine insgesamt steigende Anzahl an Übernachtungen und Ankünften aufzeigt. Und so haben sich in Rostock insbesondere die Übernachtungszahlen besonders erfreulich entwickelt und betragen im Geschäftsjahr 2019 insgesamt 2.288.907. Die Beliebtheit bei den Gästen belegt eine Studie der IFH Köln, die der Hanse- und Universitätsstadt mit ihrer historischen Innenstadt eine besonders hohe Attraktivität für Touristen attestiert und sie deutlich vor anderen Städten vergleichbarer Größe sieht.²

Im Seebadbereich konnte laut Statistischem Landesamt das Vorjahresniveau deutlich verbessert werden. Die Übernachtungszahlen im Seebadbereich stiegen um 12,3 % bzw. bei den Ankünften um 4,6 %. Die im Wirtschaftsjahr entrichtete Kurabgabe in Höhe von rund 2.068 TEUR wurde ausschließlich für die Wahrnehmung der satzungsgemäßen Aufgaben verwendet. Dies betrifft sowohl die kontinuierliche Weiterentwicklung der touristischen Infrastruktur als auch die strategische Weiterentwicklung der in der Tourismuskonzeption festgelegten Ziele. Hierzu zählt neben dem Gesundheitstourismus insbesondere der Umweltschutz und den sich daraus ableitenden Handlungsfeldern. Zudem generierte die

¹ <https://www.laiv-mv.de/static/LAIV/Statistik/Dateien/Publikationen/G%20IV%20Tourismus%2c%20Gastgewerbe/G%20413/2019/G413%202019%2012.pdf>

² <https://www.svz.de/lokales/rostock/Studie-Rostocker-Innenstadt-ist-attraktives-Ziel-fuer-Touristen-id22545387.html>

TZR&W im abgelaufenen Jahr deutlich höhere Einnahmen aus der Bewirtschaftung von Parkplätzen, der Verpachtung von Strandflächen, sowie weiterer Pachtflächen im Stadtgebiet.

Die Beschäftigten im **Geschäftsfeld Seebad & Kurwesen** sind für die Bewirtschaftung des Strandes, das Veranstaltungs-, Grundstücks- und Umweltmanagement, sowie die Etablierung des Gesundheitstourismus im Ostseebad verantwortlich.

Das Seebad Warnemünde zeichnet sich bis 2020 und bereits zum fünften Mal in Folge als „Familienfreundlicher Ferienort“ aus. Im Januar 2020 wird sich der Ort erneut um die Rezertifizierung bewerben, deren vorbereitende Maßnahmen bereits in den Jahren 2018 und 2019 eingeleitet worden sind. Zudem sind die Strände zum 23. Mal mit der Auszeichnung der „Blauen Flagge“ prämiert worden.

Die rettungsdienstliche Absicherung des Badebetriebes wurde auf zwei stationären und zehn mobilen Rettungstürmen durch die DRK-Wasserwacht realisiert. Tagsüber kontrollierten zwei über einen Sicherheitsdienst beauftragte Strandvögte jeweils in Warnemünde und in Markgrafenheide die Einhaltung der Strandsatzung. Zusätzlich beauftragte die TZR&W einen Sicherheitsdienst, der in den Abend- und Nachtstunden sowie an den Wochenenden für Ordnung und Sicherheit sorgte. Ferner oblag dem Dienstleister die Durchsetzung der Kurabgabepflicht auf den von der TZR&W bewirtschafteten Parkplätzen.

Auch wenn die Gespräche für die Erstellung des Bebauungsplanes-Nr.: 01.SO.160 „Strandbereich Warnemünde“ wieder aufgenommen worden sind, konnte der Prozess noch nicht abgeschlossen werden. In Folge dessen werden die Gewerbetreibenden nach wie vor nur bedingt in eine qualitativ hochwertige Gestaltung ihrer Angebote investieren können. Somit wird an der bestehenden Verfahrensweise zum Abschluss befristeter Verträge (aktuell max. 3 Jahre) festgehalten, welche im Jahr 2020 verlängert werden.

Die Tourismuszentrale Rostock & Warnemünde engagiert sich mit einem nachhaltigen Umweltmanagement unter dem Kampagnendach „Kein Plastik bei die Fische“ gegen die Verschmutzung der Strände und des Lebensraums Wasser. Der Schutz der Natur ist eine der größten Herausforderungen, denen sich Küstenregionen stellen müssen.

In diesem Sinne haben sich im Jahr 2019 nunmehr insgesamt 14 Strandbewirtschafter freiwillig zur Verwendung von biologisch abbaubarem Geschirr verpflichtet und sind damit von der TZR&W mit dem Siegel „Kein Plastik bei die Fische“ prämiert worden. Mit Unterzeichnung der Flächennutzungsverträge im Jahr 2020 werden alle Strandbewirtschafter vertraglich verpflichtet, ausschließlich nur noch biologisch abbaubares Geschirr einzusetzen.

Zudem sollen mit Aufklärung, Sport und Spiel auch junge Rostocker für ein verantwortungsbewusstes Verhalten am Strand sensibilisiert werden. So fanden erstmals in der Zeit vom 24.06. – 26.06.2019 die „Strandschultage“ in Warnemünde mit Schülern aus der Hanse- und Universitätsstadt sowie dem Landkreis Rostock statt. Die Schüler konnten jeweils an einem Projekttag vier Stationen durchlaufen, die für ein achtsames und verantwortungsbewusstes Verhalten am Strand sensibilisieren, lernten auch Strand-sportangebote sowie die Trendsportarten Kite- und Windsurfen, Wellenreiten und SUP kennen und wurden nochmals intensiv mit den Baderegeln vertraut gemacht.

Orientierend am Beschluss der Bürgerschaft (0216/BV/1919) hat die TZR&W in den Neubau einer barrierefrei zugänglichen Toilettenanlage am Strandaufgang 10 investiert, der im

Anlage 5

September 2018 fertiggestellt wurde. Auf Grund von Baumängeln musste die Anlage im Jahre 2019 zeitweise geschlossen werden. Diese Baumängel werden voraussichtlich erst im Jahr 2020 abgestellt werden. Die avisierte Etablierung einer Verleihstation, welche die Infrastruktur für mobilitätseingeschränkte Gäste im Seebad weiter verbessert hätte, konnte ebenfalls auf Grund dessen nicht umgesetzt werden.

Die TZR&W bot ihren Gästen im gesamten Seebadbereich ganzjährig ein breit gefächertes und attraktives Veranstaltungsprogramm an. Die ca. 200 Veranstaltungen wurden an den unterschiedlichsten Orten durchgeführt, wobei die TZR&W vielfach (ca.160-mal) als Veranstalter auftrat. Die Einbindung zusätzlicher Veranstaltungsräume für die Nebensaison hat sich bewährt. Ebenso wird verstärkt die Qualität in den Fokus der Weiterentwicklung des Veranstaltungskalenders der TZR&W genommen. Dies gilt für die fokussierten und vor allem neuen Angebote für Familien und in der Saisonverlängerung auf den Naturraum „Rostocker Heide“.

Für die Vorbereitung und Durchführung von Veranstaltungen müssen immer größer werdende Anstrengungen unternommen werden, um die öffentliche Sicherheit zu gewährleisten. Kernmoment einer erfolgreichen Veranstaltungsumsetzung ist die Gewährleistung der Sicherheit aller Beteiligten: Besucher, Dienstleister und Veranstalter. Von daher erzeugt die Inanspruchnahme externer Dienstleistungsunternehmen fortwährend deutlich höhere finanzielle Aufwendungen, die nach bestem Wissen entsprechend in den Planungen berücksichtigt werden. In diesem Sinne konnte im Jahr 2019 im Rahmen eines umfangreichen Ausschreibungsverfahrens die Firma ABS Sicherheitsdienst GmbH gewonnen werden, die eine Studie zur Entwicklung eines qualitätsorientierten Flächen- und Veranstaltungsplan für den Ortsteil Rostock-Warnemünde erarbeitet, der alle Veranstaltungsbereiche im Hinblick auf diverse Veranstaltungsformate bewertet. Ziel dieser Studie ist es, ein möglichst umfassendes Bild über die infrastrukturelle, sicherheitsrechtliche und verkehrliche Situation im Ortsteil Rostock-Warnemünde sowohl für kleinere als auch für Großveranstaltungen herausgearbeitet zu haben, welche sodann die Basis für alle Sicherheits- und Verkehrskonzepte darstellt.

Die Hanse- und Universitätsstadt Rostock mit dem Seebad Warnemünde verfolgt weiterhin das Ziel, sich als attraktive Wellness- und Gesundheitsdestination nachhaltig zu positionieren (vgl. Tourismuskonzeption 2022), das auch durch Kampagnen des Landestourismusverbandes wie bspw. „Gesundes MV“ unterstützt wird. Rostock-Warnemünde ist mit seinem breiten Fundament an touristischer sowie medizin-therapeutischer Kompetenz und Infrastruktur gut vorbereitet. Daher wird im Rahmen der angestrebten Positionierung als „Thalasso-Seebad“ die Zusammenarbeit mit lokalen Akteuren der Branche weiter gestärkt. Zudem wurde in 2019 die kurörtliche Infrastruktur durch die Ausweisung von 10 Thalasso-Kurwegen im Seebadbereich Warnemünde und in der Rostocker Heide das Profil unterstützend und damit nachhaltig ergänzt. Vier neue Audiotouren entlang der Thalasso-Kurwege in Warnemünde vermitteln dem Gast darüber hinaus auf seiner Wanderung leichte Bewegungs- und Atemübungen sowie umfassendes Wissen zur Destination.

Die TZR&W hat sich weiterhin mit ihrer Projektidee des Gesundheitslotsen für den Gesundheitsurlaub im Seebadbereich erfolgreich im landesweiten Ideenwettbewerb „Gesundheitswirtschaft 2019“ durchgesetzt. Ab 2020 werden damit innerhalb der Tourismuszentrale die Weichen für den Aufbau einer noch effektiveren Schnittstelle zwischen gesundheitsbewussten Gast und Gesundheitsnetzwerk gestellt.

Warnemünde ist erneut im Ranking der Zeitschrift FOCUS für das Engagement im Gesundheitstourismus gewürdigt worden.

Das **Büro Warnemünder Woche** hat mit der durch die Bürgerschaft im Dezember 2018 beschlossenen Stärkung eine Vielzahl von Aufgaben in der Organisation übernommen. Es wirkt als Gesamtkoordinator aller Veranstaltungsbausteine und ist für die übergreifende touristische Vermarktung zuständig. Es dient sozusagen als Bindeglied zwischen Wasser- und Landprogramm und unterstützt die Segelwettbewerbe insbesondere durch die Übernahme von Aufgaben, die nicht originär zur Wettfahrt-Organisation gehören (Infrastruktur, Flächenmanagement, Sicherheit, Sanitär, etc.). Ziel dieser neuen Struktur ist die Sicherung der Zukunftsfähigkeit der Veranstaltung, indem hauptamtliche Strukturen das Ehrenamt unterstützen, das finanzielle Risiko der Vereine reduziert und eine Professionalisierung durch dauerhafte, neutrale Ansprechpartner für Vereine und Sponsoren sichergestellt wird.

Seit Mai 2019 ist das Büro mit 2,5 Stellen personell vollständig besetzt und die 82. Warnemünder Woche konnte vom 6.-14. Juli 2019 erstmalig in der neuen Struktur stattfinden. Die Veranstaltung war rundum ein Erfolg und lockte etwa 650.000 Besucher an. Mit zwei Weltmeisterschaften und vielen weiteren hochkarätigen Wettbewerben war die Veranstaltung insbesondere durch ihre Internationalität mit Sportlern aus 38 Nationen geprägt – alles Botschafter unserer Destination. Touristisch besonders interessant war dabei, dass die Raceboard-WM direkt vor dem Warnemünder Strand ausgetragen wurde und damit von den Gästen hautnah verfolgt werden konnte. Auch das Programm an Land mit Sommerfest, Niede Umgang und Sportveranstaltungen am Strand war gewohnt bunt und abwechslungsreich. Das besucherstarke Drachenbootrennen konnte nach einjähriger Pause aufgrund von Baumaßnahmen 2019 in kleiner Ausführung wieder stattfinden.

In den Verantwortungsbereich des Büros Warnemünder Woche fällt darüber hinaus auch die Planung und Umsetzung der SportBeachArena am Warnemünder Strandaufgang 1/2. Die Arena ist der Ort, an dem Vereine und Sportgruppen zwischen Mitte Juni und Ende August sportliche Wettbewerbe absolvierten. Hier fand außerdem die besonders medienwirksame Deutsche Beachsoccer Meisterschaft des Deutschen Fußball Bundes statt. Die Wahrnehmung der Events in der SportBeachArena steigt kontinuierlich an. Im Vorfeld und während der Ereignisse informieren wir und der jeweilige Veranstalter auf allen Kanälen, insbesondere in den sozialen Medien. Besonders hervorzuheben sind dabei die Reichweiten des DFB Beachsoccer Turniers, des DLRG-Cups sowie der Crossfit-Veranstaltung „Battle the Beach“, die dem Seebad große überregionale Aufmerksamkeit verleihen. Darüber hinaus ist auch die Liveübertragung von Events wie Beachsoccer ins Internet erfolgt.

Schwerpunkt des **Geschäftsfeldes Maritimer Tourismus / Büro Hanse Sail** war - im engen Zusammenwirken mit dem Hanse Sail e.V. - die erfolgreiche Planung, Durchführung und Abrechnung der „29. Hanse Sail Rostock“. Die Veranstaltung war ein Publikumsmagnet und zog erneut hunderttausende Besucher in Ihren Bann und trug damit zur touristischen Wertschöpfung bei. Die Hanse Sail Rostock ist ein international überaus gut und positiv wahrgenommenes, wertvolles, von den Medien mit Superlativen versehenes Markenzeichen der Hanse- und Universitätsstadt Rostock und des Küstenlandes Mecklenburg-Vorpommern.

Die Veranstaltung trägt zum Erhalt maritimer Traditionen und traditioneller Schiffe bei. Die Fahrzeuge zählen teilweise zum maritimen, kulturellen Erbe und sind ein maritim-

touristisches Alleinstellungsmerkmal Nordeuropas. 170 Traditionsschiffe, darunter die im Ostseeraum beheimateten, russischen Großsegler KRUZENSHTERN und MIR, konnten für eine Teilnahme an der Sail gewonnen werden. Im Zentrum des Geschehens standen die Sail-Neulinge AMERIGO VESPUCCI (Italien), GLORIA (Kolumbien) und CUAUHEMOC (Mexico). Der Besuch des Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier, des Staatspräsidenten Portugals Marcelo Rebelo de Sousa und der Ministerpräsidentin des Landes Mecklenburg-Vorpommern Manuela Schwesig stellt eine Wertschätzung der Veranstaltung dar.

Es konnten in erheblichem Maße teils neue Werbepartner gewonnen und so eine Co-Finanzierung von Veranstaltungselementen gewährleistet werden. Die 2015 begonnene Kooperation mit Antenne MV zur gemeinsamen Gestaltung des Programmes auf der „Hanse Sail Bühne“ wurde fortgesetzt. Mit dem NDR wurde erstmals eine neue, allerdings mit Mehraufwand und Mehrkosten verbundene Form der Zusammenarbeit vereinbart, jedoch erfolgreich umgesetzt. Mit Einführung eines Mehrwegbecher-Pfandsystems konnte die Sail qualitativ verbessert und ein Betrag zum Umweltschutz geleistet werden. Die Firma dwif-Consulting GmbH hat 2019 umfängliche Besucher-Befragungen und -Messungen durchgeführt. Darauf aufbauend soll das Veranstaltungskonzept überprüft und angepasst werden.

Nach der Durchführung des 38. Internationalen Hansetages Rostock als zentrale Veranstaltung zum 800. Gründungsjubiläum der Stadt 2018 wurde im Zusammenwirken mit den anderen fünf Hansestädten 2019 eine Präsentation Mecklenburg-Vorpommerns auf dem Internationalen Hansetag in Pskow (Russland) realisiert.

Die Mitwirkung Rostocks im Verbund „Die Hanse“ soll fortgesetzt und intensiviert werden. Die Hansestädte Mecklenburg-Vorpommerns wollen in einem zu gründenden Verein noch enger zusammenarbeiten.

Die mit vier weiteren internationalen Partnern entwickelte Zusammenarbeit zur Entwicklung touristischer Produkte im Rahmen des EU-Interreg South Baltic Projektes „Baltic Pass – Maritime Heritage Tours“ wurde abgeschlossen. Die Zusammenarbeit mit Veranstaltern maritimer Großveranstaltungen an Ost- und Nordsee in den Netzwerken „Maritime Feste Deutschland“ und „Baltic Sail“ wurde fortgesetzt. Für den internationalen Verbund konnte Tallinn als neuntes Mitglied gewonnen werden.

Im **Geschäftsfeld Marketing / Presse- und Öffentlichkeitsarbeit** der TZR&W lag der Fokus neben Jubiläen wie 600 Jahre Universität, 120 Jahre Zoo, 50 Jahre Kunsthalle oder 25 Jahre hmt weiterhin auf der Stärkung von Qualität bzw. Service und dem Ausbau der Aktivitäten in der Nebensaison. Events, Tagungen und Kongresse zeigen ein besonderes Wachstumspotenzial für eine ganzjährig steigende Auslastung. So war die Hanse- und Universitätsstadt Rostock im November 2019 erstmalig Gastgeber des Deutschen Tourismustages und die Stadt präsentierte sich 530 Branchenvertretern aus der ganzen Bundesrepublik als weltoffene Destination. Begleitend zu den Veranstaltungen und Jubiläen wurden zielgruppenorientierte Angebote in den Themen Gesundheitstourismus und Barrierefreiheit weiter entwickelt sowie der Fokus für die Zukunftsthemen Digitalisierung und Internationalisierung geschärft. Alle Maßnahmen und Handlungsfelder werden konsequent unter einem qualitätsorientierten und nachhaltigen Aspekt umgesetzt.

Ein Fokus lag in 2019 auf der Inwertsetzung des Terrainkurwegenetzes und der Vermarktung gesundheitstouristischer Angebote. So wurde im Zuge der Eröffnung der

Thalasso-Kurwege in Warnemünde die Wegebeschilderung entwickelt, die Gesundheitsbroschüre „Thalasso im Seebad Warnemünde“ überarbeitet, die thematische Microsite auf www.rostock.de ausgebaut und zum Herbst 2019 Audiotouren veröffentlicht.

Die Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft „Leichter Reisen – Barrierefreie Reiseziele in Deutschland“ wurde intensiviert. Möglichkeiten der Präsentation wie bspw. bei der ITB Berlin, dem GTM Wiesbaden, der REHAB Karlsruhe und der Rehacare Düsseldorf wurden genutzt. Seit Frühjahr 2019 ist über die Tourist-Informationen ein Hotel-Set für gehörlose und schwerhörige Gäste ausleihbar und in der Saison 2019 stand in Kooperation mit dem TMV in Warnemünde erstmalig ein barrierefreier Strandkorb (Strandkorb Für Alle) am Strandaufgang 10 zur Nutzung für mobilitätseingeschränkte Gäste und Familien zur Verfügung.

Die Vorbereitungen für das zweite ROSTOCK CRUISE FESTIVALS im August 2020 haben begonnen. Im Schulterschluss mit Rostock Marketing wird die maritime Großveranstaltung künftig in einem Turnus von zwei Jahren stattfinden. Die Veranstaltung bedient viele Themen rund um Kreuzfahrt und maritime Industrie an der Kaikante Rostocks.

Mit der Ausrichtung der 7. Deutschen Beachsoccer-Meisterschaft und der DFB Beachsoccer Tour im August 2019 am Ostseestrand von Warnemünde wurde die nationale Bekanntheit des Seebads weiter gesteigert. Im Mai 2019 wurde die Vertragsverlängerung über die Austragung der Finalsplele der Deutschen Beachsoccer Meisterschaften im Seebad Warnemünde bis einschließlich 2021 unterzeichnet. Die Austragung des Events wurde von der TZR&W intensiv begleitet.

Das Stadtportal rostock.de und seine touristischen Seiten erfreuten sich auch 2019 bei 914.000 Nutzern großer Beliebtheit, wobei sich die Nutzung der Webseite über mobile Endgeräte weiter erhöhte (58 %). Neben der kontinuierlichen Aktualisierung und dem Ausbau der Inhalte auf der Webseite wurden Angebote im on- und offline-Bereich zum Beispiel durch die App für Audiotouren der Thalasso-Kurwege verknüpft. Außerdem wurde in 2019 die neue touristische Online-Strategie zur Nutzung der Potentiale digitaler Technologien entwickelt sowie der Relaunch von www.rostock.de hinsichtlich Technik, Inhalt und Optik vorbereitet.

Zur intensiven Bearbeitung der wichtigsten ausländischen Zielmärkte (Schweden, Dänemark, Österreich, Schweiz, Niederlande) hat die TZR&W erneut mit der Städtekooperation Mecklenburg-Vorpommern, dem Tourismusverband Mecklenburg-Vorpommern e. V. (TMV), Rostock Marketing sowie der Deutschen Zentrale für Tourismus e. V. (DZT) gemeinsame nationale und internationale Aktivitäten bspw. in Form von Crossmedia-Kampagnen oder auch mit der Kampagne „Off the beaten Track 2.0“, umgesetzt. Ferner war die TZR&W erneut auf dem größten deutschen Incoming Workshop Germany Travel Mart (GTM) in Wiesbaden vertreten. Zur Vermarktung in den Potentialmärkten USA, Großbritannien und China wirbt die Hanse- und Universitätsstadt Rostock im Verbund mit dem Historic Highlights of Germany e.V. (HHOG).

Der Facebook-Account „Rostock & Warnemünde Erleben“ verzeichnete im Dezember 2019 39.250 Fans (+76 % im vgl. zu Dezember 2018). Beiträge und Anzeigen erzielten eine Reichweite von 1.162.000 Nutzern. Auf dem Kanal werden Beiträge der TZR&W und der Partner von Rostock Marketing verbreitet. Darüber hinaus wurde die Instagram-Seite (3.679 Follower im Dezember 2019) verstärkt genutzt und bespielt. Inspirierende Inhalte,

Veranstaltungstipps und interaktive Gewinnspiele erzielten Reichweiten von bis zu 14.000 Personen pro Woche.

Mit der fortlaufenden Positionierung der Hanse- und Universitätsstadt Rostock in den Medien wurde die Wahrnehmung von Rostock & Warnemünde als attraktive Urlaubsdestination sowohl national als auch international weiter gefestigt. Unter Federführung der TZR&W wurden 40 Pressemitteilungen versendet, 13 Pressekonferenzen organisiert sowie 30 Pressereisen (z. T. in Kooperation mit den oben genannten Kooperationspartnern) durchgeführt. Der jährliche Pressestammtisch fand am 20.03.2019 in der Tourist-Information am Universitätsplatz statt.

Die **Tourist-Informationen** in Rostock & Warnemünde waren auch 2019 ganzjährig Ansprechpartner für Gäste und auch Einheimische. In Anlehnung an das hohe Aufkommen an Urlaubern und Tagesgästen, auch durch die Vielzahl der Kreuzfahrtschiffsanläufe, dienten erneut zwei saisonale Anlaufstellen in Markgrafenheide und am Pier 7 in Warnemünde als zusätzliche Anlaufpunkte für die Gäste. Rund 268.000 Besucher nahmen die vielfältigen Angebote und Serviceleistungen in Anspruch.

Über die Zimmervermittlung konnten nach direkter Gästeberatung über 700 Buchungen generiert werden, in den administrierten Buchungssystemen wurden insgesamt 4.013 Buchungen bearbeitet. Die von der Tourist-Information angebotenen öffentlichen Stadtrundgänge und Brauereiführungen zählten 3.457 Teilnehmer. Zusätzlich konnten über den Gruppenservice mehr als 1.300 individuelle Stadtführungen oder Reiseleitungen vermittelt werden mit über 33.000 Teilnehmern. Die RostockCARD, in 5 Ticketvarianten vertrieben, wurde knapp 1.200-mal verkauft. Durch Vertriebsprovisionen und Verkäufe von Sortimentsartikeln wurden 2019 in den Tourist-Informationen mehr als 220 TEUR Umsatzerlöse generiert.

Für alle Standorte gilt, das hohe Qualitätsniveau zu halten und den Service stetig zu verbessern. Hierzu unterziehen sich die Tourist-Informationen regelmäßig Qualitätschecks und ist weiterhin mit dem Prüfsiegel „i-Marke“ vom DTV ausgezeichnet. Mit der Zertifizierung „ServiceQualität Deutschland“ werden verbindliche Maßnahmen zur Steigerung der Gästezufriedenheit umgesetzt. Mit dem Qualitätssiegel „Reisen für alle“ demonstrieren die Tourist-Informationen das Engagement für Barrierefreiheit. Diese hochwertigen Standards stellen einen echten Wettbewerbsvorteil für die Destination dar.

Perspektivisch zeichnet sich ab, dass die Angebote und Serviceleistungen der Tourist-Informationen mit steigender Tendenz auch online und 24/7 von Interesse für die Gäste sind. Konzeption, Umsetzung und Administration digitalisierter Angebote im Bereich der Tourist-Informationen bilden einen Schwerpunkt der zukünftigen Arbeit.

Das Geschäftsfeld **Grundstücke/Flächen/Vermögensverwaltung** wurde aus Gründen der Transparenz zu steuerrechtlich und betriebswirtschaftlich notwendigen Aussagen separat dargestellt. Hier wird insbesondere das von der Hanse- und Universitätsstadt Rostock eingelegte Sondervermögen, wie die Grundstücke der Campingplätze Graal-Müritz und Markgrafenheide sowie die Parkplätze und eigene Gebäude, abstrahiert von Aufgabenzuordnungen, betriebswirtschaftlich gesondert abgebildet.

2. Vermögenslage

Das Vermögen des Eigenbetriebes ist mit Beschluss der Bürgerschaft der Hanse- und Universitätsstadt Rostock Nr. 169/6/1994 als Sacheinlage in diesen eingebracht worden.

Die Sachanlagenintensität beträgt 91,1 % und die Eigenkapitalquote 76,5 %.

3. Finanzlage

Der Finanzmittelbestand zum Bilanzstichtag betrug 943 TEUR (703 TEUR Vorjahr) und beinhaltet im Wesentlichen Guthaben bei Kreditinstituten. Die Liquidität des Eigenbetriebes war durch die planmäßigen Zuschusszahlungen der Hanse- und Universitätsstadt Rostock gegeben.

Die Liquidität 2. Grades beträgt zum Bilanzstichtag 45,0 %.

4. Ertragslage

Entwicklung der Umsatzerlöse

Umsatzerlöse aus	PLAN 2019 in TEUR	IST 2019 in TEUR	IST 2018 in TEUR
Kurabgabe	2.000	2.068	2.100
Mieten, Pachten, Erbbauzinsen	1.635	1.626	1.709
Werbeleistungen	629	523	698
Parkplatzentgelte	547	557	646
Provisionen	111	100	93
Broschüren und Souvenirs	155	141	149
Pauschalangebote	29	28	29
Eintrittsgelder	30	29	103
Übrige Umsatzerlöse	142	192	149
Gesamt	5.278	5.264	5.676

Die Umsatzerlöse sind im Vergleich zum Vorjahr um 7 % gesunken, liegen aber nur knapp unter dem Planansatz. Das Vorjahresergebnis war maßgeblich geprägt durch die Feierlichkeiten rund um das Stadtjubiläum, insbesondere durch die Ausrichtung des 38. Hanse-tages durch die Tourismuszentrale. Nahezu alle Erlöspositionen entwickelten sich 2018 durch den Hansetag und weitere Veranstaltungen deutlich positiv. Ein Vergleich mit dem Berichtsjahr 2019 ist daher kaum möglich. Der Planansatz gibt hier mehr Aufschluss. In nahezu allen Bereichen wurden die geplanten Werte erreicht. Bei der Kurabgabe (+3 %), bei den Parkplatzentgelten (+2 %) und den übrigen Erlösen (+36 %) wurden die Planwerte sogar teils deutlich überschritten. Bei den Mieten, Pachten und Erbbauzinsen, den Pauschalangeboten und den Eintrittsgeldern wurden die Planwerte nahezu erreicht. Die geplanten Einnahmen aus der Vermietung der Finnhütten wurden um 2 % übertroffen, der Vorjahreswert um 5 %. Die Ergebnisse bei Provisionen (-10 %) und dem Verkauf von Broschüren und Souvenirs (-9 %) liegen hinter dem Planansatz. Die fortschreitende Digitalisierung ist hier sicher als ein möglicher Grund anzuführen. Bei den Werbeleistungen

wurde der eigentliche Planwert um 17 % verfehlt. Die Erlöse aus der Vermarktung u.a. der städtischen Internetseiten entwickelten sich nicht wie geplant.

Entwicklung der sonstigen betrieblichen Erträge

betriebliche Erträge aus	PLAN 2019 in TEUR	IST 2019 in TEUR	IST 2018 in TEUR
Herabsetzung von Einzelwertberichtigungen	50	52	26
Auflösung von Rückstellungen	0	29	31
Auflösung Sonderposten Investitionszulage und Zuschüsse	76	92	67
Zinsen u. ä. Erträge	1	2	3
Erstattung Personalaufwand	0	0	46
Sonstiges	105	123	184
Gesamt	232	298	357

Seit 2018 ist eine neue WC-Anlage mit einer Ausleihstation am Strandaufgang 10 in Warnemünde im Betrieb. Hierfür erhielt die TZR&W eine Investitionszuwendung vom Landesförderinstitut Mecklenburg-Vorpommern. Der Zuwendungsbescheid erging im März 2019. Die Zuwendung wird entsprechend der jährlichen Abschreibungsraten aufgelöst. Die Auflösung für das Jahr 2018 erfolgte in Geschäftsjahr anteilig. Die Auflösungen sind in den Sonderposten für Investitionszulagen enthalten.

Für die Neukonzeption der Hanse Sail und die Erstellung eines Sicherheitskonzeptes für Warnemünde erhielt die TZR&W 100 TEUR zweckgebunden von der Hanse- und Universitätsstadt Rostock. Für das Hanse Sail Entwicklungskonzept wurden im Geschäftsjahr 58 TEUR gebunden. Die Verbindlichkeit gegenüber der Hanse- und Universitätsstadt Rostock in Höhe von 100 TEUR wurde um diesen Betrag ertragswirksam reduziert. Aus diesem Grunde überschreiten die sonstigen betrieblichen Erträge den Planansatz deutlich. Die verbleibenden 42 TEUR werden im Geschäftsjahr weiterhin als Verbindlichkeit bilanziert.

Die Zinserträge bleiben auf geringem Niveau.

Das Auftragsvolumen der durch die Hanse- und Universitätsstadt Rostock übertragenen Aufgaben ergab für das Jahr 2019 einen Ausgleichsbedarf in Höhe von 1.429.743,01 EUR. Die Hanse- und Universitätsstadt Rostock hat Vorauszahlungen auf diesen Ausgleichsbedarf in Höhe von 1.430.000,00 EUR geleistet. Diese Zahlungen werden zum Bilanzstichtag als Verbindlichkeit bilanziert. Der Ausgleich erfolgt erst mit der Beschlussfassung der Bürgerschaft zum Jahresabschluss 2019 in 2020. Nach Saldierung des Ausgleichsbedarfs und der Vorauszahlungen durch die Hanse- und Universitätsstadt Rostock ergibt sich eine Überzahlung in Höhe von 256,99 EUR.

Entwicklung der betrieblichen Aufwendungen

Aufwendungen aus	PLAN 2019 in TEUR	IST 2019 in TEUR	IST 2018 in TEUR
Materialaufwand/Aufwand aus bezogenen Leistungen	1.917	2.069	2.404
Personalaufwand	3.366	3.128	3.208
Abschreibungen	314	266	275
Sonst. betrieblicher Aufwand	1.319	1.504	1.888
Zinsen u. ä. Aufwendungen	17	18	18
Steuern	7	7	7
Gesamt	6.940	6.992	7.800

Auch im Bereich der Aufwendungen ist ein Vergleich mit den Vorjahreswerten aufgrund der Veranstaltungen im Rahmen des Doppeljubiläums 2018 nicht realistisch. Die Aufwendungen sind im Vergleich zum Vorjahr insgesamt um 10 % gesunken. Der Planansatz wurde um 1 % überschritten.

Die Planabweichung beruht insbesondere auf den Mehraufwendungen für die Beseitigung der erheblichen Schäden, die durch ein Sturmtief und die damit verbundene Sturmflut Anfang Januar 2019 entstanden sind. Reparaturen und die Beseitigung von angespültem Müll und Treibgut im Verantwortungsbereich der Tourismuszentrale verursachten einen nicht eingeplanten Aufwand von rund 100 TEUR. Ein Antrag auf Übernahme dieser Aufwendungen durch das Wirtschaftsministerium Mecklenburg-Vorpommern wurde im Juli 2019 abgelehnt. Erneut sind auch die Aufwendungen für die rettungsdienstliche Absicherung am Strand (+21 TEUR) gestiegen. Werden die Aufwendungen für den Hansetag aus dem Vorjahr ausgeklammert, haben sich auch die Kosten für die Veranstaltungssicherheit erneut deutlich um 47 TEUR erhöht.

Die Personalkosten liegen deutlich unter dem Planansatz (-7 %). Mehrere Stellen konnten nicht nachbesetzt werden bzw. haben sich Bewerbungsverfahren derart verlängert, dass eine Neubesetzung erst zu Beginn des Jahres 2020 erfolgen konnte. Auch Krankenschreibungen über längere Zeiträume haben sich entsprechend ausgewirkt.

Personalentwicklung

Im Jahresdurchschnitt waren bei der Tourismuszentrale 50 Vollzeitbeschäftigte (VJ 51), darunter zwei Auszubildende (VJ 2) beschäftigt.

Investitionen

Im Jahr 2019 wurden insgesamt Investitionen in Höhe von 47 TEUR realisiert. Hierbei handelt es sich um Software (1 TEUR), Büroausstattung (15 TEUR); Strand- und Promenadentechnik (11 TEUR) sowie weitere geringwertige Wirtschaftsgüter (15 TEUR).

5. Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Chancen und Ausblick

Der GTM Germany Travel Mart™ 2020 Mecklenburg-Vorpommern ist aufgrund der derzeitigen Pandemie durch das Covid-19-Virus auf das Jahr 2021 verschoben worden. Die finanziellen Mittel zur Durchführung der Abendveranstaltung in Rostock-Warnemünde in Höhe von 100 TEUR werden dementsprechend für die Veranstaltung im Jahr 2021 verwendet.

Die weitere Umsetzung der Tourismuskonzeption 2022 wird vordergründig die Schwerpunkte der Aufgaben der nächsten Jahre weiter bestimmen. So wird die Tourismuszentrale im Jahr 2020 maßgeblich die Entwicklung und Weiterentwicklung gesundheitstouristischer Angebote und kurortspezifischer Sport- und Freizeitaktivitäten, wie bspw. der Thalasso Kurwege, forcieren.

Ferner wird eine Projektstelle „Gesundheitslotse“ eingerichtet. Das Projekt wird am 01.06.2020 starten. Der Gesundheitslotse wird als Ansprechpartner für den Gesundheitsurlaub in Warnemünde rund um das Thema Thalasso und Gesundheit am Meer für gesundheitstouristische Leistungsträger, Anbieter und Dienstleister sowie zur Information und unabhängigen Beratung von Gästen und Einwohnern fungieren.

Zudem verfolgt die Hanse- und Universitätsstadt Rostock mit dem Seebad Warnemünde auch weiterhin das Ziel, sich als attraktive und familienfreundliche Destination zu positionieren. Es ist davon auszugehen, dass im Jahr 2020 die Tourismuszentrale Rostock & Warnemünde die erneute Zertifizierung für die kommenden 3 Jahre erhalten wird.

In diesem Zusammenhang werden stetig Angebote für Familien, aber auch für mobilitätseingeschränkte Gäste in 2020 ausgebaut und damit mehr Vielfalt für die Besucher des Seebades Warnemünde geschaffen.

Im Geschäftsfeld Seebad und Kurwesen wird auch im Jahr 2020 ein breit gefächertes und attraktives Angebot von verschiedenen Veranstaltungen für Urlauber und Gäste organisiert. Es werden neben den bestehenden traditionellen auch neue Formate in das Veranstaltungsprogramm integriert.

Im Jahr 2020 wird die TZR&W erneut Nutzungsvereinbarungen für die Strandnutzung mit den jeweiligen Bewirtschaftern – unter dem Vorbehalt der Rechtskraft des Bebauungsplanes-Nr.: 01.SO.160 „Strandbereich Warnemünde“ - mit einer Laufzeit von drei Jahren schließen.

Die TZR&W engagiert sich auch im Geschäftsjahr 2020 für die Verringerung der Verschmutzung der Strände und des Lebensraums Wasser und setzt im Bereich der Rostocker Seebäder auf biologisch abbaubares Geschirr. Die Initiative „Kein Plastik bei die Fische“ soll die Gäste, Einwohner und Strandbewirtschafter der Stadt für einen schonenden Umgang mit der Natur sensibilisieren und damit einen Beitrag für die Erhaltung der einmaligen Landschaft an der Ostseeküste liefern. Aus umweltrechtlicher Sicht wird die Verwendung von biologisch abbaubarem Geschirr am Strand ab dem Jahr 2020 verpflichtend. Die TZR&W konzentriert sich weiter auf den Ausbau der Infrastruktur für mobilitätseingeschränkte Gäste. In 2020 wird mit der bereits 2019 geplanten Errichtung einer

Verleihstation für Strandmobiliar (Strandrollstuhl, Strandkinderwagen etc.) am Strandzugang 10 in Warnemünde ein neuer Meilenstein gesetzt. Sie richtet sich vordergründig an mobilitätseingeschränkte Menschen und bietet ihnen attraktive Fortbewegungs- und Sportmöglichkeiten am Strand.

Der Betriebshof der TZR&W ist auch 2020 für die Absicherung eines ordnungsgemäßen Badebetriebes und die Aufrechterhaltung von Ordnung und Sauberkeit am 16 Kilometer langen Strand von Diedrichshagen über Warnemünde und Hohe Düne bis nach Markgrafenheide verantwortlich. Hinzu kommen noch die Promenade in Warnemünde, insgesamt 6 Kilometer Wanderwege sowie die durch die Tourismuszentrale bewirtschafteten Parkplätze.

Neben der Reinigung werden auch Reparaturen und Instandhaltungsmaßnahmen an den Bauten und beweglichen Wirtschaftsgütern in diesen Bereichen und den im Anlagevermögen befindlichen Grundstücken und Gebäuden planmäßig und auch unplanmäßig durchgeführt.

Auch im Jahr 2020 bilden die Tourist-Informationen an den Hauptstandorten Rostock Innenstadt und Warnemünde zentrale und kompetente Anlaufstellen für die Gästeberatung. Während der Hauptsaison sind zudem die Informationsstellen in Markgrafenheide und im Pier 7 zu Kreuzfahrtschiffsanläufen für die Gäste geöffnet.

Die erworbenen laufenden Qualitätssiegel und Zertifikate – u.a. ServiceQualität Deutschland, DTV i-Mark – bilden den Rahmen für Handlungspotentiale, wodurch Gästezufriedenheit und Beratungsqualität weiter zu verbessern sind. Zudem sind in den Tourist-Informationen Maßnahmen geplant, um Gästen zeitgemäße digitale Informationsangebote zu präsentieren und somit innovative Trends der Gästeberatung in der Destination zu etablieren.

Zu den thematischen Schwerpunkten im Geschäftsfeld Marketing, PR & Vertrieb zählen im Jahr 2020 Gesundheitstourismus, Barrierefreiheit und nachhaltiges Umweltmanagement.

Das Stadtportal rostock.de wird gezielt weiterentwickelt und verstärkter auf die wachsenden Anforderungen mobiler Nutzung modernisiert. Ferner fokussiert sich die Tourismuszentrale weiterhin auf die Internationalisierung der Seite.

Im Destinationsmarketing wird sich die Tourismuszentrale in 2020 weiter unter dem Dach des Tourismusverbandes Mecklenburg-Vorpommerns bzw. über die Städtekooperation MV national wie international präsentieren.

Die Zusammenarbeit mit Hansestädten Mecklenburg-Vorpommerns im Städtebund Hanse soll durch Gründung eines Vereins institutionalisiert werden. Auch die Zusammenarbeit mit Veranstaltern maritimer Großveranstaltungen in Deutschland und im gesamten Ostseeraum soll fortgesetzt und intensiviert werden.

Risiken

Eventuelle, aus der derzeitigen Pandemie durch das Covid-19-Virus resultierende Auswirkungen auf das Geschäftsjahr 2020 lassen sich noch nicht exakt beziffern. Da jedoch diverse Veranstaltungen in Rostock-Warnemünde bereits abgesagt worden und voraussichtlich noch weitere folgen, ist derzeit unklar, wie sich dies auf die wirtschaftliche Entwicklung des Eigenbetriebs auswirkt. Zudem ist durch das derzeitige Reiseverbot ein erheblicher Rückgang der Übernachtungszahlen im Jahr 2020 zu erwarten. Infolge dessen

geht die Betriebsleitung von beachtlichen Einnahmeverlusten bei der Kurabgabe aus. Auch in weiteren Geschäftsbereichen wie z.B. der Parkplatzbewirtschaftung oder in den Tourist-Informationen muss mit erheblichen Einnahmefällen gerechnet werden.

Die Liquidität des kommunalen Eigenbetriebs ist durch die Genehmigung eines Kassenkredits jederzeit gegeben. Auch durch den stetigen Austausch mit der Zentralen Steuerung der Hanse- und Universitätsstadt Rostock und einer validen Liquiditätsplanung wird die TZR&W auch im Geschäftsjahr 2020 ihre Liquidität sichern.

Trotz diverser Planungsunsicherheiten ist jedoch davon auszugehen, dass die Pandemie das Geschäftsjahr 2020 in allen Geschäftsbereichen erheblich beeinflussen wird.

Dennoch sieht der aktuell gültige Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2020 ein ausgeglichenes betriebswirtschaftliches Ergebnis vor. In wie fern dies im Ergebnis der Pandemie in 2020 eingehalten werden kann, ist derzeit nicht abzuschätzen.

Die Sicherheit bei Veranstaltungen bleibt auch im kommenden Jahr ein Faktor, der kostentechnisch voraussichtlich auch künftig steigende Ausgaben nach sich ziehen wird. Da die Absicherung von Veranstaltungen durch Auflagen der Sicherheitsbehörden auch auf weitere kleinere Formate Anwendung finden könnte, können hier zusätzliche und weitere ungeplante Aufwendungen entstehen.

Zudem bergen auch die Veränderungen des Klimas künftig noch weitere größere Risiken. Die Intensität von Sturm- und Flutereignissen lässt sich immer schwerer prognostizieren, sodass zusätzliche und somit ungeplante Aufwendungen für die Beseitigung derartiger Schäden künftig nicht ausgeschlossen werden können.

Die wirtschaftliche Entwicklung der Tourismuszentrale wird auch künftig von den politischen Rahmenbedingungen in der Hanse- und Universitätsstadt Rostock und damit einhergehend von der Bereitstellung finanzieller Mittel für die Erfüllung der satzungsgemäßen Aufgaben abhängig sein.

Gesamtaussage

Die Tourismuszentrale Rostock & Warnemünde geht für das Wirtschaftsjahr 2020 davon aus, dass das Auftragsvolumen der durch die Hanse- und Universitätsstadt Rostock übertragenen Aufgaben sich im Rahmen des geplanten Ausgleichsbedarfs in Höhe von 1.654.200,00 EUR bewegen wird, wobei die Auswirkungen der Pandemie im derzeitigen Entwurf des Wirtschaftsplans 2020 jedoch noch nicht berücksichtigt sind. Derzeit ist vorgesehen, dass die Rostocker Bürgerschaft den Wirtschaftsplan 2020 im Juni 2020 rechtskräftig beschließt. Ohne den von der Hanse- und Universitätsstadt Rostock in Aussicht gestellten Ausgleich des Jahresfehlbetrages, gemäß § 13 (5) EigVO M-V, kann der Eigenbetrieb in der derzeitigen Form seine satzungsmäßigen Aufgaben nicht aus eigenen Mitteln erfüllen.

Rostock,

Tourismuszentrale
Rostock & Warnemünde

Matthias Fromm
Tourismusedirektor



Anlage 6

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS

An die Tourismuszentrale Rostock & Warnemünde, Rostock:

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Tourismuszentrale Rostock & Warnemünde, Rostock, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2019, der Gewinn- und Verlustrechnung, Finanzrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2019 bis zum 31. Dezember 2019 – geprüft. Durch § 13 Abs. 3 KPG M-V wurde der Prüfungsgegenstand erweitert. Die Prüfung erstreckt sich daher auch auf die wirtschaftlichen Verhältnisse des Eigenbetriebs i.S.v. § 53 Abs. 1 Nr. 2 HGrG. Die in Abschnitt 1 des Lageberichts enthaltenen Erklärungen zu Veranstaltungen sowie allgemeine Informationen haben wir in Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften nicht inhaltlich geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den Vorschriften der EigVO M-V i.V.m. den einschlägigen deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage des Eigenbetriebs zum 31. Dezember 2019 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2019 bis zum 31. Dezember 2019 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Eigenbetriebs. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den Vorschriften der EigVO M-V und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.



Anlage 6

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB und § 13 Abs. 3 KPG M-V unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen die im Abschnitt „Prüfungsurteile“ genannten, nicht inhaltlich geprüften Bestandteile des Lageberichts.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, den inhaltlich geprüften Bestandteilen des Lageberichts oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder



Anlage 6

- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den Vorschriften der EigVO M-V in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Eigenbetriebs vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit des Eigenbetriebs zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Eigenbetriebs vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den Vorschriften der EigVO M-V entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden Vorschriften der EigVO M-V zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.



Anlage 6

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Eigenbetriebs vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den Vorschriften der EigVO M-V entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.



Anlage 6

- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit des Eigenbetriebs zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass der Eigenbetrieb seine Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.



Anlage 6

- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Eigenbetriebs vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Eigenbetriebs.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.



Anlage 6

Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen**Erweiterung der Jahresabschlussprüfung gemäß § 13 Abs. 3 KPG M-V****Aussage zu den wirtschaftlichen Verhältnissen**

Wir haben uns mit den wirtschaftlichen Verhältnissen des Eigenbetriebs i.S.v. § 53 Abs. 1 Nr. 2 HGrG im Geschäftsjahr vom 1. Januar 2019 bis zum 31. Dezember 2019 befasst. Gemäß § 14 Abs. 2 Satz 3 KPG M-V haben wir in dem Bestätigungsvermerk auf unsere Tätigkeit einzugehen.

Auf Basis unserer durchgeführten Tätigkeiten sind wir zu der Auffassung gelangt, dass uns keine Sachverhalte bekannt geworden sind, die zu wesentlichen Beanstandungen der wirtschaftlichen Verhältnisse des Eigenbetriebs im Berichtsjahr Anlass geben.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die wirtschaftlichen Verhältnisse des Eigenbetriebs sowie für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie dafür als notwendig erachtet haben.

Verantwortung des Abschlussprüfers

Unsere Tätigkeit haben wir entsprechend dem IDW Prüfungsstandard: Berichterstattung über die Erweiterung der Abschlussprüfung nach § 53 HGrG (IDW PS 720), Fragenkreise 11 bis 16, durchgeführt.



Anlage 6

Unsere Verantwortung nach diesen Grundsätzen ist es, anhand der Beantwortung der Fragen der Fragenkreise 11 bis 16 zu würdigen, ob die wirtschaftlichen Verhältnisse zu wesentlichen Beanstandungen Anlass geben. Dabei ist es nicht Aufgabe des Abschlussprüfers, die sachliche Zweckmäßigkeit der Entscheidungen der gesetzlichen Vertreter und die Geschäftspolitik zu beurteilen.

Schwerin, den 25. Mai 2020

MÖHRLE HAPP LUTHER GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

(Dodenhoff)
Wirtschaftsprüfer

(Voige)
Wirtschaftsprüfer

Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2019 des Eigenbetriebes Tourismuszentrale Rostock & Warnemünde, Rostock.

Bei Veröffentlichungen oder Weitergabe des Jahresabschlusses in einer von der bestätigten Fassung abweichenden Form (einschließlich der Übersetzung in andere Sprachen) bedarf es zuvor unserer erneuten Stellungnahme, sofern hierbei unser Bestätigungsvermerk zitiert oder auf unsere Prüfung hingewiesen wird; wir weisen insbesondere auf § 328 HGB hin.



Anlage 7

RECHTLICHE UND WIRTSCHAFTLICHE VERHÄLTNISSE**A. Rechtliche Verhältnisse****A.1. Rechtliche Grundlagen**

Firma:	Tourismuszentrale Rostock & Warnemünde
Rechts- und Organisationsform:	Eigenbetrieb gemäß § 1 EigVO der Hanse- und Universitätsstadt Rostock
Sitz:	Rostock
Gründung:	am 13. Oktober 1993
Satzung:	in der Fassung vom 19. Februar 2003
Handelsregister:	Amtsgericht Rostock, HRA 1853 Auszug vom 30. April 2020 letzte Eintragung am 8. Juli 2014
Gegenstand des Eigenbetriebs:	Planung, Koordinierung und Durchführung von Leistungen, die im Interesse der Hansestadt Rostock liegen und mit dem öffentlichen Zweck verbunden sind, für die weitere Entwicklung des Städte- und Seebädertourismus die bestmöglichen Rahmenbedingungen zu schaffen mit dem Ziel die Hansestadt Rostock als attraktives Ziel für den Städte-, Erholungs-, Tages- /Kongreß- und Messetourismus und als Anlaufpunkt für die internationale Kreuzschiffahrt am nationalen und internationalen Markt zu platzieren, für die Ortsteile Warnemünde, Diedrichshagen, Hohe



Anlage 7

Düne und Margrafenheide das Prädikat "Seebad" im Sinne des Kurortgesetzes zu bewahren sowie einen attraktiven Seebäderbetrieb mit Wassersport- und Kurkomponente zu gewährleisten. Zur Unterstützung aller Marketingmaßnahmen und geplanten touristischen Aktionen sind attraktive und aussagekräftige Publikationen, Angebote und Werbemittel zu entwickeln, herauszugeben und zu vertreiben sowie durch eine wirksame Presse- und Öffentlichkeitsarbeit und die Mitarbeit in regionalen, nationalen und internationalen touristischen Vereinen und Verbänden ist der Bekanntheitsgrad der Hansestadt Rostock mit dem Seebad Warnemünde weiter zu erhöhen und damit der Standortfaktor Tourismus auszubauen.

Geschäftsjahr:

Kalenderjahr

Dauer:

unbestimmt

Vorjahresabschluss:

Die Bürgerschaft Rostock hat mit Beschluss vom 4. Dezember 2019 den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2018 festgestellt sowie eine Verrechnung der bereits geleisteten Abschlagszahlungen von TEUR 1.768 mit dem Jahresfehlbetrag beschlossen.

Entlastung:

Der Geschäftsführung wurde für das Geschäftsjahr 2018 ohne Gegenstimme Entlastung erteilt.



Anlage 7

A.2. Stammkapital

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt EUR 5.000.000,00.

Die Tourismuszentrale Rostock & Warnemünde ist ein Eigenbetrieb der Hansestadt Rostock ohne eigene Rechtspersönlichkeit.

A.3. Tourismusdirektor

Der Tourismusdirektor ist im Anhang namentlich aufgeführt.

Der Tourismusdirektor ist allein zur Vertretung des Eigenbetriebs berechtigt, sofern er entscheidungsbefugt ist.

B. Steuerliche Verhältnisse

Der Eigenbetrieb unterhält einen Betrieb gewerblicher Arbeit und wird bei dem Finanzamt Rostock unter der Steuernummer 079/133/80597 geführt.

Der Betrieb gewerblicher Art ist umsatzsteuer- und Körperschaftssteuerpflichtig.

Die letzte Veranlagung erfolgt für das Jahr 2017 unter dem Vorbehalt der Nachprüfung gemäß § 164 Abs. 1 AO.

Eine Betriebsprüfung hat im Wirtschaftsjahr 2018 nicht stattgefunden.



Anlage 8

**AUFGLIEDERUNGEN UND ERLÄUTERUNGEN DER POSTEN
DES JAHRESABSCHLUSSES ZUM 31. DEZEMBER 2019**
1. Bilanz**1.1 Aktiva**

I. Immaterielle Vermögensgegenstände	<u>EUR 1.646,09</u> (i.V. EUR 5.380,97)
---------------------------------------------	----------------------------------------------------------

II. Sachanlagen	<u>EUR 12.014.618,13</u> (i.V. EUR 12.229.105,98)
------------------------	--------------------------------------------------------------------

1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	<u>EUR 11.762.433,58</u> (i.V. EUR 11.931.454,21)
----------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--------------------------------------------------------------------

Die Entwicklung der Position ermittelt sich wie folgt:

	<u>EUR</u>
Stand am 1. Januar 2019	11.931.454,21
Zugang	5.729,35
Abschreibung	-174.749,98
Abgang (Buchwert)	<u>0,00</u>
Stand am 31. Dezember 2019	<u><u>11.762.433,58</u></u>

Der Posten setzt sich im Wesentlichen aus den dem Eigenbetrieb gewidmeten Grundstücken zusammen. Dies betrifft u.a. die Campingplätze in Markgreifenheide, Graal-Müritz, Strandläufer sowie verschiedene Parkplätze in und um Warnemünde.

Die Abschreibung betrifft im Wesentlichen die Gebäude des Eigenbetriebs, welche über die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer über 25 Jahre abgeschrieben werden.



Anlage 8

2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung

EUR 252.184,55
(i.V. EUR 297.651,77)

	<u>EUR</u>
Stand am 1. Januar 2019	297.651,77
Zugang	40.825,65
Abschreibung	-86.275,87
Abgang (Buchwert)	-17,00
Stand am 31. Dezember 2019	<u><u>252.184,55</u></u>

Die Zugänge betreffen im Wesentlichen Abfalleimer, EDV-Ausstattung sowie Technische Ausstattungen.

B. Umlaufvermögen

EUR 1.162.804,07
(i.V. EUR 1.037.537,35)

I. Vorräte

EUR 22.235,63
(i.V. EUR 20.198,96)

1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen

EUR 153.893,48
(i.V. EUR 251.103,51)

	<u>31.12.2019</u> <u>EUR</u>	<u>Vorjahr</u> <u>EUR</u>
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	208.198,22	325.772,45
Einzelwertberichtigungen	-51.354,74	-70.068,94
Pauschalwertberichtigung	-2.950,00	-4.600,00
	<u><u>153.893,48</u></u>	<u><u>251.103,51</u></u>

2. Forderungen gegen die Hansestadt Rostock

EUR 21.698,96
(i.V. EUR 41.304,34)

Die Forderungen gegen die Hansestadt Rostock resultieren aus Lieferungen und Leistungen (TEUR 1) sowie aus Steuererstattungen (TEUR 21).



Anlage 8

3. Sonstige Vermögensgegenstände

EUR 21.523,59
(i.V. EUR 22.304,51)

	31.12.2019	Vorjahr
	EUR	EUR
Unterwegs befindliche Gelder	16.749,12	15.740,39
Debitorische Kreditoren	2.930,14	3.441,21
Sonstige Vermögensgegenstände	<u>1.844,33</u>	<u>3.122,91</u>
	<u><u>21.523,59</u></u>	<u><u>22.304,51</u></u>

III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten

EUR 943.452,41
(i.V. EUR 702.626,03)

	31.12.2019	Vorjahr
	EUR	EUR
Deutsche Kreditbank AG	903.918,05	633.311,75
Ostseessparkasse Rostock	37.379,09	67.561,25
Kassebestand	<u>2.155,27</u>	<u>1.753,03</u>
	<u><u>943.452,41</u></u>	<u><u>702.626,03</u></u>

C. Rechnungsabgrenzungsposten

EUR 9.674,16
(i.V. EUR 13.639,49)



Anlage 8

PASSIVA

A.	Eigenkapital	<u>EUR 10.088.171,17</u> (i.V. EUR 9.751.555,42)
-----------	---------------------	-------------------------------------------------------------------

I.	Stammkapital	<u>EUR 5.000.000,00</u> (i.V. EUR 5.000.000,00)
-----------	---------------------	------------------------------------------------------------------

Das Stammkapital entspricht dem in der Betriebssatzung festgeschriebenen Betrag und wurde als Sacheinlage, durch die Hanse- und Universitätsstadt Rostock geleistet.

II.	Kapitalrücklage	<u>EUR 6.437.334,58</u> (i.V. EUR 6.437.334,58)
------------	------------------------	------------------------------------------------------------------

III.	Gewinnrücklage	<u>EUR 80.579,60</u> (i.V. EUR 80.579,60)
-------------	-----------------------	------------------------------------------------------------

IV.	Jahresfehlbetrag	<u>EUR -1.429.743,01</u> (i.V. EUR -1.766.358,76)
------------	-------------------------	--------------------------------------------------------------------

Der Jahresfehlbetrag des Vorjahres wurde zunächst auf neue Rechnung vorgetragen und gemäß Beschluss der Bürgerschaft der Hanse- und Universitätsstadt Rostock vom 4. Dezember 2019 mit der Verbindlichkeit aus den Abschlagszahlungen für 2018 verrechnet. Mit dem Jahresfehlbetrag des Berichtsjahres soll nach entsprechender Beschlussfassung der Bürgerschaft der Hanse- und Universitätsstadt Rostock in gleich Weise verfahren werden.



Anlage 8

B. Sonderposten zum Anlagevermögen

EUR 529.884,14
(i.V. EUR 432.841,79)

Der Sonderposten beinhaltet verschiedene Investitionszuschüsse, welche durch das Land Mecklenburg-Vorpommern, die Hansestadt Rostock und die Europäische Union gewährt wurden. Die Auflösung erfolgt entsprechend der Nutzungsdauer der geförderten Vermögensgegenstände.

Die Entwicklung des Sonderposten stellt sich die folgt dar:

	<u>EUR</u>
Stand am 1. Januar 2019	432.841,79
Zugang	189.460,36
Auflösung	<u>-92.418,01</u>
Stand am 31. Dezember 2019	<u><u>529.884,14</u></u>

Der Zugang zum Sonderposten betrifft rückwirkend für das Jahr 2018 erhaltene Fördermittel für den im Vorjahr errichteten WC Neubau des Strandzugangs Nr. 10. Der 2018 und 2019 betreffende Anteil wurde entsprechend im Berichtsjahr aufgelöst.

C. Rückstellungen

EUR 431.508,64
(i.V. EUR 457.950,00)

Sonstige Rückstellungen

EUR 431.508,64
(i.V. EUR 457.950,00)

	<u>01.01.2019 EUR</u>	<u>Inanspruch- nahme EUR</u>	<u>Auflösung EUR</u>	<u>Zuführung EUR</u>	<u>EUR</u>
Instandhaltung	153.500,00	138.052,63	15.447,37	98.500,00	98.500,00
Ausstehende Rechnungen	55.650,00	32.506,15	7.043,85	69.408,64	85.508,64
Vergütung Überstunden	25.750,00	25.750,00	0,00	53.250,00	53.250,00
Urlaub	47.750,00	47.750,00	0,00	52.300,00	52.300,00
Altersteilzeit	68.300,00	40.150,00	0,00	13.700,00	41.850,00
Jahresabschlusserstellung	24.750,00	24.750,00	0,00	25.550,00	25.550,00
Unfallumlage	23.350,00	23.316,82	33,18	22.950,00	22.950,00
Leistungsentgelt	17.250,00	17.250,00	0,00	17.800,00	17.800,00
Archivierung	14.500,00	0,00	0,00	0,00	14.500,00
Sonstige	15.150,00	0,00	5.550,00	1.200,00	10.800,00
Jahresabschlussprüfung	<u>12.000,00</u>	<u>10.762,25</u>	<u>1.237,75</u>	<u>8.500,00</u>	<u>8.500,00</u>
	<u><u>457.950,00</u></u>	<u><u>360.287,85</u></u>	<u><u>29.312,15</u></u>	<u><u>363.158,64</u></u>	<u><u>431.508,64</u></u>



Anlage 8

D. Verbindlichkeiten

EUR 2.120.387,97
(i.V. EUR 2.606.625,79)

1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

EUR 365.407,15
(i.V. EUR 429.324,35)

Die Zusammenstellung der Darlehen ist in der Kreditübersicht (Anlage 11) dargestellt.

2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen

EUR 192.755,82
(i.V. EUR 220.948,51)

3. Verbindlichkeiten gegenüber der Hansestadt Rostock

EUR 1.480.240,75
(i.V. EUR 1.870.713,62)

	<u>31.12.2019</u> <u>EUR</u>	<u>Vorjahr</u> <u>EUR</u>
Verbindlichkeiten aus Abschlagszahlungen zum Verlustausgleich	1.430.000,00	1.768.000,00
Zuschuss Sicherheitskonzept	41.750,00	100.000,00
Sonstige	<u>8.490,75</u>	<u>2.713,62</u>
	<u>1.480.240,75</u>	<u>1.870.713,62</u>

Bis zum Beschluss der Bürgerschaft zum Verzicht bzw. der Verrechnung der Abschlagszahlungen mit dem Jahresfehlbetrag werden diese Zahlungen als **Verbindlichkeit aus Abschlagszahlungen zum Verlustausgleich** ausgewiesen.

Die Verbindlichkeit aus dem erhaltenen **Zuschuss Sicherheitskonzept** aus dem Jahr 2018 von der Hanse- und Universitätsstadt Rostock, wurde im Berichtsjahr entsprechend den tatsächlich entstanden Aufwendungen ertragswirksam vereinnahmt.



Anlage 8

4. Sonstige Verbindlichkeiten

EUR 81.984,25
(i.V. EUR 85.639,31)

	<u>31.12.2019</u> <u>EUR</u>	<u>Vorjahr</u> <u>EUR</u>
Verbindlichkeiten aus Lohn- und Kirchensteuer	39.423,13	41.731,94
Kreditorische Debitoren	15.025,49	16.886,27
Erhaltene Kautionen	13.975,00	14.875,00
Verbindlichkeiten im Rahmen der sozialen Sicherheit	1.703,71	1.703,71
Übrige Verbindlichkeiten	<u>11.856,92</u>	<u>10.442,39</u>
	<u>81.984,25</u>	<u>85.639,31</u>

E. Rechnungsabgrenzungsposten

EUR 18.790,53
(i.V. EUR 36.690,79)



Anlage 8

GEWINN & VERLUSTRECHNUNG**1. Umsatzerlöse**

EUR 5.263.940,66
(i.V. EUR 5.676.216,97)

	2019	Vorjahr
	EUR	EUR
Kurabgabe	2.067.623,45	2.099.816,95
Mieten und Pachten einschließlich Erbbauzinsen	1.625.723,01	1.709.069,08
Parkplatzentgelte	557.040,94	645.993,32
Werbeleistungen	523.510,65	697.703,77
Broschüren und Souvenirs	141.035,52	149.174,43
Provisionen	99.766,23	93.507,85
Eintrittsgelder	29.435,54	102.918,26
Pauschalangebote	27.870,23	28.784,05
Sonstige	191.935,09	149.249,26
	<u>5.263.940,66</u>	<u>5.676.216,97</u>

2. Sonstige betriebliche Erträge

EUR 204.405,95
(i.V. EUR 286.769,01)

	2019	Vorjahr
	EUR	EUR
Zuschuss im Rahmen des EU-Projektes Baltic Pass	58.779,11	124.156,51
Fördermittel Hansestadt Rostock	58.250,00	0,00
Erträge abgeschriebene Forderungen	52.172,96	26.121,39
Erlöse aus der Auflösung von Rückstellungen	29.312,15	30.597,72
Periodenfremde Erträge	3.624,31	3.615,07
Kassen- / Zahlungsplusdifferenzen	252,71	526,48
Gewinne aus Anlagenabgängen	218,45	1.804,11
Erstattungen Arbeitnehmer	0,00	46.350,60
Fördermittel vom Land M-V	0,00	53.134,79
Sonstige	1.796,26	462,34
	<u>204.405,95</u>	<u>286.769,01</u>

Bei dem **Zuschuss im Rahmen des EU-Projekt Baltic Pass** geht es um die Entwicklung touristischer Produkte im südlichen Ostseeraum. Es handelt sich um eine mit vier weiteren Partnern aus Gdansk (Polen), Klaipeda (Litauen), Simrishamn (Schweden) und Roskilde (Dänemark) entwickelte Zusammenarbeit. Das Projekt war auf drei Jahre begrenzt und ist im Berichtsjahr ausgelaufen.



Anlage 8

Die **Fördermittel der Hansestadt Rostock** betreffen einen Zuschuss zur Entwicklung eines neuen Konzepts für die HanseSail. Der Zuschuss beträgt insgesamt TEUR 100, wovon im Berichtsjahr TEUR 58 verbraucht wurden.

3. Materialaufwand

EUR 2.069.009,17
(i.V. EUR 2.403.803,28)

	2019 EUR	Vorjahr EUR
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	61.827,89	63.344,10
Aufwendungen für bezogene Leistungen		
- Kultur	337.643,78	439.089,81
- Aufwendungen für Wasserrettungsdienst	313.079,91	291.620,52
- Ausgaben für Dienstleitungen und Wartungen	286.993,99	297.701,38
- Veranstaltungssicherheit	231.329,55	347.418,96
- Personalaufwendungen für Dritte	190.567,61	334.989,88
- Strandreinigung	176.233,63	87.105,66
- Aufwendungen für Veranstaltungen	120.621,14	145.349,34
- Müllberäumung	66.062,46	77.981,28
- Strandbewachung	49.662,08	42.582,88
- Provisionen Parkplatz	42.765,53	47.217,56
- Strom	40.563,49	48.103,61
- GEMA-Gebühren	40.425,77	58.852,15
- Transport und Frachtkosten	33.599,09	44.040,10
- Wasser	33.304,63	13.747,56
- Parkplatzbewirtschaftung	14.634,36	12.927,11
- Aufwendungen für Stadtführer	12.202,74	11.375,25
- Fernwärme und Gas	7.585,55	7.924,80
- Kosten für Pauschalen	5.192,44	5.588,70
- Charterkosten	0,00	10.348,66
- Sonstige	4.713,53	16.493,97
	<u>2.007.181,28</u>	<u>2.340.459,18</u>
	<u>2.069.009,17</u>	<u>2.403.803,28</u>

Die **Aufwendungen für bezogene Leistungen** des Vorjahres waren geprägt durch mehrere Sonderveranstaltungen im Rahmen des "800. Geburtstags der Hansestadt Rostock". Entsprechend niedriger entwickeln sich die Aufwendungen im Jahr 2019.

Die Aufwendungen für die **Strandreinigung** zeigen sich im Vergleich zu 2018 deutlich erhöht, was auf eine Sturmflut im Januar 2019 zurückzuführen ist. Die Aufwendungen entstanden im Wesentlichen für die Beseitigung von angespültem Treibgut sowie notwendige Reparaturen am Strand.



Anlage 8

4. Personalaufwand

EUR 3.127.883,94
(i.V. EUR 3.207.835,02)

	2019	Vorjahr
	EUR	EUR
Löhne und Gehälter		
- Gehälter	2.474.578,17	2.454.654,73
- Aushilfslöhne	79.709,72	143.437,60
- Altersteilzeit	-16.663,19	40.498,49
- Vermögenswirksame Leistungen	626,00	984,27
	<u>2.538.250,70</u>	<u>2.639.575,09</u>
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		
- Soziale Aufwendungen	469.185,15	449.635,80
- Versorgungskassen	97.198,09	95.274,13
- Berufsgenossenschaft	23.250,00	23.350,00
	<u>589.633,24</u>	<u>568.259,93</u>
	<u><u>3.127.883,94</u></u>	<u><u>3.207.835,02</u></u>

5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen

EUR 265.474,47
(i.V. EUR 275.284,01)

	2019	Vorjahr
	EUR	EUR
Sachanlagen	246.372,94	243.982,00
GWG	14.652,91	25.387,54
Immaterielle Vermögensgegenstände	4.448,62	5.914,47
	<u>265.474,47</u>	<u>275.284,01</u>

6. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten nach § 33 Absatz 4 bis 6 EigVO M-V

EUR 92.418,01
(i.V. EUR 67.197,05)



Anlage 8

7. Sonstige betriebliche Aufwendungen

EUR 1.503.849,84
(i.V. EUR 1.888.222,46)

	2019	Vorjahr
	EUR	EUR
Mieten und Pachten	404.018,09	491.720,95
Werbung	274.645,33	360.380,94
Instandhaltungen	165.616,13	226.517,42
Rechts- und Beratungskosten	101.714,58	18.687,71
Fahrzeugkosten	78.231,61	97.808,11
Gebäudereinigung	63.459,91	60.907,93
Veranstaltungen/Messen	59.013,85	132.333,36
Beiträge und Gebühren	51.491,28	48.559,90
Betriebsbedarf/Vordrucke	46.542,34	41.816,61
Bewirtung	43.836,28	102.522,18
Kleinmaterialien	42.336,15	40.647,47
Einzelwertberichtigung	31.808,76	49.135,06
Telefon/Internet	21.382,60	20.639,67
Reisekosten	20.701,77	15.500,84
Porto	13.948,56	15.158,15
Versicherungen	13.576,48	13.830,81
Fortbildungskosten	12.496,40	7.169,99
Fahrtkosten	9.809,53	7.087,64
Bürobedarf	9.227,06	14.572,51
Zuwendung Aufbau Convention Bureaus	7.772,70	49.999,92
Kosten Geldverkehr	6.845,83	6.190,11
Geschäftsausgaben	6.671,72	14.247,71
Zeitschriften, Bücher	5.732,50	6.372,93
Forderungsverluste	3.978,54	0,00
Gutachten	2.042,50	31.364,25
Minus-Kassen/Zahldifferenz	1.472,76	2.259,76
Sonstige	5.476,58	12.790,53
	1.503.849,84	1.888.222,46

8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge

EUR 1.326,73
(i.V. EUR 3.320,94)

9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen

EUR 18.257,31
(i.V. EUR 17.692,34)



Anlage 8

10. Ergebnis nach Steuern

EUR -1.422.383,38
(i.V. EUR -1.759.333,14)

11. Sonstige Steuern

EUR 7.359,63
(i.V. EUR 7.025,62)

	2019	Vorjahr
	EUR	EUR
Grundsteuer	3.734,74	3.741,75
Kraftfahrzeugssteuer	<u>3.624,89</u>	<u>3.283,87</u>
	<u><u>7.359,63</u></u>	<u><u>7.025,62</u></u>

12. Jahresfehlbetrag

EUR -1.429.743,01
(i.V. EUR -1.766.358,76)



Anlage 9

PRÜFUNG DER ORDNUNGSMÄSSIGKEIT DER GESCHÄFTSFÜHRUNG UND DER WIRTSCHAFTLICHEN VERHÄLTNISSE

Fragenkatalog zur Prüfung nach § 53 HGrG

Fragenkreis 1: Tätigkeit von Überwachungsorganen und Geschäftsleitung sowie individualisierte Offenlegung der Organbezüge

- a) Gibt es Geschäftsordnungen für die Organe und einen Geschäftsverteilungsplan für die Geschäftsleitung sowie ggf. für die Konzernleitung? Gibt es darüber hinaus schriftliche Weisungen des Überwachungsorgans zur Organisation für die Geschäfts- sowie ggf. für die Konzernleitung (Geschäftsanweisung)? Entsprechen diese Regelungen den Bedürfnissen des Unternehmens bzw. des Konzerns?**

Der Eigenbetrieb wird durch die Betriebsleitung vertreten, die die Bezeichnung „Tourismusdirektorin“ oder „Tourismusdirektor“ führt. Diese Aufgabe hat seit dem 1. Dezember 2010 Herr Matthias Fromm inne.

Ein Geschäftsverteilungsplan bzw. eine Geschäftsordnung sind nicht vorhanden. Die Aufgaben der Betriebsleitung ergeben sich aus § 4 der Betriebssatzung in der Fassung der Zweiten Satzung zur Änderung der Satzung für den kommunalen Eigenbetrieb „Tourismuszentrale Rostock & Warnemünde“. Danach leitet die Betriebsleitung den Eigenbetrieb selbständig und entscheidet in allen Angelegenheiten des Betriebes, soweit nicht durch die Kommunalverfassung, die EigVO M-V, die Hauptsatzung der Hanse- und Universitätsstadt Rostock oder die Betriebssatzung etwas anderes bestimmt ist. Bei Zuständigkeit des Oberbürgermeisters bereitet die Betriebsleitung Vorschläge zur Entscheidung vor. Insbesondere gehört zu den Aufgaben der Betriebsleitung die Planung, Organisation und Führung eines betriebswirtschaftlich orientierten, regionalspezifischen Tourismusbetriebes der Hanse- und Universitätsstadt Rostock. Darüber hinaus ergeben sich die Zuständigkeits- und Weisungsbefugnisse aus den Stellenbeschreibungen und aus der Kompetenz- und Verantwortungsverteilung innerhalb der Hanse- und Universitätsstadt Rostock.

Die Befugnisse und Aufgaben der Betriebsleitung sind in der Satzung geregelt.

Der von den Beschränkungen des § 181 BGB befreite Tourismusdirektor ist auch Geschäftsführer der Rostocker Gesellschaft für Tourismus und Marketing mbH, Rostock (kurz: RGTM), die auskunftsgemäß ebenso wie die TZR&W für Marketing in Rostock und Warnemünde zuständig ist. Auf eine Abgrenzung der Aufgaben wurde geachtet.

Ein für den Eigenbetrieb zuständiges Aufsichtsorgan ist nach der Betriebssatzung nicht vorgesehen. Die Aufsicht obliegt der Bürgerschaft der Hanse- und Universitätsstadt Rostock. Darüber hinaus werden bestimmte Kontrollfunktionen vom Beteiligungscontrolling der Han-



Anlage 9

se- und Universitätsstadt Rostock (u. a. Überwachung Einhaltung von Beschlüssen der Bürgerschaft und des Wirtschaftsplans) wahrgenommen. Die Regelungen entsprechen den Bedürfnissen des Eigenbetriebes.

b) Wie viele Sitzungen der Organe und ihrer Ausschüsse haben stattgefunden und wurden Niederschriften hierüber erstellt?

Ausschüsse der Bürgerschaft bzw. die Bürgerschaft selbst haben im Berichtsjahr sechs Beschlüsse in Angelegenheiten des Eigenbetriebs gefasst. Niederschriften hierüber liegen uns vor.

c) In welchen Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien i. S. d. § 125 Abs. 1 Satz 5 AktG sind die einzelnen Mitglieder der Geschäftsleitung tätig?

Herr Fromm als Tourismusdirektor war im Wirtschaftsjahr 2019 in keinen weiteren Kontrollgremien tätig.

d) Wird die Vergütung der Organmitglieder (Geschäftsleitung, Überwachungsorgan) individualisiert im Anhang des Jahresabschlusses/Konzernabschlusses aufgeteilt nach Fixum, erfolgsbezogenen Komponenten und Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung ausgewiesen? Falls nein, wie wird dies begründet?

Die Gesamtvergütung der Betriebsleitung ist im Anhang angegeben. Sie enthält weder erfolgsbezogene Komponenten noch Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung. Eine Unterteilung der Vergütung ist daher unterblieben.

Fragenkreis 2: Aufbau- und ablauforganisatorische Grundlagen

a) Gibt es einen den Bedürfnissen des Unternehmens entsprechenden Organisationsplan, aus dem Organisationsaufbau, Arbeitsbereiche und Zuständigkeiten/Weisungsbefugnisse ersichtlich sind? Erfolgt dessen regelmäßige Überprüfung?

Es liegt ein Organisationsplan für den Eigenbetrieb vor, aus dem der Organisationsaufbau und die Arbeitsbereiche ersichtlich sind. Dieser Organisationsplan wird regelmäßig überprüft. Darüber hinaus liegen Stellenbeschreibungen vor, die die Zuständigkeits- und Weisungsbefugnisse der einzelnen Stellen definieren. Im Übrigen sind die von der Hanse- und Universitätsstadt Rostock erlassenen allgemeinen Geschäftsanweisungen für Mitarbeiter der Stadt, soweit zutreffend, ebenfalls für die Mitarbeiter des Eigenbetriebs verbindlich.



Anlage 9

b) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass nicht nach dem Organisationsplan verfahren wird?

Es haben sich keine Anhaltspunkte ergeben, die darauf hinweisen, dass nicht entsprechend dem Organisationsplan, den in der Satzung, in der Anweisung zu Vollmachten und Befugnissen und in den Stellenbeschreibungen festgelegten Zuständigkeiten und Weisungsbefugnissen verfahren wird.

c) Hat die Geschäftsleitung Vorkehrungen zur Korruptionsprävention ergriffen und dokumentiert?

Durch die Hanse- und Universitätsstadt Rostock wurde eine Dienstanweisung „Zum Verbot der Annahme von Belohnungen und Geschenken“ erlassen; letztmalig aktualisiert am 13. Dezember 2006. Der Eigenbetrieb hat aktenkundig im Jahr 2017 seine Mitarbeiter letztmalig über diese Dienstanweisung belehrt.

Korruptionsprävention wird durch die Einhaltung des Vier-Augen-Prinzips ergriffen. Durch das interne Kontrollsystem des Eigenbetriebes sind notwendige Überwachungs- und Kontrollfunktionen gewährleistet.

d) Gibt es geeignete Richtlinien bzw. Arbeitsanweisungen für wesentliche Entscheidungsprozesse (insbesondere Auftragsvergabe und Auftragsabwicklung, Personalwesen, Kreditaufnahme und -gewährung)? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass diese nicht eingehalten werden?

Die Rechtsgeschäfte und Maßnahmen, die der Zustimmung der Bürgerschaft bedürfen, sind in der EigVO sowie der Betriebssatzung aufgeführt.

Durch den Eigenbetrieb erfolgen Freihändige Vergaben entsprechend „Wertgrenzenerlass“. Dabei werden mindestens drei Angebote eingeholt.

Darüber hinaus werden die Vergaberichtlinien der Hanse- und Universitätsstadt Rostock für Leistungen nach VOB VOL, VOF herangezogen. Hierbei werden die Ausschreibungsunterlagen durch den Eigenbetrieb vorbereitet; die eigentliche Ausschreibung und letztlich Vergabe wird durch die Vergabestellen der Hanse- und Universitätsstadt Rostock abgewickelt.

Im Rahmen unserer Prüfung sind uns keine Sachverhalte bekannt geworden, die auf Verstöße gegen diese Regelungen hindeuten würden.

e) Besteht eine ordnungsmäßige Dokumentation von Verträgen (z. B. Grundstücksverwaltung, EDV)?

Die Verträge z.B. Grundstücksverträge und Mietverträge sind durch eine zentrale Ablage der Originalverträge ordnungsgemäß dokumentiert. Es werden Vertragsübersichten geführt.



Anlage 9

Fragenkreis 3: Planungswesen, Rechnungswesen, Informationssystem und Controlling**a) Entspricht das Planungswesen – auch im Hinblick auf Planungshorizont und Fortschreibung der Daten sowie auf sachliche und zeitliche Zusammenhänge von Projekten – den Bedürfnissen des Unternehmens?**

Der Wirtschaftsplan wird nach den Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung erstellt. Die Planung des Eigenbetriebes basiert zunächst auf Erfahrungswerten und darüber hinaus erfolgte im Rahmen der Planungerstellung eine Bedarfsermittlung in den einzelnen Bereichen, die im Weiteren mit der erwarteten Einnahmesituation in Einklang gebracht wird. Soweit sachliche Zusammenhänge von Einzelprojekten (insbesondere Investitionen) gegeben sind, werden diese bei der Planung berücksichtigt. Die Planungsrechnungen des Eigenbetriebs entsprechen den Bedürfnissen des Unternehmens.

b) Werden Planabweichungen systematisch untersucht?

Planabweichungen werden anhand von entsprechenden Auswertungen untersucht und ausgewertet. Der Plan-Ist-Vergleich wird an das Beteiligungscontrolling der Hanse- und Universitätsstadt Rostock zur Auswertung übergeben.

c) Entspricht das Rechnungswesen einschließlich der Kostenrechnung der Größe und den besonderen Anforderungen des Unternehmens?

Die Organisation der Datenverarbeitung im Rechnungswesen entspricht den gesetzlichen Vorschriften und anerkannten Regeln. Die Lohn und Gehaltsbuchhaltung erfolgt über die Stadtverwaltung der Hanse- und Universitätsstadt Rostock auf Basis eines Dienstleistungsvertrages.

Der Eigenbetrieb hat für das Geschäftsjahr 2019 keine Bereichsrechnung aufgestellt. Eine Gliederung in Bereiche ist in der derzeitigen Betriebssatzung nicht verankert.

Der Eigenbetrieb plant mit dem Geschäftsjahr 2021, den Anforderungen gemäß § 1 Abs. 3 EigVO M-V vollumfänglich zu genügen. Das bedeutet, dass zukünftig der Eigenbetrieb in den Bereich I „Grundstücke und Flächen“ sowie in einen Bereich II „Verwaltung der Erbbaurechte“ aufgliedert wird.

Der Eigenbetrieb verfügt über eine Kostenstellen- und Kostenträgerrechnung. Diese liefern verwertbare Ergebnisse über die Wirtschaftlichkeit der einzelnen Geschäftsfelder bzw. bestimmter Projekte.

Das Rechnungswesen einschließlich der Kostenrechnung ist im Hinblick auf die Größe des Betriebes zweckmäßig eingerichtet.



Anlage 9

d) Besteht ein funktionierendes Finanzmanagement, welches u. a. eine laufende Liquiditätskontrolle und eine Kreditüberwachung gewährleistet?

Die Konten des Eigenbetriebs werden täglich überwacht. Durch Betriebswirtschaft / Controlling wird monatlich ein Liquiditätsstatus erstellt, der die Grundlage für die Mittelabforderung gegenüber der Hanse- und Universitätsstadt Rostock bildet. Bestehende Zahlungsverpflichtungen konnten jederzeit erfüllt werden.

e) Gehört zu dem Finanzmanagement auch ein zentrales Cash-Management und haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die hierfür geltenden Regelungen nicht eingehalten worden sind?

Entfällt.

f) Ist sichergestellt, dass Entgelte vollständig und zeitnah in Rechnung gestellt werden? Ist durch das bestehende Mahnwesen gewährleistet, dass ausstehende Forderungen zeitnah und effektiv eingezogen werden?

Die Tourismuszentrale überprüft regelmäßig die Umsetzung von Wertsicherungsklauseln bei Erbpachtverträgen.

Die TZR&W forderte eine Kurabgabe und eine Fremdenverkehrsabgabe für die eigenen Einwohner bei der Hanse- und Universitätsstadt nicht ab.

Im Übrigen ergaben sich keine Anhaltspunkte, dass sämtliche Entgelte im Berichtsjahr nicht vollständig und zeitnah in Rechnung gestellt und eingezogen werden; vgl. aber auch Antwort zu Frage 15.b).

g) Entspricht das Controlling den Anforderungen des Unternehmens/Konzerns und umfasst es alle wesentlichen Unternehmens-/ Konzernbereiche?

Der Eigenbetrieb verfügt über ein eigenständiges Controlling, das alle wesentlichen Bereiche des Eigenbetriebs umfasst und durch die Zentrale Steuerung wahrgenommen wird. Auf Basis der monatlichen Soll-Ist-Vergleiche kann möglichen Planabweichungen gezielt entgegengesteuert werden.

h) Ermöglichen das Rechnungs- und Berichtswesen eine Steuerung und/oder Überwachung der Tochterunternehmen und der Unternehmen, an denen eine wesentliche Beteiligung besteht?

Entfällt.



Anlage 9

Fragenkreis 4: Risikofrüherkennungssystem

- a) Hat die Geschäfts-/Konzernleitung nach Art und Umfang Frühwarnsignale definiert und Maßnahmen ergriffen, mit deren Hilfe bestandsgefährdende Risiken rechtzeitig erkannt werden können?**

Der Eigenbetrieb verfügt über ein funktionierendes Controlling und ist in das Risikofrüherkennungssystem der Hanse- und Universitätsstadt Rostock im Rahmen des Beteiligungscontrollings einbezogen. Plan-Ist-Vergleiche werden laufend durchgeführt. Bei Planabweichungen werden unverzüglich Gegenmaßnahmen eingeleitet. Damit ist der Eigenbetrieb in der Lage, eventuell entstehende wesentliche Risiken rechtzeitig zu erkennen.

- b) Reichen diese Maßnahmen aus und sind sie geeignet, ihren Zweck zu erfüllen? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Maßnahmen nicht durchgeführt werden?**

Es wird auf a) verwiesen.

- c) Sind diese Maßnahmen ausreichend dokumentiert?**

Es wird auf a) verwiesen.

- d) Werden die Frühwarnsignale und Maßnahmen kontinuierlich und systematisch mit dem aktuellen Geschäftsumfeld sowie mit den Geschäftsprozessen und Funktionen abgestimmt und angepasst?**

Die Abläufe der Tourismuszentrale sind aufgrund der Größe überschaubar. Sie werden kontinuierlich und systematisch mit dem aktuellen Geschäftsumfeld abgestimmt und angepasst. Änderungen wurden im Berichtsjahr 2019 nicht vorgenommen.



Anlage 9

Fragekreis 5: Finanzinstrumente, andere Termingeschäfte, Optionen und Derivate

- a) **Hat die Geschäfts-/Konzernleitung den Geschäftsumfang zum Einsatz von Finanzinstrumenten sowie von anderen Termingeschäften, Optionen und Derivaten schriftlich festgelegt? Dazu gehört:**
- **Welche Produkte/Instrumente dürfen eingesetzt werden?**
 - **Mit welchen Partnern dürfen die Produkte/Instrumente bis zu welchen Beträgen eingesetzt werden?**
 - **Wie werden die Bewertungseinheiten definiert und dokumentiert und in welchem Umfang dürfen offene Posten entstehen?**
 - **Sind die Hedge-Strategien beschrieben, z. B. ob bestimmte Strategien ausschließlich zulässig sind bzw. bestimmte Strategien nicht durchgeführt werden dürfen (z. B. antizipatives Hedging)?**
- b) **Werden Derivate zu anderen Zwecken eingesetzt als zur Optimierung von Kreditkonditionen und zur Risikobegrenzung?**
- c) **Hat die Geschäfts-/Konzernleitung ein dem Geschäftsumfang entsprechendes Instrumentarium zur Verfügung gestellt insbesondere in Bezug auf**
- **Erfassung der Geschäfte**
 - **Beurteilung der Geschäfte zum Zweck der Risikoanalyse**
 - **Bewertung der Geschäfte zum Zweck der Rechnungslegung**
 - **Kontrolle der Geschäfte?**
- d) **Gibt es eine Erfolgskontrolle für nicht der Risikoabsicherung (Hedging) dienende Derivatgeschäfte und werden Konsequenzen aufgrund der Risikoentwicklung gezogen?**
- e) **Hat die Geschäfts-/Konzernleitung angemessene Arbeitsanweisungen erlassen?**
- f) **Ist die unterjährige Unterrichtung der Geschäfts-/Konzernleitung im Hinblick auf die offenen Positionen, die Risikolage und die ggf. zu bildenden Vorsorgen geregelt?**

Zu a) bis f)

Finanzinstrumente werden nach den uns erteilten Auskünften nicht genutzt; insofern entfallen entsprechende Feststellungen zu diesem Fragekreis.



Anlage 9

Fragenkreis 6: Interne Revision

- a) Gibt es eine den Bedürfnissen des Unternehmens/Konzerns entsprechende Interne Revision/Konzernrevision? Besteht diese als eigenständige Stelle oder wird diese Funktion durch eine andere Stelle (ggf. welche?) wahrgenommen?**
- b) Wie ist die Anbindung der Internen Revision/Konzernrevision im Unternehmen/Konzern? Besteht bei ihrer Tätigkeit die Gefahr von Interessenkonflikten?**
- c) Welches waren die wesentlichen Tätigkeitsschwerpunkte der Internen Revision/Konzernrevision im Geschäftsjahr? Wurde auch geprüft, ob wesentlich miteinander unvereinbare Funktionen (z. B. Trennung von Anweisung und Vollzug) organisatorisch getrennt sind? Wann hat die Interne Revision das letzte Mal über Korruptionsprävention berichtet? Liegen hierüber schriftliche Revisionsberichte vor?**
- d) Hat die Interne Revision ihre Prüfungsschwerpunkte mit dem Abschlussprüfer abgestimmt?**
- e) Hat die Interne Revision/Konzernrevision bemerkenswerte Mängel aufgedeckt und um welche handelt es sich?**
- f) Welche Konsequenzen werden aus den Feststellungen und Empfehlungen der Internen Revision/Konzernrevision gezogen und wie kontrolliert die Interne Revision/Konzernrevision die Umsetzung ihrer Empfehlungen?**

Zu a) bis f): Die Beantwortung dieses Fragekreises entfällt, da bei der Tourismuszentrale eine gesondert eingerichtete interne Revision nicht besteht. Überwachungsaufgaben werden von der Betriebsleitung direkt wahrgenommen. Darüber hinaus erfolgen regelmäßig Kassen- und Vergabeprüfungen durch das Rechnungsprüfungsamt der Hanse- und Universitätsstadt Rostock.



Anlage 9

Fragenkreis 7: Übereinstimmung der Rechtsgeschäfte und Maßnahmen mit Gesetz, Satzung, Geschäftsordnung, Geschäftsanweisung und bindenden Beschlüssen des Überwachungsorgans**a) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die vorherige Zustimmung des Überwachungsorgans zu zustimmungspflichtigen Rechtsgeschäften und Maßnahmen nicht eingeholt worden ist?**

Gemäß § 5 Abs. 1 der Satzung führt der Tourismusdirektor den Betrieb selbständig und entscheidet in allen Angelegenheiten des Eigenbetriebes, soweit nicht durch die Kommunalverfassung, die EigVO M-V, die Hauptsatzung der Hanse- und Universitätsstadt Rostock oder die Satzung des Eigenbetriebs etwas anderes bestimmt ist.

Nach § 5 Abs. 1 der Satzung vertritt der Tourismusdirektor die Hanse- und Universitätsstadt Rostock in Angelegenheiten des Eigenbetriebes, sofern er entscheidungsbefugt ist. Erklärungen, durch die die Hanse- und Universitätsstadt Rostock verpflichtet werden soll, bedürfen der Schriftform. Verpflichtungserklärungen bis zu einer Wertgrenze von EUR 50.000,00 bei einmaligen und EUR 5.000,00 bei wiederkehrenden Leistungen können von dem Tourismusdirektor in einfacher Schriftform ausgefertigt werden. Im Fall einer Abwesenheit zeichnet die Verpflichtungserklärung die Stellvertreterin oder der Stellvertreter.

Im Rahmen unserer Prüfung haben sich keine Anhaltspunkte ergeben, dass die vorherige Zustimmung der Bürgerschaft der Hanse- und Universitätsstadt Rostock zu zustimmungspflichtigen Rechtsgeschäften und Maßnahmen nicht eingeholt worden ist.

b) Wurde vor der Kreditgewährung an Mitglieder der Geschäftsleitung oder des Überwachungsorgans die Zustimmung des Überwachungsorgans eingeholt?

An Mitglieder der Betriebsleitung wurden keine Kredite gewährt.

c) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass anstelle zustimmungsbedürftiger Maßnahmen ähnliche, aber nicht als zustimmungsbedürftig behandelte Maßnahmen vorgenommen worden sind (z. B. Zerlegung in Teilmaßnahmen)?

Wir haben im Rahmen unserer Prüfung nicht festgestellt, dass anstelle zustimmungsbedürftiger Maßnahmen ähnliche, aber nicht als zustimmungsbedürftig behandelte Maßnahmen vorgenommen worden sind.

d) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Geschäfte und Maßnahmen nicht mit Gesetz, Satzung, Geschäftsordnung, Geschäftsanweisung und bindenden Beschlüssen des Überwachungsorgans übereinstimmen?

Derartige Anhaltspunkte haben sich nicht ergeben.



Anlage 9

Fragenkreis 8: Durchführung von Investitionen

- a) Werden Investitionen (in Sachanlagen, Beteiligungen, sonstige Finanzanlagen, immaterielle Anlagewerte und Vorräte) angemessen geplant und vor Realisierung auf Rentabilität/Wirtschaftlichkeit, Finanzierbarkeit und Risiken geprüft?**

Investitionen werden im Rahmen der Aufstellung des Wirtschaftsplans auf Rentabilität/ Wirtschaftlichkeit, Finanzierbarkeit und Risiken geprüft.

- b) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Unterlagen/Erhebungen zur Preisermittlung nicht ausreichend waren, um ein Urteil über die Angemessenheit des Preises zu ermöglichen (z. B. bei Erwerb bzw. Veräußerung von Grundstücken oder Beteiligungen)?**

Die Unterlagen waren jeweils ausreichend, um zu einem Urteil über die Angemessenheit des Preises zu gelangen. Größere Investitionsmaßnahmen werden ausgeschrieben. Erwerbe und Veräußerungen von Grundstücken und/oder Beteiligungen von wesentlicher Bedeutung lagen im Berichtsjahr nicht vor.

- c) Werden Durchführung, Budgetierung und Veränderungen von Investitionen laufend überwacht und Abweichungen untersucht?**

Im Berichtsjahr wurden Investitionen in Höhe von TEUR 47 durchgeführt. Die Überwachung der Investitionen erfolgt kontinuierlich. Bei der Feststellung von Abweichungen werden diese analysiert und erklärt.

- d) Haben sich bei abgeschlossenen Investitionen wesentliche Überschreitungen ergeben? Wenn ja, in welcher Höhe und aus welchen Gründen?**

Das Investitionsbudget in Höhe von TEUR 119 wurde nicht vollständig ausgeschöpft.

- e) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass Leasing- oder vergleichbare Verträge nach Ausschöpfung der Kreditlinien abgeschlossen wurden?**

Derartige Anhaltspunkte haben sich im Rahmen unserer Prüfung nicht ergeben.



Anlage 9

Fragenkreis 9: Vergaberegelungen

- a) Haben sich Anhaltspunkte für eindeutige Verstöße gegen Vergaberegelungen (z. B. VOB, VOL, VOF, EU-Regelungen) ergeben?**

Derartige Anhaltspunkte haben sich im Rahmen unserer Prüfung nicht ergeben.

- b) Werden für Geschäfte, die nicht den Vergaberegelungen unterliegen, Konkurrenzangebote (z. B. auch für Kapitalaufnahmen und Geldanlagen) eingeholt?**

Ja, diese werden eingeholt und berücksichtigt. In 2019 erfolgten keine Kapitalaufnahmen oder Geldanlagen.

Fragenkreis 10: Berichterstattung an das Überwachungsorgan

- a) Wird dem Überwachungsorgan regelmäßig Bericht erstattet?**

Ein Überwachungsorgan besteht innerhalb des Eigenbetriebs nicht. Wir verweisen auf den Fragenkreis 1.a). Es erfolgt quartalsweise eine Berichterstattung an das Beteiligungscontrolling der Hanse- und Universitätsstadt Rostock.

Als beratende Instanz fungiert der Ausschuss für „Wirtschaft und Tourismus“ der Bürgerschaft der Hanse- und Universitätsstadt Rostock, dem ebenfalls quartalsweise berichtet wird.

- b) Vermitteln die Berichte einen zutreffenden Einblick in die wirtschaftliche Lage des Unternehmens/Konzerns und in die wichtigsten Unternehmens-/Konzernbereiche?**

Anhaltspunkte für eine nicht ordnungsgemäße Berichterstattung haben wir im Rahmen unserer Prüfung nicht festgestellt.

- c) Wurde das Überwachungsorgan über wesentliche Vorgänge angemessen und zeitnah unterrichtet? Liegen insbesondere ungewöhnliche, risikoreiche oder nicht ordnungsgemäß abgewickelte Geschäftsvorfälle sowie erkennbare Fehldispositionen oder wesentliche Unterlassungen vor und wurde hierüber berichtet?**

Hinweise auf eine nicht ausreichende Unterrichtung des Überwachungsorgans auf ungewöhnliche, risikoreiche oder nicht ordnungsgemäß abgewickelte Geschäftsvorfälle sowie erkennbare Fehldispositionen oder wesentliche Unterlassungen haben wir während der Prüfung nicht festgestellt.



Anlage 9

- d) Zu welchen Themen hat die Geschäfts-/Konzernleitung dem Überwachungsorgan auf dessen besonderen Wunsch berichtet (§ 90 Abs. 3 AktG)?**

Entfällt.

- e) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Berichterstattung (z. B. nach § 90 AktG oder unternehmensinternen Vorschriften) nicht in allen Fällen ausreichend war?**

Derartige Anhaltspunkte haben sich im Rahmen unserer Prüfung nicht ergeben.

- f) Gibt es eine D&O-Versicherung? Wurde ein angemessener Selbstbehalt vereinbart? Wurden Inhalt und Konditionen der D&O-Versicherung mit dem Überwachungsorgan erörtert?**

Die Tourismuszentrale hat keine D&O-Versicherung abgeschlossen.

- g) Sofern Interessenkonflikte der Mitglieder der Geschäftsleitung oder des Überwachungsorgans gemeldet wurden, ist dies unverzüglich dem Überwachungsorgan offen gelegt worden?**

Es ergaben sich keine entsprechenden Hinweise.

Fragenkreis 11: Ungewöhnliche Bilanzposten und stille Reserven

- a) Besteht in wesentlichem Umfang offenkundig nicht betriebsnotwendiges Vermögen?**

Im Rahmen unserer Prüfung haben wir kein offenkundig nicht betriebsnotwendiges Betriebsvermögen festgestellt.

- b) Sind Bestände auffallend hoch oder niedrig?**

Es wurden keine derartigen Feststellungen während der Prüfung getroffen.

- c) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Vermögenslage durch im Vergleich zu den bilanziellen Werten erheblich höhere oder niedrigere Verkehrswerte der Vermögensgegenstände wesentlich beeinflusst wird?**



Anlage 9

Stille Reserven könnten bei den Grundstücken bestehen. In welchem Umfang dies der Fall ist, konnten wir im Rahmen unserer Prüfung nicht feststellen.

Weitere Anhaltspunkte für im Vergleich zu den bilanziellen Werten erheblich höhere oder niedrigere Verkehrswerte liegen uns nicht vor.

Fragenkreis 12: Finanzierung

- a) Wie setzt sich die Kapitalstruktur nach internen und externen Finanzierungsquellen zusammen? Wie sollen die am Abschlussstichtag bestehenden wesentlichen Investitionsverpflichtungen finanziert werden?**

Das Eigenkapital (ohne Sonderposten) beträgt zum Bilanzstichtag TEUR 10.088 und hat damit einen Anteil von 76,5 % an der Bilanzsumme.

Die in 2019 unterjährig geleisteten Ausgleichszahlungen der Hanse- und Universitätsstadt Rostock zum Ausgleich des Jahresfehlbetrags wurden als Verbindlichkeit gegenüber der Hanse- und Universitätsstadt Rostock per 31. Dezember 2019 ausgewiesen. Mit noch zu tätiggem Beschluss der Bürgerschaft im Jahr 2020 zum Jahresabschluss 2019 ist eine Verrechnung der Verbindlichkeit mit dem Bilanzverlust vorgesehen. Die somit für 2018 erlassene Verbindlichkeit wurde gemäß § 33 Abs. 3 Satz 5 EigVO M-V i.V.m. § 13 EigVO M-V der Kapitalrücklage zugeführt.

Zum Stichtag bestehen keine wesentlichen Investitionsverpflichtungen.

- b) Wie ist die Finanzlage des Konzerns zu beurteilen, insbesondere hinsichtlich der Kreditaufnahmen wesentlicher Konzerngesellschaften?**

Entfällt, da kein Konzern vorliegt.

- c) In welchem Umfang hat das Unternehmen Finanz-/Fördermittel einschließlich Garantien der öffentlichen Hand erhalten? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die damit verbundenen Verpflichtungen und Auflagen des Mittelgebers nicht beachtet wurden?**

Die Tourismuszentrale hat im Berichtsjahr neben Ausgleichszahlungen in Höhe von TEUR 1.430 der Hanse- und Universitätsstadt Rostock auch eine Zuwendung des LFI in Höhe von TEUR 189 für den Bau einer WC-Anlage mit Ausleihstation am Strandaufgang 10 in Warnemünde erhalten. Der Zuschuss für das Projekt Baltic Pass belief sich auf TEUR 59.



Anlage 9

Anhaltspunkte dafür, dass die mit den Fördermitteln verbundenen Verpflichtungen und Auflagen des Mittelgebers nicht beachtet wurden, haben sich im Rahmen unserer Prüfung nicht ergeben.

Fragenkreis 13: Eigenkapitalausstattung und Gewinnverwendung**a) Bestehen Finanzierungsprobleme aufgrund einer evtl. zu niedrigen Eigenkapitalausstattung?**

Die Eigenkapitalquote des Eigenbetriebs beträgt zum Bilanzstichtag 76,5 % gegenüber 73,4 % im Vorjahr.

Es ergeben sich aus der Eigenkapitalausstattung des Eigenbetriebs keine Finanzprobleme. Wir weisen jedoch darauf hin, dass die Zahlungsfähigkeit außerhalb der Saison von Zuschüssen der Hanse- und Universitätsstadt Rostock abhängt.

b) Ist der Gewinnverwendungsvorschlag (Ausschüttungspolitik, Rücklagenbildung) mit der wirtschaftlichen Lage des Unternehmens vereinbar?

Da der Jahresfehlbetrag aus 2019 nicht mit Gewinnvorträgen aus Vorjahren verrechnet, vortragen oder ausgeglichen werden kann, ist vorgesehen, den Jahresfehlbetrag auf neue Rechnung vorzutragen und im Laufe des Jahres 2020 durch entsprechenden Beschluss der Bürgerschaft mit den Verbindlichkeiten aus bereits geleisteten Abschlagszahlungen für den Verlustausgleich 2019 zu verrechnen.

Der Verlustvortrag des Geschäftsjahres 2018 wurde in 2019 durch Verrechnung der Ausgleichszahlungen der Hanse- und Universitätsstadt Rostock ausgeglichen.

Fragenkreis 14: Rentabilität/Wirtschaftlichkeit**a) Wie setzt sich das Betriebsergebnis des Unternehmens/Konzerns nach Segmenten/Konzernunternehmen zusammen?**

Der Eigenbetrieb hat im Berichtsjahr eine Kostenstellenrechnung erstellt. Nach der Umlage der Kosten der allgemeinen Verwaltung ergeben sich Verluste des Eigenbetriebes in den Geschäftsfeldern Hanse-Sail Büro (TEUR -823), Tourist-Info (TEUR -916), Marketing (TEUR -659) sowie Seebad- und Kurwesen (TEUR -263), während in dem Geschäftsfeld Grundstücke/Flächen (TEUR 1.231) ein positives Ergebnis erzielt wurde.



Anlage 9

b) Ist das Jahresergebnis entscheidend von einmaligen Vorgängen geprägt?

Anfang Januar 2019 entstanden durch ein Sturmtief und die damit verbundene Sturmflut erhebliche Schäden an den Ostseestränden. Die daraus resultierenden Reparaturen und die Beseitigung von angespültem Müll und Treibgut im Verantwortungsbereich der Tourismuszentrale verursachten nicht eingeplante zusätzliche Kosten von rund TEUR 100. Ein Antrag auf Übernahme der Aufwendungen durch das Wirtschaftsministerium Mecklenburg-Vorpommern wurde im Juli 2019 abgelehnt.

c) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass wesentliche Kredit- oder andere Leistungsbeziehungen zwischen Konzerngesellschaften bzw. mit den Gesellschaftern eindeutig zu unangemessenen Konditionen vorgenommen werden?

Unangemessene Leistungsbeziehungen zwischen dem Eigenbetrieb und der Hanse- und Universitätsstadt Rostock haben wir im Rahmen unserer Jahresabschlussprüfung nicht festgestellt.

d) Wurde die Konzessionsabgabe steuer- und preisrechtlich erwirtschaftet?

Entfällt.

Fragenkreis 15: Verlustbringende Geschäfte und ihre Ursachen**a) Gab es verlustbringende Geschäfte, die für die Vermögens- und Ertragslage von Bedeutung waren, und was waren die Ursachen der Verluste?**

Soweit die von der Tourismuszentrale betriebenen Geschäftsfelder Verluste erwirtschaften, ist dies aus Sicht des Eigenbetriebes im Wesentlichen durch Aufgabenzuordnungen bedingt. Die erwirtschafteten Verluste bewegen sich im Rahmen der Planungen und werden jährlich durch Ausgleichszahlungen der Hanse- und Universitätsstadt Rostock ausgeglichen.

Im Weiteren verweisen wir auf unsere Ausführungen zu Fragenkreis 14.b).



Anlage 9

b) Wurden Maßnahmen zeitnah ergriffen, um die Verluste zu begrenzen, und um welche Maßnahmen handelt es sich?

Aus Sicht der Tourismuszentrale können die ihr übertragenen Aufgaben teilweise nicht kostendeckend erbracht werden. Die Tourismuszentrale geht – bei unveränderter Aufgabenzuordnung – daher auch für die Zukunft von einer Notwendigkeit des Ausgleichs von Jahresfehlbeträgen aus.

Auskunftsgemäß erstellt die Tourismuszentrale jährlich eine Nachkalkulation der Kurabgabe. Demnach war eine Anhebung der zuletzt in 2008 erhöhten Kurabgabe aufgrund eines starken Mengenwachstums bisher nicht erforderlich.

Vor dem Hintergrund der EigVO M-V wird eine Erhebung des Gemeindeanteils Kurabgabe durch die TZR&W in Erwägung gezogen.

Fragenkreis 16: Ursachen des Jahresfehlbetrages und Maßnahmen zur Verbesserung der Ertragslage**a) Was sind die Ursachen des Jahresfehlbetrages?**

Die Ursachen des Jahresverlustes sind im Fragenkreis 15.a) beschrieben.

b) Welche Maßnahmen wurden eingeleitet bzw. sind beabsichtigt, um die Ertragslage des Unternehmens zu verbessern?

Wesentliche Verbesserungen der Ertragslage der Tourismuszentrale lassen sich aus Sicht der Tourismuszentrale nur durch die Abrechnung zugewiesener Aufgaben gegenüber dem Träger zu marktüblichen Preisen erreichen.



Anlage 10

Soll-/ Ist-Vergleich zum Wirtschaftsplan bzw. Erfolgs- und Vermögensplan für das Berichtsjahr

1. Erfolgsplan 2019

Die Abweichungen des Erfolgsplans 2019 von der entsprechenden Gewinn- und Verlustrechnung sind der folgenden Gegenüberstellung zu entnehmen:

	Plan-Zahlen TEUR	Ist-Zahlen TEUR	+/- TEUR
Umsatzerlöse	5.278	5.264	-14
Sonstige betriebliche Erträge	155	204	49
Materialaufwand	-1.917	-2.069	-152
Personalaufwand	-3.366	-3.128	238
Abschreibungen	-314	-265	49
Erträge Auflösung Sonderposten	76	92	16
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.319	-1.504	-185
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1	1	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-17	-18	-1
Sonstige Steuern	-7	-7	0
Jahresergebnis	-1.430	-1.430	0

Zu **Materialaufwand**:

Im Wesentlichen sind die Materialaufwendungen höher ausgefallen als ursprünglich angenommen, weil zu Beginn des Wirtschaftsjahres 2019 aufgrund eines Sturms eine aufwendige Strandreinigung durchgeführt werden musste.

Zu **Personalaufwand**:

Aufgrund dessen, dass mehrere im Wirtschaftsplan vorgesehene Stellen im Wirtschaftsjahr 2019 unbesetzt waren, wurden die geplanten Aufwendungen unterschritten.

Zu **sonstige betriebliche Aufwendungen**:

Die Position ist im Wesentlichen höher ausgefallen als geplant, weil im Wirtschaftsjahr 2019 zusätzlicher Beratungsaufwand für die Neukonzeption der Hanse Sail entstanden ist. In der Position sonstige betriebliche Erträge bestehen in selber Höhe Erträge für dieses Projekt.



Anlage 10

2. Finanzplan 2019

Der Finanzplan soll alle voraussehbaren Einnahmen und Ausgaben des Wirtschaftsjahres enthalten. Nachfolgend werden die Zahlen des Wirtschaftsplans 2019 mit den entsprechenden Zahlen des Jahresabschlusses 2019 verglichen.

	Plan 2019 TEUR	Ist 2019 TEUR	+ / - TEUR
Mittelzufluss aus der laufenden Geschäftstätigkeit	-1.192	-1.077	115
Mittelzufluss aus der Investitionstätigkeit	-119	-48	71
Mittelzufluss aus der Finanzierungstätigkeit	1.372	1.365	-7
Veränderung des Finanzmittelfonds	61	240	179

Im Wesentlichen bedingt durch den Rückgang der Forderungen sowie durch eine geringere Investitionstätigkeit als ursprünglich vorgesehen, konnte der Finanzmittelfonds zum Stichtag 31. Dezember 2019 gegenüber der Planung insgesamt um TEUR 179 gesteigert werden.

Übersicht über die Entwicklung der Kredite 2019



Konto/Bank	Darlehen	Ursprungs- betrag	Zinssatz	Stand 01.01.2019	Zugänge	Tilgung	Abgänge	Stand 31.12.2019	Zinsen	bis 1 Jahr	2 bis 5 Jahre	ab 5 Jahre	Gesamt
HypoVereinsbank	780154212	265.000,00	4,640	109.163,83	0,00	23.659,20	0,00	85.504,63	5.788,95	19.934,63	65.570,00	0,00	85.504,63
Helaba (vormals Dexia)	800098805	410.000,00	4,739	188.533,04	0,00	27.377,09	0,00	161.155,95	8.452,83	28.697,72	132.458,23	0,00	161.155,95
DZ HYP AG	3307958300	180.000,00	1,890	130.361,18	0,00	11.614,61	0,00	118.746,57	2.381,83	11.835,68	49.638,91	57.271,98	118.746,57
Gesamt		855.000,00		428.058,05	0,00	62.650,90	0,00	365.407,15	16.623,61	60.468,03	247.667,14	57.271,98	365.407,15
Zinsabgrenzung				0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
		855.000,00	0,00	428.058,05	0,00	62.650,90	0,00	365.407,15	16.623,61	60.468,03	247.667,14	57.271,98	365.407,15

Erfolgsübersicht für das Jahr 2019

	Gesamt	Allgemeine Betriebs- leitung	Seebad und Kurwesen	Tourist-Info	Marketing	Grundstücke/ Flächen	Hanse Sail Büro
	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR
1. Materialaufwand	-2.069.009	-6.376	-963.434	-108.213	-152.735	-123.076	-715.176
2. Löhne und Gehälter	-2.538.251	-374.246	-852.371	-655.414	-275.945	0	-380.275
3. soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	-492.435	-68.226	-172.027	-139.936	-45.424	0	-66.822
4. Aufwendungen für Altersversorgung	-97.198	-14.792	-32.070	-26.627	-11.051	0	-12.658
5. Abschreibungen	-265.474	-4.611	-78.178	-16.466	-3.558	-152.187	-10.475
6. Zinsen und ähnlichen Aufwendungen	-18.257	-15.357	0	-2.900	0	0	0
7. Steuern	-7.360	-304	-4.763	0	-114	-1.283	-896
8. Andere betriebliche Aufwendungen	-1.503.851	-98.866	-584.458	-97.327	-192.818	-131.443	-398.939
9. Summe Aufwendungen 1-8	-6.991.835	-582.779	-2.687.300	-1.046.883	-681.645	-407.989	-1.585.240
10. Betriebserträge	-5.560.766	-53.194	-2.608.965	-236.468	-76.006	-1.717.954	-868.177
11. Finanzergebnis	-1.327	-1.327	0	0	0	0	0
12. Betriebsergebnis	1.429.743	528.258	78.335	810.414	605.639	-1.309.966	717.062
13. Umlage			184.890	105.652	52.826	79.239	105.652
14. Jahresergebnis	1.429.743		263.225	916.066	658.465	-1.230.727	822.714

Allgemeine Auftragsbedingungen

für

Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften

vom 1. Januar 2017

1. Geltungsbereich

(1) Die Auftragsbedingungen gelten für Verträge zwischen Wirtschaftsprüfern oder Wirtschaftsprüfungsgesellschaften (im Nachstehenden zusammenfassend „Wirtschaftsprüfer“ genannt) und ihren Auftraggebern über Prüfungen, Steuerberatung, Beratungen in wirtschaftlichen Angelegenheiten und sonstige Aufträge, soweit nicht etwas anderes ausdrücklich schriftlich vereinbart oder gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist.

(2) Dritte können nur dann Ansprüche aus dem Vertrag zwischen Wirtschaftsprüfer und Auftraggeber herleiten, wenn dies ausdrücklich vereinbart ist oder sich aus zwingenden gesetzlichen Regelungen ergibt. Im Hinblick auf solche Ansprüche gelten diese Auftragsbedingungen auch diesen Dritten gegenüber.

2. Umfang und Ausführung des Auftrags

(1) Gegenstand des Auftrags ist die vereinbarte Leistung, nicht ein bestimmter wirtschaftlicher Erfolg. Der Auftrag wird nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berufsausübung ausgeführt. Der Wirtschaftsprüfer übernimmt im Zusammenhang mit seinen Leistungen keine Aufgaben der Geschäftsführung. Der Wirtschaftsprüfer ist für die Nutzung oder Umsetzung der Ergebnisse seiner Leistungen nicht verantwortlich. Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sich zur Durchführung des Auftrags sachverständiger Personen zu bedienen.

(2) Die Berücksichtigung ausländischen Rechts bedarf – außer bei betriebswirtschaftlichen Prüfungen – der ausdrücklichen schriftlichen Vereinbarung.

(3) Ändert sich die Sach- oder Rechtslage nach Abgabe der abschließenden beruflichen Äußerung, so ist der Wirtschaftsprüfer nicht verpflichtet, den Auftraggeber auf Änderungen oder sich daraus ergebende Folgerungen hinzuweisen.

3. Mitwirkungspflichten des Auftraggebers

(1) Der Auftraggeber hat dafür zu sorgen, dass dem Wirtschaftsprüfer alle für die Ausführung des Auftrags notwendigen Unterlagen und weiteren Informationen rechtzeitig übermittelt werden und ihm von allen Vorgängen und Umständen Kenntnis gegeben wird, die für die Ausführung des Auftrags von Bedeutung sein können. Dies gilt auch für die Unterlagen und weiteren Informationen, Vorgänge und Umstände, die erst während der Tätigkeit des Wirtschaftsprüfers bekannt werden. Der Auftraggeber wird dem Wirtschaftsprüfer geeignete Auskunftspersonen benennen.

(2) Auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers hat der Auftraggeber die Vollständigkeit der vorgelegten Unterlagen und der weiteren Informationen sowie der gegebenen Auskünfte und Erklärungen in einer vom Wirtschaftsprüfer formulierten schriftlichen Erklärung zu bestätigen.

4. Sicherung der Unabhängigkeit

(1) Der Auftraggeber hat alles zu unterlassen, was die Unabhängigkeit der Mitarbeiter des Wirtschaftsprüfers gefährdet. Dies gilt für die Dauer des Auftragsverhältnisses insbesondere für Angebote auf Anstellung oder Übernahme von Organfunktionen und für Angebote, Aufträge auf eigene Rechnung zu übernehmen.

(2) Sollte die Durchführung des Auftrags die Unabhängigkeit des Wirtschaftsprüfers, die der mit ihm verbundenen Unternehmen, seiner Netzwerkunternehmen oder solcher mit ihm assoziierten Unternehmen, auf die die Unabhängigkeitsvorschriften in gleicher Weise Anwendung finden wie auf den Wirtschaftsprüfer, in anderen Auftragsverhältnissen beeinträchtigen, ist der Wirtschaftsprüfer zur außerordentlichen Kündigung des Auftrags berechtigt.

5. Berichterstattung und mündliche Auskünfte

Soweit der Wirtschaftsprüfer Ergebnisse im Rahmen der Bearbeitung des Auftrags schriftlich darzustellen hat, ist alleine diese schriftliche Darstellung maßgebend. Entwürfe schriftlicher Darstellungen sind unverbindlich. Sofern nicht anders vereinbart, sind mündliche Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers nur dann verbindlich, wenn sie schriftlich bestätigt werden. Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers außerhalb des erteilten Auftrags sind stets unverbindlich.

6. Weitergabe einer beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers

(1) Die Weitergabe beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers (Arbeitsergebnisse oder Auszüge von Arbeitsergebnissen – sei es im Entwurf oder in der Endfassung) oder die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber an einen Dritten bedarf der schriftlichen Zustimmung des Wirtschaftsprüfers, es sei denn, der Auftraggeber ist zur Weitergabe oder Information aufgrund eines Gesetzes oder einer behördlichen Anordnung verpflichtet.

(2) Die Verwendung beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers und die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber zu Werbezwecken durch den Auftraggeber sind unzulässig.

7. Mängelbeseitigung

(1) Bei etwaigen Mängeln hat der Auftraggeber Anspruch auf Nacherfüllung durch den Wirtschaftsprüfer. Nur bei Fehlschlagen, Unterlassen bzw. unrechtmäßiger Verweigerung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung kann er die Vergütung mindern oder vom Vertrag zurücktreten; ist der Auftrag nicht von einem Verbraucher erteilt worden, so kann der Auftraggeber wegen eines Mangels nur dann vom Vertrag zurücktreten, wenn die erbrachte Leistung wegen Fehlschlagens, Unterlassung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung für ihn ohne Interesse ist. Soweit darüber hinaus Schadensersatzansprüche bestehen, gilt Nr. 9.

(2) Der Anspruch auf Beseitigung von Mängeln muss vom Auftraggeber unverzüglich in Textform geltend gemacht werden. Ansprüche nach Abs. 1, die nicht auf einer vorsätzlichen Handlung beruhen, verjähren nach Ablauf eines Jahres ab dem gesetzlichen Verjährungsbeginn.

(3) Offenbare Unrichtigkeiten, wie z.B. Schreibfehler, Rechenfehler und formelle Mängel, die in einer beruflichen Äußerung (Bericht, Gutachten und dgl.) des Wirtschaftsprüfers enthalten sind, können jederzeit vom Wirtschaftsprüfer auch Dritten gegenüber berichtigt werden. Unrichtigkeiten, die geeignet sind, in der beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers enthaltene Ergebnisse infrage zu stellen, berechtigen diesen, die Äußerung auch Dritten gegenüber zurückzunehmen. In den vorgenannten Fällen ist der Auftraggeber vom Wirtschaftsprüfer tunlichst vorher zu hören.

8. Schweigepflicht gegenüber Dritten, Datenschutz

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist nach Maßgabe der Gesetze (§ 323 Abs. 1 HGB, § 43 WPO, § 203 StGB) verpflichtet, über Tatsachen und Umstände, die ihm bei seiner Berufstätigkeit anvertraut oder bekannt werden, Stillschweigen zu bewahren, es sei denn, dass der Auftraggeber ihn von dieser Schweigepflicht entbindet.

(2) Der Wirtschaftsprüfer wird bei der Verarbeitung von personenbezogenen Daten die nationalen und europarechtlichen Regelungen zum Datenschutz beachten.

9. Haftung

(1) Für gesetzlich vorgeschriebene Leistungen des Wirtschaftsprüfers, insbesondere Prüfungen, gelten die jeweils anzuwendenden gesetzlichen Haftungsbeschränkungen, insbesondere die Haftungsbeschränkung des § 323 Abs. 2 HGB.

(2) Sofern weder eine gesetzliche Haftungsbeschränkung Anwendung findet noch eine einzelvertragliche Haftungsbeschränkung besteht, ist die Haftung des Wirtschaftsprüfers für Schadensersatzansprüche jeder Art, mit Ausnahme von Schäden aus der Verletzung von Leben, Körper und Gesundheit, sowie von Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen, bei einem fahrlässig verursachten einzelnen Schadensfall gemäß § 54a Abs. 1 Nr. 2 WPO auf 4 Mio. € beschränkt.

(3) Einreden und Einwendungen aus dem Vertragsverhältnis mit dem Auftraggeber stehen dem Wirtschaftsprüfer auch gegenüber Dritten zu.

(4) Leiten mehrere Anspruchsteller aus dem mit dem Wirtschaftsprüfer bestehenden Vertragsverhältnis Ansprüche aus einer fahrlässigen Pflichtverletzung des Wirtschaftsprüfers her, gilt der in Abs. 2 genannte Höchstbetrag für die betreffenden Ansprüche aller Anspruchsteller insgesamt.

(5) Ein einzelner Schadensfall im Sinne von Abs. 2 ist auch bezüglich eines aus mehreren Pflichtverletzungen stammenden einheitlichen Schadens gegeben. Der einzelne Schadensfall umfasst sämtliche Folgen einer Pflichtverletzung ohne Rücksicht darauf, ob Schäden in einem oder in mehreren aufeinanderfolgenden Jahren entstanden sind. Dabei gilt mehrfaches auf gleicher oder gleichartiger Fehlerquelle beruhendes Tun oder Unterlassen als einheitliche Pflichtverletzung, wenn die betreffenden Angelegenheiten miteinander in rechtlchem oder wirtschaftlichem Zusammenhang stehen. In diesem Fall kann der Wirtschaftsprüfer nur bis zur Höhe von 5 Mio. € in Anspruch genommen werden. Die Begrenzung auf das Fünffache der Mindestversicherungssumme gilt nicht bei gesetzlich vorgeschriebenen Pflichtprüfungen.

(6) Ein Schadensersatzanspruch erlischt, wenn nicht innerhalb von sechs Monaten nach der schriftlichen Ablehnung der Ersatzleistung Klage erhoben wird und der Auftraggeber auf diese Folge hingewiesen wurde. Dies gilt nicht für Schadensersatzansprüche, die auf vorsätzliches Verhalten zurückzuführen sind, sowie bei einer schuldhaften Verletzung von Leben, Körper oder Gesundheit sowie bei Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen. Das Recht, die Einrede der Verjährung geltend zu machen, bleibt unberührt.

10. Ergänzende Bestimmungen für Prüfungsaufträge

(1) Ändert der Auftraggeber nachträglich den durch den Wirtschaftsprüfer geprüften und mit einem Bestätigungsvermerk versehenen Abschluss oder Lagebericht, darf er diesen Bestätigungsvermerk nicht weiterverwenden.

Hat der Wirtschaftsprüfer einen Bestätigungsvermerk nicht erteilt, so ist ein Hinweis auf die durch den Wirtschaftsprüfer durchgeführte Prüfung im Lagebericht oder an anderer für die Öffentlichkeit bestimmter Stelle nur mit schriftlicher Einwilligung des Wirtschaftsprüfers und mit dem von ihm genehmigten Wortlaut zulässig.

(2) Widerruft der Wirtschaftsprüfer den Bestätigungsvermerk, so darf der Bestätigungsvermerk nicht weiterverwendet werden. Hat der Auftraggeber den Bestätigungsvermerk bereits verwendet, so hat er auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers den Widerruf bekanntzugeben.

(3) Der Auftraggeber hat Anspruch auf fünf Berichtsausfertigungen. Weitere Ausfertigungen werden besonders in Rechnung gestellt.

11. Ergänzende Bestimmungen für Hilfeleistung in Steuersachen

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sowohl bei der Beratung in steuerlichen Einzelfragen als auch im Falle der Dauerberatung die vom Auftraggeber genannten Tatsachen, insbesondere Zahlenangaben, als richtig und vollständig zugrunde zu legen; dies gilt auch für Buchführungsaufträge. Er hat jedoch den Auftraggeber auf von ihm festgestellte Unrichtigkeiten hinzuweisen.

(2) Der Steuerberatungsauftrag umfasst nicht die zur Wahrung von Fristen erforderlichen Handlungen, es sei denn, dass der Wirtschaftsprüfer hierzu ausdrücklich den Auftrag übernommen hat. In diesem Fall hat der Auftraggeber dem Wirtschaftsprüfer alle für die Wahrung von Fristen wesentlichen Unterlagen, insbesondere Steuerbescheide, so rechtzeitig vorzulegen, dass dem Wirtschaftsprüfer eine angemessene Bearbeitungszeit zur Verfügung steht.

(3) Mangels einer anderweitigen schriftlichen Vereinbarung umfasst die laufende Steuerberatung folgende, in die Vertragsdauer fallenden Tätigkeiten:

- a) Ausarbeitung der Jahressteuererklärungen für die Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer sowie der Vermögensteuererklärungen, und zwar auf Grund der vom Auftraggeber vorzulegenden Jahresabschlüsse und sonstiger für die Besteuerung erforderlicher Aufstellungen und Nachweise
- b) Nachprüfung von Steuerbescheiden zu den unter a) genannten Steuern
- c) Verhandlungen mit den Finanzbehörden im Zusammenhang mit den unter a) und b) genannten Erklärungen und Bescheiden
- d) Mitwirkung bei Betriebsprüfungen und Auswertung der Ergebnisse von Betriebsprüfungen hinsichtlich der unter a) genannten Steuern
- e) Mitwirkung in Einspruchs- und Beschwerdeverfahren hinsichtlich der unter a) genannten Steuern.

Der Wirtschaftsprüfer berücksichtigt bei den vorgenannten Aufgaben die wesentliche veröffentlichte Rechtsprechung und Verwaltungsauffassung.

(4) Erhält der Wirtschaftsprüfer für die laufende Steuerberatung ein Pauschalhonorar, so sind mangels anderweitiger schriftlicher Vereinbarungen die unter Abs. 3 Buchst. d) und e) genannten Tätigkeiten gesondert zu honorieren.

(5) Sofern der Wirtschaftsprüfer auch Steuerberater ist und die Steuerberatervergütungsverordnung für die Bemessung der Vergütung anzuwenden ist, kann eine höhere oder niedrigere als die gesetzliche Vergütung in Textform vereinbart werden.

(6) Die Bearbeitung besonderer Einzelfragen der Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer, Einheitsbewertung und Vermögensteuer sowie aller Fragen der Umsatzsteuer, Lohnsteuer, sonstigen Steuern und Abgaben erfolgt auf Grund eines besonderen Auftrags. Dies gilt auch für

- a) die Bearbeitung einmalig anfallender Steuerangelegenheiten, z.B. auf dem Gebiet der Erbschaftsteuer, Kapitalverkehrsteuer, Grunderwerbsteuer,
- b) die Mitwirkung und Vertretung in Verfahren vor den Gerichten der Finanz- und der Verwaltungsgerichtsbarkeit sowie in Steuerstrafsachen,
- c) die beratende und gutachtliche Tätigkeit im Zusammenhang mit Umwandlungen, Kapitalerhöhung und -herabsetzung, Sanierung, Eintritt und Ausscheiden eines Gesellschafters, Betriebsveräußerung, Liquidation und dergleichen und
- d) die Unterstützung bei der Erfüllung von Anzeige- und Dokumentationspflichten.

(7) Soweit auch die Ausarbeitung der Umsatzsteuerjahreserklärung als zusätzliche Tätigkeit übernommen wird, gehört dazu nicht die Überprüfung etwaiger besonderer buchmäßiger Voraussetzungen sowie die Frage, ob alle in Betracht kommenden umsatzsteuerrechtlichen Vergünstigungen wahrgenommen worden sind. Eine Gewähr für die vollständige Erfassung der Unterlagen zur Geltendmachung des Vorsteuerabzugs wird nicht übernommen.

12. Elektronische Kommunikation

Die Kommunikation zwischen dem Wirtschaftsprüfer und dem Auftraggeber kann auch per E-Mail erfolgen. Soweit der Auftraggeber eine Kommunikation per E-Mail nicht wünscht oder besondere Sicherheitsanforderungen stellt, wie etwa die Verschlüsselung von E-Mails, wird der Auftraggeber den Wirtschaftsprüfer entsprechend in Textform informieren.

13. Vergütung

(1) Der Wirtschaftsprüfer hat neben seiner Gebühren- oder Honorarforderung Anspruch auf Erstattung seiner Auslagen; die Umsatzsteuer wird zusätzlich berechnet. Er kann angemessene Vorschüsse auf Vergütung und Auslagenersatz verlangen und die Auslieferung seiner Leistung von der vollen Befriedigung seiner Ansprüche abhängig machen. Mehrere Auftraggeber haften als Gesamtschuldner.

(2) Ist der Auftraggeber kein Verbraucher, so ist eine Aufrechnung gegen Forderungen des Wirtschaftsprüfers auf Vergütung und Auslagenersatz nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen zulässig.

14. Streitschlichtungen

Der Wirtschaftsprüfer ist nicht bereit, an Streitbeilegungsverfahren vor einer Verbraucherschlichtungsstelle im Sinne des § 2 des Verbraucherstreitbeilegungsgesetzes teilzunehmen.

15. Anzuwendendes Recht

Für den Auftrag, seine Durchführung und die sich hieraus ergebenden Ansprüche gilt nur deutsches Recht.

<div>Entscheidendes Gremium: Bürgerschaft</div> <div>fed. Senator/-in: OB, Claus Ruhe Madsen</div> <div>Federführendes Amt: Büro des Oberbürgermeisters</div>	<div>Beteiligt:</div> <div>Zentrale Steuerung</div> <div>Amt für Kultur, Denkmalpflege und Museen</div> <div>Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Wirtschaft</div> <div>Eigenbetrieb TZR & W</div> <div>Kämmereiamt</div> <div>Hafen- und Seemannsamt</div> <div>Bauamt</div> <div>Kataster-, Vermessungs- und Liegenschaftsamt</div> <div>Tiefbauamt</div> <div>Amt für Stadtgrün, Naturschutz u. Landschaftspflege</div> <div>Amt für Mobilität</div> <div>Amt für Umwelt- und Klimaschutz</div> <div>Amt für Sport, Vereine und Ehrenamt</div> <div>Senatsbereich 2 Finanzen, Digitalisierung und Ordnung</div> <div>Senatsbereich 4 Infrastruktur, Umwelt und Bau</div>																								
<div>Aufgabenstellung Realisierungswettbewerb "Zentraler Bereich Stadthafen Rostock"</div>																									
<div>Geplante Beratungsfolge:</div> <table><tr><td>Datum</td><td>Gremium</td><td>Zuständigkeit</td></tr><tr><td>11.11.2020</td><td>Bürgerschaft</td><td>Entscheidung</td></tr><tr><td>28.10.2020</td><td>BUGA-Ausschuss</td><td>Empfehlung</td></tr><tr><td>05.11.2020</td><td>Ausschuss für Stadt- und Regionalentwicklung, Umwelt und Ordnung</td><td>Empfehlung</td></tr><tr><td>29.10.2020</td><td>Finanzausschuss</td><td>Empfehlung</td></tr><tr><td>04.11.2020</td><td>Ausschuss für Wirtschaft und Tourismus</td><td>Empfehlung</td></tr><tr><td>28.10.2020</td><td>Ortsbeirat Kröpeliner-Tor-Vorstadt (11)</td><td>Empfehlung</td></tr><tr><td>10.11.2020</td><td>Ortsbeirat Stadtmitte (14)</td><td>Empfehlung</td></tr></table>		Datum	Gremium	Zuständigkeit	11.11.2020	Bürgerschaft	Entscheidung	28.10.2020	BUGA-Ausschuss	Empfehlung	05.11.2020	Ausschuss für Stadt- und Regionalentwicklung, Umwelt und Ordnung	Empfehlung	29.10.2020	Finanzausschuss	Empfehlung	04.11.2020	Ausschuss für Wirtschaft und Tourismus	Empfehlung	28.10.2020	Ortsbeirat Kröpeliner-Tor-Vorstadt (11)	Empfehlung	10.11.2020	Ortsbeirat Stadtmitte (14)	Empfehlung
Datum	Gremium	Zuständigkeit																							
11.11.2020	Bürgerschaft	Entscheidung																							
28.10.2020	BUGA-Ausschuss	Empfehlung																							
05.11.2020	Ausschuss für Stadt- und Regionalentwicklung, Umwelt und Ordnung	Empfehlung																							
29.10.2020	Finanzausschuss	Empfehlung																							
04.11.2020	Ausschuss für Wirtschaft und Tourismus	Empfehlung																							
28.10.2020	Ortsbeirat Kröpeliner-Tor-Vorstadt (11)	Empfehlung																							
10.11.2020	Ortsbeirat Stadtmitte (14)	Empfehlung																							

Beschlussvorschlag:

Die Bürgerschaft beschließt die Aufgabenstellung gemäß der Anlage 1 zur Beschlussvorlage für die europaweite Bekanntmachung und Auslobung eines interdisziplinären Realisierungswettbewerbs mit freiraumplanerischem Ideenteil „Zentraler Bereich Stadthafen Rostock“ mit vorgeschaltetem Teilnahmewettbewerb und nachgeschaltetem Verhandlungsverfahren.

Beschlussvorschriften:

§ 22 (2) Kommunalverfassung Mecklenburg-Vorpommern

bereits gefasste Beschlüsse:

Beschluss 2018/BV/3684 der Bürgerschaft vom 16.05.2018

Beschluss 2017/BV/2532 der Bürgerschaft vom 06.12.2017

Beschluss 0399/08-BV der Bürgerschaft vom 09.07.2008

Beschluss 0383/05-BV der Bürgerschaft vom 07.12.2005

Sachverhalt:

Die Hanse- und Universitätsstadt Rostock erhielt im Sommer 2018 den Zuschlag für die Ausrichtung der BUGA 2025. Das Konzept des „Warnow-Runds“, welches auch den Rahmen für die Durchführung der Bundesgartenschau bildet, fügt die verschiedenen Stadtentwicklungsbausteine um die Unterwarnow zu einer ganzheitlichen innerstädtischen Stadtentwicklung zusammen.

Ein wesentlicher Entwicklungsbaustein für die Innenstadt ist der Stadthafen. Er ist gleichzeitig Startpunkt der neuen Warnowbrücke nach Gehlsdorf, welcher die historische Altstadt und die Kröpeliner-Tor-Vorstadt an das Ufer der Warnow heranführt.

In der Aufgabenstellung für den Wettbewerb zum Stadthafen wurden u.a. die Inhalte, der durch die Bürgerschaft beschlossenen Konzepte wie der 1. Fortschreibung des Städtebaulichen Rahmenplanes „Stadthafen“, der 2. Fortschreibung der Städtebaulichen Rahmenplanung zum Sanierungsgebiet „Stadtzentrum Rostock“, dem „Mobilitätsplan Zukunft 2030“ und dem BUGA-Masterplan aufgegriffen.

Die teilnehmenden Planungsteams sollen über eine städtebaulich-freiräumliche Ideenfindung für das Wettbewerbsgebiet Vorschläge für:

- die Frei-, Grün- und Verkehrsräume
- den Hochbau
- den Hochwasserschutz
- die Schnickmannbrücke

erarbeiten. Bei den Planungsideen sind die Hafenfunktion und die Belange für Großveranstaltungen, wie z.B. die Hanse Sail zu respektieren.

Bezogen auf den Hochbau und die Schnickmannbrücke wird im Wettbewerb ein eingeschränktes Realisierungsversprechen gegeben. Das bedeutet, sollte die Hanse- und Universitätsstadt sich entscheiden, diese Bauwerke nicht zu errichten, entsteht der Stadt kein finanzieller Schaden.

Finanzielle Auswirkungen:

Die Finanzierung erfolgt über den im Haushalt eingestellten Eigenanteil der Hanse- und Universitätsstadt Rostock.

Teilhaushalt: 99

Produkt: 54806

Bezeichnung: Bundesgartenschau (Buga) Stadthafen

Investitionsmaßnahme Nr.: 9954806202000119 Bezeichnung: Stadthafen

Haushalts- jahr	Konto / Bezeichnung	Ergebnishaushalt		Finanzhaushalt	
		Erträge	Auf- wendungen	Ein- zahlungen	Aus- zahlungen
2020	54806.78532001	-	-	-	500.000 €
2021	54806.78532001	-	-	-	190.200 €

Werden die Auszahlungen in Höhe von 500.000 Euro im Haushaltsjahr 2020 nicht kassenwirksam, werden die nicht verbrauchten Mittel als Haushaltsausgaberest in das Jahr 2021 übertragen.

☒ Die finanziellen Mittel sind Bestandteil der zuletzt beschlossenen Haushaltssatzung.

Weitere mit der Beschlussvorlage mittelbar in Zusammenhang stehende Kosten:

☒ liegen nicht vor.

Claus Ruhe Madsen

Anlagen

1	Aufgabenstellung Realisierungswettbewerb Zentraler Bereich Stadthafen Rostock	öffentlich
---	----------------------------------------------------------------------------------	------------

„Planungswettbewerb Zentraler Bereich Stadthafen Rostock“

Wettbewerbsunterlagen

Teilbereich Aufgabenstellung

Inhalt

1. Anlass und Ziel des Wettbewerbs	3
2. Historische Entwicklung	5
3. Darstellung des Plangebietes	9
3.1 Allgemeine Bestandssituation	9
3.2 Lage, Größe und Abgrenzung	10
3.3 Eigentumsverhältnisse	11
3.4 Nutzungs- und Baustrukturen	11
3.5 Städtebauliche Situation	13
3.6 Verkehrliche Infrastruktur	14
3.7 Grün- und Freiflächenstruktur	16
3.8 Rechtliche Rahmenbedingungen und Planungsgrundlagen	16
3.9 Umweltsituation	17
4. Aufgabenstellung	21
4.1 Städtebauliche Zielstellung	21
4.1.1 Leitbild	21
4.1.2 Ziele und Vorgaben	22
4.2 Freiraumplanerische Zielsetzung	24
4.2.1 Grün & Freiraum	24
4.2.2 Stadtmöblierung & Hafenzugänge	26
4.2.3 Hafen	27
4.2.4 Freizeit & Tourismus	29
4.2.5 Sondernutzungen	29
4.2.6 Kunst im Öffentlichen Raum	30
4.3 Ziele des Hochwasserschutzes	30
4.4 Verkehrsplanerische Ziele	33
4.4.1 Fußverkehr	34
4.4.2 Radwegeverkehr	36
4.4.3 Öffentlicher Personennahverkehr	36
4.4.4 Motorisierter Individualverkehr	37
4.5 Bauwerke	38
4.5.1 Gebäudeneubauten	38
4.5.1.1 Neubau Archäologisches Landesmuseum	39
4.5.1.2 Neubau HALLE 625	41
4.5.1.3 Neubau Hafenmeisterei	45
4.5.1.4 Erweiterung RSC 92	45
4.5.1.5 Neubau Öffentliche WC-Anlagen	46
4.5.2 Ingenieurbauwerke	47
4.5.2.1 Neubau Warnowbrücke	47
4.5.2.2 Neubau Schnickmannbrücke	48
4.5.2.3 Weitere Ingenieurbauwerke	50
4.6 Sonderthemen	52
4.6.1 Maritime Meile	52
4.7 Umwelt & Klimaschutzziele	53
4.8 Soziale Ziele	54
4.9 BUGA 2025	56

1. Anlass & Ziele des Wettbewerbs

Die Entwicklung der Hanse- und Universitätsstadt Rostock am und zum Wasser ist ein wesentliches Ziel der Stadtentwicklung. Chancen, aber auch Problemfelder diese Entwicklung bilden sich wie in einem Brennglas im Rostocker Stadthafen ab. Hier ist schon viel Positives erreicht worden in den vergangenen Jahren, aber seine großen von parkenden Pkw dominierten Flächen im Bereich „Christinenhafen“ lassen deutlich erkennen, dass noch viele Potentiale zu heben sind.

Im Sommer 2018 erhielt die Hanse- und Universitätsstadt Rostock den Zuschlag für die Durchführung der Bundesgartenschau 2025. Das Konzept des „Warnowrund“, welches den Rahmen für die Durchführung der Gartenschau bilden wird, ist mit seinen einzelnen Bausteinen pure Stadtentwicklung im Herzen der Hanse- und Universitätsstadt. Im Bereich des neuen „Rostocker Ovals“ wird sich die Rostocker Innenstadt in den kommenden Jahren um die Unterwarnow herum entwickeln. Mit dem Neubau einer Radwege- und Fußgängerbrücke über die Warnow zwischen dem Fährberg in Gehlsdorf und dem Christinenhafen im Stadthafen schließt sich dann das Warnowrund.

Planerische Grundlage für die Entwicklung der verschiedenen Stadtentwicklungsbausteine ist der BUGA-Masterplan, in welchem sich die Komplexität der Stadtentwicklungsmöglichkeiten für die erweiterte Innenstadt um die Unterwarnow gut abbildet.

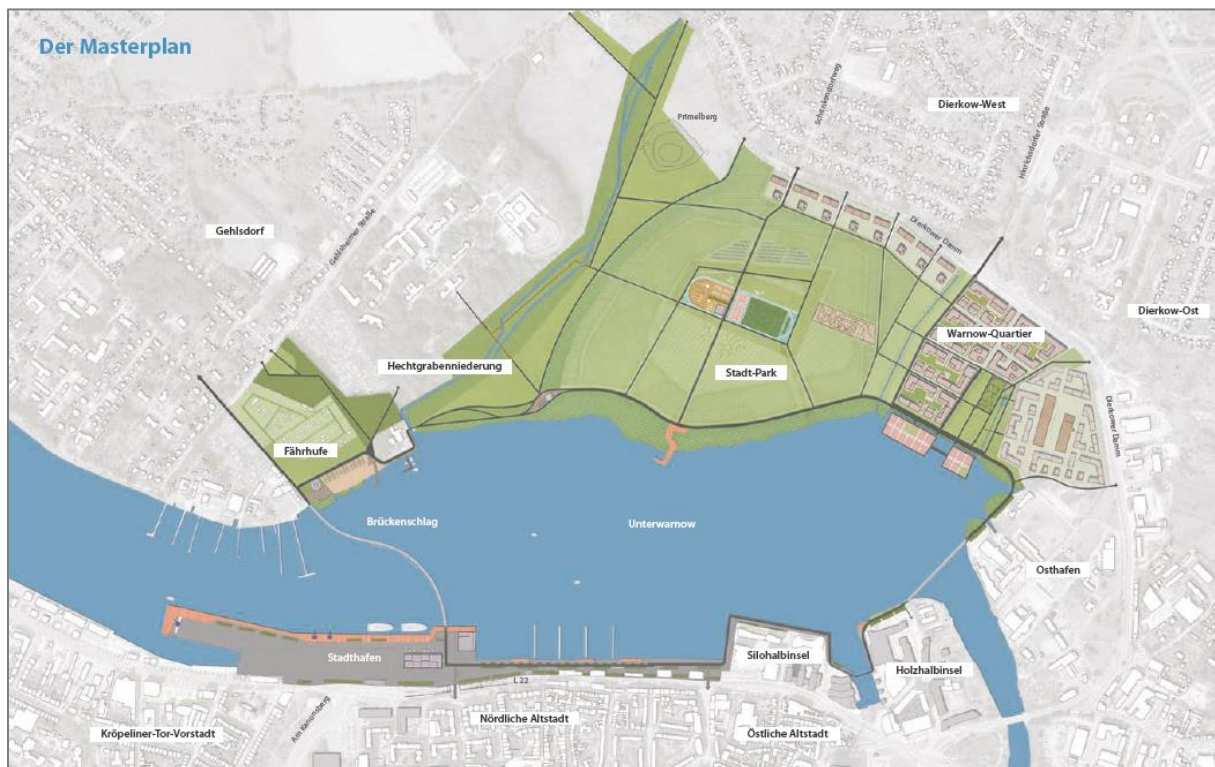


Abbildung XX: BUGA-Masterplan von 2018 (© sinai)

Die im Masterplan aufgezeigten Möglichkeiten stellen einen Quantensprung in der Rostocker Innenstadtentwicklung dar, weil die Stadt ergänzend zu ihren vorhandenen Qualitäten und Alleinstellungsmerkmalen ihr Image als grüne, lebenswerte Stadt am Meer weiterentwickeln kann – als Wohn-, Arbeits- und Bildungsstandort, als Erholungsgebiet, in ihrer Mobilität und im Tourismus.

Die grundlegende Idee des Masterplanes ist ebenso einfach wie stimmig. Am altstadtnahen Ufer der Unterwarnow und über sie hinweg kann ein über vier Kilometer langer Rundweg mit einem neu gestalteten Stadthafen, einem Landesmuseum für Archäologie und einer Multifunktionshalle, mit Uferpromenaden, einer naturbelassenen Niederung, einem neuen

Stadtpark und einem Campus zum Wohnen und für experimentelle Nutzungen entstehen. Krönung dieses „Warnowrund“ und künftig neues Wahrzeichen der Stadt wird eine Radwege- und Fußgängerbrücke über die Warnow sein. Sie ist ein Brückenschlag, der die Menschen diesseits und jenseits des Flusses stärker zusammenbringt und die Altstadt mit den auf der anderen Seite liegenden innerstädtischen Stadtteilen verbindet. Und dies nicht nur mit dem durch Stadtvillen geprägten direkt am Wasser liegenden Vorort Gehlsdorf, sondern auch mit den Plattenbaugroßsiedlungen Dierkow und Toitenwinkel. Miteinander vernetzte Projekte und Maßnahmen werden den zu lange kaum genutzten Stadtraum an den Ufern der Unterwarnow erschließen.

Auf der Basis des Masterplanes erfolgte inzwischen über verschiedene Planungsverfahren eine Qualifizierung der einzelnen Entwicklungsbausteine.

Die Aufwertung des Rostocker Stadthafens ist dabei ein wesentlicher Entwicklungsbaustein. Dessen zentraler Bereich ist in einem Planungswettbewerb in seiner Frei- und Grünraumgestaltung, dem Rhythmus behutsam einzufügender Neubauten ergänzt um innovative Brückenbauwerke für umweltschonende Verkehre inhaltlich und gestalterisch zu qualifizieren.

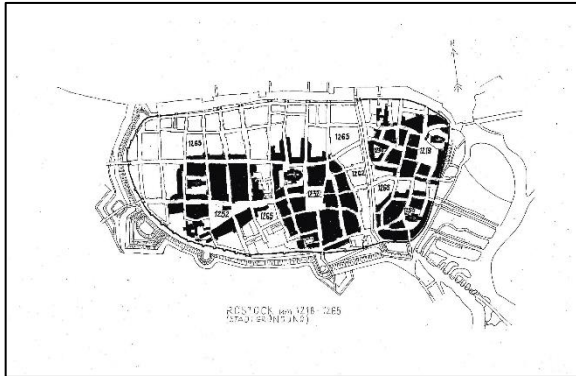
Das Format eines Planungswettbewerbs ist für die Hanse- und Universitätsstadt Rostock eine fantastische Möglichkeit, sich für über viele Jahre diskutierten Vorstellungen zur Entwicklung des Rostocker Stadthafens vielfältige und realisierbare Ideen und Anregungen abzuholen.

Das Wettbewerbsverfahren für den zentralen Bereich des Rostocker Stadthafens ist fachlich breit angelegt. Zentrales Thema ist die Neugestaltung der Frei- und Grünräume. Planungsteams unter koordinierender Leitung eines Landschaftsarchitekten bestehend aus Freiraumplanern, Stadtplanern, Architekten, Verkehrsplanern und Ingenieuren sollen auf der Basis vorgegebener „Leitplanken“ im Rahmen dieser Freiraumplanung eine städtebauliche Idee für die räumliche Strukturierung der Hafenbereiche entwickeln. Darauf aufbauend sind die Freiräume der Hafenflächen gegliedert in Ideen- und Realisierungsteile zu planen. Ebenfalls im Wettbewerb zu entwerfen sind aufbauend auf der städtebaulichen Idee als weitere Realisierungsteile die HALLE 625 [Multifunktionshalle] und die Fußgänger- und Radwegebrücke „Schnickmannbrücke“ über die L 22 „Am Strande“.

Und vieles davon soll in einem zügigen Planungs- und Realisierungsprozess bis zur BUGA 2025 umgesetzt werden.

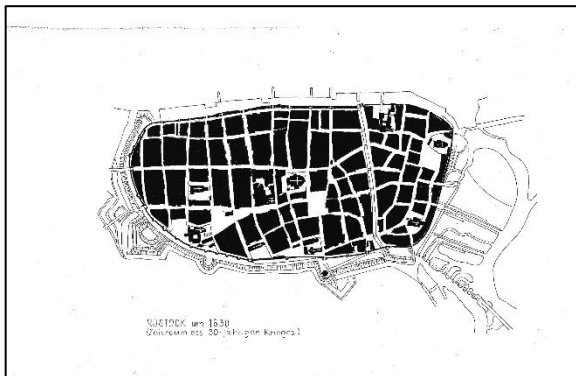
2. Historische Entwicklung

Angeichts der großen leeren, zurzeit überwiegend als Parkplatz genutzten Flächen im zentralen Bereich des Stadthafens ist es wichtig, auf die jahrhundertlange Geschichte des Ortes hinzuweisen.



Nachdem Rostock 1218 für ein kleines Areal rings um den heutigen Alten Markt mit St. Petri vom Landesherrn das lübische Stadtrecht zuerkannt bekam, entwickelten sich auf dem Stadthügel oberhalb der breiten Unterwarnow sehr schnell weitere Siedlungskerne um St. Nikolai, St. Marien und St. Jakobi, welche sich um 1265 zu einer gemeinsamen Stadt zusammenschlossen und mit Stadttoren und einer geschlossenen Stadtmauer befestigt wurden.

Abbildung XX Schwarzplan mit Darstellung der Siedlungskerne des 13. Jahrhunderts (RGS)



Bis zum 17. Jahrhundert wurde die Hansestadt in den durch die Stadtbefestigung des 13. Jahrhunderts definierten Ausmaßen bebaut. Der Schwarzplan in Abbildung XX zeigt deutlich, dass die historische Stadt sich auf ihrer gesamten Länge konsequent nach Norden zum Wasser und zum Hafen orientierte. Vom Zentrum verliefen die breiten mit repräsentativen hanseatischen Kaufmannshäusern bebauten Straßen zum Stadthafen und endeten dort „Am Strande“ mit je einem eigenen Stadttor.

Abbildung XX: Schwarzplan mit Darstellung der geschlossenen bebauten Altstadt mit Stadtmauer und Stadthafen (RGS)



Abbildung XX: Stadthafen in historischem Plan von 1859 (Geoportal HRO)

Mehrere dieser Straßen führten über sogenannten „Brücken“ (Anlegestege für Segelschiffe) bis ins Wasser. Der historische Stadthafen endete im Westen an der noch heute ablesbaren Fischerbastion und im Osten am Übergang der breiten Unterwarnow in die schmale Unterwarnow unterhalb der Petrikirche.

Wie stark Handel und Verkehr auf dem Wasserwege die Stadtentwicklung prägten zeigt auch, dass mehr Stadttore zum Hafen ausgerichtet waren als ins mecklenburgische Hinterland.

Von großer Bedeutung für den hansischen Handel Rostocks war der Heringshandel, welcher über Norwegen und Gotland abgewickelt wurde. Hauptexportgut Rostocks innerhalb der Hanse und auch in der frühen Neuzeit war Bier. Mit dem Niedergang des Handelsbundes der Hanse und der Verlagerung des Welthandels auf den Atlantik verlor Rostock an Bedeutung. Ein großer Stadtbrand von 1677 ließ die Stadt dann bis ins frühe 19. Jahrhundert im Mittelmaß versinken.

Um 1850 erlebte die Rostocker Schifffahrt eine neue Blüte. 1877 war in Rostock mit 369 Schiffen die größte Handelsflotte des Ostseeraumes beheimatet.

Im Zuge der Industrialisierung ab Mitte des 19. Jahrhunderts wichen Strandwerften und kleine Hafenbecken ebenso wie die westlich der Fischerbastion liegenden Hausgärten der bis zum Wasser reichenden Grundstücke der Kröpeliner-Tor-Vorstadt.

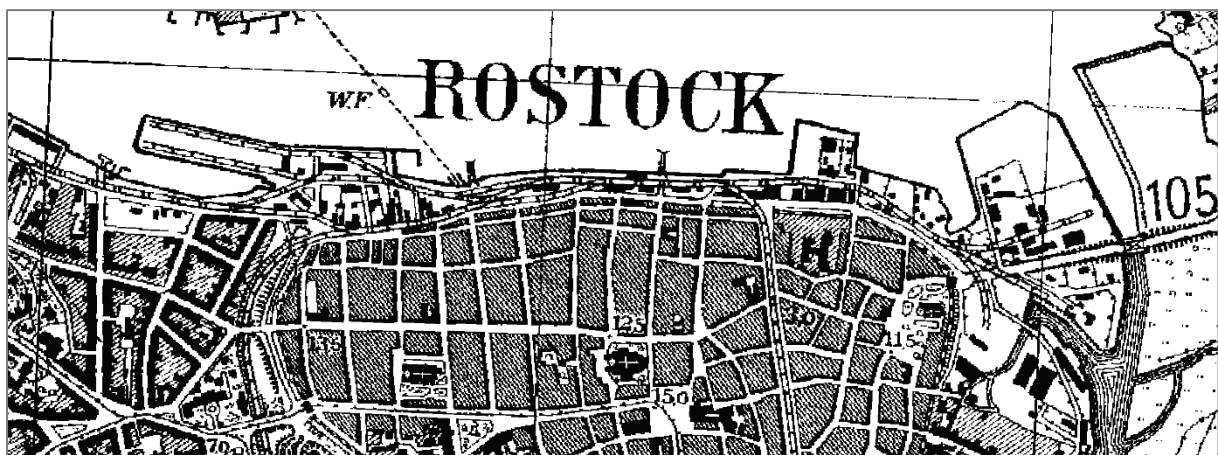


Abbildung XX: Topografische Karte von 1900 mit den Anlegestegen „Schnickmannbrücke“ und Koßfelderbrücke“(Geoportal HRO)

Um 1900 erfolgte eine Erweiterung des Stadthafens durch Landaufschüttung und Befestigung sowohl nach Westen bis zum Kabutzenhof als auch nach Osten bis zur neu geschaffenen Holzhalbinsel mit dem Ziel einer noch weitergehenden Ausdehnung der Hafenflächen bis zum heutigen Osthafenareal.

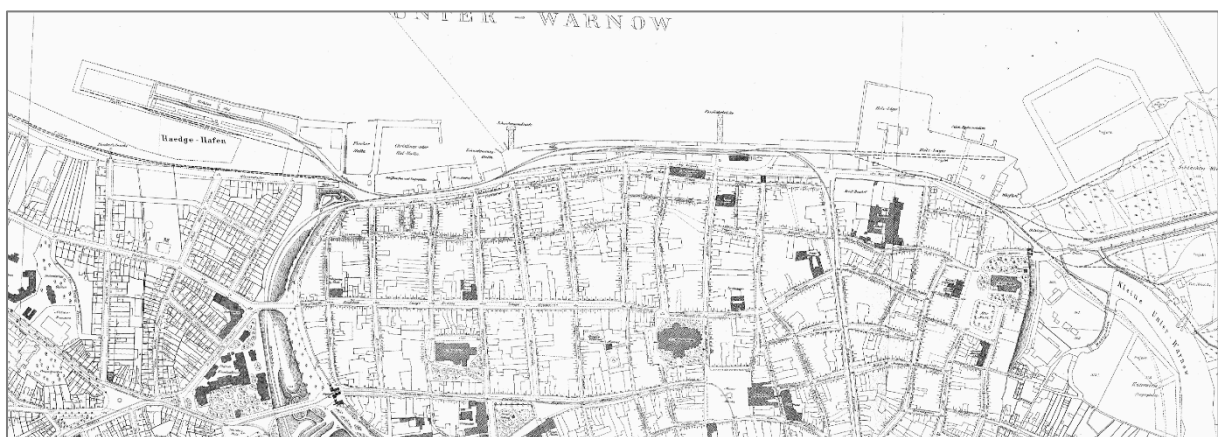


Abbildung XX: Stadthafen im historischen Plan von 1911 (Geoportal HRO)

Auf 3 km Länge wurde die Kaikante befestigt, so wurden durch Aufschüttung bzw. Begradigung etwa 100 ha Industriefläche geschaffen und die Fahrrinne zwischen Warnemünde und der Innenstadt von 4,5m auf ca. 6m vertieft.

Auch im zentralen Bereich des Stadthafens haben sich seit der Mitte des 19. Jahrhunderts vor allem durch die Erweiterung des Hafens nach Westen Veränderungen ergeben. Das „neue Packwerk“ auf Höhe Fischerbastion ist massiv erweitert und zur Haedgehalbinsel mit dem neuen Haedgehafen ausgebaut worden. Dazugekommen ist 1855 ein Eisenbahnanschluss, der über die historischen Wallanlagen an der Fischerbastion vorbei in den Stadthafen führt und einen Ringschluss zum zweiten Stadthafenbahnanschluss über die Grubenstraße herstellte.

In den 1930er Jahren entstanden auf der heutigen Silohalbinsel mehrere markante das Stadtbild bis heute prägende mit Backstein verkleidete Getreidesilos in moderner Stahlbetonbauweise.

Nach der deutschen Teilung ab 1949 entwickelte sich Rostock zum zentralen Umschlagplatz des Seehandels der DDR. Nachdem 1960 in Petersdorf am Breitling der neue wesentlich leistungsfähigere Überseehafen seinen Betrieb aufnahm und in Marienehe ab 1955 auf dem Gelände der ehemaligen Heinkel-Flugzeugwerke ein neuer leistungsfähiger Fischereihafen entstanden war, verlor der Stadthafen an Bedeutung.

Lediglich Kohle- und Getreideumschlag mit kleineren Schiffen verblieben hier und Militärtransporte der Sowjetarmee. Der Stadthafen galt allerdings weiterhin wie auch der Überseehafen als Grenz- bzw. Sperrgebiet und wurde deshalb mit einem hohen Zaun und zum Teil auch mit Sichtblenden abgeschirmt. Privatpersonen war der Zutritt verboten und damit der Hafen de facto von der Altstadt und der Kröpeliner-Tor-Vorstadt abgetrennt.



Abbildung XX: Stadthafen auf historischem Luftbild von 1953 (Geoportal HRO)

Auf dem Luftbild von 1953 sind gegenüber 1900 wesentliche Veränderungen im zentralen Stadthafenbereich erkennbar. Der Fischer- und der Christinenhafen sind weitgehend zugeschüttet und mussten Bahngleisen und Lagerflächen Platz machen. Das Teerhaus unterhalb der Fischerbastion existiert nicht mehr. Dafür sind im südlichen Bereich zur heutigen L 22 diverse eingeschossige Funktionsbauten entstanden. Die Haedeghalbinsel mit ihrem Kohlenkai verfügt über zwei Portalkräne. Weitere Kräne sind entlang der Kaikante bis zur Silohalbinsel erkennbar. Die „Brücken“, also die Steganlagen in Verlängerung der Altstadtstraßen sind alle beseitigt. Im Osten auf der Silohalbinsel erkennt man die großen Getreidesilos mit der Ölmühle aus den 30er Jahren.

Nach 1990 wurde der Stadthafen wieder der Öffentlichkeit zugänglich gemacht, so dass man seit fast 30 Jahren wieder direkt am Wasser entlang flanieren kann. Der Warenumsschlag wurde in den 90er Jahren fast vollständig aufgegeben. In weiten Bereichen sind „Bummelmeilen“ entstanden, aber die Widmung des Hafenareals als „internationaler Hafen“ und die dafür erforderliche technische Infrastruktur ist bis heute erhalten.



Abb. XX: Übersichtsplan zur Geschichte des Stadthafens mit verschiedenen Betrachtungsebenen und heute noch vorhandenen historischen Bauten

In Abbildung XX sind die einzelnen Entwicklungsabschnitte des Rostocker Stadthafens einschließlich einer schematischen Darstellung von aus der Hafenzeit noch erhaltenen Bauten noch einmal zusammenfassend dargestellt.

3. Darstellung des Plangebietes

3.1 Allgemeine Bestandssituation



Abbildung XX: Stadthafen auf Luftbild von 2019 (Geoportal HRO)

Das Luftbild von 2019 bildet die aktuelle Situation ab. Die Haedgehabinsel als Veranstaltungsort ist eine durchgehend mit Betonsteinen gepflasterte Fläche und wird optisch vom verbliebenen denkmalgeschützten Portalkran dominiert. Südlich angrenzend liegt der Haedgehafen mit seinen historischen Schiffen bzw. mit der Marina des Segelvereins RSC 92.

An der Südkante des Haedgehafens stehen sowohl das nach 1990 neu errichtete Vereinsgebäude des RSC 92 als auch das ehemalige Hafenhaus aus den 50er Jahren des 20. Jahrhunderts. Die umliegenden Freiflächen dieses Hafenabschnittes sind nach 1990 neugestaltet worden, weisen aber inzwischen schon wieder Verschleißerscheinungen auf.

An die Haedgehabinsel schließt sich nach Osten die große Freifläche „Christinenhafen“ an. Die Kaikante dieser Fläche wurde Ende der 1990er Jahre in Teilbereichen (Liegeplätze 83E und 83S) neu gesetzt und dabei an seiner Nordostecke wesentlich erweitert und die schräge Aufschüttungsfläche der 50er Jahre durch eine rechtwinklige Kaikante ersetzt. Diese Kaikante wird heute als Anlegestelle der Fähre vom Betreiber RSAG genutzt.

An der südöstlich anschließenden Kaikante legt die „Blaue Flotte“ (Rostocks Ausflugsschiffahrt) an. Entlang der nördlichen Kaikante der Haedgehabinsel befindet sich zudem der dauerhafte Liegeplatz des historischen Eisbrechers „Stephan Jantzen“. Die unmittelbar östlich an die Haedgehabinsel angrenzenden Freiflächen sind um 2000 schon einmal mit hochwertigem Natursteinpflaster als Veranstaltungsplatz neugestaltet worden. Die Nordwestecke der Flächen des Christinenhafens dominieren zwei Hafenkräne.

Die weiteren Flächen, in der 1. Rahmenplanfortschreibung zum Stadthafen aus dem Jahr 2006 als potenzielle Bauflächen vorgesehen, wurden in den vergangenen Jahren mit Betonpflaster für eine Zwischennutzung als ebenerdiger öffentlicher Parkplatz hergestellt. Südlich dieser Parkplatzfläche bis zur Straße „Am Strande“ und nach Osten, fast bis auf Höhe Lagerstraße, sind die ehemaligen Hafenflächen bis heute ungestaltet.

Ab Höhe Lagerstraße nach Osten bis auf Höhe Große Mönchenstraße wird das Bild des in diesem Bereich schmalen Stadthafens durch eine Reihung ein- bis dreigeschossiger Gebäude bestimmt, die sich aus der historisch vorgefundenen Situation bis heute planmäßig verfestigt haben bzw. nach 1990 neu gebaut worden sind. Abgeschlossen wird diese Häuserzeile im Osten durch die beiden ehemaligen Getreidesilos 1 und 2 aus den 30er Jahren des 20. Jahrhunderts. Zwischen dieser Gebäudezeile und der Kaikante liegen eine als öffentliche Verkehrsfläche gewidmete Erschließungsstraße und eine mit sparsamen Mitteln gestaltete Hafenpromenade. Mittig befindet sich eine vom Grundstück Am Strande 2 aus privat betriebene Marina mit vier Betonschwimmstegen.

3.2 Lage, Größe & Abgrenzung



Abb. XX: Karte der Begrenzung des Wettbewerbsgebietes

Das Wettbewerbsgebiet hat eine Flächengröße einschließlich des Haedgehafens und der potentiellen Aufschüttungsfläche für das Archäologische Landesmuseum von knapp 14 ha. In seiner West-Ost-Ausrichtung weist es eine Länge von etwa 1,4 km auf.



Abb. XX: Luftbild Innenstadt mit Bearbeitungsbereich Planungswettbewerb

Im Norden wird der Bearbeitungsbereich durch die Warnow begrenzt. Im Osten bildet die senkrechte Linie der Westkante der Silohalbinsel die Begrenzung, so dass die Zufahrt zum Stadthafen auf Höhe Grubenstraße noch innerhalb des Bearbeitungsbereiches liegt. Im Süden begrenzt der nördliche Straßenbordverlauf der L 22 auf der gesamten Länge das Wettbewerbsareal. Eine Ausweitung erfährt dieses Areal zwischen Wokrenterstraße und Badstüberstraße. Hier sind im Zusammenhang mit der Einordnung der neuen Schnickmannbrücke die Straßenräume der Schnickmannstraße und der Strandstraße abschnittsweise planerisch mit zu betrachten. Im Westen schließt die Begrenzung des Bearbeitungsbereiches die L22-Überwegung in Verlängerung der Friedrichstraße noch mit ein.

3.3 Eigentumsverhältnisse

Fast alle Flächen des Stadthafens befinden sich im Eigentum der Hanse- und Universitätsstadt Rostock. Lediglich einige wenige Grundstücke im östlichen Abschnitt des Wettbewerbsgebietes sind unterschiedlich privatrechtlich gesichert im Eigentum Privater.



Abb. XX: Karte der Privatgrundstücke im Wettbewerbsgebiet

Dies betrifft die Grundstücke Am Strande 2a, 2, 2b, 2c, 2f, 2d und 2e.

3.4 Nutzungs- und Baustrukturen

Der Stadthafen ist Hafenanleger für Freizeit-, Museums- und Fahrgastschiffe und nur noch selten auch für Schiffe im Wirtschaftsverkehr. Hafenumschlag im ursprünglichen Sinne findet kaum noch statt. Entsprechend der Hafenfunktion ist die unmittelbare Kaikante einschließlich ihrer technischen Infrastruktur ganzjährig freizuhalten. Das Hafenbecken des Haedgehafens hat sich in den letzten Jahren zu einem Museumshafen für kleinere historische Schiffe entwickelt. Ebenfalls im Haedgehafen sind die Steganlagen des Rostocker Segelvereins RSC 92, welcher landseitig auch dort sein Vereinsgebäude hat.



Abb XX: Karte der Nutzungsstruktur der Gebäude und Wasserflächen im Stadthafen (2016)

Mittig des „Kempowskiufers“ im Osten des Wettbewerbsbearbeitungsbereiches gibt es vier weitere Steganlagen für Freizeitboote, welche zu einer Marina gehören, die ihren Sitz im Gebäude „Am Strande“ 2 hat. Dieses Gebäude ist integriert in eine Reihung historischer und neuerer Häuser am Kempowskiufer, in denen Gastronomie und Büronutzungen sowie Serviceanlagen eines Wasserwanderrastplatzes (Am Strande 1c) untergebracht sind.

Ebenfalls Gastronomie und Büros (Verwaltung) finden sich an der Südwestecke der Fläche Christinenhafen im ehemaligen Hafenhauptgebäude „Warnowufer“ 65. Daneben in Nr. 65a befindet sich die Hafenmeisterei und östlich davon in Nr. 66 in einem abrisssreifen Bau arbeitet der Hanse-Sail-Verein. An der Pkw-Hafenzufahrt auf Höhe Fischerstraße steht eine

ebenfalls abrisssreife Großgarage, welche zurzeit noch von der Hafenmeisterei und vom Hanse-Sail-Verein genutzt wird.

Auf der zentralen sehr großen Freifläche Christinenhafen/Haedgehalbinsel finden temporäre Großveranstaltungen wie die Hanse-Sail und der Pfingstmarkt statt. In der übrigen Zeit wird die Fläche des Christinenhafens gegenwärtig als Übergangslösung bis zu einer Neugestaltung als öffentlicher Parkplatz für bis zu 700 Pkw genutzt. Wasserseitig an der Ostseite des Christinenhafens befindet sich eine Anlegestelle der „Blauen Flotte“ (Rostocker Fahrgastschiffahrt) mit einem kleinen Ticket-Verkaufskiosk. Von hier aus fahren die Schiffe regelmäßig nach Warnemünde.



Abbildung XX: Karte besonderer Bauten (RGS)

Besondere Bauten sind im Wettbewerbsareal aus der Zeit der intensiven Nutzung des Areals als Wirtschaftshafen überkommen. Dazu gehören ein Portalkran auf der Haedgehalbinsel, zwei Hafenkräne an der Kaikante des Christinenhafens (gelb markiert in genauso wie die historischen dauerhaft im im Haedgehafen liegenden Schiffe wie der „Stephan Jantzen“ oder die Schlepper und „Wega“ (orange gekennzeichnet in Die Kräne sollen ebenso an den jeweiligen erhalten werden wie auch die Liegeplätze des und der historischen Schlepper.



Abbildung XX),
Stadthafen bzw.
Eisbrecher
„Petersdorf“
Abbildung XX).
Standorten
Eisbrechers

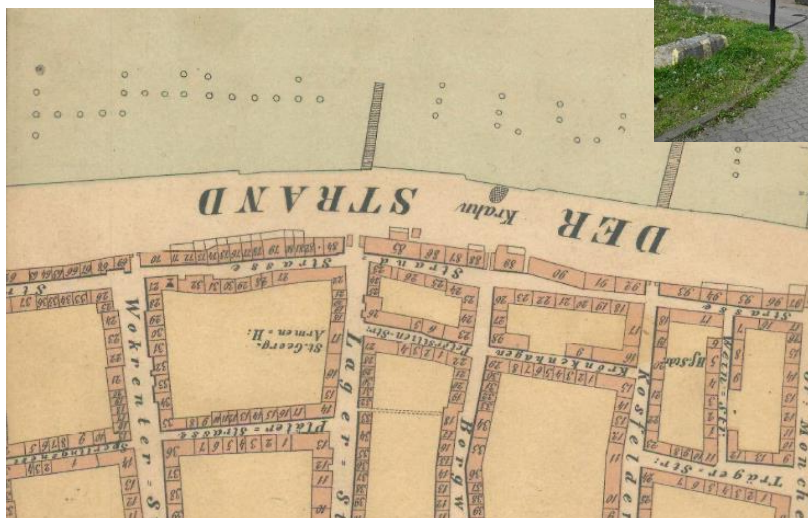


Abbildung XX: Nachbau des
historischen Hafendrehkranes
(RGS) und Stadtplan von 1859 mit
ursprünglichem Standort

Auf Höhe Wokrenterstraße steht ein historische Holzkrane, ein gegenüber dem Original von 1780 um 1/3 verkleinerter Nachbau eines historischen Tretkranes. Welcher nach 1990 dort aufgestellt worden ist.

3.5 Städtebauliche Situation

Das Bearbeitungsgebiet wird in seiner stadträumlichen Struktur noch immer durch seine Entstehungsgeschichte seit dem 13. Jahrhundert geprägt. Alle wichtigen Straßen sowohl der Altstadt als auch der Kröpeliner-Tor-Vorstadt verlaufen fast senkrecht in Richtung Wasser und Hafen. Aus der Enge der innerstädtischen Quartierstrukturen kommend bilden sie an den wasserseitigen Außenkanten der Altstadt torähnliche Raumsituationen aus, um sich dann zum Stadthafens zu öffnen. Bis auf die Straße „Burgwall“ sind alle Sichtachsen dieser Straßen zur Warnow frei.

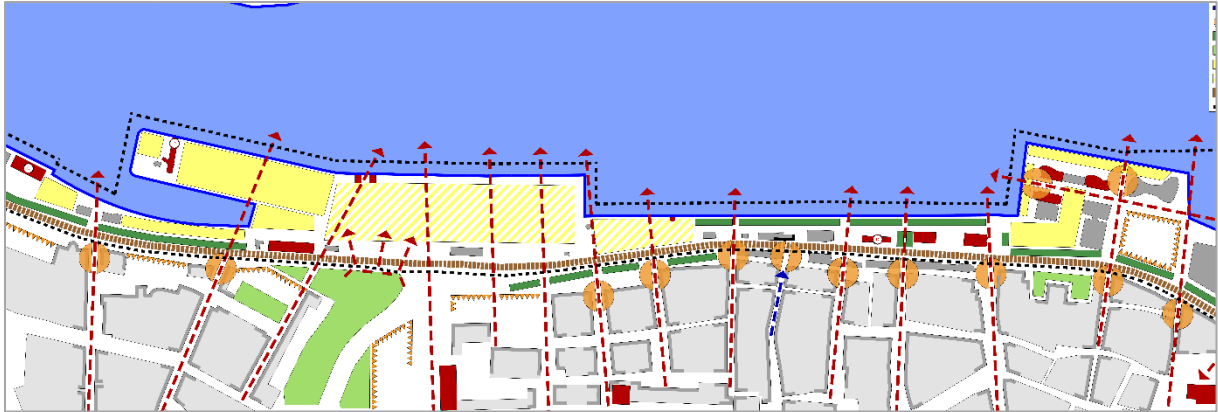


Abbildung XX: Analysekarte der städtebaulichen Situation im zentralen Bereich des Stadthafens mit freizuhaltenden Sichtachsen (RGS, 2018)

Bis heute wird die vierspurige Landesstraße 22 zwischen der Innenstadt und dem Hafen als sehr stark die Stadtstruktur trennendes Element wahrgenommen.

An der Nordwestecke der Altstadt sind deren Raumkanten nach Kriegszerstörungen bis heute noch nicht wiederhergestellt, so dass der Altstadtkörper hier ausfranst. Stabilität gibt dann wieder die Fischerbastion als Teil der mittelalterlichen Stadtbefestigung, von der man einen freien Blick über den Stadthafen und die Warnow hat. Die westlich der Fischerbastion anschließende Stadtraumkante der Kröpeliner-Tor-Vorstadt stellt sich wiederum überwiegend desolat ohne eine klar definierte Baukante dar.

Der Stadthafen wird durch großzügige Freiräume geprägt, welche im westlichen Abschnitt des Wettbewerbsgebietes zwischen Friedrichstraße und dem Hafenhaus gute Qualitäten aufweisen. Hier stimmt der Rhythmus zwischen Freiflächen und Baukörpern. Ähnlich gute stadträumliche Qualitäten weist der Freiraum der mit einfachen Mitteln gestalteten Hafenpromenade am „Kempowskiufer“ auf. Selbst die Haedgehalbinsel mit ihren weiträumigen befestigten Flächen wird durch den großen Portalkran an ihrer Spitze recht gut gegliedert.

Hingegen präsentieren sich die großen Flächen des „Christinenhafens“ von der Haedgehalbinsel bis fast zur Lagerstraße ungegliedert. Diesen Eindruck können auch die beiden historischen Hafenkräne an der Kaikante des Areals lediglich ein wenig mildern.

Die überwiegende Anzahl der Hochbauten des Stadthafens weisen eine lagernde Gebäudestruktur auf und ordnen sich damit den höheren Baukanten der benachbarten Innenstadt unter. Solitäre Gebäude wie die Silos im Osten des Wettbewerbsgebietes überragen allerdings alle umgebenden Häuser und prägen damit stark die Altstadtsilhouette. Die Gebäude im Stadthafen sind in offener Bauweise errichtet und lassen so vielfältige Blickbeziehungen von Süden in den Stadthafen zu.

Insgesamt wird das Stadthafengebiet durch eine Rhythmisierung zwischen großen unverbauten Freiräumen und baulichen Verdichtungsbereichen geprägt.

3.6 Verkehrliche Infrastruktur

MIV

Hauptachse der verkehrlichen Erschließung ist die den Stadthafen landseitig auf seiner gesamten Länge begleitende Landestraße L 22 Warnowufer/ Am Strande.



Abb.XX: Stadthafenzufahrten innerhalb des Wettbewerbsgebietes

Im Wettbewerbsgebiet befinden sich abzweigend von der L 22 auf Höhe Fischerstraße und Grubenstraße zwei von insgesamt fünf Stadthafenzufahrten. Das Planungsgebiet wird für den MIV im Osten über den Knoten Grubenstraße mit einer Anliegerstraße erschlossen, welche sowohl nach Osten die Silohalbinsel verkehrlich anbindet als auch nach Westen bis zu einer Wendeschleife am Gebäude des Wasserwanderrastplatzes verläuft, dort als Sackgasse endet und die gesamte dazwischenliegende Häuserzeile erschließt.

Vom Verkehrsknoten Fischerstraße aus lassen sich die Frei- und Veranstaltungsfläche von Haedgehalbinsel und Christinenhafen erschließen und nach Westen der Gebäudekomplex um das alte Hafenhaus. Danach endet die Anliegerstraße wiederum als Sackgasse.

Die Gebäude auf Höhe Friedrichstraße werden über die Hafeneinmündung am Kabutzenhof erschlossen, so dass der Abschnitt zwischen dem RSC 92 auf Höhe Friedrichstraße und dem alten Hafenhaus schon heute frei von Autoverkehr ist.

Im gesamten Stadthafen gilt außer in ausgewiesenen Bereichen Parkverbot, woran sich nicht viele Autofahrer halten, da vor allem im mittleren Hafenbereich auch nicht immer klar erkennbar ist, wo geparkt werden darf und wo es untersagt ist. Reguläres Parken für bis zu 700 Pkw ist auf den zentralen Flächen des Christinenhafens und im Übergang zur Haedgehalbinsel gestattet. Ebenso kann regulär auf dem großen korrekt baulich ausgewiesenen Parkplatz auf der Silohalbinsel für bis zu 280 Pkw geparkt werden. Weitere privat genutzte Pkw-Stellplätze finden sich ebenerdig bzw. in Tiefgaragen auf den privaten Grundstücken und sind dort überwiegend bauordnungsrechtlich gesichert.

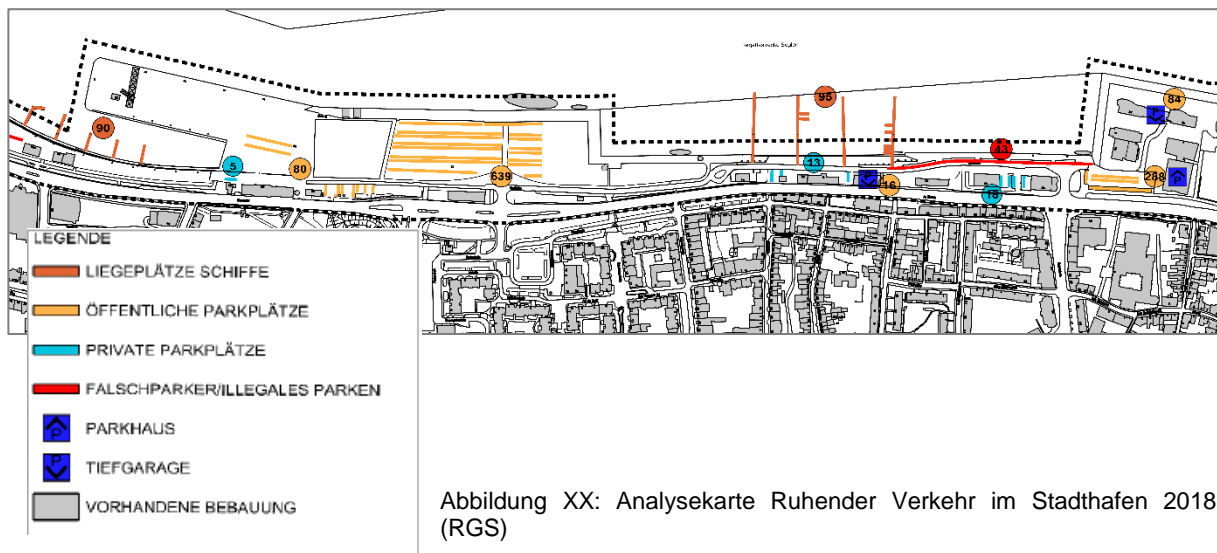


Abbildung XX: Analysemappe Ruhender Verkehr im Stadthafen 2018 (RGS)

Radverkehr

Im Stadthafen gibt es eine durchgängig befahrbare Radhauptroute, welche sich sowohl im Osten an der Petribrücke als auch Westen bei der alten Neptunwerft in das gesamtstädtische Radwegenetz einbindet. Diese Route hat bereits heute hohen Radverkehrsbelegungen (z.B. an der Zählstelle Holzhalbinsel im Jahr 2019 2229 Radfahrer pro Tag im Jahresdurchschnitt bei 813.648 Radfahren im Jahr).

Innerhalb des Stadthafens ist diese Route nicht immer baulich deutlich markiert und auf der Gesamtlänge auch mit unterschiedlichen Materialien und Breiten ausgebildet. Zusätzlich müssen sich oft auch in Längsfahrrichtung Fußgänger und Radfahrer den zur Verfügung stehenden Verkehrsraum bei gegenseitiger Rücksichtnahme teilen. Eine absolute Engstelle gibt es nördlich des alten Hafenhauses, wo dann noch Gastronomiefreisitze mit querenden Kellnern das Konfliktpotential erhöhen.

Haupteinbindepunkte für Radfahrer aus Richtung Innenstadt/Kröpeliner-Tor-Vorstadt befinden sich für den gesamten Stadthafen am Kabutzenhof, an der Freidrichstraße, Am Kanonsberg, an der Fischerstraße (im Wettbewerbsgebiet), an der Grubenstraße (ebenfalls im Wettbewerbsgebiet) und an der Warnowstraße auf der Holzhalbinsel.

Fußverkehr

Fußgänger können sich im gesamten Stadthafen schon heute frei bewegen, müssen aber an vielen Stellen sowohl auf Radfahrer als auch auf den Pkw- und den Lkw-Anlieferverkehr achten.

Seit 1990 sind innerhalb des Wettbewerbsareals sechs niveaugleiche und ampelgesteuerte Fußgänger- und Radfahrerquerungen an der Friedrichstraße, Haedgestraße, am Kanonsberg, der Fischerstraße, der Schnickmannstraße und der Grubenstraße eingerichtet worden, wobei der Abstand zwischen diesen z.B. zwischen Grubenstraße und Schnickmannstraße mit fast 600 m immer noch wesentlich zu groß ist.

Nicht überall ist bisher auf den Flächen des Stadthafens eine konsequente Barrierefreiheit umgesetzt.

ÖPNV

Es gibt bis heute keine gute Anbindung des Öffentlichen Personennahverkehrs an den Stadthafen. Im Wettbewerbsgebiet erschließt noch am ehesten die Straßenbahnlinie entlang der Langen Straße das Hafengebiet, wobei sowohl die Topografie des Altstadtügels mit einer Höhe von bis zu 15 m als auch die Entfernung von den Haltestellen am Kröpeliner Tor, an der Breiten Straße und am Neuen Markt zum Hafen von 300 – 350 m ein Hindernis darstellen. Eine barrierefreie Erreichbarkeit des zentralen Hafengebietes ist noch am ehesten von der Straßenbahnhaltestelle an der Holzhalbinsel möglich.

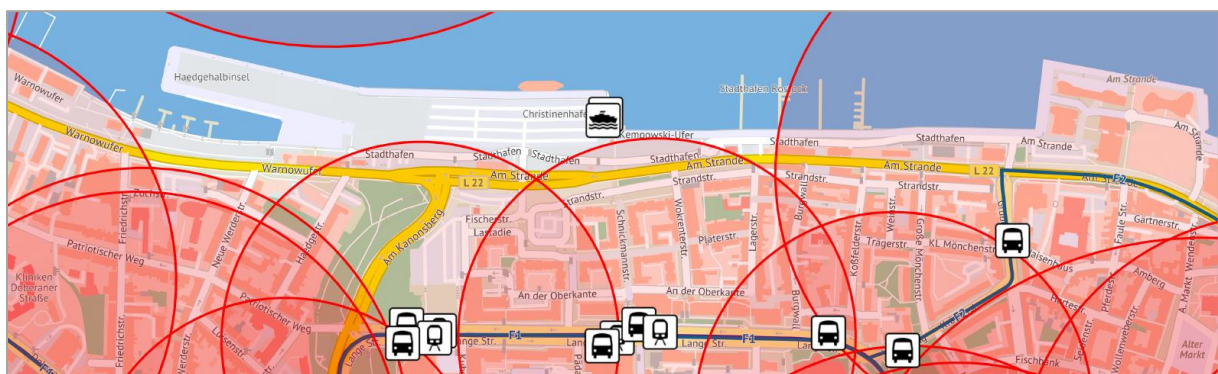


Abbildung XX: Karte der Einzugsbereich der Haltestellen des ÖPNV-Netzes aus Bus- und Straßenbahnlinien (Geoportal HRO)

Zwischen der Landreiterstraße in Gehlsdorf und dem Kabutzenhof im Stadthafen und an den Wochenenden bis zum Christinenhafen gibt es eine Fährverbindung für Fußgänger. Hier ist auch eine Mitbenutzung für Radfahrer möglich.

3.7 Grün- und Freiflächenstruktur

Aus seiner Historie heraus ist der Stadthafen ein „steinerne Ort“. Prägendster Ausdruck dafür ist die durchgehend in Stahl und Beton ausgeführte Kaikante.

In den vergangenen zwei Jahrzehnten hat die Stadt schon Einiges für einen grüneren Ort am Wasser investiert. In den letzten 1½ Jahrzehnten sind für einen grüneren Stadthafen innerhalb des Wettbewerbsgebietes eine rund 900 m lange Doppelreihe Linden zwischen Kabutzenhof und Haedgestraße bis an das alte Hafenhaus herangepflanzt worden, welche den dort befindlichen Radweg einfasst und von offenen Rasenflächen unterlagert wird. Ebenfalls in den letzten Jahrzehnten angelegt wurden eine Baumreihe ergänzt im einige Strauchpflanzungen dicht am Wasser zwischen Wokrenterstraße und Grubenstraße am Kempowskiufer und eine Baumreihe von der Grubenstraße zur Holzhalbinsel im Osten des Stadthafens. Die rhythmisch angelegte Baumreihe entlang der Fußgängerpromenade des „Kempowski-Ufers“ zwischen Wokrenterstraße und Grubenstraße ist leider in großen Teilen nicht mehr vital.



Abb. XX: Karte der bestehenden Grünstrukturen im Stadthafen und seinen Übergangsbereichen zur Innenstadt (RGS)

Ergänzende Baumgruppen finden sich zum Teil an den Hafenzugängen für Autofahrer und Fußgänger an der Grubenstraße und auf Höhe Mönchentor, dort den Radweg begleitend.

Weiterhin gibt es im zentralen Bereich des Hafens auf den noch nicht neu gestalteten Flächen ruderales Rasenflächen auf Schotteruntergrund.

3.8 Rechtliche Rahmenbedingungen & Planungsgrundlagen

Flächennutzungsplan

Der rechtsgültige Flächennutzungsplan der Hansestadt Rostock weist den Bereich des Stadthafens als die Flächen als maritim-touristisches Sondergebiet (SO) „Stadthafen“ aus. Im Sondergebiet sind Einrichtungen und Anlagen für maritim-touristische Nutzungen sowie mit ihnen in Verbindung stehende gewerbliche Nutzungen zulässig. Nicht zulässig sind Wohnen, Industrie sowie großflächiger Einzelhandel. Im Südwesten der Stadthafenfläche innerhalb des Wettbewerbsareals ist darüber hinaus eine „Fläche für kulturellen Zwecken dienende Gebäude und Einrichtungen“ ausgewiesen.

Bauplanungsrecht

Die Zulässigkeit der Einzelvorhaben des Archäologischen Landesmuseums und der HALLE 625 wird nach heutigem Kenntnisstand nach § 34 BauGB bewertet. Inwiefern sich aus weiteren Gebäuden im zentralen Stadthafen ein Planungserfordernis ableiten lässt, kann derzeit nicht hinreichend eingeschätzt werden. Eine verbindliche Bauleitplanung liegt für die Silohalbinsel mit dem B-Plan Nr. 11.MK.113 vor, welcher randseitig in das

Wettbewerbsgebiet eingreift und für die Straßeneinmündung auf Höhe Grubenstraße die Verkehrs- und Grünflächen vorgibt.

Bauordnungsrecht

Im Rahmen des Wettbewerbs sind die Bestimmungen der Landesbauordnung Mecklenburg-Vorpommern (LBauO M-V) und die aufgrund der LBauO M-V erlassenen Vorschriften einzuhalten. Weiterhin gelten die einschlägigen öffentlich-rechtlichen Vorschriften sowie insbesondere nachfolgende Verordnungen, Richtlinien und Programme in der jeweils aktuellen Fassung, die – je nach Erfordernis – im Wettbewerb bzw. in der Weiterplanung zu berücksichtigen sind:

- Satzung der Hansestadt Rostock über die Herstellung notwendiger Stellplätze für Kraftfahrzeuge und über die Erhebung von Ablösebeträgen für notwendige Stellplätze (Stellplatzsatzung, Richtzahlen Stellplatzbedarf)
- Satzung der Hansestadt Rostock über die Gestaltung von Baugrundstücken (Grünflächengestaltungssatzung)
- Satzung der Hansestadt Rostock über Beschaffenheit und Größe von Spielflächen für Kleinkinder bis 6 Jahre (LBauO M-V)

Denkmalrecht

Das Wettbewerbsgebiet grenzt unmittelbar an den Denkmalbereich „Innenstadt“ bzw. greift mit dem Neubau der Schnickmannbrücke in diesen ein. Zudem ist die bestehende Silhouette der Altstadt über die Denkmalbereichsverordnung geschützt.

Auch die Silohalbinsel und die angrenzenden innerhalb des Planungsgebietes liegenden Silos 1 und 2 (Am Strande 2d und 2e) sowie der ehemalige Güterschuppen Am Strande 2c und das ehemalige Trafogebäude Am Strande 2f sind durch einen Denkmalbereich geschützt.

An Einzeldenkmälern sind geschützt zwischen Friedrichstraße und Grubenstraße

- der Portalkran auf der Haedgehalbinsel
- der ehemalige Güterschuppen Am Strande 2c einschließlich der angrenzenden Gleisanlagen
- Silo 2, Am Strande 2e.

3.9 Umweltsituation

Die Innenstadt ist ein besonderer Konzentrationspunkt umweltrelevanter Belange und zeichnet sich durch folgende Rahmenbedingungen aus:

- sehr enge Beziehungen zwischen Wohnen und Gewerbe,
- höchster Versiegelungsgrad,
- geringster Grünflächenanteil,
- höchste Verkehrsdichte und
- größte Energienutzungsdichte.

Lärm

Die Lärmimmissionssituation im Gebiet wird maßgeblich durch den Straßenverkehr geprägt. Andere Lärmquellen, wie Straßenbahn, Gewerbe, Industrie und Sporteinrichtungen, leisten hierzu nur geringe Beiträge.

Die stark verkehrsbelastete L 22 bildet in ihren Abschnitt zwischen Wokrenterstraße bis Grubenstraße sowie Grubenstraße bis Warnowstraße Lärmbrennpunkte. Hier treten Lärmpegelüberschreitungen von mehr als 70 / 60 dB(A) tags/nachts auf. Über 100 Anwohner sind insbesondere im Abschnitt Wokrenterstraße bis Grubenstraße Lärmpegeln über 65 dB(A) am Tag sowie 55 dB(A) in der Nacht ausgesetzt. Als betroffene Nutzungen werden die einseitige Randbebauung und das innerstädtische Wohnen in der nördlichen und östlichen Altstadt aufgeführt.

Im Rahmen der Lärmaktionsplanung wurden ab 2011 Maßnahmen zur Lärminderung umgesetzt. Hierzu gehört die Reduzierung der Geschwindigkeit von 60 km/h auf 50 km/h, die Anpassung der Lichtsignalkoordinierung („Grüne Welle“) sowie die Fahrbahnsanierung mit einem lärmoptimierten Asphalt im Abschnitt Grubenstraße bis Wokrenterstraße. Insbesondere durch letztere Maßnahme konnte der Lärmpegel um ca. 2 dB(A) reduziert werden und wäre für die verbleibenden Abschnitte der L 22 zu empfehlen.

Im Ergebnis der Lärmkartierung 2017 lässt sich feststellen, dass der Stadthafen ausgehend von dem Straßenverkehr auf der L 22 weitgehend Lärmpegeln von 50 bis über 75 dB(A) am Tag und 45 bis 65 dB(A) in der Nacht ausgesetzt ist. Die Auslösewerte der Gesundheitsgefahr für den Tagzeitraum, 65 dB(A), werden in einem Abstand von etwa 45 m von der Straßenachse unterschritten. Sichtbar wird auch die abschirmende Wirkung von Gebäuden nahe der Straße, welche eine deutliche Lärminderung in ihrem Schallschatten bewirken.



Abb. XX:: Verkehrslärm (über 24 Stunden) ausgehend von der L 22 (EU-Lärmkartierung 2017)

Der Rostocker Stadthafen ist der Hanse Sail als überregionales Großereignis vorbehalten. Die an vier Tagen im August stattfindende Großveranstaltung führt zu einer weiteren Lärmbeeinträchtigung der Anwohner. Neben zeitlichen Einschränkungen und Eigenkontrolle beim Bühnenbetrieb hat sich das Hanse Sail-Lärmtelefon als geeignet erwiesen, die Akzeptanz der Anwohner für die Großveranstaltung zu erhöhen. Probleme der Betroffenen können so i.d.R. schnell geklärt werden. Die Lärmbeschwerden sind über die Jahre kontinuierlich zurückgegangen. Da der mehrwöchige Weihnachtsmarkt mit seinen Fahrgeschäften und Schaustellern an der Fischerbastion auf die gleichen Immissionsorte einwirkt, sind weitere Veranstaltungen als sogenannte seltene Ereignisse im Stadthafen nicht möglich.

Lufthygiene

Die Aussagen zur Lärmsituation lassen sich sinngemäß auch auf die Luftschadstoffsituation übertragen. Die Belastung wird durch den Straßenverkehr geprägt. Obwohl zurzeit keine unzulässigen Überschreitungen der Luftschadstoffe vorliegen, wird wie auch beim Lärm, der vor allem gebietsfremde Motorisierte Individualverkehr (MIV) von den betroffenen Bewohnerinnen und Bewohnern als Belastung empfunden.

Stadtklima

Die Gestaltung einer stadtklimatisch gesunden Aufenthalts- und Wohnqualität erfordert erhöhte Aufmerksamkeit. Eine hohe Bodenversiegelung und wenig Großgrün, einschließlich straßenbegleitender Bäume, erzeugen besondere klimatische Verhältnisse. Das Gebiet ist dem Klimatotyp „Stadttrand-Klimatop“ zuzuordnen. Die hier herrschende Versiegelung übernimmt bereits Einfluss auf Temperatur, Feuchte und Wind. Durch die Nähe zur Unterwarnow ist das Areal vergleichsweise gut durchlüftet. Die Unterwarnow wirkt positiv ausgleichend für ein gutes und gesünderes Stadtklima.

Stadtklimatope besitzen eine sehr hohe planerische Bedeutung für die Entwicklung des innerstädtischen Klimas. Dabei geht die Wirksamkeit eines Klimabiotops über die

Raumeinheit hinaus, insbesondere dann, wenn Austausch- und Transportvorgänge durch Frischluftbahnen wirksam werden. Das Planungsgebiet selbst hat keine Bedeutung für Austausch- und Belüftungsverhältnisse durch Frischluftbahnen. Hingegen ist die unmittelbar angrenzende Unterwarnow durch eine hohe Windoffenheit gekennzeichnet. Sie bewirkt günstige Ventilationsbedingungen, so dass die Warnow selbst als Frischluftbahn wirkt.

Der östliche Bereich der Silo-Halbinsel wurde 2012 aufgrund seiner früheren gewerblichen Nutzung dem „Gewerbeflächen-Klimatop“ zugeordnet. Lokalklimatische Ausgleichsleistungen werden auf dieser Fläche nicht erbracht, die Klimaelemente sind stark anthropogen beeinflusst. Aufgrund des hohen Versiegelungsgrades und der geringen Vegetation besteht eine Neigung zur Ausbildung eines Wärmeinseleffektes. Von Süden wirken Luftschadstoffe aufgrund verkehrsbedingter Emissionen von der L 22 ein. Heute würde man den Bereich vermutlich ebenso dem „Stadttrand-Klimatop“ zuordnen.

Starkwinde

Aufgrund der Lage der Stadt an der Küste treten z. T. relativ hohe Windgeschwindigkeiten auf, die wiederum mit hohen Böenwindgeschwindigkeiten verbunden sein können.

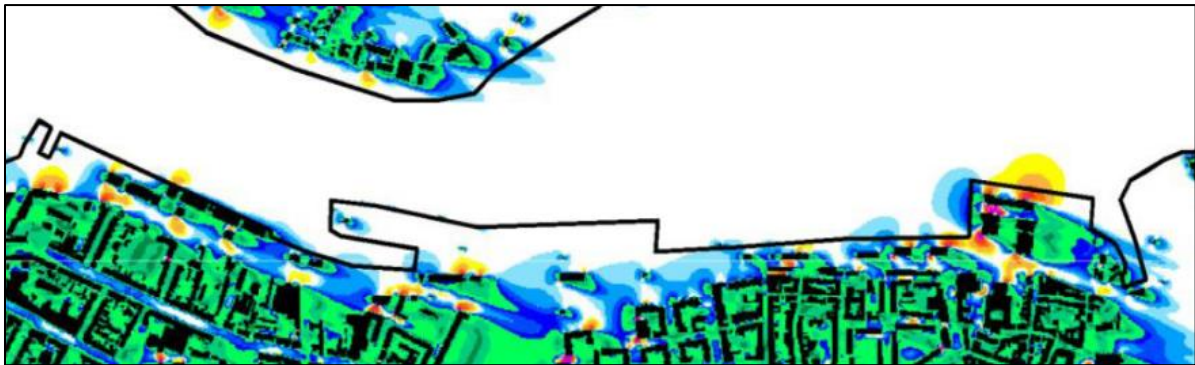


Abb. XX:: Bodennahe Strömungsverhältnisse im Stadthafen mit Darstellung von Beschleunigungswirkungen (Gelb-Rot-Töne) und Bremswirkungen an Gebäuden (Blau-Grün-Töne) gegenüber ungestörten Verhältnissen (weiß) (Darstellung: iMA, 2011)

Dies beeinträchtigt die Lebensqualität der Anwohner, indem beispielsweise vorhandene Balkone nur selten bzw. Außenbereiche nur eingeschränkt genutzt werden können. Die Hanse- und Universitätsstadt Rostock hat in umfangreichem Rahmen die lokalen Windverhältnisse im Bereich des gesamten Stadtgebietes mit Umland 2011 sowie vertiefend in den Straßenzügen des Stadtzentrums und der Uferzone 2012 untersuchen lassen.

Bereiche mit hohen Windgeschwindigkeiten, sogenannten Diskonform-Zonen, treten insbesondere östlich des Christinenhafens, z.B. verstärkt auf der Silo-Halbinsel auf (s. Abbildung).

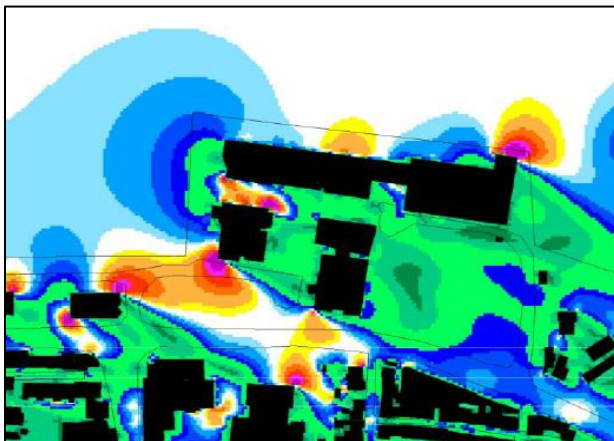


Abb. XX: Bodennahe Strömungsverhältnisse im Bereich der Silo-Halbinsel mit Darstellung von Beschleunigungswirkungen (Gelb-Rot-Töne) und Bremswirkungen an Gebäuden (Blau-Grün-Töne) gegenüber ungestörten Verhältnissen (weiß) (Darstellung: iMA, 2012)

4. Aufgabenstellung

4.1 Städtebauliche Zielsetzung

4.1.1 Leitbild

Für das Areal des Rostocker Stadthafens und damit auch für seinen zentralen Bereich lässt sich ein Leitbild formulieren, für dessen Einzelelemente Entwicklungsziele für das Planungsgebiet definiert werden können und welches eine Grundorientierung für die Wettbewerbsteilnehmer skizziert.

▪ Geschichte

historisches Hafenareal mit über 800-jähriger Geschichte

Erinnern an die jahrhundertelange Geschichte des Rostocker Stadthafens als wirtschaftlichem Motor der Stadtentwicklung und behutsames Weiterentwickeln des Hafenareals im Kontext mit seiner Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft

▪ Erleben

maritim-touristischer Erlebnisbereich

Entwickeln einer aus der Geschichte des Ortes erwachsenden maritim geprägten touristischen Bummelmeile am Ufer der Warnow ergänzt um einen multifunktionalen, zentralen und großzügigen Veranstaltungsfreiraum für Großveranstaltungen wie die Hanse-Sail

▪ Grün & Freiraum

gestalterisch und funktionell hochwertige Frei- und Grünräume

Schaffen großzügiger Frei- und Grünräume mit hoher Aufenthaltsqualität und attraktivem Stadtgrün, Sport-, Spiel- und Freizeitbereichen und einer in sich funktionalen Stadtmöblierung einschließlich eines standortgerechten Infosystems,

▪ Stadtraum

Schnittstelle und verbindendes Element zwischen der historischen Altstadt, der Gründerzeitvorstadt und der Warnow

Gestalten einer offenen und attraktiven Übergangszone von der historischen Innenstadt zum Flussufer der Warnow

▪ Städtebau

Ausformung des Hafenareals mit hafentypischen Freiräumen und baulichen Verdichtungszone

Entwickeln einer zentralen Plaza auf der Fläche „Christinenhafen“ gefasst von innovativen Neubauten und eleganten Brückenbauwerken

Beachten und stärken wichtiger Sicht- und Bewegungsachsen und der denkmalgeschützten Altstadtssilhouette

▪ Brückenschlag

Übergangsbereich nach Gehlsdorf

Gestalten eines attraktiven Antrittsbereiches im Stadthafen für eine Warnowbrücke für Radfahrer und Fußgänger als innerstädtischer Brückenschlag nach Gehlsdorf

▪ Nutzung

Ort attraktiver gesamtstädtisch bedeutender Nutzungen

Einfügen eines Archäologischen Landesmuseums mit hoher nationaler und internationaler Strahlkraft im Wechselspiel mit einer für die Innenstadt wichtigen Multifunktionshalle, der HALLE 625 mit gebietstypischen Einzelhandels-, Freizeit- und experimentelle Büronutzungen sowie Gastronomie, Kunst, Kultur, Sport und Freizeit

▪ Hochwasserschutz

Integration eines Hochwasserschutzsystems

Kreative, technische und gestalterische Integration eines Hochwasserschutzbauwerks in den Stadthafen

dabei beachten notwendiger Geh- und Fahrbeziehungen

▪ Verkehr

Verkehrsreduzierung und Verkehrsberuhigung

Konsequentes Reduzieren und Ordnen des fließenden und ruhenden Motorisierten Individualverkehrs

Ordnen und stärken der Fußgänger- und Radverkehre

Stärken des ÖPNV und Einordnen eines Mobility-Hubs

4.1.2 Ziele & Vorgaben

Formale planerische Grundlage für den Wettbewerb ist die 1. Fortschreibung der städtebaulichen Rahmenplanung zum Stadthafen (Anlage) aus dem Jahr 2006.

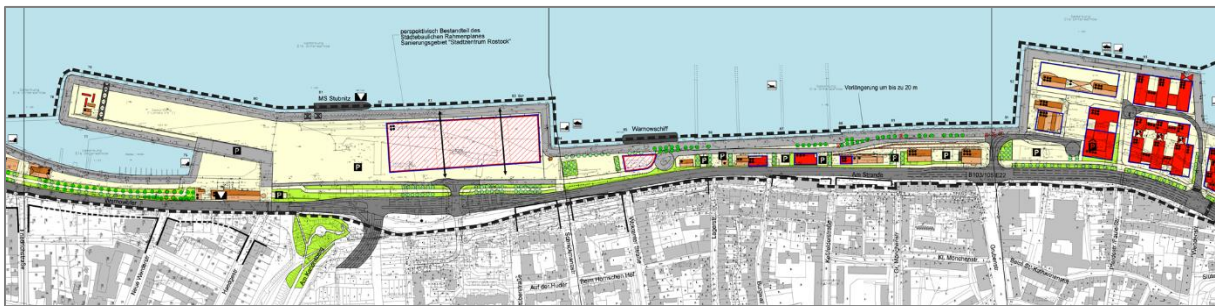


Abbildung XX: Ausschnitt aus dem Gestaltungsplan der 1. Fortschreibung der städtebaulichen Rahmenplanung zum Stadthafen (Hanse- und Universitätsstadt Rostock)

Aufbauend auf diesen Rahmenvorgaben wurde der Masterplan zur BUGA 2025-Bewerbung vom Juni 2018 entwickelt. Hier gibt es skizzenhafte Aussagen zu Gestaltungsmöglichkeiten für Haedgehalbinsel und Haedgehafen, zu planerischen Ansätze auf der Fläche „Christinenhafen“ wie z.B. der Lage und Ausbildung der Hafenkante, der Positionierung von Archäologischem Landesmuseum und HALLE 625 und der Anbindung der Altstadt an den Hafen über die L 22 und es wird ein Prinzipbild der zukünftigen Hafenpromenade am „Kempowskiufer“ gezeichnet.



Abbildung XX: Ausschnitt aus dem Gestaltungsplan zur Masterplanung der BUGA 2025 (© sinai)

Im Rahmen einer planerischen Vertiefung des BUGA-Masterplanes zum Setzen „klarer Leitplanken“ für den Planungswettbewerb ist dieser Planungsrahmen im zentralen Bereich des Rostocker Stadthafens weiter untersetzt worden. Es wurden insbesondere stadträumliche, hochwasserschutzrelevante und verkehrliche Erfordernisse konkretisiert und deren Ergebnisse in die Aufgabenstellung als Vorgaben eingearbeitet.

Im städtebaulichen Ideenteil des Freiraumwettbewerbs sollen sich die Wettbewerbsteilnehmer mit dem passenden Verhältnis zwischen Freiraum und Bebauung auseinandersetzen, wobei die hochwertige Entwicklung der Frei- und Grünräume im Stadthafen das Primat hat, weil der Stadthafen grüner und klimagerechter werden muss.

Die behutsame Einordnung weniger Neubauten muss sich diesem Ziel unterordnen, aber gleichzeitig eine qualitätvolle stadträumliche Ausformung der zukünftigen zentralen Plaza im Wechselspiel mit der im Stadthafen ankommenden neuen Radfahrer- und Fußgängerbücke über die Warnow ermöglichen.

Der Neubau des Archäologischen Landesmuseums ist als Plaza-Randbebauung an der Nordostecke gesetzt. Er kann sich auf einer Landgewinnungsfläche positionieren oder sich auf der heute noch freien Wasserfläche in Lage und Dimension einordnen. In seiner Lage innerhalb eines Bebauungsrahmens (siehe Abb. XX) weitgehend fixiert ist der Neubau der Halle 625 an der Südwestecke der Plaza. Beide Gebäude bedingen einander, müssen in eine sowohl funktionelle, aber auch baukörperliche und gestalterische Zwiesprache treten und vor allem dem neuen zentralen Stadtraum der Plaza eine starke Ausstrahlung und funktionale Kraft geben.



Abb. XX: Darstellung eines Bebauungsrahmens im Stadthafen zwischen Lagerstraße und Fischerstraße, in welchem sich die HALLE 625 einordnet

Nach Norden zur Warnow und nach Westen zur Haedgehalbinsel soll sich die Plaza öffnen.

Die Wettbewerbsteilnehmer können sich bei Anerkennung des Wunsches der Stadt nach großzügigen Frei- und Grünräumen mit der Sinnhaftigkeit weiterer Neubauten zur stadträumlichen Ausformulierung der Plaza bzw. der Flächen des Christinenhafens auseinandersetzen. Dafür ist ein räumlicher Entwicklungsrahmen vorgegeben, in welchen sich auch die HALLE 625 einfügt.

Die maximale nördliche Grenze dieses Rahmens wird fixiert durch einen geradlinigen Ost-West-Bewegungsraum für Fußgänger innerhalb der Stadthafenflächen mit einer Breite an allen Stellen von mindestens 15m. Die südliche Grenze des Bebauungsrahmens ist so gelegt, dass entlang der L22 die Einordnung einer Radhaupttroute und einer Anlieferstraße sowohl für die HALLE 625 und das ALM als auch für das alte Hafenhaus mit der Gaststätte „Alter Fritz“ möglich sind.

Der im Übergang zum „Kempowskiufer“ an die zukünftige Plaza angrenzende schmalere Bebauungsrahmen definiert seine Breite aus der bestehenden Häuserzeile, welche die zukünftige Hafenpromenade nach Süden begrenzt. In diesem Rahmen liegt schon heute das Funktionsgebäude des Wasserwanderrastplatzes Am Strande 1c.

Für den Planungswettbewerb sind maximale Gebäudehöhen für Neubauten wie folgt festgelegt:

- | | |
|----------------------|-----------------------------------|
| - ALM | 21m – 22m (ab Höhe Eingangsebene) |
| - HALLE 625 | bis 14,5m (ab Wasserlinie NHN) |
| - weiterer Neubauten | bis 12m (ab Wasserlinie NHN) |

Die Höhenfestsetzungen für Neubauten außer für den Solitär des Archäologischen Landesmuseums orientieren sich an den charakteristischen lagernden Baustrukturen im Hafen und ordnen sich den Bauhöhen der Altstadtkaute unter.

Aus der Altstadt kommend soll sich eine die L 22 „Am Strande“ niveaufrei querende Fußgänger- und Radwegebrücke, die „Schnickmannbrücke“ von Süden in die Plaza

einbinden. Im Rahmen des Freiraumwettbewerbs ist die Brücke mit ihrer stadträumlichen Einordnung einschließlich einer möglichen Linienführung als Realisierungsvorschlag zu entwickeln. Ihre Einbindung sowohl in den Straßenraum der Schnickmannstraße als auch in die zukünftige Plaza ist planerisch auszuformulieren.

Freiraum, HALLE 625 und Schnickmannbrücke im Planungswettbewerb gemeinsam entwerfen zu können ermöglicht kreative Lösungen für das Einbinden der Brückenrampe der Schnickmannbrücke in den Hafenbereich. Ob sich die Brücke nach Westen schwingend mit der HALLE 625 verbindet oder nach Osten hinunter auf das Plaza-Niveau gleitet soll frei gedacht werden. In nachfolgender Schemaskizze zur Schnickmannbrücke ist dafür ein „Suchraum“ vorgegeben.

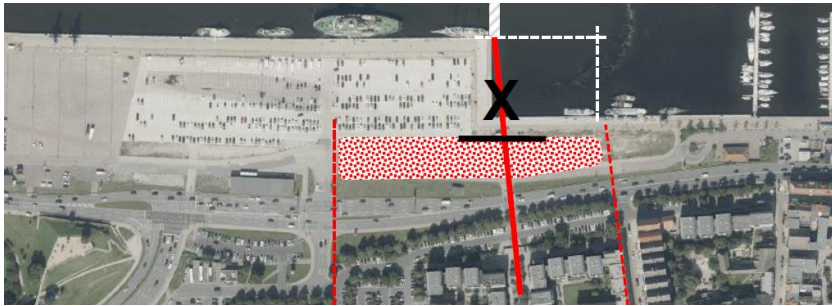


Abb XX: Schemaskizze zur Schnickmannbrücke mit Begrenzung nach Norden und Suchraum für das Hinabschwingen auf die Plaza

Die Schnickmannbrücke über die L 22 und die neue Warnowbrücke sind in einem funktionellen und stadträumlichen Zusammenhang (Blickachse!) zu denken, müssen aber beide zwingend auf die zukünftige Plaza heruntergeführt werden.

Bei der Gestaltung der nicht durch die Plaza in Anspruch genommenen Freiräume des Christinenhafens und der Flächen der Haedgehalbinsel ist das richtige Verhältnis zwischen den Anforderungen an eine Veranstaltungsfläche für Großveranstaltungen wie die Hanse-Sail und denen an einen grünen attraktiven Stadtraum mit hohen Aufenthaltsqualitäten zu finden.

Im westlichen Wettbewerbsbereich sind Ideen für eine bessere gestalterische Einbindung des Haedgehafens in das Stadthafenareal erwünscht. Die schmalen Freiräume um das alte Hafenhaus „Warnowufer 65“ (mit Gaststätte „Alter Fritz“) mit ihren schmalen Verkehrskorridoren sind funktionell und gestalterisch zu optimieren und ggf. aufzuweiten.

Zusätzlich werden im städtebaulichen Ideenteil Vorschläge erwartet, wie sich ein Erweiterungsbau des Seglervereins RSC 92 (Warnowufer 64) in den Freiraum zwischen dem heutigen Vereinsgebäude und dem Hafenhaus einbinden lässt.

Der Hafenmeisterei gehen mit dem Abbruch der Großgarage Am Strande 1a Lager- und Stellplatzflächen verloren. Im Wettbewerb ist zu prüfen, ob eine funktionelle Erweiterung der Hafenmeisterei im Gebäude Warnowufer 65a möglich ist, oder ob ein Neubau der Hafenmeisterei sinnvoll erscheint oder eine Integration dieser Nutzung in die HALLE 625.

Die östlich der Fläche „Christinenhafen“ gelegene Gebäudezeile aus freistehenden ein- bis dreigeschossigen Gebäuden zwischen Lagerstraße und Grubenstraße ist zu respektieren und ebenfalls in die Freiraumplanung einzubinden.

Grundsätzlich müssen städtebauliche Ziele immer so gedacht werden, dass sie sich in die Grundfunktion eines Wirtschaftshafens einpassen.

4.2 Freiraumplanerische Zielsetzung

4.2.1 Grün & Freiraum

Zentrale Aufgabe des Planungswettbewerbs ist die Entwicklung realisierbarer Ideen für die Neugestaltung der Frei- und Grünräume des Hafengebietes und für die Ausbildung einer attraktiven Flanier- und Bummelmeile entlang der Unterwarnow.

Insbesondere unter den sich ändernden Klimabedingungen (Hitze, Starkregen etc.) ist es geboten, den Anteil an Grünflächen und unversiegelten Flächen zu erhöhen. Im Stadthafen

liegen die einzigen größeren Potenziale, um den Grünflächenanteil der Innenstadt zu erhöhen und vorhandene Defizite abzubauen.

Ein freiräumliches Gesamtkonzept für den Stadthafen muss einem hohen gestalterischen und funktionalen Anspruch genügen und die Großzügigkeit der Hafenflächen betonen. Auf eine anspruchsvolle und multifunktionale Gestaltung der zentralen Plaza zwischen neuer Schnickmannbrücke und neuer Warnowbrücke wird besonderer Wert gelegt.

Vorhandenes Grün ist wo immer möglich zu erhalten und in die Neugestaltung zu integrieren. So sind z.B. für einen möglichen Konflikt zwischen Baumerhalt und der Einordnung eines Hochwasserschutzbauwerkes an den schmalen Stellen des Stadthafens Lösungsvorschläge durch die Wettbewerbsteilnehmer anzubieten.

Im Wettbewerb werden Vorschläge erwartet, wie im Interesse einer Aufwertung und Gliederung des Stadtraumes im Stadthafen und seiner Zugangsbereiche öffentliches Grün in Form von Bäumen, Baumgruppen und Baumreihen erfolgen kann. Die Ausweisung einer Leitbaumart wird ebenso empfohlen wie die Verwendung freiwachsender, mittelkroniger Laubbäume. Es sollen standortgerechte und klimaverträgliche Baumarten vorgeschlagen werden, welche mit dem aufgeschütteten Untergrund der Hafenflächen, aber auch mit Wind und Trockenheit zurechtkommen. Dabei ist ein Abgleich mit der vorhandenen und geplanten Infrastruktur notwendig (z.B. Leitungen, Rettungswege usw.).

Frei- und Funktionsflächen sind mit wertigen Materialien so zu gestalten, dass auch zukünftig große Veranstaltungen wie die Hanse-Sail und der Pfingstmarkt möglich sind. Die bisherigen Anforderungen an die Hafenfreiflächen sowohl für diese Großveranstaltungen als auch für die Aufrechterhaltung des Hafenbetriebes mit weiträumigen und robusten versiegelte Freibereichen müssen sich zurücknehmen und zukünftig mit den Erfordernissen an einen lebendigen, grünen und wesentlich ökologischer gestalteten Stadthafen zusammengeführt werden. Deshalb ist ein optimales prozentuales Verhältnis zwischen versiegelten und unversiegelten und begrüntem Freibereichen vorzuschlagen.

Dafür muss und wird sich die Hanse-Sail verändern, darf aber nicht ihres Grundanliegens für ein Zusammenbringen weltweit auf den Meeren fahrender Segelschiffe im Rahmen eines großen international ausstrahlenden Volksfestes beraubt werden. Hier gilt es also eine Win-Win-Situation herzustellen, so dass Grün, Hafenfunktion und Volksfest gut zueinander passen.

Da auch zukünftig Großveranstaltungen im Stadthafen möglich sein sollen, muss öffentliches Grün im Stadthafen deshalb auch robuster und belastbarer als an anderen Orten der Stadt sein. So sollten wassergebundene Decken zur Oberflächenbefestigung nur in Ausnahmefällen und dann auch nur im unmittelbaren Zusammenhang mit Bepflanzungen verwendet werden.

Für die inhaltliche Auskleidung der maritim-touristischen Flaniermeile sind Vorschläge zu unterbreiten, wie flanieren und sitzen, spielen und Betätigungsmöglichkeiten für Sport und Freizeit und das unmittelbare Erleben des Wassers neue Qualitäten im Stadthafen entstehen lassen kann. Die Wettbewerbsteilnehmer sollen Vorschläge für ein in den Stadthafen integrierbares System attraktivitätssteigernde Freiraumnutzungen u.A. für Spiel, Sport und Freizeit unterbreiten. Sollte es z.B. ein aus wiederkehrenden Nutzungen zusammengesetztes kleinteiliges Nutzungsband oder größere Einzelstationen mit solitären Nutzungen geben.

Die Flanier- und Promenadenbereiche ebenso wie die Zugangsbereiche zum Hafen können zusätzlich z.B. mit Stauden, Gräsern, Saisonblumen und insektenfreundlichen Blütensträuchern aufgewertet werden. Hier sollte aber eine Konzentration auf wichtige Zonen erfolgen. Grünstrukturen direkt am Wasser erscheinen nur insoweit sinnvoll, dass sie die Hafenfunktion nicht einschränken.

Zonen, in welchen die Kaikante abgesenkt werden kann, um Aufenthaltsbereiche auf Augenhöhe zum Wasser anzulegen, sind im Textabschnitt zur Hafennutzung dargelegt. Die

Absenkung der Kaikanten in den vorgegebenen Kaiabschnitten ist ausdrücklich gewünscht, um die Menschen mit dem Wasser in Berührung zu bringen.

Im Wettbewerbsbeitrag sind Ideen für eine gute gestalterische Einbindung der privaten Grundstücke der Gebäudezeile Am Strande 2a – 2e im Stadthafen entlang der L 22 in den gestalterisch-konzeptionellen Gesamtzusammenhang des Stadthafens willkommen. Diese Grundstücke sollten sich nicht nur wie bisher oft als ungestaltete Parkplätze oder Abstellflächen darstellen. Hier gilt es, den Eigentümern gute und realisierbare Ideen aufzuzeigen und sie so zu animieren, ihre Grundstücke attraktiver zu gestalten. Außerdem sollen die Einbindungen der Querungsstellen der Fußgängerüberwegungen über die L 22 in den Stadthafen gestalterisch als „Willkommensorte“ ausgebildet werden.

Freiraumbereiche an öffentlichen, aber auch an privaten Gebäuden müssen sich auch an den Gebäudefunktionen orientieren. Notwendige Gastronomiefreisitze können auch in den öffentlichen Bereichen ergänzend zu den Freisitzen auf privaten Flächen in die Freiraumplanung eingeordnet sein, denn auch dadurch entsteht ein ansprechender Promenadencharakter.

Auf eine Verbesserung der ökologischen Gesamtbilanz durch eine Erhöhung des Versickerungsgrades wird Wert gelegt.

Anregungen aus der Bürgerbeteiligung zur Gestaltung und Nutzung des Grüns im Stadthafenareal sind aufzunehmen und auf ihre Umsetzbarkeit zu prüfen.

4.2.2 Stadtmöblierung & Hafenzugänge

Der Auslober erwartet von den Wettbewerbsteilnehmern Vorschläge für ein Stadtmöblierungssystem, denn für den gesamten Stadthafen und damit auch für seinen zentralen Bereich muss die Stadtmöblierung neu geordnet sowie einheitlich, funktionell und gestalterisch neu durchdacht werden.

Gefragt sind Ideen für die Einordnung von Sitz-, Liege- und Ruhebereichen, zu Grillplätzen, aber auch für Wind-, Regen- und Sonnenschutz. Auch hier können Ideen zur Umsetzung weitere Bürgerwünsche einfließen.

Gefragt sind bei der Freiraumgestaltung auch realistische Möglichkeiten für müllarme bzw. müllfreie Konzepte für den Stadthafen, welche dann auch schlüssig erläutert werden müssen. Das momentane den Realitäten geschuldete provisorische Konzept großer Müllsammelbehälter vor allem auch an Grill- und Aufenthaltsplätzen muss überdacht werden und alternative aber funktionsfähige und lebensnahe Vorschläge werden erwartet. Der reibungslose Transport von Müll und Abfällen durch Entsorgungsfahrzeuge ist, wenn erforderlich, mitzudenken.

Stadtmöblierungen im Stadthafen sind klimatischen Extremen ausgesetzt und unterliegen einer hohen Nutzungsfrequenz. Das Mobiliar ist daher an die vorherrschenden Witterungsbedingungen durch robuste Materialien und hohe Standortsicherheit anzupassen. Vandalismusfestigkeit und geringe Wartungskosten sind gewünscht.

Zur funktionalen und ästhetisch anspruchsvollen Gestaltung des Stadthafens bedarf es auch eines durchgängigen insekten- und fledermausfreundlichen Beleuchtungssystems.

Die L22 querend für Fußgänger und Radfahrer bzw. von der L 22 für Pkw abzweigend gibt es etliche Hafenzugänge, welche einladend zu gestalten sind.

Ausgehend von diesen Zugängen zum Stadthafenbereich ist die Entwicklung eines Leit- und Informationssystems erforderlich. Dieses soll aus einer Kombination von dauerhaften und temporären Informationsmöglichkeiten bestehen. Das System muss folgende Aspekte bedienen:

- dauerhafte Infos zur Geschichte des gesamten Stadthafens und zur Historie der jeweiligen Orte innerhalb des Stadthafens,
- Präsentation variabler Infos zu den Orten und Inhalten gewerblicher Nutzungen im Stadthafen,

- temporäre Information zu Großveranstaltungen wie der Hanse-Sail oder dem Pfingstmarkt (inklusive Leitsystem).

Überlegungen zur Markierung und Gestaltung der Zugänge für Fußgänger in den Stadthafen sind ausdrücklich erwünscht. Hier geht es nicht primär darum, weitere zusätzliche Elemente der Stadtmöblierung unterzubringen, sondern aus der Analyse des Vorhandenen im Interesse des Abbaus von Defiziten einen konzeptionellen Ansatz zu entwickeln zum

- Ordnen und Gliedern der Freiräume,
- Bündeln von Funktionen,
- Markieren, Präsentieren, Orientieren und Informieren.

4.2.3 Hafen

Der Stadthafen ist ein formal gewidmeter kommunaler Hafen mit öffentlichen Liegeplätzen und angrenzenden Hafenbetriebsflächen und ist auch zukünftig als kommunaler Hafen zu betrachten. D.h. alle Kaikanten sind mit entsprechenden Festmache- und Rettungseinrichtungen auszustatten. Eine freie Zugänglichkeit für die Öffentlichkeit bis zur „Wasserkante“ (ohne Absturzeländer) ist durch diese Widmung gewährleistet.

Um Schiffe be- und entladen zu können und um sie mit Feuerwehr und Rettungswagen erreichen zu können, ist entlang der Kaikante ein 5m breiter Streifen als landseitige Hafenfunktionsfläche frei zu halten. Dieser offizielle Status ist zu berücksichtigen und bei einer Neugestaltung des Areals sind die geltenden rechtlichen Rahmenbedingungen für ein Hafengebiet einzuhalten. Weiterhin ist darauf zu orientieren, dass inclusive des 5m breiten Funktionsstreifens ein bis zu 15m breiter Streifen ab Kaikante als landseitige steuerrechtliche Hafenfläche von Bebauung freigehalten wird.

Der Haedgehafen und die Haedgehalbinsel gelten als Kernhafengebiet, hier finden der Hauptumschlag bzw. der Hauptschiffsverkehr im Stadthafen statt.

Obwohl wirtschaftlicher Hafenbetrieb im Sinne von Warenumschlag im Stadthafen nur noch untergeordnet stattfindet, ist eine maximale Anzahl von Schiffs Liegeplätzen entlang der Kaikante zu erhalten. Diese sind allein schon für die Durchführung der jährlichen Hanse-Sail zwingend erforderlich.

Die Schiffsanleger 79-83 an der Nordkante der Haedgehalbinsel und 90-91 am Kempowskiufer müssen in bisheriger Form und Höhe erhalten bleiben. Liegeplatz 92 außerhalb des Wettbewerbsgebietes bleibt ebenfalls erhalten.

Abgesenkte Kaibereiche sind im Interesse von Gestaltungsmöglichkeiten für eine optimale Aufenthaltsqualität am Wasser an folgenden Liegeplätzen im Wettbewerbsgebiet möglich:

- Liegeplätze 77 und Museumshafen
 - eine Umgestaltung und eine jetzt schon tiefer liegende Kaikante sind möglich,
- Liegeplatz 78 westlich der Haedgehalbinsel
 - eine Umgestaltung und eine tiefer liegende Kaikante sind möglich,
 - dafür muss die an diesem Schiffs Liegeplatz zurzeit vorhandene Bekranungsfläche mit einer Betonoberfläche (Schwerlastplatte mit zulässiger Belastung 30 KN/m²) und einer Schmutzwasserpumpe) verlegt werden; vorzugsweise an den Liegeplatz 81; Zu- und Abfahrten zu diesem Bereich müssen möglich sein,
- Liegeplätze 86-87 am Lagertorkai
 - Kaikanten können tiefer liegen und eine bauliche Entwicklung von bis zu 3m vor der Altkonstruktion ins Wasser ist möglich,
 - Berücksichtigung der bestehenden Marina mit ihren Zugängen und Medienversorgungen

Die Schiffs Liegeplätze 83 E und 85 gehen durch den Neubau des Archäologischen Landesmuseums und die dafür ggf. erforderliche Landgewinnung verloren.



Abbildung XX: Karte der vorhandenen Schiffs Liegeplätze des Haedgehafens und der Haedgehalbinsel (Geoportal HRO)

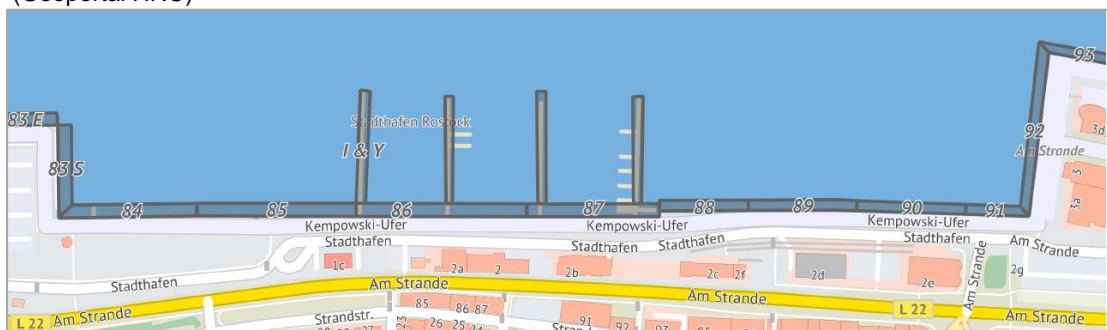


Abbildung XX: Karte der vorhandenen Schiffs Liegeplätze im Bereich des alten Hafens (Geoportal HRO)

Generell ist die Funktion der Hafenkante als Anlegekai zu respektieren und notwendige Rettungseinrichtungen und – mittel sind vorzusehen, da sonst der Hafenstatus verloren geht und z.B. Geländer als Absturzsicherungen entlang der Kaikante erforderlich wären.

Die Hanse- und Universitätsstadt Rostock erwägt, im Stadthafen an der Nordseite der Haedgehalbinsel im Bereich der Schiffsanlegern 79 - 80 im Rahmen der Durchführung des gewerblichen Schiffsverkehrs Anlegemöglichkeiten für kleine Kreuzfahrtschiffe, große Yachten und wirtschaftlich betriebene Großsegler vorzuhalten.

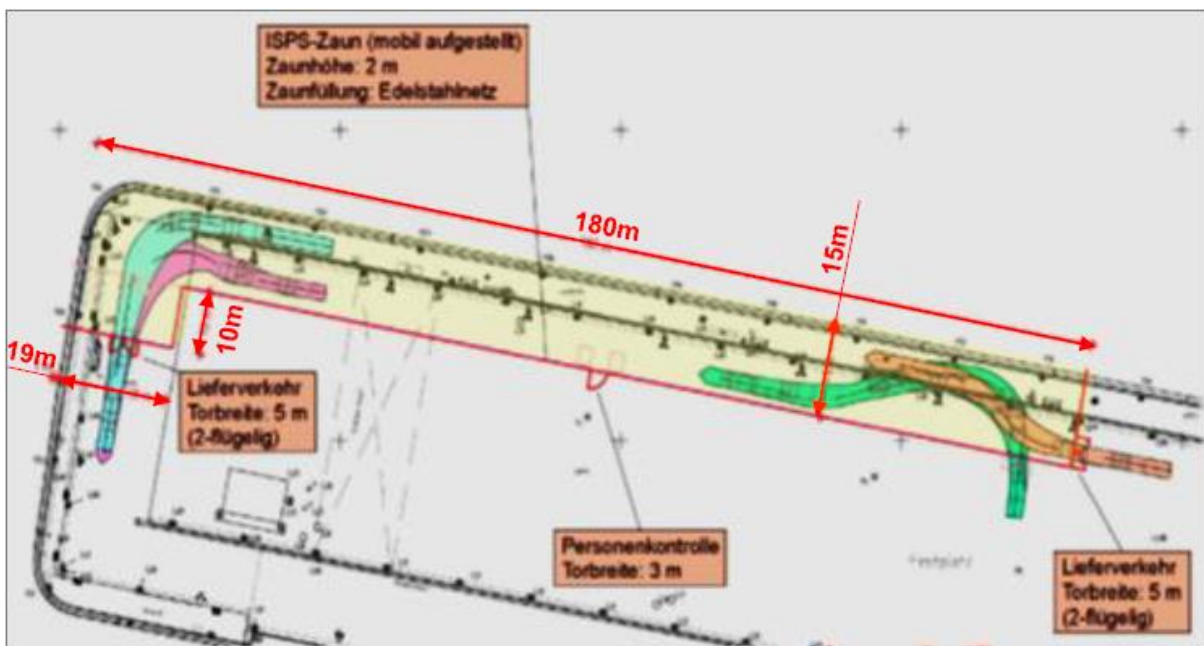


Abbildung XX: Fläche auf der Haedgehalbinsel, welche temporär für die kleinen Kreuzfahrtschiffe mit einem Zaun einzuhausen ist (INROS)

Für die Anlegestelle muss ggf. je nach Schiffstyp aus Sicherheitsgründen entsprechend der Vorgaben des ISPS-Codes (International Ship and Port Facility Security Code) Platz für einen im Bestand der Stadt befindlichen mobilen multifunktionalen Sicherheitszaun vorgehalten werden. Die zu sichernde Fläche beträgt 180m x 15m. An der westlichen Kaikante betragen die Abmessungen 25m x 19m. Dies ist bei der Gestaltung des Liegeplatzes 78 einschließlich der Wegeführung und der zu entwickelnden Infrastruktur zu berücksichtigen.

Auf der Haedgehalbinsel steht unmittelbar westlich des Portalkranes ein kleines eingeschossiges Gebäude (Warnowufer 63), welches als Wirtschaftsgebäude für den Museumshafen fungiert und in seiner Ensemblewirkung mit dem Portalkran zu erhalten ist.

Zurzeit befindet sich sowohl die Anlegestelle der „Blauen Flotte“ (Rostocker Ausflugsschiffahrt) als auch am Wochenende die Anlegestelle der Gehlsdorfer Fähre an der Stirnseite des Christinenhafens am Schiffsanleger 83S. Die Fähranlegestelle soll vollständig aus diesem Bearbeitungsbereich ausgelagert werden. Die neue Anlegestelle für die Blaue Flotte ist westlich der neuen Warnowbrücke im Bereich der Schiffsanleger 82 und 83 einzuordnen, so dass die Wartestellen vor der neuen Warnowbrücke frei bleiben. Westlich der Warnowbrücke sollen auch die Liegeplätze 82E und 83 für den Eisbrecher „Stephan Jantzen“ und für die historischen Schlepper gesichert werden.

Die privat genutzte Marina an den Liegeplätzen 86 und 87 mit ihren Betonstegen soll auch künftig dort verbleiben.

4.2.4 Freizeit & Tourismus

In den letzten Jahrzehnten hat sich der historische Rostocker Stadthafen schrittweise zu einem maritim-touristischen Erlebnisbereich entwickelt. Auf diesem Wege gibt es noch viel zu tun und aufbauend auf der Bestandssituation sollen im Rahmen des Planungswettbewerbs die Potentiale des Areals gehoben und Ideen für die Entwicklung zu einer attraktiven Bummelmeile entlang der Uferkante eingebracht werden.

Im Vordergrund der Freiraumqualifizierung steht eine klare Anforderung: „Herantreten an die Uferkante und in Berührung kommen mit dem Wasser!“ Um die atmosphärische Sogwirkung des Stadthafens zu stärken, müssen im Umfeld bestehender bzw. geplanter Gebäude gut gestaltete Freisitze und gebäudebezogener Funktionsflächen mit Dienstleistungsangeboten angeboten werden.

Für die Rostocker*innen und ihre Gäste sowie touristische Besucher*innen der Stadt sind urbane Treffpunkte, aber auch schattenspendende und windgeschützte Ruhezonen mit hoher Aufenthaltsqualität zu schaffen.

Innovative Nutzungsanforderungen, welche eine maritim geprägte Flaniermeile entlang der Kaikante des Stadthafens attraktiv und anziehend machen, aber auch den Hafenbetrieb weiterhin ermöglichen, sind aufzuzeigen.

Für sportliche Betätigungen sind ebenso Angebote zu machen wie für attraktive Spielplätze bzw. Spielstationen.

4.2.5 Sondernutzungen

Jedes Jahr finden mit dem Pfingstmarkt und mit der Hanse-Sail zwei Großveranstaltungen sowie diverse weitere Veranstaltungen gewerblicher und sportlicher Natur als auch zur Freizeitgestaltung im Stadthafen statt, welche zwischen einem Tag und sechs Monaten andauern können und Flächen in Anspruch nehmen.

Zentraler Bereich dieser Events sind die großen Flächen des Christinenhafens und der Haedgehalbinsel, wobei sich die Hanse-Sail linear von der Neptunwerft im Westen bis zum Ludewigbecken im Osten über etwa 3km Länge erstreckt.



Abbildung XX.
Orientierungsplan der Hanse-Sail im Stadthafen (HRO)

An diese Großveranstaltung gibt es nachfolgend aufgelistete besondere Anforderungen:

- Erfordernis robuster, großflächiger und zusammenhängender Aufstellflächen für Schausteller, Veranstaltungsbühnen, mobile Verkaufs- und Versorgungsstände einschließlich notwendiger technischer Ausrüstungen und Fahrzeuge etc.,
- zusätzliche mobile öffentliche WC-Anlagen,
- ausreichende Bewegungsbereiche für Fluchtwege, Feuerwehr- und Rettungsfahrzeugzufahrten,
- befestigte Flächen für die Anlieferung für Veranstalter, Schiffe etc.,
- Berücksichtigung technischer Erfordernisse (Strom, Wasser/Abwasser, Fettabscheider etc.),
- Berücksichtigung notwendiger Info- und Leitsysteme sowie Werbeanlagen.

Die Ausweisung und Gestaltung der Veranstaltungsflächen muss im Einklang mit den Entwicklungszielen für einen begrünten Stadthafen stehen. Dieses Spannungsfeld ist im Wettbewerb kreativ auszuloten.

4.2.6 Kunst im Öffentlichen Raum

Die Wettbewerbsteilnehmer sollen sich bei der Planung der Freiräume erste Gedanken über die Einordnung von Kunst im öffentlichen Raum machen. Dies entspricht einer guten Rostocker Tradition der letzten Jahrzehnte.

So finden sich westlich des Wettbewerbsgebietes mit dem „Kaleidoskop“ von Olafur Eliasson und der Gedenkstätte der revolutionären Matrosen zwei äußerst markante und bedeutende Kunstwerke im öffentlichen Raum. Südlich des Aufgabengebietes schließt sich die schon beschriebene künstlerisch gestaltete Achse vom Uniplatz bis zur Schnickmannstraße an. Im Osten auf der Silohalbinsel findet sich die „Afrikanische Reise“ von Jo Jastram und noch etwas weiter östlich wurden vor wenigen Jahren drei Kunstwerke im Petriviertel aufgestellt. Einzig das Wettbewerbsareal ist frei von Kunst und geradezu prädestiniert dafür, diese vorhanden Lücke zu schließen.

4.3 Ziele des Hochwasserschutzes

Von den Wettbewerbsteilnehmern werden im Planungswettbewerb Vorschläge erwartet, wie sich ein technisch erforderliches Hochwasserschutzbauwerk in die hochwertig zu gestaltenden Hafenfreiräume bei Beachtung der unterschiedlichen Charakteristika des Rostocker Stadthafens einfügen kann. Und dies, ohne funktionale Zusammenhänge

innerhalb des Hafenareals und ins Hinterland zur Kröpeliner-Tor-Vorstadt und zur Historischen Innenstadt mit seinem Citykernbereich zu zerstören.

Die Errichtung einer Hochwasserschutzanlage entlang des Stadthafens ist im Zusammenhang mit einem Gesamtkonzept zum Schutz des Stadtterritoriums Rostock vor dem Ostseehochwasser erforderlich.

Mithilfe der Hochwasserschutzanlage entlang des Stadthafens sollen die Verkehrsstrasse der L 22 und die südlich davon in den niederen Bereichen der historischen Altstadt und der Kröpeliner-Tor-Vorstadt liegenden Grundstücke und Gebäude und soweit möglich und von der Lage des Hochwasserschutzbauwerkes sinnvoll, auch die Gebäude innerhalb des Stadthafens geschützt werden. Schutzziel dieser Anlage sind allerdings nicht zwingend die Flächen und alle Gebäude des Stadthafens.

Zur Einordnung eines technischen Hochwasserschutzbauwerkes im Stadthafen zwischen dem Kabutzenhof im Westen und der Vorpommernbrücke im Osten liegt eine technische Machbarkeitsstudie vor (siehe Präsentation in Anlage).

Als Planungsgrößen für die Sicherstellung des Hochwasserschutzes sind nach den geltenden gesetzlichen Vorgaben folgende Bemessungshöhen der Sturmflutanlage anzusetzen:

- Referenzhochwasserstand (RHW = 200-jähriges Ereignis) 2,50m über NHN
- Klimazuschlag (100 Jahre) 0,50 m
- Berücksichtigung des Wellenschlags - Mindestfreibord zur Begrenzung des Wellenüberlaufens von 0,20m

Daraus ergibt sich eine Konstruktionsoberkante der Sturmflutschutzanlage von 3,20m über NHN.

Unter Berücksichtigung der Klimaveränderungen und in Erwartung veränderter Vorgaben auf der Basis nationaler und internationaler Abstimmungen und einer dann in Rede stehenden Erhöhung der Vorgaben für den Klimazuschlag von derzeit 0,50m auf 0,84 m bis zum Jahr 2100 wird für den Wettbewerb eine Höhe der Konstruktionsoberkante der Hochwasserschutzbauwerke von 3,54m über HN dringend empfohlen.

In Bereichen, in welchen Hochwasserschutz durch Geländemodellierung umgesetzt werden kann, ist mit einer Geländehöhe von 3,54m über NHN zu planen, da man nicht in wenigen Jahren oder Jahrzehnten anfangen sollte, funktional und gut zusammenhängend gestalterische öffentliche Freiräume durch neue Mauern zu zertrennen.

Dort, wo der Hochwasserschutz aufgrund fehlenden Bauraumes zwingend nur durch Linienbauwerke zu sichern ist, wäre auch eine Realisierung der zurzeit festgesetzten Schutzhöhe von lediglich 3,20m über NHN denkbar. Höhennachrüstmöglichkeiten sind dann aber aufzuzeigen.

Beidseitig des technischen Hochwasserschutzbauwerkes muss ein Schutzstreifen von jeweils 3m mit Beschränkungen für bauliche und sonstige Nutzungen (z.B. angrenzende Gebäude, Baumstandorte, Leitungen) freigehalten werden.

Mobile Hochwasserschutz Elemente (z.B. bewegliche Flutschutztore) sind nur vorzuschlagen, falls es keine alternativen Lösungsvorschläge z.B. durch Geländemodellierungen gibt. Mobile Flutschutzsysteme zum Auf- und Abbauen in einem Hochwasserfall sind aufgrund des Aufwandes und des Risikos bei der Herstellung der Einsatzbereitschaft nicht gewünscht.

Über versenkbare Varianten darf an städtebaulich und/oder freiräumlich besonders herausragenden Orten unter Beachtung der Kosten nachgedacht werden. Aber auch hier ist darauf zu achten, dass die technische Einsatzbereitschaft dieser beweglichen Anlagen immer gesichert sein muss. Wartungsaufwendungen sind durch die Wettbewerbsteilnehmer zumindest mitzudenken.

Ein Schwerpunkt des Wettbewerbsbeitrages müssen gestalterische und konstruktive Lösungsvorschläge sein, wie sich das Hochwasserschutzbauwerk in die unterschiedlichen Situationen vor Ort im Stadthafen einfügen kann. Trotz unterschiedlicher Realhöhen des

Bauwerkes von wenigen Dezimetern bis über 1,40 m werden Ideen erwartet, wie die sichtbare Höhe der üblichen Flutschutzmauer z.B. durch Geländemodellierungen reduziert werden kann und wie in den Bereichen, in welchen dies nicht möglich ist, eine stadträumlich wirksame Barrierewirkung des Flutschutzbauwerkes zwischen Altstadt/ Kröpeliner-Tor-Vorstadt und dem Stadthafen vermieden werden kann. Es soll nicht der Eindruck entstehen, dass der Stadthafen durch das Hochwasserschutzbauwerk von der Innenstadt durch eine Mauer „abgeschnitten“ wird. Im Gegenteil ist es Planungsabsicht der Stadt, Innenstadt und Stadthafen stärker als bisher zusammenzubringen.

Die nachfolgende Planskizze definiert dafür drei verschiedene Abschnitte.

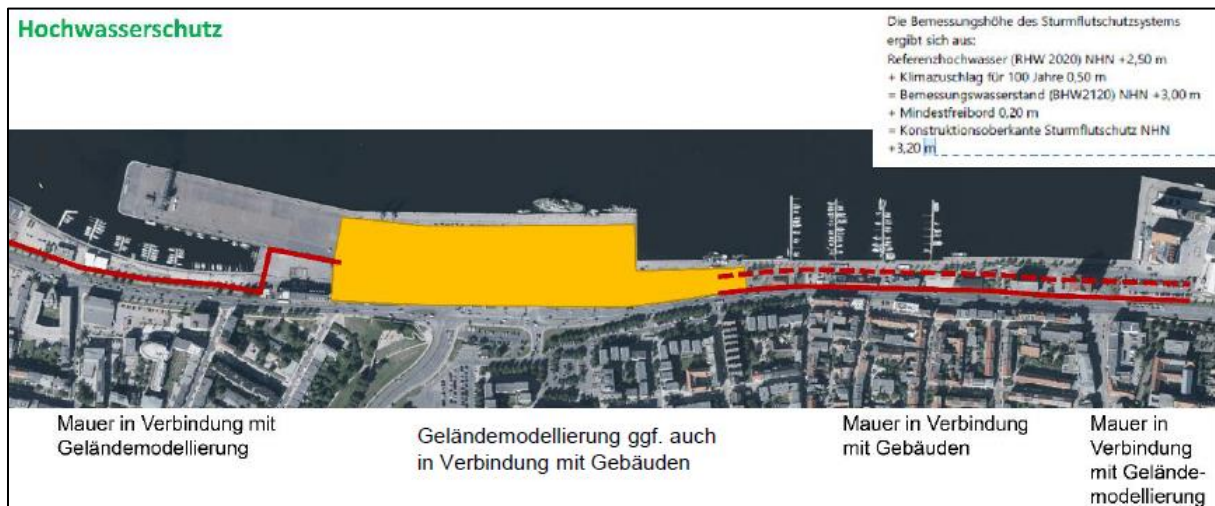


Abbildung XX: Planskizze Hochwasserschutz (RGS)

Westlicher Abschnitt

Im westlichen Abschnitt südlich des Haedgehafens und weitergehend nach Westen bis zum Kabutzenhof können wegen der vorhandenen Baumreihen kaum Geländemodellierungen erfolgen, ohne die Bestandsbäume in Frage zu stellen. Der Baumbestand ist vital und unterliegt den gesetzlichen Vorgaben einer geschützten Baumallee, insofern sind Lösungen zu finden, die den Baumbestand möglichst erhalten. Bisher ist eine Linienführung des Hochwasserschutzbauwerkes zwischen der L 22 und dem vorhandenen Radweg angedacht, wobei ein Mindestabstand des Bauwerkes von 1,00m von der straßenseitigen Kante des Straßenbordes der L 22 ebenso einzuhalten ist wie der notwendige Schutzabstand zum Wurzel- und Kronenbereich der Alleebäume.

Im Bereich des alten Hafenhauses (Warnowufer 65) soll die Flutschutzanlage nördlich dieses Gebäudes vorbeigeführt werden, so dass der Hochwasserschutz das Hafenhaus miteinschließt. Bisher quert die Linie des Hochwasserschutzbauwerkes hier den vorhandenen Radweg.

Mittiger Abschnitt

Die in Abbildung XX gelb markierte große Fläche des Christinenhafens ist frei gestaltbar und in ihrer Geländehöhe zur möglichen gestalterischen Einbindung einer Hochwasserschutzmauer auch flexibel modellierbar. Zusätzlich soll darüber nachgedacht werden, ob und wie in diesem Abschnitt neu zu errichtende Gebäude sich abschnittsweise in das notwendige Hochwasserschutzbauwerk einbinden können.

Bei der Modellierung der Flächen des Christinenhafens ist zu beachten, dass die Kaikanten des Hafens gegenüber ihren Bestandshöhen von etwa 2,00m über NHN nicht erhöht werden dürfen.

Östlicher Abschnitt

Im östlichen Abschnitt, der zukünftigen Hafenpromenade entlang des „Kempowskiufer“ bis zum Verkehrsknoten an der Grubenstraße ist für die Einordnung des Flutschutzbauwerkes sehr wenig Platz. Zusätzlich wird hier die konstruktive Höhe eines Linienbauwerkes im Bereich des Mönchentores wegen der niedrigen Geländesituation am höchsten sein. Auch hier sind innovative Ideen gefragt.

Es gibt für die Einordnung des Hochwasserschutzbauwerkes in diesem Bereich zurzeit zwei Überlegungen

- entweder nördlich der Häuserzeile und südlich der Kaikante, wobei dort Hafenpromenade und Hafenerschließung neu konzipiert werden müssen; auch hier ist zu beachten, dass die Kaikante nicht erhöht werden darf,
- oder entlang der Südseite des Stadthafens unter Einbindung der vorhandenen privaten Gebäude und Grundstücke, wobei die Lage der Hochwasserschutzmauer in diesem Bereich auch mit der Forderung nach einem Mindestabstand dieses Bauwerkes von 1 m von der Fahrbahnkante kollidiert und die Gebäude selber nicht vor Hochwasser geschützt sind.

Weiterhin ist zu beachten, dass während Großveranstaltungen wie der Hanse-Sail notwendige Fluchtwege aus dem Stadthafen zusätzlich zu den schon vorhandenen bzw. fest geplanten Fußgängerübergängen auf Höhe Haedgestraße, Kanonsberg, Fischerstraße, Brücke Schnickmannstraße (Planung), Burgwall (Planung) und Grubenstraße nach Süden über die L 22 freigehalten werden müssen.



Abbildung XX: Karte mit gelb markierten zusätzlichen Fluchtwege-Querungsstellen über die L22 (RGS)

Zusätzliche Fluchtwege sind anzuordnen gegenüber von:

- Neubramowstraße
- Fischerbastion 2x
- Wokrenterstraße
- Lagerstraße
- Große Mönchenstraße (Mönchentor).

An diesen an wenigen Tagen im Jahr offen zu haltenden Durch- bzw. Übergängen vom Stadthafen zur KTV und zur historischen Altstadt könnten auch mobile Verschlüsse vorgeschlagen werden.

Da im Wettbewerb Gestaltungsideen zur Einbindung der Hochwasserschutzanlage erarbeitet werden sollen, sind auch Ideen zur Materialität dieser Bauwerke zu unterbreiten.

4.4 Verkehrsplanerische Ziele

Die verkehrliche Ordnung und Gestaltung im Stadthafen muss neu gedacht werden. Motorisierter Individualverkehr ist massiv zu reduzieren, Radverkehr zu ordnen und leichtgänglich zu gestalten und Fußgängern sind großzügige und sichere Bewegungsräume zu eröffnen.

Alle Verkehrsflächen müssen regelkonform und verkehrssicher gestaltet sowie konsequent barrierefrei nach den geltenden Zeichnungen der Stadt (Anlage) ausgebildet werden

und Verkehrsteilnehmer sollen sich im gesamten Stadthafenareal niveaugleich bewegen. Innerhalb des Wettbewerbsareals wird die zentrale Plaza Ausdruck des „Begegnen auf Augenhöhe“ sein.

Für das Plangebiet ist ein funktionsfähiges neues Verkehrskonzept zu entwickeln, für das wesentliche Rahmenbedingungen für den zentralen Teil des Stadthafens durch den Auslober vorgegeben werden.

Die durch die Wettbewerbsteilnehmer zu beachtende Grundidee der Sortierung der Verkehre im zentralen Bereich des Stadthafens wird stadträumlich durch einen Bebauungsrahmen vorgegeben, in welchen sich auch die HALLE 625 einfügt. Dadurch wird die Fläche des Christinenhafens in zwei verkehrlich unterschiedlich zu definierende Zonen aufgeteilt. Im Norden zum Wasser ergibt sich ein großzügiger **Aufenthaltsbereich**, der vor allem Fußgängern vorbehalten ist.

Und südlich der HALLE 625 entsteht ein **Transitbereich** für schnelle Radfahrer und für den im Stadthafen noch notwendigen Pkw- und Lkw-Verkehr.

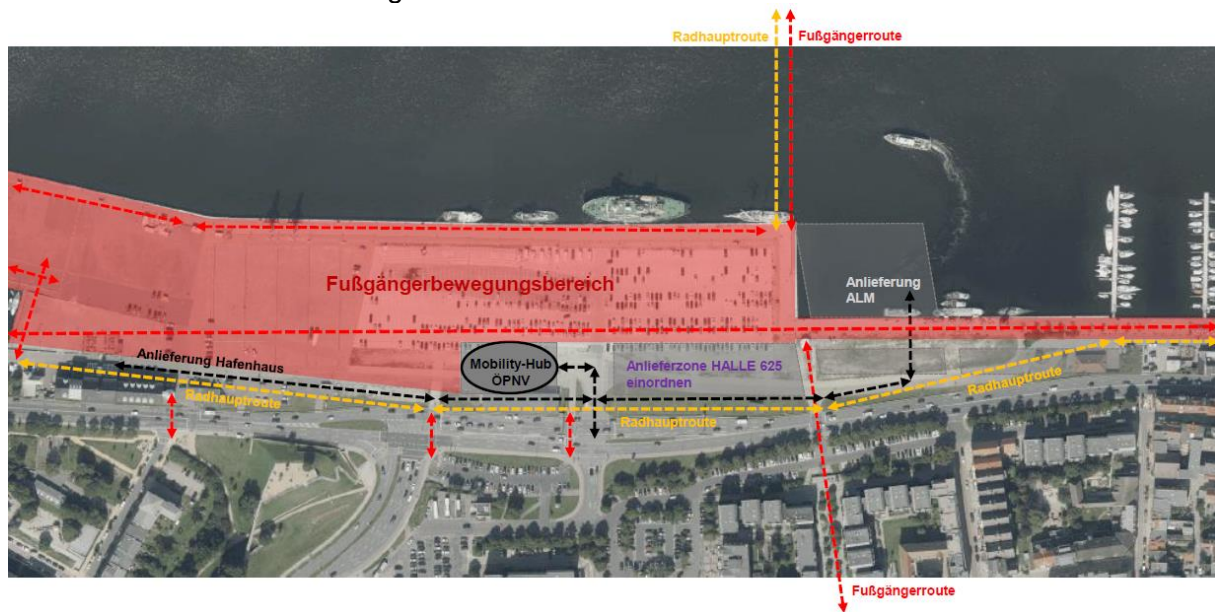


Abb. XX: Schemaplan Verkehrsorganisation Christinenhafen

4.4.1 Fußverkehr

Das Areal des Stadthafens muss zukünftig mit dem Ziel der Entwicklung eines hochwertigen maritim-touristischen Gebietes vor allem den Fußgängern vorbehalten sein. Für Fußgänger sind einerseits kurze Wege wichtig, andererseits sollen aber auch großzügige Flanierbereiche angeboten werden. Hauptbewegungsbereiche und Bewegungsrichtungen der Fußgänger sind im Wettbewerbsareal

- linear entlang der Wasserkante des Stadthafens in West-Ost-Richtung vom Haedgehafen über die Haedgehalbinsel, weiter entlang Kaikante Christinenhafen und über die zukünftige Hafenpromenade am Kempowskiufer bis zur Silohalbinsel,
- linear vom Uniplatz aus dem City-Kernbereich kommend in Süd-Nord-Richtung über die zukünftig die L 22 niveaufrei querende Schnickmannbrücke in den Stadthafen und weiter über die neue Warnowbrücke nach Gehlsdorf,
- gebündelt an mehreren ampelgesteuert vorgegebenen Übergangsstellen über die L 22 von der Kröpeliner-Tor-Vorstadt,
- richtungsfrei auf den großzügigen Flächen des Christinenhafens zwischen den verschiedenen funktionalen Angeboten auf diesen Flächen und in den angrenzenden Neubauten.

Wie im „Schemaplan Verkehrsorganisation Christinenhafen“ dargelegt, sollen die MIV-Verkehre und die schnellen Radverkehre konsequent von den Fußgänerbewegungsbereichen getrennt werden.



Abbildung XX: Plan der zukünftigen Fußgänger- und Radfahrerzugänge zum Stadthafen einschließlich der für Großveranstaltungen notwendigen Fluchtwege

Die Qualifizierung der Flaniermeile entlang der Uferkante mit einer optimalen Breite von mind. 15m ist bei der Entwurfsbearbeitung als Grundgerüst zu berücksichtigen. Gerade die Flächen des Christinenhafens sind als Aufenthaltsbereiche für Fußgänger großflächig zu qualifizieren. Um Nutzungskonflikte mit Radfahren zu minimieren, müssen die Fußgängerbereiche zum Einen direkt am Wasser auf der gesamten Stadthafenlänge hochattraktiv gestaltet werden, um Fußgänger über eine „Positivansprache“ zu animieren, sich entlang der Wasserkante und nicht auf den Radwegen entlang der L 22 in West-Ost-Richtung zu bewegen. Zum Anderen müssen wichtige Fußwegebeziehungen (kurze Wege) dort, wo sie auftreten, auch Angebote für separate Bewegungsflächen (dann eventuell auch parallel zu Radwegen) erhalten.

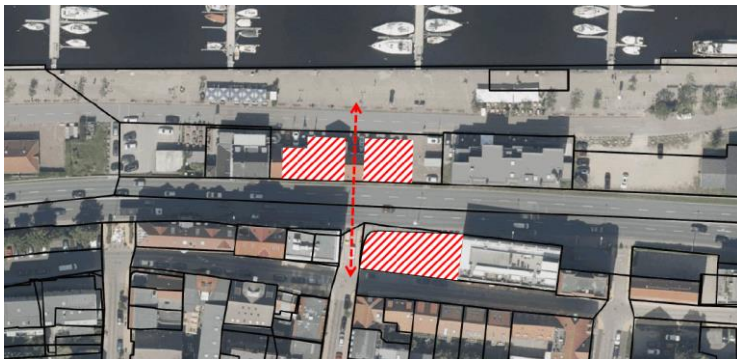


Abb. XX: zukünftige Baustrukturen an der Querung L22 auf Höhe Burgwall mit einer Breite des Sichtachsenfensters von ca. 6m

Niveaugleiche nicht vermeidbare Querungsstellen zwischen Radfahrern auf der zukünftigen West-Ost-Radhauptroute und Fußgängern gibt es auch zukünftig bei den Fußgängerüberwegungen der L 22 an Friedrichstraße, Headgestraße, Kanonsberg, Burgwall (Planung siehe Skizze) und Grubenstraße.

Hier sind wie auch

- an den Querungsstellen der L 22,
- an den Ankommensbereichen sowohl der Warnowbrücke als auch der Schnickmannbrücke im Stadthafen,

wo das Zusammentreffen mit den anderen Verkehrsarten nicht vermieden werden kann, konfliktarme Lösungen anzubieten.

Letztendlich muss im gesamten Stadthafen wie auch Andernorts beim Begegnen auf Augenhöhe das Prinzip der gegenseitigen Rücksichtnahme gelten, da nicht alle verkehrlichen Konflikte ausgeräumt werden können.

4.4.2 Radwegeverkehr

Das Radschnellwegekonzept der Hanse- und Universitätsstadt Rostock ist bei der Planung der Verkehrsanlagen innerhalb des Stadthafens einzubinden. Im gesamten Wettbewerbsgebiet ist in Längsrichtung zur L 22 als Prinziplösung vom alten Hafenhaus bis zur Grubenstraße für die schnellen Radfahrer eine möglichst ungestörte Radhauptroute im Zweirichtungsverkehr mit einer Breite von 6m im Sinne einer Fahrradstraße vorzusehen. Der Abstand der Radhauptroute zur L 22 sollte nicht unter 2,5m liegen.

Dort, wo Radfahrer konsequent allein geführt werden können wie westlich des alten Hafenhauses, kann die Radverkehrsanlage eine Breite von 4m aufweisen.

Eine grundsätzliche räumliche Trennung von Rad- und Fußverkehr ist, wo von der Breite des Stadthafenareals her möglich, wichtig und anzustreben.

Wie sich die Fuß- und Radverkehre im Bereich der Plaza vermischen können soll im Wettbewerb betrachtet werden. Zunächst wird für die Plaza vom Status eines Fußgängerbereiches ausgegangen. Radfahrer auf dem Weg zwischen Warnowbrücke und Radhauptroute müssen deshalb auch formal auf der Plaza Rücksicht auf die Fußgänger nehmen. Gefordert ist zur besseren Orientierung für beide Verkehrsarten z.B. eine in der Platzoberfläche als Führung der Radfahrer dienende Markierung, welche den kürzesten Weg zwischen Brücke und Radroute weist.

Die neue Warnowbrücke wird zusätzlich den touristisch wichtigen internationalen Radweg Berlin – Kopenhagen aufnehmen.

Die niveaufreie Fußgänger- und Radwegeführung über eine neue Brücke zwischen der Schnickmannstraße und dem Stadthafen über die L 22 kann ebenfalls Radverkehr zwischen der Nördlichen Altstadt und dem Stadthafen und weiter auch über die Warnowbrücke aufnehmen. Für Radfahrer ist dies eine langsamere Angebotsroute für einen kurzen Weg vom Uniplatz nach Gehlsdorf.

Zwischen der Grubenstraße und der Warnowbrücke ist die Radroute innerhalb des Stadthafens Teil des sogenannten „Warnowrund“, einer um die Unterwarnow einmal komplett umlaufenden innerstädtischen Rad- und Fußgängeroute, welche den Stadthafen, die Holzhalbinsel, den Osthafen mit dem „Warnowquartier“ als einem neuen innovativen urbanen Gebiet, dem neuen Stadtpark auf der ehemaligen Deponie in Gehlsdorf und den Stadtteil Gehlsdorf über die neue Warnowbrücke zusammenziehen wird.

Für Fahrräder sind im Stadthafen ausreichend Abstellmöglichkeiten nachzuweisen, die auch während Großveranstaltungen wie der Hanse-Sail demontierbar sein können.

4.4.3 Öffentlicher Personennahverkehr

Um die Anbindung des Stadthafens an den Öffentlichen Personennahverkehr zu verbessern, ist eine Busanbindung vorgesehen. Zukünftig wird diese vom Doberaner Platz über die Straße „Am Kanonsberg“ kommend über die Einmündung Fischerstraße bis in den Stadthafen und wieder zurück geführt. Im Stadthafen muss eine Buswendeschleife so eingeordnet werden, dass weder die Radhauptroute noch die MIV-Erschließung für das alte Hafenhaus noch der Fußgänger-Bewegungsbereich nördlich der Baulinie der HALLE 625 eingeschränkt werden.

Im Bereich der Wendeschleife soll es eine Aufstellmöglichkeit für zwei Standardlinienbusse mit einer zu berücksichtigenden Aufstelllänge von jeweils 20m geben.

bei der Ausbildung des Knotens Fischerstraße/L 22 ist zu berücksichtigen, dass die notwendigen Aufstellflächen für den Bus, aber auch für Pkw nicht die Radhauptroute an dieser signalisierten Kreuzung beeinträchtigen.

Die Buswendeschleife soll gleichzeitig als Mobility-Hub zum Umsteigen auf andere umweltfreundliche Verkehrsarten genutzt werden. Er ist modular sowie räumlich und technisch erweiterbar zu konzipieren. Der „Mobilpunkt Stadthafen“ sollte 3-5 Car-Sharing-

Stellplätze, mindestens 10 Bike-Sharing-Stellplätze sowie eine Fahrradreparaturstation beinhalten. Ladestationen für diese Stellplätze sind erforderlich.

Eine maßstabsgerechte Überbauung mit einer zum Mobility-Hub passenden Nutzung der Buswendeschleife wäre denkbar, wenn sie innerhalb des im städtebaulichen Aufgabenteil definierten Bebauungsraumes liegt.

4.4.4 Motorisierter Individualverkehr

Fließender Motorisierter Individualverkehr (MIV)

Der motorisierte Individualverkehr wird im Stadthafen radikal auf das funktionelle notwendige Mindestmaß reduziert werden, wenn Fußgänger und Radfahrer bevorzugt werden.

Die Wettbewerbsteilnehmer sollen für die zukünftige funktionelle und bauliche Einordnung des MIV kreative Lösungen anbieten, welche aber auch verkehrsrechtlich umsetzbar und begründbar sein müssen.

Die Erschließung des Wettbewerbsgebietes an das übergeordnete Verkehrsnetz erfolgt weiterhin über die beiden Kreuzungen auf Höhe Fischerstraße und Grubenstraße zur L22 am jeweils nördlichen Knotenarm.

Die Verkehrsbelastung an der Fischerstraße nimmt durch den überwiegenden Wegfall des massiven ruhenden Verkehrs erheblich ab, so dass eine Reduzierung von drei auf zwei Fahrspuren möglich ist. Gleichzeitig sollte von Osten kommend auf der L 22 eine neue Rechtsabbiegespur angeordnet werden, welche die Bevorrechtigung der unmittelbar nördlich der L 22 verlaufenden Radhaupttroute gegenüber dem MIV ermöglicht und einen Rückstau auf der L 22 verhindert.

Die Dimensionierung der Hafenzufahrt an der Grubenstraße muss wie im Bestand mit drei Fahrspuren erhalten bleiben, da sich dieser Knoten auch zukünftig am Rande seiner Leistungsfähigkeit befindet.

Die Dimensionierung der inneren MIV-Erschließung des Stadthafens ist so zu gestalten, dass zukünftige Nutzungsanforderungen erfüllt werden können wie

- Anlieferung sowie Ver- und Entsorgung Kaikante (Hafenbetrieb), Archäologisches Landesmuseum, HALLE 625, altes Hafenhaus und Hafenmeisterei im Westen sowie Gebäude der Häuserzeile Am Strande 1c – 2e im Osten,
- Bauordnungsrechtlich zulässige Parkverkehre und Sicherung der Erreichbarkeit barrierefreier Pkw-Stellplätze für vorhandener bzw. geplanter Gebäude,
- gesicherte Zufahrt für Feuerwehr, Rettungsfahrzeuge, Ver- und Entsorgungsfahrzeuge
- Logistikverkehre für Fahrgeschäfte zu Großveranstaltungen (Riesenrad, Karussell usw.),
- Baumaschinen- und Materialtransporte für Hafenbaumaßnahmen wie Schwimmpontons, Ramm- und Krantechnik usw.,
- Verkehre für die Wartung ober- und unterirdischer technischer Anlagen,
- Erreichbarkeit ÖPNV-Buswendeschleife mit Standardbus.

Innere Schleichverkehre zwischen Grubenstraße und Fischerstraße sind zu unterbinden. Gleichwohl wird eine Erschließung des ALM über den Knoten Grubenstraße nicht ausgeschlossen, eine Erschließung über den Knoten Fischerstraße aber favorisiert.

Über den Verkehrsknoten L 22/Grubenstraße ist außerhalb des Wettbewerbsgebietes auch weiterhin die Erreichbarkeit der Tiefgaragen bzw. Parkhäuser auf den Grundstücken Am Strande 3, 3a, 3d, 3e und 4 zu gewährleisten. Ebenso muss die Erreichbarkeit des öffentlichen Parkplatzes auf der Silohalbinsel (außerhalb Wettbewerbsgebiet) sichergestellt bleiben.

Mittelfristig müssen Möglichkeiten ausgelotet werden, wie die zurzeit quantitativ unbegrenzte Erreichbarkeit der Grundstücke Am Strande 2 (Yachtausrüster), 2a (Gaststätte Borwin), 2b (PMR), 2c (Lokschruppen), 2d (Silo1) und 2f (ehemaliger Trafo) und Warnowufer 65, 65a (Hafenhaus und Hafenmeister) auf ein logistisch erforderliches Mindestmaß reduziert werden können.

Gebäudeneubauten wie das Archäologische Landesmuseum oder die HALLE 625 sollen außer zu Behindertenparkplätzen nicht durch den individuellen Pkw-Verkehr angefahren werden, sondern ausschließlich für Anlieferverkehre zugänglich sein.

Insgesamt ist der Anteil der MIV-Verkehrswege im Verhältnis zur Gesamtfläche des Hafens auf ein Mindestmaß zu reduzieren.

Die Plaza als potenzieller Fußgängerbereich darf von Pkw und Lkw nur im begründeten Ausnahmefall befahren werden.

Im zentralen Stadthafenbereich am Christinenhafen sind die notwendigen MIV-Verkehre wie im „Schemaplan Verkehrsorganisation Christinenhafen“ in Abb. XX dargelegt südlich einer möglichen Stadthafenbebauungen unmittelbar entlang der L 22 zu führen, um die Hafenflächen nördlich dieser Neubauten konsequent zugunsten der Fußgänger vom Autoverkehr frei zu halten.

Insbesondere die Lkw-Anlieferverkehre für die HALLE 625 und das Archäologischen Landesmuseums könnten nach gegenwärtigem Planungstand den westlich der HALLE 625 anzuordnenden Mobility-Hub als Wendemöglichkeit nutzen.

Ruhender Motorisierter Individualverkehr

Parken muss auf den öffentlichen Flächen des Wettbewerbsgebietes stark reduziert und wildes Parken konsequent unterbunden werden. Es ist auf wenige bauordnungsrechtlich erforderlich Behindertenparkplätze bzw. auf den einen öffentlichen großen Parkplatz auf der Silohalbinsel zu begrenzen. Das Parken ist dann zukünftig nur noch in vorhandenen Parkhäusern und Tiefgaragen bzw. auf den privaten Grundstücken in bauordnungsrechtlich zulässiger Anzahl und auf eindeutig markierten öffentlichen Parkplatzflächen zulässig.

Auch die Anzahl der ebenerdigen Pkw-Stellplätze im öffentlichen Raum für vorhandene Nutzungen in Bestandsgebäuden vom dem Hafenhaus oder der Hafenmeisterei sind künftig auf das bauordnungsrechtlich notwendige Maß zu reduzieren.

Beim Neubau des Archäologischen Landesmuseums und der HALLE 625 auf der Fläche des Christinenhafens sollen innerhalb bzw. im direkten Stadthafenumfeld außer den bauordnungsrechtlich nachzuweisenden Parkplätzen für mobilitätseingeschränkte Mitbürger*innen keine Pkw-Stellplätze ausgewiesen werden, um die Verkehrsbewegungen des MIV im Stadthafen und vor allem auch in seinem zentralen Bereich auf und um die geplante Plaza so gering wie irgend möglich zu halten.

Mittelfristig müssen im Rahmen gesamtstädtischer Betrachtungen Konzepte wie Park+Ride verbunden mit Transfermöglichkeiten durch den ÖPNV, Ride-Sharing-Konzepte oder Bike-Sharing-Konzepte verstärkt angeboten und genutzt werden und können dann auch für den Stadthafens wirksam werden.

4.5 Bauwerke

4.5.1 Gebäudeneubauten

Im Planungswettbewerb sollen die Wettbewerbsteilnehmer im städtebaulichen Ideenteil Vorschläge für die stadträumliche Ausformung der zukünftigen Plaza mit neu im Stadthafen einzuordnenden Gebäuden unterbreiten. Das Archäologische Landesmuseum (ALM) und die HALLE 625 sind dabei als Neubauten gesetzt. Das ALM wird im Wettbewerb lediglich als „Platzhalter“ mit betrachtet, da es 2021 im Rahmen eines eigenen Architekturwettbewerbs zu planen ist. Die HALLE 625 hingegen ist als realisierbarer Entwurf im Planungswettbewerb durchzuarbeiten.

Neu entstehende Gebäude sind mit ihren jeweiligen Nutzungsanforderungen an den Freiraum zu berücksichtigen und im Wettbewerb Vorschläge zu erarbeiten, wie sich diese Nutzungsanforderungen mit den übergreifenden Belangen, wie z.B. der Flaniermeile oder der Großveranstaltungen in Einklang bringen lassen.

4.5.1.1 Neubau Archäologisches Landesmuseum

Die Planung des Neubaus des Archäologischen Landesmuseums ist nicht Gegenstand des Planungswettbewerbs zum Stadthafen. Im Wettbewerb ist das Bauwerk lediglich ein Platzhalter mit Vorgaben zu seiner ungefähren Lage, Dimensionierung und seinen funktionellen Anbindepunkten. Im Planungswettbewerb „Zentraler Bereich Stadthafen Rostock“ soll aus der städtebaulichen Idee zur zentralen Plaza abgeleitet ein Vorschlag entwickelt werden, wie die an das ALM angrenzenden Freiflächen sich in den Gestalt- und Funktionszusammenhang des Stadthafens einbinden lassen.

Mit dem Neubau des ALM wird nach der BUGA im Jahre 2026 begonnen.

Darstellung der Planungsprozesse

Das Bundesland Mecklenburg-Vorpommern hat als Flächenland einen umfangreichen archäologischen Fundus aufzuweisen, welcher bis heute nur ungenügend museal präsentiert werden kann. Um in angemessener Weise diese archäologischen Schätze der Öffentlichkeit zeigen zu können, wird im Stadthafen der Hanse- und Universitätsstadt Rostock der Neubau eines Archäologischen Landesmuseums realisiert. Im neuen Landesmuseum sollen dann Objekte und das umfangreiche Wissen über die archäologisch dokumentierte Landesgeschichte in geeigneter Weise an einem besonderen Standort präsentiert werden.

In Vorbereitung dieses Neubaus wird zurzeit durch das Land ein Planungswettbewerb vorbereitet. Das Wettbewerbsverfahren wird voraussichtlich nach der Durchführung des Planungswettbewerbs für den Rostocker Stadthafen starten.

Wesentliche Ergebnisse zur Freiraumplanung im Stadthafen fließen dann in die Aufgabenstellung für diesen Hochbauwettbewerb ein.

Die Wettbewerbsteilnehmer zum zentralen Bereich des Stadthafens sollen im Rahmen dieses Wettbewerbs für das fiktive Gebäude Ideen für die umliegenden Freiflächen, hier vor allem der Einbindung des Museums in den Platzraum der Plaza und in das Hafenareal entwickeln.

Stadträumliche Einordnung des Gebäudes

Das zukünftige Archäologische Landesmuseum wird als Solitär im zentralen Bereich des Rostocker Stadthafens ein weithin sichtbares Zeichen setzen. Es soll mit der im Stadthafenwettbewerb im Realisierungsteil zu planenden HALLE 625 [Multifunktionshalle] korrespondieren, mit dieser ein Bauensemble bilden und den zukünftigen Stadtraum der zentralen „Plaza“ stadträumlich fassen.

In seiner Dimensionierung ordnet sich der Museumsneubau der Altstadtsilhouette unter, prägt aber trotzdem mit seiner solitären Wirkung ebenso wie die Speicher der Silohalbinsel das Stadtbild mit.

Der Neubau des ALM wird östlich angrenzend an die Freifläche Christinenhafen entstehen, welche zurzeit noch Wasserfläche ist.

Es ist bisher angedacht, diese Baufläche durch Landgewinnung aus der Warnow auszugrenzen. Den Teilnehmern des Architekturwettbewerbs für das ALM soll jedoch freigestellt werden, den Museumsneubau auch als Solitär direkt in der Wasserfläche zu platzieren.

Der Neubau des ALM muss sich in West-Ost-Richtung stadträumlich zwischen den Sichtachsen der Schnickmannstraße und der Wokrenterstraße der angrenzenden Altstadt einordnen.

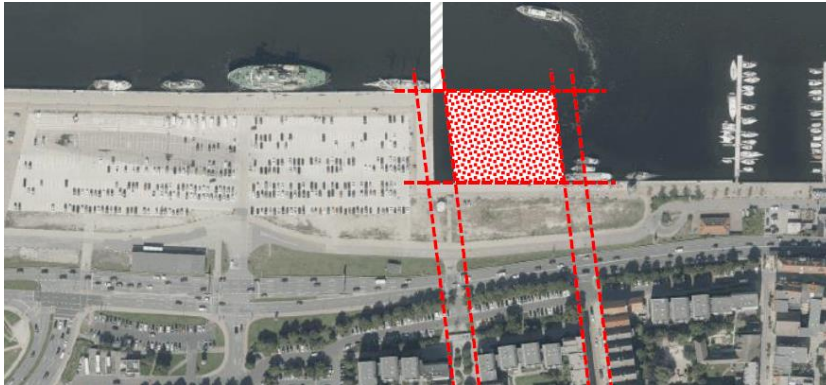


Abb XX: Plan
städtebauliche Einordnung
ALM mit
Bebauungskorridor

In Nord-Süd-Richtung muss es sich zwischen der nördlichen Kaikante der Fläche Christinenhafen und der bestehenden Kaikante der zukünftigen Hafenpromenade am „Kempowskiufer“ einordnen.

Die Dimensionierung und Gestaltung der Aufschüttungsfläche ist variabel, aber in ihrem östlichen Abschluss so zu wählen, dass aus der Blickachse der Wokrenterstraße auch noch Wasserfläche erlebbar bleibt. Nach Norden darf sie wegen der erforderlichen Schifffahrtbewegungen durch den Klappteil der neuen Warnowbrücke die durch die Kaikante des Christinenhafens definierte Linie nach Norden nicht überschreiten.

Unmittelbar nordwestlich des ALM liegt an der Kaikante der Antrittsbereich der neuen Warnowbrücke, welche für Fußgänger und Radfahrer eine kurze Verbindung zwischen der Historischen Altstadt und dem Stadtteil Gehlsdorf herstellen wird. Die Vorfläche für neue Warnowbrücke ist nur bedingt variabel – Form und Größe sind abhängig von der für den Wettbewerb vorgegebenen Brückentechnik und Brückengestaltung. Als Orientierungsgröße für die voraussichtlich benötigte Fläche können die unter Punkt XX (Verkehrs-Ingenieurbauwerke) angegebenen Abmessungen verwendet werden: Die Brückenvorfläche ist im Rahmen des Freiflächenwettbewerbs mitzugestalten. Wichtig ist hier, dass bei der Dimensionierung und Gestaltung dieser Fläche eine Wartezone für die Fußgänger und Radfahrer berücksichtigt wird, wenn der Klappteil der neuen Brücke geöffnet ist.

Dimensionierung des Gebäudes

Für den Planungswettbewerb zum Stadthafen kann für das Archäologische Landesmuseum von einer bebauten Fläche von etwa 2.500 m² ausgegangen werden, sofern sich die etwa 6.500 m² Bruttogeschossfläche (BGF) auf drei Ebenen verteilen. Die Höhe des Bauwerkes wird ab der Eingangsebene zwischen 21m und 22 m liegen.

Nutzungskonzept des Gebäudes

Wesentliche Nutzungsbereiche des zukünftigen Museumsgebäudes sind die Dauerausstellungsfläche, die mit den erforderlichen Serviceflächen etwa 2.400 m² (BGF) einnehmen wird, eine Fläche für wechselnde Sonderausstellungen mit etwa 500 m² (BGF), ein großzügiges Foyer, ein Andienungsbereich, der vollständig mit LKW befahrbar sein soll, Verwaltungs- und Technikflächen, sowie ein Konferenzbereich und ein Museumscafé. Die Hauptausstellungsfläche soll horizontal weitgehend zusammenhängend sein und wie die Sonderausstellungsfläche mit einer lichten Raumhöhe von mindestens sechs Metern geplant werden. Die Nutzung von Dachflächen für außergastronomische Zwecke soll in dem nachfolgenden Architekturwettbewerb mitbetrachtet werden.

Hochwasserschutz

Das nach Westen und Süden an das Baufeld des ALM anschließende Stadthafengelände wird umlaufend von gegenwärtig etwa 2,00m über NHN auf zukünftig 3,54m über NHN hochwassersicher aufgehöhht. Dies ist der funktionelle Anbindepunkt des ALM. Im Übergang zur östlich anschließenden zukünftigen Hafenpromenade am „Kempowskiufer“ senkt sich das Gelände dann wieder auf die vorhandene Bestandshöhe von etwa 2,00m über NHN ab. Damit befindet sich der gesamte Museumsneubau auf einer hochwassersicheren Höhe. Ob sich Teilbereiche der Wasserkante des Museumsbaufeldes wieder auf eine niedrigere Höhe absenken, damit Museumsbesucher bzw. Spaziergänger dem Wasser näher sein können, ist im Planungswettbewerb zum Stadthafen zu betrachten.

Freiraum und Verkehrsanbindung

Der Museumsneubau soll an seiner Westseite mit einer Orientierung zur zentralen Plaza einen repräsentativen Eingang erhalten. Anbindend an die Verkehrsflächen des Stadthafens ist an der Südseite des Neubaus eine Gebäudeanlieferung für LKW bis 12 t erforderlich.

Für die Positionierung des Museumsneubaus soll im nachfolgenden Architekturwettbewerb größtmögliche Flexibilität erhalten bleiben. Als Vorgabe für den Architekturwettbewerb sind daher Gestaltungsgrundsätze für die umgebenden Freiräume zu formulieren, die sowohl die Anordnung des Baukörpers innerhalb einer Aufschüttungsfläche mit und ohne Ausbildung einer Hafenkante als auch einen frei im Wasser positionierten Solitär zulassen.

Ein zum Thema „Archäologie“ passender musealer Kinderspielplatz ist für die museumspädagogische Bildung wichtig und in einem noch wahrnehmbaren Bezug zum Museumsbau im Wettbewerbsareal vorzuschlagen. Im Wettbewerb wird dazu keine inhaltliche Durcharbeitung eines solchen Spielplatzes erwartet – die Ausweisung der Fläche und sinnhafte Wegebeziehungen sind hier ausreichend. Die Inhalte des Spielplatzes werden zu einem späteren Zeitpunkt in Verbindung mit der inhaltlichen Ausgestaltung des Museums geklärt.

4.5.1.2 Neubau HALLE 625

Darstellung der Planungsprozesse

Im Rahmen des Planungswettbewerbs „Zentraler Bereich Stadthafen Rostock“ ist ein realisierbarer Wettbewerbsentwurf für die HALLE 625 einzureichen. Über den städtebaulichen Ideenteil ist ein Vorschlag zu erarbeiten, wie sich die Halle genau im Stadthafen einordnet. Ebenfalls im Planungswettbewerb ist sie dann im Sinne einer realisierbaren Vorplanung durchzuarbeiten.

Eine Realisierung der HALLE 625 bis zur BUGA 2025 ist vorgesehen.

Stadträumliche Einordnung und Dimensionierung des Gebäudes

Die zukünftige Multifunktionshalle ist Teil des Bauensembles um die zu entwickelnde zentrale Plaza.

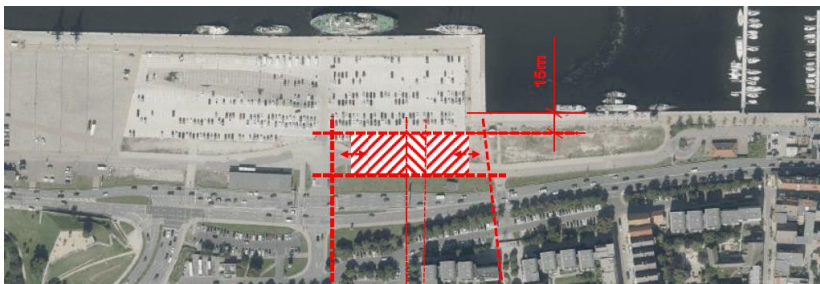
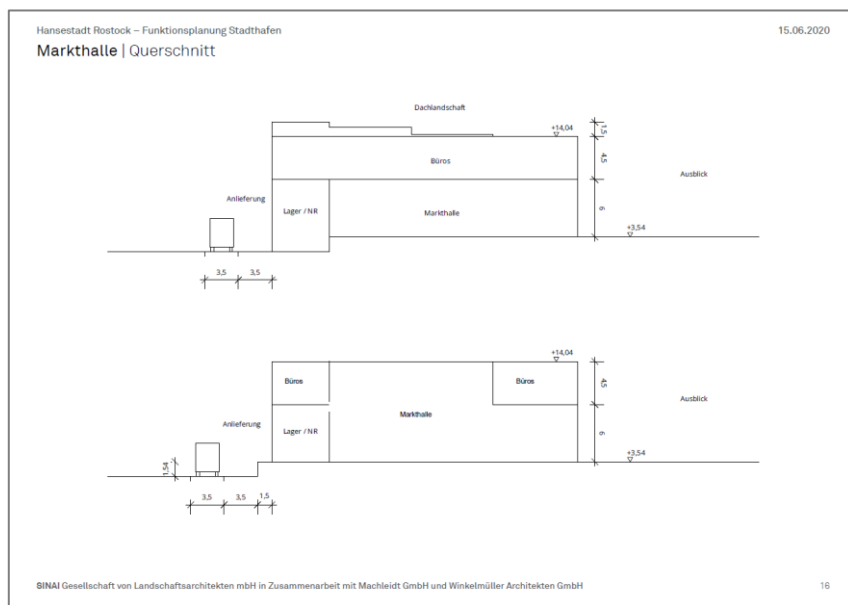


Abb XX: Bebauungsraum für HALLE 625

Das Gebäude begrenzt diesen neuen Stadtplatz im Südwesten und ordnet sich gleichzeitig in den für den Planungswettbewerb vorgegebenen Korridor möglicher Bebauung entlang der L22 ein. Aus der Funktionalität der HALLE 625 ergibt sich (bisher) die Notwendigkeit der Brechung der Sichtachse der Badstüberstraße. Mit dieser Problematik sollen sich die Wettbewerbsteilnehmer bei der Einordnung des Gebäudes, seiner inneren Funktionalität und der Ausbildung des Baukörpers auseinandersetzen und Vorschläge unterbreiten, wie diese Blickachse in der Baukörperausbildung bzw. -gestaltung abgebildet werden könnte.

Durch die Positionierung der HALLE 625 südlich zur L 22 kann sich zum Wasser nördlich der HALLE 625 ein großzügiger Platz- und Bewegungsraum für Fußgänger zwischen der Multifunktionshalle, dem ALM und der Kaikante öffnen. Das Gebäude der Multifunktionshalle kann gestalterisch und ggf. auch funktionell mit der Geh- und Radwegbrücke „Schnickmannbrücke“ zusammen gedacht werden, wobei zu beachten ist, dass Halle und Brücke von zwei verschiedenen Bauherren zu realisieren sind.

Für die Einordnung des Baukörpers der Multifunktionshalle lassen sich folgende Rahmenbedingungen formulieren:



Schemaquerschnitte
Multifunktionshalle (© sinai)

- Gebäudehöhe ca. 12-14,5m über NHN
- Außenmaße der Markthalle ca. 90m x 32m,
- zweigeschossiges Gebäude mit Raumhöhen entsprechen der Nutzungsanforderungen an eine Multifunktionshalle und ergänzende experimentelle Büro- und Gastronomienutzungen,
- Freihalten der Bewegungsachsen für Fußgänger und Radfahrer in West-Ost-Richtung entlang des Stadthafens; deshalb zwingend anordnen der Halle an einer gegenüber der Kaikante der angrenzenden Promenade 15m zurückspringenden Baulinie
- Dachaufsicht vom Altstadthügel sichtbare fünfte und deshalb anspruchsvoll zu gestaltende Fassade.

Nutzungskonzept des Gebäudes

Die HALLE 625 wird sich in einen Hallenteil und in einen sonstigen Nutzungsteil aufgliedern. Oberste Priorität bei der Konzipierung der HALLE 625 hat eine multifunktionale Nutzbarkeit des Bauwerkes. Vor allem der Hallenbereich muss sehr flexibel nutzbar sein.

Optimale Kernnutzung der neuen Halle kann ein Frischemarkt sein. Zur Stärkung dieser Nutzung ist angedacht, die Halle mit weiteren angelagerten Nutzungen wie zum Beispiel Gastronomie im Sinne einer Street-Food-Halle, einem Event- und Veranstaltungsbereich eventuell sogar auf den Flächen bzw. auf Teilflächen der Marktnutzung und weiteren

Nutzungen, welche sich aus der besonderen Lage im Stadthafen ergeben, anzureichern. Alle im Weiteren beschriebenen Nutzungsarten sind im Einklang mit den Anforderungen des im Flächennutzungsplan definierten „Sondergebiet Stadthafen“ zu entwickeln.

Frischemarkt

Die Ankernutzung für das Hallengebäude sollte idealerweise im Sinne einer Markthalle ein Frischemarkt sein. Diese Frischemarktnutzung „unter Dach“ kann sich in das Nutzungsgefüge der an verschiedenen Tagen in der Woche stattfindenden Frischemärkte in Warnemünde, Lichtenhagen, Lütten-Klein, Reutershagen, in der Innenstadt am Ulmenmarkt, am Doberaner Platz, auf dem Margaretenplatz und auf dem Neuen Markt, in Gehlsdorf und in Toitenwinkel einbinden und damit das Angebotssortiment bei Nahrungs- und Genussmitteln sehr positiv ergänzen.

Durch die Lage im zentralen Bereich des Stadthafens stärkt eine Frischemarktnutzung im Christinenhafen auch den südlich, unmittelbar angrenzenden City-Kernbereich mit seiner oberzentralen Bedeutung.

Darüber hinaus ist es wichtig, dass sich die Frischemarktnutzung im Sinne einer „Markthalle als Erlebnisort“ mit anderen geeigneten Nutzungsarten wie z.B. Gastronomie und Event verbindet. Temporäre Marktstände unter freiem Himmel können die Markthallennutzung ergänzen.

Gastronomie

Gastronomische Nutzungen, ob in Form kleinerer individueller Gastronomieangebote oder als Street-Food-Halle fügen sich in den Stadthafen ein und funktionieren an der Wasserkante und entlang der Bummelmeile schon heute. Diese Nutzung lässt sich hervorragend mit einer Frischemarktnutzung kombinieren und es gibt gute Synergieeffekte. Auch die Nachbarschaften zu einer Tourist-Information und zu den Büroarbeitsplätzen wirken sich positiv auf das Gastronomiegeschäft aus. Auch zu dieser Nutzung sind Freisitze denkbar.

Veranstaltung/Event/Messe/Kultur

Im Interesse einer flexiblen Nutzbarkeit der HALLE 625 ist es wichtig, das Gebäude so zu konzipieren, dass auf den Flächen für den Frischemarkt auch andere Nutzungen wie Messen, Events oder auch Veranstaltungen kultureller oder anderer Art stattfinden können.

Eine Verbindung zu gastronomischen Angeboten und zu möglichen Büroarbeitsplätzen ist förderlich.

Sport und Freizeit

Ebenfalls unter dem Gesichtspunkt einer flexiblen Nutzbarkeit der Hauptflächen einer zukünftigen Multifunktionshalle bietet sich eine sportliche Nutzung z.B. für Tennis, Volleyball/Beachvolleyball (7m Raumhöhe!) oder Bouldering an.

Tourismus

Absolut standortspezifisch für die Multifunktionshalle im Stadthafen ist die Einordnung des Hanse-Sail-Büros, der Tourismuszentrale R&W und dem in Kooperation mit diesem arbeitenden Hanse-Sail-Verein (Nutzungsprofil in der Anlage). Über diesen wird z.B. der gesamte Ticketverkauf für das Mitsegeln während der Hanse-Sail organisiert.

Es bietet sich an, die öffentlichen Nutzungsbereiche der Tourist-Information mit einem von außen erreichbaren öffentlichen WC zu kombinieren.

Weitere Mitnutzungen z.B. des Ticket & Info-Center-Bereiches für den Ticketverkauf der in Nachbarschaft zur zukünftigen Multifunktionshalle anlegenden „Blauen Flotte“ und weitere hafenbedingte Serviceleistungen z.B. für kleine Kreuzfahrtschiffe sind denkbar.

Büro

Klar definierte Vorgaben für die Art und Nutzung von Büroarbeitsplätzen liegen von der Tourismuszentrale Rostock & Warnemünde vor, welche im vorherigen Nutzungsabschnitt zum Tourismus bereits aufgeführt worden sind.

Büroräume für den Frischemarktnutzer sind ebenfalls erforderlich (Umfang ca. 3m x 25 m²).

Zusätzlich gibt es die Idee, Arbeitsplätze der Kreativwirtschaft (Co-Working) im Bereich des Christinenhafens anzusiedeln. Das passt an diesen Standort, aber die notwendigen Flächengrößen sind erst noch zu klären. Hier steht die Idee im Raum, dafür bis zu 1500m² NFL anzubieten. Alternativ muss auch die Integration des städtischen Hafen- und Seemannsamtes einschließlich seiner Stadthafenmeisterei möglich sein.

Flächenbilanz

In der städtebaulichen Funktionsstudie sind die Außenmaße der neuen Multifunktionshalle vorläufig mit 90m x 32m definiert. Bei einer Zweigeschossigkeit ergibt sich damit eine Nutzfläche von etwa 4.600m². Bei der Annahme, dass es eine Erdgeschossenebene mit einer Raumhöhe von etwa 6m und eine weitere Ebene im 1. Obergeschoss mit einer Raumhöhe von etwa 4,5m geben kann, kann sich folgende Nutzungszuordnung ergeben:

- Erdgeschoss: Frischemarkt/weitere Hallennutzungen	≈ 1000m² NFI
Anlieferung/Lager etc.	≈ 300m² NFI
TZR&W	≈ 450m² NFI
Gastronomie & Event	≈ 550m² NFI
- 1. Obergeschoss: TZR&W	≈ 650m² NFI
Hafen- und Seemannsamt	≈ 500m² NFI
Büros Marktbetreiber etc.	≈ 350m² NFI
Gastro & Event bzw.	
Co-Working & Innovation	≈ 800m² NFI

Im Erdgeschoss lässt sich der Frischemarkt sinnvoll mit der Gastronomie verbinden und ergänzend können im Erdgeschoss der Ticket- und Infobereich der TZR&W, dazu ein Veranstaltungsraum der TZR&W und das Traditionszimmer des Hanse- und Hanse-Sail-Traditionszimmers angeboten werden.

Im 1. Obergeschoss ist die Einordnung der Büroräume der TZR&W mit dem Hanse-Sail-Büro und dem Hanse-Sail-Verein sinnvoll. Ebenso kann dort der Hauptverwaltungstandort des städtischen Hafen- und Seemannsamtes eingeordnet werden. Diese Büronutzungen im 1. Obergeschoss kann ergänzt werden um weitere Büronutzungen z.B. des Marktbetreibers.

Die verbleibenden 800m² Nutzfläche können variabel genutzt werden z.B.

- für ergänzende Gastronomie mit Eventflächen und ggf. einem Luftraum über dem Markthallenbereich,
- innovativen Büro- und Arbeitsflächen für Co-Working-Projekte
- der Integration der Personalfächen der Stadthafenmeisterei (70m²)

Zusätzlich ist die Frage zu klären, ob auf einigen Bereichen der Dachfläche die Anordnung von Dachterrassen über dem 1. Obergeschoss möglich ist.

Erkennbar wird den Wettbewerbsteilnehmern ein Nutzungsspektrum angeboten, welches sich baulich in einem multifunktional nutzbaren Hallenteil über ein oder zwei Etagen mit oder ohne Luftraum und mit oder ohne Galerie und in einem im Erdgeschoss ergänzenden öffentlich nutzbaren Gewerbeteil und einem gewerblich nutzbaren Obergeschoss abbilden soll. Je nach Art der Ausbildung des Hallenteils in seiner Raumhöhe variiert dann auch die Nutzflächengröße des 1. Obergeschosses.

Hochwasserschutz

Die HALLE 625 und eventuelle weitere Neubauten können gleichzeitig als Teil des Hochwasserschutzbauwerkes dem Hochwasserschutzdienen. Konzeptionell wird davon ausgegangen, dass die zukünftige zentrale Plaza auf eine Hochwasserschutzhöhe von 3,54m über NHN angehoben wird.

Freiraum und Verkehrsanbindung

Für die konzipierten Nutzungen sollten mehrere im Nutzungsgefüge des Stadthafens gut positionierte ebenerdige Zugänge ebenso berücksichtigt werden wie die Einordnung entsprechender Freiraumfunktionen wie z.B. Gastronomiefreisitze oder Märkte unter freiem Himmel. Eine Anlieferung von Süden oder von Westen außerhalb des Fußgänger Aufenthaltsbereiches muss erfolgen können und die Nähe Bushaltestelle (Mobility-Hub) ist eine wichtige funktionale Verbindung. Alle Nutzungen im Freiraum müssen sich in die „Plaza“, den Flanierbereich entlang der Hafenkante und die angrenzenden Freiflächen für die jährlichen Großveranstaltungen einfügen.

Bauordnungsrechtlich notwendige Pkw-Stellplätze sollen nicht innerhalb der HALLE 625, sondern auf der gegenüberliegenden Seite der L 22 in einem dort ebenfalls neu zu errichtenden Parkhaus an der Fischerstraße untergebracht werden und müssen dort durch eine Baulasteintragung gesichert werden.

4.5.1.3 Neubau Hafenmeisterei

Die Hafenmeisterei des Rostocker Hafen- und Seemannsamts hat im Rostocker Stadthafen zurzeit zwei Standorte. Die Büros sind im Gebäude Warnowufer 65a westlich des alten Hafenhauses untergebracht und Lager- und Werkstattflächen sowie Garagenstellplätze befinden sich in der Großgarage Am Strande 1a. Da die Großgarage abgebrochen wird, müssen die dort untergebrachten Funktionen des Hafen- und Seemannsamtes (und des Hanse-Sail-Büros) anderweitig im Stadthafen eingeordnet werden.



Abb. XX: Lageplan mit Bestandsgebäuden der Hafenmeisterei

Die Wettbewerbsteilnehmer sollen im Ideenteil Vorschläge unterbreiten, wo zukünftig die Hafenmeisterei untergebracht werden kann. Dies kann ein separater Neubau innerhalb des Wettbewerbsareals zwischen Friedrichstraße und Schnickmannstraße sein, aber auch die Integration in ein größeres Gebäude wie die HALLE 625 gemeinsam mit einem neuen Verwaltungsstandort des städtischen Hafen- und Seemannsamtes ist möglich. Aus Nutzersicht ist ein zentraler und der Warnowbrücke naher Standort ideal.

Aufgegliedert in einen Büro- und einen Techniktrakt sind die Nutzungsanforderungen der Hafenmeisterei im Stadthafen in der Anlage dargestellt, wobei die Personalräume und einige Flächenbedarfe für Technik und Material zur Aufrechterhaltung des Hafenbetriebes (Radlader, Dienstfahrzeuge und Anhänger, Werkstatt und Materiallager, Rettungs- und Reparaturmittel) zwingend im Stadthafen untergebracht werden müssen. Für flächenintensivere Lagerbedarfe können ggf. auch Flächen bzw. Baulichkeiten außerhalb des Stadthafens gefunden werden.

Eine Unterbringung aller Bedarfe unter einem Dach wird vom Fachamt aber als optimale anzustrebende Lösung gesehen.

4.5.1.4 Erweiterung RSC 92

Der Rostocker Segelverein Citybootshafen e.V. hat sein Domizil und seine Winterlagerflächen im Gebäude Warnowufer 64 auf Höhe Friedrichstraße. Sowohl das Vereinsgebäude als auch das danebenstehende Gaststättengebäude Warnowufer 64a sind stadtplanerisch durchdacht platziert nach 1990 als die Blickachse der Friedrichstraße flankierende Neubauten errichtet worden.



Abb. XX: Lageplan mit Bestandsgebäude und Winterlagerfläche RSC 92

Der RSC 92, einer der tragenden Säulen im Segelsport und in der Jugendarbeit in Rostock, beabsichtigt sein Vereinsgebäude mit der Lagerhalle zu erweitern (Nutzungskonzept siehe Anlage).

Die Wettbewerbsteilnehmer sollen im städtebaulichen Ideenteil darüber nachdenken, wo sich ein möglicher Erweiterungsneubau in Korrespondenz zum vorhandenen Vereinsgebäude und seinen Winterlagerflächen entwickeln könnte. Zu bedenken ist dabei, dass der verbleibende Bewegungsraum für Fußgänger und Radfahrer in diesem Abschnitt des Stadthafens zwischen dem vorhandenen Vereinsgebäude und seinen Winterlagerflächen auf der einen Seite und der Kaikante des Haedgehafens sehr schmal ist.

Die Einordnung einer öffentlichen Toilette in diesem potentiellen Neubau wäre möglich.

4.5.1.5 Neubau Öffentliche WC-Anlagen

Die Einordnung öffentlicher WC-Anlagen ist von den Wettbewerbsteilnehmern mitzudenken.

Die aktuelle Bedarfskonzeption der Hanse- und Universitätsstadt Rostock sieht in den Kernbereichen touristischer Schwerpunkte der Stadt einen Abstand zwischen öffentlichen Toiletten von nicht mehr als 250m vor. Vor diesem Hintergrund entsteht großzügig veranschlagt für den Stadthafen ein Bedarf von vier öffentlichen Toiletten innerhalb des Wettbewerbsgebietes.



Abbildung XX: Karte heutiger öffentlicher WC-Anlagen im oder in der Nähe des Stadthafens (Geoportal HRO)

Vorhandene öffentliche WC-Anlagen gibt es im Stadthafen an den Standorten Am Strande 1c und Am Strande 2g, sowie durch die L 22 vom Stadthafen abgeschnittenen in der Fischerstraße 5. Man sollte davon ausgehen, dass das durch einen Neubau im Rahmen eines neuen städtebaulichen Konzeptes zu ersetzende öffentliche WC an der Fischerstraße 5 durch die Barrierewirkung der L 22 nicht gut durch die Besucher des Stadthafens genutzt werden kann.

Aus diesen Rahmenbedingungen ergibt sich ein praktischer Mindestbedarf im Bereich der Plaza (an deren Westkante) und am Haedgehafen. Beide zukünftigen Standorte sollten Toiletten in ausreichender Anzahl bieten und wenn möglich in neu zu errichtende Gebäude (RSC 92, HALLE 625) integriert werden.

4.5.2 Ingenieurbauwerke

4.5.2.1 Neubau Warnowbrücke

Die Warnowbrücke ist nicht Gegenstand des Planungswettbewerbs zum zentralen Bereich des Stadthafens, muss aber mit ihrem Antrittspunkt und den zukünftig verschiedenen Geländehöhen zwischen Hafenkante und Brückenhöhe in die Hafenplanung integriert werden. Die Vorplanungsunterlagen für die Warnowbrücke sind eine verbindliche Vorgabe für den Planungswettbewerb zum Stadthafen.

Rostock beabsichtigt als eine wesentliche Stadtentwicklungsmaßnahme den Bau einer 6m breiten Fuß- und Radwegebrücke über die Warnow, wobei Fuß- und Radweg auf der Brücke getrennt werden sollen. Die Brücke wird im nord-östlichen Bereich des Christinenhafens anbinden. Nahe dem Stadthafen soll sie etwa 40 m nördlich der Kaikante über einen Öffnungsmechanismus verfügen, um auch größeren Schiffen im Bereich der vorhandenen Fahrrinne eine Durchfahrt zu ermöglichen.

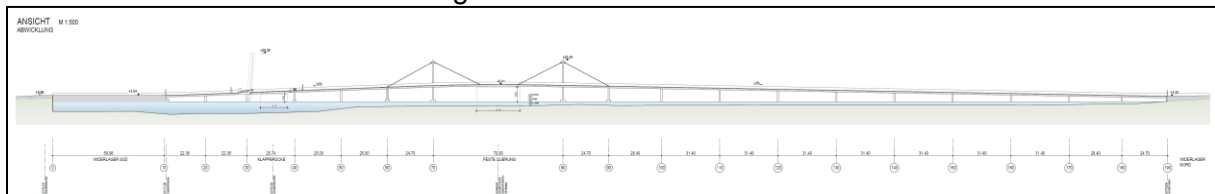


Abb XX: Ansicht der neuen Warnowbrücke von Osten

Die Anbindebedingungen dieses Brückenbauwerkes sowohl im Stadthafen als auch in Gehlsdorf - wurden im Rahmen der Brückenvorplanung festgelegt. Dabei sind die erforderliche Nutzungsdauer für die Brücke, sowie aktuelle Prognosen zu steigenden Wasserständen und der Hochwasserschutz berücksichtigt. Die Anbindehöhe der Brücke an der Kaikante im Stadthafen liegt demnach bei 3,54m über NHN. Die Platzfläche der zukünftigen Plaza muss auf diesen Höhenunterschied zur gegenwärtigen Höhenlage der Flächen des Christinenhafens, welche mit Bestandshöhen zwischen 1,60 m und 2,00 m und auf die zu erhaltenden Höhen der Kaikanten von etwa 2,00 m liegen, reagieren.

Die Kaikante wird im Bereich des zukünftigen Brückenwiderlagers einen ca. 1 m bis 2 m breiten Vorsprung in Richtung Gewässer haben. Südlich davon befindet sich das Brückenwiderlager Süd mit integriertem Technikraum. Anschließend erstreckt sich bis zum Kempowskiufer (Schiffsliègeplatz 84) die Vorlandbrücke. Bei der Vorlandbrücke handelt es sich um eine, parallel zu aktuellen Kaianlage Christinenhafen (Schiffsliègeplatz 83 S), aufgeständerte überschütteten Betonplatte. Die Überdeckung beträgt ca. 2,00 m. Gründung, Bodenplatte, seitliche Spundwand und Überschüttung werden im Rahmen der Brückenbaumaßnahme realisiert. Die Vorlandbrücke wird später Teil der Platzfläche der zentralen Plaza und soll in ihrer Gestaltung im Oberflächenmaterial dieser Platzfläche durch die Wettbewerbsteilnehmer mit geplant werden.

Am o.g. südlichen Brückenwiderlager, dem eigentlichen Brückenantritt sind sowohl der Aufbau (rutschfeste Betonoberfläche) als auch die verkehrliche Trennung in Rad- und Gehwegbereiche (Radfahrer auf Westseite, Fußgänger auf Ostseite) festgesetzt. Das Geländer der Brücke wird in Richtung der Vorlandbrücke bis ca. 15 m von der jetzigen Kaikante fortgeführt.

Unmittelbar neben dem Geländer liegt östlich der Zugang zum Technikraum, Die Vorplanung sieht eine Zugang über Bodentore und Montageluke (Gesamtmaß ca. 5,5 m x 1,20) vor. Die Tore und Luken sind gegen Überfahung zu sichern. Das ist im Rahmen des Wettbewerbes Stadthafen zu realisieren.

Oberhalb der Spundwand (zum zukünftigen Baufeld des ALM) wird ein Geländer erforderlich. In Abhängigkeit von der Positionierung des ALM auf einer eingespundeten Landgewinnungsfläche oder frei in der Wasserfläche stehend und der daraus resultierenden Flächengestaltung kann das Geländer ggf. wieder zurückgebaut und die Spundwand in ihrer Höhe auch eingekürzt werden. Es ist zu überlegen, wie der Übergang zwischen Geländer und Kaikante ohne Geländer gestaltet werden kann. Wichtig ist auch, dass auf dieser Fläche die Wartezone für die Fußgänger und Radfahrer bei der Gestaltung berücksichtigt wird, wenn die Brücke offen ist, auch wenn der Hauptteil der Nutzer bei geschlossener Brücke auf der Brücke warten wird, denn die Sperrung der Brücke wird in unmittelbarer Nähe zum beweglichen Brückenteil (Abstand von der Kaikante ca. 40 m) erfolgen. Dem entsprechend wird der Hauptwartebereich für die Fußgänger und Radfahrer auf der Brücke sein.

Für die Brücken-Bewirtschaftung ist eine beidseitige Befahrung der Brücke durch Reinigungs- und Winterdienstfahrzeuge, sowie durch Fahrzeuge für die Brückenprüfung und Wartung zu gewährleisten. Die Befahrung der o.g. Fahrzeuge über die Flächen des Stadthafens ist vorzusehen. Die Abpollerung der Brücke gegen unbefugtes Befahren wird im Rahmen der Brückenplanung im Bereich der Brückenwiderlager vorgesehen.

4.5.2.2 Neubau Schnickmannbrücke

Im Rahmen des Planungswettbewerbs „Zentraler Bereich Stadthafen Rostock“ ist ein realisierbarer Wettbewerbsentwurf für die Schnickmannbrücke einzureichen. Über den städtebaulichen Ideenteil ist ein Vorschlag zu erarbeiten, wie sich eine Fußgänger und Radwegebrücke im Stadtraum der L 22 positioniert, sowohl auf der Altstadtseite sensibel in den Straßenraum der Schnickmannstraße einfügt als auch im Stadthafen auf das Höhenniveau der zukünftigen Plaza hinabschwingt und ggf. mit der HALLE 625 korrespondiert (siehe Städtebau).

Anschließend ist die Schnickmannbrücke im Sinne einer realisierbaren Vorplanung durchzuarbeiten, so dass das Bauwerk bis zur BUGA 2025 errichtet werden kann.

Ihr kommt im Innenstadtgefüge eine besondere Bedeutung zu. Der Straßenraum der Schnickmannstraße ist Teilabschnitt einer hochwertig gestalteten und mit Kunstwerke zusätzlich aufgewerteten städtebaulichen Achse, welche sich vom Universitätsplatz mit der Kröpeliner Straße durch die Breite Straße, die Lange Straße querend dann durch die Nördliche Altstadt und hier durch die Schnickmannstraße bis an den Stadthafen zieht.

Und die wichtige Verbindung über die L 22 in den Stadthafen fehlt bis heute und ist bisher lediglich durch eine ampelgesteuerte dem MIV untergeordnete und für die zukünftigen Anforderungen unzureichende niveaugleiche Fußgänger- und Radfahrerquerung der Landesstraße hergestellt.

Aufgrund ihrer besonderen stadtstrukturellen Bedeutung soll diese Straßenquerung niveaufrei als barrierefreie Fußgänger- und Radfahrerbrücke über die L 22 ausgebildet werden.

Die Idee einer Querung mit einer Brücke entstand bereits in den 80er Jahren des 20. Jahrhunderts im Zusammenhang mit der Neubebauung von Teilen der Nördlichen Altstadt. Damals wurde am unteren Ende der Schnickmannstraße eine Bastion ausgeformt, von deren Nordostecke in einem weiten u-förmigen Schwung eine Fußgängerbrücke über die L 22 in den Stadthafen hinübergleiten sollte. Mit der Wiederaufnahme dieser Idee der niveaufreien Überquerung der Landestraße „Am Strande“ in Brückenform besteht die einmalige Chance, das Bauensemble der Nördlichen Altstadt im Sinne seiner Entstehungszeit durch behutsames Einfügen dieser Brücke in den Stadtraum vervollständigen zu können. Zwingend in diese Überlegungen einzubinden ist die planerische Auseinandersetzung mit der vorhandenen Bastion mit dem in der Straßenachse stehenden Kunstwerk „Segel im Wind“ von Achim Kühn aus dem Jahre 1988. Diese Bastion bildete den Abschluss des Straßenraumes und war ursprünglich gleichzeitig wie schon erläutert als Widerleger für die Fußgängerbrücke über die L 22 gedacht. Die Brückenzugänge waren allerdings allein über Treppen und Aufzügen angedacht. Nach

heutigen Gesichtspunkten notwendiger Barrierefreiheit sind für die Brücke andere Lösungen zu finden.

Die Metallplastik von Achim Kühn ist Teil eines „Kunstpades“, welcher die Stadträume vom Universitätsplatz beginnend mit dem „Brunnen der Lebensfreude“ von Jo Jastram und Reinhard Dietrich, über die Breite Straße mit den beiden Plastiken „Die Welle“ und „Der Fluss“ von Dorothea Maroske über die Plastiken „Liegende“ von Reinhard Buch und „Quelle, Wasser und Ufer“ von Wolfgang Friedrich an der Ecke Lange Straße/Schnickmannstraße“ weitergehend mit dem Wasserlauf im oberen Abschnitt der Schnickmannstraße aufwertet und gliedert. Auch stadträumlich ist es deshalb sehr wesentlich, das Kunstwerk von Achim Kühn zukünftig am unteren Ende der Schnickmannstraße gut zu positionieren.

Ein Start der neuen Fußgänger- und Radfahrerbrücke in der Sicht- und Bewegungsachse des Straßenraumes der „Schnickmannstraße“ spiegelt die städtebauliche Idee des gemeinsamen Erlebens von Schnickmannbrücke und neuer Warnowquerung aus der Fußgänger- und Radfahrerperspektive am besten wider, wobei die neue Brücke nur soweit wie für die Herstellung der Barrierefreiheit zwingend erforderlich in den Straßenraum eingreifen sollte (bis maximal 25m). Eine lineare Weiterführung der Brücke in den Stadthafen wird nicht gefordert. Im Wettbewerb ist ein stadträumliches Zusammendenken von Brücke, Bastion und vorhandenem Kunstwerk notwendig. Bei Bedarf ist dieses erlebbar aus der Schnickmannstraße neu zu positionieren. Ein Start der Brücke in der Achse der Schnickmannstraße ist gewünscht, wird aber nicht zwingend vorgegeben. Außerdem sind Vorschläge zu unterbreiten, wie die Radfahrer in der hängigen Topografie der Nördlichen Altstadt auch von der unteren Strandstraße über die obere Strandstraße optimal zum Brückenanfang geführt werden können.

Im Übergangsbereich zum Stadthafen ist die auf der Linie der ehemaligen Stadtmauer stehende und als „Grüne Stadtmauer“ konzipierte Baumreihe zwischen Strandstraße und Am Strande zu respektieren und zu erhalten.

Die Brücke ist in einer Breite ihrer Bewegungsflächen von mindestens 4,5m (gemeinsamer Geh- und Radweg) auszubilden und kann in ihrem Verlauf in der Breite variieren. Für Radfahrer ist sie nicht als schnelle Wegeverbindung gedacht. Die Belastung der Brücke ist für Wartungsfahrzeuge und für Fahrzeuge des Reinigungs- und Winterdienstes mit einer Achslast von 6,5t auszulegen.

Folgende Mindestmaße der lichten Brückenhöhen sind einzuhalten:

- untere „Strandstraße“ mind. 2,60m für Radfahrerunterfahrung geeignet (für MIV gesperrt)
- L 22 „Am Strande“ mind. 4,70m für MIV,
- Zuwegung zu Archäologischem Landesmuseum im Stadthafen mind. 4,5m für MIV.

Um eine möglichst geringere Einbindelänge der zukünftigen Brücke in die Nördliche Altstadt zu erhalten, wäre eine Reduzierung der Straßenhöhe der L 22 unter der Brücke um bis zu 0,50m technisch möglich. Im Untergrund der Straße liegende große Schmutz- und Regenwassersammler lassen eine solche Absenkung zu, ohne dass ihre kostenintensive Verlegung erforderlich wird.

Im Stadthafen sind durch die Wettbewerbsteilnehmer Vorschläge zu erarbeiten, wie die Brücke auf die „Plaza“ heruntergeführt werden kann, welche sich zukünftig zwischen dem Neubau des Archäologischen Landesmuseums und der HALLE 625 aufspannen und zur neuen Warnowbrücke weiterführen wird.

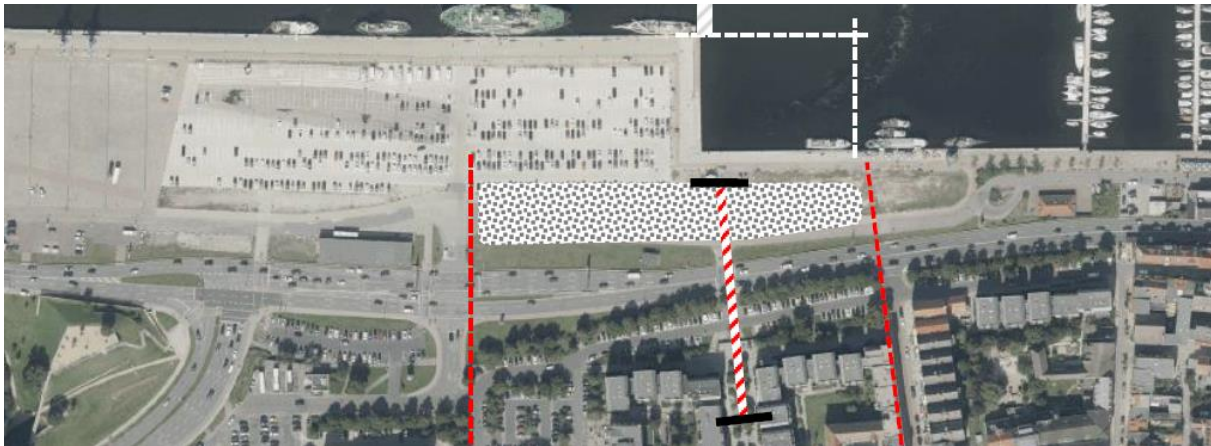


Abb XX: Rahmenbedingungen für Schnickmannbrücke mit Begrenzungslinien in Nördlicher Altstadt und im Stadthafen und Bereich, in welchem die Brücke im Stadthafen herabgeführt werden kann

Die Neubauten der HALLE 625 und der Schnickmannbrücke im Wettbewerb zusammen denken zu können, bietet Chancen für eine baukörperlich optimale und gestalterisch hochwertige Lösung des Herabführens der Schnickmannbrücke auf das Höhenniveau der zukünftigen Plaza, ohne in diesen Platzraum baulich einzugreifen. Zu beachten ist aber auch, dass die Halle und die Brücke später von verschiedenen Bauherren realisiert und bewirtschaftet werden sollen. Beide Bauwerke sind daher konstruktiv voneinander zu trennen. In Abbildung XX ist nochmals dargestellt, dass das Herabführen der Brücke auf das Höhenniveau der zukünftigen Plaza innerhalb der Nord-Süd-Grenzen des Korridors möglicher Bebauung sehr frei sowohl nach Westen als auch nach Osten ausschwenkend gedacht werden kann.

Die Brücke muss in einer dauerhaften Materialität (z.B. Stahlbeton oder Stahl) ausgeführt werden. Die Vorgaben und Regelungen der bast zu Lebensdauer, Qualität, Dauerhaftigkeit, Beanspruchung etc. von Ingenieurbauwerken sind zu berücksichtigen.

4.5.2.3 Weitere Ingenieurbauwerke

Unterirdischer Bauraum

Historisch gewachsen existieren innerhalb des Wettbewerbsareals verschiedenen Leitungsnetze auf den Hafenflächen, davon elf Regenwassersammler, deren Lage bei den Freiraum- und Hochbauplanungen zu beachten ist.

Diese großen Sammler führen das Regenwasser der öffentlichen Straßen und Plätze der Rostocker Altstadt und der Kröpeliner-Tor-Vorstadt, aber teilweise auch Oberflächenwässer von kleineren verrohrten Bachläufen aus dem Hinterland in die Unterwarnow ab. Die vorhandenen Leitungsverläufe sind zu respektieren und technische Anforderungen (Anlage) beim Umgang mit den Bestandsnetzen sind zu beachten.

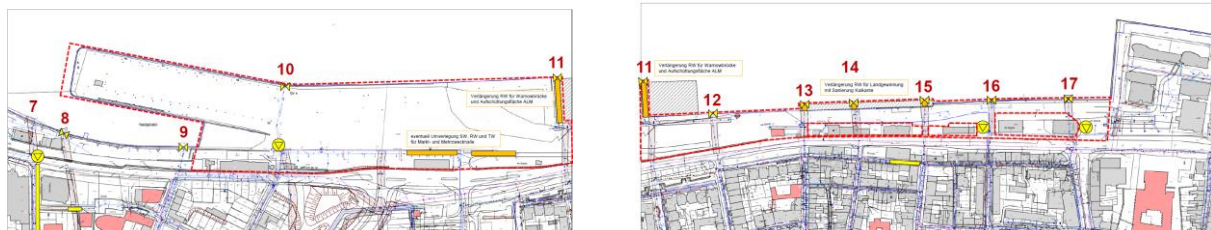


Abb. XX: Lagepläne Wettbewerbsgebiet mit notwendigem Investitionsbedarf in die Netze für Regen-, Misch- und Schmutzwasser

Ein Mindestabstand zu den Leitungen ist notwendig, um eine einwandfreie Wartung zu gewährleisten, um äußere Einwirkungen auszuschließen, die den Bestand der Rohrleitungen

gefährden könnten und insbesondere auch Schäden auf in der Nähe befindlichen Bauwerken bei nicht auszuschließenden Rohrbrüchen zu verhindern bzw. zu minimieren.

Veränderungen an den Leitungssystemen sind ausgelöst durch die Neugestaltung der Frei-, Grün- und Grün- und Verkehrsflächen lediglich bei Bauarbeiten an den Kaikanten zu erwarten und ggf. beim Neubau des Archäologischen Landesmuseums und der HALLE 625.

Zur Sicherstellung des Schutzes vor Hochwasser müssen nicht nur oberirdische, sondern auch unterirdische Investitionen getätigt werden. Im Planungswettbewerb sind dafür folgende formale Rahmenbedingungen zu beachten:

- unterirdische Rückschlagklappen müssen immer an den Querungsstellen der Regenwassersammler mit dem Hochwasserschutzbauwerk platziert werden,
- im Wettbewerbsareal müssen vier unterirdische Pumpstationen (Höhe Friedrichstraße, Haedgestraße, Große Mönchenstraße, Grubenstraße entsprechend Abb.XX) eingeordnet werden, welche im Hochwasserfall das zeitgleich anfallende Regen- bzw. Oberflächenwasser aus dem Hinterland in die Warnow überpumpen können; die Vorhalteflächen für diese Pumpenbauwerke dürfen nicht überbaut bzw. überpflanzt werden,
- alle unterirdischen Bauwerke müssen zu Wartungszwecken mit größeren Fahrzeugen erreichbar sein.

Die Anpassung der unterirdischen Leitungssysteme sind erst nach Planungsbeauftragung durch ein spezialisiertes Ingenieurbüro durchzuplanen.

Kaikanten

Innerhalb des Wettbewerbsgebietes des zentralen Bereiches des Stadthafens liegen die Wassertiefen zwischen vier und sieben Meter. Die größten Wassertiefen befinden sich mit bis zu sieben Metern an der Nord- und an der Westseite der Haedgehalbinsel. Dem entsprechend sind die Kaikanten des Stadthafens in verschiedenen freistehenden Höhen ausgebildet.

Im Ergebnis des Planungswettbewerbs bzw. aufgrund des mangelhaften Zustandes müssen in den kommenden Kaikante abschnittsweise erneuert werden. Dies betrifft auch Bereiche, in welchen die Kaikanten abgesenkt werden können.

Die neuen Kaikanten sind nach den rechtlich und funktional vorgeschriebenen Regeln zu konzipieren.

Im Planungswettbewerb ist das zu beachten. Die Kaianlagen sind aber erst nach Planungsbeauftragung durch ein im Wasserbau erfahrenes Ingenieurbüro durchzuplanen.

Hochwasserschutzbauwerk

Ausführliche Anforderungen an den Hochwasserschutz sind im Abschnitt „Hochwasserschutz“ dargelegt.

Konstruktiver Kern des oberirdischen Hochwasserschutzbauwerkes, welches sich gestalterisch möglichst unauffällig in den Stadthafen einfügen soll, wird in Bereichen mit wenig Platz vermutlich eine Spundwand sein, welche sich in unterschiedlicher, der jeweiligen Geländesituation entsprechenden Höhe oberhalb der Geländeoberfläche erhebt und mindestens in dreifacher Länge im unterirdischen Bauraum verankert sein muss. Üblicherweise wird diese Spundwandkonstruktion an ihrer Oberkante durch einen Betonholm zusammengehalten. Bei verfügbarem Flächenangebot kann das Hochwasserschutzbauwerk auch als Deich ausgeführt werden.

Mobile Teile sind im Hochwasserschutzbauwerk nur in Ausnahmefällen einzuordnen. Wenn in den Einfahrbereichen des MIV in den Stadthafen keine Geländeaufhöhung möglich ist, können dort Flutschutztore bis zu einer Öffnungsbreite von 10m angeordnet werden. Gleiches gilt für dauerhafte Querungsstellen für Radfahrer und Fußgänger, welche dann ebenfalls nur das funktional notwendige Mindestmaß aufweisen sollen. Zu beachten sind in

den Planungen auch zusätzliche Querungsmöglichkeiten des Flutschutzbauwerkes für Fluchtwege, welche nur temporär an wenigen Tagen im Jahr für Großveranstaltungen zu aktivieren sind.

Beidseitig des Bauwerkes ist ein Schutzraum von je 3m von weiterer Bebauung freizuhalten.

Das Hochwasserschutzbauwerk ist nach den rechtlich und funktional vorgeschriebenen Regeln zu konzipieren. Im Planungswettbewerb ist das grundsätzlich zu beachten. Das Bauwerk selber ist erst nach Planungsbeauftragung durch ein im Wasserbau erfahrenes Ingenieurbüro durchzuplanen.

4.6 Sonderthemen

4.6.1 Maritime Meile

Die Transformation zu einem grüneren, attraktiveren und lebenswerteren Stadthafen mit allen daraus resultierenden Veränderungen muss immer noch Raum geben für das Atmen der maritimen Geschichte dieses Ortes.

Die Stadt legt mit der Umgestaltung des Hafenareals Wert darauf, mit der Entwicklung einer durch vielfältige Elemente geprägten „Maritimen Meile“ (siehe Anlage) an die Ursprungsnutzung des Stadthafens zu erinnern und die jahrhundertlange maritime Tradition und Kultur der Hanse- und Universitätsstadt Rostock lebendig zu halten. Ein idealer Ort dafür ist der historische Stadthafen zwischen dem Kabutzenhof und der Holzhalbinsel, welcher durch attraktive maritime Angebote aufgewertet und belebt werden kann.

Durch weitsichtiges Denken und Handeln konnte wichtige bauliche Zeugnisse der Rostocker Stadthafengeschichte in den 90er Jahren des 20. Jahrhunderts vor dem Abriss oder der Verschrottung bewahrt werden.

So stellen im Bearbeitungsbereich des Wettbewerbs die noch vorhandenen Hafenkräne und die historischen Schiffe sichtbare der langen maritimen Nutzung des Stadthafens dar, welche auch dauerhaft im Haedehafen bzw. an der Kaikante ihren Platz finden bzw. behalten sollen. Mit den Kränen sind auch die wenigen noch vorhandenen Schienen zu erhalten, um die Verfahrbarkeit der Kräne nachvollziehen zu können.

An hafentypischen historischen Gebäuden existieren innerhalb des Wettbewerbsareals noch

- das ehemaligen Hafenhaus am „Warnowufer 65“ mit der Gaststätte „Alter Fritz“ und dem ehemaligen „Theater im Stadthafen“ (TiS),
- das Gebäude „Am Strande 2a“, heute mit der Gaststätte „Borwin“ (ehemaliger Duty-Free-Shop),
- das als Lokschuppen bezeichnete Gebäude „Am Strande 2c“, hier handelt es sich um einen als Einzeldenkmal unter Schutz stehenden ehemaligen Güterboden, daran angebaut ist ein Trafogebäude „Am Strande 2f“,
- ebenfalls als Einzeldenkmale festgesetzte Getreidesilos Silo 1 und 2 (Am Strande 2d + 2e).



Abbildung XX: Karte historischer erhaltenswerter Gebäude (RGS)

Eine Rangierlok mit historischen Waggons vor dem ehemaligen Lokschuppen verweist auf die Hafenbahn, welche bis Anfang der 90er Jahre noch durch die Altstadt über die

Grubenstraße den Güterverkehr im Stadthafen sicherstellte. Hier und vor den markanten Getreidesilos Am Strande 2d und 2e sind die ursprünglichen Gleisanlagen noch vorhanden. Sie sind zu erhalten und die Freiflächengestaltung einzubeziehen. Das Hafenareal gegenüber dem historischen Mönchentor auf Höhe Mönchenstraße mit den letztgenannten Gebäuden erinnert noch heute am stärksten an den ursprünglichen Hafencharakter.

Die maritime Meile bezieht natürlich auch bis heute im Stadthafen ansässige wasserbezogene Gewerbenutzungen wie die „Marina im Stadthafen“ des Industrie- und Yachtausrüsters „Am Strande 2“, das Hanse-Sail-Büro oder den Segelverein RSC 92 im Gebäude „Warnowufer 64“ und natürlich die Hafenmeisterei als Funktionsgebäude des Stadthafens im Gebäude Warnowufer 65a mit ein.

Eine maritime Meile im Stadthafen sollte einen durchgehenden Wiedererkennungswert haben. Ein wesentliches Element dafür kann ein durchgehendes Info-System zu maritimen Nutzungen und zur maritimen Geschichte des Ortes sein.

Neben in geeigneter Form aufgearbeiteten, positionierten und dargebotenen Informationen könnte sich auch die Etablierung eines Seezeichenpfades bzw. Seezeichenlehrpfades im Sinne einer Freiluftausstellung maritimer Gegenstände (z.B. Propeller, Schiffsdiesel, Bojen, Anker) anbieten. Denkbar ist auch die Entwicklung einer Flaggenparade. Hierzu sind Ideen der Wettbewerbsteilnehmer erwünscht.

4.7 Umwelt- und Klimaschutzziele

Bei der Neugestaltung des Rostocker Stadthafens sind umweltplanerische Themen wie Stadtklima, Energie und Lärmschutz zu beachten.

Ein wesentliches Ziel aus Sicht des Umweltschutzes muss es sein, großzügige Freiräume im Stadthafen als Erholungs- und Erlebnisraum beizubehalten, aufzuwerten und zu entwickeln. Auch innerhalb des Stadthafens kann man dadurch das Gründefizit innerhalb der kompakt bebauten Innenstadt ein Stück weit abgebaut werden.

Stadtklimatisch stellt der Bereich des Stadthafens durch seinen aktuell sehr hohen Versiegelungsgrad eine überwärmungsgefährdete Fläche dar. Bei der Neugestaltung des Stadthafens sind daher Maßnahmen zur Verbesserung der bioklimatischen Situation zu berücksichtigen, d.h.

- Entsiegelung und Begrünung,
- Erhöhung des Grünflächenanteils,
- Berücksichtigung stadtklimatischer Gesichtspunkte wie lokaler Windverhältnisse.

Die Erhöhung des Grünanteils soll dabei auch vertikal im Zusammenhang mit vorhandener bzw. geplanter Bebauung gedacht werden. Dach- und Fassadenbegrünungen sind hier ausdrücklich erwünscht. Maßnahmen zur Entsiegelung von Flächen aber auch zur Erhöhung des Grünflächenanteils tragen dazu bei, Hitzeinseln vorzubeugen und haben somit auch einen positiven Effekt auf die umliegende Bebauung.

Kreativität ist auch im Bereich der Energiegewinnung gefragt. Die Hanse- und Universitätsstadt Rostock möchte städtische Bauprojekte möglichst Energie sparend und effizient umsetzen und die Möglichkeiten erneuerbarer Energien nutzen. Vorhandene und geplante bauliche Strukturen sollten daher multifunktional genutzt werden, z. B. durch Photovoltaik an und auf Gebäuden oder Solarbänke, die zum Aufladen von E-Bikes dienen usw..

Infolge des Klimawandels werden Starkwind-Ereignisse zukünftig verstärkt auftreten. Derartige Starkwinde wehen in Rostock überwiegend aus Nordwest (DWD). Aufgrund seiner Lage ist der Stadthafen für diese Windrichtung besonders anfällig. Die im Bereich des Stadthafens zu planenden Gebäude und bauliche Anlage beeinflussen die Strömungsverhältnisse und können die Ausbildung von sog. Diskomfortzonen begünstigen. Diese Aspekte sollten bei der Einordnung und Ausbildung der Baukörper einbezogen werden.

Mit dem Ziel, die Aufenthaltsqualität des Stadthafens zu erhöhen, spielen Lösungen des baulichen Lärmschutzes aufgrund der Lärmeinwirkungen der L 22 eine wichtige Rolle. Hierbei ist zu bedenken, dass die Aufenthaltsqualität im Stadthafen durch die hoch frequentierte L 22 und der damit verbundenen Verlärmung stark beeinträchtigt ist. Unter dieser Lärmeinwirkung ist ein Aufenthalt, wie er vergleichsweise aus Sicht des Immissionsschutzes für Außenwohnbereiche eingefordert wird, großflächig nur auf der Haedgehalbinsel und im Bereich Christinenhafen, aber auch im Schallschatten der vorhandenen Gebäude zu empfehlen. Schallabschirmende Strukturen (Wände) sollten, wenn auch aus anderen Gründen erforderlich, daher direkt an der L 22 angeordnet werden, um für den gesamten Stadthafenbereich eine hohe Aufenthaltsqualität für Spaziergänger, Radfahrer, Sport und Freizeitbetätigung zu erreichen. Im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung zur Lärmaktionsplanung wurde ein entsprechender Bedarf von der Bevölkerung eingebracht, den Stadthafen möglichst zu einem „Ruhigen Gebiet“ zu entwickeln.

Auch bei der Integration von Freisitzen bzw. Außengastronomieflächen sollte der Immissionsschutz demnach unbedingt berücksichtigt werden.

Darüber hinaus sind dauerhafte, ortsfest installierte Bühnen- bzw. Veranstaltungsflächen mit dem Betrieb von elektroakustischen Verstärkern auszuschließen, um die angrenzenden Wohnnutzungen sowohl auf der Altstadtseite als auch am gegenüberliegenden Ufer in Gehlsdorf vor unzulässigen Geräuschemissionen zu schützen.

4.8 Soziale Ziele

Der Stadthafen Rostock befindet sich seit Anfang der 90er Jahre des 20. Jahrhunderts in einem Transformationsprozess von einem wirtschaftlichen Hafengebiet zu einem überwiegend maritim-touristisch geprägten Freizeitareal. Beide Nutzungsarten schließen sich per se nicht aus und dürfen dies auch nicht. Seitdem der zum Ende der 40er Jahre des 20. Jahrhunderts und dann über mehr als 40 Jahre durch hohe Zäune abgeschottete Stadthafen seit 1990 wieder öffentlich zugänglich ist, findet ein schrittweiser „Wieder-Aneignungsprozess“ vor allem durch die Rostocker*innen selbst statt. Zwischen der Silohalbinsel und den Flächen des Christinenhafens kann man heute entspannt flanieren. Westlich des Hafenhauses werden die vielfältig zu nutzenden Freiflächen von verschiedenen Altersgruppen eingenommen.

Im Jahr 2017 organisierte die Klimaschutzleitstelle der Hanse- und Universitätsstadt Rostock eine mehrtägige Bürgerwerkstatt, in welcher im Ergebnis, neben Erkenntnissen zur zukünftigen Ausrichtung der Stadt zum Thema Klimaschutz, ebenso eine Vielzahl von Anforderungen aus sozialer Sicht formuliert worden sind.

Die wichtigste Aussage ist, dass die Stadt einen „Stadthafen für Alle“ entwickeln muss. Kinder und Jugendliche aller Altersgruppen mit und ohne ihre Eltern müssen sich hier genauso wohl und sicher fühlen wie Studenten, Werktätige und Senioren.

Gerade für die ältere Generation lässt der Stadthafen heute noch viele Wünsche offen. Mobilitätseingeschränkte Mitbürger müssen sich ebenfalls sämtliche Bereiche des Stadthafens ohne Einschränkungen erschließen können. Trotzdem ist darauf hinzuweisen, dass es sich um ein Hafengebiet ohne Schutz zur Wasserkante handelt.



Abbildung XX: Ergebnisplan einer Bürgerwerkstatt der Klimaschutzleitstelle Rostock von 2017 (Klimaschutzleitstelle Rostock)

Aus diesem sozialen Anspruch heraus ergeben sich eine Vielzahl von baulichen und gestalterischen Anforderungen und Wünschen für verschiedene Nutzungsansprüche wie:

- Verbesserung der Aufenthaltsqualität (Freizeit- und Naherholungsqualitäten),
- Stärkung vorhandener sozialer Aktivitäten (z.B. Kubb spielen, treffen, sitzen, schnacken),
- Einordnung von Wiesenflächen, Gestaltung der Kaibereiche mit direktem niedrig angeordneten Wasserbezug, regen- und wetterfeste Unterstände,
- Einordnung von Aufenthaltsmöglichkeiten für Jugendliche,
- Einordnung von Sportangeboten und Freizeitangeboten, wie Skatepark, (Kraft)Sportgeräte, Trainingspfad, Parcouranlage, Windsatingfläche, Bouldern, Grillplatz, Stand-Up-Paddel-Verleih, Sitzstufen, Open-Air-Bühne,
- Einplanen von zahlreichen Bänken und Sitz- und Ruhebereichen für alle Generationen; ausreichende Anzahl öffentlicher WC's; viel Grün, Entwicklung einer familienfreundlichen und barrierefreien Bummel- und Flaniermeile (Barrierefreiheit), Cafés & Strandbars, Wasserspiele
- Einordnung von Spielplätzen und Spielflächen für alle Altersgruppen.

Im Rahmen der Qualifizierung der Stadtentwicklungsbausteine für die BUGA 2025 fanden in der ersten Hälfte des Jahres 2020 Bürgerbeteiligungen an verschiedenen Orten des Warnowrundes statt. Vom 25. bis 30. Mai standen die zwei BUGA-Container im Stadthafen auf Höhe Schiffsanleger der „Blauen Flotte“.

In den sechs Tagen hatten die Rostocker Bürger*innen die Möglichkeit, direkt im Stadthafen, dort wo in naher Zukunft die zentrale Plaza mit dem Archäologischen Landesmuseum und der neuen HALLE 625 entstehen sollen und wo von Gehlsdorf kommend die neue Warnowbrücke im Stadthafen andocken wird, mit den BUGA-Planern und mit Experten ins Gespräch zu kommen und ihre Ideen und Wünsche in den Planungsprozess einzubringen.

Alle diese Gedanken und Hinweise sind in einer Dokumentation „Bürgerbeteiligung Stadthafen“ eingeflossen, welche den Wettbewerbsteilnehmern als Anlage zur Wettbewerbsaufgabenstellung mitgegeben wird.

Die Wettbewerbsteilnehmer sollen dieses „Stimmungsbild“ der Rostocker*innen zum Stadthafen aufnehmen, die verschiedensten Ideen auf ihre Umsetzbarkeit prüfen und tabellarisch darlegen, wie Sie Wünsche der Bürger*innen zum Grün, zum maritimen Flair und zur Stadthafengeschichte, zu sozialen Aspekten und zu den verschiedenen Verkehrsarten sowie zu den gezielten Vorhaben

- Hafenpromenade,
- Haedgehalbinsel und Christinenhafen,
- Plaza,

- Verbindung Hafen-Altstadt,
- HALLE 625,
- Gastronomie im Stadthafen
- zusätzliche Ideen, Wünsche und Fragen

in ihren Wettbewerbsentwurf eingearbeitet haben.

4.9 BUGA 2025

Die Wettbewerbsteilnehmer sind gefordert, in einem Schema-Funktionsplan erste Ideen darzulegen, wie während der halbjährigen BUGA-Veranstaltung die bisher angedachten BUGA-Aktivitäten im Stadthafen und deren notwendige Rahmenbedingungen integriert werden können. Es soll zunächst lediglich nachgewiesen werden, dass die Gestaltungsvorschläge der Wettbewerbsteilnehmer mit den Anforderungen an die Durchführung der Veranstaltung kompatibel sind.



Abb XX: Ausschnitt aus der BUGA-Masterplanung mit einem ersten Vorschlag für die Ausbildung des BUGA-Stadteinganges

In Übereinstimmung mit dem BUGA-Masterplan wird am Antrittspunkt der neuen Warnowbrücke der innenstadtseitige Eingangsbereich der BUGA positioniert sein.

Dafür ist für den Veranstaltungszeitraum eine Begrenzung des Ausstellungsgeländes einschließlich der Gestaltung einer Eingangssituation mit entsprechenden Funktionsgebäuden erforderlich.

Außerdem nimmt der Stadthafen 2025 auch wichtige BUGA-Veranstaltungsbausteine auf.

Die HALLE 625 beherbergt dann bei Bedarf ergänzt um eine mobile Halle auf bis zu 4.000m² die floralen Wechsausstellungen auf. Eine Gehölzausstellung auf bis zu 1.000m² mobil in Kübeln oder besser noch dauerhaft kann später ein schattenspendender Baumhain im Hafen sein.

Ein Gärtner- und Kräutermarkt oder Ähnliches gekoppelt mit Show-Gastronomie kann sich an die Ausstellungshallen anlagern.

Und in der Nähe des Antrittsbereiches der neuen Warnowbrücke soll sich eine kleine Veranstaltungsbühne positionieren. Unter Beachtung von immissionsfachlichen Belangen sollen die Wettbewerbsteilnehmer Vorschläge unterbreiten, wie und wo diese Bühne eingeordnet werden könnte. Dabei ist zu beachten, dass der sich über das Wasser ungebremst ausbreitende Lärm nicht die nordwestlich des Stadthafens am anderen Warnowufer liegende Gehlsdorfer Wohnbebauung und auch nicht die südlich des Stadthafens liegende Wohnbebauung der Nördlichen Altstadt beeinträchtigt.

Alle für die BUGA 2025 erforderlichen Baumaßnahmen sind auf ihre Dauerhaftigkeit und ihre Nachnutzungsmöglichkeiten zu prüfen. Deshalb ist darzustellen, ob sie temporär oder dauerhaft gedacht sind.

Planungswettbewerb „Zentraler Bereich Stadthafen Rostock“

Struktur Wettbewerb

Gegenstand des Planungswettbewerbs ist die inhaltliche Qualifizierung und Neugestaltung des zentralen Bereichs des Rostocker Stadthafens, der sich zwischen der Haedgehalbinsel mit dem Haedgehafen im Westen und der Silohalbinsel im Osten auf einer Länge von ca. 1,4 km erstreckt. Während der zentrale Bereich (Christinenhafen, Schnickmannkai) und der östliche Bereich (Hafenpromenade Kempowskiufer) des Stadthafens den freiraumplanerischen Realisierungsteil darstellen, bildet der westliche Bereich (Haedgehalbinsel, Haedgehafen) den freiraumplanerischen Ideenteil. Neben der freiraumplanerischen Qualifizierung der zentralen und östlichen Teilbereiche sind die Objektplanung der HALLE 625 und die Planung der Schnickmannbrücke als niveaufreie Querung der L 22 Gegenstand des Realisierungswettbewerbs.

Vorschlag Preisgericht

Fachpreisrichterinnen und Fachpreisrichter

Dr. Ute Fischer-Gaede	Landschaftsarchitektin Leiterin Amt für Stadtgrün, Naturschutz und Landschaftspflege, Rostock
N.N. Prof. Anne Lundqvist	Landschaftsarchitektin Skandinavien, MAN MADE LAND Bohne Lundqvist Mellier, Berlin
Bernhard Schwarz	Landschaftsarchitekt SINAI Gesellschaft von Landschaftsarchitekten, Berlin
Prof. Matthias Sauerbruch	Architekt/ Stadtplaner Sauerbruch Hutton Gesellschaft von Architekten, Berlin
Prof. Jörn Walter	Stadtplaner Oberbaudirektor Freie und Hansestadt Hamburg a.D., Hamburg
Prof. Vanessa M. Carlow	Architektin/ Stadtplanerin COBE Berlin, Berlin & Braunschweig
Stefan Wenzl	Architekt Finanzministerium MV, Leiter Abt. Staatshochbau, Liegenschaften, Schlösser und Gärten, Schwerin
Prof. Jörg Schlaich	Bauingenieur schlaich bergemann partner sbp, Stuttgart/ Berlin
Dr. Cyrus Zahiri	Architekt Mitglied Gestaltungsbeirat Rostock Böhm Benfer Zahiri, Landschaften städtebau architektur, Berlin

Stellvertretende Fachpreisrichterinnen und Fachpreisrichter

N.N.	Landschaftsarchitekt/in
N.N.	Stadtplaner/in
N.N.	Architekt/in

Sachpreisrichter und Sachpreisrichterinnen

Claus Ruhe Madsen	Oberbürgermeister Hanse- und Universitätsstadt Rostock
Ralph Müller	Stadtplaner

	Leiter Amt für Stadtplanung, Stadtentwicklung und Wirtschaft, Rostock
N.N. Andrea Krönert	Ausschuss für Stadt- und Regionalentwicklung, Umwelt und Ordnung Rostock
N.N. Jana Blaschka	BUGA-Ausschuss, Rostock
Dr. Stefan Rudolph	Staatssekretär im Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Gesundheit MV, Schwerin
Jochen Sandner	Geschäftsführung Deutsche Bundesgartenschau-Gesellschaft mbH, Bonn
Matthias Horn	Fachbereich BUGA, Rostock
Andreas Herzog	Vorsitzender Ortsbeirat Stadtmitte

Stellvertretende Sachpreisrichterinnen und Sachpreisrichter

Holger Matthäus	Senator für Infrastruktur, Umwelt und Bau, Rostock
N.N.	Ausschuss für Stadt- und Regionalentwicklung, Umwelt und Ordnung, Rostock
N.N.	BUGA-Ausschuss, Rostock
Anke Grewe	Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Wirtschaft, Rostock
Renate Behrmann	Fachbereich BUGA, Rostock
Dr. Felix Winter	Vorsitzender Ortsbeirat Kröpeliner-Tor-Vorstadt

Sachverständige

N.N.	Ortsbeirat Mitte, Rostock
N.N.	Ortsbeirat Kröpeliner-Tor-Vorstadt, Rostock
N.N. Anke Knitter	Ausschuss für Wirtschaft Und Tourismus
Lars Brandes	komm. Leiter Amt für Sport, Vereine und Ehrenamt, Rostock
Dr. Michaela Selling	Leiterin Amt für Kultur, Denkmalpflege und Museen, Rostock
Ines Gründel	Leiterin Bauamt, Rostock
Heiko Tiburtius	Leiter, Tiefbauamt
Anja Koch	Mitarbeiterin Tiefbauamt, Rostock
Michael Loba	Mitarbeiter Amt für Mobilität, Rostock
Dr. Dagmar Koziolk	Leiterin Amt für Umwelt und Klimaschutz, Rostock
Falk Zachau	Leiter Hafen- und Seemannsamt, Rostock
Matthias Fromm	Leiter Eigenbetrieb Tourismuszentrale Rostock & Warnemünde
Sigrid Hecht	Leiterin Eigenbetrieb Kommunale Objektbewirtschaftung und -entwicklung Rostock
N.N.	Staatliches Amt für Landwirtschaft und Umwelt Mittleres Mecklenburg, Abteilung 6 Küste
Robert Strauß N.N.	Fachbereich BUGA, Rostock
Ralf Schinke	Fachbereich BUGA, Rostock
Hans-Joachim Hasse	Maritimer Rat
Susanne Schumacher	BUND-Gruppe Rostock
N.N.	N.N.

Termine

Europaweite Wettbewerbsbekanntmachung	12.11.2020
Bewerberauswahl	03. KW 2021
Versand der Unterlagen	06. KW 2021
Rückfragenkolloquium/Preisrichtervorbesprechung	08. KW 2021
Bearbeitungszeitraum	08.-16. KW 2021
Abgabe Wettbewerbsbeiträge	16. KW 2021
Vorprüfung	16.-20. KW 2021
Preisgerichtssitzung	20. KW 2021

Entscheidendes Gremium: Bürgerschaft		
Julia Kristin Pittasch (FDP), Christoph Eisfeld (FDP) Aufgabenstellung Realisierungswettbewerb "Zentraler Bereich Stadthafen Rostock"		
Geplante Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
04.11.2020	Ausschuss für Wirtschaft und Tourismus	Empfehlung
05.11.2020	Ausschuss für Stadt- und Regionalentwicklung, Umwelt und Ordnung	Empfehlung
10.11.2020	Ortsbeirat Stadtmitte (14)	Empfehlung
11.11.2020	Bürgerschaft	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

In der Anlage 1 (Aufgabenstellung Realisierungswettbewerb "Zentraler Bereich Stadthafen Rostock") werden folgende Änderungen vorgenommen:

Auf Seite 4 wird der Absatz

„Ebenfalls im Wettbewerb zu entwerfen sind aufbauend auf der städtebaulichen Idee als weitere Realisierungsteile die HALLE 625 [Multifunktionshalle] und die Fußgänger- und Radwegebrücke „Schnickmannbrücke“ über die L 22 „Am Strande“.“

gestrichen und ersetzt durch:

„Ebenfalls im Wettbewerb zu entwerfen sind aufbauend auf der städtebaulichen Idee im Realisierungsteil die HALLE 625 [Multifunktionshalle] und eine Wegeverbindung zwischen Innenstadt und Stadthafen.“

Auf Seite 10 wird der Absatz

„Eine Ausweitung erfährt dieses Areal zwischen Wokreuterstraße und Badstüberstraße. Hier sind im Zusammenhang mit der Einordnung der neuen Schnickmannbrücke die Straßenräume der Schnickmannstraße und der Strandstraße abschnittsweise planerisch mit zu betrachten.“

gestrichen und ersetzt durch:

„Eine Ausweitung erfährt dieses Areal zwischen Wokreuterstraße und Badstüberstraße. Hier sollen im Zusammenhang mit der Verbesserung der Wegeverbindung zwischen Innenstadt und Stadthafen die Straßenräume der in Richtung Innenstadt verlaufenden Verbindungen abschnittsweise planerisch mitbetrachtet werden.“

Auf Seite 17 wird der Absatz

„Das Wettbewerbsgebiet grenzt unmittelbar an den Denkmalbereich „Innenstadt“ bzw. greift mit dem Neubau der Schnickmannbrücke in diesen ein.“

ersetzt durch:

„Das Wettbewerbsgebiet grenzt unmittelbar an den Denkmalbereich „Innenstadt“ bzw. greift je nach Ausgestaltung der Wegeverbindungen vom Stadthafen zur Innenstadt in diesen ein.“

Auf Seite 23/24 werden die Absätze und darin enthaltenen Abbildungen
„Aus der Altstadt kommend soll sich eine die L 22 „Am Strande“ niveaufrei querende Fußgänger- und Radwegebrücke, die „Schnickmannbrücke“ von Süden in die Plaza einbinden. Im Rahmen des Freiraumwettbewerbs ist die Brücke mit ihrer stadträumlichen Einordnung einschließlich einer möglichen Linienführung als Realisierungsvorschlag zu entwickeln. Ihre Einbindung sowohl in den Straßenraum der Schnickmannstraße als auch in die zukünftige Plaza ist planerisch auszuformulieren.

Freiraum, HALLE 625 und Schnickmannbrücke im Planungswettbewerb gemeinsam entwerfen zu können ermöglicht kreative Lösungen für das Einbinden der Brückenrampe der Schnickmannbrücke in den Hafenbereich. Ob sich die Brücke nach Westen schwingend mit der HALLE 625 verbindet oder nach Osten hinunter auf das Plaza-Niveau gleitet soll frei gedacht werden. In nachfolgender Schemaskizze zur Schnickmannbrücke ist dafür ein „Suchraum“ vorgegeben. Die Schnickmannbrücke über die L 22 und die neue Warnowbrücke sind in einem funktionellen und stadträumlichen Zusammenhang (Blickachse!) zu denken, müssen aber beide zwingend auf die zukünftige Plaza heruntergeführt werden.“

gestrichen und ersetzt durch:

„Weiterhin wird das Ziel verfolgt, die Wegeverbindung zwischen Innenstadt und Stadthafen zu verbessern. Hierfür sollen Varianten zur möglichst niveaufreien Querung der L 22 „Am Strande“ für Fuß- und Radverkehr entwickelt werden. Denkbar ist eine Einbindung der neuen Wegeverbindung von Süden in die Plaza. Im Rahmen des Freiraumwettbewerbs ist die stadträumliche Einordnung der Verbindung einschließlich einer möglichen Linienführung als Realisierungsvorschlag zu entwickeln. Ein Realisierungsversprechen hierfür wird nicht abgegeben. Die Einbindung in den Straßenraum der in Richtung Innenstadt verlaufenden Straßen/Wege und in die zukünftige Plaza ist planerisch auszuformulieren. Den Freiraum, die HALLE 625 und die Verbindung zur Innenstadt im Planungswettbewerb gemeinsam entwerfen zu können, ermöglicht kreative Lösungen für die Einbindung ankommender Wege in den Hafenbereich.“

Auf Seite 25 wird der Absatz

„Auf eine anspruchsvolle und multifunktionale Gestaltung der zentralen Plaza zwischen neuer Schnickmannbrücke und neuer Warnowbrücke wird besonderer Wert gelegt.“

gestrichen und ersetzt durch:

„Auf eine anspruchsvolle und multifunktionale Gestaltung der zentralen Plaza wird besonderer Wert gelegt.“

Auf Seite 34 wird der Absatz

„[?] linear vom Uniplatz aus dem City-Kernbereich kommend in Süd-Nord-Richtung über die zukünftig die L 22 niveaufrei querende Schnickmannbrücke in den Stadthafen und weiter über die neue Warnowbrücke nach Gehlsdorf“

gestrichen und ersetzt durch:

„[?] linear vom Uniplatz aus dem City-Kernbereich kommend in Süd-Nord-Richtung über die L 22 niveaufrei in den Stadthafen und weiter über die neue Warnowbrücke nach Gehlsdorf“

Auf Seite 35 wird der Absatz

„Hier sind wie auch

[?] an den Querungsstellen der L 22,

[?] an den Ankommensbereichen sowohl der Warnowbrücke als auch der Schnickmannbrücke

im Stadthafen, wo das Zusammentreffen mit den anderen Verkehrsarten nicht vermieden werden kann, konfliktarme Lösungen anzubieten.“

gestrichen und ersetzt durch:

„Hier sind wie auch an den Querungsstellen der L 22 und am Ankommensbereich der Warnowbrücke, wo das Zusammentreffen mit den anderen Verkehrsarten nicht vermieden werden kann, konfliktarme Lösungen anzubieten.“

Auf Seite 42 wird der Absatz

„Das Gebäude der Multifunktionshalle kann gestalterisch und ggf. auch funktionell mit der Geh- und Radwegebrücke „Schnickmannbrücke“ zusammen gedacht werden, wobei zu beachten ist, dass Halle und Brücke von zwei verschiedenen Bauherren zu realisieren sind.“ gestrichen und ersetzt durch:

„Das Gebäude der Multifunktionshalle kann gestalterisch und ggf. auch funktionell mit einer Wegeverbindung zwischen Stadthafen und Innenstadt zusammen gedacht werden, wobei zu beachten ist, dass Halle und Wegeverbindung von zwei verschiedenen Bauherren zu realisieren sind.“

Ab Seite 48 wird der gesamte Abschnitt „4.5.2.2 Neubau Schnickmannbrücke“ gestrichen und ersetzt durch:

„4.5.2.2 Verbindung von Stadthafen und Innenstadt

Im Rahmen des Planungswettbewerbs „Zentraler Bereich Stadthafen Rostock“ ist ein realisierbarer Wettbewerbsentwurf für eine verbesserte, möglichst niveaufreie Wegeverbindung zwischen Stadthafen und Innenstadt einzureichen. Über den städtebaulichen Ideenteil ist ein Vorschlag zu erarbeiten, wie sich eine Verbindung für Fuß- und Radverkehr im Stadtraum der L 22 positioniert, die sich sowohl auf der Altstadtseite sensibel in den Straßenraum der anliegenden Straßen einfügt als auch im Stadthafen an das Höhenniveau der zukünftigen Plaza angleicht und ggf. mit der HALLE 625 korrespondiert (siehe Städtebau). Die Wegeverbindung ist je nach Variante/Entwurf im Fall eines separaten Bauwerks im Sinne einer realisierbaren Vorplanung durchzuarbeiten, sodass das Bauwerk bis zur BUGA 2025 errichtet werden kann. Ein Realisierungsversprechen wird nicht abgegeben.

Der Wegeverbindung kommt im Innenstadtgefüge eine besondere Bedeutung zu. Sofern der Straßenraum der Schnickmannstraße einbezogen wird, muss beachtet werden, dass es sich um eine hochwertig gestaltete und mit Kunstwerken zusätzlich aufgewertete städtebauliche Achse handelt, welche sich vom Universitätsplatz mit der Kröpeliners Straße durch die Breite Straße, die Lange Straße querend dann durch die Nördliche Altstadt und durch die Schnickmannstraße bis an den Stadthafen zieht.

Die Verbindung über die L 22 in den Stadthafen ist bisher nur durch eine ampelgesteuerte, dem MIV untergeordnete und für die zukünftigen Anforderungen unzureichende niveaugleiche Fußgänger- und Radfahrerquerung der Landesstraße hergestellt. Aufgrund ihrer besonderen stadtstrukturellen Bedeutung soll diese Straßenquerung möglichst barrierefrei ausgebildet werden.

Bereits in den 80er Jahren des 20. Jahrhunderts entstand im Zusammenhang mit der Neubebauung von Teilen der Nördlichen Altstadt die Idee einer Querung mit einer Brücke in diesem Bereich. Damals wurde am unteren Ende der Schnickmannstraße eine Bastion ausgeformt, von deren Nordostecke in einem weiten u-förmigen Schwung eine Fußgängerbrücke über die L 22 in den Stadthafen hinübergleiten sollte. In der Planung kann diese Idee einer niveaufreien Überquerung der Landestraße „Am Strande“ weiterentwickelt werden oder es können alternative Querungsvarianten vorgeschlagen werden. Zwingend in diese Überlegungen einzubinden ist die planerische Auseinandersetzung mit der vorhandenen Bastion mit dem in der Straßenachse stehenden Kunstwerk „Segel im Wind“ von Achim Kühn aus dem Jahre 1988. Die Metallplastik von Achim Kühn ist Teil eines „Kunstpades“, welcher die Stadträume vom Universitätsplatz beginnend mit dem „Brunnen der Lebensfreude“ von Jo Jastram und Reinhard Dietrich, über die Breite Straße mit den beiden Plastiken „Die Welle“ und „Der Fluss“ von Dorothea Maroske über die Plastiken „Liegende“ von Reinhard Buch und „Quelle, Wasser und Ufer“ von Wolfgang Friedrich an der Ecke Lange Straße/Schnickmannstraße“ weitergehend mit dem Wasserlauf im oberen Abschnitt der Schnickmannstraße aufwertet und gliedert. Auch stadträumlich ist es deshalb sehr wesentlich, das Kunstwerk von Achim Kühn am unteren Ende der Schnickmannstraße gut zu positionieren.

Im Wettbewerb ist bei Betrachtung der Anbindung an die Schnickmannstraße ein stadträumliches Zusammendenken von im Stadthafen ankommender Warnowbrücke und Plaza sowie der Bastion und dem vorhandenen Kunstwerk notwendig.

Ein Start der Wegeverbindung in der Achse der Schnickmannstraße wird jedoch nicht zwingend vorgegeben.

Außerdem sind Vorschläge zu unterbreiten, wie die Radfahrer in der hängigen Topografie der Nördlichen Altstadt auch von der unteren Strandstraße über die obere Strandstraße optimal geführt werden können. Im Übergangsbereich zum Stadthafen ist die auf der Linie der ehemaligen Stadtmauer stehende und als „Grüne Stadtmauer“ konzipierte Baumreihe zwischen Strandstraße und Am Strande zu respektieren und zu erhalten.

Beachtet werden muss bei allen Varianten, dass eine Reduzierung der Straßenhöhe der L 22 nur um bis zu 0,50m problemlos technisch möglich ist. Im Untergrund der Straße liegende große Schmutz- und Regenwassersammler lassen eine solche Absenkung zu, ohne dass ihre kostenintensive Verlegung erforderlich wird.“

Sofern weitere Formulierungen im Planungstext auf die „Schnickmannbrücke“ Bezug nehmen, sind diese analog entsprechend des Ziels einer offenen Prüfung einer besseren Wegeverbindung zwischen Innenstadt und Stadthafen anzupassen.

Sachverhalt:

Der Änderungsantrag bearbeitet die Absätze des Realisierungswettbewerbs, welche sich mit der als „Schnickmannbrücke“ bezeichneten Querung der L 22 auf Höhe der Schnickmannstraße beschäftigen. In den Absätzen werden die Begriffe „Schnickmannbrücke“ bzw. „Brücke“ gestrichen. Die Absätze werden durch individuell angepasste Formulierungen sinngemäß ersetzt. Es wird das Ziel verfolgt, im Wettbewerb eine Prüfung einer besseren Wegeverbindung für den Rad- und Fußverkehr zwischen Innenstadt und Stadthafen zu ermöglichen, ohne dabei eine Brücke vorauszusetzen. Weiterhin wird im Ausschreibungstext klargestellt, dass für diesen Planungsbestandteil kein Realisierungsversprechen abgegeben wird.

Finanzielle Auswirkungen:

keine

gez.
Julia Kristin Pittasch

gez.
Christoph Eisfeld

Anlagen

Keine

Entscheidendes Gremium: Bürgerschaft	Beteiligt: Zentrale Steuerung	
fed. Senator/-in: S 2, Dr. Chris Müller-von Wrycz Rekowski		
Federführendes Amt: Kämmereiamt		
Ergänzungsbeschluss der Haushaltssatzungen der Hanse- und Universitätsstadt Rostock und des Städtebaulichen Sondervermögens für das Sanierungsgebiet Stadtzentrum Rostock für das Haushaltsjahr 2021		
Geplante Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
03.11.2020	Hauptausschuss	Empfehlung
03.11.2020	Ortsbeirat Schmarl (7)	Empfehlung
03.11.2020	Ortsbeirat Brinckmansdorf (15)	Empfehlung
03.11.2020	Bau- und Planungsausschuss	Empfehlung
04.11.2020	Ausschuss für Wirtschaft und Tourismus	Empfehlung
04.11.2020	Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Migration	Empfehlung
05.11.2020	Ortsbeirat Lütten Klein (5)	Empfehlung
05.11.2020	Ortsbeirat Gartenstadt/ Stadtweide (10)	Empfehlung
05.11.2020	Ortsbeirat Südstadt (12)	Empfehlung
05.11.2020	Ausschuss für Stadt- und Regionalentwicklung, Umwelt und Ordnung	Empfehlung
10.11.2020	Ortsbeirat Seebad Warnemünde, Seebad Diedrichshagen (1)	Empfehlung
10.11.2020	Ortsbeirat Evershagen (6)	Empfehlung
10.11.2020	Ortsbeirat Reutershagen (8)	Empfehlung
10.11.2020	Ortsbeirat Dierkow-Neu (16)	Empfehlung
12.11.2020	Ortsbeirat Stadtmitte (14)	Empfehlung
12.11.2020	BUGA-Ausschuss	Empfehlung
17.11.2020	Ortsbeirat Groß Klein (4)	Empfehlung
17.11.2020	Ortsbeirat Hansaviertel (9)	Empfehlung
18.11.2020	Ortsbeirat Seebad Markgrafenheide, Seebad Hohe Düne, Hinrichshagen, Wiethagen, Torfbrücke (2)	Empfehlung
18.11.2020	Ortsbeirat Biestow (13)	Empfehlung
18.11.2020	Betriebsausschuss für den Eigenbetrieb Kommunale Objektbewirtschaftung und -entwicklung	Empfehlung
19.11.2020	Finanzausschuss	Empfehlung
19.11.2020	Ortsbeirat Toitenwinkel (18)	Empfehlung
19.11.2020	Kulturausschuss	Empfehlung

24.11.2020	Ortsbeirat Lichtenhagen (3)	Empfehlung
24.11.2020	Ortsbeirat Gehlsdorf, Hinrichsdorf, Krummendorf, Nienhagen, Peez, Stuthof, Jürgeshof (19)	Empfehlung
25.11.2020	Ausschuss für Schule, Hochschule und Sport	Empfehlung
25.11.2020	Ortsbeirat Kröpeliner-Tor-Vorstadt (11)	Empfehlung
01.12.2020	Personalausschuss	Empfehlung
02.12.2020	Bürgerschaft	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

1. Die Bürgerschaft beschließt die Ergänzung zur Haushaltssatzung 2021 nebst Anlagen zum Haushaltsplan (Gem. der Anlagen 1.1.- 1.8.)
2. Die Bürgerschaft beschließt für das Haushaltsjahr 2021 einen Ergänzungsbeschluss zur Haushaltssatzung des Städtebaulichen Sondervermögens für das Sanierungsgebiet Stadtzentrum Rostock sowie den Haushaltsplan für das Fördergebiete Toitenwinkel gemäß der Anlagen 2.1 bis 2.6

Beschlussvorschriften: § 22 (3), §§ 45 und 64 Kommunalverfassung MV

bereits gefasste Beschlüsse: Nr. 2020/BV/0712, Nr. 2020/BV/1028

Sachverhalt:

Die Bürgerschaft hat den Doppelhaushalt 2020/2021 der Hanse- und Universitätsstadt Rostock am 29.04.2020 unter der Vorlage 2020/BV/0712 beschlossen.

Eine 1. Änderung der zuvor beschlossenen Haushaltssatzung hat die Bürgerschaft bereits am 17.06.2020 vorgenommen (2020/BV/1028). Mit dem Änderungsbeschluss wurden aufgrund der vorliegenden Informationen zu den finanziellen Auswirkungen der „Corona COVID-19 – Pandemie“, auf die Eigenbetriebe und Beteiligungsgesellschaften der Hanse- und Universitätsstadt Rostock, Anpassungen für das Haushaltsjahr 2020 vorgenommen. Weitere detaillierte Aussagen zu den finanziellen Veränderungen auf den Kernhaushalt 2020/2021 konnten zum damaligen Zeitpunkt noch nicht getroffen werden und wurden somit auch noch nicht im Haushalt angepasst.

Mit Schreiben vom 21.08.2020 genehmigte das Ministerium für Inneres und Europa M-V, als zuständige Rechtsaufsichtsbehörde, die Festsetzungen der städtischen Haushaltssatzung nur für das Haushaltsjahr 2020. Die öffentliche Bekanntmachung erfolgte im „Städtischen Anzeiger“ am 12.09.2020.

Die Entscheidungen zu den genehmigungspflichtigen Festsetzungen zur Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2021 wurden zurückgestellt. Begründet wurde dies mit der Ertrags- und Finanzlage aufgrund der „Corona COVID-19 – Pandemie“, welche in der Haushaltsplanung 2021 noch nicht ausreichend Berücksichtigung finden konnte. Durch die vorzunehmenden Anpassungen, aufgrund nunmehr vorliegender Entwicklungen zur Haushaltssituation, sowohl im Ergebnis- als auch im Finanzhaushalt, ist abzusehen, dass sich die dauernde Leistungsfähigkeit des Kernhaushaltes verändern wird.

Die Entscheidungen zu den genehmigungspflichtigen Festsetzungen der Haushaltssatzungen der städtebaulichen Sondervermögen wurden ebenfalls zurückgestellt.

Mit der vorliegenden Beschlussvorlage und deren Anlagen wurden nunmehr alle bekannten coronabedingten Anpassungen für die Haushaltsjahre 2021 – 2023 vorgenommen. Zeitgleich wurden weitere bereits bekannte Veränderungen / Anpassungen aufgenommen, damit ein aktuelles und realistisches Bild über die derzeitige Haushaltslage des Kernhaushaltes und der städtebaulichen Sondervermögen abgebildet werden kann.

zu 1.1. Haushaltssatzung - Ergänzungsbeschluss 2021

Die mit dem Ergänzungsbeschluss zur Haushaltssatzung 2021 vorgenommenen Änderungen wirken sich im Vergleich zur bisherigen Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2021 haushaltsverschlechternd aus.

Konnte der Ergebnishaushalt bisher ein Saldo von -4,3 Mio. EUR ausweisen, so verschlechtert sich der Haushaltsausgleich auf nunmehr -9,1 Mio. EUR. Ein Ausgleich des Ergebnishaushaltes kann unter Verwendung von Rücklagen (Ergebnisvortrag) aus Vorjahren erfolgen.

Auch das jahresergebnisbezogene Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen reduziert sich in 2021 von bisher noch 11,0 Mio. EUR Überschuss auf nunmehr 4,4 Mio. EUR Überschuss. Unter Berücksichtigung der planmäßigen Tilgung von Krediten für Investitionen/Investitionsförderungsmaßnahmen wird der neu ausgewiesene Überschuss vollständig verbraucht, d.h. die zu erbringende Tilgungsleistung kann unterjährig nicht vollständig aus dem Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen finanziert werden. Nach Abzug der zu erbringenden Auszahlungen für die ordentliche Tilgung verbleibt ein jahresbezogener Saldo der lfd. Ein- und Auszahlungen in Höhe von -6,1 Mio. EUR für das Haushaltsjahr 2021. Die lfd. Deckung für 2021 kann noch aus dem Vortrag bisheriger Jahresabschlüsse erfolgen. Ab dem Haushaltsjahr 2022 ist dies jedoch nicht mehr möglich – vgl. auch Anlage 1.3 – Muster 5b.

- in Mio. EUR -

	HH Plan 2020	Ist 2020 (Prognose 09/2020)	HH Plan 2021 (Stand 17.06.2020)	Änderung	HH Plan 2021 Ergänzungs- beschluss
Summe der Erträge	736,9	739,1	736,8	+7,5	744,3
Summe der Aufwendungen	744,9	736,8	741,1	+12,3	753,4
Jahresergebnis vor Veränderung der Rücklagen	-8,0	2,3	-4,3	-4,8	-9,1
Einstellung in die allg. Kapitalrücklage	2,1	2,1	0	0	0
Jahresergebnis	-10,1	+0,2	-4,3	-4,8	-9,1
Verbleibender Vortrag aus Rücklagen Ergebnishaushalt (Stand 31.12.2019 = 161,9 Mio. EUR)	151,8	162,1	147,5	+5,5	153,0
Summe der lfd. Einzahlungen	673,1	681,8	691,9	+7,4	699,3
Summe der lfd. Auszahlungen	674,0	673,9	680,9	+14,0	694,9
Jahresbezogener Saldo der lfd. Ein- und Auszahlungen vor planmäßiger Tilgung	-0,9	+7,9	11,0	-6,6	4,4
Planmäßige Tilgung von Krediten für Investitionen/Investitionsförderungsmaßnahmen	10,8	8,6	11,6	-1,1	10,5
Jahresbezogener Saldo der lfd. Ein- und Auszahlungen	-11,7	-0,7	-0,6	-5,5	-6,1
Fortschreibung Lfd. Saldo E/A (Stand 31.12.2019 = 16,7 Mio. EUR – Prognose 09/2020)	+5,0	+16,0	+4,4	+5,5	+9,9
Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	97,4	68,2	55,4	+7,3	62,7
Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	103,7	95,9	90,9	+5,1	96,0
Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	-6,3	-27,7	-35,5	+2,2	-33,3
Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	31,7 <i>(davon für 2020: 25,4 Mio. EUR aus Kreditermächtigungen 2018 + 2019)</i>	27,7	35,5	+2,2	33,3
Verpflichtungsermächtigung	41,6	11,0	109,1	-17,0	92,1
Stellen gemäß Stellenplan (VzÄ)	2.517,14	2.517,14	2.520,36	+18,0	2.538,36
Eigenkapital zum 31.12.	1.225,8	1.225,8	1.221,5	+3,5	1.225,0
Höchstbetrag Kassenkredit	100,0	5,0	100,0	-31,0	69,0

Im Bereich der investiven Ein- und Auszahlungen wurden alle Investitionsmaßnahmen durch die Fachämter nochmals auf den Prüfstand gestellt und auf die aktuellen Entwicklungen angepasst. Die Ämter sind angehalten, auch weiterhin die Investitionstätigkeiten in vollem Umfang auszuführen. Dennoch zeichnet sich mit dem Ergänzungsbeschluss eine Verschiebung einiger Maßnahmen in die Folgejahre ab. Aufgrund des unvorhersehbaren Corona - Lockdowns in der ersten Jahreshälfte 2020, kam es zu einigen Verzögerungen, die dazu führen, dass sich einige Maßnahmen verschieben.

Ebenso fanden Anpassungen an aktuell vorliegende Kosten, aber auch an erwartete Investitionseinzahlungen statt.

Durch Aktualisierungen der bisherigen Planungsstände verbessert sich das Saldo aus Investitionseinzahlungen und -auszahlungen um 2,2 Mio. EUR. Der aktuelle Kreditbedarf beträgt im kommenden Jahr 33,3 Mio. EUR. Insofern die Kreditermächtigung aus 2020 in Höhe von 6,3 Mio. EUR in diesem Jahr nicht in Anspruch genommen wird, steht diese bis Ende 2021 zusätzlich zur Verfügung.

Die Höhe der Verpflichtungsermächtigungen reduziert sich aufgrund der Verschiebung des Mittelabflusses von Investitionsmaßnahmen in Folgejahre um 17,0 Mio. EUR auf nunmehr 92,1 Mio. EUR für das Haushaltsjahr 2021.

Die Anpassungen des Stellenplans um +18 VZÄ sind in der Anlage 1.7 bzw. unter Pkt. 1.6 näher erläutert.

Keine Genehmigungspflicht besteht für die Veranschlagung des Höchstbestandes möglicher Kassenkreditaufnahmen (§ 53 Abs. 3 GemHVO M-V). Mit dem Ergänzungsbeschluss wird der Höchstbestand der Kassenkredite von bisher 100 Mio. EUR auf 69 Mio. EUR reduziert. Mit Beschlussfassung der Haushaltssatzung 2020/2021 am 29.04.2020 wurde aufgrund der aktuellen ungewissen Entwicklung des städtischen Haushaltes aufgrund der „Corona-COVID 19-Pandemie“ der Kassenbestand gemäß der Empfehlungen des Städte- und Gemeindetages auf Höhe des damaligen geschätzten Gewerbesteuerverlustausfalls erhöht. Im Zuge der Haushaltsentwicklung 2020 mussten durchschnittlich nicht mehr Kassenkredite in Anspruch genommen werden, wie in den vergangenen Jahren auch. Aus diesem Grund wird der Höchstbestand der Kassenkredite in der Haushaltssatzung reduziert festgesetzt.

Die Veranschlagung der Kreditaufnahmen und der Verpflichtungsermächtigung beinhalten eine Genehmigungspflicht der Haushaltssatzung durch die zuständige Rechtsaufsichtsbehörde. Erst nach erteilter Genehmigung und nach anschließender öffentlicher Bekanntmachung tritt die Haushaltssatzung, ggf. rückwirkend zum 01.01.2021 in Kraft.

zu 1.2. Haushaltssatzung Hanse- und Universitätsstadt Rostock - Wesentliche Veränderungen im Ergebnis- und Finanzhaushalt im Bereich der Verwaltungstätigkeit

Ergebnis- und Finanzhaushalt

in Mio. EUR -

	Ergebnis- haushalt 2021 (Stand 17.06.2020)	Änderung	Ergebnis- haushalt 2021 (Ergänzungs- beschluss)	Finanz- haushalt 2021 (Stand 17.06.2020)	Änderung	Finanz- haushalt 2021 (Ergänzungs- beschluss)
Erträge/Einzahlungen						
Steuern und ähnliche Abgaben	261,4	-30,5	230,9	258,5	-30,8	227,7
Zuwendungen, allgemeine Umlage und Transfererträge/-einzahlungen	243,7	+14,9	258,6	216,7	+15,0	231,7
Erträge/Einzahlungen der sozialen Sicherung	103,8	+14,4	118,2	103,8	+14,4	118,2
Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	53,4	+1,5	54,9	52,5	+1,8	54,3
Privatrechtliche Leistungsentgelte	9,6	-0,4	9,2	9,8	-0,5	9,3
Kostenerstattungen und Kostenumlagen	10,3	-0,3	10,0	10,3	-0,3	10,0
Zinsen und Sonstige Finanzerträge/-einzahlungen	30,5	+7,5	38,0	24,0	+7,6	31,6
Sonstige Erträge / Einzahlungen	23,9	+0,3	24,2	16,2	+0,2	16,4
Aufwendungen/Auszahlungen						
Personalaufwendungen/-auszahlungen	153,1	+5,5	158,6	143,4	+5,5	148,9
Versorgungsaufwendungen / -auszahlungen	8,9	0	8,9	8,9		8,9
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	96,4	+2,5	98,9	96,7	+2,5	99,2
Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferaufwendungen	167,7	-3,1	164,6	167,7	-3,1	164,6
Aufwendungen der sozialen Sicherung	202,3	+4,7	207,0	202,3	+4,8	207,1
Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen / -auszahlungen	4,9	+0,8	5,7	5,0	+0,7	5,7
Sonstige Aufwendungen/Auszahlungen	62,0	+1,9	63,9	56,9	+3,6	60,5

Erträge / Einzahlungen:

Die regionalisierte Steuerschätzung vom September 2020 zeigt deutlich das Ausmaß der coronabedingten Steuerverluste auch für Länder und Kommunen. Aufbauend auf die prognostizierten Steuereinnahmen 2020 der HRO wurden die HH-Ansätze 2021-2023 angepasst.

In der Kontengruppen „Zuwendungen, allgemeine Umlage und sonstige Transfererträge“ wurden vorsichtig 10,0 Mio. Euro als Gewerbesteuerkompensation, 2,8 Mio. Euro für Zuweisungen vom Land für allgemeine Förderung Kita sowie für Personalaufwendungen, für Projekte sowie für Jugend- und Schulsozialarbeit eingeplant. Darüber hinaus wurden für das Haushaltsjahr 2021 Zuwendungen des Bundes für das Förderprogramm "Smart Cities made in Germany" aufgenommen.

Die Zuwendung einer Gewerbesteuerkompensation für die bevorstehenden Verlustausfälle fängt zu erwartenden Gewerbesteuermindererträge /-einzahlungen nicht vollständig auf, allerdings trägt die Kompensationszahlung dazu bei, einen Ausgleich der laufenden Ein- und Auszahlungen zu erzielen.

In den Erträgen und Einzahlungen der sozialen Sicherung werden für die Bundesbeteiligung nach § 46 SGB II - Leistungsbeteiligung bei Kosten für Unterkunft und Heizung an Arbeitssuchende und Bundesbeteiligung nach § 46 SGB II - Beteiligung des Bundes für Bildung und Teilhabe nach § 46 Abs. 5 SGB II um 14,4 Mio. EUR mehr Erträge/Einzahlungen im Haushaltsjahr 2021 ausgewiesen. In Umsetzung des Konjunktur- und Krisenbewältigungspaket des Bundes wird die Leistungsbeteiligung des Bundes dauerhaft um 25% erhöht.

Bei den öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelten wurden die aktuellen Kenntnisstände, bspw. auf Grundlage neuer Entgeltordnungen oder im Bereich des Friedhofswesens (Bestattungen) angepasst.

Im Bereich der Sonstigen Finanzerträge/-einzahlungen werden bisher im Jahr 2020 geplante Erträge/Einzahlungen aus Beteiligungen in das Haushaltsjahr 2021 verschoben.

Aufwendungen / Auszahlungen:

Die Planung der Personalkosten erfolgte im August 2019 auf Grundlage der IST-Personalkosten des vorhandenen Personals. Zur Umsetzung der geforderten Aufgaben sind in einigen Verwaltungsbereichen Anpassungen des Personalaufwands erforderlich. Aus diesem Grund wurden 18 neue VZÄ-Stellen aufgenommen – siehe Anlage 1.7. Mit dem Haushaltsplan 2021 wurden zudem die finanziellen Auswirkungen auf die erwarteten Tarif- und Besoldungserhöhung, die Ausfinanzierung der durchschnittlichen Besetzungsquote von 91 % sowie die Verschiebung Zensus eingeordnet.

Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen steigen ab dem kommenden Haushaltsjahr um ca. 2,5 Mio. EUR. Hintergrund sind u.a. die steigenden Bewirtschaftungskosten aufgrund der „Corona COVID-19 - Pandemie“ vor allem in den Schulen sowie eine Neuveranschlagung von jährlich 1,4 Mio. EUR an die WIRO GmbH als Vorteilsausgleich für die Unterdeckung des Vereinssports.

Im Bereich der Zuwendungen und Umlagen werden Mindererträge/ Mindereinzahlungen in Höhe von 3,1 Mio. EUR erwartet. Aufgrund der Anpassung der Gewerbesteuereinzahlungen verringert sich die Zahlung der Gewerbesteuerumlage. Die mit der aktuell gültigen Bevölkerungsprognose niedriger prognostizierten Bevölkerungszahlen im Kindesalter wurden die Haushaltsansätze neu berechnet und angepasst (-2,6 Mio. EUR).

Ein Anstieg der Kosten i.H.v. +4,7 Mio. EUR wurde für die „Soziale Sicherung“ berücksichtigt. Für das Haushaltsjahr 2021 wurden mit der Haushaltsplanung 9.800 Bedarfsgemeinschaften (BG) mit monatlichen Durchschnittskosten in Höhe von 320 EUR je BG definiert. Durch die unvorhersehbare Ausbreitung von Covid19 samt dessen Folgen, konnte sich die bisher positiv fortlaufende Entwicklung der Anzahl der BG nicht fortsetzen. Im August 2020 wurden 11.059 Bedarfsgesellschaften in der HRO registriert. Auch die avisierten durchschnittlichen Kosten je BG erhöhten sich in dem genannten Zeitraum von 319 EUR auf 322 EUR. Ab 2022 wird damit gerechnet, dass die BG sich wieder rückläufig entwickeln.

Bei der Position „Sonstige Aufwendungen“ wurden u.a. geplante Auszahlungen für das Förderprogramm "Smart Cities made in Germany" (900 T EUR) und Aufwendungen / Auszahlungen für die geplante Maritime Konferenz in 2021 i.H.v. 260 T EUR aufgenommen.

Bei der Überarbeitung des Haushaltes 2021 berücksichtigt, wurden ebenfalls die Umsetzungen der Organisationsverfügungen zur Bildung neuer Ämter und somit neuer Teilhaushalte.

Alle vorgenommenen Änderungen sind den Anlagen Nr. 1.5 b - Änderungslisten Verwaltungstätigkeit – Coronabedingte Änderungen und Nr. 1.5 c - Änderungslisten Verwaltungstätigkeit – Sonstige Änderungen zu entnehmen. Zu jedem Teilhaushalt wurden zudem die Veränderungen der Erträge / Aufwendungen und der laufenden Ein- und Auszahlungen zwischen der bisherigen Haushaltsplanung 2021 und den aktuellen Änderungen des Ergänzungsbeschlusses dargestellt (siehe Anlage 1.4).

zu 1.3. Haushaltssatzung Hanse- und Universitätsstadt Rostock – Finanzielle Auswirkungen der „Corona COVID-19 – Pandemie“

Die Genehmigung der Haushaltssatzung 2021 wurde zurückgestellt, da die finanziellen Auswirkungen der „Corona COVID-19 - Pandemie“ zunächst noch in den städtischen Haushalt einzuarbeiten waren. Nach Überarbeitung ergibt sich für die größten Positionen folgender Stand:

Saldo der wesentlichen Änderungen der größten „Corona COVID - 19-Pandemie“ Positionen	- in Mio. EUR
Mindereinzahlungen	-32,4
Mehrauszahlungen	+7,6
Kompensationszahlungen Land / Bund	24,5
Saldo	-15,5

In der Anlage 1.5 b – Veränderungsliste Verwaltungstätigkeit – Coronabedingte Änderungen sind alle vorgenommenen Änderungen mit Einzelbegründung dargestellt.

Mindereinzahlungen							
	Bezeichnung	IST 2019	Plan 2020	Prognose 2020 (Stand 09/2020)	Plan 2021 bisher	Plan 2021 neu (Ergänzungsbeschluss)	Begründung
1	Gemeindeanteil an der Einkommensteuer einschließlich Anteil am Aufkommen Zinsabschlagsteuer	67.992.000	68.787.800	63.020.300	73.163.900	66.222.800	Die regionalisierte Steuerschätzung vom September 2020 zeigt deutlich das Ausmaß der Corona-bedingten Steuerverluste auch für Länder und Kommunen. Aufbauend auf die prognostizierten Steuereinnahmen 2020 der HRO werden die HH-Ansätze 2021-2023 angepasst. Da für den Planungszeitraum geringere Einzahlungen geplant werden, reduziert sich die Gewerbesteuerumlage entsprechend.
2	Gewerbesteuer nach Ertrag	108.552.000	117.800.000	87.000.000	121.600.000	96.127.000	
	gesamt:				194.763.900	162.349.800	
	2021 Differenz Neu zu bisher:					-32.414.100	

Mehrauszahlungen							
	Bezeichnung	IST 2019	Plan 2020	Prognose 2020 (Stand 09/2020)	Plan 2021 bisher	Plan 2021 neu (Ergänzungs-beschluss)	Begründung
1	inRostock GMBH Messen, Kongress&Events	3.000.000	4.300.000	5.000.000	3.000.000	4.800.000	Auch für das Jahr 2021 ist von einem erhöhten Zuschussbedarf auszugehen, der in der Planung 2021 der HRO als worst-Case-Szenarium anzusetzen ist.
2	Anschaffung von medizinischem Bedarf - Mittel, Stoffe und Verbrauchsmittel Corona für die Schulen	0	100.000	100.000	0	208.800	Aufgrund der notwendigen Umsetzung des Hygieneplans an den Schulen muss Seife etc. für erhöhte Hygienemaßnahmen zur Verfügung gestellt werden, sowie Einmalmasken, Faceshields als Verbrauchsmaterial
3	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	6.351.000	6.552.800	6.810.200	6.784.100	7.622.400	Coronabedingte Mehrauszahlungen bei der Reinigung in Höhe von rund 490.000 Euro sowie weitere Kostensteigerungen
4	Leistungen für Unterkunft und Heizung (§§ 22, 27 SGB II) - Leistungsbeteiligung bei Kosten für Unterkunft und Heizung nach § 22 Abs. 1	42.809.900	38.394.900	41.691.300	36.979.200	41.731.200	Für das Haushaltsjahr 2021 wurden mit der Haushaltsplanung 9.800 BG mit monatlichen Durchschnittskosten in Höhe von 320 EUR je BG definiert. Durch die unvorhersehbare Ausbreitung von Covid19 samt dessen Folgen, konnte sich die bisher positiv fortlaufende Entwicklung der Anzahl der BG nicht fortsetzen.
gesamt:					46.763.300	54.362.400	
2021 Differenz Neu zu bisher:						7.599.100	

Unterstützungsleistungen							
	Bezeichnung	IST 2019	Plan 2020	Prognose 2020 (Stand 09/2020)	Plan 2021 bisher	Plan 2021 neu (Ergänzungs-beschluss)	Begründung
1	Bundesbeteiligung nach § 46 SGB II - Leistungsbeteiligung bei Kosten für Unterkunft und Heizung an Arbeitssuchende	14.697.400	12.762.000	24.254.100	11.736.700	25.579.900	In Umsetzung des Konjunktur- und Krisenbewältigungspaketes des Bundes wird die Leistungsbeteiligung des Bundes dauerhaft um weitere 25% erhöht.
2	Bundesbeteiligung nach § 46 SGB II - Beteiligung des Bundes für Bildung und Teilhabe nach § 46 Abs. 5	3.692.800	3.269.600	3.751.500	3.149.000	3.755.100	
3	Sonstige allgemeine Zuweisungen vom Land - Gewerbesteuerkompensation	0	0	0	0	10.000.000	Infolge der Corona-Pandemie sind erhebliche Steuerausfälle auf allen Ebenen zu verzeichnen. Der Rückgang der Steuereinnahmen würde bedeuten, dass ohne weitere Hilfen von Bund und Land die Finanzausgleichsleistungen im Jahr 2021 zurückgingen. Das Land stellt für 2021 den Städten und Gemeinden M-V unter Einbeziehung der Bundesmittel eine pauschale Kompensation von 67 Mio. EUR für Gewerbesteuer ausfälle bereit. Der Anteil der HRO daran wird mit ca. 10 Mio. EUR eingeschätzt.
gesamt:					14.885.700	39.335.000	
2021 Differenz Neu zu bisher:						24.449.300	

zu 1.4. Haushaltssatzung Hanse- und Universitätsstadt Rostock - Wesentliche Veränderungen im Bereich der Investitionstätigkeit

	2021 alt	Änderung	2021 neu	2022 alt	Änderung	2022 neu	2023 alt	Änderung	2023 neu
Investitionseinzahlungen	55,4	+7,3	62,7	73,8	+23,4	97,2	98,4	-12,9	85,5
Investitionsauszahlungen	90,9	+5,1	96,0	135,9	+16,7	152,6	164,0	-13,3	150,7
Saldo / Kreditbedarf	-35,5	-2,2	-33,3	-62,1	-6,7	-55,4	-65,6	-0,4	-65,2

Durch Aktualisierungen der bisherigen Planungsstände verändern sich die Kreditbedarfe in den einzelnen Jahren. Der Bedarf der Verpflichtungsermächtigungen wurde ebenfalls angepasst.

In der nachfolgenden Übersicht sind einzelne Investitionsmaßnahmen dargestellt, die u.a. im Zuge der Erarbeitung des Ergänzungsbeschlusses angepasst wurden:

Bezeichnung der Investition	Ansatz neu 2021		Änderung		Ansatz neu 2022		Änderung		Ansatz neu 2023		Änderung	
	FE	FA	FE	FA	FE	FA	FE	FA	FE	FA	FE	FA
Modellprojekt "Smart Cities"	195	300	195	300	507	780	507	780	767	1.180	767	1.180
Hard- und Software, Vernetzung	0	700	0	700	0	0	0	0	0	0	0	0
Eigenkapitalerhöhung	0	4.900	0	4.900	0	4.900	0	4.900	0	4.900	0	4.900
Städtebauförderprojekt "Modellkommune"	0	0	0	-800	0	0	0	-5.000	0	0	0	-4.400
Städtebauliche Sanierungsmaßnahme "Stadtzentrum Rostock"	0	5.839	0	-551	0	9.168	0	2.425	0	3.390	0	-3.732
Umsetzung Medienentwicklungsplan	1.533	1.533	-1.113	-1.113	1.000	1.000	-1.722	-1.722	1.251	1.251	-1.270	-1.270
Umsetzung Medienentwicklungsplan (nicht förderfähige Ausstattung)	0	1.148	0	781	0	647	0	515	0	493	0	362
Hard- und Software, Maschinen und Geräte, Lehrmittel	0	925	0	921	0	4	0	4	0	0	0	0
Breitbandausbau	5.185	5.185	-3.415	-3.415	9.450	9.450	850	850	731	731	-7.869	-7.869
Erneuerung Regenwassersammler durch den WWAV	0	2.200	0	1.200	0	2.500	0	1.500	0	2.500	0	1.600
Radschnellweg Barnstorfer Wald	100	200	-400	-800	300	600	0	0	400	800	400	800
Straßenbau Nordex	0	0	-500	-500	0	0	0	0	400	500	400	500
B-Plan- Weißes Kreuz, Planstraße B	76	620	76	560	430	0	430	0	0	0	0	0
städtischer Anteil Wohnungsbaustandorte Kiefernweg	0	0	0	-700	0	700	0	700	0	0	0	0
Sanierung/ Neubau Lagerplätze	0	0	0	-1.968	0	1.968	0	1.968	0	0	0	0
Sportboothafen Warnemünde	2.510	3.060	0	500	0	0	0	0	0	0	0	0
Neugestaltung Werftbecken	0	500	-5.550	-6.900	18.000	20.000	-8.250	-15.000	18.000	20.000	-8.250	-15.000
Spülfeld Radelsee	0	0	-2.040	-3.400	1.800	3.000	1.800	3.000	1.800	3.000	1.800	3.000
Neubau LP 31/32 auf dem Pier II	7.100	7.100	7.100	7.100	15.517	15.517	15.517	15.517	0	0	0	0
Neubau LP 45/46 auf dem Pier II	9.000	9.000	9.000	9.000	6.300	6.300	6.300	6.300	6.450	6.450	6.450	6.450
investiv gebundene Zuweisung FAG	16.025	0	3.279	0	15.625	0	1.986	0	12.044	0	-3.809	0

Eine Übersicht aller vorgenommenen Änderungen der Investitionsmaßnahmen inklusive Begründungen sind der Anlage Nr. 1.6 a - Änderungslisten Investitionstätigkeit zu entnehmen. Die Änderungen der Verpflichtungsermächtigungen sind in der Anlage 1.6 b dargestellt.

zu 1.5. Haushaltssatzung Hanse- und Universitätsstadt Rostock - Ausblick auf die mittelfristige Finanzplanung

Nach Einarbeitung aller notwendigen Anpassungen im Bereich der Verwaltungstätigkeit und der Investitionstätigkeit entwickelt sich die mittelfristige Finanzplanung wie folgt:

- in Mio. EUR -

	HH Plan 2022 (Stand 17.06.20)	Änderung	HH Plan 2022 Ergänzungs- beschluss	HH Plan 2023 (Stand 17.06.20)	Änderung	HH Plan 2023 Ergänzungs- beschluss
Summe der Erträge	736,3	-21,8	714,5	745,1	-23,7	721,4
Summe der Aufwendungen	741,3	+7,4	748,7	749,7	+5,1	754,8
Jahresergebnis vor Veränderung der Rücklagen	-5,0	-29,2	-34,2	-4,6	-28,8	-33,4
Einstellung in die allg. Kapitalrücklage	0	0	0	0	0	0
Jahresergebnis	-5,0	-33,9	-38,9	-4,6	-28,8	-33,4
Verbleibender Vortrag aus Rücklagen Ergebnishaushalt (vorauss. Stand 31.12.2021 – Planungsstand bisher – 17.06.2020 = 147,5Mio. EUR) (vorauss. Stand 31.12.2021 – Planungsstand neu – Ergänzungsbeschluss = 153,0 Mio. EUR)	142,5	-28,4	114,1	137,9	-57,2	80,7
Summe der lfd. Einzahlungen	697,4	-28,5	668,9	706,7	-24,0	682,7
Summe der lfd. Auszahlungen	685,9	+5,3	691,2	694,5	+5,2	699,7
Jahresbezogener Saldo der lfd. Ein- und Auszahlungen vor planmäßiger Tilgung	11,5	-33,8	-22,3	12,2	-29,9	-17,0
Planmäßige Tilgung von Krediten für Investitionen/Investitionsförderungsmaßnahmen	12,1	-0,4	11,7	12,8	+0,7	13,5
Jahresbezogener Saldo der lfd. Ein- und Auszahlungen	-0,6	-33,4	-34,0	-0,6	-29,9	-30,5
Fortschreibung Lfd. Saldo E/A (vorauss. Stand 31.12.2021 = + 9,9 Mio. EUR)	+9,3	-33,4	-24,1	+8,7	-63,3	-54,6
Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	73,8	+23,4	97,2	98,4	-12,9	85,5
Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	135,9	+16,7	152,6	164,0	-13,3	150,7
Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	-62,1	-6,7	-55,4	-65,6	-0,4	-65,2
Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	61,1	-6,7	55,4	65,6	-0,4	65,2

In der mittelfristigen Finanzplanung kann der Haushaltsausgleich und die Erwirtschaftung der ordentlichen Tilgungen für Investitionskredite aufgrund der coronabedingten Steuereinbrüche ab 2022 nicht mehr dargestellt werden. Dadurch wird die Bewertung der dauerhaften Leistungsfähigkeit der HRO beeinträchtigt. Eine Pflicht zur Vorlage eines Haushaltssicherungskonzeptes mit dem nächsten Doppelhaushalt 2022/23 ist zu erwarten.

Anlagen

1	Anlage 1. 1 - Haushaltssatzung 2020/2021 – Ergänzungsbeschluss 2021	öffentlich
2	Anlage 1.2 - Übersichten Ergebnishaushalt und Finanzhaushalt	öffentlich
3	Anlage 1.3 - Zusammenstellung und Entwicklung des Saldos der liquiden Mittel und der Kassenkredite	öffentlich
4	Anlage 1.4 - Gegenüberstellung Planung 2021 mit Ergänzungsbeschluss 2021 für den Ergebnishaushalt / Finanzhaushalt	öffentlich
5	Anlage 1.5 a - Finanzielle Auswirkungen der "Corona COVID-19-Pandemie" - Wesentliche Veränderungen	öffentlich
6	Anlage 1.5 b - Änderungsliste Verwaltungstätigkeit – Coronabedingte Änderungen	öffentlich
7	Anlage 1.5 c - Änderungsliste Verwaltungstätigkeit – Sonstige Änderungen	öffentlich
8	Anlage 1.6 a - Änderungsliste Teilhaushalte und Investitionstätigkeit	öffentlich
9	Anlage 1.6 b - Übersicht Verpflichtungsermächtigungen	öffentlich
10	Anlage 1.7 - Änderungsliste Stellenplan	öffentlich
11	Anlage 1.8 - Haushaltsvermerke	öffentlich
12	Anlage 2.1 - Haushaltssatzung 2020/2021 Städtebauliches Sondervermögen für das Sanierungsgebiet „Stadtzentrum Rostock“	öffentlich
13	Anlage 2.2 - Übersicht Ergebnishaushalt Sanierungsgebiet „Stadtzentrum Rostock“	öffentlich
14	Anlage 2.3 - Übersicht Finanzhaushalt Sanierungsgebiet „Stadtzentrum Rostock“	öffentlich
15	Anlage 2.4 - Gegenüberstellung Planung 2021 mit Ergänzungsbeschluss 2021 für den Ergebnishaushalt / Finanzhaushalt Sanierungsgebiet „Stadtzentrum Rostock“	öffentlich
16	Anlage - 2.5 Änderungslisten Verwaltungstätigkeit und Investitionstätigkeit Sanierungsgebiet „Stadtzentrum Rostock“	öffentlich
17	Anlage 2.6 - Änderungsliste Investitionstätigkeit "Fördergebiet Toitenwinkel"	öffentlich

Haushaltssatzung der Hanse- und Universitätsstadt Rostock für die Haushaltsjahre 2020 und 2021 – Ergänzungsbeschluss 2021

Aufgrund des § 45 i.V.m. § 47 der Kommunalverfassung (KV M-V) wird nach Beschluss der Bürgerschaft der Hanse- und Universitätsstadt Rostock vom und nach Bekanntgabe der rechtsaufsichtlichen Entscheidungen zu den genehmigungspflichtigen Festsetzungen folgende Haushaltssatzung erlassen:

§ 1 Ergebnis- und Finanzhaushalt

Der Haushaltsplan für die Haushaltsjahre 2020 und 2021 wird

	2020	2021
1. im Ergebnishaushalt auf		
einen Gesamtbetrag der Erträge von	736.853.300 €	744.260.600 €
einen Gesamtbetrag der Aufwendungen von	747.005.100 €	753.433.300 €
ein Jahresergebnis nach Veränderung der Rücklagen von	-10.151.800 €	-9.172.700 €
2. im Finanzhaushalt auf		
a) einen Gesamtbetrag der laufenden Einzahlungen von	673.148.500 €	699.282.600 €
einen Gesamtbetrag der laufenden Auszahlungen ¹ von	684.845.100 €	705.345.600 €
einen jahresbezogenen Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen von	-11.696.600 €	-6.063.000 €
b) einen Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit von	97.417.300 €	62.669.100 €
einen Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit von	103.750.200 €	96.038.400 €
einen Saldo der Ein- und Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit von	-6.332.900 €	-33.369.300 €

festgesetzt.

§ 2 Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen

	2020	2021
Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen ohne Umschuldungen		
wird festgesetzt auf	31.715.800 €	33.369.300 €
(2020: Kreditermächtigung, einschließlich der bereits in der Haushaltssatzung 2018 und 2019 genehmigten Kreditermächtigung in Höhe von insgesamt 25.382.900 €)		

§ 3 Verpflichtungsermächtigungen

	2020	2021
Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen wird festgesetzt auf	41.588.200 €	92.068.900 €

§ 4 Kassenkredite

	2020	2021
Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird festgesetzt auf	100.000.000 €	69.000.000 €

¹ einschließlich Auszahlungen für die planmäßige Tilgung von Krediten für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen

§ 5 Hebesätze

Die Hebesätze für die Realsteuern werden wie folgt festgesetzt:	2020	2021
1. Grundsteuer		
a) für die land- und forstwirtschaftlichen Flächen (Grundsteuer A) auf	300 v. H.	300 v. H.
b) für die Grundstücke (Grundsteuer B) auf	480 v. H.	480 v. H.
2. Gewerbesteuer auf	465 v. H.	465 v. H.

§ 6 Stellen gemäß Stellenplan

	2020	2021
Die Gesamtzahl der im Stellenplan ausgewiesenen Stellen beträgt in Vollzeitäquivalente (VzÄ).	2.517,14	2.538,36

§ 7 Nachtragshaushaltssatzung

- a) Eine Nachtragshaushaltssatzung nach § 48 Abs. 2 Nr. 1 Kommunalverfassung M-V (KV M-V) ist zu erlassen, soweit sich im Ergebnishaushalt das Jahresergebnis des laufenden Haushaltsjahres oder im Finanzhaushalt der Saldo laufenden Ein- und Auszahlungen um mehr als 10 % der Gesamtaufwendungen bzw. -auszahlungen verschlechtert.
- b) Eine Nachtragshaushaltssatzung nach § 48 Abs. 2 Nr. 2 KV M-V ist zu erlassen, wenn bisher nicht veranschlagte oder zusätzliche Aufwendungen bei einzelnen Aufwandspositionen um mehr als 10% zu den Gesamtaufwendungen getätigt werden sollen oder müssen; entsprechendes gilt im Finanzhaushalt für Auszahlungen.
- c) Gemäß § 48 Abs. 2 Nr. 3 KV M-V gelten Auszahlungen für bisher nicht veranschlagte Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen als geringfügig, soweit die geplanten Auszahlungen insgesamt 5% des Gesamtinvestitionsvolumens des aktuellen Haushaltsjahres nicht übersteigen.
- d) Darüber hinaus ist eine Nachtragshaushaltssatzung nach § 48 Abs. 2 Nr. 4 KV M-V zu erlassen, soweit die Abweichung vom Stellenplan im Haushaltsjahr 2% der VzÄ übersteigt.

§ 8 Regelungen zur Haushaltsbewirtschaftung

Unechte Deckung gem. §13 GemHVO-Doppik M-V

- a) Erträge sind auf die Verwendung bestimmter Aufwendungen beschränkt, soweit sich dies aus einer Rechtsvorschrift ergibt. Sie sind ferner auf die Verwendung für bestimmte Aufwendungen zu beschränken, soweit sich die Beschränkung aus der Natur der Erträge ergibt oder ein sachlicher Zusammenhang dies erfordert. Zweckgebundene Mehrerträge dürfen für entsprechende Mehraufwendungen verwendet werden. Dies gilt entsprechend für Einzahlungen und daraus zu leistende Auszahlungen.
- b) Innerhalb eines Produktes können Mehrerträge Aufwendungsansätze erhöhen. Vor Inanspruchnahme ist zu prüfen, ob innerhalb des Produktes Mindererträge vorliegen, die zunächst zu kompensieren sind. Erst darüber hinausgehende Mehrerträge können zur Deckung von Mehraufwendungen verwendet werden. Dies gilt entsprechend für Mehreinzahlungen zur Erhöhung des Auszahlungsansatzes.
- c) Erträge und Einzahlungen aus Spenden und Versicherungserstattungen sind zweckgebunden für Aufwendungen und Auszahlungen im jeweiligen Produkt einzusetzen.

Echte Deckung gem. §14 GemHVO-Doppik M-V

- a) Die Personal- und Versorgungsaufwendungen, die Aufwendungen für bilanzielle Abschreibungen, Einheitsmiete KOE, Wartungsverträge Hard- und Software sowie Kopiertechnik werden nach §14 Abs. 2 GemHVO-Doppik M-V über die Teilhaushalte hinweg, innerhalb zentral bewirtschafteter Deckungskreise, für gegenseitig deckungsfähig erklärt, analog gilt dies auch für die hiermit im Zusammenhang stehenden Auszahlungen.
- b) Innerhalb eines Teilfinanzhaushaltes werden die Ansätze für Auszahlungen aus Investitionstätigkeit gem. §14 Abs. 3 GemHVO-Doppik M-V für gegenseitig deckungsfähig erklärt.
- c) Innerhalb eines Teilfinanzhaushaltes können gem. §14 Abs. 4 GemHVO-Doppik M-V die Ansätze für laufende Auszahlungen zu Gunsten von Auszahlungen aus Investitionstätigkeit desselben Teilfinanzhaushaltes für einseitig deckungsfähig erklärt werden. Soweit die Deckungsfähigkeit in Anspruch genommen wird, vermindert sich der Ansatz für die korrespondierenden Aufwendungen. Der Gesamtbetrag der geplanten Investitionskredite darf dabei nicht überschritten werden.

Nachrichtliche Angaben:		2020	2021
1.	Zum Ergebnishaushalt Das Ergebnis zum 31. Dezember des Haushaltsjahres beträgt voraussichtlich (unter Berücksichtigung der Prognose zum 31.12.2020 - Stand 30.09.2020)	162.075.486,55 €	152.902.786,55 €
2.	Zum Finanzhaushalt Der Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen zum 31. Dezember des Haushaltsjahres beträgt voraussichtlich (unter Berücksichtigung der Prognose zum 31.12.2020 - Stand 30.09.2020)	15.987.540,96 €	9.924.540,96 €
3.	Zum Eigenkapital Der Stand des Eigenkapitals zum 31. Dezember des Haushaltsjahres beträgt voraussichtlich (unter Berücksichtigung der Prognose zum 31.12.2020 - Stand 30.09.2020)	1.244.532.600,04 €	1.235.359.900,04 €

Rostock, den _____

Siegel

Oberbürgermeister

Ergebnishaushalt								Erläute- rung
Nr.	Ertrags- und Aufwandsarten (gemäß § 2 Absatz 1 GemHVO-Doppik)	Ergebnisse	Ansätze einschl. Nachträge	Ansatz	Ansatz	Planungsdaten	Planungsdaten	Konto- nummen
		2018	2019	2020	2021	2022	2023	
		in €						
		1	2	3	4	5	6	
1	+ Steuern und ähnliche Abgaben	249.171.786,40	265.315.200	252.746.200	230.901.700	234.430.500	243.459.300	40
2	+ Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfererträge	202.843.582,86	178.038.000	237.763.500	258.588.500	236.157.600	241.516.300	41
3	+ Erträge der sozialen Sicherung	101.921.506,80	108.551.100	103.133.300	118.215.800	117.754.100	118.146.300	42
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	50.149.787,58	49.146.700	52.737.800	54.883.300	54.170.200	56.247.900	43
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	9.190.391,31	8.684.100	9.971.900	9.164.900	9.119.800	9.149.000	441, 443- 445
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	11.059.943,30	9.619.000	9.871.200	10.031.300	10.023.700	9.731.500	442, 447, 448
7	+ Andere aktivierte Eigenleistungen	543.733,20	327.300	244.200	229.500	160.000	192.000	452
8	+ Zinserträge und sonstige Finanzerträge	35.697.083,83	24.844.200	29.780.400	38.019.400	28.669.400	25.113.400	47
9	+ Sonstige Erträge	36.871.828,32	31.160.800	40.604.800	24.226.200	24.068.700	17.856.900	451, 46, 491
10	Summe der Erträge (Summe der Nummern 1 bis 9)	697.449.643,60	675.686.400	736.853.300	744.260.600	714.554.000	721.412.600	
11	– Personalaufwendungen	135.334.651,62	137.215.100	149.429.400	158.552.600	158.473.000	158.393.400	50
12	– Versorgungsaufwendungen	9.658.400,26	9.811.100	8.750.000	8.850.000	8.950.000	8.950.000	51
13	– Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	82.709.605,81	89.672.400	93.291.500	98.912.500	97.617.800	97.539.200	52
14	– Abschreibungen	48.877.897,42	44.690.900	49.158.800	45.899.300	43.014.400	43.023.300	53
15	– Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferaufwendungen	50.926.153,41	52.375.300	168.202.600	164.584.700	166.517.500	169.843.200	54
16	– Aufwendungen der sozialen Sicherung	266.447.069,35	274.474.200	199.731.500	207.013.400	206.034.900	210.385.700	55
17	– Zinsaufwendungen und sonstige Finanzaufwendungen	5.935.885,28	5.460.500	5.762.800	5.697.600	4.664.300	4.897.100	57
18	– Sonstige Aufwendungen	60.468.348,82	60.860.900	70.578.400	63.923.200	63.446.800	61.780.500	56, 591
19	Summe der Aufwendungen (Summe der Nummern 11 bis 18)	660.358.011,97	674.560.400	744.905.000	753.433.300	748.718.700	754.812.400	
20	Jahresergebnis (Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag) vor Veränderung der Rücklagen (Saldo der Nummern 10 und 19)	37.091.631,63	1.126.000	-8.051.700	-9.172.700	-34.164.700	-33.399.800	
21	– Einstellung in die Kapitalrücklage	14.885.505,66	1.200.000	2.100.100	0	0	0	592
22	+ Entnahmen aus der Kapitalrücklage	109.934,27	74.000	0	0	0	0	492
23	– Einstellung in die Rücklage für Belastungen aus dem kommunalen Finanzausgleich	0,00	0	0	0	0	0	593
24	+ Entnahmen aus der Rücklage für Belastungen aus dem kommunalen Finanzausgleich	0,00	0	0	0	0	0	493
25	Jahresergebnis (Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag, Nummer 20 zuzüglich Nummern 22 und 24 abzüglich Nummern 21 und 23)	22.316.060,24	0	-10.151.800	-9.172.700	-34.164.700	-33.399.800	
	nachrichtlich:							
26	Ergebnisvortrag aus dem Haushaltsvorjahr	119.060.946,46	141.377.006,70	141.377.006,70	131.225.206,70	122.052.506,70	-87.887.806,70	
27	Ergebnis (Überschuss/Fehlbetrag) zum 31. Dezember des Haushaltsjahres (Summe der Nummern 25 und 26)	141.377.006,70	141.377.006,70	131.225.206,70	122.052.506,70	-87.887.806,70	54.488.006,70	

Finanzhaushalt								Erläute- rung
Nr.	Einzahlungs- und Auszahlungsarten (gemäß § 3 Absatz 1 Satz 1 GemHVO-Doppik)	Ergebnisse	Ansätze einschl. Nachträge	Ansatz	Ansatz	Planungsdaten	Planungsdaten	Konto- nummer
		2018	2019	2020	2021	2022	2023	
		in €						
		1	2	3	4	5	6	
1	+ Steuern und ähnliche Abgaben	247.173.968,81	262.556.000	249.921.200	227.722.700	231.118.500	240.028.300	60
2	+ Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfereinzahlungen	173.165.663,75	151.907.200	208.420.700	231.691.800	209.836.800	215.440.200	61
3	+ Einzahlungen der sozialen Sicherung	101.739.159,02	108.531.200	103.159.000	118.241.500	117.100.700	118.172.000	62
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	51.263.659,92	48.403.700	51.954.500	54.345.800	53.136.500	55.113.500	63
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	9.197.451,22	8.504.100	10.086.000	9.277.900	9.231.900	9.260.100	641
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	10.415.494,85	9.589.000	9.861.200	10.021.300	10.013.700	9.721.500	642, 647- 648
7	+ Zinseinzahlungen und sonstige Finanzeinzahlungen	16.909.347,64	22.348.200	22.988.400	31.552.400	22.181.400	18.695.400	67
8	+ Sonstige laufende Einzahlungen	17.648.622,81	15.823.800	16.757.500	16.429.200	16.271.700	16.254.900	651, 66
9	Summe der laufenden Einzahlungen (Summe der Nummern 1 bis 8)	627.513.368,02	627.663.200	673.148.500	699.282.600	668.891.200	682.685.900	
10	– Personalauszahlungen	125.626.476,96	130.163.900	139.779.900	148.903.100	148.823.500	148.743.500	70
11	– Versorgungsauszahlungen	9.658.400,26	9.811.100	8.750.000	8.850.000	8.950.000	8.950.000	71
12	– Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	82.226.411,87	90.502.400	92.812.200	99.235.100	97.788.500	97.995.800	72
13	– Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferauszahlungen	50.996.251,29	52.375.300	168.202.600	164.584.700	166.517.500	169.843.200	74
14	– Auszahlungen der sozialen Sicherungen	264.875.274,47	274.389.800	199.791.700	207.076.500	206.033.400	210.384.200	75
15	– Zinsauszahlungen und sonstige Finanzauszahlungen	5.936.134,69	5.271.600	5.772.400	5.708.900	4.506.400	4.717.900	77
16	– Sonstige laufende Auszahlungen	50.281.587,33	52.835.100	58.916.800	60.530.200	58.583.600	59.068.100	76
17	Summe der laufenden Auszahlungen (Summe der Nummern 10 bis 16)	589.600.536,87	615.349.200	674.025.600	694.888.500	691.202.900	699.702.700	
18	Jahresbezogener Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen vor planmäßiger Tilgung (Saldo der Nummern 9 und 17)	37.912.831,15	12.314.000	-877.100	4.394.100	-22.311.700	-17.016.800	
19	+ Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	41.378.569,27	36.668.100	71.761.200	52.985.200	87.170.600	83.114.600	681, 6833
20	+ Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten	1.374.058,87	1.400.000	2.000.000	2.076.000	2.430.000	1.000.000	682, 6830- 6832, 6834- 6839
21	+ Einzahlungen aus Anlagevermögen	548.737,26	8.000	2.502.000	2.000	2.000	7.000	684- 686
22	+ Einzahlungen aus sonstigen Ausleihungen und Kreditgewährungen	86.749,16	70.000	103.800	105.900	107.400	108.500	687
23	+ Sonstige Investitionseinzahlungen	8.072.624,59	14.500.000	21.050.300	7.500.000	7.500.000	1.300.000	688- 689
24	Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Summe der Nummern 19 bis 23)	51.460.739,15	52.646.100	97.417.300	62.669.100	97.210.000	85.530.100	
25	– Auszahlungen für Anlagevermögen	68.294.248,99	58.395.700	103.568.100	95.856.100	152.465.600	150.566.400	781, 784- 786
26	– Auszahlungen für sonstige Ausleihungen und Kreditgewährungen	170.889,07	132.300	182.100	182.300	182.500	182.800	787
27	– Sonstige Investitionsauszahlungen	613.946,08	0	0	0	0	0	788- 789
28	Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Summe der Nummern 25 bis 27)	69.079.084,14	58.528.000	103.750.200	96.038.400	152.648.100	150.749.200	
29	Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Saldo der Nummern 24 und 28)	-17.618.344,99	-5.881.900	-6.332.900	-33.369.300	-55.438.100	-65.219.100	
30	Finanzmittelüberschuss/ Finanzmittelfehlbetrag (Summe der Nummern 18 und 29)	20.294.486,16	6.432.100	-7.210.000	-28.975.200	-77.749.800	-82.235.900	
31	+ Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	2.950.327,01	5.887.900	6.332.900	33.369.300	55.438.100	65.219.100	691- 692

Hanse- und Universitätsstadt Rostock

Finanzhaushalt								Erläute- rung
Nr.	Einzahlungs- und Auszahlungsarten (gemäß § 3 Absatz 1 Satz 1 GemHVO-Doppik)	Ergebnisse	Ansätze einschl. Nachträge 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planungsdaten 2022	Planungsdaten 2023	Konto- numme
		in €						
32	– Auszahlungen für planmäßige Tilgung von Krediten für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	9.130.603,85	10.600.000	10.819.500	10.457.100	11.700.100	13.554.600	791, 792000- 79251000
33	– Sonstige Auszahlungen zur Tilgung von Krediten für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0,00	0	0	0	0	0	
34	Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Krediten für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Nummer 31 abzüglich Nummern 32 und 33)	-6.180.276,84	-4.712.100	-4.486.600	22.912.200	43.738.000	51.664.500	
35	Saldo der durchlaufenden Gelder und ungeklärten Zahlungsvorgänge	1.016.100,62	0	0	0	0	0	
36	Veränderung der liquiden Mittel und der Kassenkredite (Summe der Nummern 30, 34 und 35)	15.130.309,94	1.720.000	-11.696.600	-6.063.000	-34.011.800	-30.571.400	
37	Jahresbezogener Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen (Saldo der Nummern 18 und 32)	28.782.227,30	1.714.000	-11.696.600	-6.063.000	-34.011.800	-30.571.400	
	nachrichtlich:							
38	Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen zum 31. Dezember des Haushaltsvorjahres	0,00	1.177.037,77	536.962,23	-11.159.637,77	-17.222.637,77	-51.234.437,77	
39	Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen zum 31. Dezember des Haushaltsjahres (Summe der Nummern 37 und 38)	29.959.265,07	536.962,23	-11.159.637,77	-17.222.637,77	-51.234.437,77	81.805.837,77	
	darunter:							
	Zuführung zum investiven Bereich aus einem positiven Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen zum 31. Dezember des Haushaltsjahres [Einzahlung in Nummer 23 (Sonstige Investitionseinzahlungen) und Auszahlungen in Nummer 16 (Sonstige laufende Auszahlungen) enthalten]	0,00	0	0	0	0	0	
	Zuführung zur Deckung eines negativen Saldos der laufenden Ein- und Auszahlungen zum 31. Dezember des Haushaltsjahres aus dem investiven Bereich [Einzahlungen in Nummer 8 (Sonstige laufende Einzahlungen) und Auszahlungen in Nummer 27 (Sonstige Investitionsauszahlungen) enthalten]	0,00	0	0	0	0	0	

Übersicht über die Zusammensetzung und Entwicklung des Saldos der liquiden Mittel und der Kassenkredite im Finanzplanungszeitraum - Ergänzungsbeschluss 2021										
lfd.			vorl. Ergeb. 2018	Ansatz 2019	voraussichtliches Ist 2019	Ansatz 2020	voraussichtliches Ist 2020	Ansatz 2021	FP 2022	FP 2023
			in EUR							
			1	2		3		4	5	6
1		Liquide Mittel zum 31.12. des Haushaltsvorjahres (§ 47 Absatz 4 Nummer 2.4 GemHVO-Doppik)	17.379.435,60	24.449.046,90	29.449.046,90	47.909.142,48	52.909.142,48	47.243.707,48	41.180.707,48	7.168.907,48
2	-	Kassenkredite zum 31.12. des Haushaltsvorjahres	5.162.200,00	-	5.000.000,00	-	5.000.000,00	-	-	-
3	=	Saldo der liquiden Mittel und der Kassenkredite zum 31.12. des Haushaltsvorjahres	12.217.235,60	24.449.046,90	24.449.046,90	47.909.142,48	47.909.142,48	47.243.707,48	41.180.707,48	7.168.907,48
4		Saldo laufende Ein- und Auszahlungen zum 31.12. des Haushaltsvorjahres	- 29.959.265,07	- 1.177.037,77	- 1.177.037,77	16.652.975,96	16.652.975,96	15.987.540,96	9.924.540,96	- 24.087.259,04
5	+	Korrektur des Vortrages	-	-	-	-	-	-	-	-
6	+	jahresbezogener Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen (§ 3 Abs. 1 S. 1 Nr. 37 GemHVO)	28.782.227,30	1.714.000,00	17.830.013,73	- 11.696.600,00	- 665.435,00	- 6.063.000,00	- 34.011.800,00	- 30.571.400,00
7	+	Saldo laufende Ein- und Auszahlungen zum 31.12. des Haushaltsjahres	- 1.177.037,77	536.962,23	16.652.975,96	4.956.375,96	15.987.540,96	9.924.540,96	- 24.087.259,04	- 54.658.659,04
8		Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit zum 31.12. des Haushaltsvorjahres	38.651.087,65	21.194.942,66	21.194.942,66	26.836.615,74	26.836.615,74	26.836.615,74	26.836.615,74	26.836.615,74
9	+	Korrektur des Vortrages	162.200,00	-	-	-	-	-	-	-
10	+	Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (§ 3 Absatz 1 Nummer 41 GemHVO-Doppik)	- 17.618.344,99	- 5.887.900,00	5.641.673,08	- 6.332.900,00	- 27.698.844,04	- 33.369.300,00	- 55.438.100,00	- 65.219.100,00
11	+	Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Krediten für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (ohne planmäßige Tilgung)	-	5.887.900,00	-	6.332.900,00	27.698.844,04	33.369.300,00	55.438.100,00	65.219.100,00
12	+	Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit zum 31.12. des Haushaltsjahres	21.194.942,66	21.194.942,66	26.836.615,74	26.836.615,74	26.836.615,74	26.836.615,74	26.836.615,74	26.836.615,74
13		Saldo der durchlaufenden Geldern und ungeklärten Zahlungsvorgängen zum 31.12. des Haushaltsvorjahres	3.525.413,02	4.431.142,01	4.431.142,01	4.419.550,78	4.419.550,78	4.419.550,78	4.419.550,78	4.419.550,78
14	+	Korrektur des Vortrages	-	-	-	-	-	-	-	-
15	+	Saldo der Ein- und Auszahlungen aus durchlaufenden Geldern und ungeklärten Zahlungsvorgängen (§ 3 Absatz 1 Satz 1 Nummern 55 GemHVO-Doppik)	905.728,99	-	11.591,23	-	-	-	-	-
16	+	Saldo der durchlaufenden Geldern und ungeklärten Zahlungsvorgängen zum 31.12. des Haushaltsvorjahres	4.431.142,01	4.431.142,01	4.419.550,78	4.419.550,78	4.419.550,78	4.419.550,78	4.419.550,78	4.419.550,78
17	=	Saldo der liquiden Mittel und der Kredite zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit zum 31.12. des Haushaltsjahres	24.449.046,90	26.163.046,90	47.909.142,48	36.212.542,48	47.243.707,48	41.180.707,48	7.168.907,48	- 23.402.492,52

Gegenüberstellung Planung 2021 mit Ergänzungsbeschluss 2021

GESAMTERGEBNIS- / GESAMTFINANZHAUSHALT

PRODUKTE
alle

ERGEBNISHAUSHALT

Nr.	Kto.	Bezeichnung	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Haushaltsplan nach BU einschl. 1. und 2. Änderung						
1	40	+ Steuern und ähnliche Abgaben	252.746.200	261.391.200	266.608.600	274.693.800
2	41	+ Zuwendungen, allgemeine Umlage und sonstige Transfererträge	237.763.500	243.651.700	243.019.500	243.032.500
3	42	+ Erträge der sozialen Sicherung	103.133.300	103.766.500	106.348.300	108.438.200
4	43	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	52.737.800	53.392.600	54.050.500	56.130.000
5	441	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	9.971.900	9.643.800	9.775.700	9.919.700
6	442	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	9.871.200	10.335.600	9.808.000	9.685.800
7	45	+ Andere aktivierte Eigenleistungen	244.200	229.500	160.000	192.000
8	47	+ Zinserträge und sonstige Finanzerträge	29.780.400	30.479.400	28.669.400	25.113.400
9	46	+ Sonstige Erträge	40.604.800	23.882.500	17.874.300	17.851.900
10		Summe der ordentlichen Erträge (Summe der Nummern 1 bis 9)	736.853.300	736.772.800	736.314.300	745.057.300
11	50	- Personalaufwendungen	149.429.400	153.074.300	152.839.700	152.803.400
12	51	- Versorgungsaufwendungen	8.750.000	8.850.000	8.950.000	8.950.000
13	52	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	93.291.500	96.407.400	94.525.100	94.186.400
14	53	- Abschreibungen	49.158.800	45.899.300	43.014.400	43.023.300
15	54	- Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferaufwendungen	168.202.600	167.703.300	171.194.800	174.701.200
16	55	- Aufwendungen der sozialen Sicherung	199.731.500	202.261.400	206.034.900	210.385.700
17	57	- Zinsaufwendungen und sonstige Finanzaufwendungen	5.762.800	4.945.000	5.590.100	6.015.200
18	56	- Sonstige Aufwendungen	70.578.400	61.928.000	59.182.000	59.624.800
19		Summe der Aufwendungen (Summe der Nummern 11 bis 18)	744.905.000	741.068.700	741.331.000	749.690.000
20		Jahresergebnis vor Verrechnung der internen Leistungsbeziehungen und vor Veränderung der Rücklagen	-8.051.700	-4.295.900	-5.016.700	-4.632.700

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Änderung nach Ergänzungsvorschlägen für 2021 (Planstufe 14)			
252.746.200	230.901.700	234.430.500	243.459.300
237.763.500	258.588.500	236.157.600	241.516.300
103.133.300	118.215.800	117.754.100	118.146.300
52.737.800	54.883.300	54.170.200	56.247.900
9.971.900	9.164.900	9.119.800	9.149.000
9.871.200	10.031.300	10.023.700	9.731.500
244.200	229.500	160.000	192.000
29.780.400	38.019.400	28.669.400	25.113.400
40.604.800	24.226.200	24.068.700	17.856.900
736.853.300	744.260.600	714.554.000	721.412.600
149.429.400	158.552.600	158.473.000	158.393.400
8.750.000	8.850.000	8.950.000	8.950.000
93.291.500	98.912.500	97.617.800	97.539.200
49.158.800	45.899.300	43.014.400	43.023.300
168.202.600	164.584.700	166.517.500	169.843.200
199.731.500	207.013.400	206.034.900	210.385.700
5.762.800	5.697.600	4.664.300	4.897.100
70.578.400	63.923.200	63.446.800	61.780.500
744.905.000	753.433.300	748.718.700	754.812.400
-8.051.700	-9.172.700	-34.164.700	-33.399.800

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Veränderung			
0	-30.489.500	-32.178.100	-31.234.500
0	14.936.800	-6.861.900	-1.516.200
0	14.449.300	11.405.800	9.708.100
0	1.490.700	119.700	117.900
0	-478.900	-655.900	-770.700
0	-304.300	215.700	45.700
0	0	0	0
0	7.540.000	0	0
0	343.700	6.194.400	5.000
0	7.487.800	-21.760.300	-23.644.700
0	5.478.300	5.633.300	5.590.000
0	0	0	0
0	2.505.100	3.092.700	3.352.800
0	0	0	0
0	-3.118.600	-4.677.300	-4.858.000
0	4.752.000	0	0
0	752.600	-925.800	-1.118.100
0	1.995.200	4.264.800	2.155.700
0	12.364.600	7.387.700	5.122.400
0	-4.876.800	-29.148.000	-28.767.100

FINANZHAUSHALT

Nr.	Kto.	Bezeichnung	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Haushaltsplan nach BU einschl. 1. und 2. Änderung						
1	60	+ Steuern und ähnliche Abgaben	249.921.200	258.535.200	263.842.600	271.637.800
2	61	+ Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfereinzahlungen	208.420.700	216.675.800	216.698.700	216.956.400
3	62	+ Einzahlungen der sozialen Sicherung	103.159.000	103.792.200	105.694.900	108.463.900
4	63	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	51.954.500	52.519.700	53.050.800	55.029.600
5	641	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	10.086.000	9.756.800	9.887.800	10.030.800
6	642	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	9.861.200	10.325.600	9.798.000	9.675.800
7	67	+ Zinseinzahlungen und sonstige Finanzeinzahlungen	22.988.400	24.012.400	22.181.400	18.695.400
8	66	+ Sonstige laufende Einzahlungen	16.757.500	16.280.500	16.277.300	16.254.900
9		Summe der laufenden Einzahlungen (Summe der Nummern 1 bis 8)	673.148.500	691.898.200	697.431.500	706.744.600
10	70	- Personalauszahlungen	139.779.900	143.424.800	143.190.200	143.153.500
11	71	- Versorgungsauszahlungen	8.750.000	8.850.000	8.950.000	8.950.000
12	72	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	92.812.200	96.730.000	94.695.800	94.643.000
13	74	- Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferauszahlungen	168.202.600	167.703.300	171.194.800	174.701.200
14	75	- Auszahlungen der sozialen Sicherungen	199.791.700	202.324.500	206.033.400	210.384.200
15	77	- Zinsauszahlungen und sonstige Finanzauszahlungen	5.772.400	4.956.800	5.433.200	5.837.000
16	76	- Sonstige laufende Auszahlungen	58.916.800	56.944.700	56.438.600	56.862.400
17		Summe der laufenden Auszahlungen (Summe der Nummern 10 bis 16)	674.025.600	680.934.100	685.936.000	694.531.300
18		Jahresbezogener Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen (Saldo der Nummern 9 und 17)	-877.100	10.964.100	11.495.500	12.213.300

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Änderung nach Ergänzungsvorschlägen für 2021 (Planstufe 14)			
249.921.200	227.722.700	231.118.500	240.028.300
208.420.700	231.691.800	209.836.800	215.440.200
103.159.000	118.241.500	117.100.700	118.172.000
51.954.500	54.345.800	53.136.500	55.113.500
10.086.000	9.277.900	9.231.900	9.260.100
9.861.200	10.021.300	10.013.700	9.721.500
22.988.400	31.552.400	22.181.400	18.695.400
16.757.500	16.429.200	16.271.700	16.254.900
673.148.500	699.282.600	668.891.200	682.685.900
139.779.900	148.903.100	148.823.500	148.743.500
8.750.000	8.850.000	8.950.000	8.950.000
92.812.200	99.235.100	97.788.500	97.995.800
168.202.600	164.584.700	166.517.500	169.843.200
199.791.700	207.076.500	206.033.400	210.384.200
5.772.400	5.708.900	4.506.400	4.717.900
58.916.800	60.530.200	58.583.600	59.068.100
674.025.600	694.888.500	691.202.900	699.702.700
-877.100	4.394.100	-22.311.700	-17.016.800

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Veränderung			
0	-30.812.500	-32.724.100	-31.609.500
0	15.016.000	-6.861.900	-1.516.200
0	14.449.300	11.405.800	9.708.100
0	1.826.100	85.700	83.900
0	-478.900	-655.900	-770.700
0	-304.300	215.700	45.700
0	7.540.000	0	0
0	148.700	-5.600	0
0	7.384.400	-28.540.300	-24.058.700
0	5.478.300	5.633.300	5.590.000
0	0	0	0
0	2.505.100	3.092.700	3.352.800
0	-3.118.600	-4.677.300	-4.858.000
0	4.752.000	0	0
0	752.100	-926.800	-1.119.100
0	3.585.500	2.145.000	2.205.700
0	13.954.400	5.266.900	5.171.400
0	-6.570.000	-33.807.200	-29.230.100

Gegenüberstellung Planung 2021 mit Ergänzungsbeschluss 2021

TH 03 Büro des Oberbürgermeisters

PRODUKTE

11101 Grundsatz, Protokoll
11111 Verwaltungsleitung
11112 Beauftragte

11114 Pressestelle/Marketing
11118 "Doppeljubiläum" BgA
11119 "Doppeljubiläum"
12102 Wahlen / Abstimmungen

57306 Werbeeinrichtungen

ERGEBNISHAUSHALT																		
Nr.	Kto.	Bezeichnung	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Haushaltsplan nach BÜ-Beschluss am 29.4 und 17.6.2020						Änderung nach Ergänzungsvorschlägen für 2021 (Planstufe 14)						Änderung zum Haushaltsentwurf 2020/2021						
1	40	+ Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
2	41	+ Zuwendungen, allgemeine Umlage und sonstige Transfererträge	667.900	656.100	48.200	48.200	667.900	1.488.900	1.097.400	1.110.400	0	832.800	1.049.200	1.062.200	0	832.800	1.049.200	1.062.200
3	42	+ Erträge der sozialen Sicherung	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
4	43	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	100	0	0	0	100	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
5	441	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	370.200	370.200	370.200	370.200	370.200	370.200	370.200	370.200	0	0	0	0	0	0	0	0
6	442	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	62.500	7.200	7.200	7.200	62.500	7.200	7.200	7.200	0	0	0	0	0	0	0	0
7	45	+ Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
8	47	+ Zinserträge und sonstige Finanzerträge	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
9	46	+ Sonstige Erträge	300	0	0	0	300	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
10		Summe der ordentlichen Erträge (Summe der Nummern 1 bis 9)	1.101.000	1.033.500	425.600	425.600	1.101.000	1.866.300	1.474.800	1.487.800	0	832.800	1.049.200	1.062.200	0	832.800	1.049.200	1.062.200
11	50	- Personalaufwendungen	4.263.700	4.322.600	4.395.500	4.407.400	4.263.700	4.491.000	4.566.600	4.579.700	0	168.400	171.100	172.300	0	168.400	171.100	172.300
12	51	- Versorgungsaufwendungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
13	52	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	183.600	205.500	188.000	191.800	183.600	280.000	188.000	191.800	0	74.500	0	0	0	0	0	0
14	53	- Abschreibungen	80.700	114.800	84.200	83.500	80.700	114.800	84.200	83.500	0	0	0	0	0	0	0	0
15	54	- Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferaufwendungen	141.200	141.200	141.200	141.200	141.200	142.700	142.700	142.700	0	1.500	1.500	1.500	0	1.500	1.500	1.500
16	55	- Aufwendungen der sozialen Sicherung	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
17	57	- Zinsaufwendungen und sonstige Finanzaufwendungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
18	56	- Sonstige Aufwendungen	2.458.500	2.145.000	1.618.500	1.622.700	2.458.500	3.017.700	2.604.800	2.515.500	0	872.700	986.300	892.800	0	872.700	986.300	892.800
19		Summe der Aufwendungen (Summe der Nummern 11 bis 18)	7.127.700	6.929.100	6.427.400	6.446.600	7.127.700	8.046.200	7.586.300	7.513.200	0	1.117.100	1.158.900	1.066.600	0	1.117.100	1.158.900	1.066.600
20		Jahresergebnis des Teilhaushaltes vor Verrechnung der internen Leistungsbeziehungen und vor Veränderung der Rücklagen	-6.026.700	-5.895.600	-6.001.800	-6.021.000	-6.026.700	-6.179.900	-6.111.500	-6.025.400	0	-284.300	-109.700	-4.400,00	0	-284.300	-109.700	-4.400,00

FINANZHAUSHALT																		
Nr.	Kto.	Bezeichnung	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Haushaltsplan nach BÜ-Beschluss am 29.4 und 17.6.2020						Änderung nach Ergänzungsvorschlägen für 2021 (Planstufe 14)				Änderung zum Haushaltsentwurf 2020/2021								
1	60	+ Steuern und ähnliche Abgaben		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
2	61	+ Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfereinzahlungen	667.900	656.100	48.200	48.200	667.900	1.568.100	1.097.400	1.110.400	0	912.000	1.049.200	1.062.200	0	912.000	1.049.200	1.062.200
3	62	+ Einzahlungen der sozialen Sicherung	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
4	63	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	100	0	0	0	100	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
5	641	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	370.200	370.200	370.200	370.200	370.200	370.200	370.200	370.200	0	0	0	0	0	0	0	0
6	642	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	62.500	7.200	7.200	7.200	62.500	7.200	7.200	7.200	0	0	0	0	0	0	0	0
7	67	+ Zinseinzahlungen und sonstige Finanzeinzahlungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
8	66	+ Sonstige laufende Einzahlungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
9		Summe der laufenden Einzahlungen (Summe der Nummern 1 bis 8)	1.100.700	1.033.500	425.600	425.600	1.100.700	1.945.500	1.474.800	1.487.800	0	912.000	1.049.200	1.062.200	0	912.000	1.049.200	1.062.200
10	70	- Personalauszahlungen	4.273.900	4.327.600	4.400.600	4.409.600	4.273.900	4.496.000	4.571.700	4.581.900	0	168.400	171.100	172.300	0	168.400	171.100	172.300
11	71	- Versorgungsauszahlungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
12	72	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	183.600	205.500	188.000	191.800	183.600	280.000	188.000	191.800	0	74.500	0	0	0	0	0	0
13	74	- Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferauszahlungen	141.200	141.200	141.200	141.200	141.200	142.700	142.700	142.700	0	1.500	1.500	1.500	0	1.500	1.500	1.500
14	75	- Auszahlungen der sozialen Sicherungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
15	77	- Zinsauszahlungen und sonstige Finanzauszahlungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
16	76	- Sonstige laufende Auszahlungen	2.458.500	2.145.000	1.618.500	1.622.700	2.458.500	3.017.700	2.604.800	2.515.500	0	872.700	986.300	892.800	0	872.700	986.300	892.800
17		Summe der laufenden Auszahlungen (Summe der Nummern 10 bis 16)	7.057.200	6.819.300	6.348.300	6.365.300	7.057.200	7.936.400	7.507.200	7.431.900	0	1.117.100	1.158.900	1.066.600	0	1.117.100	1.158.900	1.066.600
18		Jahresbezogener Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen (Saldo der Nummern 9 und 17)	-5.956.500	-5.785.800	-5.922.700	-5.939.700	-5.956.500	-5.990.900	-6.032.400	-5.944.100	0	-205.100	-109.700	-4.400	0	-205.100	-109.700	-4.400

Die einzelnen vorgenommenen Änderungen innerhalb der Produkte, sind den Änderungslisten zu entnehmen.

Gegenüberstellung Planung 2021 mit Ergänzungsbeschluss 2021

TH 10 Hauptamt

PRODUKTE

11104 Bürgerschaft, Ausschüsse u.a. Gremien
11107 Personalvertretung
11301 Organisationsmanagement

11301 Organisationsmanagement
11401 Verwaltungsangelegenheiten
11404 Information und Kommunikation - neu TH 06

11900 Rechtsamt - neu TH 30
12101 Statistik
12206 Schiedsstelle - neu TH 30

ERGEBNISHAUSHALT

Nr.	Kto.	Bezeichnung	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Haushaltsplan nach BÜ-Beschluss am 29.4 und 17.6.2020						
1	40	+ Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0
2	41	+ Zuwendungen, allgemeine Umlage und sonstige Transfererträge	75.000	75.000	75.000	75.000
3	42	+ Erträge der sozialen Sicherung	0	0	0	0
4	43	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	16.100	16.100	16.100	16.100
5	441	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	13.900	13.900	13.900	13.900
6	442	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	214.400	474.400	214.400	124.400
7	45	+ Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0
8	47	+ Zinserträge und sonstige Finanzerträge	3.750.000	3.750.000	3.750.000	3.750.000
9	46	+ Sonstige Erträge	497.900	497.900	497.900	475.600
10		Summe der ordentlichen Erträge (Summe der Nummern 1 bis 9)	4.567.300	4.827.300	4.567.300	4.455.000
11	50	- Personalaufwendungen	19.352.100	19.809.800	19.440.900	19.373.000
12	51	- Versorgungsaufwendungen	8.699.000	8.798.000	8.896.000	8.894.200
13	52	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	825.900	866.300	844.800	826.800
14	53	- Abschreibungen	102.700	39.600	0	0
15	54	- Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferaufwendungen	38.500	38.500	38.500	38.500
16	55	- Aufwendungen der sozialen Sicherung	0	0	0	0
17	57	- Zinsaufwendungen und sonstige Finanzaufwendungen	0	0	0	0
18	56	- Sonstige Aufwendungen	3.590.500	3.689.100	3.687.500	3.726.400
19		Summe der Aufwendungen (Summe der Nummern 11 bis 18)	32.608.700	33.241.300	32.907.700	32.858.900
20		Jahresergebnis des Teilhaushaltes vor Verrechnung der internen Leistungsbeziehungen und vor Veränderung der Rücklagen	-28.041.400	-28.414.000	-28.340.400	-28.403.900

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Änderung nach Ergänzungsvorschlägen für 2021 (Planstufe 14)			
0	0	0	0
75.000	105.000	365.000	105.000
0	0	0	0
16.100	16.100	16.100	16.100
13.900	13.900	13.900	13.900
214.400	214.400	474.400	214.400
0	0	0	0
3.750.000	3.750.000	3.750.000	3.750.000
497.900	497.900	497.900	475.600
4.567.300	4.597.300	5.117.300	4.575.000
19.352.100	20.022.500	19.842.400	19.761.300
8.699.000	8.798.000	8.896.000	8.894.200
825.900	827.000	883.700	846.500
102.700	39.600	0	0
38.500	37.000	37.000	37.000
0	0	0	0
0	0	0	0
3.590.500	3.718.200	3.725.600	3.735.700
32.608.700	33.442.300	33.384.700	33.274.700
-28.041.400	-28.845.000	-28.267.400	-28.699.700

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Änderung zum Haushaltsentwurf 2020/2021			
0	0	0	0
0	30.000	290.000	30.000
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	-260.000	260.000	90.000
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	-230.000	550.000	120.000
0	212.700	401.500	388.300
0	0	0	0
0	-39.300	38.900	19.700
0	0	0	0
0	-1.500	-1.500	-1.500
0	0	0	0
0	0	0	0
0	29.100	38.100	9.300
0	201.000	477.000	415.800
0	-431.000	73.000	-295.800

FINANZHAUSHALT

Nr.	Kto.	Bezeichnung	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Haushaltsplan nach BÜ-Beschluss am 29.4 und 17.6.2020						
1	60	+ Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0
2	61	+ Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfereinzahlungen	75.000	75.000	75.000	75.000
3	62	+ Einzahlungen der sozialen Sicherung	0	0	0	0
4	63	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	16.100	16.100	16.100	16.100
5	641	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	13.900	13.900	13.900	13.900
6	642	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	214.400	474.400	214.400	124.400
7	67	+ Zinseinzahlungen und sonstige Finanzeinzahlungen	0	0	0	0
8	66	+ Sonstige laufende Einzahlungen	497.900	497.900	497.900	475.600
9		Summe der laufenden Einzahlungen (Summe der Nummern 1 bis 8)	817.300	1.077.300	817.300	705.000
10	70	- Personalauszahlungen	10.137.400	10.621.000	10.278.200	10.241.800
11	71	- Versorgungsauszahlungen	8.699.000	8.798.000	8.896.000	8.894.200
12	72	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	825.900	866.300	844.800	826.800
13	74	- Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferauszahlungen	38.500	38.500	38.500	38.500
14	75	- Auszahlungen der sozialen Sicherungen	0	0	0	0
15	77	- Zinsauszahlungen und sonstige Finanzauszahlungen	0	0	0	0
16	76	- Sonstige laufende Auszahlungen	3.590.500	3.689.100	3.687.500	3.726.400
17		Summe der laufenden Auszahlungen (Summe der Nummern 10 bis 16)	23.291.300	24.012.900	23.745.000	23.727.700
18		Jahresbezogener Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen (Saldo der Nummern 9 und 17)	-22.474.000	-22.935.600	-22.927.700	-23.022.700

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Änderung nach Ergänzungsvorschlägen für 2021 (Planstufe 14)			
0	0	0	0
75.000	105.000	365.000	105.000
0	0	0	0
16.100	16.100	16.100	16.100
13.900	13.900	13.900	13.900
214.400	214.400	474.400	214.400
0	0	0	0
497.900	497.900	497.900	475.600
817.300	847.300	1.367.300	825.000
10.137.400	10.833.700	10.679.700	10.630.100
8.699.000	8.798.000	8.896.000	8.894.200
825.900	827.000	883.700	846.500
38.500	37.000	37.000	37.000
0	0	0	0
0	0	0	0
3.590.500	3.718.200	3.725.600	3.735.700
23.291.300	24.213.900	24.222.000	24.143.500
-22.474.000	-23.366.600	-22.854.700	-23.318.500

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Änderung zum Haushaltsentwurf 2020/2021			
0	0	0	0
0	30.000	290.000	30.000
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	-260.000	260.000	90.000
0	0	0	0
0	0	0	0
0	-230.000	550.000	120.000
0	212.700	401.500	388.300
0	0	0	0
0	-39.300	38.900	19.700
0	-1.500	-1.500	-1.500
0	0	0	0
0	0	0	0
0	29.100	38.100	9.300
0	201.000	477.000	415.800
0	-431.000	73.000	-295.800

Die einzelnen vorgenommenen Änderungen innerhalb der Produkte, sind den Änderungslisten zu entnehmen.

11800 Rechnungsprüfung

FINANZHAUSHALT							Ansatz 2020				Ansatz 2021				Finanzplan 2022				Finanzplan 2023															
Nr.	Kto.	Bezeichnung	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023	Änderung nach Ergänzungsvorschlägen für 2021 (Planstufe 14)												Ansatz 2020				Ansatz 2021				Finanzplan 2022				Finanzplan 2023			
							Haushaltsplan nach BU-Beschluss am 29.4 und 17.6.2020												Änderung zum Haushaltsentwurf 2020/2021															
1	60	* Steuern und ähnliche Abgaben		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0						
2	61	* Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfereinzahlungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0						
3	62	* Einzahlungen der sozialen Sicherung	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0						
4	63	* Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0						
5	641	* Privatrechtliche Leistungsentgelte	1.800	1.800	1.800	1.800	1.800	1.800	1.800	1.800	1.800	1.800	1.800	1.800	1.800	1.800	1.800	1.800	1.800	1.800	1.800	1.800	1.800	1.800	1.800	1.800	1.800	1.800						
6	642	* Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0						
7	67	* Zinseinzahlungen und sonstige Finanzeinzahlungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0						
8	66	* Sonstige laufende Einzahlungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0						
9		Summe der laufenden Einzahlungen (Summe der Nummern 1 bis 8)	1.800	1.800	1.800	1.800	1.800	1.800	1.800	1.800	1.800	1.800	1.800	1.800	1.800	1.800	1.800	1.800	1.800	1.800	1.800	1.800	1.800	1.800	1.800	1.800	1.800	1.800						
10	70	- Personalauszahlungen	915.200	942.900	971.500	1.001.100	915.200	980.900	1.010.500	1.041.600	915.200	980.900	1.010.500	1.041.600	915.200	980.900	1.010.500	1.041.600	915.200	980.900	1.010.500	1.041.600	915.200	980.900	1.010.500	1.041.600	915.200	980.900						
11	71	- Versorgungsauszahlungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0						
12	72	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	13.100	14.100	15.100	16.100	13.100	14.100	15.100	16.100	13.100	14.100	15.100	16.100	13.100	14.100	15.100	16.100	13.100	14.100	15.100	16.100	13.100	14.100	15.100	16.100	13.100	14.100						
13	74	- Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferauszahlungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0						
14	75	- Auszahlungen der sozialen Sicherungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0						
15	77	- Zinsauszahlungen und sonstige Finanzauszahlungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0						
16	76	- Sonstige laufende Auszahlungen	73.700	73.200	74.400	72.700	73.700	73.200	74.400	72.700	73.700	73.200	74.400	72.700	73.700	73.200	74.400	72.700	73.700	73.200	74.400	72.700	73.700	73.200	74.400	72.700	73.700	73.200						
17		Summe der laufenden Auszahlungen (Summe der Nummern 10 bis 16)	1.002.000	1.030.200	1.061.000	1.089.900	1.002.000	1.068.200	1.100.000	1.130.400	1.002.000	1.068.200	1.100.000	1.130.400	1.002.000	1.068.200	1.100.000	1.130.400	1.002.000	1.068.200	1.100.000	1.130.400	1.002.000	1.068.200	1.100.000	1.130.400	1.002.000	1.068.200						
18		jahresbezogener Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen (Saldo der Nummern 9 und 17)	-1.000.200	-1.028.400	-1.059.200	-1.088.100	-1.000.200	-1.066.400	-1.098.200	-1.128.600	-1.000.200	-1.066.400	-1.098.200	-1.128.600	-1.000.200	-1.066.400	-1.098.200	-1.128.600	-1.000.200	-1.066.400	-1.098.200	-1.128.600	-1.000.200	-1.066.400	-1.098.200	-1.128.600	-1.000.200	-1.066.400						

Aktenmappe - 197 von 309

Gegenüberstellung Planung 2021 mit Ergänzungsbeschluss 2021

TH 15 Zentrale Steuerung und Beteiligungen

PRODUKTE

11102 Zentrale Steuerung
 25301 Zoologischer Garten Rostock
 26101 Volkstheater Rostock GmbH
 51107 Rostocker Gesellschaft für Stadterneuerung, -entwicklung und

52205 WIRO Wohnungsgesellschaft mbH
 54001 Konzessionsabgaben
 54701 RVV Rostocker Versorgungs- und Verkehrs-Holding
 54702 Sonstiger Personen- und Güterverkehr

55101 Bundesgartenschau (BUGA)-neu TH 99
 57303 inRostock GmbH Messen, Kongresse &
 57304 Großmarkt Rostock GmbH
 57305 IGA - Rostock 2003 GmbH

62301 Eigenbetrieb Kommunale Objekt-bewirtschaftung und -entwicklung der HRO
 62302 Eigenbetrieb Tourismuszentrale Rostock & Warnemünde
 62303 Eigenbetrieb Krankenhaus Südstadt Klinikum
 62600 Beteiligungen, Anteile, Wertpapiere des Anlagevermögens
 62601 Warnow-Wasser- und Abwasserverband

ERGEBNISHAUSHALT

Nr.	Kto.	Bezeichnung	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Haushaltsplan nach BÜ-Beschluss am 29.4 und 17.6.2020						
1	40	• Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0
2	41	• Zuwendungen, allgemeine Umlage und sonstige Transfererträge	13.480.500	13.731.000	13.994.800	14.265.200
3	42	• Erträge der sozialen Sicherung	0	0	0	0
4	43	• Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0	0	0	0
5	441	• Privatrechtliche Leistungsentgelte	0	0	0	0
6	442	• Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	0	0
7	45	• Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0
8	47	• Zinserträge und sonstige Finanzerträge	24.632.000	25.331.000	23.521.000	19.965.000
9	46	• Sonstige Erträge	10.267.600	10.267.600	10.267.600	10.267.600
10		Summe der ordentlichen Erträge (Summe der Nummern 1 bis 9)	48.380.100	49.329.600	47.783.400	44.497.800
11	50	- Personalaufwendungen	1.070.600	1.043.500	1.012.200	933.000
12	51	- Versorgungsaufwendungen	0	0	0	0
13	52	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	722.800	724.500	724.000	723.700
14	53	- Abschreibungen	2.219.700	2.212.900	2.212.900	2.212.900
15	54	- Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferaufwendungen	42.576.000	33.612.300	34.092.000	34.583.600
16	55	- Aufwendungen der sozialen Sicherung	0	0	0	0
17	57	- Zinsaufwendungen und sonstige Finanzaufwendungen	2.599.800	1.559.800	1.559.800	1.559.800
18	56	- Sonstige Aufwendungen	2.288.800	2.290.000	2.290.800	2.291.800
19		Summe der Aufwendungen (Summe der Nummern 11 bis 18)	51.477.700	41.443.000	41.891.700	42.304.800
20		Jahresergebnis des Teilhaushaltes vor Verrechnung der internen Leistungsbeziehungen und vor Veränderung der Rücklagen	-3.097.600	7.886.600	5.891.700	2.193.000

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Änderung nach Ergänzungsvorschlägen für 2021 (Planstufe 14)			
0	0	0	0
13.480.500	13.731.000	13.994.800	14.265.200
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
24.632.000	32.871.000	23.521.000	19.965.000
10.267.600	10.267.600	10.267.600	10.267.600
48.380.100	56.869.600	47.783.400	44.497.800
1.070.600	1.082.900	1.050.600	968.800
0	0	0	0
722.800	724.500	724.000	723.700
2.219.700	2.212.900	2.212.900	2.212.900
42.576.000	35.452.700	34.132.400	34.624.000
0	0	0	0
2.599.800	2.933.000	1.559.800	1.559.800
2.288.800	2.290.000	2.290.800	2.291.800
51.477.700	44.696.000	41.970.500	42.381.000
-3.097.600	12.173.600	5.812.900	2.116.800

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Veränderung			
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	7.540.000	0	0
0	0	0	0
0	7.540.000	0	0
0	39.400	38.400	35.800
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	1.840.400	40.400	40.400
0	0	0	0
0	1.373.200	0	0
0	0	0	0
0	3.253.000	78.800	76.200
0	4.287.000	-78.800	-76.200

FINANZHAUSHALT

Nr.	Kto.	Bezeichnung	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Haushaltsplan nach BÜ-Beschluss am 29.4 und 17.6.2020						
1	60	• Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0
2	61	• Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfereinzahlungen	12.351.400	12.608.700	12.872.500	13.142.900
3	62	• Einzahlungen der sozialen Sicherung	0	0	0	0
4	63	• Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0	0	0	0
5	641	• Privatrechtliche Leistungsentgelte	0	0	0	0
6	642	• Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	0	0
7	67	• Zinseinzahlungen und sonstige Finanzeinzahlungen	19.340.000	20.364.000	19.033.000	15.547.000
8	66	• Sonstige laufende Einzahlungen	10.267.600	10.267.600	10.267.600	10.267.600
9		Summe der laufenden Einzahlungen (Summe der Nummern 1 bis 8)	41.959.000	43.240.300	42.173.100	38.957.500
10	70	- Personalauszahlungen	1.074.000	1.043.500	1.012.200	933.000
11	71	- Versorgungsauszahlungen	0	0	0	0
12	72	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	722.800	724.500	724.000	723.700
13	74	- Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferauszahlungen	42.576.000	33.612.300	34.092.000	34.583.600
14	75	- Auszahlungen der sozialen Sicherungen	0	0	0	0
15	77	- Zinsauszahlungen und sonstige Finanzauszahlungen	2.599.800	1.559.800	1.559.800	1.559.800
16	76	- Sonstige laufende Auszahlungen	2.288.800	2.290.000	2.290.800	2.291.800
17		Summe der laufenden Auszahlungen (Summe der Nummern 10 bis 16)	49.261.400	39.230.100	39.678.800	40.091.900
18		Jahresbezogener Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen (Saldo der Nummern 9 und 17)	-7.302.400	4.010.200	2.494.300	-1.134.400

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Änderung nach Ergänzungsvorschlägen für 2021 (Planstufe 14)			
0	0	0	0
12.351.400	12.608.700	12.872.500	13.142.900
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
19.340.000	27.904.000	19.033.000	15.547.000
10.267.600	10.267.600	10.267.600	10.267.600
41.959.000	50.780.300	42.173.100	38.957.500
1.074.000	1.082.900	1.050.600	968.800
0	0	0	0
722.800	724.500	724.000	723.700
42.576.000	35.452.700	34.132.400	34.624.000
0	0	0	0
2.599.800	2.933.000	1.559.800	1.559.800
2.288.800	2.290.000	2.290.800	2.291.800
49.261.400	42.483.100	39.757.600	40.168.100
-7.302.400	8.297.200	2.415.500	-1.210.600

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Veränderung			
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	7.540.000	0	0
0	0	0	0
0	7.540.000	0	0
0	39.400	38.400	35.800
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	1.840.400	40.400	40.400
0	0	0	0
0	1.373.200	0	0
0	0	0	0
0	3.253.000	78.800	76.200
0	4.287.000	-78.800	-76.200

Gegenüberstellung Planung 2021 mit Ergänzungsbeschluss 2021

TH 20 Kämmereiamt

PRODUKTE

11602 Kämmerei

51106 Durchführung städtebaulicher Maßnahmen

ERGEBNISHAUSHALT

Nr.	Kto.	Bezeichnung	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Haushaltsplan nach BU-Beschluss am 29.4 und 17.6.2020							Änderung nach Ergänzungsvorschlägen für 2021 (Planstufe 14)							
1	40	+ Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
2	41	+ Zuwendungen, allgemeine Umlage und sonstige Transfererträge	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
3	42	+ Erträge der sozialen Sicherung	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
4	43	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	12.000	12.000	12.000	12.000	12.000	12.000	12.000	12.000	0	0	0	0
5	441	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	600	600	600	600	600	600	600	600	0	0	0	0
6	442	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	900	900	900	900	900	900	900	900	0	0	0	0
7	45	+ Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
8	47	+ Zinserträge und sonstige Finanzerträge	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
9	46	+ Sonstige Erträge	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
10		Summe der ordentlichen Erträge (Summe der Nummern 1 bis 9)	13.500	13.500	13.500	13.500	13.500	13.500	13.500	13.500	0	0	0	0
11	50	- Personalaufwendungen	2.909.300	2.999.300	2.939.700	2.818.700	2.909.300	3.122.200	3.059.000	2.932.000	0	122.900	119.300	113.300
12	51	- Versorgungsaufwendungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
13	52	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	1.400	4.000	1.400	4.400	1.400	14.000	1.400	4.400	0	10.000	0	0
14	53	- Abschreibungen	39.700	7.900	17.500	12.200	39.700	7.900	17.500	12.200	0	0	0	0
15	54	- Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferaufwendungen	1.450.000	1.894.700	939.100	555.900	1.450.000	1.870.700	915.100	551.900	0	-24.000	-24.000	-4.000
16	55	- Aufwendungen der sozialen Sicherung	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
17	57	- Zinsaufwendungen und sonstige Finanzaufwendungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
18	56	- Sonstige Aufwendungen	333.400	398.800	317.400	314.900	333.400	428.800	317.400	314.900	0	30.000	0	0
19		Summe der Aufwendungen (Summe der Nummern 11 bis 18)	4.733.800	5.304.700	4.215.100	3.711.100	4.733.800	5.443.600	4.310.400	3.820.400	0	138.900	95.300	109.300
20		Jahresergebnis des Teilhaushaltes vor Verrechnung der internen Leistungsbeziehungen und vor Veränderung der Rücklagen	-4.720.300	-5.291.200	-4.201.600	-3.697.600	-4.720.300	-5.430.100	-4.296.900	-3.806.900	0	-138.900	-95.300	-109.300

FINANZHAUSHALT

Nr.	Kto.	Bezeichnung	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Haushaltsplan nach BU-Beschluss am 29.4 und 17.6.2020							Änderung nach Ergänzungsvorschlägen für 2021 (Planstufe 14)							
1	60	+ Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
2	61	+ Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfereinzahlungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
3	62	+ Einzahlungen der sozialen Sicherung	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
4	63	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	12.000	12.000	12.000	12.000	12.000	12.000	12.000	12.000	0	0	0	0
5	641	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	600	600	600	600	600	600	600	600	0	0	0	0
6	642	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	900	900	900	900	900	900	900	900	0	0	0	0
7	67	+ Zinseinzahlungen und sonstige Finanzeinzahlungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
8	66	+ Sonstige laufende Einzahlungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
9		Summe der laufenden Einzahlungen (Summe der Nummern 1 bis 8)	13.500	13.500	13.500	13.500	13.500	13.500	13.500	13.500	0	0	0	0
10	70	- Personalauszahlungen	2.913.300	3.003.300	2.943.700	2.820.700	2.913.300	3.126.200	3.063.000	2.934.000	0	122.900	119.300	113.300
11	71	- Versorgungsauszahlungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
12	72	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	1.400	4.000	1.400	4.400	1.400	14.000	1.400	4.400	0	10.000	0	0
13	74	- Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferauszahlungen	1.450.000	1.894.700	939.100	555.900	1.450.000	1.870.700	915.100	551.900	0	-24.000	-24.000	-4.000
14	75	- Auszahlungen der sozialen Sicherungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
15	77	- Zinsauszahlungen und sonstige Finanzauszahlungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
16	76	- Sonstige laufende Auszahlungen	333.300	398.700	317.300	314.800	333.300	428.700	317.300	314.800	0	30.000	0	0
17		Summe der laufenden Auszahlungen (Summe der Nummern 10 bis 16)	4.698.000	5.300.700	4.201.500	3.695.800	4.698.000	5.439.600	4.296.800	3.805.100	0	138.900	95.300	109.300
18		Jahresbezogener Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen (Saldo der Nummern 9 und 17)	-4.684.500	-5.287.200	-4.188.000	-3.682.300	-4.684.500	-5.426.100	-4.283.300	-3.791.600	0	-138.900	-95.300	-109.300

Die einzelnen vorgenommenen Änderungen innerhalb der Produkte, sind den Änderungslisten zu entnehmen.

Gegenüberstellung Planung 2021 mit Ergänzungsbeschluss 2021

TH 22 Finanzverwaltungsamt

PRODUKTE
11601 Finanzen

ERGEBNISHAUSHALT

Nr.	Kto.	Bezeichnung	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Haushaltsplan nach BU-Beschluss am 29.4 und 17.6.2020						
1	40	+ Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0
2	41	+ Zuwendungen, allgemeine Umlage und sonstige Transfererträge	0	0	0	0
3	42	+ Erträge der sozialen Sicherung	0	0	0	0
4	43	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	1.300	1.300	1.300	1.300
5	441	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0	0	0	0
6	442	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	130.000	130.000	130.000	130.000
7	45	+ Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0
8	47	+ Zinserträge und sonstige Finanzerträge	45.000	45.000	45.000	45.000
9	46	+ Sonstige Erträge	530.000	530.000	530.000	530.000
10		Summe der ordentlichen Erträge (Summe der Nummern 1 bis 9)	706.300	706.300	706.300	706.300
11	50	- Personalaufwendungen	3.934.300	4.006.500	4.003.300	3.989.100
12	51	- Versorgungsaufwendungen	0	0	0	0
13	52	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	103.200	106.400	103.400	108.900
14	53	- Abschreibungen	97.500	81.200	32.200	30.200
15	54	- Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferaufwendungen	0	0	0	0
16	55	- Aufwendungen der sozialen Sicherung	0	0	0	0
17	57	- Zinsaufwendungen und sonstige Finanzaufwendungen	0	0	0	0
18	56	- Sonstige Aufwendungen	345.300	346.500	349.500	350.500
19		Summe der Aufwendungen (Summe der Nummern 11 bis 18)	4.480.300	4.540.600	4.488.400	4.478.700
20		Jahresergebnis des Teilhaushaltes vor Verrechnung der internen Leistungsbeziehungen und vor Veränderung der Rücklagen	-3.774.000	-3.834.300	-3.782.100	-3.772.400

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Änderung nach Ergänzungsvorschlägen für 2021 (Planstufe 14)			
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
1.300	1.300	1.300	1.300
0	0	0	0
130.000	130.000	130.000	130.000
0	0	0	0
45.000	45.000	45.000	45.000
530.000	530.000	530.000	530.000
706.300	706.300	706.300	706.300
3.934.300	4.168.800	4.164.600	4.149.400
0	0	0	0
103.200	106.400	103.400	108.900
97.500	81.200	32.200	30.200
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
345.300	346.500	349.500	350.500
4.480.300	4.702.900	4.649.700	4.639.000
-3.774.000	-3.996.600	-3.943.400	-3.932.700

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Änderung zum Haushaltsentwurf 2020/2021			
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	162.300	161.300	160.300
0	162.300	161.300	160.300
0	-162.300	-161.300	-160.300

FINANZHAUSHALT

Nr.	Kto.	Bezeichnung	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Haushaltsplan nach BU-Beschluss am 29.4 und 17.6.2020						
1	60	+ Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0
2	61	+ Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfereinzahlungen	0	0	0	0
3	62	+ Einzahlungen der sozialen Sicherung	0	0	0	0
4	63	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	1.300	1.300	1.300	1.300
5	641	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0	0	0	0
6	642	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	120.000	120.000	120.000	120.000
7	67	+ Zinseinzahlungen und sonstige Finanzeinzahlungen	45.000	45.000	45.000	45.000
8	66	+ Sonstige laufende Einzahlungen	335.000	335.000	335.000	335.000
9		Summe der laufenden Einzahlungen (Summe der Nummern 1 bis 8)	501.300	501.300	501.300	501.300
10	70	- Personalauszahlungen	3.938.400	4.006.800	4.003.300	3.989.100
11	71	- Versorgungsauszahlungen	0	0	0	0
12	72	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	103.200	106.400	103.400	108.900
13	74	- Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferauszahlungen	0	0	0	0
14	75	- Auszahlungen der sozialen Sicherungen	0	0	0	0
15	77	- Zinsauszahlungen und sonstige Finanzauszahlungen	0	0	0	0
16	76	- Sonstige laufende Auszahlungen	345.300	346.500	349.500	350.500
17		Summe der laufenden Auszahlungen (Summe der Nummern 10 bis 16)	4.386.900	4.459.700	4.456.200	4.448.500
18		Jahresbezogener Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen (Saldo der Nummern 9 und 17)	-3.885.600	-3.958.400	-3.954.900	-3.947.200

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Änderung nach Ergänzungsvorschlägen für 2021 (Planstufe 14)			
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
1.300	1.300	1.300	1.300
0	0	0	0
120.000	120.000	120.000	120.000
45.000	45.000	45.000	45.000
335.000	335.000	335.000	335.000
501.300	501.300	501.300	501.300
3.938.400	4.169.100	4.164.600	4.149.400
0	0	0	0
103.200	106.400	103.400	108.900
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
345.300	346.500	349.500	350.500
4.386.900	4.622.000	4.617.500	4.608.800
-3.885.600	-4.120.700	-4.116.200	-4.107.500

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Änderung zum Haushaltsentwurf 2020/2021			
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	162.300	161.300	160.300
0	162.300	161.300	160.300
0	-162.300	-161.300	-160.300

Die einzelnen vorgenommenen Änderungen innerhalb der Produkte, sind den Änderungslisten zu entnehmen.

Gegenüberstellung Planung 2021 mit Ergänzungsbeschluss 2021

TH 30 Rechts- und Vergabeamt

PRODUKTE

11900 Rechts- und Vergabeamt
12206 Schiedsstelle

ERGEBNISHAUSHALT

Nr.	Kto.	Bezeichnung	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
			Haushaltsplan nach BU-Beschluss am 29.4 und 17.6.2020				Änderung nach Ergänzungsvorschlägen für 2021 (Planstufe 14)				Änderung zum Haushaltsentwurf 2020/2021			
1	40	+ Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
2	41	+ Zuwendungen, allgemeine Umlage und sonstige Transfererträge	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
3	42	+ Erträge der sozialen Sicherung	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
4	43	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	100	100	100	100	100	100	100	100	0	0	0	0
5	441	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	25.500	25.500	25.500	25.500	25.500	25.500	25.500	25.500	0	0	0	0
6	442	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
7	45	+ Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
8	47	+ Zinserträge und sonstige Finanzerträge	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
9	46	+ Sonstige Erträge	100.100	100.100	100.100	100.000	100.100	100.100	100.100	100.000	0	0	0	0
10		Summe der ordentlichen Erträge (Summe der Nummern 1 bis 9)	125.700	125.700	125.700	125.600	125.700	125.700	125.700	125.600	0	0	0	0
11	50	- Personalaufwendungen	870.800	895.000	883.000	944.000	870.800	932.100	919.700	983.400	0	37.100	36.700	39.400
12	51	- Versorgungsaufwendungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
13	52	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	29.100	30.100	31.100	32.100	29.100	30.300	31.300	32.300	0	200	200	200
14	53	- Abschreibungen	5.600	5.000	0	0	5.600	5.000	0	0	0	0	0	0
15	54	- Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferaufwendungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
16	55	- Aufwendungen der sozialen Sicherung	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
17	57	- Zinsaufwendungen und sonstige Finanzaufwendungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
18	56	- Sonstige Aufwendungen	271.300	272.500	272.500	273.500	271.300	280.500	280.500	281.500	0	8.000	8.000	8.000
19		Summe der Aufwendungen (Summe der Nummern 11 bis 18)	1.176.800	1.202.600	1.186.600	1.249.600	1.176.800	1.247.900	1.231.500	1.297.200	0	45.300	44.900	47.600
20		Jahresergebnis des Teilhaushaltes vor Verrechnung der internen Leistungsbeziehungen und vor Veränderung der Rücklagen	-1.051.100	-1.076.900	-1.060.900	-1.124.000	-1.051.100	-1.122.200	-1.105.800	-1.171.600	0	-45.300	-44.900	-47.600

FINANZHAUSHALT

Nr. Kto. Bezeichnung			Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
			Haushaltsplan nach BU-Beschluss am 29.4 und 17.6.2020				Änderung nach Ergänzungsvorschlägen für 2021 (Planstufe 14)				Änderung zum Haushaltsentwurf 2020/2021			
1	60	+ Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
2	61	+ Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfereinzahlungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
3	62	+ Einzahlungen der sozialen Sicherung	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
4	63	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	100	100	100	100	100	100	100	100	0	0	0	0
5	641	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	25.500	25.500	25.500	25.500	25.500	25.500	25.500	25.500	0	0	0	0
6	642	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
7	67	+ Zinseinzahlungen und sonstige Finanzeinzahlungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
8	66	+ Sonstige laufende Einzahlungen	100	100	100	0	100	100	100	0	0	0	0	0
9		Summe der laufenden Einzahlungen (Summe der Nummern 1 bis 8)	25.700	25.700	25.700	25.600	25.700	25.700	25.700	25.600	0	0	0	0
10	70	- Personalauszahlungen	870.800	895.000	883.000	944.000	870.800	932.100	919.700	983.400	0	37.100	36.700	39.400
11	71	- Versorgungsauszahlungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
12	72	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	29.100	30.100	31.100	32.100	29.100	30.300	31.300	32.300	0	200	200	200
13	74	- Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferauszahlungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
14	75	- Auszahlungen der sozialen Sicherungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
15	77	- Zinsauszahlungen und sonstige Finanzauszahlungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
16	76	- Sonstige laufende Auszahlungen	221.300	222.500	72.500	73.500	221.300	230.500	80.500	81.500	0	8.000	8.000	8.000
17		Summe der laufenden Auszahlungen (Summe der Nummern 10 bis 16)	1.121.200	1.147.600	986.600	1.049.600	1.121.200	1.192.900	1.031.500	1.097.200	0	45.300	44.900	47.600
18		Jahresbezogener Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen (Saldo der Nummern 9 und 17)	-1.095.500	-1.121.900	-960.900	-1.024.000	-1.095.500	-1.167.200	-1.005.800	-1.071.600	0	-45.300	-44.900	-47.600

Die einzelnen vorgenommenen Änderungen innerhalb der Produkte, sind den Änderungslisten zu entnehmen.

Gegenüberstellung Planung 2021 mit Ergänzungsbeschluss 2021

TH 32 Stadtamt

PRODUKTE

11105 Ortsbeiräte
11132 Verwaltung Amt 32
12201 Ordnungsangelegenheiten

12202 Einwohner- und Meldewesen
12203 Personenstandswesen
12204 Gewerbeangelegenheiten

12205 Migrationsangelegenheiten
12304 Verkehrszulassungen

ERGEBNISHAUSHALT

Nr.	Kto.	Bezeichnung	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Haushaltsplan nach BU-Beschluss am 29.4 und 17.6.2020						
1	40	+ Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0
2	41	+ Zuwendungen, allgemeine Umlage und sonstige Transfererträge	125.000	125.000	125.000	125.000
3	42	+ Erträge der sozialen Sicherung	0	0	0	0
4	43	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	3.721.600	3.721.600	3.721.600	3.721.600
5	441	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	17.400	6.900	6.000	6.900
6	442	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	418.000	418.000	418.000	418.000
7	45	+ Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0
8	47	+ Zinserträge und sonstige Finanzerträge	0	0	0	0
9	46	+ Sonstige Erträge	4.122.300	4.095.300	4.095.300	4.095.300
10		Summe der ordentlichen Erträge (Summe der Nummern 1 bis 9)	8.404.300	8.366.800	8.365.900	8.366.800
11	50	- Personalaufwendungen	12.635.400	13.115.600	13.256.000	12.572.600
12	51	- Versorgungsaufwendungen	0	0	0	0
13	52	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	954.600	980.300	986.200	1.022.900
14	53	- Abschreibungen	398.000	406.800	373.000	382.500
15	54	- Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferaufwendungen	737.500	737.500	737.500	737.500
16	55	- Aufwendungen der sozialen Sicherung	0	0	0	0
17	57	- Zinsaufwendungen und sonstige Finanzaufwendungen	0	0	0	0
18	56	- Sonstige Aufwendungen	2.880.500	2.865.500	2.843.500	2.872.300
19		Summe der Aufwendungen (Summe der Nummern 11 bis 18)	17.606.000	18.106.700	18.196.200	17.587.800
20		Jahresergebnis des Teilhaushalts vor Verrechnung der internen Leistungsbeziehungen und vor Veränderung der Rücklagen	-9.201.700	-9.739.900	-9.830.300	-9.221.000

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Änderung nach Ergänzungsvorschlägen für 2021 (Planstufe 1a)			
0	0	0	0
125.000	125.000	125.000	125.000
0	0	0	0
3.721.600	3.721.600	3.721.600	3.721.600
17.400	6.900	6.000	6.900
418.000	418.000	418.000	418.000
0	0	0	0
0	0	0	0
4.122.300	4.095.300	4.095.300	4.095.300
8.404.300	8.366.800	8.365.900	8.366.800
12.635.400	13.638.800	13.784.300	13.068.400
0	0	0	0
954.600	1.058.000	986.200	1.022.900
398.000	406.800	373.000	382.500
737.500	737.500	737.500	737.500
0	0	0	0
0	0	0	0
2.880.500	3.012.700	2.843.500	2.872.300
17.606.000	18.853.800	18.724.500	18.083.600
-9.201.700	-10.487.000	-10.358.600	-9.716.800

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Änderung zum Haushaltsentwurf 2020/2021			
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	523.200	528.300	495.800
0	0	0	0
0	77.700	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	146.200	0	0
0	747.100	528.300	495.800
0	-747.100	-528.300	-495.800

FINANZHAUSHALT

Nr.	Kto.	Bezeichnung	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Haushaltsplan nach BU-Beschluss am 29.4 und 17.6.2020						
1	60	+ Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0
2	61	+ Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfereinzahlungen	125.000	125.000	125.000	125.000
3	62	+ Einzahlungen der sozialen Sicherung	0	0	0	0
4	63	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	3.721.600	3.721.600	3.721.600	3.721.600
5	641	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	17.400	6.900	6.000	6.900
6	642	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	418.000	418.000	418.000	418.000
7	67	+ Zinseinzahlungen und sonstige Finanzeinzahlungen	0	0	0	0
8	66	+ Sonstige laufende Einzahlungen	4.122.300	4.095.300	4.095.300	4.095.300
9		Summe der laufenden Einzahlungen (Summe der Nummern 1 bis 8)	8.404.300	8.366.800	8.365.900	8.366.800
10	70	- Personalauszahlungen	12.653.000	13.129.400	13.262.900	12.575.000
11	71	- Versorgungsauszahlungen	0	0	0	0
12	72	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	954.600	980.300	986.200	1.022.900
13	74	- Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferauszahlungen	737.500	737.500	737.500	737.500
14	75	- Auszahlungen der sozialen Sicherungen	0	0	0	0
15	77	- Zinsauszahlungen und sonstige Finanzauszahlungen	0	0	0	0
16	76	- Sonstige laufende Auszahlungen	2.880.500	2.865.500	2.843.500	2.872.300
17		Summe der laufenden Auszahlungen (Summe der Nummern 10 bis 16)	17.225.600	17.713.700	17.830.100	17.207.700
18		Jahresbezogener Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen (Saldo der Nummern 9 und 17)	-8.821.300	-9.346.900	-9.464.200	-8.840.900

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Änderung nach Ergänzungsvorschlägen für 2021 (Planstufe 1a)			
0	0	0	0
125.000	125.000	125.000	125.000
0	0	0	0
3.721.600	3.721.600	3.721.600	3.721.600
17.400	6.900	6.000	6.900
418.000	418.000	418.000	418.000
0	0	0	0
4.122.300	4.095.300	4.095.300	4.095.300
8.404.300	8.366.800	8.365.900	8.366.800
12.653.000	13.652.600	13.791.200	13.070.800
0	0	0	0
954.600	1.058.000	986.200	1.022.900
737.500	737.500	737.500	737.500
0	0	0	0
0	0	0	0
2.880.500	3.012.700	2.843.500	2.872.300
17.225.600	18.460.800	18.358.400	17.703.500
-8.821.300	-10.094.000	-9.992.500	-9.336.700

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Änderung zum Haushaltsentwurf 2020/2021			
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	523.200	528.300	495.800
0	0	0	0
0	77.700	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	146.200	0	0
0	747.100	528.300	495.800
0	-747.100	-528.300	-495.800

Die einzelnen vorgenommenen Änderungen innerhalb der Produkte, sind den Änderungslisten zu entnehmen.

Gegenüberstellung Planung 2021 mit Ergänzungsbeschluss 2021

TH 37 Brandschutz- und Rettungsamt

PRODUKTE

11137 Verwaltung Amt 37
12601 Brandschutz
12603 Grundausbildung Brandmeisteranwärter

12700 Rettungsdienst
12800 Zivil- und Katastrophenschutz

ERGEBNISHAUSHALT

Nr.	Kto.	Bezeichnung	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Haushaltsplan nach BU-Beschluss am 29.4 und 17.6.2020						
1	40	+ Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0
2	41	+ Zuwendungen, allgemeine Umlage und sonstige Transfererträge	598.600	560.800	541.800	496.000
3	42	+ Erträge der sozialen Sicherung	0	0	0	0
4	43	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	13.536.800	13.961.700	14.384.800	14.759.000
5	441	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	49.600	49.600	49.600	49.600
6	442	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	445.700	445.700	445.500	445.500
7	45	+ Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0
8	47	+ Zinserträge und sonstige Finanzerträge	0	0	0	0
9	46	+ Sonstige Erträge	0	0	0	0
10		Summe der ordentlichen Erträge (Summe der Nummern 1 bis 9)	14.630.700	15.017.800	15.421.700	15.750.100
11	50	- Personalaufwendungen	16.411.200	16.716.500	17.065.000	17.161.400
12	51	- Versorgungsaufwendungen	0	0	0	0
13	52	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	11.411.400	11.706.300	12.185.900	12.473.100
14	53	- Abschreibungen	2.127.800	2.517.200	2.593.200	2.557.700
15	54	- Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferaufwendungen	7.200	7.200	9.700	9.700
16	55	- Aufwendungen der sozialen Sicherung	0	0	0	0
17	57	- Zinsaufwendungen und sonstige Finanzaufwendungen	0	0	0	0
18	56	- Sonstige Aufwendungen	3.849.800	2.791.900	2.924.200	2.932.900
19		Summe der Aufwendungen (Summe der Nummern 11 bis 18)	33.807.400	33.739.100	34.778.000	35.134.800
20		Jahresergebnis des Teilhaushaltes vor Verrechnung der internen Leistungsbeziehungen und vor Veränderung der Rücklagen	-19.176.700	-18.721.300	-19.356.300	-19.384.700

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Änderung nach Ergänzungsvorschlägen für 2021 (Planstufe 1a)			
0	0	0	0
598.600	560.800	541.800	496.000
0	0	0	0
13.536.800	13.961.700	14.384.800	14.759.000
49.600	49.600	49.600	49.600
445.700	445.700	445.500	445.500
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
14.630.700	15.017.800	15.421.700	15.750.100
16.411.200	17.411.100	17.765.700	17.883.900
0	0	0	0
11.411.400	11.706.300	12.185.900	12.473.100
2.127.800	2.517.200	2.593.200	2.557.700
7.200	7.200	9.700	9.700
0	0	0	0
0	0	0	0
3.849.800	2.816.900	2.924.200	2.932.900
33.807.400	34.458.700	35.478.700	35.857.300
-19.176.700	-19.440.900	-20.057.000	-20.107.200

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Änderung zum Haushaltsentwurf 2020/2021			
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	694.600	700.700	722.500
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	25.000	0	0
0	719.600	700.700	722.500
0	-719.600	-700.700	-722.500

FINANZHAUSHALT

Nr.	Kto.	Bezeichnung	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Haushaltsplan nach BU-Beschluss am 29.4 und 17.6.2020						
1	60	+ Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0
2	61	+ Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfereinzahlungen	149.700	149.700	149.700	149.700
3	62	+ Einzahlungen der sozialen Sicherung	0	0	0	0
4	63	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	13.390.900	13.815.800	14.238.900	14.613.100
5	641	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	49.600	49.600	49.600	49.600
6	642	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	445.700	445.700	445.500	445.500
7	67	+ Zinseinzahlungen und sonstige Finanzeinzahlungen	0	0	0	0
8	66	+ Sonstige laufende Einzahlungen	0	0	0	0
9		Summe der laufenden Einzahlungen (Summe der Nummern 1 bis 8)	14.035.900	14.460.800	14.883.700	15.257.900
10	70	- Personalauszahlungen	15.871.200	16.176.500	16.525.000	16.621.400
11	71	- Versorgungsauszahlungen	0	0	0	0
12	72	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	11.411.400	11.706.300	12.185.900	12.473.100
13	74	- Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferauszahlungen	7.200	7.200	9.700	9.700
14	75	- Auszahlungen der sozialen Sicherungen	0	0	0	0
15	77	- Zinsauszahlungen und sonstige Finanzauszahlungen	0	0	0	0
16	76	- Sonstige laufende Auszahlungen	3.849.800	2.791.900	2.924.200	2.932.900
17		Summe der laufenden Auszahlungen (Summe der Nummern 10 bis 16)	31.139.600	30.681.900	31.644.800	32.037.100
18		Jahresbezogener Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen (Saldo der Nummern 9 und 17)	-17.103.700	-16.221.100	-16.761.100	-16.779.200

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Änderung nach Ergänzungsvorschlägen für 2021 (Planstufe 1a)			
0	0	0	0
149.700	149.700	149.700	149.700
0	0	0	0
13.390.900	13.815.800	14.238.900	14.613.100
49.600	49.600	49.600	49.600
445.700	445.700	445.500	445.500
0	0	0	0
0	0	0	0
14.035.900	14.460.800	14.883.700	15.257.900
15.871.200	16.871.100	17.225.700	17.343.900
0	0	0	0
11.411.400	11.706.300	12.185.900	12.473.100
7.200	7.200	9.700	9.700
0	0	0	0
0	0	0	0
3.849.800	2.816.900	2.924.200	2.932.900
31.139.600	31.401.500	32.345.500	32.759.600
-17.103.700	-16.940.700	-17.461.800	-17.501.700

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Änderung zum Haushaltsentwurf 2020/2021			
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	694.600	700.700	722.500
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	25.000	0	0
0	719.600	700.700	722.500
0	-719.600	-700.700	-722.500

Die einzelnen vorgenommenen Änderungen innerhalb der Produkte, sind den Änderungslisten zu entnehmen.

TH 40 Schulverwaltungsamt

PRODUKTE

20101 Schulträgeraufgaben
21011 Schulkostenbeiträge Grundschulen
21102 "Gehlsdorfer Grundschule"
21103 Grundschule "Heinrich Heine"
21104 Grundschule "Rudolph Tarnow"
21105 Grundschule "Am Taklerring"
21106 Grundschule "Lütt Matten"
21107 Grundschule "Kleine Birke"
21108 "Grundschule am Mühlenteich"

21109 Grundschule Schmarl
21110 Grundschule "Türmchenschule"
21111 Grundschule "Nordwindkriem"
21112 "Werner-Lindemann-Grundschule"
21113 Grundschule am Margaretenplatz
21114 Grundschule "Juri Gagarin"
21115 Grundschule "St.-Georg-Schule"
21116 Grundschule "John-Brinckmann"
21117 Grundschule "Ostseekinder"
21118 "Grundschule an den Weiden"

21119 Grundschule am Alten Markt mit Förderschwerpunkt
21501 Schulkostenbeiträge Regionale Schulen
21502 "Nordliche Schule"
21503 "Störtebeker-Schule"
21504 "Heinrich-Schütz-Schule"
21505 "Otto-Lilienthal"-Schule
21506 Regionale Schule - Krusensternschule
21507 Regionale Schule - Baltische Schule
21701 Schulkostenbeiträge Gymnasien, Abendgymnasien
21702 Erasmus-Gymnasium

21703 Abendgymnasium
21704 Gymnasium Reutershagen
21705 Innerstädtisches Gymnasium
21706 Käthe-Kollwitz-Gymnasium
21801 Schulkostenbeiträge Gesamtschulen
21802 Hundertwasser-Gesamtschule
21803 Schulcampus Evershagen
21805 Borwinische
21806 Jenaplanische "Peter Petersen"
21807 Kooperative Gesamtschule

22101 Schulkostenbeiträge Förderschulen
22102 "Heinrich-Hoffmann-Schule"
22103 Schule zur individuellen Lebensbewältigung
22104 GodeWind Schule
22105 Küstenschule Rostock
22106 Förderzentrum am Schwanenteich
22107 Schulzentrum "Paul-Friedrich-Scheel-Schule"
23101 Schulkostenbeiträge Berufliche Schulen
23103 Berufsschule "A. Schmorell" am Klinikum Südstadt
23104 Berufsschule Dienstleistung und Gewerbe

23106 Berufsschule Wirtschaft
23108 Berufliche Schule der HRO für Technik
24101 Schülerbeförderung
24300 Schule am anderen Ort
42102 Sportförderung - neu TH 41
42401 Sportstätten - BgA - OE 40
42402 Sportstätten - hoheitlich - OE 40

ERGEBNISHAUSHALT

Nr.	Kto.	Bezeichnung	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Haushaltsplan nach BÜ-Beschluss am 29.4 und 17.6.2020						
1	40	+ Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0
2	41	+ Zuwendungen, allgemeine Umlage und sonstige Transfererträge	154.600	154.100	152.200	149.400
3	42	+ Erträge der sozialen Sicherung	0	0	0	0
4	43	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	2.698.700	2.698.700	2.698.700	2.698.700
5	441	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	1.054.200	1.054.200	1.054.100	1.054.200
6	442	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	4.487.700	4.505.200	4.505.200	4.485.200
7	45	+ Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0
8	47	+ Zinserträge und sonstige Finanzerträge	0	0	0	0
9	46	+ Sonstige Erträge	0	0	0	0
10		Summe der ordentlichen Erträge (Summe der Nummern 1 bis 9)	8.395.200	8.412.200	8.410.200	8.387.500
11	50	- Personalaufwendungen	11.538.500	11.853.100	11.598.700	11.810.100
12	51	- Versorgungsaufwendungen	0	0	0	0
13	52	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	23.501.500	24.831.000	24.267.500	24.362.800
14	53	- Abschreibungen	2.487.100	2.129.500	1.942.100	1.966.900
15	54	- Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferaufwendungen	4.617.000	4.691.600	4.375.700	4.375.700
16	55	- Aufwendungen der sozialen Sicherung	0	0	0	0
17	57	- Zinsaufwendungen und sonstige Finanzaufwendungen	0	0	0	0
18	56	- Sonstige Aufwendungen	20.680.500	21.735.900	21.683.800	21.686.100
19		Summe der Aufwendungen (Summe der Nummern 11 bis 18)	62.824.600	65.241.100	63.867.800	64.201.600
20		Jahresergebnis des Teilhaushalts vor Verrechnung der internen Leistungsbeziehungen und vor Veränderung der Rücklagen	-54.429.400	-56.828.900	-55.457.600	-55.814.100

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Änderung nach Ergänzungsvorschlägen für 2021 (Planstufe 14)			
0	0	0	0
154.600	492.800	726.900	807.400
0	0	0	0
2.698.700	2.219.900	2.219.900	2.219.900
1.054.200	352.800	352.700	352.800
4.487.700	4.441.000	4.441.000	4.421.000
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
8.395.200	7.506.500	7.740.500	7.801.100
11.538.500	12.301.600	12.039.700	12.260.700
0	0	0	0
23.501.500	22.717.100	21.495.400	22.173.400
2.487.100	2.129.500	1.942.100	1.966.900
4.617.000	4.777.500	4.914.600	4.740.600
0	0	0	0
0	0	0	0
20.680.500	18.836.200	18.793.800	18.834.400
62.824.600	60.761.900	59.185.600	59.976.000
-54.429.400	-53.255.400	-51.445.100	-52.174.900

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Änderung zum Haushaltsentwurf 2020/2021			
0	0	0	0
0	338.700	574.700	658.000
0	0	0	0
0	-478.800	-478.800	-478.800
0	-701.400	-701.400	-701.400
0	-64.200	-64.200	-64.200
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	-905.700	-669.700	-586.400
0	448.500	441.000	450.600
0	0	0	0
0	-2.113.900	-2.772.100	-2.189.400
0	0	0	0
0	85.900	538.900	364.900
0	0	0	0
0	0	0	0
0	-2.899.700	-2.890.000	-2.851.700
0	-4.479.200	-4.682.200	-4.225.600
0	3.573.500	4.012.500	3.639.200

FINANZHAUSHALT

Nr.	Kto.	Bezeichnung	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Haushaltsplan nach BÜ-Beschluss am 29.4 und 17.6.2020						
1	60	+ Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0
2	61	+ Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfereinzahlungen	134.000	134.000	134.000	134.000
3	62	+ Einzahlungen der sozialen Sicherung	0	0	0	0
4	63	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	2.698.700	2.698.700	2.698.700	2.698.700
5	641	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	1.054.200	1.054.200	1.054.100	1.054.200
6	642	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	4.487.700	4.505.200	4.505.200	4.485.200
7	67	+ Zinseinzahlungen und sonstige Finanzeinzahlungen	0	0	0	0
8	66	+ Sonstige laufende Einzahlungen	0	0	0	0
9		Summe der laufenden Einzahlungen (Summe der Nummern 1 bis 8)	8.374.600	8.392.100	8.392.000	8.372.100
10	70	- Personalauszahlungen	11.544.600	11.858.000	11.600.400	11.810.800
11	71	- Versorgungsauszahlungen	0	0	0	0
12	72	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	23.501.500	24.831.000	24.267.500	24.362.800
13	74	- Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferauszahlungen	4.617.000	4.691.600	4.375.700	4.375.700
14	75	- Auszahlungen der sozialen Sicherungen	0	0	0	0
15	77	- Zinsauszahlungen und sonstige Finanzauszahlungen	0	0	0	0
16	76	- Sonstige laufende Auszahlungen	20.680.500	21.735.900	21.683.800	21.686.100
17		Summe der laufenden Auszahlungen (Summe der Nummern 10 bis 16)	60.343.600	63.116.500	61.927.400	62.235.400
18		Jahresbezogener Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen (Saldo der Nummern 9 und 17)	-51.969.000	-54.724.400	-53.535.400	-53.863.300

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Änderung nach Ergänzungsvorschlägen für 2021 (Planstufe 14)			
0	0	0	0
134.000	472.700	708.700	792.000
0	0	0	0
2.698.700	2.219.900	2.219.900	2.219.900
1.054.200	352.800	352.700	352.800
4.487.700	4.441.000	4.441.000	4.421.000
0	0	0	0
0	0	0	0
8.374.600	7.486.400	7.722.300	7.785.700
11.544.600	12.306.500	12.041.400	12.261.400
0	0	0	0
23.501.500	22.717.100	21.495.400	22.173.400
4.617.000	4.777.500	4.914.600	4.740.600
0	0	0	0
0	0	0	0
20.680.500	18.843.500	18.794.000	18.834.400
60.343.600	58.644.600	57.245.400	58.009.800
-51.969.000	-51.158.200	-49.523.100	-50.224.100

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Änderung zum Haushaltsentwurf 2020/2021			
0	0	0	0
0	338.700	574.700	658.000
0	0	0	0
0	-478.800	-478.800	-478.800
0	-701.400	-701.400	-701.400
0	-64.200	-64.200	-64.200
0	0	0	0
0	0	0	0
0	-905.700	-669.700	-586.400
0	448.500	441.000	450.600
0	0	0	0
0	-2.113.900	-2.772.100	-2.189.400
0	85.900	538.900	364.900
0	0	0	0
0	0	0	0
0	-2.892.400	-2.889.800	-2.851.700
0	-4.471.900	-4.682.000	-4.225.600
0	3.566.200	4.012.300	3.639.200

Die einzelnen vorgenommenen Änderungen innerhalb der Produkte, sind den Änderungslisten zu entnehmen.

TH 41 Amt für Sport, Vereine und Ehrenamt

PRODUKTE

42102 Sportförderung
42403 Sportstätten - Bga - OE 41
42404 Sportstätten - hoheitlich - OE 41
42405 Sportstättenverwaltung

ERGEBNISHAUSHALT

Nr.	Kto.	Bezeichnung	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Haushaltsplan nach BU-Beschluss am 29.4 und 17.6.2020						
1	40	+ Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0
2	41	+ Zuwendungen, allgemeine Umlage und sonstige Transfererträge	0	0	0	0
3	42	+ Erträge der sozialen Sicherung	0	0	0	0
4	43	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0	0	0	0
5	441	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0	0	0	0
6	442	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	0	0
7	45	+ Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0
8	47	+ Zinserträge und sonstige Finanzerträge	0	0	0	0
9	46	+ Sonstige Erträge	0	0	0	0
10		Summe der ordentlichen Erträge (Summe der Nummern 1 bis 9)	0	0	0	0
11	50	- Personalaufwendungen	148.500	153.200	157.700	162.700
12	51	- Versorgungsaufwendungen	0	0	0	0
13	52	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	0	0	0	0
14	53	- Abschreibungen	35.100	19.300	3.400	3.300
15	54	- Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferaufwendungen	1.714.700	1.839.700	1.839.500	1.864.500
16	55	- Aufwendungen der sozialen Sicherung	0	0	0	0
17	57	- Zinsaufwendungen und sonstige Finanzaufwendungen	0	0	0	0
18	56	- Sonstige Aufwendungen	165.700	106.200	97.200	97.200
19		Summe der Aufwendungen (Summe der Nummern 11 bis 18)	2.064.000	2.118.400	2.097.800	2.127.700
20		Jahresergebnis des Teilhaushaltes vor Verrechnung der internen Leistungsbeziehungen und vor Veränderung der Rücklagen	-2.064.000	-2.118.400	-2.097.800	-2.127.700

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Änderung nach Ergänzungsvorschlägen für 2021 (Planstufe 1a)			
0	0	0	0
0	62.000	62.000	62.000
0	0	0	0
0	748.600	748.600	748.600
0	806.800	806.800	806.800
0	20.000	20.000	20.000
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	1.637.400	1.637.400	1.637.400
148.500	159.100	163.800	169.100
0	0	0	0
0	4.761.700	4.879.500	5.046.100
35.100	19.300	3.400	3.300
1.714.700	1.906.700	1.881.500	1.906.500
0	0	0	0
0	0	0	0
165.700	3.786.900	3.635.000	3.640.100
2.064.000	10.633.700	10.563.200	10.765.100
-2.064.000	-8.996.300	-8.925.800	-9.127.700

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Änderung zum Haushaltsentwurf 2020/2021			
0	0	0	0
0	62.000	62.000	62.000
0	0	0	0
0	748.600	748.600	748.600
0	806.800	806.800	806.800
0	20.000	20.000	20.000
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	1.637.400	1.637.400	1.637.400
0	5.900	6.100	6.400
0	0	0	0
0	4.761.700	4.879.500	5.046.100
0	0	0	0
0	67.000	42.000	42.000
0	0	0	0
0	0	0	0
0	3.680.700	3.537.800	3.542.900
0	8.515.300	8.465.400	8.637.400
0	-6.877.900	-6.828.000	-7.000.000

FINANZHAUSHALT

Nr.	Kto.	Bezeichnung	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Haushaltsplan nach BU-Beschluss am 29.4 und 17.6.2020						
1	60	+ Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0
2	61	+ Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfereinzahlungen	0	0	0	0
3	62	+ Einzahlungen der sozialen Sicherung	0	0	0	0
4	63	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0	0	0	0
5	641	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0	0	0	0
6	642	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	0	0
7	67	+ Zinseinzahlungen und sonstige Finanzeinzahlungen	0	0	0	0
8	66	+ Sonstige laufende Einzahlungen	0	0	0	0
9		Summe der laufenden Einzahlungen (Summe der Nummern 1 bis 8)	0	0	0	0
10	70	- Personalauszahlungen	148.500	153.200	157.700	162.700
11	71	- Versorgungsauszahlungen	0	0	0	0
12	72	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	0	0	0	0
13	74	- Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferauszahlungen	1.714.700	1.839.700	1.839.500	1.864.500
14	75	- Auszahlungen der sozialen Sicherungen	0	0	0	0
15	77	- Zinsauszahlungen und sonstige Finanzauszahlungen	0	0	0	0
16	76	- Sonstige laufende Auszahlungen	165.700	106.200	97.200	97.200
17		Summe der laufenden Auszahlungen (Summe der Nummern 10 bis 16)	2.028.900	2.099.100	2.094.400	2.124.400
18		Jahresbezogener Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen (Saldo der Nummern 9 und 17)	-2.028.900	-2.099.100	-2.094.400	-2.124.400

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Änderung nach Ergänzungsvorschlägen für 2021 (Planstufe 1a)			
0	0	0	0
0	62.000	62.000	62.000
0	0	0	0
0	748.600	748.600	748.600
0	806.800	806.800	806.800
0	20.000	20.000	20.000
0	0	0	0
0	0	0	0
0	1.637.400	1.637.400	1.637.400
148.500	159.100	163.800	169.100
0	0	0	0
0	4.761.700	4.879.500	5.046.100
1.714.700	1.906.700	1.881.500	1.906.500
0	0	0	0
0	0	0	0
165.700	3.786.900	3.635.000	3.640.100
2.028.900	10.614.400	10.559.800	10.761.800
-2.028.900	-8.977.000	-8.922.400	-9.124.400

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Änderung zum Haushaltsentwurf 2020/2021			
0	0	0	0
0	62.000	62.000	62.000
0	0	0	0
0	748.600	748.600	748.600
0	806.800	806.800	806.800
0	20.000	20.000	20.000
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	1.637.400	1.637.400	1.637.400
0	5.900	6.100	6.400
0	0	0	0
0	4.761.700	4.879.500	5.046.100
0	67.000	42.000	42.000
0	0	0	0
0	0	0	0
0	3.680.700	3.537.800	3.542.900
0	8.515.300	8.465.400	8.637.400
0	-6.877.900	-6.828.000	-7.000.000

Die einzelnen vorgenommenen Änderungen innerhalb der Produkte, sind den Änderungslisten zu entnehmen.

Gegenüberstellung Planung 2021 mit Ergänzungsbeschluss 2021

TH 42 Stadtbibliothek

PRODUKTE

27201 Stadtbibliothek
27202 Fachstellentätigkeit

ERGEBNISHAUSHALT

Nr.	Kto.	Bezeichnung	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Haushaltsplan nach BU-Beschluss am 29.4 und 17.6.2020						
1	40	+ Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0
2	41	+ Zuwendungen, allgemeine Umlage und sonstige Transfererträge	52.100	52.100	52.100	52.100
3	42	+ Erträge der sozialen Sicherung	0	0	0	0
4	43	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0	0	0	0
5	441	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	75.300	75.300	75.300	75.300
6	442	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	0	0
7	45	+ Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0
8	47	+ Zinserträge und sonstige Finanzerträge	0	0	0	0
9	46	+ Sonstige Erträge	67.900	67.900	67.300	67.300
10		Summe der ordentlichen Erträge (Summe der Nummern 1 bis 9)	195.300	195.300	194.700	194.700
11	50	- Personalaufwendungen	2.452.600	2.529.700	2.607.200	2.687.900
12	51	- Versorgungsaufwendungen	0	0	0	0
13	52	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	474.800	482.000	479.500	481.500
14	53	- Abschreibungen	22.000	28.600	28.200	40.500
15	54	- Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferaufwendungen	0	0	0	0
16	55	- Aufwendungen der sozialen Sicherung	0	0	0	0
17	57	- Zinsaufwendungen und sonstige Finanzaufwendungen	0	0	0	0
18	56	- Sonstige Aufwendungen	279.800	278.800	281.700	282.700
19		Summe der Aufwendungen (Summe der Nummern 11 bis 18)	3.229.200	3.319.100	3.396.600	3.492.600
20		Jahresergebnis des Teilhaushaltes vor Verrechnung der internen Leistungsbeziehungen und vor Veränderung der Rücklagen	-3.033.900	-3.123.800	-3.201.900	-3.297.900

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Änderung nach Ergänzungsvorschlägen für 2021 (Planstufe 1a)			
0	0	0	0
52.100	77.100	52.100	52.100
0	0	0	0
0	0	0	0
75.300	59.100	59.100	75.300
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
67.900	62.300	61.700	67.300
195.300	198.500	172.900	194.700
2.452.600	2.620.500	2.710.800	2.794.900
0	0	0	0
474.800	496.200	478.900	480.900
22.000	28.600	28.200	40.500
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
279.800	308.800	281.700	282.700
3.229.200	3.454.100	3.499.600	3.599.000
-3.033.900	-3.255.600	-3.326.700	-3.404.300

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Änderung zum Haushaltsentwurf 2020/2021			
0	0	0	0
0	25.000	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	-16.200	-16.200	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	-5.600	-5.600	0
0	3.200	-21.800	0
0	90.800	103.600	107.000
0	0	0	0
0	14.200	-600	-600
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	30.000	0	0
0	135.000	103.000	106.400
0	-131.800	-124.800	-106.400

FINANZHAUSHALT

Nr.	Kto.	Bezeichnung	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Haushaltsplan nach BU-Beschluss am 29.4 und 17.6.2020						
1	60	+ Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0
2	61	+ Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfereinzahlungen	52.000	52.000	52.000	52.000
3	62	+ Einzahlungen der sozialen Sicherung	0	0	0	0
4	63	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0	0	0	0
5	641	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	75.300	75.300	75.300	75.300
6	642	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	0	0
7	67	+ Zinseinzahlungen und sonstige Finanzeinzahlungen	1.173.100	1.173.100	938.500	938.500
8	66	+ Sonstige laufende Einzahlungen	67.900	67.900	67.300	67.300
9		Summe der laufenden Einzahlungen (Summe der Nummern 1 bis 8)	1.368.300	1.368.300	1.133.100	1.133.100
10	70	- Personalauszahlungen	2.452.600	2.529.700	2.607.200	2.687.900
11	71	- Versorgungsauszahlungen	0	0	0	0
12	72	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	474.800	482.000	479.100	481.100
13	74	- Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferauszahlungen	0	0	0	0
14	75	- Auszahlungen der sozialen Sicherungen	0	0	0	0
15	77	- Zinsauszahlungen und sonstige Finanzauszahlungen	0	0	0	0
16	76	- Sonstige laufende Auszahlungen	279.800	278.800	281.400	282.400
17		Summe der laufenden Auszahlungen (Summe der Nummern 10 bis 16)	3.207.200	3.290.500	3.367.700	3.451.400
18		Jahresbezogener Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen (Saldo der Nummern 9 und 17)	-1.838.900	-1.922.200	-2.234.600	-2.318.300

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Änderung nach Ergänzungsvorschlägen für 2021 (Planstufe 1a)			
0	0	0	0
52.000	77.000	52.000	52.000
0	0	0	0
0	0	0	0
75.300	59.100	59.100	75.300
0	0	0	0
1.173.100	1.173.100	938.500	938.500
67.900	62.300	61.700	67.300
1.368.300	1.371.500	1.111.300	1.133.100
2.452.600	2.620.500	2.710.800	2.794.900
0	0	0	0
474.800	496.200	478.500	480.500
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
279.800	308.800	281.400	282.400
3.207.200	3.425.500	3.470.700	3.557.800
-1.838.900	-2.054.000	-2.359.400	-2.424.700

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Änderung zum Haushaltsentwurf 2020/2021			
0	0	0	0
0	25.000	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	-16.200	-16.200	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	-5.600	-5.600	0
0	3.200	-21.800	0
0	90.800	103.600	107.000
0	0	0	0
0	14.200	-600	-600
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	30.000	0	0
0	135.000	103.000	106.400
0	-131.800	-124.800	-106.400

Die einzelnen vorgenommenen Änderungen innerhalb der Produkte, sind den Änderungslisten zu entnehmen.

Gegenüberstellung Planung 2021 mit Ergänzungsbeschluss 2021

TH 43 Volkshochschule

PRODUKTE

27101 Volkshochschule
27102 Kommunales Bildungsmanagement

ERGEBNISHAUSHALT

Nr.	Kto.	Bezeichnung	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Haushaltsplan nach BU-Beschluss am 29.4 und 17.6.2020						
1	40	+ Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0
2	41	+ Zuwendungen, allgemeine Umlage und sonstige Transfererträge	996.200	793.400	722.000	722.000
3	42	+ Erträge der sozialen Sicherung	0	0	0	0
4	43	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	15.200	15.200	15.200	15.200
5	441	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	451.400	451.400	451.400	451.400
6	442	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	4.100	4.100	4.100	4.100
7	45	+ Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0
8	47	+ Zinserträge und sonstige Finanzerträge	0	0	0	0
9	46	+ Sonstige Erträge	0	0	0	0
10		Summe der ordentlichen Erträge (Summe der Nummern 1 bis 9)	1.466.900	1.264.100	1.192.700	1.192.700
11	50	- Personalaufwendungen	2.040.300	2.080.400	2.119.600	2.160.000
12	51	- Versorgungsaufwendungen	0	0	0	0
13	52	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	273.400	266.100	265.300	271.600
14	53	- Abschreibungen	56.200	66.600	70.200	78.900
15	54	- Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferaufwendungen	0	0	0	0
16	55	- Aufwendungen der sozialen Sicherung	0	0	0	0
17	57	- Zinsaufwendungen und sonstige Finanzaufwendungen	0	0	0	0
18	56	- Sonstige Aufwendungen	326.400	320.500	316.800	319.800
19		Summe der Aufwendungen (Summe der Nummern 11 bis 18)	2.696.300	2.733.600	2.771.900	2.830.300
20		Jahresergebnis des Teilhaushaltes vor Verrechnung der internen Leistungsbeziehungen und vor Veränderung der Rücklagen	-1.229.400	-1.469.500	-1.579.200	-1.637.600

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Änderung nach Ergänzungsvorschlägen für 2021 (Planstufe 1a)			
0	0	0	0
996.200	793.400	722.000	722.000
0	0	0	0
15.200	15.200	15.200	15.200
451.400	451.400	451.400	451.400
4.100	4.000	4.000	4.000
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
1.466.900	1.264.000	1.192.600	1.192.600
2.040.300	2.128.700	2.169.400	2.211.400
0	0	0	0
273.400	308.200	265.300	271.600
56.200	66.600	70.200	78.900
0	2.000	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
326.400	359.000	335.900	330.600
2.696.300	2.864.500	2.840.800	2.892.500
-1.229.400	-1.600.500	-1.648.200	-1.699.900

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Änderung zum Haushaltsentwurf 2020/2021			
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	-100	-100	-100
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	-100	-100	-100
0	48.300	49.800	51.400
0	0	0	0
0	42.100	0	0
0	0	0	0
0	2.000	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	38.500	19.100	10.800
0	130.900	68.900	62.200
0	-131.000	-69.000	-62.300

FINANZHAUSHALT

Nr.	Kto.	Bezeichnung	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Haushaltsplan nach BU-Beschluss am 29.4 und 17.6.2020						
1	60	+ Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0
2	61	+ Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfereinzahlungen	996.200	793.400	722.000	722.000
3	62	+ Einzahlungen der sozialen Sicherung	0	0	0	0
4	63	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	15.200	15.200	15.200	15.200
5	641	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	451.400	451.400	451.400	451.400
6	642	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	4.100	4.100	4.100	4.100
7	67	+ Zinseinzahlungen und sonstige Finanzeinzahlungen	236.600	236.600	189.300	189.300
8	66	+ Sonstige laufende Einzahlungen	0	0	0	0
9		Summe der laufenden Einzahlungen (Summe der Nummern 1 bis 8)	1.703.500	1.500.700	1.382.000	1.382.000
10	70	- Personalauszahlungen	2.040.300	2.080.400	2.119.600	2.160.000
11	71	- Versorgungsauszahlungen	0	0	0	0
12	72	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	273.400	266.100	265.300	271.600
13	74	- Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferauszahlungen	0	0	0	0
14	75	- Auszahlungen der sozialen Sicherungen	0	0	0	0
15	77	- Zinsauszahlungen und sonstige Finanzauszahlungen	0	0	0	0
16	76	- Sonstige laufende Auszahlungen	326.400	320.500	316.800	319.800
17		Summe der laufenden Auszahlungen (Summe der Nummern 10 bis 16)	2.640.100	2.667.000	2.701.700	2.751.400
18		Jahresbezogener Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen (Saldo der Nummern 9 und 17)	-936.600	-1.166.300	-1.319.700	-1.369.400

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Änderung nach Ergänzungsvorschlägen für 2021 (Planstufe 1a)			
0	0	0	0
996.200	793.400	722.000	722.000
0	0	0	0
15.200	15.200	15.200	15.200
451.400	451.400	451.400	451.400
4.100	4.000	4.000	4.000
236.600	236.600	189.300	189.300
0	0	0	0
1.703.500	1.500.600	1.381.900	1.381.900
2.040.300	2.128.700	2.169.400	2.211.400
0	0	0	0
273.400	308.200	265.300	271.600
0	2.000	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
326.400	359.000	335.900	330.600
2.640.100	2.797.900	2.770.600	2.813.600
-936.600	-1.297.300	-1.388.700	-1.431.700

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Änderung zum Haushaltsentwurf 2020/2021			
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	-100	-100	-100
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	-100	-100	-100
0	48.300	49.800	51.400
0	0	0	0
0	42.100	0	0
0	2.000	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	38.500	19.100	10.800
0	130.900	68.900	62.200
0	-131.000	-69.000	-62.300

Die einzelnen vorgenommenen Änderungen innerhalb der Produkte, sind den Änderungslisten zu entnehmen.

Gegenüberstellung Planung 2021 mit Ergänzungsbeschluss 2021

TH 44 Konservatorium, Musikschule der Hanse- und Universitätsstadt Rostock

PRODUKTE

26301 Konservatorium, Musikschule der Hanse- und Universitätsstadt Rostock

ERGEBNISHAUSHALT

Nr.	Kto.	Bezeichnung	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Haushaltsplan nach BU-Beschluss am 29.4 und 17.6.2020						
1	40	+ Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0
2	41	+ Zuwendungen, allgemeine Umlage und sonstige Transfererträge	306.700	306.700	303.600	303.500
3	42	+ Erträge der sozialen Sicherung	0	0	0	0
4	43	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0	0	0	0
5	441	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	831.100	831.100	831.100	831.100
6	442	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	0	0
7	45	+ Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0
8	47	+ Zinserträge und sonstige Finanzerträge	0	0	0	0
9	46	+ Sonstige Erträge	25.600	25.600	23.000	23.000
10		Summe der ordentlichen Erträge (Summe der Nummern 1 bis 9)	1.163.400	1.163.400	1.157.700	1.157.600
11	50	- Personalaufwendungen	2.092.900	2.196.800	2.169.100	2.217.200
12	51	- Versorgungsaufwendungen	0	0	0	0
13	52	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	183.900	184.900	185.900	186.900
14	53	- Abschreibungen	74.700	60.200	50.300	46.000
15	54	- Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferaufwendungen	0	0	0	0
16	55	- Aufwendungen der sozialen Sicherung	0	0	0	0
17	57	- Zinsaufwendungen und sonstige Finanzaufwendungen	0	0	0	0
18	56	- Sonstige Aufwendungen	188.600	190.100	189.600	191.100
19		Summe der Aufwendungen (Summe der Nummern 11 bis 18)	2.540.100	2.632.000	2.594.900	2.641.200
20		Jahresergebnis des Teilhaushaltes vor Verrechnung der internen Leistungsbeziehungen und vor Veränderung der Rücklagen (§	-1.376.700	-1.468.600	-1.437.200	-1.483.600

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Änderung nach Ergänzungsvorschlägen für 2021 (Planstufe 14)			
0	0	0	0
306.700	317.900	303.600	303.500
0	0	0	0
0	0	0	0
831.100	831.100	831.100	831.100
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
25.600	25.600	23.000	23.000
1.163.400	1.174.600	1.157.700	1.157.600
2.092.900	2.265.800	2.237.200	2.287.200
0	0	0	0
183.900	202.000	185.900	186.900
74.700	60.200	50.300	46.000
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
188.600	192.600	189.600	191.100
2.540.100	2.720.600	2.663.000	2.711.200
-1.376.700	-1.546.000	-1.505.300	-1.553.600

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Änderung zum Haushaltsentwurf 2020/2021			
0	0	0	0
0	11.200	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	11.200	0	0
0	69.000	68.100	70.000
0	0	0	0
0	17.100	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	2.500	0	0
0	88.600	68.100	70.000
0	-77.400	-68.100	-70.000

FINANZHAUSHALT

Nr.	Kto.	Bezeichnung	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Haushaltsplan nach BU-Beschluss am 29.4 und 17.6.2020						
1	60	+ Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0
2	61	+ Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfereinzahlungen	306.500	306.500	303.500	303.500
3	62	+ Einzahlungen der sozialen Sicherung	0	0	0	0
4	63	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0	0	0	0
5	641	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	831.100	831.100	831.100	831.100
6	642	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	0	0
7	67	+ Zinseinzahlungen und sonstige Finanzeinzahlungen	388.400	388.400	310.700	310.700
8	66	+ Sonstige laufende Einzahlungen	25.600	25.600	23.000	23.000
9		Summe der laufenden Einzahlungen (Summe der Nummern 1 bis 8)	1.551.600	1.551.600	1.468.300	1.468.300
10	70	- Personalauszahlungen	2.092.900	2.196.800	2.169.100	2.217.200
11	71	- Versorgungsauszahlungen	0	0	0	0
12	72	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	183.900	184.900	185.900	186.900
13	74	- Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferauszahlungen	0	0	0	0
14	75	- Auszahlungen der sozialen Sicherungen	0	0	0	0
15	77	- Zinsauszahlungen und sonstige Finanzauszahlungen	0	0	0	0
16	76	- Sonstige laufende Auszahlungen	188.600	190.100	189.600	191.100
17		Summe der laufenden Auszahlungen (Summe der Nummern 10 bis 16)	2.465.400	2.571.800	2.544.600	2.595.200
18		Jahresbezogener Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen (Saldo der Nummern 9 und 17)	-913.800	-1.020.200	-1.076.300	-1.126.900

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Änderung nach Ergänzungsvorschlägen für 2021 (Planstufe 14)			
0	0	0	0
306.500	317.700	303.500	303.500
0	0	0	0
0	0	0	0
831.100	831.100	831.100	831.100
0	0	0	0
388.400	388.400	310.700	310.700
25.600	25.600	23.000	23.000
1.551.600	1.562.800	1.468.300	1.468.300
2.092.900	2.265.800	2.237.200	2.287.200
0	0	0	0
183.900	202.000	185.900	186.900
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
188.600	192.600	189.600	191.100
2.465.400	2.660.400	2.612.700	2.665.200
-913.800	-1.097.600	-1.144.400	-1.196.900

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Änderung zum Haushaltsentwurf 2020/2021			
0	0	0	0
0	11.200	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	11.200	0	0
0	69.000	68.100	70.000
0	0	0	0
0	17.100	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	2.500	0	0
0	88.600	68.100	70.000
0	-77.400	-68.100	-70.000

Die einzelnen vorgenommenen Änderungen innerhalb der Produkte, sind den Änderungslisten zu entnehmen.

Gegenüberstellung Planung 2021 mit Ergänzungsbeschluss 2021

TH 45 Amt für Kultur, Denkmalpflege und Museen

PRODUKTE

25101 Kulturhistorisches Museum - BgA
 25102 Kunsthalle
 25103 Wissenschaftliche Museen, Sammlungen

28100 Kultur
 52300 Denkmalschutz und -pflege/ Bodendenkmalpflege
 62203 "Stiftung zur Förderung von Kultur und Theater in der Hansestadt Rostock"- Rechtsfähige Stiftung gem. § 65 Abs. 3 KV M-V

ERGEBNISHAUSHALT

Nr.	Kto.	Bezeichnung	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Haushaltsplan nach BU-Beschluss am 29.4. und 17.6.2020							Änderung nach Ergänzungsvorschlägen für 2021 (Planstufe 1a)					Änderung zum Haushaltsentwurf 2020/2021		
1	40	+ Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
2	41	+ Zuwendungen, allgemeine Umlage und sonstige Transfererträge	445.800	445.800	445.800	445.800	445.800	445.800	445.800	445.800	0	0	0	0
3	42	+ Erträge der sozialen Sicherung	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
4	43	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	15.000	15.000	15.000	15.000	15.000	15.000	15.000	15.000	0	0	0	0
5	441	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	57.900	57.900	47.900	47.900	57.900	57.900	47.900	47.900	0	0	0	0
6	442	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	0	0	0	0
7	45	+ Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
8	47	+ Zinserträge und sonstige Finanzerträge	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
9	46	+ Sonstige Erträge	12.500	12.500	12.500	12.500	12.500	12.500	12.500	12.500	0	0	0	0
10		Summe der ordentlichen Erträge (Summe der Nummern 1 bis 9)	532.200	532.200	522.200	522.200	532.200	532.200	522.200	522.200	0	0	0	0
11	50	- Personalaufwendungen	2.413.200	2.483.800	2.306.300	2.538.600	2.413.200	2.572.500	2.388.600	2.629.900	0	88.700	82.300	91.300
12	51	- Versorgungsaufwendungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
13	52	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	728.900	731.900	734.200	741.200	728.900	891.900	734.200	741.200	0	160.000	0	0
14	53	- Abschreibungen	103.600	126.900	81.600	79.400	103.600	126.900	81.600	79.400	0	0	0	0
15	54	- Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferaufwendungen	3.348.500	3.398.500	3.398.500	3.398.500	3.348.500	3.548.500	3.398.500	3.398.500	0	150.000	0	0
16	55	- Aufwendungen der sozialen Sicherung	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
17	57	- Zinsaufwendungen und sonstige Finanzaufwendungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
18	56	- Sonstige Aufwendungen	1.493.800	1.511.300	1.552.600	1.561.100	1.493.800	1.601.300	1.552.600	1.561.100	0	90.000	0	0
19		Summe der Aufwendungen (Summe der Nummern 11 bis 18)	8.088.000	8.252.400	8.073.200	8.318.800	8.088.000	8.741.100	8.155.500	8.410.100	0	488.700	82.300	91.300
20		Jahresergebnis des Teilhaushaltes vor Verrechnung der internen Leistungsbeziehungen und vor Veränderung der Rücklagen (5	-7.555.800	-7.720.200	-7.551.000	-7.796.600	-7.555.800	-8.208.900	-7.633.300	-7.887.900	0	-488.700	-82.300	-91.300

FINANZHAUSHALT

Nr.	Kto.	Bezeichnung	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Haushaltsplan nach BU-Beschluss am 29.4. und 17.6.2020							Änderung nach Ergänzungsvorschlägen für 2021 (Planstufe 1a)					Änderung zum Haushaltsentwurf 2020/2021		
1	60	+ Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
2	61	+ Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfereinzahlungen	445.800	445.800	445.800	445.800	445.800	445.800	445.800	445.800	0	0	0	0
3	62	+ Einzahlungen der sozialen Sicherung	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
4	63	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	15.000	15.000	15.000	15.000	15.000	15.000	15.000	15.000	0	0	0	0
5	641	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	57.900	57.900	47.900	47.900	57.900	57.900	47.900	47.900	0	0	0	0
6	642	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000	0	0	0	0
7	67	+ Zinseinzahlungen und sonstige Finanzeinzahlungen	701.900	701.900	561.500	561.500	701.900	701.900	561.500	561.500	0	0	0	0
8	66	+ Sonstige laufende Einzahlungen	12.500	12.500	12.500	12.500	12.500	12.500	12.500	12.500	0	0	0	0
9		Summe der laufenden Einzahlungen (Summe der Nummern 1 bis 8)	1.234.100	1.234.100	1.083.700	1.083.700	1.234.100	1.234.100	1.083.700	1.083.700	0	0	0	0
10	70	- Personalauszahlungen	2.413.200	2.483.800	2.306.300	2.538.600	2.413.200	2.572.500	2.388.600	2.629.900	0	88.700	82.300	91.300
11	71	- Versorgungsauszahlungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
12	72	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	728.900	731.900	734.200	741.200	728.900	891.900	734.200	741.200	0	160.000	0	0
13	74	- Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferauszahlungen	3.348.500	3.398.500	3.398.500	3.398.500	3.348.500	3.548.500	3.398.500	3.398.500	0	150.000	0	0
14	75	- Auszahlungen der sozialen Sicherungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
15	77	- Zinsauszahlungen und sonstige Finanzauszahlungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
16	76	- Sonstige laufende Auszahlungen	1.493.800	1.511.300	1.552.600	1.561.100	1.493.800	1.601.300	1.552.600	1.561.100	0	90.000	0	0
17		Summe der laufenden Auszahlungen (Summe der Nummern 10 bis 16)	7.984.400	8.125.500	7.991.600	8.239.400	7.984.400	8.614.200	8.073.900	8.330.700	0	488.700	82.300	91.300
18		Jahresbezogener Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen (Saldo der Nummern 9 und 17)	-6.750.300	-6.891.400	-6.907.900	-7.155.700	-6.750.300	-7.380.100	-6.990.200	-7.247.000	0	-488.700	-82.300	-91.300

Die einzelnen vorgenommenen Änderungen innerhalb der Produkte, sind den Änderungslisten zu entnehmen.

Gegenüberstellung Planung 2021 mit Ergänzungsbeschluss 2021

TH 47 Stadtarchiv Rostock

PRODUKTE

25202 Stadtarchiv

ERGEBNISHAUSHALT

Nr.	Kto.	Bezeichnung	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Haushaltsplan nach BU-Beschluss am 29.4 und 17.6.2020						
1	40	+ Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0
2	41	+ Zuwendungen, allgemeine Umlage und sonstige Transfererträge	0	0	0	0
3	42	+ Erträge der sozialen Sicherung	0	0	0	0
4	43	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0	0	0	0
5	441	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	8.200	8.200	8.200	8.200
6	442	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	0	0
7	45	+ Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0
8	47	+ Zinserträge und sonstige Finanzerträge	0	0	0	0
9	46	+ Sonstige Erträge	10.000	10.000	10.000	10.000
10		Summe der ordentlichen Erträge (Summe der Nummern 1 bis 9)	18.200	18.200	18.200	18.200
11	50	- Personalaufwendungen	566.300	583.400	505.300	519.600
12	51	- Versorgungsaufwendungen	0	0	0	0
13	52	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	127.300	128.300	126.800	127.800
14	53	- Abschreibungen	18.900	11.100	11.100	6.000
15	54	- Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferaufwendungen	0	0	0	0
16	55	- Aufwendungen der sozialen Sicherung	0	0	0	0
17	57	- Zinsaufwendungen und sonstige Finanzaufwendungen	0	0	0	0
18	56	- Sonstige Aufwendungen	175.500	176.500	176.500	177.500
19		Summe der Aufwendungen (Summe der Nummern 11 bis 18)	888.000	899.300	819.700	830.900
20		Jahresergebnis des Teilhaushaltes vor Verrechnung der internen Leistungsbeziehungen und vor Veränderung der Rücklagen (§	-869.800	-881.100	-801.500	-812.700

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Änderung nach Ergänzungsvorschlägen für 2021 (Planstufe 14)			
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
8.200	8.200	8.200	8.200
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
10.000	10.000	10.000	10.000
18.200	18.200	18.200	18.200
566.300	605.500	524.500	539.400
0	0	0	0
127.300	128.300	126.800	127.800
18.900	11.100	11.100	6.000
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
175.500	176.500	176.500	177.500
888.000	921.400	838.900	850.700
-869.800	-903.200	-820.700	-832.500

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Änderung zum Haushaltsentwurf 2020/2021			
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	22.100	19.200	19.800
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	22.100	19.200	19.800
0	-22.100	-19.200	-19.800

FINANZHAUSHALT

Nr.	Kto.	Bezeichnung	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Haushaltsplan nach BU-Beschluss am 29.4 und 17.6.2020						
1	60	+ Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0
2	61	+ Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfereinzahlungen	0	0	0	0
3	62	+ Einzahlungen der sozialen Sicherung	0	0	0	0
4	63	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0	0	0	0
5	641	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	8.200	8.200	8.200	8.200
6	642	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	0	0
7	67	+ Zinseinzahlungen und sonstige Finanzeinzahlungen	0	0	0	0
8	66	+ Sonstige laufende Einzahlungen	10.000	10.000	10.000	10.000
9		Summe der laufenden Einzahlungen (Summe der Nummern 1 bis 8)	18.200	18.200	18.200	18.200
10	70	- Personalauszahlungen	566.300	583.400	505.300	519.600
11	71	- Versorgungsauszahlungen	0	0	0	0
12	72	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	127.300	128.300	126.800	127.800
13	74	- Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferauszahlungen	0	0	0	0
14	75	- Auszahlungen der sozialen Sicherungen	0	0	0	0
15	77	- Zinsauszahlungen und sonstige Finanzauszahlungen	0	0	0	0
16	76	- Sonstige laufende Auszahlungen	175.500	176.500	176.500	177.500
17		Summe der laufenden Auszahlungen (Summe der Nummern 10 bis 16)	869.100	888.200	808.600	824.900
18		Jahresbezogener Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen (Saldo der Nummern 9 und 17)	-850.900	-870.000	-790.400	-806.700

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Änderung nach Ergänzungsvorschlägen für 2021 (Planstufe 14)			
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
8.200	8.200	8.200	8.200
0	0	0	0
0	0	0	0
10.000	10.000	10.000	10.000
18.200	18.200	18.200	18.200
566.300	605.500	524.500	539.400
0	0	0	0
127.300	128.300	126.800	127.800
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
175.500	176.500	176.500	177.500
869.100	910.300	827.800	844.700
-850.900	-892.100	-809.600	-826.500

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Änderung zum Haushaltsentwurf 2020/2021			
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	22.100	19.200	19.800
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	22.100	19.200	19.800
0	-22.100	-19.200	-19.800

Die einzelnen vorgenommenen Änderungen innerhalb der Produkte, sind den Änderungslisten zu entnehmen.

Gegenüberstellung Planung 2021 mit Ergänzungsbeschluss 2021

TH 50 Amt für Jugend, Soziales und Asyl

PRODUKTE

11150 Verwaltung Amt für Jugend und Soziales
11407 Personalgestellungen
12207 Heimaufsicht
31101 Hilfe zum Lebensunterhalt (3. Kapitel SGB XII)
31102 Hilfe zur Pflege (7. Kapitel SGB XII)
31103 Eingliederungshilfe für behinderte Menschen (6. Kapitel SGB XII)
31104 Hilfe zur Gesundheit (5. Kapitel SGB XII)
31105 Sonstige Hilfen in anderen Lebenslagen (8. u. 9. Kapitel SGB XII)
31107 Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (4. Kapitel SGB XII)
31108 Erstattungen an Krankenkassen für die Übernahme der Kosten einer Krankenbehandlung (§ 264 Abs. 7 SGB V)
31109 Sonstige Zuweisungen und Umlagen nach dem SGB XII u.a. Gesetz
31201 Leistungen für Unterkunft und Heizung (§§ 22, 27 SGB II)
31202 Eingliederungsleistungen (§ 16a SGB II)

31203 Einmalige Leistungen (§ 24 SGB II)
31206 Bedarfe für Bildung und Teilhabe
31209 Anteil kommunaler Träger an den Gesamtverwaltungskosten - Hanse - Jobcenter
31301 Bundesbeteiligung nach § 46 SGB II
31301 Leistungen in besonderen Fällen (§ 2 AsylbLG)
31302 Grundleistungen (§ 3 AsylbLG - Ernährung, Kleidung, Gesundheits- und Körperpflege)
31303 Leistungen bei Krankheit, Schwangerschaft, Geburt (§ 4 AsylbLG)
31304 Arbeitsleistungen (§ 5 AsylbLG)
31305 Sonstige Leistungen (§ 6 AsylbLG)
31401 Eingliederungshilfe nach Teil 2 SGB IX nach dem SGB IX
31402 Sonstige Zuweisungen und Umlagen
31500 Soziale Einrichtungen
32100 Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz

33100 Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege
34100 Unterhaltsvorschussleistungen
34400 Hilfen für Heimkehrer und politische Flüchtlinge, Aussiedler
34500 Bildung und Teilhabe nach § 6b Bundeskindergeldgesetz
35101 Sonstige soziale Hilfen und Leistungen
36101 Tageseinrichtungen (§§ 22, 22a, 23 SGB VIII)
36102 Tagespflege (§23 SGB VIII)
36103 Unterstützung selbstorganisierter Förderung (§ 25 SGB XIII)
36200 Jugendarbeit (§§ 11, 12 SGB VIII)
36401 Schul- und Jugendsozialarbeit (§§ 13, 14 SGB VIII)
36302 Förderung der Erziehung in der Familie (§§ 16 - 21 SGB VIII)
36300 Hilfe zur Erziehung (§§ 27 - 35 SGB VIII)
36304 Hilfen für junge Volljährige (§ 41 SGB VIII)

36305 Vorläufige Maßnahmen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen (§ 42 SGB VIII)
36306 Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche (§ 35a SGB VIII)
36307 Adoptionsvermittlung (§ 51 SGB VIII i. V. m. § 2 AdVermiG)
36308 Amtspflegeschaft, Amtsvormundschaft, Beistandschaft (§§ 53, 55, 56, 58 SGB VIII)
36309 Mitwirkung in familienrechtlichen Verfahren (§ 50 SGB VIII)
36310 Mitwirkung in Verfahren nach dem Jugendgerichtsgesetz (§ 52 SGB VIII i.V.m. § 38 JGG)
36400 Jugendhilfeplanung
62202 Rechtsfähige Stiftung gemäß § 65 Absatz 3 KV M-V "Otto-und-Clara-Gütschow-Stiftung"

ERGEBNISHAUSHALT

Nr.	Kto.	Bezeichnung	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Haushaltsplan nach BU-Beschluss am 29.4 und 17.6.2020						
1	40	• Steuern und ähnliche Abgaben	15.042.100	15.042.100	15.042.100	15.042.100
2	41	• Zuwendungen, allgemeine Umlage und sonstige Transfererträge	57.343.800	62.020.800	63.075.000	65.416.400
3	42	• Erträge der sozialen Sicherung	103.133.300	103.766.500	106.348.300	108.438.200
4	43	• Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	4.100	4.100	4.100	4.100
5	441	• Privatrechtliche Leistungsentgelte	7.200	0	0	0
6	442	• Kostenerstattungen und Kostenumlagen	926.100	928.400	941.100	949.100
7	45	• Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0
8	47	• Zinserträge und sonstige Finanzerträge	1.000	1.000	1.000	1.000
9	46	• Sonstige Erträge	500	500	500	500
10		Summe der ordentlichen Erträge (Summe der Nummern 1 bis 9)	176.458.100	181.763.400	185.412.100	189.851.400
11	50	- Personalaufwendungen	22.325.300	22.918.200	22.975.200	23.175.300
12	51	- Versorgungsaufwendungen	51.000	52.000	54.000	55.800
13	52	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	5.446.000	5.586.200	5.703.800	5.828.100
14	53	- Abschreibungen	595.300	662.200	52.700	53.500
15	54	- Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferaufwendungen	99.266.300	106.715.400	109.313.300	112.438.300
16	55	- Aufwendungen der sozialen Sicherung	199.731.500	202.261.400	206.034.900	210.385.700
17	57	- Zinsaufwendungen und sonstige Finanzaufwendungen	1.000	1.000	1.000	1.000
18	56	- Sonstige Aufwendungen	4.065.000	4.258.300	4.442.400	4.640.900
19		Summe der Aufwendungen (Summe der Nummern 11 bis 18)	331.481.400	342.454.700	348.577.300	356.578.600
20		Jahresergebnis des Teilhaushaltes vor Verrechnung der internen Leistungsbeziehungen und vor Veränderung der Rücklagen (§	-155.023.300	-160.691.300	-163.165.200	-166.727.200

FINANZHAUSHALT

Nr.	Kto.	Bezeichnung	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Haushaltsplan nach BU-Beschluss am 29.4 und 17.6.2020						
1	60	• Steuern und ähnliche Abgaben	15.042.100	15.042.100	15.042.100	15.042.100
2	61	• Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transferereinzahlungen	56.910.600	61.583.600	63.079.000	65.419.400
3	62	• Einzahlungen der sozialen Sicherung	103.159.000	103.792.200	105.694.900	108.463.900
4	63	• Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	4.100	4.100	4.100	4.100
5	641	• Privatrechtliche Leistungsentgelte	7.200	0	0	0
6	642	• Kostenerstattungen und Kostenumlagen	926.100	928.400	941.100	949.100
7	67	• Zinseinzahlungen und sonstige Finanzeinzahlungen	1.000	1.000	1.000	1.000
8	66	• Sonstige laufende Einzahlungen	500	500	500	500
9		Summe der laufenden Einzahlungen (Summe der Nummern 1 bis 8)	176.050.600	181.351.900	184.762.700	189.880.100
10	70	- Personalauszahlungen	22.347.600	22.933.600	22.987.900	23.180.500
11	71	- Versorgungsauszahlungen	51.000	52.000	54.000	55.800
12	72	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	5.446.000	5.586.200	5.703.800	5.828.100
13	74	- Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferauszahlungen	99.266.300	106.715.400	109.313.300	112.438.300
14	75	- Auszahlungen der sozialen Sicherungen	199.791.700	202.324.500	206.033.400	210.384.200
15	77	- Zinsauszahlungen und sonstige Finanzauszahlungen	1.000	1.000	1.000	1.000
16	76	- Sonstige laufende Auszahlungen	4.065.000	4.258.300	4.442.400	4.640.900
17		Summe der laufenden Auszahlungen (Summe der Nummern 10 bis 16)	330.968.600	341.871.000	348.535.800	356.528.800
18		Jahresbezogener Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen (Saldo der Nummern 9 und 17)	-154.918.000	-160.519.100	-163.773.100	-166.648.700

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Änderung nach Ergänzungsvorschlägen für 2021 (Planstufe 14)			
15.042.100	15.042.100	15.042.100	15.042.100
57.343.800	65.612.800	63.033.200	63.953.300
103.133.300	118.215.800	117.754.100	118.146.300
4.100	4.100	4.100	4.100
7.200	0	0	0
926.100	928.400	941.100	949.100
0	0	0	0
1.000	1.000	1.000	1.000
500	500	500	500
176.458.100	199.804.700	196.776.100	198.096.400
22.325.300	23.802.600	23.865.000	24.076.100
51.000	52.000	54.000	55.800
5.446.000	5.598.100	5.703.800	5.828.100
595.300	662.200	52.700	53.500
99.266.300	103.364.200	105.878.300	108.917.500
199.731.500	207.013.400	206.034.900	210.385.700
1.000	1.000	1.000	1.000
4.065.000	4.260.700	4.442.400	4.640.900
331.481.400	344.754.200	346.032.100	353.958.600
-155.023.300	-144.949.500	-149.256.000	-155.862.200

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Änderung nach Ergänzungsvorschlägen für 2021 (Planstufe 14)			
15.042.100	15.042.100	15.042.100	15.042.100
56.910.600	65.175.600	63.037.200	63.956.300
103.159.000	118.241.500	117.100.700	118.172.000
4.100	4.100	4.100	4.100
7.200	0	0	0
926.100	928.400	941.100	949.100
1.000	1.000	1.000	1.000
500	500	500	500
176.050.600	199.393.200	196.126.700	198.125.100
22.347.600	23.818.000	23.877.700	24.081.300
51.000	52.000	54.000	55.800
5.446.000	5.598.100	5.703.800	5.828.100
99.266.300	103.364.200	105.878.300	108.917.500
199.791.700	207.076.500	206.033.400	210.384.200
1.000	1.000	1.000	1.000
4.065.000	4.260.700	4.442.400	4.640.900
330.968.600	344.170.500	345.990.600	353.908.800
-154.918.000	-144.777.300	-149.863.900	-155.783.700

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Änderung zum Haushaltsentwurf 2020/2021			
0	0	0	0
0	3.592.000	-41.800	-1.463.100
0	14.449.300	11.405.800	9.708.100
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	18.041.300	11.364.000	8.245.000
0	884.400	889.800	900.800
0	0	0	0
0	11.900	0	0
0	0	0	0
0	-3.351.200	-3.435.000	-3.520.800
0	4.752.000	0	0
0	0	0	0
0	2.400	0	0
0	2.299.500	-2.545.200	-2.620.000
0	15.741.800	13.909.200	10.865.000

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Änderung zum Haushaltsentwurf 2020/2021			
0	0	0	0
0	3.592.000	-41.800	-1.463.100
0	14.449.300	11.405.800	9.708.100
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	18.041.300	11.364.000	8.245.000
0	884.400	889.800	900.800
0	0	0	0
0	11.900	0	0
0	-3.351.200	-3.435.000	-3.520.800
0	4.752.000	0	0
0	0	0	0
0	2.400	0	0
0	2.299.500	-2.545.200	-2.620.000
0	15.741.800	13.909.200	10.865.000

Die einzelnen vorgenommenen Änderungen innerhalb der Produkte, sind den Änderungslisten zu entnehmen.

Gegenüberstellung Planung 2021 mit Ergänzungsbeschluss 2021

TH 53 Gesundheitsamt

PRODUKTE

34300 Betreuungsleistungen
 41101 Krankenhäuser - Investitionskostenbeitrag
 41400 Maßnahmen der Gesundheitspflege

ERGEBNISHAUSHALT

Nr.	Kto.	Bezeichnung	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Haushaltsplan nach BÜ-Beschluss am 29.4 und 17.6.2020						
1	40	+ Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0
2	41	+ Zuwendungen, allgemeine Umlage und sonstige Transfererträge	324.400	324.400	324.400	324.400
3	42	+ Erträge der sozialen Sicherung	0	0	0	0
4	43	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	511.500	511.500	511.500	511.500
5	441	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	100	100	100	100
6	442	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	100	100	100	100
7	45	+ Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0
8	47	+ Zinserträge und sonstige Finanzerträge	0	0	0	0
9	46	+ Sonstige Erträge	200	200	200	200
10		Summe der ordentlichen Erträge (Summe der Nummern 1 bis 9)	836.300	836.300	836.300	836.300
11	50	- Personalaufwendungen	4.320.300	4.454.100	4.538.500	4.637.100
12	51	- Versorgungsaufwendungen	0	0	0	0
13	52	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	237.600	237.100	239.600	236.100
14	53	- Abschreibungen	27.400	11.000	22.200	21.500
15	54	- Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferaufwendungen	3.582.200	3.582.200	3.582.200	3.582.200
16	55	- Aufwendungen der sozialen Sicherung	0	0	0	0
17	57	- Zinsaufwendungen und sonstige Finanzaufwendungen	0	0	0	0
18	56	- Sonstige Aufwendungen	443.000	443.900	445.900	449.100
19		Summe der Aufwendungen (Summe der Nummern 11 bis 18)	8.610.500	8.728.300	8.828.400	8.926.000
20		Jahresergebnis des Teilhaushaltes vor Verrechnung der internen Leistungsbeziehungen und vor Veränderung der Rücklagen (5	-7.774.200	-7.892.000	-7.992.100	-8.089.700

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Änderung nach Ergänzungsvorschlägen für 2021 (Planstufe 14)			
0	0	0	0
324.400	579.400	874.400	874.400
0	0	0	0
511.500	511.500	511.500	511.500
100	100	100	100
100	100	100	100
0	0	0	0
0	0	0	0
200	200	200	200
836.300	1.091.300	1.386.300	1.386.300
4.320.300	4.632.300	4.720.200	4.822.600
0	0	0	0
237.600	237.100	239.600	236.100
27.400	11.000	22.200	21.500
3.582.200	3.582.200	3.582.200	3.582.200
0	0	0	0
0	0	0	0
443.000	443.900	445.900	449.100
8.610.500	8.906.500	9.010.100	9.115.500
-7.774.200	-7.815.200	-7.623.800	-7.725.200

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Änderung zum Haushaltsentwurf 2020/2021			
0	0	0	0
0	255.000	550.000	550.000
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	255.000	550.000	550.000
0	178.200	181.700	185.500
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	178.200	181.700	185.500
0	76.800	368.300	364.500

FINANZHAUSHALT

Nr.	Kto.	Bezeichnung	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Haushaltsplan nach BÜ-Beschluss am 29.4 und 17.6.2020						
1	60	+ Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0
2	61	+ Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfereinzahlungen	324.400	324.400	324.400	324.400
3	62	+ Einzahlungen der sozialen Sicherung	0	0	0	0
4	63	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	511.500	511.500	511.500	511.500
5	641	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	100	100	100	100
6	642	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	100	100	100	100
7	67	+ Zinseinzahlungen und sonstige Finanzeinzahlungen	0	0	0	0
8	66	+ Sonstige laufende Einzahlungen	200	200	200	200
9		Summe der laufenden Einzahlungen (Summe der Nummern 1 bis 8)	836.300	836.300	836.300	836.300
10	70	- Personalauszahlungen	4.331.000	4.464.000	4.545.900	4.641.200
11	71	- Versorgungsauszahlungen	0	0	0	0
12	72	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	237.600	237.100	239.600	236.100
13	74	- Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferauszahlungen	3.582.200	3.582.200	3.582.200	3.582.200
14	75	- Auszahlungen der sozialen Sicherungen	0	0	0	0
15	77	- Zinsauszahlungen und sonstige Finanzauszahlungen	0	0	0	0
16	76	- Sonstige laufende Auszahlungen	443.000	443.900	445.900	449.100
17		Summe der laufenden Auszahlungen (Summe der Nummern 10 bis 16)	8.593.800	8.727.200	8.813.600	8.908.600
18		Jahresbezogener Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen (Saldo der Nummern 9 und 17)	-7.757.500	-7.890.900	-7.977.300	-8.072.300

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Änderung nach Ergänzungsvorschlägen für 2021 (Planstufe 14)			
0	0	0	0
324.400	579.400	874.400	874.400
0	0	0	0
511.500	511.500	511.500	511.500
100	100	100	100
100	100	100	100
0	0	0	0
200	200	200	200
836.300	1.091.300	1.386.300	1.386.300
4.331.000	4.642.200	4.727.600	4.826.700
0	0	0	0
237.600	237.100	239.600	236.100
3.582.200	3.582.200	3.582.200	3.582.200
0	0	0	0
0	0	0	0
443.000	443.900	445.900	449.100
8.593.800	8.905.400	8.995.300	9.094.100
-7.757.500	-7.814.100	-7.609.000	-7.707.800

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Änderung zum Haushaltsentwurf 2020/2021			
0	0	0	0
0	255.000	550.000	550.000
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	255.000	550.000	550.000
0	178.200	181.700	185.500
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	178.200	181.700	185.500
0	76.800	368.300	364.500

Die einzelnen vorgenommenen Änderungen innerhalb der Produkte, sind den Änderungslisten zu entnehmen.

Gegenüberstellung Planung 2021 mit Ergänzungsbeschluss 2021

TH 60 Bauamt

PRODUKTE

52100 Bauverwaltung und Bauordnung
52201 Wohnungsbauförderung und Wohnraumversorgung

ERGEBNISHAUSHALT

Nr.	Kto.	Bezeichnung	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Haushaltsplan nach BU-Beschluss am 29.4 und 17.6.2020							Änderung nach Ergänzungsvorschlägen für 2021 (Planstufe 14)					Änderung zum Haushaltsentwurf 2020/2021		
1	40	+ Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
2	41	+ Zuwendungen, allgemeine Umlage und sonstige Transfererträge	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
3	42	+ Erträge der sozialen Sicherung	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
4	43	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	1.703.300	1.703.300	1.703.300	1.703.300	1.703.300	1.703.300	1.703.300	1.703.300	0	0	0	0
5	441	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
6	442	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	1.905.000	1.905.000	1.905.000	1.905.000	1.905.000	1.905.000	1.905.000	1.905.000	0	0	0	0
7	45	+ Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
8	47	+ Zinserträge und sonstige Finanzerträge	400	400	400	400	400	400	400	400	0	0	0	0
9	46	+ Sonstige Erträge	3.000	3.000	3.000	3.000	3.000	3.000	3.000	3.000	0	0	0	0
10		Summe der ordentlichen Erträge (Summe der Nummern 1 bis 9)	3.611.700	3.611.700	3.611.700	3.611.700	3.611.700	3.611.700	3.611.700	3.611.700	0	0	0	0
11	50	- Personalaufwendungen	3.946.500	4.008.400	4.093.200	3.993.900	3.946.500	4.174.100	4.262.600	4.158.100	0	165.700	169.400	164.200
12	51	- Versorgungsaufwendungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
13	52	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	81.700	79.000	82.700	79.000	81.700	79.000	82.700	79.000	0	0	0	0
14	53	- Abschreibungen	27.100	28.100	31.800	27.400	27.100	28.100	31.800	27.400	0	0	0	0
15	54	- Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferaufwendungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
16	55	- Aufwendungen der sozialen Sicherung	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
17	57	- Zinsaufwendungen und sonstige Finanzaufwendungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
18	56	- Sonstige Aufwendungen	2.171.400	2.140.800	2.144.400	2.145.800	2.171.400	2.140.800	2.144.400	2.145.800	0	0	0	0
19		Summe der Aufwendungen (Summe der Nummern 11 bis 18)	6.226.700	6.256.300	6.352.100	6.246.100	6.226.700	6.422.000	6.521.500	6.410.300	0	165.700	169.400	164.200
20		Jahresergebnis des Teilhaushaltes vor Verrechnung der internen Leistungsbeziehungen und vor Veränderung der Rücklagen (5)	-2.615.000	-2.644.600	-2.740.400	-2.634.400	-2.615.000	-2.810.300	-2.909.800	-2.798.600	0	-165.700	-169.400	-164.200

FINANZHAUSHALT

Nr.	Kto.	Bezeichnung	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Haushaltsplan nach BU-Beschluss am 29.4 und 17.6.2020							Änderung nach Ergänzungsvorschlägen für 2021 (Planstufe 14)					Änderung zum Haushaltsentwurf 2020/2021		
1	60	+ Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
2	61	+ Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfereinzahlungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
3	62	+ Einzahlungen der sozialen Sicherung	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
4	63	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	1.703.300	1.703.300	1.703.300	1.703.300	1.703.300	1.703.300	1.703.300	1.703.300	0	0	0	0
5	641	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
6	642	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	1.905.000	1.905.000	1.905.000	1.905.000	1.905.000	1.905.000	1.905.000	1.905.000	0	0	0	0
7	67	+ Zinseinzahlungen und sonstige Finanzeinzahlungen	400	400	400	400	400	400	400	400	0	0	0	0
8	66	+ Sonstige laufende Einzahlungen	3.000	3.000	3.000	3.000	3.000	3.000	3.000	3.000	0	0	0	0
9		Summe der laufenden Einzahlungen (Summe der Nummern 1 bis 8)	3.611.700	3.611.700	3.611.700	3.611.700	3.611.700	3.611.700	3.611.700	3.611.700	0	0	0	0
10	70	- Personalauszahlungen	3.946.500	4.008.400	4.093.200	3.993.900	3.946.500	4.174.100	4.262.600	4.158.100	0	165.700	169.400	164.200
11	71	- Versorgungsauszahlungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
12	72	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	81.700	79.000	82.700	79.000	81.700	79.000	82.700	79.000	0	0	0	0
13	74	- Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferauszahlungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
14	75	- Auszahlungen der sozialen Sicherungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
15	77	- Zinsauszahlungen und sonstige Finanzauszahlungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
16	76	- Sonstige laufende Auszahlungen	2.171.400	2.140.800	2.144.400	2.145.800	2.171.400	2.140.800	2.144.400	2.145.800	0	0	0	0
17		Summe der laufenden Auszahlungen (Summe der Nummern 10 bis 16)	6.199.600	6.228.200	6.320.300	6.218.700	6.199.600	6.393.900	6.489.700	6.382.900	0	165.700	169.400	164.200
18		Jahresbezogener Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen (Saldo der Nummern 9 und 17)	-2.587.900	-2.616.500	-2.708.600	-2.607.000	-2.587.900	-2.782.200	-2.878.000	-2.771.200	0	-165.700	-169.400	-164.200

Die einzelnen vorgenommenen Änderungen innerhalb der Produkte, sind den Änderungslisten zu entnehmen.

Gegenüberstellung Planung 2021 mit Ergänzungsbeschluss 2021

TH 61 Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Wirtschaft

PRODUKTE

51102 Stadtentwicklung und städtebauliche Planung
 53601 Breitbandausbau
 57101 Wirtschafts- und Strukturförderung

ERGEBNISHAUSHALT

Nr.	Kto.	Bezeichnung	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Haushaltsplan nach BU-Beschluss am 29.4 und 17.6.2020						
1	40	+ Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0
2	41	+ Zuwendungen, allgemeine Umlage und sonstige Transfererträge	1.918.900	194.100	9.000	0
3	42	+ Erträge der sozialen Sicherung	0	0	0	0
4	43	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	30.600	30.600	30.600	30.600
5	441	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0	0	0	0
6	442	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	0	0
7	45	+ Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0
8	47	+ Zinserträge und sonstige Finanzerträge	0	0	0	0
9	46	+ Sonstige Erträge	51.600	51.600	51.600	51.600
10		Summe der ordentlichen Erträge (Summe der Nummern 1 bis 9)	2.001.100	276.300	91.200	82.200
11	50	- Personalaufwendungen	2.706.600	2.740.400	2.826.500	2.741.000
12	51	- Versorgungsaufwendungen	0	0	0	0
13	52	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	62.100	92.100	92.100	93.100
14	53	- Abschreibungen	1.645.300	36.600	20.200	29.200
15	54	- Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferaufwendungen	18.200	18.200	5.000	5.000
16	55	- Aufwendungen der sozialen Sicherung	0	0	0	0
17	57	- Zinsaufwendungen und sonstige Finanzaufwendungen	0	0	0	0
18	56	- Sonstige Aufwendungen	2.813.300	2.727.300	2.715.600	2.763.000
19		Summe der Aufwendungen (Summe der Nummern 11 bis 18)	7.245.500	5.614.600	5.659.400	5.631.300
20		Jahresergebnis des Teilhaushaltes vor Verrechnung der internen Leistungsbeziehungen und vor Veränderung der Rücklagen (5	-5.244.400	-5.338.300	-5.568.200	-5.549.100

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Änderung nach Ergänzungsvorschlägen für 2021 (Planstufe 1a)			
0	0	0	0
1.918.900	282.400	92.200	0
0	0	0	0
30.600	30.600	30.600	30.600
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
51.600	51.600	51.600	51.600
2.001.100	364.600	174.400	82.200
2.706.600	2.878.200	2.967.700	2.845.900
0	0	0	0
62.100	92.100	92.100	93.100
1.645.300	36.600	20.200	29.200
18.200	42.200	29.000	9.000
0	0	0	0
0	0	0	0
2.813.300	2.882.300	2.865.500	2.861.000
7.245.500	5.931.400	5.974.500	5.838.200
-5.244.400	-5.566.800	-5.800.100	-5.756.000

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Änderung zum Haushaltsentwurf 2020/2021			
0	0	0	0
0	88.300	83.200	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	88.300	83.200	0
0	137.800	141.200	104.900
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	24.000	24.000	4.000
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	155.000	149.900	98.000
0	316.800	315.100	206.900
0	-228.500	-231.900	-206.900

FINANZHAUSHALT

Nr.	Kto.	Bezeichnung	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Haushaltsplan nach BU-Beschluss am 29.4 und 17.6.2020						
1	60	+ Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0
2	61	+ Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfereinzahlungen	319.000	194.100	9.000	0
3	62	+ Einzahlungen der sozialen Sicherung	0	0	0	0
4	63	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	30.600	30.600	30.600	30.600
5	641	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0	0	0	0
6	642	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	0	0
7	67	+ Zinseinzahlungen und sonstige Finanzeinzahlungen	0	0	0	0
8	66	+ Sonstige laufende Einzahlungen	51.600	51.600	51.600	51.600
9		Summe der laufenden Einzahlungen (Summe der Nummern 1 bis 8)	401.200	276.300	91.200	82.200
10	70	- Personalauszahlungen	2.706.600	2.740.400	2.826.500	2.741.000
11	71	- Versorgungsauszahlungen	0	0	0	0
12	72	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	62.100	92.100	92.100	93.100
13	74	- Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferauszahlungen	18.200	18.200	5.000	5.000
14	75	- Auszahlungen der sozialen Sicherungen	0	0	0	0
15	77	- Zinsauszahlungen und sonstige Finanzauszahlungen	0	0	0	0
16	76	- Sonstige laufende Auszahlungen	2.813.300	2.727.300	2.715.600	2.763.000
17		Summe der laufenden Auszahlungen (Summe der Nummern 10 bis 16)	5.600.200	5.578.000	5.639.200	5.602.100
18		Jahresbezogener Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen (Saldo der Nummern 9 und 17)	-5.199.000	-5.301.700	-5.548.000	-5.519.900

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Änderung nach Ergänzungsvorschlägen für 2021 (Planstufe 1a)			
0	0	0	0
319.000	282.400	92.200	0
0	0	0	0
30.600	30.600	30.600	30.600
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
51.600	51.600	51.600	51.600
401.200	364.600	174.400	82.200
2.706.600	2.878.200	2.967.700	2.845.900
0	0	0	0
62.100	92.100	92.100	93.100
18.200	42.200	29.000	9.000
0	0	0	0
0	0	0	0
2.813.300	2.882.300	2.865.500	2.861.000
5.600.200	5.894.800	5.954.300	5.809.000
-5.199.000	-5.530.200	-5.779.900	-5.726.800

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Änderung zum Haushaltsentwurf 2020/2021			
0	0	0	0
0	88.300	83.200	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	88.300	83.200	0
0	137.800	141.200	104.900
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	24.000	24.000	4.000
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	155.000	149.900	98.000
0	316.800	315.100	206.900
0	-228.500	-231.900	-206.900

Die einzelnen vorgenommenen Änderungen innerhalb der Produkte, sind den Änderungslisten zu entnehmen.

Gegenüberstellung Planung 2021 mit Ergänzungsbeschluss 2021

TH 62 Kataster-, Vermessungs- und Liegenschaftsamt

PRODUKTE

11402 Liegenschaften
51108 Vermessung und Kataster

ERGEBNISHAUSHALT

Nr.	Kto.	Bezeichnung	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Haushaltsplan nach BU-Beschluss am 29.4 und 17.6.2020						
1	40	+ Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0
2	41	+ Zuwendungen, allgemeine Umlage und sonstige Transfererträge	2.100	0	0	0
3	42	+ Erträge der sozialen Sicherung	0	0	0	0
4	43	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	272.000	271.000	270.000	270.000
5	441	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	4.374.000	4.020.000	4.170.000	4.320.000
6	442	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	80.000	80.000	80.000	80.000
7	45	+ Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0
8	47	+ Zinserträge und sonstige Finanzerträge	1.000	1.000	1.000	1.000
9	46	+ Sonstige Erträge	21.061.300	7.316.300	1.311.300	1.316.300
10		Summe der ordentlichen Erträge (Summe der Nummern 1 bis 9)	25.790.400	11.688.300	5.832.300	5.982.300
11	50	- Personalaufwendungen	5.671.800	5.862.400	5.772.500	5.849.900
12	51	- Versorgungsaufwendungen	0	0	0	0
13	52	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	4.159.900	3.900.900	1.525.800	1.525.300
14	53	- Abschreibungen	139.200	93.700	0	0
15	54	- Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferaufwendungen	0	0	0	0
16	55	- Aufwendungen der sozialen Sicherung	0	0	0	0
17	57	- Zinsaufwendungen und sonstige Finanzaufwendungen	0	0	0	0
18	56	- Sonstige Aufwendungen	9.225.700	3.736.100	1.323.200	1.327.200
19		Summe der Aufwendungen (Summe der Nummern 11 bis 18)	19.196.600	13.593.100	8.621.500	8.702.400
20		Jahresergebnis des Teilhaushaltes vor Verrechnung der internen Leistungsbeziehungen und vor Veränderung der Rücklagen (5)	6.593.800	-1.904.800	-2.789.200	-2.720.100

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Änderung nach Ergänzungsvorschlägen für 2021 (Planstufe 1a)			
0	0	0	0
2.100	0	0	0
0	0	0	0
272.000	261.000	260.000	260.000
4.374.000	4.115.400	4.115.400	4.115.400
80.000	80.000	80.000	80.000
0	0	0	0
1.000	1.000	1.000	1.000
21.061.300	7.511.300	7.511.300	1.316.300
25.790.400	11.968.700	11.967.700	5.772.700
5.671.800	6.095.300	6.000.200	6.081.200
0	0	0	0
4.159.900	3.033.600	3.334.800	2.044.300
139.200	93.700	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
9.225.700	3.449.500	3.436.600	1.270.600
19.196.600	12.672.100	12.771.600	9.396.100
6.593.800	-703.400	-803.900	-3.623.400

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Änderung zum Haushaltsentwurf 2020/2021			
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	-10.000	-10.000	-10.000
0	95.400	-54.600	-204.600
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	195.000	6.200.000	5.000
0	280.400	6.135.400	-209.600
0	232.900	227.700	231.300
0	0	0	0
0	-867.300	1.809.000	519.000
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	-286.600	2.113.400	-56.600
0	-921.000	4.150.100	693.700
0	1.201.400	1.985.300	-903.300

FINANZHAUSHALT

Nr.	Kto.	Bezeichnung	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Haushaltsplan nach BU-Beschluss am 29.4 und 17.6.2020						
1	60	+ Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0
2	61	+ Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfereinzahlungen	0	0	0	0
3	62	+ Einzahlungen der sozialen Sicherung	0	0	0	0
4	63	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	272.000	271.000	270.000	270.000
5	641	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	4.374.000	4.020.000	4.170.000	4.320.000
6	642	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	80.000	80.000	80.000	80.000
7	67	+ Zinseinzahlungen und sonstige Finanzeinzahlungen	1.000	1.000	1.000	1.000
8	66	+ Sonstige laufende Einzahlungen	11.300	11.300	11.300	11.300
9		Summe der laufenden Einzahlungen (Summe der Nummern 1 bis 8)	4.738.300	4.383.300	4.532.300	4.682.300
10	70	- Personalauszahlungen	5.677.300	5.867.500	5.777.600	5.854.600
11	71	- Versorgungsauszahlungen	0	0	0	0
12	72	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	4.159.900	3.900.900	1.525.800	1.525.300
13	74	- Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferauszahlungen	0	0	0	0
14	75	- Auszahlungen der sozialen Sicherungen	0	0	0	0
15	77	- Zinsauszahlungen und sonstige Finanzauszahlungen	0	0	0	0
16	76	- Sonstige laufende Auszahlungen	655.700	636.100	623.200	627.200
17		Summe der laufenden Auszahlungen (Summe der Nummern 10 bis 16)	10.492.900	10.404.500	7.926.600	8.007.100
18		Jahresbezogener Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen (Saldo der Nummern 9 und 17)	-5.754.600	-6.021.200	-3.394.300	-3.324.800

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Änderung nach Ergänzungsvorschlägen für 2021 (Planstufe 1a)			
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
272.000	261.000	260.000	260.000
4.374.000	4.115.400	4.115.400	4.115.400
80.000	80.000	80.000	80.000
1.000	1.000	1.000	1.000
11.300	11.300	11.300	11.300
4.738.300	4.468.700	4.467.700	4.467.700
5.677.300	6.100.400	6.005.300	6.085.900
0	0	0	0
4.159.900	3.033.600	3.334.800	2.044.300
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
655.700	629.500	616.600	620.600
10.492.900	9.763.500	9.956.700	8.750.800
-5.754.600	-5.294.800	-5.489.000	-4.283.100

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Änderung zum Haushaltsentwurf 2020/2021			
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	-10.000	-10.000	-10.000
0	95.400	-54.600	-204.600
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	85.400	-64.600	-214.600
0	232.900	227.700	231.300
0	0	0	0
0	-867.300	1.809.000	519.000
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	-6.600	-6.600	-6.600
0	-641.000	2.030.100	743.700
0	726.400	-2.094.700	-958.300

Die einzelnen vorgenommenen Änderungen innerhalb der Produkte, sind den Änderungslisten zu entnehmen.

Gegenüberstellung Planung 2021 mit Ergänzungsbeschluss 2021

TH 66 Amt für Verkehrsanlagen

PRODUKTE

11166 Verwaltung Amt 66
 12301 Verkehrsbehördliche Aufgaben - neu TH 68
 51104 Verkehrsplanung - neu TH 68
 54101 Gemeindestraßen

54102 Stromverkauf - BgA
 54200 Kreisstraßen
 54300 Landesstraßen
 54400 Bundesstraßen

54601 Parkeinrichtungen
 54603 Parkraumbewirtschaftung - BgA
 54900 Straßenrechtsangelegenheiten, Straßenaufsichtsbehörde

ERGEBNISHAUSHALT

Nr.	Kto.	Bezeichnung	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Haushaltsplan nach BU-Beschluss am 29.4 und 17.6.2020						
1	40	+ Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0
2	41	+ Zuwendungen, allgemeine Umlage und sonstige Transfererträge	14.234.400	14.003.300	13.907.500	13.902.800
3	42	+ Erträge der sozialen Sicherung	0	0	0	0
4	43	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	3.242.800	3.304.400	3.360.900	3.413.600
5	441	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	14.300	14.300	14.300	14.300
6	442	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	264.800	495.800	215.800	215.800
7	45	+ Andere aktivierte Eigenleistungen	72.200	73.000	80.000	80.000
8	47	+ Zinserträge und sonstige Finanzerträge	0	0	0	0
9	46	+ Sonstige Erträge	60.000	60.000	60.000	60.000
10		Summe der ordentlichen Erträge (Summe der Nummern 1 bis 9)	17.888.500	17.950.800	17.638.500	17.686.500
11	50	- Personalaufwendungen	5.044.200	5.129.800	5.235.600	5.151.700
12	51	- Versorgungsaufwendungen	0	0	0	0
13	52	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	11.841.800	11.718.700	11.283.200	10.830.600
14	53	- Abschreibungen	22.981.000	22.344.700	22.502.000	22.754.100
15	54	- Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferaufwendungen	0	0	0	0
16	55	- Aufwendungen der sozialen Sicherung	0	0	0	0
17	57	- Zinsaufwendungen und sonstige Finanzaufwendungen	0	0	0	0
18	56	- Sonstige Aufwendungen	837.700	630.300	639.300	641.400
19		Summe der Aufwendungen (Summe der Nummern 11 bis 18)	40.704.700	39.823.500	39.660.100	39.377.800
20		Jahresergebnis des Teilhaushaltes vor Verrechnung der internen Leistungsbeziehungen und vor Veränderung der Rücklagen (5)	-22.816.200	-21.872.700	-22.021.600	-21.691.300

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Änderung nach Ergänzungsvorschlägen für 2021 (Planstufe 14)			
0	0	0	0
14.234.400	14.003.300	13.907.500	13.902.800
0	0	0	0
3.242.800	3.304.400	3.360.900	3.413.600
14.300	14.300	14.300	14.300
264.800	495.800	215.800	215.800
72.200	73.000	80.000	80.000
0	0	0	0
60.000	60.000	60.000	60.000
17.888.500	17.950.800	17.638.500	17.686.500
5.044.200	5.330.500	5.440.700	5.352.200
0	0	0	0
11.841.800	11.136.700	11.001.200	10.548.600
22.981.000	22.344.700	22.502.000	22.754.100
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
837.700	763.200	727.200	729.300
40.704.700	39.575.100	39.671.100	39.384.200
-22.816.200	-21.624.300	-22.032.600	-21.697.700

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Änderung zum Haushaltsentwurf 2020/2021			
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	200.700	205.100	200.500
0	0	0	0
0	-582.000	-282.000	-282.000
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	132.900	87.900	87.900
0	-248.400	11.000	6.400
0	248.400	-11.000	-6.400

FINANZHAUSHALT

Nr.	Kto.	Bezeichnung	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Haushaltsplan nach BU-Beschluss am 29.4 und 17.6.2020						
1	60	+ Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0
2	61	+ Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfereinzahlungen	0	0	0	0
3	62	+ Einzahlungen der sozialen Sicherung	0	0	0	0
4	63	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	2.887.500	2.907.500	2.907.500	2.907.500
5	641	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	14.300	14.300	14.300	14.300
6	642	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	264.800	495.800	215.800	215.800
7	67	+ Zinseinzahlungen und sonstige Finanzeinzahlungen	0	0	0	0
8	66	+ Sonstige laufende Einzahlungen	60.000	60.000	60.000	60.000
9		Summe der laufenden Einzahlungen (Summe der Nummern 1 bis 8)	3.226.600	3.477.600	3.197.600	3.197.600
10	70	- Personalauszahlungen	5.048.900	5.134.500	5.236.700	5.151.700
11	71	- Versorgungsauszahlungen	0	0	0	0
12	72	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	11.426.800	12.028.700	11.443.200	11.280.600
13	74	- Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferauszahlungen	0	0	0	0
14	75	- Auszahlungen der sozialen Sicherungen	0	0	0	0
15	77	- Zinsauszahlungen und sonstige Finanzauszahlungen	0	0	0	0
16	76	- Sonstige laufende Auszahlungen	837.700	630.300	639.300	641.400
17		Summe der laufenden Auszahlungen (Summe der Nummern 10 bis 16)	17.313.400	17.793.500	17.319.200	17.073.700
18		Jahresbezogener Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen (Saldo der Nummern 9 und 17)	-14.086.800	-14.315.900	-14.121.600	-13.876.100

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Änderung nach Ergänzungsvorschlägen für 2021 (Planstufe 14)			
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
2.887.500	2.907.500	2.907.500	2.907.500
14.300	14.300	14.300	14.300
264.800	495.800	215.800	215.800
0	0	0	0
60.000	60.000	60.000	60.000
3.226.600	3.477.600	3.197.600	3.197.600
5.048.900	5.335.200	5.441.800	5.352.200
0	0	0	0
11.426.800	11.446.700	11.161.200	10.998.600
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
837.700	763.200	727.200	729.300
17.313.400	17.545.100	17.330.200	17.080.100
-14.086.800	-14.067.500	-14.132.600	-13.882.500

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Änderung zum Haushaltsentwurf 2020/2021			
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	200.700	205.100	200.500
0	0	0	0
0	-582.000	-282.000	-282.000
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	132.900	87.900	87.900
0	-248.400	11.000	6.400
0	248.400	-11.000	-6.400

Die einzelnen vorgenommenen Änderungen innerhalb der Produkte, sind den Änderungslisten zu entnehmen.

Gegenüberstellung Planung 2021 mit Ergänzungsbeschluss 2021

TH 67 Amt für Stadtgrün, Naturschutz und Landschaftspflege

PRODUKTE

11167 Verwaltung Amt 67
 55100 Stadtgrün
 55301 Friedhofswesen, Bestattungen
 55302 Grabpflege - BgA
 55303 Krematorium - BgA
 55401 Natur- und Landschaftsschutz

ERGEBNISHAUSHALT

Nr.	Kto.	Bezeichnung	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Haushaltsplan nach BU-Beschluss am 29.4. und 17.6.2020						
1	40	+ Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0
2	41	+ Zuwendungen, allgemeine Umlage und sonstige Transfererträge	227.400	183.500	176.900	170.000
3	42	+ Erträge der sozialen Sicherung	0	0	0	0
4	43	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	2.885.900	2.928.900	2.976.900	3.024.900
5	441	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	274.000	273.500	273.000	272.500
6	442	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	38.800	38.800	38.800	38.800
7	45	+ Andere aktivierte Eigenleistungen	65.000	66.500	60.000	79.000
8	47	+ Zinserträge und sonstige Finanzerträge	0	0	0	0
9	46	+ Sonstige Erträge	92.000	92.000	92.000	92.000
10		Summe der ordentlichen Erträge (Summe der Nummern 1 bis 9)	3.583.100	3.583.200	3.617.600	3.677.200
11	50	- Personalaufwendungen	9.829.800	10.032.000	9.962.700	10.168.700
12	51	- Versorgungsaufwendungen	0	0	0	0
13	52	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	3.169.400	3.021.100	3.760.500	3.638.300
14	53	- Abschreibungen	2.121.500	1.944.500	0	0
15	54	- Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferaufwendungen	100.000	100.000	100.000	100.000
16	55	- Aufwendungen der sozialen Sicherung	0	0	0	0
17	57	- Zinsaufwendungen und sonstige Finanzaufwendungen	0	0	0	0
18	56	- Sonstige Aufwendungen	3.270.500	3.541.900	3.239.000	3.059.200
19		Summe der Aufwendungen (Summe der Nummern 11 bis 18)	18.491.200	18.639.500	17.062.200	16.966.200
20		Jahresergebnis des Teilhaushaltes vor Verrechnung der internen Leistungsbeziehungen und vor Veränderung der Rücklagen (§	-14.908.100	-15.056.300	-13.444.600	-13.289.000

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Änderung nach Ergänzungsvorschlägen für 2021 (Planstufe 14)			
0	0	0	0
227.400	183.500	176.900	170.000
0	0	0	0
2.885.900	2.784.500	2.832.500	2.880.500
274.000	246.000	245.500	245.000
38.800	38.800	38.800	38.800
65.000	66.500	60.000	79.000
0	0	0	0
92.000	92.000	92.000	92.000
3.583.100	3.411.300	3.445.700	3.505.300
9.829.800	10.415.300	10.343.100	10.544.900
0	0	0	0
3.169.400	3.381.100	3.630.500	3.498.300
2.121.500	1.944.500	0	0
100.000	100.000	100.000	100.000
0	0	0	0
0	0	0	0
3.270.500	3.190.900	3.208.000	3.228.200
18.491.200	19.031.800	17.281.600	17.371.400
-14.908.100	-15.620.500	-13.835.900	-13.866.100

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Änderung zum Haushaltsentwurf 2020/2021			
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	-144.400	-144.400	-144.400
0	-27.500	-27.500	-27.500
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	-171.900	-171.900	-171.900
0	383.300	380.400	376.200
0	0	0	0
0	0	0	0
0	360.000	-130.000	-140.000
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	-351.000	-31.000	169.000
0	392.300	219.400	405.200
0	-564.200	-391.300	-577.100

FINANZHAUSHALT

Nr.	Kto.	Bezeichnung	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Haushaltsplan nach BU-Beschluss am 29.4. und 17.6.2020						
1	60	+ Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0
2	61	+ Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfereinzahlungen	112.500	113.100	113.700	114.300
3	62	+ Einzahlungen der sozialen Sicherung	0	0	0	0
4	63	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	3.119.600	3.114.600	3.114.600	3.114.600
5	641	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	250.000	250.000	250.000	250.000
6	642	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	38.800	38.800	38.800	38.800
7	67	+ Zinseinzahlungen und sonstige Finanzeinzahlungen	0	0	0	0
8	66	+ Sonstige laufende Einzahlungen	90.000	90.000	90.000	90.000
9		Summe der laufenden Einzahlungen (Summe der Nummern 1 bis 8)	3.610.900	3.606.500	3.607.100	3.607.700
10	70	- Personalauszahlungen	9.841.400	10.044.400	9.968.100	10.168.700
11	71	- Versorgungsauszahlungen	0	0	0	0
12	72	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	3.169.400	3.021.100	3.760.500	3.638.300
13	74	- Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferauszahlungen	100.000	100.000	100.000	100.000
14	75	- Auszahlungen der sozialen Sicherungen	0	0	0	0
15	77	- Zinsauszahlungen und sonstige Finanzauszahlungen	0	0	0	0
16	76	- Sonstige laufende Auszahlungen	2.839.600	3.111.000	2.808.100	2.628.300
17		Summe der laufenden Auszahlungen (Summe der Nummern 10 bis 16)	15.950.400	16.276.500	16.636.700	16.535.300
18		Jahresbezogener Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen (Saldo der Nummern 9 und 17)	-12.339.500	-12.670.000	-13.029.600	-12.927.600

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Änderung nach Ergänzungsvorschlägen für 2021 (Planstufe 14)			
0	0	0	0
112.500	113.100	113.700	114.300
0	0	0	0
3.119.600	2.936.200	2.936.200	2.936.200
250.000	222.500	222.500	222.500
38.800	38.800	38.800	38.800
0	0	0	0
90.000	90.000	90.000	90.000
3.610.900	3.400.600	3.401.200	3.401.800
9.841.400	10.427.700	10.348.500	10.544.900
0	0	0	0
3.169.400	3.381.100	3.630.500	3.498.300
100.000	100.000	100.000	100.000
0	0	0	0
0	0	0	0
2.839.600	2.760.000	2.777.100	2.797.300
15.950.400	16.668.800	16.856.100	16.940.500
-12.339.500	-13.268.200	-13.454.900	-13.538.700

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Änderung zum Haushaltsentwurf 2020/2021			
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	-178.400	-178.400	-178.400
0	-27.500	-27.500	-27.500
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	-205.900	-205.900	-205.900
0	383.300	380.400	376.200
0	0	0	0
0	360.000	-130.000	-140.000
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	-351.000	-31.000	169.000
0	392.300	219.400	405.200
0	-598.200	-425.300	-611.100

Die einzelnen vorgenommenen Änderungen innerhalb der Produkte, sind den Änderungslisten zu entnehmen.

Gegenüberstellung Planung 2021 mit Ergänzungsbeschluss 2021

TH 68 Amt für Mobilität

PRODUKTE

11405 Sonstige zentrale Dienste - Mobilität
 12301 Verkehrsbehördliche Aufgaben
 51104 Verkehrsplanung

ERGEBNISHAUSHALT

Nr. Kto. Bezeichnung			Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Haushaltsplan nach BU-Beschluss am 29.4 und 17.6.2020							Änderung nach Ergänzungsvorschlägen für 2021 (Planstufe 14)				Änderung zum Haushaltsentwurf 2020/2021			
1	40	+ Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
2	41	+ Zuwendungen, allgemeine Umlage und sonstige Transfererträge	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
3	42	+ Erträge der sozialen Sicherung	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
4	43	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	760.000	760.000	760.000	760.000	760.000	760.000	760.000	760.000	0	0	0	0
5	441	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
6	442	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
7	45	+ Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
8	47	+ Zinserträge und sonstige Finanzerträge	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
9	46	+ Sonstige Erträge	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
10		Summe der ordentlichen Erträge (Summe der Nummern 1 bis 9)	760.000	760.000	760.000	760.000	760.000	760.000	760.000	760.000	0	0	0	0
11	50	- Personalaufwendungen	1.223.000	1.261.400	1.230.900	1.266.100	1.223.000	1.309.300	1.277.800	1.314.400	0	47.900	46.900	48.300
12	51	- Versorgungsaufwendungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
13	52	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	17.500	18.500	19.500	20.500	17.500	21.800	22.800	23.800	0	3.300	3.300	3.300
14	53	- Abschreibungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
15	54	- Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferaufwendungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
16	55	- Aufwendungen der sozialen Sicherung	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
17	57	- Zinsaufwendungen und sonstige Finanzaufwendungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
18	56	- Sonstige Aufwendungen	382.200	553.200	509.200	511.200	382.200	563.300	565.000	567.000	0	10.100	55.800	55.800
19		Summe der Aufwendungen (Summe der Nummern 11 bis 18)	1.622.700	1.833.100	1.759.600	1.797.800	1.622.700	1.894.400	1.865.600	1.905.200	0	61.300	106.000	107.400
20		Jahresergebnis des Teilhaushaltes vor Verrechnung der internen Leistungsbeziehungen und vor Veränderung der Rücklagen (S	-862.700	-1.073.100	-999.600	-1.037.800	-862.700	-1.134.400	-1.105.600	-1.145.200	0	-61.300	-106.000	-107.400

FINANZHAUSHALT

Nr.	Kto.	Bezeichnung	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Haushaltsplan nach BU-Beschluss am 29.4 und 17.6.2020							Änderung nach Ergänzungsvorschlägen für 2021 (Planstufe 14)				Änderung zum Haushaltsentwurf 2020/2021			
1	60	+ Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
2	61	+ Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfereinzahlungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
3	62	+ Einzahlungen der sozialen Sicherung	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
4	63	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	760.000	760.000	760.000	760.000	760.000	760.000	760.000	760.000	0	0	0	0
5	641	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
6	642	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
7	67	+ Zinseinzahlungen und sonstige Finanzeinzahlungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
8	66	+ Sonstige laufende Einzahlungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
9		Summe der laufenden Einzahlungen (Summe der Nummern 1 bis 8)	760.000	760.000	760.000	760.000	760.000	760.000	760.000	760.000	0	0	0	0
10	70	- Personalauszahlungen	1.226.800	1.265.200	1.234.700	1.266.100	1.226.800	1.313.100	1.281.600	1.314.400	0	47.900	46.900	48.300
11	71	- Versorgungsauszahlungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
12	72	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	17.500	18.500	19.500	20.500	17.500	21.800	22.800	23.800	0	3.300	3.300	3.300
13	74	- Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferauszahlungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
14	75	- Auszahlungen der sozialen Sicherungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
15	77	- Zinsauszahlungen und sonstige Finanzauszahlungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
16	76	- Sonstige laufende Auszahlungen	382.200	553.200	509.200	511.200	382.200	563.300	565.000	567.000	0	10.100	55.800	55.800
17		Summe der laufenden Auszahlungen (Summe der Nummern 10 bis 16)	1.626.500	1.836.900	1.763.400	1.797.800	1.626.500	1.898.200	1.869.400	1.905.200	0	61.300	106.000	107.400
18		jahresbezogener Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen (Saldo der Nummern 9 und 17)	-866.500	-1.076.900	-1.003.400	-1.037.800	-866.500	-1.138.200	-1.109.400	-1.145.200	0	-61.300	-106.000	-107.400

Die einzelnen vorgenommenen Änderungen innerhalb der Produkte, sind den Änderungslisten zu entnehmen.

Gegenüberstellung Planung 2021 mit Ergänzungsbeschluss 2021

TH 73 Amt für Umwelt- und Klimaschutz

PRODUKTE

11173 Verwaltung Amt 73
 51105 Umweltplanung und -prüfung
 53301 Kommunale Wasserversorgung
 53701 Abfallwirtschaft
 53702 Abfallmanagement
 53703 DSD

53800 Abwasserbeseitigung
 54501 Straßenreinigung, Winterdienst
 54502 Sonderreinigung
 55201 Gewässerunterhaltung und -aufsicht
 55204 Vorsorgender Bodenschutz und Altlastenmanagement
 55403 Immissionsschutz

57301 Öffentlichen Bedürfnisanstalten
 57302 Öffentliche Bedürfnisanstalten - BgA

ERGENISHAUSHALT

Nr.	Kto.	Bezeichnung	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Haushaltsplan nach BU-Beschluss am 29.4 und 17.6.2020						
1	40	+ Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0
2	41	+ Zuwendungen, allgemeine Umlage und sonstige Transfererträge	213.000	209.500	233.700	102.900
3	42	+ Erträge der sozialen Sicherung	0	0	0	0
4	43	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	22.138.100	22.264.500	22.394.700	22.528.800
5	441	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	236.000	245.500	198.500	198.500
6	442	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	480.500	489.700	489.600	489.600
7	45	+ Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0
8	47	+ Zinserträge und sonstige Finanzerträge	0	0	0	0
9	46	+ Sonstige Erträge	744.400	744.400	744.400	744.400
10		Summe der ordentlichen Erträge (Summe der Nummern 1 bis 9)	23.812.000	23.953.600	24.060.900	24.064.200
11	50	- Personalaufwendungen	3.134.000	3.218.600	3.081.200	3.024.000
12	51	- Versorgungsaufwendungen	0	0	0	0
13	52	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	26.033.800	26.987.400	26.691.500	26.891.900
14	53	- Abschreibungen	588.300	578.700	682.300	670.500
15	54	- Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferaufwendungen	0	0	0	0
16	55	- Aufwendungen der sozialen Sicherung	0	0	0	0
17	57	- Zinsaufwendungen und sonstige Finanzaufwendungen	0	0	0	0
18	56	- Sonstige Aufwendungen	691.100	508.800	568.600	562.200
19		Summe der Aufwendungen (Summe der Nummern 11 bis 18)	30.447.200	31.293.500	31.023.600	31.148.600
20		Jahresergebnis des Teilhaushaltes vor Verrechnung der internen Leistungsbeziehungen und vor Veränderung der Rücklagen (S	-6.635.200	-7.339.900	-6.962.700	-7.084.400

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Änderung nach Ergänzungsvorschlägen für 2021 (Planstufe 14)			
0	0	0	0
213.000	234.200	234.300	103.500
0	0	0	0
22.138.100	23.635.500	22.394.700	22.528.800
236.000	245.500	198.500	198.500
480.500	489.700	489.600	489.600
0	0	0	0
0	0	0	0
744.400	898.700	744.400	744.400
23.812.000	25.503.600	24.061.500	24.064.800
3.134.000	3.342.200	3.199.200	3.139.800
0	0	0	0
26.033.800	28.345.800	26.691.500	26.891.900
588.300	578.700	682.300	670.500
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
691.100	776.200	746.100	739.700
30.447.200	33.042.900	31.319.100	31.441.900
-6.635.200	-7.539.300	-7.257.600	-7.377.100

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Änderung zum Haushaltsentwurf 2020/2021			
0	0	0	0
0	24.700	600	600
0	0	0	0
0	1.371.000	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	154.300	0	0
0	1.550.000	600	600
0	123.600	118.000	115.800
0	0	0	0
0	1.358.400	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	267.400	177.500	177.500
0	1.749.400	295.500	293.300
0	-199.400	-294.900	-292.700

FINANZHAUSHALT

Nr.	Kto.	Bezeichnung	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Haushaltsplan nach BU-Beschluss am 29.4 und 17.6.2020						
1	60	+ Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0
2	61	+ Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfereinzahlungen	123.900	122.100	146.300	15.500
3	62	+ Einzahlungen der sozialen Sicherung	0	0	0	0
4	63	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	21.476.300	21.602.700	21.732.900	21.867.000
5	641	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	236.000	245.500	198.500	198.500
6	642	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	480.500	489.700	489.600	489.600
7	67	+ Zinseinzahlungen und sonstige Finanzeinzahlungen	0	0	0	0
8	66	+ Sonstige laufende Einzahlungen	744.400	744.400	744.400	744.400
9		Summe der laufenden Einzahlungen (Summe der Nummern 1 bis 8)	23.061.100	23.204.400	23.311.700	23.315.000
10	70	- Personalauszahlungen	3.134.000	3.218.600	3.081.200	3.024.000
11	71	- Versorgungsauszahlungen	0	0	0	0
12	72	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	26.052.500	27.000.000	26.702.600	26.898.900
13	74	- Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferauszahlungen	0	0	0	0
14	75	- Auszahlungen der sozialen Sicherungen	0	0	0	0
15	77	- Zinsauszahlungen und sonstige Finanzauszahlungen	0	0	0	0
16	76	- Sonstige laufende Auszahlungen	2.033.100	558.800	608.600	602.200
17		Summe der laufenden Auszahlungen (Summe der Nummern 10 bis 16)	31.219.600	30.777.400	30.392.400	30.525.100
18		Jahresbezogener Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen (Saldo der Nummern 9 und 17)	-8.158.500	-7.573.000	-7.080.700	-7.210.100

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Änderung nach Ergänzungsvorschlägen für 2021 (Planstufe 14)			
0	0	0	0
123.900	146.800	146.900	16.100
0	0	0	0
21.476.300	23.343.100	21.732.900	21.867.000
236.000	245.500	198.500	198.500
480.500	489.700	489.600	489.600
0	0	0	0
744.400	898.700	744.400	744.400
23.061.100	25.123.800	23.312.300	23.315.600
3.134.000	3.342.200	3.199.200	3.139.800
0	0	0	0
26.052.500	28.358.400	26.702.600	26.898.900
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
2.033.100	2.129.200	786.100	779.700
31.219.600	33.829.800	30.687.900	30.818.400
-8.158.500	-8.706.000	-7.375.600	-7.502.800

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Änderung zum Haushaltsentwurf 2020/2021			
0	0	0	0
0	24.700	600	600
0	0	0	0
0	1.740.400	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	154.300	0	0
0	1.919.400	600	600
0	123.600	118.000	115.800
0	0	0	0
0	1.358.400	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	1.570.400	177.500	177.500
0	3.052.400	295.500	293.300
0	-1.133.000	-294.900	-292.700

Die einzelnen vorgenommenen Änderungen innerhalb der Produkte, sind den Änderungslisten zu entnehmen.

Gegenüberstellung Planung 2021 mit Ergänzungsbeschluss 2021

TH 74 Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt

PRODUKTE

12400 Veterinär- und Lebensmittelüberwachung

ERGEBNISHAUSHALT

Nr.	Kto.	Bezeichnung	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Haushaltsplan nach BU-Beschluss am 29.4 und 17.6.2020						
1	40	+ Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0
2	41	+ Zuwendungen, allgemeine Umlage und sonstige Transfererträge	0	0	0	0
3	42	+ Erträge der sozialen Sicherung	0	0	0	0
4	43	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	30.400	30.400	30.400	30.400
5	441	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	300	300	300	300
6	442	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	100	100	100	100
7	45	+ Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0
8	47	+ Zinserträge und sonstige Finanzerträge	0	0	0	0
9	46	+ Sonstige Erträge	0	0	0	0
10		Summe der ordentlichen Erträge (Summe der Nummern 1 bis 9)	30.800	30.800	30.800	30.800
11	50	- Personalaufwendungen	954.800	984.700	1.014.300	1.044.800
12	51	- Versorgungsaufwendungen	0	0	0	0
13	52	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	409.300	409.800	410.800	413.400
14	53	- Abschreibungen	48.100	11.100	7.500	28.300
15	54	- Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferaufwendungen	9.100	9.100	14.500	14.500
16	55	- Aufwendungen der sozialen Sicherung	0	0	0	0
17	57	- Zinsaufwendungen und sonstige Finanzaufwendungen	0	0	0	0
18	56	- Sonstige Aufwendungen	63.400	67.100	70.600	71.600
19		Summe der Aufwendungen (Summe der Nummern 11 bis 18)	1.484.700	1.481.800	1.517.700	1.572.600
20		Jahresergebnis des Teilhaushaltes vor Verrechnung der internen Leistungsbeziehungen und vor Veränderung der Rücklagen (§	-1.453.900	-1.451.000	-1.486.900	-1.541.800

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Änderung nach Ergänzungsvorschlägen für 2021 (Planstufe 14)			
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
30.400	34.700	34.700	32.900
300	300	300	300
100	100	100	100
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
30.800	35.100	35.100	33.300
954.800	1.023.400	1.054.100	1.086.100
0	0	0	0
409.300	436.300	437.300	439.900
48.100	11.100	7.500	28.300
9.100	9.100	14.500	14.500
0	0	0	0
0	0	0	0
63.400	67.100	70.600	71.600
1.484.700	1.547.000	1.584.000	1.640.400
-1.453.900	-1.511.900	-1.548.900	-1.607.100

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Änderung zum Haushaltsentwurf 2020/2021			
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	4.300	4.300	2.500
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	4.300	4.300	2.500
0	38.700	39.800	41.300
0	0	0	0
0	26.500	26.500	26.500
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	65.200	66.300	67.800
0	-60.900	-62.000	-65.300

FINANZHAUSHALT

Nr.	Kto.	Bezeichnung	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Haushaltsplan nach BU-Beschluss am 29.4 und 17.6.2020						
1	60	+ Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0
2	61	+ Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfereinzahlungen	0	0	0	0
3	62	+ Einzahlungen der sozialen Sicherung	0	0	0	0
4	63	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	30.400	30.400	30.400	30.400
5	641	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	300	300	300	300
6	642	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	100	100	100	100
7	67	+ Zinseinzahlungen und sonstige Finanzeinzahlungen	0	0	0	0
8	66	+ Sonstige laufende Einzahlungen	0	0	0	0
9		Summe der laufenden Einzahlungen (Summe der Nummern 1 bis 8)	30.800	30.800	30.800	30.800
10	70	- Personalauszahlungen	954.800	984.700	1.014.300	1.044.800
11	71	- Versorgungsauszahlungen	0	0	0	0
12	72	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	409.300	409.800	410.800	413.400
13	74	- Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferauszahlungen	9.100	9.100	14.500	14.500
14	75	- Auszahlungen der sozialen Sicherungen	0	0	0	0
15	77	- Zinsauszahlungen und sonstige Finanzauszahlungen	0	0	0	0
16	76	- Sonstige laufende Auszahlungen	63.400	67.100	70.600	71.600
17		Summe der laufenden Auszahlungen (Summe der Nummern 10 bis 16)	1.436.600	1.470.700	1.510.200	1.544.300
18		Jahresbezogener Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen (Saldo der Nummern 9 und 17)	-1.405.800	-1.439.900	-1.479.400	-1.513.500

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Änderung nach Ergänzungsvorschlägen für 2021 (Planstufe 14)			
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
30.400	34.700	34.700	32.900
300	300	300	300
100	100	100	100
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
30.800	35.100	35.100	33.300
954.800	1.023.400	1.054.100	1.086.100
0	0	0	0
409.300	436.300	437.300	439.900
9.100	9.100	14.500	14.500
0	0	0	0
0	0	0	0
63.400	67.100	70.600	71.600
1.436.600	1.535.900	1.576.500	1.612.100
-1.405.800	-1.500.800	-1.541.400	-1.578.800

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Änderung zum Haushaltsentwurf 2020/2021			
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	4.300	4.300	2.500
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	4.300	4.300	2.500
0	38.700	39.800	41.300
0	0	0	0
0	26.500	26.500	26.500
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	65.200	66.300	67.800
0	-60.900	-62.000	-65.300

Die einzelnen vorgenommenen Änderungen innerhalb der Produkte, sind den Änderungslisten zu entnehmen.

Gegenüberstellung Planung 2021 mit Ergänzungsbeschluss 2021

TH 82 Stadtforstamt

PRODUKTE

55306 Ruheforst
55307 Ruheforst - BgA
55500 Kommunale Forstwirtschaft

ERGEBNISHAUSHALT

Nr.	Kto.	Bezeichnung	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Haushaltsplan nach BÜ-Beschluss am 29.4 und 17.6.2020						
1	40	+ Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0
2	41	+ Zuwendungen, allgemeine Umlage und sonstige Transfererträge	8.700	8.700	8.700	8.700
3	42	+ Erträge der sozialen Sicherung	0	0	0	0
4	43	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	219.300	219.300	220.400	220.900
5	441	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	745.200	779.800	820.200	823.700
6	442	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	0	0
7	45	+ Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0
8	47	+ Zinserträge und sonstige Finanzerträge	0	0	0	0
9	46	+ Sonstige Erträge	2.500	2.500	2.500	2.500
10		Summe der ordentlichen Erträge (Summe der Nummern 1 bis 9)	975.700	1.010.300	1.051.800	1.055.800
11	50	- Personalaufwendungen	1.208.700	1.244.500	1.282.000	1.320.200
12	51	- Versorgungsaufwendungen	0	0	0	0
13	52	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	860.600	765.300	750.300	749.600
14	53	- Abschreibungen	120.700	120.000	0	0
15	54	- Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferaufwendungen	0	0	0	0
16	55	- Aufwendungen der sozialen Sicherung	0	0	0	0
17	57	- Zinsaufwendungen und sonstige Finanzaufwendungen	0	0	0	0
18	56	- Sonstige Aufwendungen	200.800	121.700	122.900	122.200
19		Summe der Aufwendungen (Summe der Nummern 11 bis 18)	2.390.800	2.251.500	2.155.200	2.192.000
20		Jahresergebnis des Teilhaushaltes vor Verrechnung der internen Leistungsbeziehungen und vor Veränderung der Rücklagen (5)	-1.415.100	-1.241.200	-1.103.400	-1.136.200

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Änderung nach Ergänzungsvorschlägen für 2021 (Planstufe 14)			
0	0	0	0
8.700	8.700	8.700	8.700
0	0	0	0
219.300	219.300	220.400	220.900
745.200	443.800	457.200	479.700
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
2.500	2.500	2.500	2.500
975.700	674.300	688.800	711.800
1.208.700	1.291.600	1.331.500	1.371.600
0	0	0	0
860.600	765.300	750.300	749.600
120.700	120.000	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
200.800	121.700	122.900	122.200
2.390.800	2.298.600	2.204.700	2.243.400
-1.415.100	-1.624.300	-1.515.900	-1.531.600

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Änderung zum Haushaltsentwurf 2020/2021			
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	-336.000	-363.000	-344.000
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	47.100	49.500	51.400
0	-383.100	-412.500	-395.400

FINANZHAUSHALT

Nr.	Kto.	Bezeichnung	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Haushaltsplan nach BÜ-Beschluss am 29.4 und 17.6.2020						
1	60	+ Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0
2	61	+ Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfereinzahlungen	8.700	8.700	8.700	8.700
3	62	+ Einzahlungen der sozialen Sicherung	0	0	0	0
4	63	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	365.300	365.300	365.800	366.300
5	641	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	733.300	766.300	805.300	807.300
6	642	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	0	0
7	67	+ Zinseinzahlungen und sonstige Finanzeinzahlungen	0	0	0	0
8	66	+ Sonstige laufende Einzahlungen	2.500	2.500	2.500	2.500
9		Summe der laufenden Einzahlungen (Summe der Nummern 1 bis 8)	1.109.800	1.142.800	1.182.300	1.184.800
10	70	- Personalauszahlungen	1.208.700	1.244.500	1.282.000	1.320.200
11	71	- Versorgungsauszahlungen	0	0	0	0
12	72	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	777.600	765.300	750.300	749.600
13	74	- Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferauszahlungen	0	0	0	0
14	75	- Auszahlungen der sozialen Sicherungen	0	0	0	0
15	77	- Zinsauszahlungen und sonstige Finanzauszahlungen	0	0	0	0
16	76	- Sonstige laufende Auszahlungen	200.600	121.500	122.900	122.200
17		Summe der laufenden Auszahlungen (Summe der Nummern 10 bis 16)	2.186.900	2.131.300	2.155.200	2.192.000
18		Jahresbezogener Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen (Saldo der Nummern 9 und 17)	-1.077.100	-988.500	-972.900	-1.007.200

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Änderung nach Ergänzungsvorschlägen für 2021 (Planstufe 14)			
0	0	0	0
8.700	8.700	8.700	8.700
0	0	0	0
365.300	365.300	365.800	366.300
733.300	430.300	442.300	463.300
0	0	0	0
0	0	0	0
2.500	2.500	2.500	2.500
1.109.800	806.800	819.300	840.800
1.208.700	1.291.600	1.331.500	1.371.600
0	0	0	0
777.600	765.300	750.300	749.600
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
200.600	121.500	122.900	122.200
2.186.900	2.178.400	2.204.700	2.243.400
-1.077.100	-1.371.600	-1.385.400	-1.402.600

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Änderung zum Haushaltsentwurf 2020/2021			
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	-336.000	-363.000	-344.000
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	47.100	49.500	51.400
0	-383.100	-412.500	-395.400

Die einzelnen vorgenommenen Änderungen innerhalb der Produkte, sind den Änderungslisten zu entnehmen.

Gegenüberstellung Planung 2021 mit Ergänzungsbeschluss 2021

TH 83 Hafen- und Seemannsamt

PRODUKTE

12208 Hafen und Schifffahrtsangelegenheiten/ Seemannsamt
 54602 Parkeinrichtungen - BgA
 54801 Maritime Wirtschaft und Hafenbau

54802 Maritime Wirtschaft und Hafenbau - BgA
 54803 Rostock Port GmbH
 54804 Fischereihafen GmbH
 54805 Spülfeldbewirtschaftung - BgA

ERGEBNISHAUSHALT

Nr.	Kto.	Bezeichnung	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Haushaltsplan nach BÜ-Beschluss am 29.4 und 17.6.2020						
1	40	+ Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0
2	41	+ Zuwendungen, allgemeine Umlage und sonstige Transfererträge	11.278.800	10.832.300	10.742.400	10.557.600
3	42	+ Erträge der sozialen Sicherung	0	0	0	0
4	43	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	901.200	901.200	901.200	2.371.200
5	441	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	1.363.700	1.363.700	1.363.700	1.353.700
6	442	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	394.200	393.900	393.900	373.700
7	45	+ Andere aktivierte Eigenleistungen	107.000	90.000	20.000	33.000
8	47	+ Zinserträge und sonstige Finanzerträge	0	0	0	0
9	46	+ Sonstige Erträge	2.950.100	100	100	100
10		Summe der ordentlichen Erträge (Summe der Nummern 1 bis 9)	16.995.000	13.581.200	13.421.300	14.689.300
11	50	- Personalaufwendungen	2.128.300	2.162.600	2.072.300	1.931.900
12	51	- Versorgungsaufwendungen	0	0	0	0
13	52	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	1.313.600	2.053.800	2.109.400	1.676.100
14	53	- Abschreibungen	12.627.100	12.197.500	12.155.300	11.893.300
15	54	- Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferaufwendungen	229.500	264.500	214.500	221.600
16	55	- Aufwendungen der sozialen Sicherung	0	0	0	0
17	57	- Zinsaufwendungen und sonstige Finanzaufwendungen	0	0	0	0
18	56	- Sonstige Aufwendungen	3.503.200	601.200	626.300	857.600
19		Summe der Aufwendungen (Summe der Nummern 11 bis 18)	19.801.700	17.279.600	17.177.800	16.580.500
20		Jahresergebnis des Teilhaushaltes vor Verrechnung der internen Leistungsbeziehungen und vor Veränderung der Rücklagen (5	-2.806.700	-3.698.400	-3.756.500	-1.891.200

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Änderung nach Ergänzungsvorschlägen für 2021 (Planstufe 1a)			
0	0	0	0
11.278.800	10.832.300	10.742.400	10.557.600
0	0	0	0
901.200	901.200	901.200	2.371.200
1.363.700	1.063.700	1.063.700	1.053.700
394.200	393.900	393.900	373.700
107.000	90.000	20.000	33.000
0	0	0	0
2.950.100	100	100	100
16.995.000	13.281.200	13.121.300	14.389.300
2.128.300	2.289.500	2.150.900	2.004.700
0	0	0	0
1.313.600	1.243.800	1.629.400	2.026.100
12.627.100	12.197.500	12.155.300	11.893.300
229.500	264.500	214.500	221.600
0	0	0	0
0	0	0	0
3.503.200	601.200	626.300	857.600
19.801.700	16.596.500	16.776.400	17.003.300
-2.806.700	-3.315.300	-3.655.100	-2.614.000

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Änderung zum Haushaltsentwurf 2020/2021			
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	-300.000	-300.000	-300.000
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	-810.000	-480.000	350.000
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	-683.100	-401.400	422.800
0	383.100	101.400	-722.800

FINANZHAUSHALT

Nr.	Kto.	Bezeichnung	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Haushaltsplan nach BÜ-Beschluss am 29.4 und 17.6.2020						
1	60	+ Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0
2	61	+ Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfereinzahlungen	8.500	8.500	8.500	8.500
3	62	+ Einzahlungen der sozialen Sicherung	0	0	0	0
4	63	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	901.200	901.200	901.200	2.371.200
5	641	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	1.513.700	1.513.700	1.513.700	1.503.700
6	642	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	394.200	393.900	393.900	373.700
7	67	+ Zinseinzahlungen und sonstige Finanzeinzahlungen	0	0	0	0
8	66	+ Sonstige laufende Einzahlungen	450.100	100	100	100
9		Summe der laufenden Einzahlungen (Summe der Nummern 1 bis 8)	3.267.700	2.817.400	2.817.400	4.257.200
10	70	- Personalauszahlungen	2.128.300	2.162.600	2.072.300	1.931.900
11	71	- Versorgungsauszahlungen	0	0	0	0
12	72	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	1.313.600	2.053.800	2.109.400	1.676.100
13	74	- Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferauszahlungen	229.500	264.500	214.500	221.600
14	75	- Auszahlungen der sozialen Sicherungen	0	0	0	0
15	77	- Zinsauszahlungen und sonstige Finanzauszahlungen	0	0	0	0
16	76	- Sonstige laufende Auszahlungen	981.900	580.200	605.300	817.600
17		Summe der laufenden Auszahlungen (Summe der Nummern 10 bis 16)	4.653.300	5.061.100	5.001.500	4.647.200
18		Jahresbezogener Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen (Saldo der Nummern 9 und 17)	-1.385.600	-2.243.700	-2.184.100	-390.000

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Änderung nach Ergänzungsvorschlägen für 2021 (Planstufe 1a)			
0	0	0	0
8.500	8.500	8.500	8.500
0	0	0	0
901.200	901.200	901.200	2.371.200
1.513.700	1.213.700	1.213.700	1.203.700
394.200	393.900	393.900	373.700
0	0	0	0
450.100	100	100	100
3.267.700	2.517.400	2.517.400	3.957.200
2.128.300	2.289.500	2.150.900	2.004.700
0	0	0	0
1.313.600	1.243.800	1.629.400	2.026.100
229.500	264.500	214.500	221.600
0	0	0	0
0	0	0	0
981.900	580.200	605.300	817.600
4.653.300	4.378.000	4.600.100	5.070.000
-1.385.600	-1.860.600	-2.082.700	-1.112.800

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Änderung zum Haushaltsentwurf 2020/2021			
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	-300.000	-300.000	-300.000
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	-810.000	-480.000	350.000
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	-683.100	-401.400	422.800
0	383.100	101.400	-722.800

Die einzelnen vorgenommenen Änderungen innerhalb der Produkte, sind den Änderungslisten zu entnehmen.

Gegenüberstellung Planung 2021 mit Ergänzungsbeschluss 2021

TH 90 Zentrale Finanzdienstleistungen

PRODUKTE

61101 Steuern
61103 Allgemeine Zuweisungen und Umlagen
61201 Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft

ERGEBNISHAUSHALT

Nr.	Kto.	Bezeichnung	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Haushaltsplan nach BÜ-Beschluss am 29.4 und 17.6.2020						
1	40	+ Steuern und ähnliche Abgaben	237.704.100	246.349.100	251.566.500	259.651.700
2	41	+ Zuwendungen, allgemeine Umlage und sonstige Transfererträge	135.309.600	138.975.100	138.081.400	135.867.500
3	42	+ Erträge der sozialen Sicherung	0	0	0	0
4	43	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0	0	0	0
5	441	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0	0	0	0
6	442	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	0	0
7	45	+ Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0
8	47	+ Zinserträge und sonstige Finanzerträge	1.351.000	1.351.000	1.351.000	1.351.000
9	46	+ Sonstige Erträge	5.000	5.000	5.000	5.000
10		Summe der ordentlichen Erträge (Summe der Nummern 1 bis 9)	374.369.700	386.680.200	391.003.900	396.875.200
11	50	- Personalaufwendungen	0	0	0	0
12	51	- Versorgungsaufwendungen	0	0	0	0
13	52	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	0	0	0	0
14	53	- Abschreibungen	0	0	0	0
15	54	- Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferaufwendungen	8.866.700	9.152.700	9.393.600	9.634.500
16	55	- Aufwendungen der sozialen Sicherung	0	0	0	0
17	57	- Zinsaufwendungen und sonstige Finanzaufwendungen	3.162.000	3.384.200	4.029.300	4.454.400
18	56	- Sonstige Aufwendungen	1.450.000	1.450.000	1.450.000	1.450.000
19		Summe der Aufwendungen (Summe der Nummern 11 bis 18)	13.478.700	13.986.900	14.872.900	15.538.900
20		Jahresergebnis des Teilhaushaltes vor Verrechnung der internen Leistungsbeziehungen und vor Veränderung der Rücklagen (5)	360.891.000	372.693.300	376.131.000	381.336.300

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Änderung nach Ergänzungsvorschlägen für 2021 (Planstufe 1a)			
237.704.100	215.859.600	219.388.400	228.417.200
135.309.600	148.652.200	128.651.600	133.451.600
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
1.351.000	1.351.000	1.351.000	1.351.000
5.000	5.000	5.000	5.000
374.369.700	365.867.800	349.396.000	363.224.800
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
8.866.700	7.240.000	7.530.000	7.850.000
0	0	0	0
3.162.000	2.763.600	3.103.500	3.336.300
1.450.000	1.450.000	1.450.000	1.450.000
13.478.700	11.453.600	12.083.500	12.636.300
360.891.000	354.414.200	337.312.500	350.588.500

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Änderung zum Haushaltsentwurf 2020/2021			
0	-30.489.500	-32.178.100	-31.234.500
0	9.677.100	-9.429.800	-2.415.900
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	-1.912.700	-1.863.600	-1.784.500
0	0	0	0
0	-620.600	-925.800	-1.118.100
0	0	0	0
0	-2.533.300	-2.789.400	-2.902.600
0	-18.279.100	-38.818.500	-30.747.800

FINANZHAUSHALT

Nr.	Kto.	Bezeichnung	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Haushaltsplan nach BÜ-Beschluss am 29.4 und 17.6.2020						
1	60	+ Steuern und ähnliche Abgaben	234.879.100	243.493.100	248.800.500	256.595.700
2	61	+ Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfereinzahlungen	135.309.600	138.975.100	138.081.400	135.867.500
3	62	+ Einzahlungen der sozialen Sicherung	0	0	0	0
4	63	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0	0	0	0
5	641	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0	0	0	0
6	642	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	0	0
7	67	+ Zinseinzahlungen und sonstige Finanzeinzahlungen	1.101.000	1.101.000	1.101.000	1.101.000
8	66	+ Sonstige laufende Einzahlungen	5.000	5.000	5.000	5.000
9		Summe der laufenden Einzahlungen (Summe der Nummern 1 bis 8)	371.294.700	383.574.200	387.987.900	393.569.200
10	70	- Personalauszahlungen	0	0	0	0
11	71	- Versorgungsauszahlungen	0	0	0	0
12	72	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	0	0	0	0
13	74	- Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferauszahlungen	8.866.700	9.152.700	9.393.600	9.634.500
14	75	- Auszahlungen der sozialen Sicherungen	0	0	0	0
15	77	- Zinsauszahlungen und sonstige Finanzauszahlungen	3.171.600	3.396.000	3.872.400	4.276.200
16	76	- Sonstige laufende Auszahlungen	0	0	0	0
17		Summe der laufenden Auszahlungen (Summe der Nummern 10 bis 16)	12.038.300	12.548.700	13.266.000	13.910.700
18		Jahresbezogener Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen (Saldo der Nummern 9 und 17)	359.256.400	371.025.500	374.721.900	379.658.500

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Änderung nach Ergänzungsvorschlägen für 2021 (Planstufe 1a)			
234.879.100	212.680.600	216.076.400	224.986.200
135.309.600	148.652.200	128.651.600	133.451.600
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
1.101.000	1.101.000	1.101.000	1.101.000
5.000	5.000	5.000	5.000
371.294.700	362.438.800	345.834.000	359.543.800
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
8.866.700	7.240.000	7.530.000	7.850.000
0	0	0	0
3.171.600	2.774.900	2.945.600	3.157.100
0	0	0	0
12.038.300	10.014.900	10.475.600	11.007.100
359.256.400	352.423.900	335.358.400	348.536.700

Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Änderung zum Haushaltsentwurf 2020/2021			
0	-30.812.500	-32.724.100	-31.609.500
0	9.677.100	-9.429.800	-2.415.900
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	0	0	0
0	-1.912.700	-1.863.600	-1.784.500
0	0	0	0
0	-621.100	-926.800	-1.119.100
0	0	0	0
0	-2.533.800	-2.790.400	-2.903.600
0	-18.601.600	-39.363.500	-31.121.800

Die einzelnen vorgenommenen Änderungen innerhalb der Produkte, sind den Änderungslisten zu entnehmen.

Gegenüberstellung Planung 2021 mit Ergänzungsbeschluss 2021

TH 99 Bundesgartenschau (Buga)

PRODUKTE

51120 Bundesgartenschau (BUGA) - Fördergebiet "Nördliches Warnowrund"
 54103 Bundesgartenschau (BUGA) - Warnowbrücke
 54104 Bundesgartenschau (BUGA) - Greifenbrücke
 54806 Bundesgartenschau (BUGA) - Stdhafen

55101 Bundesgartenschau (BUGA) - allgemein
 55103 Bundesgartenschau (BUGA) - Modellvorhaben Warnowquartier
 55104 Bundesgartenschau (BUGA) - Fährgberg
 55105 Bundesgartenschau (BUGA) - Hechtgrabenniederung

ERGEBNISHAUSHALT

Nr.	Kto.	Bezeichnung	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Haushaltsplan nach BU-Beschluss am 29.4 und 17.6.2020							Änderung nach Ergänzungsvorschlägen für 2021 (Planstufe 1a)				Veränderung			
1	40	+ Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
2	41	+ Zuwendungen, allgemeine Umlage und sonstige Transfererträge	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
3	42	+ Erträge der sozialen Sicherung	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
4	43	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
5	441	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
6	442	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
7	45	+ Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
8	47	+ Zinserträge und sonstige Finanzerträge	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
9	46	+ Sonstige Erträge	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
10		Summe der ordentlichen Erträge (Summe der Nummern 1 bis 9)	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
11	50	- Personalaufwendungen	550.000	550.000	550.000	550.000	550.000	577.400	577.500	577.500	0	27.400	27.500	27.500
12	51	- Versorgungsaufwendungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
13	52	- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	3.200	153.700	593.700	508.700	3.200	153.700	593.700	508.700	0	0	0	0
14	53	- Abschreibungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
15	54	- Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferaufwendungen	1.500.000	1.500.000	3.000.000	3.000.000	1.500.000	1.500.000	3.000.000	3.000.000	0	0	0	0
16	55	- Aufwendungen der sozialen Sicherung	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
17	57	- Zinsaufwendungen und sonstige Finanzaufwendungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
18	56	- Sonstige Aufwendungen	686.300	527.600	907.200	953.400	686.300	527.600	907.200	953.400	0	0	0	0
19		Summe der Aufwendungen (Summe der Nummern 11 bis 18)	2.739.500	2.731.300	5.050.900	5.012.100	2.739.500	2.758.700	5.078.400	5.039.600	0	27.400	27.500	27.500
20		Jahresergebnis des Teilhaushaltes vor Verrechnung der internen Leistungsbeziehungen und vor Veränderung der Rücklagen	-2.739.500	-2.731.300	-5.050.900	-5.012.100	-2.739.500	-2.758.700	-5.078.400	-5.039.600	0	-27.400	-27.500	-27.500

FINANZHAUSHALT

Nr.	Kto.	Bezeichnung	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Finanzplan 2022	Finanzplan 2023
Haushaltsplan nach BU-Beschluss am 29.4 und 17.6.2020							Änderung nach Ergänzungsvorschlägen für 2021 (Planstufe 1a)				Veränderung			
1	60	+ Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
2	61	+ Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfereinzahlungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
3	62	+ Einzahlungen der sozialen Sicherung	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
4	63	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
5	641	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
6	642	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
7	67	+ Zinseinzahlungen und sonstige Finanzeinzahlungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
8	66	+ Sonstige laufende Einzahlungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
9		Summe der laufenden Einzahlungen (Summe der Nummern 1 bis 8)	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
10	70	- Personalauszahlungen	550.000	550.000	550.000	550.000	550.000	577.400	577.500	577.500	0	27.400	27.500	27.500
11	71	- Versorgungsauszahlungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
12	72	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	3.200	153.700	593.700	508.700	3.200	153.700	593.700	508.700	0	0	0	0
13	74	- Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferauszahlungen	1.500.000	1.500.000	3.000.000	3.000.000	1.500.000	1.500.000	3.000.000	3.000.000	0	0	0	0
14	75	- Auszahlungen der sozialen Sicherungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
15	77	- Zinsauszahlungen und sonstige Finanzauszahlungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
16	76	- Sonstige laufende Auszahlungen	686.300	527.600	907.200	953.400	686.300	527.600	907.200	953.400	0	0	0	0
17		Summe der laufenden Auszahlungen (Summe der Nummern 10 bis 16)	2.739.500	2.731.300	5.050.900	5.012.100	2.739.500	2.758.700	5.078.400	5.039.600	0	27.400	27.500	27.500
18		Jahresbezogener Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen (Saldo der Nummern 9 und 17)	-2.739.500	-2.731.300	-5.050.900	-5.012.100	-2.739.500	-2.758.700	-5.078.400	-5.039.600	0	-27.400	-27.500	-27.500

Die einzelnen vorgenommenen Änderungen innerhalb der Produkte, sind den Änderungslisten zu entnehmen.

Finanzielle Auswirkungen der „Corona COVID-19 – Pandemie“ - Wesentliche Veränderungen

Anlage 1.5 a

Mindereinzahlungen							
	Bezeichnung	IST 2019	Plan 2020	Prognose 2020 (Stand 09/2020)	Plan 2021 bisher	Plan 2021 neu (Ergänzungs- beschluss)	Begründung
1	Gemeindeanteil an der Einkommensteuer einschließlich Anteil am Aufkommen Zinsabschlagsteuer	67.992.000	68.787.800	63.020.300	73.163.900	66.222.800	Die regionalisierte Steuerschätzung vom September 2020 zeigt deutlich das Ausmaß der Corona-bedingten Steuerverluste auch für Länder und Kommunen. Aufbauend auf die prognostizierten Steuereinnahmen 2020 der HRO werden die HH-Ansätze 2021-2023 angepasst. Da für den Planungszeitraum geringere Einzahlungen geplant werden, reduziert sich die Gewerbesteuerumlage entsprechend.
2	Gewerbesteuer nach Ertrag	108.552.000	117.800.000	87.000.000	121.600.000	96.127.000	
gesamt:					194.763.900	162.349.800	
2021 Differenz Neu zu bisher:						-32.414.100	

Mehrauszahlungen							
	Bezeichnung	IST 2019	Plan 2020	Prognose 2020 (Stand 09/2020)	Plan 2021 bisher	Plan 2021 neu (Ergänzungs- beschluss)	Begründung
1	inRostock GMBH Messen, Kongress&Events	3.000.000	4.300.000	5.000.000	3.000.000	4.800.000	Mit Berichterstattung der Gesellschaft zur Erfüllung des Wirtschaftsplanes 2020 und unter Einschätzung des Buchungs- und Vertragsstand für das Geschäftsjahr 2021, ist aufgrund vieler ungeklärter Fragen bis hin zur Aufhebung der Verfügung des Verbots zur Durchführung von Großveranstaltungen durch die Bundes- und Landesregierung, welches zum gegebenen Zeitpunkt noch nicht absehbar ist, auch für das Jahr 2021 von einem erhöhten Zuschussbedarf auszugehen. Aufgrund der Tatsache, dass eine heute genannte Zahl an auszufallenden Events, morgen bestimmt schon wieder nicht mehr vollständig ist, ist mit Stand heute davon auszugehen, dass in beiden Veranstaltungshäusern im Jahr 2021 ebenfalls sehr umsatzstarke Großveranstaltungen wie bspw. GTM, Shows von Cavalluna und Holiday on Ice, zahlreiche Konzerte, Messen und Bälle, die bereits aus der Planung 2021 gestrichen wurden und somit starke Umsatzeinbuße zur Folge haben werden. Entsprechend dem derzeitigen Planungsstand der Veranstaltungen für das Wirtschaftsjahr 2021 sowie unter Berücksichtigung der derzeit für das Wirtschaftsjahr 2020 prognostizierten Jahresergebnis der Gesellschaft, ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt davon auszugehen, dass auch im Wirtschaftsjahr 2021 zum jetzigen Zeitpunkt ein erhöhter Zuschussbedarf um 1.800 TEUR für die Gesellschaft in der Planung 2021 der HRO als worst-Case-Szenarium anzusetzen ist.
2	Anschaffung von medizinischem Bedarf - Mittel, Stoffe und Verbrauchsmittel Corona für die Schulen	0	100.000	100.000	0	208.800	Aufgrund der notwendigen Umsetzung des Hygieneplans an den Schulen muss Seife etc. für erhöhte Hygienemaßnahmen zur Verfügung gestellt werden, sowie Einmalmasken, Faceshields als Verbrauchsmaterial
3	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	6.351.000	6.552.800	6.810.200	6.784.100	7.622.400	Coronabedingte Mehrauszahlungen bei der Reinigung in Höhe von rund 490.000 Euro sowie weitere Kostensteigerungen
4	Leistungen für Unterkunft und Heizung (§§ 22, 27 SGB II) - Leistungsbeteiligung bei Kosten für Unterkunft und Heizung nach § 22 Abs. 1	42.809.900	38.394.900	41.691.300	36.979.200	41.731.200	Für das Haushaltsjahr 2021 wurden mit der Haushaltsplanung 9.800 BG mit monatlichen Durchschnittskosten in Höhe von 320 EUR je BG definiert. Durch die unvorhersehbare Ausbreitung von Covid19 samt dessen Folgen, konnte sich die bisher positiv fortlaufende Entwicklung der Anzahl der BG nicht fortsetzen. Standen im März 2020 zum Beginn der Pandemie noch 10.682 BGs im Leistungsbezug sind es im August 2020 11.059 BGs. Auch die avisierten durchschnittlichen Kosten je BG erhöhten sich in dem genannten Zeitraum von 319 EUR auf 322 EUR. Ab 2022 wird damit gerechnet, dass die BG sich wieder rückläufig entwickeln.
gesamt:					46.763.300	54.362.400	
2021 Differenz Neu zu bisher:						7.599.100	

Unterstützungsleistungen							
	Bezeichnung	IST 2019	Plan 2020	Prognose 2020 (Stand 09/2020)	Plan 2021 bisher	Plan 2021 neu (Ergänzungs- beschluss)	Begründung
1	Bundesbeteiligung nach § 46 SGB II - Leistungsbeteiligung bei Kosten für Unterkunft und Heizung an Arbeitssuchende	14.697.400	12.762.000	24.254.100	11.736.700	25.579.900	In Umsetzung des Konjunktur- und Krisenbewältigungspaket des Bundes wird die Leistungsbeteiligung des Bundes dauerhaft um weitere 25% erhöht.
2	Bundesbeteiligung nach § 46 SGB II - Beteiligung des Bundes für Bildung und Teilhabe nach § 46 Abs. 5	3.692.800	3.269.600	3.751.500	3.149.000	3.755.100	
3	Sonstige allgemeine Zuweisungen vom Land - Gewerbesteuerkompensation	0	0	0	0	10.000.000	Infolge der Corona-Pandemie sind erheblich Steuerausfälle auf allen Ebenen zu verzeichnen. Der Rückgang der Steuereinnahmen würde bedeuten, dass ohne weitere Hilfen von Bund und Land die Finanzausgleichsleistungen im Jahr 2021 zurückgingen. Das Land stellt für 2021 den Städten und Gemeinden M-V unter Einbeziehung der Bundesmittel eine pauschale Kompensation von 67 Mio. EUR für Gewerbesteuerausfälle bereit. Der Anteil der HRO daran wird mit ca. 10 Mio. EUR eingeschätzt.
gesamt:					14.885.700	39.335.000	
2021 Differenz Neu zu bisher:						24.449.300	

Änderungsliste - Verwaltungstätigkeit TH

lfd. Nr.	Produkt	Konto	Bezeichnung	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz
				2021			2022			2023		
Auswirkungen auf den Ergebnishaushalt												
1.	11114	52490070	Herstellung, Ankauf und Verbreitung von Informationsmaterial	15.000	10.000	25.000	15.000	0	15.000	15.000	0	15.000
	11114	56290010	Sonstige Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten durch Dritte	95.000	10.000	105.000	95.000	0	105.000	95.000	0	105.000
			Summe Veränderungen Aufwendungen		20.000			0			0	
			Begründung	Auf Grund der Corona Pandemie finden die Sitzungen der Bürgerschaft in der Stadthalle statt. Die Bürgerschaft hat daher am 17.06.2020 den Beschluss 2020/AN/0977 "Livestream (Bild und Ton) von Bürgerschaftssitzungen" beschlossen. Für Stadtkampagnen mit Hygienehinweisen, Herstellung von entsprechenden Citylightpostern im Zusammenhang mit der Corona Pandemie wird ein entsprechender Mehrbedarf angezeigt.								
2.	12102	52323010	Bewirtschaftung der Gebäude - Reinigungsaufwendungen	10.000	30.000	40.000						
	12102	52490050	Sonstige Sachaufwendungen	100	34.500	34.600						
	12102	56210016	Mieten und Pachten - Wahlen	15.000	30.000	45.000						
	12102	56310020	Bürobedarf	4.000	2.400	6.400						
	12102	56380000	Transportkosten	60.000	20.000	80.000						
			Summe Veränderungen Aufwendungen		116.900			0			0	
			Begründung	Im HH-Jahr 2021 sind die Wahlen zum 20. Deutschen Bundestag und des 8. Landtags von M-V vorzubereiten und durchzuführen. Nach derzeitigem Stand sind aufgrund der Corona-Pandemie, insbesondere in den Wahlräumen, Schutz- und Hygienemaßnahmen gemäß Corona-LVO-MV in ihrer jeweils gültigen Fassung in Verbindung mit den Hinweisen zur Durchführung von Wahlen während der Corona-Pandemie des Ministeriums für Inneres und Europa vom 01.09.2020 umzusetzen. Für die Absicherung wird ein Mehrbedarf von insgesamt 116.900 EUR benötigt, der im HHP 2021 zu berücksichtigen ist.								
3.	11404	56243010	Datenverarbeitung- Unterhaltung Software, Update	754.000	12.000	766.000	704.000	12.000	716.000	704.000	12.000	716.000
			Summe Veränderungen Aufwendungen		12.000			12.000			12.000	
			Begründung	Es ist beabsichtigt noch im HH Jahr 2020, ein E-Learning-Tool in der Stadtverwaltung Rostock bei der Einführung der E-Akte einzusetzen. Perspektivisch kann durch die Nutzung des Tools durch die Mitarbeiter/innen der erste Schulungstag als Präsenzveranstaltung eingespart werden und damit die freigesetzten Ressourcen für den schnelleren Rollout der E-Sachakte eingesetzt werden. Die Einführung der E-Akte ist eine gesetzlich verpflichtende Aufgabe gemäß E-GovG. Notwendig sind 2 Komponenten: ein LMS-Learning-Management-System (als Mietmodell für ca. 1.700 Nutzer geschätzte Kosten in 2020 16.700 €) und ein Autorentool (als Mietmodell mit einer Lizenz ca. 1.000 €/ Monat ab 2021). Die strategische Ausrichtung beim Rollout der elektronischen Akte wurde im Frühjahr 2020 auf Grund aktueller Anforderungen überarbeitet und neu festgelegt. Danach liegt der Schwerpunkt auf einer schnellen vollständigen Anbindung der Verwaltung mit der E-Sachakte im Aktenplan. Bedingt durch die Corona-Pandemie wurde die Notwendigkeit der mobilen Arbeitsweise der Mitarbeiter der Stadtverwaltung Rostock deutlich. Die Arbeit mit der elektronischen Akte stellt eine Basis für mobiles Arbeiten dar.								
4.	11104	56210010	Mieten und Pachten	0	80.000	80.000			0			0
			Summe Veränderungen Aufwendungen		80.000			0			0	

lfd. Nr.	Produkt	Konto	Bezeichnung	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz
				2021			2022			2023		
Begründung				Die Bürgerschaft kann wegen der Corona-Schutz-Verordnung des Landes Mecklenburg-Vorpommern weiterhin nur unter Einhaltung des Abstandes von 1,5 m zwischen Personen tagen. Dieser Abstand kann im Bürgerschaftssaal nicht gewährleistet werden. Daher sollen die Sitzungen in der Stadthalle stattfinden. Die Kosten belaufen sich auf ca. 8.000 Euro (inkl. Technik., Ordner etc.) pro Sitzung.								
5.	12101	52490051	Sonstige Sachaufwendungen Zensus	59.000	-39.100	19.900	19.900	39.100	59.000	0	19.900	19.900
	12101	56131012	Reise- und Fahrkosten Zensus	23.500	-15.000	8.500	8.500	15.000	23.500	0	8.500	8.500
	12101	56310021	Bürobedarf Zensus	10.000	-7.000	3.000	1.100	8.900	10.000	0	1.100	1.100
	12101	56310041	EDV- Material für den Verwaltungsbedarf Zensus	3.200	-600	2.600	1.100	2.100	3.200	0	1.100	1.100
	12101	56331001	Porto Zensus	26.700	-20.300	6.400	6.600	20.100	26.700	0	6.600	6.600
Summe Veränderungen Aufwendungen				-82.000			85.200			37.200		
	12101	44242010	Kostenerstattungen und kostenumlagen vom Land - Zensus	350.000	-260.000	90.000	90.000	260.000	350.000	0	90.000	90.000
Summe Veränderungen Erträge				-260.000			260.000			90.000		
Begründung				Die Durchführung des Zensus wird um 1 Jahr verschoben.								
6.	57303	54110000	inRostock GMBH Messen, Kongress&Events	3.000.000	1.800.000	4.800.000	3.000.000	0	3.000.000	3.000.000	0	3.000.000
Summe Veränderungen Aufwendungen				1.800.000			0			0		
Begründung				Mit Berichterstattung der Gesellschaft zur Erfüllung des Wirtschaftsplanes 2020 und unter Einschätzung des Buchungs- und Vertragsstand für das Geschäftsjahr 2021, ist aufgrund vieler ungeklärter Fragen bis hin zur Aufhebung der Verfügung des Verbots zur Durchführung von Großveranstaltungen durch die Bundes- und Landesregierung, welches zum gegebenen Zeitpunkt noch nicht absehbar ist, auch für das Jahr 2021 von einem erhöhten Zuschussbedarf auszugehen. Aufgrund der Tatsache, dass eine heute genannte Zahl an auszufallenden Events, morgen bestimmt schon wieder nicht mehr vollständig ist, ist mit Stand heute davon auszugehen, dass in beiden Veranstaltungshäusern im Jahr 2021 ebenfalls sehr umsatzstarke Großveranstaltungen wie bspw. GTM, Shows von Cavalluna und Holiday on Ice, zahlreiche Konzerte, Messen und Bälle, die bereits aus der Planung 2021 gestrichen wurden und somit starke Umsatzeinbuße zur Folge haben werden. Entsprechend dem derzeitigen Planungsstand der Veranstaltungen für das Wirtschaftsjahr 2021 sowie unter Berücksichtigung der derzeit für das Wirtschaftsjahr 2020 prognostizierten Jahresergebnis der Gesellschaft, ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt davon auszugehen, dass auch im Wirtschaftsjahr 2021 zum jetzigen Zeitpunkt ein erhöhter Zuschussbedarf um 1.800 TEUR für die Gesellschaft in der Planung 2021 der HRO als worst-Case-Szenarium anzusetzen ist.								
7.	62302	57310000	Eigenbetrieb Tourismuszentrale Rostock & Warnemünde	1.559.800	1.373.200	2.933.000	1.559.800	0	1.559.800	1.559.800	0	1.559.800
Summe Veränderungen Aufwendungen				1.373.200			0			0		
Begründung				coronabedingte Abhängigkeit, fehlende Kurabgabe und Parkplatzentgelte, Absagen von geplanten Veranstaltungen, erhöhte Aufwendungen für Großveranstaltungen, Hygienekonzepte, Verkehrssicherheitskonzeptionen, nach wie vor höhere Aufwendungen zur Beseitigung von Sturmschäden								
8.	12202	56290010	Sonstige Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten - Aufwendungen für Dienstleistungen durch Dritte	25.000	146.200	171.200	25.000		25.000	25.000		25.000
	12201	52290060	Sonstige Bewirtschaftungskosten	6.500	20.000	26.500	6.500		6.500	6.500		6.500
	12203	52290060	Sonstige Bewirtschaftungskosten	0	17.700	17.700	0		0	0		0
	12204	52290060	Sonstige Bewirtschaftungskosten	6.300	20.000	26.300	6.300		6.300	6.300		6.300

lfd. Nr.	Produkt	Konto	Bezeichnung	HHPE	Veränderung um	neuer Haushaltsansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushaltsansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushaltsansatz
				2021			2022			2023		
	12304	52290060	Sonstige Bewirtschaftungskosten	12.500	20.000	32.500	12.500		12.500	12.500		12.500
			Summe Veränderungen Aufwendungen		223.900			0			0	
			Begründung	Im Bereich Einwohner und Meldewesen Produkt 12202 kommt es zu enormen Auswirkungen aufgrund der COVID-19-Pandemie. Die Ortsämter können laut Auskunft der Ortsamtsleiter ihren Dienstbetrieb nur aufrechterhalten, wenn Sicherheitsdienste die Abstands- und Hygienemaßnahmen kontrollieren und die Besucherströme steuern. So müssen fünf Ortsämter während der gesamten Öffnungszeiten sowie kurz davor und danach von 1-2 Sicherheitskräften betreut werden. Für den Einsatz eines Fahrradkurierdienstes für die Auslieferung von Ausweisdokumenten werden 25.000 EUR geplant. In den Bereichen Ordnungsangelegenheiten 12201, Personenstandswesen 12203, Gewerbeangelegenheiten 12204 und Verkehrsangelegenheiten 12304 kommt es ebenfalls zu Mehraufwendungen für Sicherheitsdienstleistungen in Gebäuden die das Stadtamt nutzt. Das zusätzliche Sicherheitspersonal ist für die Aufrechterhaltung des Dienstbetriebes unerlässlich. So müssen Abstands- und Hygienemaßnahmen kontrolliert werden. Es wird geprüft, ob die Bürgerinnen und Bürger, wie gefordert, Termine vereinbart haben. Anschließend werden ihnen Sitzplätze zugewiesen. Da die Diensträume nicht gesondert gesichert sind, kontrollieren die Sicherheitsdienste, dass Bürgerinnen und Bürger nicht unaufgefordert Büros betreten.								
9.	12800	56290010	Aufwendungen für Dienstleistungen durch Dritte	8.100	25.000	33.100	54.000		54.000	54.000		54.000
			Summe Veränderungen Aufwendungen		25.000			0			0	
			Begründung	Im Mai 2020 sollte die 15. Internationale Krisenmanagementkonferenz in Rostock stattfinden. Auf Grund von Corona fand die Konferenz im Jahr 2020 nicht statt und wird in das Jahr 2021 verschoben. Für die Ausrichtung der Konferenz im Jahr 2021 werden einmalig 25.000 EUR zu veranschlagt.								
10.	20101	52440010	Anschaffung von medizinischem Bedarf - Mittel, Stoffe und Verbrauchsmittel Corona	0	208.800	208.800	0	0	0	0	0	0
			Summe Veränderungen Aufwendungen		208.800			0			0	
			Begründung	Aufgrund der notwendigen Umsetzung des Hygieneplans an den Schulen muss Seife etc. für erhöhte Hygienemaßnahmen zur Verfügung gestellt werden, sowie Einmalmasken, Faceshields als Verbrauchsmaterial								
11.	21105	52322000	Bewirtschaftung der Außenanlagen - Grünschnitt und Grünpflege Reinigungsaufwendungen	0	3.000	3.000						
	21110	52322000	Bewirtschaftung der Außenanlagen - Grünschnitt und Grünpflege Reinigungsaufwendungen	0	3.000	3.000						
	21113	52322000	Bewirtschaftung der Außenanlagen - Grünschnitt und Grünpflege Reinigungsaufwendungen	0	3.000	3.000						
	21116	52322000	Bewirtschaftung der Außenanlagen - Grünschnitt und Grünpflege Reinigungsaufwendungen	0	3.000	3.000						
	21504	52322000	Bewirtschaftung der Außenanlagen - Grünschnitt und Grünpflege Reinigungsaufwendungen	0	3.000	3.000						
	21706	52322000	Bewirtschaftung der Außenanlagen - Grünschnitt und Grünpflege Reinigungsaufwendungen	0	3.000	3.000						
	21802	52322000	Bewirtschaftung der Außenanlagen - Grünschnitt und Grünpflege Reinigungsaufwendungen	0	3.000	3.000						
	22104	52322000	Bewirtschaftung der Außenanlagen - Grünschnitt und Grünpflege Reinigungsaufwendungen	0	3.000	3.000						
	22107	52322000	Bewirtschaftung der Außenanlagen - Grünschnitt und Grünpflege Reinigungsaufwendungen	0	3.000	3.000						

lfd. Nr.	Produkt	Konto	Bezeichnung	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz
				2021			2022			2023		
	23103	52322000	Bewirtschaftung der Außenanlagen - Grünschnitt und Grünpflege Reinigungsaufwendungen	0	3.000	3.000						
			Summe Veränderungen Aufwendungen		30.000			0			0	
			Begründung	Im Rahmen der Erfüllung des Hygieneplanes in den Schulen wurden die Aufträge der Reinigungsfirmen erweitert. Ein Teil der notwendigen Maßnahmen wurden jedoch nicht fremdvergeben, sondern werden tagtäglich durch die Hausmeister erfüllt, um Kosten zu sparen und die Umsetzung des Hygieneplans sicherzustellen. Diese können ihre originäre Aufgaben (Pflege der Außenanlagen) nicht mehr wahrnehmen. Aus diesem Grund ist es notwendig, für diese 10 Schulen einen Dritten (Fremdvergabe) zur Erfüllung der Pflege der Außenanlagen zu beauftragen.								

12.	42401	52323010	Bewirtschaftung der Gebäude - Reinigungsaufwendungen	2.000	23.200	25.200	6.000	-1.800	4.200	6.000	-1.800	4.200
	42402	52323010	Bewirtschaftung der Gebäude - Reinigungsaufwendungen	800	9.300	10.100	2.000	-600	1.400	2.000	-600	1.400
			Summe Veränderungen Aufwendungen		32.500			-2.400			-2.400	
			Begründung	Mittel für Selbstreinigung / Hygieneartikel / Reinigung / Nachtrag Sonderreinigung								

13.	21102	52290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	76.300	12.700	89.000	76.300	9.500	85.800	76.300	13.800	90.100
	21103	52290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	93.900	15.900	109.800	93.900	13.800	107.700	93.900	19.100	113.000
	21104	52290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	90.000	7.400	97.400	90.000	4.800	94.800	90.000	9.500	99.500
	21105	52290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	92.500	11.900	104.400	92.500	8.700	101.200	92.500	13.800	106.300
	21106	52290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	91.600	28.600	120.200	91.600	29.000	120.600	91.600	35.000	126.600
	21107	52290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	60.000	17.500	77.500	60.000	16.100	76.100	60.000	19.900	79.900
	21108	52290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	101.400	7.700	109.100	101.400	5.300	106.700	101.400	10.700	112.100
	21109	52290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	100.300	22.000	122.300	100.300	20.100	120.400	100.300	26.200	126.500
	21110	52290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	136.800	5.600	142.400	136.800	5.700	142.500	136.800	12.800	149.600
	21111	52290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	67.600	5.300	72.900	67.600	5.200	72.800	67.600	8.900	76.500
	21112	52290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	84.600	13.300	97.900	84.600	12.700	97.300	84.600	17.600	102.200
	21113	52290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	146.300	15.100	161.400	146.300	11.600	157.900	146.300	19.500	165.800
	21114	52290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	59.000	2.200	61.200	59.000	2.900	61.900	59.000	6.000	65.000
	21115	52290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	129.100	14.700	143.800	129.100	7.900	137.000	129.100	14.800	143.900
	21116	52290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	67.900	5.600	73.500	67.900	4.500	72.400	67.900	8.100	76.000
	21117	52290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	105.900	10.200	116.100	105.900	5.600	111.500	105.900	11.100	117.000
	21118	52290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	89.900	10.200	100.100	89.900	4.800	94.700	89.900	9.500	99.400
	21119	52290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	102.500	9.900	112.400	102.500	4.800	107.300	102.500	10.200	112.700
	21502	52290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	106.200	7.500	113.700	106.200	5.700	111.900	106.200	11.300	117.500
	21503	52290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	97.200	13.300	110.500	97.200	-86.500	10.700	97.200	15.100	112.300
	21504	52290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	147.600	17.200	164.800	147.600	12.200	159.800	147.600	20.200	167.800
	21505	52290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	113.400	20.600	134.000	113.400	16.000	129.400	113.400	22.500	135.900
	21506	52290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	116.500	11.900	128.400	116.500	10.100	126.600	116.500	16.500	133.000
	21507	52290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	96.300	13.100	109.400	96.300	5.800	102.100	96.300	10.900	107.200
	21702	52290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	114.900	29.200	144.100	114.900	26.000	140.900	114.900	32.900	147.800
	21703	52290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	31.400	3.500	34.900	31.400	2.100	33.500	31.400	3.800	35.200
	21704	52290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	197.200	15.700	212.900	197.200	14.600	211.800	197.200	25.200	222.400
	21705	52290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	315.700	34.400	350.100	315.700	22.900	338.600	315.700	39.800	355.500
	21706	52290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	222.400	17.000	239.400	222.400	9.500	231.900	222.400	21.100	243.500
	21802	52290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	218.700	37.500	256.200	218.700	34.600	253.300	218.700	47.300	266.000
	21803	52290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	284.600	49.400	334.000	284.600	42.700	327.300	284.600	59.000	343.600
	21805	52290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	321.500	34.800	356.300	321.500	30.900	352.400	321.500	48.600	370.100
	21806	52290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	209.500	18.700	228.200	209.500	15.000	224.500	209.500	26.300	235.800

lfd. Nr.	Produkt	Konto	Bezeichnung	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz
				2021			2022			2023		
	21807	52290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	286.500	23.200	309.700	286.500	16.900	303.400	286.500	32.000	318.500
	22102	52290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	49.100	2.500	51.600	49.100	2.600	51.700	49.100	5.200	54.300
	22103	52290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	129.500	17.700	147.200	129.500	19.200	148.700	129.500	26.600	156.100
	22104	52290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	147.400	34.000	181.400	147.400	35.300	182.700	147.400	44.400	191.800
	22105	52290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	112.000	17.800	129.800	112.000	13.900	125.900	112.000	20.200	132.200
	22106	52290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	131.100	25.300	156.400	131.100	22.900	154.000	131.100	30.600	161.700
	22107	52290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	314.100	19.700	333.800	314.100	17.600	331.700	314.100	34.200	348.300
	23103	52290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	386.100	50.300	436.400	386.100	49.600	435.700	386.100	71.400	457.500
	23104	52290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	220.300	45.300	265.600	220.300	39.300	259.600	220.300	52.200	272.500
	23106	52290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	217.800	31.600	249.400	217.800	29.000	246.800	217.800	41.300	259.100
	23108	52290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	501.500	31.300	532.800	501.500	26.500	528.000	501.500	52.900	554.400
			Summe Veränderungen Aufwendungen		838.300			607.400			1.078.000	
			Begründung	Coronabedingte Mehraufwendungen bei der Reinigung in Höhe von rund 490.000 Euro sowie weitere Kostensteigerungen								

14.	21102	52440060	Werkstättenbedarf	100	100	200	100	0	100	100	0	100
	21103	52440060	Werkstättenbedarf	200	100	300	200	0	200	200	0	200
	21104	52440060	Werkstättenbedarf	200	100	300	200	0	200	200	0	200
	21105	52440060	Werkstättenbedarf	100	100	200	100	0	100	100	0	100
	21106	52440060	Werkstättenbedarf	200	100	300	200	0	200	200	0	200
	21107	52440060	Werkstättenbedarf	200	100	300	200	0	200	200	0	200
	21108	52440060	Werkstättenbedarf	200	100	300	200	0	200	200	0	200
	21109	52440060	Werkstättenbedarf	200	100	300	200	0	200	200	0	200
	21110	52440060	Werkstättenbedarf	200	100	300	200	0	200	200	0	200
	21111	52440060	Werkstättenbedarf	300	100	400	300	0	300	300	0	300
	21112	52440060	Werkstättenbedarf	100	100	200	100	0	100	100	0	100
	21113	52440060	Werkstättenbedarf	100	100	200	100	0	100	100	0	100
	21114	52440060	Werkstättenbedarf	200	100	300	200	0	200	200	0	200
	21115	52440060	Werkstättenbedarf	200	100	300	200	0	200	200	0	200
	21116	52440060	Werkstättenbedarf	200	100	300	200	0	200	200	0	200
	21117	52440060	Werkstättenbedarf	200	100	300	200	0	200	200	0	200
	21118	52440060	Werkstättenbedarf	100	100	200	100	0	100	100	0	100
	21119	52440060	Werkstättenbedarf	300	100	400	300	0	300	300	0	300
	21502	52440060	Werkstättenbedarf	300	100	400	300	0	300	300	0	300
	21503	52440060	Werkstättenbedarf	200	100	300	200	0	200	200	0	200
	21504	52440060	Werkstättenbedarf	300	100	400	300	0	300	300	0	300
	21505	52440060	Werkstättenbedarf	100	100	200	100	0	100	100	0	100
	21506	52440060	Werkstättenbedarf	200	100	300	200	0	200	200	0	200
	21507	52440060	Werkstättenbedarf	300	100	400	300	0	300	300	0	300
	21702	52440060	Werkstättenbedarf	100	100	200	100	0	100	100	0	100
	21703	52440060	Werkstättenbedarf	100	100	200	100	0	100	100	0	100
	21704	52440060	Werkstättenbedarf	500	100	600	500	0	500	500	0	500
	21705	52440060	Werkstättenbedarf	300	100	400	300	0	300	300	0	300
	21706	52440060	Werkstättenbedarf	200	100	300	200	0	200	200	0	200
	21802	52440060	Werkstättenbedarf	100	100	200	100	0	100	100	0	100
	21803	52440060	Werkstättenbedarf	700	100	800	700	0	700	700	0	700
	21805	52440060	Werkstättenbedarf	200	100	300	200	0	200	200	0	200
	21806	52440060	Werkstättenbedarf	400	100	500	400	0	400	400	0	400
	21807	52440060	Werkstättenbedarf	300	100	400	300	0	300	300	0	300
	22102	52440060	Werkstättenbedarf	200	100	300	200	0	200	200	0	200
	22103	52440060	Werkstättenbedarf	600	100	700	600	0	600	600	0	600

lfd. Nr.	Produkt	Konto	Bezeichnung	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz
				2021			2022			2023		
	22104	52440060	Werkstättenbedarf	100	100	200	100	0	100	100	0	100
	22105	52440060	Werkstättenbedarf	500	100	600	400	0	400	400	0	400
	22106	52440060	Werkstättenbedarf	200	100	300	200	0	200	200	0	200
	22107	52440060	Werkstättenbedarf	200	100	300	200	0	200	200	0	200
	23103	52440060	Werkstättenbedarf	800	100	900	800	0	800	800	0	800
	23104	52440060	Werkstättenbedarf	200	100	300	200	0	200	200	0	200
	23106	52440060	Werkstättenbedarf	1.000	100	1.100	1.000	0	1.000	1.000	0	1.000
	23108	52440060	Werkstättenbedarf	600	100	700	600	0	600	600	0	600
			Summe Veränderungen Aufwendungen		4.400			0			0	
			Begründung	Ein erhöhter Werkstattbedarf erklärt sich aus den Maßnahmen, die aufgrund der Corona-Regelungen zu erbringen sind. Hier sind z. B. der Spuckschutz (Plexiglasscheiben) für die Sekretärinnen, Einbahnstraßenregelungen auf Weisung der Schulleitungen (Klebeband, Indoorpöller,...) sowie weitere Maßnahmen, wie die Einführung von Fiebermessen zu benennen.								
15.	20101	52520000	Kostenerstattungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	236.000	193.000	429.000	236.000	0	236.000	236.000	0	236.000
			Summe Veränderungen Aufwendungen		193.000			0			0	
			Begründung	Ergebnis der Beratung vom 17.09.2020 nach Vorlage des fortgeschriebenen WP der WIRO --> coronabedingte Ausfälle bei der turnusmäßigen Vermietung								
16.	20101	56243020	Datenverarbeitung - Unterhaltung Software, Update - Wartung	108.000	12.400	120.400	108.000	14.000	122.000	108.000	14.000	122.000
			Summe Veränderungen Aufwendungen		12.400			14.000			14.000	
			Begründung	jährliche Erhöhung WinSchool incl. Onlineanmeldung Schulen wg. Corona - Wartung 2.000 Euro 2021, ab 2022 Beschaffung weiterer Lizenzen; Pflege + Wartung aus coronabedingten Sofortprogramm (6.684,50 Euro jährlich 10.950,21 Euro aller 3 Jahre --> ARAP)								
17.	42401	56150010	Aufwendungen für Dienst- und Schutzkleidung	4.000	4.600	8.600	4.000		4.000	4.000	-3.400	600
	42402	56150010	Aufwendungen für Dienst- und Schutzkleidung	2.000	2.300	4.300	2.000		2.000	2.000	-1.700	300
			Summe Veränderungen Aufwendungen		6.900			0			-5.100	
			Begründung	Coronabedingte Mehraufwendungen für Masken 2021, Ausstattung Hallenwarte alle 2 Jahre, wieder in 2022 ('Die Pflicht des Arbeitgebers zur Bereitstellung persönlicher Schutzausrüstungen ergibt sich sowohl aus dem Arbeitsschutzgesetz §3 als auch aus der PSA-Benutzungsverordnung §2 (siehe Anhang)) OE 40 benötigt andere Masken, als vom Gesundheitsamt zur Verfügung gestellt werden. Es sind filtrierende Halbmasken (mindestens FFP2 oder vergleichbar [6]) als persönliche Schutzausrüstung erforderlich.								
18.	42102	54190050	Zuschüsse an Sonstige Vereine und Verbände - Olympiateam	0	25.000	25.000	0		0	25.000	0	25.000
			Summe Veränderungen Aufwendungen		25.000			0			0	
			Begründung	Durch Pandemie Olympische Spiele in Tokio um ein Jahr verschoben.								

lfd. Nr.	Produkt	Konto	Bezeichnung	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz
				2021			2022			2023		
19.	42403	52323010	Bewirtschaftung der Gebäude - Reinigungsaufwendungen	0	23.800	23.800	0	4.200	4.200	0	4.200	4.200
	42404	52323010	Bewirtschaftung der Gebäude - Reinigungsaufwendungen	0	9.500	9.500	0	600	600	0	600	600
			Summe Veränderungen Aufwendungen		33.300			4.800			4.800	
			Begründung	Anteil OE 41+ Selbstreinigung / Hygieneartikel / Reinigung / Nachtrag Sonderreinigung + Hygieneartikel Corona								
20.	42403	56150010	Aufwendungen für Dienst- und Schutzkleidung	0	52.800	52.800				0	3.400	3.400
	42404	56150010	Aufwendungen für Dienst- und Schutzkleidung	0	26.400	26.400				0	1.700	1.700
			Summe Veränderungen Aufwendungen		79.200			0			5.100	
			Begründung	Anteil OE 41+ Coronabedingte Mehraufwendungen für Masken 2021, Ausstattung Hallenwarte aller 2 Jahre, in 2021 und 2023 ('Die Pflicht des Arbeitgebers zur Bereitstellung persönlicher Schutzausrüstungen ergibt sich sowohl aus dem Arbeitsschutzgesetz §3 als auch aus der PSA-Benutzungsverordnung §2 (siehe Anhang)) OE 41 benötigt andere Masken, als vom Gesundheitsamt zur Verfügung gestellt werden. Es sind filtrierende Halbmasken (mindestens FFP2 oder vergleichbar [6]) als persönliche Schutzausrüstung erforderlich.								
21.	27201	44160000	Eintrittsgelder für kulturelle oder sportliche Veranstaltungen	4.700	-2.200	2.500	4.700	-2.200	2.500			
	27201	44190001	sonstige Verwaltungs- und Betriebseinnahmen	15.000	-3.000	12.000	15.000	-3.000	12.000			
	27201	44190007	sonstige privatrechliche Leistungsentgelte- Münzkopier	2.200	-700	1.500	2.200	-700	1.500			
	27201	44190009	sonstige privatrechliche Leistungsentgelte- Provision Getränke	700	-300	400	700	-300	400			
	27201	44190023	sonstige privatrechliche Leistungsentgelte- gebührenpflichtige Medien	37.000	-10.000	27.000	37.000	-10.000	27.000			
	27201	46220020	Säumniszuschläge, Mahngebühren	15.600	-5.600	10.000	15.000	-5.600	9.400			
			Summe Veränderungen Erträge		-21.800			-21.800			0	
	27201	52370010	Unterhaltung der Betriebs- und Geschäftsausstattung- Kopiertechnik	2.300	-700	1.600	2.300	-700	1.600	2.300	-700	1.600
	27201	52440040	Medizinischer Sachbedarf	100	14.900	15.000	100	100	200	100	100	200
			Summe Veränderungen Aufwendungen		14.200			-600			-600	
			Begründung	Corona bedingte Mindererträge als auch Mehraufwendungen, insbesondere Mehraufwendungen für Hygieneartikel, Mund- und Nasenschutz								
22.	27101	52440000	Laborbedarf, Werkstättenbedarf, Arzneimittel,	100	2.100	2.200	100	0	100	100	0	100
			Summe Veränderungen Aufwendungen		2.100			0			0	
			Begründung	Mehraufwand im Rahmen Pandemiebekämpfung								
23.	28100	54190020	Zuschüsse an Verbände und Vereine	2.976.000	150.000	3.126.000	2.976.000	0	2.976.000	2.976.000	0	2.976.000

lfd. Nr.	Produkt	Konto	Bezeichnung	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz
				2021			2022			2023		
Summe Veränderungen Aufwendungen					150.000			0			0	
Begründung				Wegen der Corona-Pandemie kommt es für viele Kultuträger zu erheblichen Einnahmeausfällen. Dies betrifft sowohl Konzerte oder Lesungen, als auch, aufgrund der Abstandsregeln, verkleinerte Gruppen bei Kursangeboten. Hinzu kommen Mehrausgaben für Hygienemaßnahmen, Anmietung geeigneter Räume für Veranstaltungen, erhöhte Aufwendungen für Hybrid-Veranstaltungen (live und digital). Auch die Zunahme der digitalisierten Veranstaltungsformate verändert nicht nur, sondern erhöht auch den Bedarf an Zuwendungen für die Förderung freier Kultuträger.								
24.	11150	52440040	Verwaltung Amt 50 - Medizinischer Sachbedarf	1.300	11.900	13.200						
	11150	56290010	Verwaltung Amt 50 - Sonstige Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten - Aufwendungen für Dienstleistungen durch Dritte	150.100	2.400	152.500						
Summe Veränderungen Aufwendungen					14.300			0			0	
Begründung				Im Rahmen der fortwährenden Pandemiebekämpfung muss ein erhöhter Bedarf an Desinfektionsmitteln geplant werden. Darüber hinaus sollen im Amt für Jugend, Soziales und Asyl, bei den Arbeitsplätzen mit Bürgerkontakt, zum Schutz der Mitarbeiter*innen, mit entsprechenden Spuck- und Niesschutztrennwände ausgestattet werden. Des Weiteren erhöhen sich die Aufwendungen für die Bewachung in den Dienstgebäuden.								
25.	31201	55210011	Leistungen für Unterkunft und Heizung (§§ 22, 27 SGB II) - Leistungsbeteiligung bei Kosten für Unterkunft und Heizung nach § 22 Abs. 1	36.979.200	4.752.000	41.731.200						
Summe Veränderungen Aufwendungen					4.752.000			0			0	
Begründung				Für das Haushaltsjahr 2021 wurden mit der Haushaltsplanung 9.800 BG mit monatlichen Durchschnittskosten in Höhe von 320 EUR je BG definiert. Durch die unvorhersehbare Ausbreitung von Covid19 samt dessen Folgen, konnte sich die bisher positiv fortlaufende Entwicklung der Anzahl der BG nicht fortsetzen. Standen im März 2020 zum Beginn der Pandemie noch 10.682 BGs im Leistungsbezug sind es im August 2020 11.059 BGs. Auch die avisierten durchschnittlichen Kosten je BG erhöhten sich in dem genannten Zeitraum von 319 EUR auf 322 EUR. Ab 2022 wird damit gerechnet, dass die BG sich wieder rückläufig entwickeln.								
26.	31209	42610000	Bundesbeteiligung nach § 46 SGB II - Leistungsbeteiligung bei Kosten für Unterkunft und Heizung an Arbeitssuchende	11.736.700	13.843.200	25.579.900	13.024.200	11.224.700	24.248.900	13.219.600	9.524.300	22.743.900
	31209	42610010	Bundesbeteiligung nach § 46 SGB II - Beteiligung des Bundes für Bildung und Teilhabe nach § 46 Abs. 5	3.149.000	606.100	3.755.100	3.196.300	181.100	3.377.400	3.244.200	183.800	3.428.000
Summe Veränderungen Erträge					14.449.300			11.405.800			9.708.100	
Begründung				In Umsetzung des Konjunktur- und Krisenbewältigungspaket des Bundes wird die Leistungsbeteiligung des Bundes dauerhaft um weitere 25% erhöht.								
27.	11173	52420010	Verpflegung / Bewirtung	100	2.000	2.100						
Summe Veränderungen Aufwendungen					2.000			0			0	
Begründung				Das Amt für Umwelt- und Klimaschutz hat im Jahr 2020 sein 30 jähriges Bestehen. Da die geplante Veranstaltungen aufgrund der aktuellen Ereignisse nicht stattfinden konnte, ist es geplant diese und auch die Umweltamtsleitertagung der mittelgroßen Städte in der Hanse- und Universitätsstadt im Jahr 2021 nachzuholen.								

lfd. Nr.	Produkt	Konto	Bezeichnung	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz
				2021			2022			2023		
28.	12400	52440050	Labor- und Röntgenbedarf	5.500	1.500	7.000	5.500	1.500	7.000	5.500	1.500	7.000
Summe Veränderungen Aufwendungen					1.500			1.500			1.500	
Begründung				Mehraufwand im Rahmen Pandemiebekämpfung								

29.	61101	40121000	Grundsteuer B von Fremdschuldern	23.400.000	50.000	23.450.000	23.500.000	50.000	23.550.000	23.700.000	50.000	23.750.000
	61101	40131000	Gewerbesteuer nach Ertrag	124.100.000	-25.000.000	99.100.000	127.300.000	-24.100.000	103.200.000	130.700.000	-23.200.000	107.500.000
	61101	40210000	Gemeindeanteil an derEinkommensteuer einschließlich Anteil am Aufkommen Zinsabschlagsteuer	73.163.900	-6.941.100	66.222.800	76.962.000	-8.323.300	68.638.700	81.041.400	-8.281.500	72.759.900
	61101	40220000	Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	21.955.300	1.301.600	23.256.900	20.254.600	95.200	20.349.800	20.640.400	97.000	20.737.400
	61101	41320400	Zuweisung des Gemeindeanteils an der Spielbankabgabe	0	90.000	90.000	0	90.000	90.000	0	90.000	90.000
	61101	40340000	Zweitwohnungssteuer	860.000	100.000	960.000	880.000	100.000	980.000	900.000	100.000	1.000.000
	Summe Veränderungen Erträge				-30.399.500			-32.088.100			-31.144.500	
61101	54310000	Gewerbesteuerumlage	9.152.700	-1.912.700	7.240.000	9.393.600	-1.863.600	7.530.000	9.634.500	-1.784.500	7.850.000	
Summe Veränderungen Aufwendungen				-1.912.700			-1.863.600			-1.784.500		
Begründung			Die regionalisierte Steuerschätzung vom September 2020 zeigt deutlich das Ausmaß der Corona-bedingten Steuerverluste auch für Länder und Kommunen. Aufbauend auf die prognostizierten Steuereinnahmen 2020 der HRO werden die HH-Ansätze 2021-2023 angepasst. Da für den Planungszeitraum geringere Einzahlungen geplant werden, reduziert sich die Gewerbesteuerumlage entsprechend.									

30.	61103	41320800	Sonstige allgemeine Zuweisungen vom Land - Gewerbesteuerkompensation	0	10.000.000	10.000.000							
Summe Veränderungen Erträge					10.000.000			0				0	
Begründung				Infolge der Corona-Pandemie sind erheblich Steuerausfälle auf allen Ebenen zu verzeichnen. Der Rückgang der Steuereinnahmen würde bedeuten, dass ohne weitere Hilfen von Bund und Land die Finanzausgleichsleistungen im Jahr 2021 zurückgingen. Das Land stellt für 2021 den Städten und Gemeinden M-V unter Einbeziehung der Bundesmittel eine pauschale Kompensation von 67 Mio. EUR für Gewerbesteuerausfälle bereit. Der Anteil der HRO daran wird mit ca. 10 Mio. EUR eingeschätzt.									

Summe Veränderungen Erträge		-6.232.000			-20.444.100			-21.346.400	
Summe Veränderungen Aufwendungen		8.056.200			-1.141.700			-640.000	
Saldo		-14.288.200			-19.302.400			-20.706.400	

lfd. Nr.	Produkt	Konto	Bezeichnung	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz
				2021			2022			2023		

Auswirkungen auf den Finanzhaushalt

1.	11114	72490070	Herstellung, Ankauf und Verbreitung von Informationsmaterial	15.000	10.000	25.000	15.000	0	15.000	15.000	0	15.000
	11114	76290010	Auszahlungen für Dienstleistungen durch Dritte	95.000	10.000	105.000	95.000	0	105.000	95.000	0	105.000
			Summe Veränderungen Auszahlungen		20.000			0			0	
2.	12102	72323010	Bewirtschaftung der Gebäude - Reinigungsaufwendungen	10.000	30.000	40.000						
	12102	72490050	Sonstige Sachaufwendungen	100	34.500	34.600						
	12102	76210016	Mieten und Pachten - Wahlen	15.000	30.000	45.000						
	12102	76310020	Bürobedarf	4.000	2.400	6.400						
	12102	76380000	Transportkosten	60.000	20.000	80.000						
			Summe Veränderungen Auszahlungen		116.900			0			0	
3.	11404	76243010	Datenverarbeitung- Unterhaltung Software, Update	754.000	12.000	766.000	704.000	12.000	716.000	704.000	12.000	716.000
			Summe Veränderungen Auszahlungen		12.000			12.000			12.000	
4.	11104	76210010	Mieten und Pachten 1. HJ	0	80.000	40.000						
			Summe Veränderungen Auszahlungen		80.000			0			0	
5.	12101	72490051	Sonstige Sachaufwendungen Zensus	59.000	-39.100	19.900	19.900	39.100	59.000	0	19.900	19.900
	12101	76131012	Reise- und Fahrkosten Zensus	23.500	-15.000	8.500	8.500	15.000	23.500	0	8.500	8.500
	12101	76310021	Bürobedarf Zensus	10.000	-7.000	3.000	1.100	8.900	10.000	0	1.100	1.100
	12101	76310041	EDV- Material für den Verwaltungsbedarf Zensus	3.200	-600	2.600	1.100	2.100	3.200	0	1.100	1.100
	12101	76331001	Porto Zensus	26.700	-20.300	6.400	6.600	20.100	26.700	0	6.600	6.600
			Summe Veränderungen Auszahlungen		-82.000			85.200			37.200	
	12101	64242010	Kostenerstattungen und kostenumlagen vom Land - Zensus	350.000	-260.000	90.000	90.000	260.000	350.000	0	90.000	90.000
			Summe Veränderungen Einzahlungen		-260.000			260.000			90.000	
6.	57303	74110000	inRostock GMBH Messen, Kongress&Events	3.000.000	1.800.000	4.800.000	3.000.000	0	3.000.000	3.000.000	0	3.000.000
			Summe Veränderungen Auszahlungen		1.800.000			0			0	
7.	62302	77310000	Eigenbetrieb Tourismuszentrale Rostock & Warnemünde	1.559.800	1.373.200	2.933.000	1.559.800	0	1.559.800	1.559.800	0	1.559.800
			Summe Veränderungen Auszahlungen		1.373.200			0			0	
8.	12202	76290010	Sonstige Auszahlungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten - Aufwendungen für Dienstleistungen durch Dritte	25.000	146.200	171.200	25.000		25.000	25.000		25.000
	12201	72290060	Sonstige Bewirtschaftungskosten	6.500	20.000	26.500	6.500		6.500	6.500		6.500
	12203	72290060	Sonstige Bewirtschaftungskosten	0	17.700	17.700	0		0	0		0
	12204	72290060	Sonstige Bewirtschaftungskosten	6.300	20.000	26.300	6.300		6.300	6.300		6.300
	12304	72290060	Sonstige Bewirtschaftungskosten	12.500	20.000	32.500	12.500		12.500	12.500		12.500
			Summe Veränderungen Auszahlungen		223.900			0			0	

lfd. Nr.	Produkt	Konto	Bezeichnung	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz
				2021			2022			2023		
9.	12800	76290010	Auszahlungen für Dienstleistungen durch Dritte	8.100	25.000	33.100						
			Summe Veränderungen Auszahlungen		25.000		0			0		
10.	20101	72440010	Anschaffung von medizinischem Bedarf - Mittel, Stoffe und Verbrauchsmittel Corona	0	208.800	208.800	0	0	0	0	0	0
			Summe Veränderungen Auszahlungen		208.800		0			0		
11.	21105	72322000	Bewirtschaftung der Außenanlagen - Grünschnitt und Grünpflege Reinigungsaufwendungen	0	3.000	3.000						
	21110	72322000	Bewirtschaftung der Außenanlagen - Grünschnitt und Grünpflege Reinigungsaufwendungen	0	3.000	3.000						
	21113	72322000	Bewirtschaftung der Außenanlagen - Grünschnitt und Grünpflege Reinigungsaufwendungen	0	3.000	3.000						
	21116	72322000	Bewirtschaftung der Außenanlagen - Grünschnitt und Grünpflege Reinigungsaufwendungen	0	3.000	3.000						
	21504	72322000	Bewirtschaftung der Außenanlagen - Grünschnitt und Grünpflege Reinigungsaufwendungen	0	3.000	3.000						
	21706	72322000	Bewirtschaftung der Außenanlagen - Grünschnitt und Grünpflege Reinigungsaufwendungen	0	3.000	3.000						
	21802	72322000	Bewirtschaftung der Außenanlagen - Grünschnitt und Grünpflege Reinigungsaufwendungen	0	3.000	3.000						
	22104	72322000	Bewirtschaftung der Außenanlagen - Grünschnitt und Grünpflege Reinigungsaufwendungen	0	3.000	3.000						
	22107	72322000	Bewirtschaftung der Außenanlagen - Grünschnitt und Grünpflege Reinigungsaufwendungen	0	3.000	3.000						
	23103	72322000	Bewirtschaftung der Außenanlagen - Grünschnitt und Grünpflege Reinigungsaufwendungen	0	3.000	3.000						
			Summe Veränderungen Auszahlungen		30.000		0			0		
12.	42401	72323010	Bewirtschaftung der Gebäude - Reinigungsaufwendungen	2.000	23.200	25.200	6.000	-1.800	4.200	6.000	-1.800	4.200
	42402	72323010	Bewirtschaftung der Gebäude - Reinigungsaufwendungen	800	9.300	10.100	2.000	-600	1.400	2.000	-600	1.400
			Summe Veränderungen Auszahlungen		32.500		-2.400			-2.400		
13.	21102	72290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	76.300	12.700	89.000	76.300	9.500	85.800	76.300	13.800	90.100
	21103	72290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	93.900	15.900	109.800	93.900	13.800	107.700	93.900	19.100	113.000
	21104	72290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	90.000	7.400	97.400	90.000	4.800	94.800	90.000	9.500	99.500
	21105	72290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	92.500	11.900	104.400	92.500	8.700	101.200	92.500	13.800	106.300
	21106	72290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	91.600	28.600	120.200	91.600	29.000	120.600	91.600	35.000	126.600
	21107	72290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	60.000	17.500	77.500	60.000	16.100	76.100	60.000	19.900	79.900
	21108	72290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	101.400	7.700	109.100	101.400	5.300	106.700	101.400	10.700	112.100
	21109	72290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	100.300	22.000	122.300	100.300	20.100	120.400	100.300	26.200	126.500
	21110	72290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	136.800	5.600	142.400	136.800	5.700	142.500	136.800	12.800	149.600
	21111	72290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	67.600	5.300	72.900	67.600	5.200	72.800	67.600	8.900	76.500
	21112	72290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	84.600	13.300	97.900	84.600	12.700	97.300	84.600	17.600	102.200
	21113	72290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	146.300	15.100	161.400	146.300	11.600	157.900	146.300	19.500	165.800
	21114	72290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	59.000	2.200	61.200	59.000	2.900	61.900	59.000	6.000	65.000
	21115	72290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	129.100	14.700	143.800	129.100	7.900	137.000	129.100	14.800	143.900
	21116	72290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	67.900	5.600	73.500	67.900	4.500	72.400	67.900	8.100	76.000

lfd. Nr.	Produkt	Konto	Bezeichnung	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz
				2021			2022			2023		
	21117	72290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	105.900	10.200	116.100	105.900	5.600	111.500	105.900	11.100	117.000
	21118	72290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	89.900	10.200	100.100	89.900	4.800	94.700	89.900	9.500	99.400
	21119	72290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	102.500	9.900	112.400	102.500	4.800	107.300	102.500	10.200	112.700
	21502	72290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	106.200	7.500	113.700	106.200	5.700	111.900	106.200	11.300	117.500
	21503	72290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	97.200	13.300	110.500	97.200	-86.500	10.700	97.200	15.100	112.300
	21504	72290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	147.600	17.200	164.800	147.600	12.200	159.800	147.600	20.200	167.800
	21505	72290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	113.400	20.600	134.000	113.400	16.000	129.400	113.400	22.500	135.900
	21506	72290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	116.500	11.900	128.400	116.500	10.100	126.600	116.500	16.500	133.000
	21507	72290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	96.300	13.100	109.400	96.300	5.800	102.100	96.300	10.900	107.200
	21702	72290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	114.900	29.200	144.100	114.900	26.000	140.900	114.900	32.900	147.800
	21703	72290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	31.400	3.500	34.900	31.400	2.100	33.500	31.400	3.800	35.200
	21704	72290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	197.200	15.700	212.900	197.200	14.600	211.800	197.200	25.200	222.400
	21705	72290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	315.700	34.400	350.100	315.700	22.900	338.600	315.700	39.800	355.500
	21706	72290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	222.400	17.000	239.400	222.400	9.500	231.900	222.400	21.100	243.500
	21802	72290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	218.700	37.500	256.200	218.700	34.600	253.300	218.700	47.300	266.000
	21803	72290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	284.600	49.400	334.000	284.600	42.700	327.300	284.600	59.000	343.600
	21805	72290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	321.500	34.800	356.300	321.500	30.900	352.400	321.500	48.600	370.100
	21806	72290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	209.500	18.700	228.200	209.500	15.000	224.500	209.500	26.300	235.800
	21807	72290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	286.500	23.200	309.700	286.500	16.900	303.400	286.500	32.000	318.500
	22102	72290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	49.100	2.500	51.600	49.100	2.600	51.700	49.100	5.200	54.300
	22103	72290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	129.500	17.700	147.200	129.500	19.200	148.700	129.500	26.600	156.100
	22104	72290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	147.400	34.000	181.400	147.400	35.300	182.700	147.400	44.400	191.800
	22105	72290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	112.000	17.800	129.800	112.000	13.900	125.900	112.000	20.200	132.200
	22106	72290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	131.100	25.300	156.400	131.100	22.900	154.000	131.100	30.600	161.700
	22107	72290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	314.100	19.700	333.800	314.100	17.600	331.700	314.100	34.200	348.300
	23103	72290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	386.100	50.300	436.400	386.100	49.600	435.700	386.100	71.400	457.500
	23104	72290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	220.300	45.300	265.600	220.300	39.300	259.600	220.300	52.200	272.500
	23106	72290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	217.800	31.600	249.400	217.800	29.000	246.800	217.800	41.300	259.100
	23108	72290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	501.500	31.300	532.800	501.500	26.500	528.000	501.500	52.900	554.400
Summe Veränderungen Auszahlungen					838.300			607.400			1.078.000	

14.	21102	72440060	Werkstättenbedarf	100	100	200	100	0	100	100	0	100
	21103	72440060	Werkstättenbedarf	200	100	300	200	0	200	200	0	200
	21104	72440060	Werkstättenbedarf	200	100	300	200	0	200	200	0	200
	21105	72440060	Werkstättenbedarf	100	100	200	100	0	100	100	0	100
	21106	72440060	Werkstättenbedarf	200	100	300	200	0	200	200	0	200
	21107	72440060	Werkstättenbedarf	200	100	300	200	0	200	200	0	200
	21108	72440060	Werkstättenbedarf	200	100	300	200	0	200	200	0	200
	21109	72440060	Werkstättenbedarf	200	100	300	200	0	200	200	0	200
	21110	72440060	Werkstättenbedarf	200	100	300	200	0	200	200	0	200
	21111	72440060	Werkstättenbedarf	300	100	400	300	0	300	300	0	300
	21112	72440060	Werkstättenbedarf	100	100	200	100	0	100	100	0	100
	21113	72440060	Werkstättenbedarf	100	100	200	100	0	100	100	0	100
	21114	72440060	Werkstättenbedarf	200	100	300	200	0	200	200	0	200
	21115	72440060	Werkstättenbedarf	200	100	300	200	0	200	200	0	200
	21116	72440060	Werkstättenbedarf	200	100	300	200	0	200	200	0	200
	21117	72440060	Werkstättenbedarf	200	100	300	200	0	200	200	0	200
	21118	72440060	Werkstättenbedarf	100	100	200	100	0	100	100	0	100
	21119	72440060	Werkstättenbedarf	300	100	400	300	0	300	300	0	300
	21502	72440060	Werkstättenbedarf	300	100	400	300	0	300	300	0	300

lfd. Nr.	Produkt	Konto	Bezeichnung	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz
				2021			2022			2023		
	21503	72440060	Werkstättenbedarf	200	100	300	200	0	200	200	0	200
	21504	72440060	Werkstättenbedarf	300	100	400	300	0	300	300	0	300
	21505	72440060	Werkstättenbedarf	100	100	200	100	0	100	100	0	100
	21506	72440060	Werkstättenbedarf	200	100	300	200	0	200	200	0	200
	21507	72440060	Werkstättenbedarf	300	100	400	300	0	300	300	0	300
	21702	72440060	Werkstättenbedarf	100	100	200	100	0	100	100	0	100
	21703	72440060	Werkstättenbedarf	100	100	200	100	0	100	100	0	100
	21704	72440060	Werkstättenbedarf	500	100	600	500	0	500	500	0	500
	21705	72440060	Werkstättenbedarf	300	100	400	300	0	300	300	0	300
	21706	72440060	Werkstättenbedarf	200	100	300	200	0	200	200	0	200
	21802	72440060	Werkstättenbedarf	100	100	200	100	0	100	100	0	100
	21803	72440060	Werkstättenbedarf	700	100	800	700	0	700	700	0	700
	21805	72440060	Werkstättenbedarf	200	100	300	200	0	200	200	0	200
	21806	72440060	Werkstättenbedarf	400	100	500	400	0	400	400	0	400
	21807	72440060	Werkstättenbedarf	300	100	400	300	0	300	300	0	300
	22102	72440060	Werkstättenbedarf	200	100	300	200	0	200	200	0	200
	22103	72440060	Werkstättenbedarf	600	100	700	600	0	600	600	0	600
	22104	72440060	Werkstättenbedarf	100	100	200	100	0	100	100	0	100
	22105	72440060	Werkstättenbedarf	500	100	600	400	0	400	400	0	400
	22106	72440060	Werkstättenbedarf	200	100	300	200	0	200	200	0	200
	22107	72440060	Werkstättenbedarf	200	100	300	200	0	200	200	0	200
	23103	72440060	Werkstättenbedarf	800	100	900	800	0	800	800	0	800
	23104	72440060	Werkstättenbedarf	200	100	300	200	0	200	200	0	200
	23106	72440060	Werkstättenbedarf	1.000	100	1.100	1.000	0	1.000	1.000	0	1.000
	23108	72440060	Werkstättenbedarf	600	100	700	600	0	600	600	0	600
			Summe Veränderungen Auszahlungen		4.400			0			0	
15.	20101	72520000	Kostenerstattungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	236.000	193.000	429.000	236.000	0	236.000	236.000	0	236.000
			Summe Veränderungen Auszahlungen		193.000			0			0	
16.	20101	76243020	Datenverarbeitung - Unterhaltung Software, Update - Wartung	108.000	19.700	127.700	108.000	14.200	122.200	108.000	14.000	122.000
			Summe Veränderungen Auszahlungen		19.700			14.200			14.000	
17.	42401	76150010	Auszahlungen für Dienst- und Schutzkleidung	4.000	4.600	8.600	4.000		4.000	4.000	-3.400	600
	42402	76150010	Auszahlungen für Dienst- und Schutzkleidung	2.000	2.300	4.300	2.000		2.000	2.000	-1.700	300
			Summe Veränderungen Auszahlungen		6.900			0			-5.100	
18.	42102	74190050	Zuschüsse an Sonstige Vereine und Verbände - Olympiateam	0	25.000	25.000	0		0	25.000	0	25.000
			Summe Veränderungen Auszahlungen		25.000			0			0	
19.	42403	72323010	Bewirtschaftung der Gebäude - Reinigungsaufwendungen	0	23.800	23.800	0	4.200	4.200	0	4.200	4.200
	42404	72323010	Bewirtschaftung der Gebäude - Reinigungsaufwendungen	0	9.500	9.500	0	600	600	0	600	600
			Summe Veränderungen Auszahlungen		33.300			4.800			4.800	

lfd. Nr.	Produkt	Konto	Bezeichnung	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz
				2021			2022			2023		
20.	42403	76150010	Auszahlungen für Dienst- und Schutzkleidung	0	52.800	52.800				0	3.400	3.400
	42404	76150010	Auszahlungen für Dienst- und Schutzkleidung	0	26.400	26.400				0	1.700	1.700
			Summe Veränderungen Auszahlungen		79.200			0			5.100	
21.	27201	64160000	Eintrittsgelder für kulturelle oder sportliche Veranstaltungen	4.700	-2.200	2.500	4.700	-2.200	2.500			
	27201	64190001	sonstige Verwaltungs- und Betriebseinnahmen	15.000	-3.000	12.000	15.000	-3.000	12.000			
	27201	64190007	sonstige privatrechliche Leistungsentgelte- Münzkopier	2.200	-700	1.500	2.200	-700	1.500			
	27201	64190009	sonstige privatrechliche Leistungsentgelte- Provision Getränke	700	-300	400	700	-300	400			
	27201	64190023	sonstige privatrechliche Leistungsentgelte- gebührenpflichtige Medien	37.000	-10.000	27.000	37.000	-10.000	27.000			
	27201	66220020	Säumniszuschläge, Mahngebühren	15.600	-5.600	10.000	15.000	-5.600	9.400			
			Summe Veränderungen Einzahlungen		-21.800			-21.800			0	
	27201	72370010	Unterhaltung der Betriebs- und Geschäftsausstattung- Kopiertechnik	2.300	-700	1.600	2.300	-700	1.600	2.300	-700	1.600
	27201	72440040	Medizinischer Sachbedarf	100	14.900	15.000	100	100	200	100	100	200
			Summe Veränderungen Auszahlungen		14.200			-600			-600	
22.	27101	72440000	Laborbedarf, Werkstättenbedarf, Arzneimittel,	100	2.100	2.200	100	0	100	100	0	100
			Summe Veränderungen Auszahlungen		2.100			0			0	
23.	28100	74190020	Zuschüsse an Verbände und Vereine	2.976.000	150.000	3.126.000	2.976.000	0	2.976.000	2.976.000	0	2.976.000
			Summe Veränderungen Auszahlungen		150.000			0			0	
24.	11150	72440040	Verwaltung Amt 50 - Medizinischer Sachbedarf	1.300	11.900	13.200						
	11150	76290010	Verwaltung Amt 50 - Sonstige Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten - Aufwendungen für Dienstleistungen durch Dritte	150.100	2.400	152.500						
			Summe Veränderungen Auszahlungen		14.300							
25.	31201	75210011	Leistungen für Unterkunft und Heizung (§§ 22, 27 SGB II) - Leistungsbeteiligung bei Kosten für Unterkunft und Heizung nach § 22 Abs. 1	36.979.200	4.752.000	41.731.200						
			Summe Veränderungen Auszahlungen		4.752.000							
26.	31209	62610000	Bundesbeteiligung nach § 46 SGB II - Leistungsbeteiligung bei Kosten für Unterkunft und Heizung an Arbeitssuchende	11.736.700	13.843.200	25.579.900	13.024.200	11.224.700	24.248.900	13.219.600	9.524.300	22.743.900
	31209	62610010	Bundesbeteiligung nach § 46 SGB II - Beteiligung des Bundes für Bildung und Teilhabe nach § 46 Abs. 5	3.149.000	606.100	3.755.100	3.196.300	181.100	3.377.400	3.244.200	183.800	3.428.000
			Summe Veränderungen Einzahlungen		14.449.300			11.405.800			9.708.100	
27.	11173	72420010	Verpflegung / Bewirtung	100	2.000	2.100						
			Summe Veränderungen Auszahlungen		2.000			0			0	

lfd. Nr.	Produkt	Konto	Bezeichnung	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz
				2021			2022			2023		
28.	53702	76690000	sonstige Auszahlungen für besondere Finanzauszahlungen	0	1.292.000	1.292.000	0	0	0	0	0	
			Summe Veränderungen Auszahlungen		1.292.000		0			0		
			Begründung	Der Rechtsstreit zur Umsatzsteuerforderung des Finanzamtes Hamburg zur "Vergleichsvereinbarung zwischen der HRO und Veolia/EVG hat sich coronabedingt verzögert. Am 29.10.2020 hat das Finanzgericht Hamburg zur mündlichen Verhandlung geladen.								
29.	12400	72440050	Labor- und Röntgenbedarf	5.500	1.500	7.000	5.500	1.500	7.000	5.500	1.500	7.000
			Summe Veränderungen Auszahlungen		1.500		1.500			1.500		
30.	61101	60121000	Grundsteuer B von Fremdschuldern	23.200.000	200.000	23.400.000	23.400.000	100.000	23.500.000	23.500.000	200.000	23.700.000
	61101	60131000	Gewerbesteuer nach Ertrag	121.600.000	-25.473.000	96.127.000	124.800.000	-24.696.000	100.104.000	128.000.000	-23.725.000	104.275.000
	61101	60210000	Gemeindeanteil an der Einkommensteuer einschließlich Anteil am Aufkommen Zinsabschlagsteuer	73.163.900	-6.941.100	66.222.800	76.962.000	-8.323.300	68.638.700	81.041.400	-8.281.500	72.759.900
	61101	60220000	Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	21.955.300	1.301.600	23.256.900	20.254.600	95.200	20.349.800	20.640.400	97.000	20.737.400
	61101	61320400	Zuweisung des Gemeindeanteils an der Spielbankabgabe	0	90.000	90.000	0	90.000	90.000	0	90.000	90.000
	61101	60340000	Zweitwohnungssteuer	840.000	100.000	940.000	850.000	100.000	950.000	880.000	100.000	980.000
			Summe Veränderungen Einzahlungen		-30.722.500		-32.634.100			-31.519.500		
	61101	74310000	Gewerbesteuerumlage	9.152.700	-1.912.700	7.240.000	9.393.600	-1.863.600	7.530.000	9.634.500	-1.784.500	7.850.000
			Summe Veränderungen Auszahlungen		-1.912.700		-1.863.600			-1.784.500		
31.	61103	61320800	Sonstige allgemeine Zuweisungen vom Land - Gewerbesteuerkompensation	0	10.000.000	10.000.000						
			Summe Veränderungen Einzahlungen		10.000.000		0			0		
			Summe Veränderungen Einzahlungen		-6.555.000		-20.990.100			-21.721.400		
			Summe Veränderungen Auszahlungen		9.355.500		-1.141.500			-640.000		
			Saldo		-15.910.500		-19.848.600			-21.081.400		

Änderungsliste - Verwaltungstätigkeit TH

lfd. Nr.	Produkt	Konto	Bezeichnung	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz
				2021			2022			2023		

Auswirkungen auf den Ergebnishaushalt

31.	54801	50221100	Dienstbezüge Arbeitnehmer-Beschäftigte	129.300	37.700	167.000						
	54801	50320300	Versorgungskasse-Beiträge für Beschäftigte	5.900	1.100	7.000						
	54801	50420100	SV-Beiträge Beschäftigte	34.600	6.200	40.800						
			Summe Veränderungen Aufwendungen		45.000							
			Begründung	Die Stellen 8310000007 derzeit mit der EG 9a TVöD und 8302000003 mit EG 10 TVöD bewertet. Somit ergeben sich für 4 Monate Personalkosten in Höhe von circa 40.000,00 Euro. Die fachliche Notwendigkeit wurde begründet, jedoch fehlt es für diese Stelle am Nachweis der finanziellen Kompensation. Die Organisationsverfügung sieht keine Ausnahmen vor, wonach eine vorzeitige Besetzung ohne finanzielle Kompensation stattfinden kann. Da wir, als Hafenbehörde in der Pflicht sind, notwendige Dienstleistungen schnell und ordnungsgemäß zu bearbeiten, könnte unter Umständen diese Medienversorgung (Ab- und Weiterberechnung) und der Schichtdienst (Zentrale im Überseehafen) nicht mehr gewährleistet werden. Durch Übertragung der Mittel an das Amt 10 - Personalkostenbewirtschaftung, wäre eine schnellere Bearbeitung zur Wiederbesetzung dieser Stellen möglich. Gemäß der Organisationsverfügung 26/2019 wird durch den S 2 ein entsprechender Antrag an den OB gestellt.								
32.	diverse	50211100	Dienstbezüge Beamte		1.003.300			1.004.400			1.004.700	
	diverse	50221100	Dienstbezüge AN		4.496.700			4.495.600			4.495.300	
	12101	50190000	Aufwendungen ehrenamtl. Tätigkeit	350.000	-100.000	250.000	90.000	100.000	190.000	0	90.000	90.000
			Summe Veränderungen Aufwendungen		5.400.000			5.600.000			5.590.000	
			Begründung	Tarif- und Besoldungserhöhungen, Erhöhung Besetzungsquote, Verschiebung Zensus								
33.	12101	41442030	Zuweisungen von Personalaufwendungen durch das Land	0	30.000	30.000	0	290.000	290.000	0	30.000	37.200
	41400	41442030	Zuweisungen von Personalaufwendungen durch das Land	29.000	255.000	284.000	29.000	550.000	579.000	29.000	550.000	579.000
			Summe Veränderungen Erträge		285.000			840.000			580.000	
			Begründung	Erstattungen vom Land für Zensus und zusätzliches Personal für GA								
34.	11401	52290040	Betriebskosten KOE	200.100	360.000	560.100						
	11401	56210060	Kaltniete	285.000	140.000	425.000						
			Summe Veränderungen Aufwendungen		500.000							
			Begründung	Durch die Aufnahme zusätzlicher Objekte (Bspw. für die Brandmeisterausbildung) und durch die Erweiterung von Reinigungsverträgen und Grünflächenpflege, zeichnet sich für das HH-Jahr 2021 ein Mehrbedarf iHv. 500.000,00 EUR für Betriebskosten und Kaltniete KOE ab. Darin enthalten sind, resultierend aus o.g. Ausführung, Betriebskostennachzahlungen iHv. ca. 200.000,00 EUR. Zusätzlich fehlen für die Betriebskosten Vorauszahlungen 377.418,00 EUR und für die Kaltniete 146.136,00 EUR, insgesamt 723.554,00 EUR. Da einige Fremdanmietungen nicht realisiert werden, bzw. durch die Abmietung der Industriest. 8, kann ein Teil des Defizites iHv. 223.554,00 gedeckt werden.								

lfd. Nr.	Produkt	Konto	Bezeichnung	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz
				2021			2022			2023		
35.	11101	56930010	Repräsentationen, Ehrungen	150.100	260.000	410.100						
			Summe Veränderungen Aufwendungen		260.000							
			Begründung	Am 10. und 11. Mai 2021 findet die 12. Nationale Maritime Konferenz in Rostock statt. Am 25. September 2020 ist die Finanzierungsvereinbarung zugegangen. Die Gesamtkosten (nur für die Konferenz) betragen 580.000 Euro. Diese werden zu je 1/3 von Bund, Land und Stadt getragen. Der Anteil für die Hanse- und Universitätsstadt Rostock beträgt rund 200.000 Euro. Bestandteil der Vereinbarung ist eine Abendveranstaltung, die von der HRO zu tragen ist. Die 1. Abschlagszahlung in Höhe von rund 40.000 Euro fällt noch in das Jahr 2020, so dass 2021 260.000 Euro zu planen sind.								
36.	11111	41441003	Zuweisungen vom Bund- Modellprojekt Smart Cities	0	890.500	890.500	0	1.049.800	1.049.800	0	1.062.800	1.062.800
			Summe Veränderungen Erträge		890.500			1.049.800			1.062.800	
	11111	56290003	Sonstige Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten-Modellprojekt Smart Cities	0	897.000	897.000	0	1.160.000	1.160.000	0	1.180.000	1.180.000
			Summe Veränderungen Aufwendungen		897.000			1.160.000			1.180.000	
			Begründung	Teilnahme am Förderprogramm Modellprojekte "Smart Cities made in Germany" des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat, auf der Grundlage des Bürgerschaftsbeschlusses vom 17.06.2020. Die Förderquote des Bundes beträgt 65%.								
37.	11114	56290000	Sonstige Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	98.000	-98.000	0	98.000	-98.000	0	98.000	-98.000	0
	53601	56290000	Sonstige Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	0	98.000	98.000	0	98.000	98.000	0	98.000	98.000
			Summe Veränderungen Aufwendungen		0			0			0	
			Begründung	Mit der Besetzung der Stelle des "Breitbandkoordinators" bei der OE 61 sollen die für die Aufgabenerfüllung nötigen Mittel, aus dem TH 03 (11114 Pressestelle/Marketing) herausgelöst werden. Diese Änderung der Zuordnung der Aufgabe/Mittel wurde bereits 2019 im Zuge der Planberatung festgelegt. Zum damaligen Zeitpunkt lief noch die Vorbereitung der Ausschreibung der Stelle des "Breitbandkoordinators". Es besteht ab 2021 eine Zweckbindung (DK 8612) zu Investitionsauszahlungen HROfree WIFI, die zwingend erforderlich ist.								
38.	11114	56290010	Sonstige Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	125.000	-30.000	95.000	125.000	-30.000	95.000	125.000	-30.000	95.000
	42405	54151000	Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	0	30.000	30.000	0	30.000	30.000	0	30.000	30.000
			Summe Veränderungen Aufwendungen		0			0			0	
			Begründung	Im Zuge der Strukturänderung im Bereich 03 Büro des Oberbürgermeister wurde die Aufgabe "Ehrenamt" aus dem Produkt Pressestelle/Marketing in die OE 41 Amt für Sport, Vereine und Ehrenamt verfügt. Die hierfür eingestellten Mittel im HHP müssen neu geordnet werden.								
39.	11114	56352000	Amtsblatt	45.000	37.000	82.000	45.000	38.300	83.300	45.000	38.300	83.300
			Summe Veränderungen Aufwendungen		37.000			38.300			38.300	

lfd. Nr.	Produkt	Konto	Bezeichnung	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz
				2021			2022			2023		
			Begründung	Gemäß §2 (1) der Hauptsatzung sind die Einwohnerinnen und Einwohner über allgemeine und bedeutsame Angelegenheiten durch das Amts- und Mitteilungsblatt zu informieren. 2020 musste eine neue Ausschreibung zur Herstellung und Verbreitung des Amtsblattes durchgeführt werden. Das Vergabeverfahren ist jetzt abgeschlossen.								

40.	11104	54190020	Zuschüsse an Verbände und Vereine	1.500	-1.500	0	1.500	-1.500	0	1.500	-1.500	0
	11112	54190020	Zuschüsse an Verbände und Vereine	11.200	1.500	12.700	11.200	1.500	12.700	11.200	1.500	12.700
	Summe Veränderungen Aufwendungen				0			0			0	
	Begründung			Umsetzung der Organisationsverfügung Nr. 13 / 2020 - Strukturveränderung im Büro des Oberbürgermeisters (03) - Wandlung und Verlagerung der Stelle "Geschäftsführung Seniorenbeirat" von 10 (alt) zu 03.55 (neue OE)								

41.	11114	56290014	Rechten und Diensten- Aufwendungen für Dienstleistung durch Dritte - Relaunch Reloaded, Intranet	113.500	0	113.500	0	113.500	113.500			
			Summe Veränderungen Aufwendungen		0		113.500					
			Begründung	Auf Grund der Corona Pandemie und dem Lockdown war eine Projektarbeit 2020 nicht möglich. In der Beratung am 3.9.2020 mit dem Breich 03.3 Pressestelle/Marketing und der OE 06 Amt für Digitalisierung und IT wurde festgelegt, dass das Projekt "Relaunch Intranet" erst ab 2021 umgesetzt wird.								

42.	11111	41442035	Zuweisungen vom Land-Projekt "MV steigt auf"	56.000	-56.000	0						
			Summe Veränderungen Erträge		-56.000							
	11111	56290035	sonst. Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten - Projekt "MV steigt auf"	56.000	-56.000	0						
			Summe Veränderungen Aufwendungen		-56.000							
Begründung			Umsetzung der Organisationsverfügung 19/20 Bildung des Amtes für Mobilität									

43.	11111	41440014	Zuweisungen und Zuschüsse für lfd. Zwecke vom öfftl. B	0	23.000	23.000						
			Summe Veränderungen Erträge		23.000							
	11111	56290036	sonst. Auszahlungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten - Projekt Interreg-BSR "Cities multimodal"	0	23.000	23.000						
			Summe Veränderungen Aufwendungen		23.000							
Begründung			Das im Jahr 2017 begonnene Projekt "Cities multimodale" sollte 2020 enden. Corona bedingt verlängert sich die Vertragslaufzeit bis 30.06.2021, so dass die HHAnsätze im Jahr 2021 nochmals angepasst werden.									

44.	11111	56120010	Aufwendungen für Qualifizierung	1.700	-400	1.300	1.700	-400	1.300	1.700	-400	1.300
	55404	56120010	Aufwendungen für Qualifizierung		400	400		400	400		400	400
	11111	56131010	Reise- und Fahrkosten	10.000	-100	9.900	10.000	-100	9.900	10.000	-100	9.900
	55404	56131010	Reise- und Fahrkosten		100	100		100	100		100	100

lfd. Nr.	Produkt	Konto	Bezeichnung	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz
				2021			2022			2023		
	11111	56321000	Bücher	1.100	-100	1.000	1.100	-100	1.000	1.100	-100	1.000
	55404	56321000	Bücher		100	100		100	100		100	100
			Summe Veränderungen Aufwendungen		0			0			0	
			Begründung	Umsetzung der Organisationsverfügung 16/2020 - Strukturveränderung im Amt für Umweltschutz (Zuordnung Klimaschutz)								

45.	11111	41441040	Zuweisungen und Zuschüsse für lfd. Zwecke vom öffentl. Bereich vom Bund - Wärmeplan	23.500	-23.500							
	11111	41441041	Zuweisungen und Zuschüsse für lfd. Zwecke vom öffentl. Bereich vom Bund - Energieeinsparung	0	-1.200		600	-600		600	-600	
	55404	41441040	Zuweisungen und Zuschüsse für lfd. Zwecke vom öffentl. Bereich vom Bund - Wärmeplan	0	23.500	23.500	0	0	0	0	0	0
	55404	41441041	Zuweisungen und Zuschüsse für lfd. Zwecke vom öffentl. Bereich vom Bund - Energieeinsparung	0	1.200	1.200	0	600	600	0	600	600
			Summe Veränderungen Erträge		0			0			0	
	11111	56290031	Sonstige Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten - Wärmeplan	23.500	-23.500	0			0			0
	11111	56290047	Sonstige Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten Diensten - Energieeinsparung	2.000	-2.000	0	900	-900	0	900	-900	0
	55404	56290031	Sonstige Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten - Wärmeplan	0	23.500	23.500	0	0	0	0	0	0
	55404	56290047	Sonstige Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten Diensten - Energieeinsparung	0	2.000	2.000	0	900	900	0	900	900
	11111	56251010	Vergütungen einschl. Reisekosten an Sachverständige Klimaschutzbeauftragte	98.700	-98.700	0	97.400	-97.400	0	97.400	-97.400	0
	55404	56251010	Vergütungen einschl. Reisekosten an Sachverständige Klimaschutzbeauftragte	0	98.700	98.700	0	97.400	97.400	0	97.400	97.400
	11111	56420010	Mitgliedsbeiträge an Verbände und Vereine	3.600	-3.600	0	3.600	-3.600	0	3.600	-3.600	0
	55404	56420010	Mitgliedsbeiträge an Verbände und Vereine	0	3.600	3.600	0	3.600	3.600	0	3.600	3.600
			Summe Veränderungen Aufwendungen		0			0			0	
			Begründung	Umsetzung der Organisationsverfügung 16/2020 - Strukturveränderung im Amt für Umweltschutz (Zuordnung Klimaschutz)								

46.	11404	56243010	Datenverarbeitung- Unterhaltung Software, Update	754.000	25.000	779.000	704.000	0	704.000	704.000	0	704.000
	11404	56251040	Vergütungen einschließlich Reisekosten an Sachverständige	368.600	-25.000	343.600	290.000	0	290.000	290.000	0	290.000
			Summe Veränderungen Aufwendungen		0			0			0	
			Begründung	Die Mittel sollen der Weiterentwicklung der E-Government-Portalinfrastruktur der Hanse- und Universitätsstadt Rostock dienen. Ziel ist die Einführung einer Infrastrukturkomponente zum Antragsmanagement (Formular-Management-System Formsolution) zur Bereitstellung von Online-Services für Bürger, Unternehmen und Verwaltung. Beabsichtigt ist ein Mietmodell. Die finanziellen Mittel waren für die Erbringung einer Dienstleistung geplant, müssen aber für die Miete der Software verwendet werden, da die Dienstleistung dort enthalten ist.								

47.	11401	52360020	Arbeitsgeräte und -maschinen	14.500	-100	14.400	14.500	-100	14.400	14.500	-100	14.400
	11401	52380080	Zimmerausstattungen	600	-100	500	600	-100	500	600	-100	500
	11401	56120010	Aufwendungen für Qualifizierung	12.000	-1.500	10.500	7.500	-1.500	6.000	7.500	-1.500	6.000

lfd. Nr.	Produkt	Konto	Bezeichnung	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz
				2021			2022			2023		
	11401	56131010	Reise- und Fahrkosten	3.800	-500	3.300	3.800	-500	3.300	3.800	-500	3.300
	11401	56251010	Vergütungen einschließlich Reisekosten an Sachverständige	14.000	-4.000	10.000	14.000	-4.000	10.000	14.000	-4.000	10.000
	11401	56310020	Bürobedarf	4.100	-300	3.800	4.100	-300	3.800	4.100	-300	3.800
	11401	56310040	EDV-Material für den Verwaltungsbedarf	3.000	-400	2.600	3.000	-400	2.600	3.000	-400	2.600
	11401	56321000	Bücher	2.300	-800	1.500	2.300	-800	1.500	2.300	-800	1.500
	11401	56341000	Fernmeldegebühren	12.000	-500	11.500	12.000	-500	11.500	12.000	-500	11.500
	11900	52360020	Arbeitsgeräte und -maschinen	100	100	200	100	100	200	100	100	200
	11900	52380080	Zimmerausstattungen	100	100	200	100	100	200	100	100	200
	11900	56120010	Aufwendungen für Qualifizierung	6.000	1.500	7.500	6.000	1.500	7.500	6.000	1.500	7.500
	11900	56131010	Reise- und Fahrkosten	1.800	500	2.300	1.800	500	2.300	1.800	500	2.300
	11900	56251000	Vergütungen einschließlich Reisekosten an Sachverständige	0	4.000	4.000	0	4.000	4.000	0	4.000	4.000
	11900	56310020	Bürobedarf	1.800	300	2.100	1.800	300	2.100	1.800	300	2.100

lfd. Nr.	Produkt	Konto	Bezeichnung	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz
				2021			2022			2023		
	11900	56310040	EDV-Material für den Verwaltungsbedarf	100	400	500	100	400	500	100	400	500
	11900	56321000	Bücher	25.000	800	25.800	25.000	800	25.800	25.000	800	25.800
	11900	56341000	Fernmeldegebühren	2.000	500	2.500	2.000	500	2.500	2.000	500	2.500
			Summe Veränderungen Aufwendungen		0			0			0	
			Begründung	Umsetzung der Organisationsverfügung 15/2020 - Bildung eines Rechts- und Vergabeamtes								
48.	11107	54190010	Zuschüsse an Personalrat/JAV	37.000	-19.200	17.800	37.000	-19.200	17.800	37.000	-19.200	17.800
	11107	54190012	Zuschüsse an Gesamtpersonalrat/GJAV	0	13.300	13.300	0	13.300	13.300	0	13.300	13.300
	11107	54190013	Zuschüsse an SBV/GSBV	0	5.900	5.900	0	5.900	5.900	0	5.900	5.900
			Summe Veränderungen Aufwendungen		0			0			0	
			Begründung	Aufschlüsselung entsprechend der Gremien für eine bessere Planung und Abrechnung								
49.	25301	54110000	Zuweisung und Zuschüsse für laufende Zwecke an verbundene Unternehmen	3.975.000	40.400	4.015.400	3.975.000	40.400	4.015.400	3.975.000	40.400	4.015.400
			Summe Veränderungen Aufwendungen		40.400			40.400			40.400	
			Begründung	Ab dem Jahr 2021 wird keine erneute zeitliche Reduzierung des Erbbauzinses an die Zoologische Garten gGmbH mehr vorgenommen. Der Zuschuss aus dem Kernhaushalt der Hansestadt Rostock an die Zoologische Garten Rostock gGmbH wird um 40.400 Euro ab dem Jahr 2021 ff. erhöht. Demzufolge wird bei dem Produktsachkonto 11402.44110220 eine Erhöhung der Planzahlen jährlich i.H.v. 40.400 EUR kalkuliert.								
50.	54701	47300000	Finanzerträge aus verbundenen Unternehmen	1.159.000	922.000	2.081.000	1.124.000		1.124.000	1.173.000		1.173.000
			Summe Veränderungen Erträge		922.000			0			0	
			Begründung	Verschiebungen der geplanten Erträge/Einzahlungen aus 2020 in das Haushaltsjahr 2021.								
51.	62601	47600000	Finanzerträge aus Sondervermögen mit Sonderrechnung, Zweckverbänden, Anstalten des öffentlichen Rechts und rechtsfähigen kommunalen Stiftungen	7.405.000	6.618.000	14.023.000	6.109.000		6.109.000	2.574.000		2.574.000
			Summe Veränderungen Erträge		6.618.000			0			0	
			Begründung	Verschiebungen der geplanten Erträge/Einzahlungen aus 2020 in das Haushaltsjahr 2021.								
52.	11602	54190029	Zuschüsse an Verbände und Vereine- Mieten	24.000	-24.000	0	24.000	-24.000	0	4.000	-4.000	0
	51102	54190029	Zuschüsse an Verbände und Vereine- Mieten	0	24.000	24.000	0	24.000	24.000	0	4.000	4.000
			Summe Veränderungen Aufwendungen		0			0			0	
			Begründung	Umverteilung der geplanten Aufwendungen für den Mietkostenzuschuss an den Verein Sense.Lab.e.V. zur Entwicklung eines multifunktionalen Veranstaltungszentrums im OT Toitenwinkel am Sternplatz vom TH 20 zum TH 61.								
53.	20101	52380070	Wartung Hard- und Software Medienentwicklungsplan - zweckgebunden	338.500	-338.500	0	350.100	-350.100	0	314.500	-314.500	0
	20101	56243001	Wartung Hard- und Software Medienentwicklungsplan - zweckgebunden		192.800	192.800		234.800	234.800		278.200	278.200
	20101	52920000	Dienstleistungen Dritter im Zusammenhang mit dem MEP		68.300	68.300		45.000	45.000		52.000	52.000

lfd. Nr.	Produkt	Konto	Bezeichnung	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz
				2021			2022			2023		
	20101	56120020	Aufwendungen für Aus- und Fortbildung für außerhalb der Verwaltung stehende Personen		25.700	25.700	0	0	0	0	0	0
			Summe Veränderungen Aufwendungen		-51.700		-70.300			15.700		
			Begründung	Korrekturen Medienentwicklungsplan								

54.	21102	56210020	Entgelte für Sporthallennutzung	38.000	3.800	41.800	38.000	3.800	41.800	38.000	3.800	41.800
	21105	56210020	Entgelte für Sporthallennutzung	89.400	8.900	98.300	89.400	8.900	98.300	89.400	8.900	98.300
	21107	56210020	Entgelte für Sporthallennutzung	25.500	2.600	28.100	25.500	2.600	28.100	25.500	2.600	28.100
	21108	56210020	Entgelte für Sporthallennutzung	97.100	9.700	106.800	97.100	9.700	106.800	97.100	9.700	106.800
	21109	56210020	Entgelte für Sporthallennutzung	37.700	3.800	41.500	37.700	3.800	41.500	37.700	3.800	41.500
	21110	56210020	Entgelte für Sporthallennutzung	25.000	2.500	27.500	25.000	2.500	27.500	25.000	2.500	27.500
	21111	56210020	Entgelte für Sporthallennutzung	14.700	1.500	16.200	14.700	1.500	16.200	14.700	1.500	16.200
	21112	56210020	Entgelte für Sporthallennutzung	21.900	2.200	24.100	21.900	2.200	24.100	21.900	2.200	24.100
	21113	56210020	Entgelte für Sporthallennutzung	35.300	3.500	38.800	35.300	3.500	38.800	35.300	3.500	38.800
	21114	56210020	Entgelte für Sporthallennutzung	16.800	1.700	18.500	16.800	1.700	18.500	16.800	1.700	18.500
	21115	56210020	Entgelte für Sporthallennutzung	27.800	2.800	30.600	27.800	2.800	30.600	27.800	2.800	30.600
	21116	56210020	Entgelte für Sporthallennutzung	39.600	4.000	43.600	39.600	4.000	43.600	39.600	4.000	43.600
	21117	56210020	Entgelte für Sporthallennutzung	76.000	7.600	83.600	76.000	7.600	83.600	76.000	7.600	83.600
	21118	56210020	Entgelte für Sporthallennutzung	29.400	2.900	32.300	29.400	2.900	32.300	29.400	2.900	32.300
	21119	56210020	Entgelte für Sporthallennutzung	35.900	3.600	39.500	35.900	3.600	39.500	35.900	3.600	39.500
	21503	56210020	Entgelte für Sporthallennutzung	65.600	6.600	72.200	65.600	6.600	72.200	65.600	6.600	72.200
	21504	56210020	Entgelte für Sporthallennutzung	58.200	5.800	64.000	58.200	5.800	64.000	58.200	5.800	64.000
	21506	56210020	Entgelte für Sporthallennutzung	53.500	5.400	58.900	53.500	5.400	58.900	53.500	5.400	58.900
	21507	56210020	Entgelte für Sporthallennutzung	49.500	5.000	54.500	49.500	5.000	54.500	49.500	5.000	54.500
	21702	56210020	Entgelte für Sporthallennutzung	89.800	9.000	98.800	89.800	9.000	98.800	89.800	9.000	98.800
	21704	56210020	Entgelte für Sporthallennutzung	37.400	3.700	41.100	37.400	3.700	41.100	37.400	3.700	41.100
	21705	56210020	Entgelte für Sporthallennutzung	88.700	8.900	97.600	88.700	8.900	97.600	88.700	8.900	97.600
	21706	56210020	Entgelte für Sporthallennutzung	104.600	10.500	115.100	104.600	10.500	115.100	104.600	10.500	115.100
	21802	56210020	Entgelte für Sporthallennutzung	72.700	7.300	80.000	72.700	7.300	80.000	72.700	7.300	80.000
	21805	56210020	Entgelte für Sporthallennutzung	117.900	11.800	129.700	117.900	11.800	129.700	117.900	11.800	129.700
	21806	56210020	Entgelte für Sporthallennutzung	83.900	8.400	92.300	83.900	8.400	92.300	83.900	8.400	92.300
	21807	56210020	Entgelte für Sporthallennutzung	54.200	5.400	59.600	54.200	5.400	59.600	54.200	5.400	59.600
	22103	56210020	Entgelte für Sporthallennutzung	16.100	1.600	17.700	16.100	1.600	17.700	16.100	1.600	17.700
	22104	56210020	Entgelte für Sporthallennutzung	72.400	7.200	79.600	72.400	7.200	79.600	72.400	7.200	79.600
	22105	56210020	Entgelte für Sporthallennutzung	55.700	5.600	61.300	55.700	5.600	61.300	55.700	5.600	61.300
	22107	56210020	Entgelte für Sporthallennutzung	30.300	3.000	33.300	30.300	3.000	33.300	30.300	3.000	33.300
	23103	56210020	Entgelte für Sporthallennutzung	51.600	5.200	56.800	51.600	5.200	56.800	51.600	5.200	56.800
	23104	56210020	Entgelte für Sporthallennutzung	124.900	12.500	137.400	124.900	12.500	137.400	124.900	12.500	137.400
	23106	56210020	Entgelte für Sporthallennutzung	264.700	26.500	291.200	264.700	26.500	291.200	264.700	26.500	291.200
	23108	56210020	Entgelte für Sporthallennutzung	189.700	19.000	208.700	189.700	19.000	208.700	189.700	19.000	208.700
			Summe Veränderungen Aufwendungen		229.500		229.500			229.500		
			Begründung	Kostensteigerung aufgrund turnusmäßiger Anpassung der Entgeltordnung zum 01.01.2021; Den Entgelten für die Sporthallennutzung stehen Ertragspositionen in den Sportstätten, Produkt 42402 gegenüber.								

55.	21103	52430020	Schwimmunterricht	5.600	600	6.200	5.600	600	6.200	5.600	600	6.200
	21104	52430020	Schwimmunterricht	11.200	1.100	12.300	11.200	1.100	12.300	11.200	1.100	12.300
	21105	52430020	Schwimmunterricht	11.200	1.100	12.300	11.200	1.100	12.300	11.200	1.100	12.300
	21106	52430020	Schwimmunterricht	7.700	800	8.500	7.700	800	8.500	7.700	800	8.500

lfd. Nr.	Produkt	Konto	Bezeichnung	HHPE	Veränderung um	neuer Haushaltsansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushaltsansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushaltsansatz
				2021			2022			2023		
	21107	52430020	Schwimmunterricht	4.700	500	5.200	4.700	500	5.200	4.700	500	5.200
	21108	52430020	Schwimmunterricht	7.700	800	8.500	7.700	800	8.500	7.700	800	8.500
	21109	52430020	Schwimmunterricht	5.600	600	6.200	5.600	600	6.200	5.600	600	6.200
	21110	52430020	Schwimmunterricht	11.200	1.100	12.300	11.200	1.100	12.300	11.200	1.100	12.300
	21111	52430020	Schwimmunterricht	11.200	1.100	12.300	11.200	1.100	12.300	11.200	1.100	12.300
	21112	52430020	Schwimmunterricht	11.100	1.100	12.200	11.100	1.100	12.200	11.100	1.100	12.200
	21113	52430020	Schwimmunterricht	13.000	1.300	14.300	13.000	1.300	14.300	13.000	1.300	14.300
	21114	52430020	Schwimmunterricht	5.600	600	6.200	5.600	600	6.200	5.600	600	6.200
	21116	52430020	Schwimmunterricht	5.600	600	6.200	5.600	600	6.200	5.600	600	6.200
	21119	52430020	Schwimmunterricht	7.500	800	8.300	7.500	800	8.300	7.500	800	8.300
	21705	52430020	Schwimmunterricht	1.200	100	1.300	1.200	100	1.300	1.200	100	1.300
	21805	52430020	Schwimmunterricht	6.400	600	7.000	6.400	600	7.000	6.400	600	7.000
	21806	52430020	Schwimmunterricht	9.300	900	10.200	9.300	900	10.200	9.300	900	10.200
	22103	52430020	Schwimmunterricht	3.900	400	4.300	3.900	400	4.300	3.900	400	4.300
	22104	52430020	Schwimmunterricht	3.600	400	4.000	3.600	400	4.000	3.600	400	4.000
	22105	52430020	Schwimmunterricht	5.500	600	6.100	5.500	600	6.100	5.500	600	6.100
	22106	52430020	Schwimmunterricht	5.500	600	6.100	5.500	600	6.100	5.500	600	6.100
	22107	52430020	Schwimmunterricht	3.300	300	3.600	3.300	300	3.600	3.300	300	3.600
	23106	52430020	Schwimmunterricht	6.400	600	7.000	6.400	600	7.000	6.400	600	7.000
	23108	52430020	Schwimmunterricht	4.600	500	5.100	4.600	500	5.100	4.600	500	5.100
Summe Veränderungen Aufwendungen					17.100			17.100			17.100	
Begründung				Kostensteigerung aufgrund turnusmäßiger Anpassung der Entgeltordnung zum 01.01.2021; Den Entgelten für den Schwimmunterricht stehen Ertragspositionen in den Sportstätten, Produkt 42402 gegenüber.								

56.	23103	41442011	Zuweisungen vom Land - zweckgebunden (Pflegefachkräfte)		388.700	388.700		624.700	624.700		708.000	708.000
	23103	44231000	Kostenerstattungen und Kostenumlagen von Eigenbetrieben - Südstadtklinikum		180.000	180.000		180.000	180.000		180.000	180.000
	23103	44245000	Kostenerstattungen und Kostenumlagen von Anstalten des öffentlichen Rechts	160.000	-160.000	0	160.000	-160.000	0	160.000	-160.000	0
	23103	44251000	Kostenerstattungen und Kostenumlagen von privaten Unternehmen - Umschüler		2.000	2.000		2.000	2.000		2.000	2.000
	23103	44259000	Kostenerstattungen und Kostenumlagen vom sonstigen privaten Bereich - Umschüler		10.000	10.000		10.000	10.000		10.000	10.000
	23103	44290000	Kostenerstattungen und Kostenumlagen von Sonstigen - Umschüler	12.000	-12.000	0	12.000	-12.000	0	12.000	-12.000	0
	23104	44251000	Kostenerstattungen und Kostenumlagen von privaten Unternehmen - Umschüler		500	500		500	500		500	500
	23104	44259000	Kostenerstattungen und Kostenumlagen vom sonstigen privaten Bereich - Umschüler		2.500	2.500		2.500	2.500		2.500	2.500
	23104	44290000	Kostenerstattungen und Kostenumlagen von Sonstigen - Umschüler	3.000	-3.000	0	3.000	-3.000	0	3.000	-3.000	0
	23106	44251000	Kostenerstattungen und Kostenumlagen von privaten Unternehmen - Umschüler		3.000	3.000		3.000	3.000		3.000	3.000
	23106	44259000	Kostenerstattungen und Kostenumlagen vom sonstigen privaten Bereich - Umschüler		19.000	19.000		19.000	19.000		19.000	19.000
	23106	44290000	Kostenerstattungen und Kostenumlagen von Sonstigen - Umschüler	23.000	-23.000	0	23.000	-23.000	0	23.000	-23.000	0

lfd. Nr.	Produkt	Konto	Bezeichnung	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz
				2021			2022			2023		
	23108	44251000	Kostenerstattungen und Kostenumlagen von privaten Unternehmen - Umschüler		2.500	2.500		2.500	2.500		2.500	2.500
	23108	44259000	Kostenerstattungen und Kostenumlagen vom sonstigen privaten Bereich - Umschüler		12.500	12.500		12.500	12.500		12.500	12.500
	23108	44290000	Kostenerstattungen und Kostenumlagen von Sonstigen - Umschüler	15.000	-15.000	0	15.000	-15.000	0	15.000	-15.000	0
			Summe Veränderungen Erträge		407.700			643.700			727.000	
			Begründung	Finanzierung gem. Pflegeberufegesetz i. V. m. Pflegeberufe-Ausbildungsfinanzierungsverordnung --> Sachkostenerstattung (es wird davon ausgegangen, dass der anteilige Betrag für Honorarkräfte beim Land verbleibt. Sachgerechte Zuordnung unter Anwendung Bereichsabgrenzung; 'Abschluss Vereinbarung, Umlage aller Kosten unter Berücksichtigung des Entfalls der Pflegefachkräfte aus der Finanzierung des Klinikums								

57.	23103	56413000	Haftpflichtversicherungen	130.600	11.200	141.800	130.600	11.200	141.800	130.600	11.200	141.800
			Summe Veränderungen Aufwendungen		11.200			11.200			11.200	
			Begründung	Fehlende Schülerunfallversicherung für 142 Schüler des Südstadtklinikums --> für den schulischen Teil der Ausbildung liegt die Versicherungspflicht beim Schulträger								

58.	24101	54159000	Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke an sonstigen privaten Bereich	4.691.600	-4.691.600	0	4.375.700	-4.375.700	0	4.375.700	-4.375.700	0
	24101	54120000	Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke an Unternehmen mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht (RSAG)	0	260.000	260.000	0	174.000	174.000	0	0	0
	24101	54151000	Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen (Verkehrsverbund Warnow GmbH)	0	4.517.500	4.517.500	0	4.740.600	4.740.600	0	4.740.600	4.740.600
			Summe Veränderungen Aufwendungen		85.900			538.900			364.900	
			Begründung	Schülerticket: Sachgerechte Zuordnung unter Anwendung Bereichsabgrenzung; Neuberechnung aufgrund aktueller Schülerzahlen unter Berücksichtigung Dynamisierung 2021, 2022; Mehraufwand sollte ab SJ 2022/2023 möglichst entfallen								

59.	42401	41441000	Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke vom öffentlichen Bereich vom Bund	50.000	-50.000	0	50.000	-50.000	0	50.000	-50.000	0
	42401	44101020	Benutzungsentgelte - (19%)	18.300	-10.600	7.700	18.300	-10.600	7.700	18.300	-10.600	7.700
	42401	44101021	Benutzungsentgelte - (7%)	15.300	-15.300	0	15.300	-15.300	0	15.300	-15.300	0
	42401	44101040	Benutzungsentgelte - Übernachtungen	5.100	-3.700	1.400	5.100	-3.700	1.400	5.100	-3.700	1.400
	42401	44101050	Benutzungsentgelte - (19%) - SKUBIS	422.600	-219.800	202.800	422.600	-219.800	202.800	422.600	-219.800	202.800
	42401	44101051	Benutzungsentgelte - (7%) - SKUBIS	195.000	-102.000	93.000	195.000	-102.000	93.000	195.000	-102.000	93.000
	42401	44110010	Mieten und Pachten	27.300	-26.000	1.300	27.300	-26.000	1.300	27.300	-26.000	1.300
	42401	44110020	Mieten und Pachten (19%)	125.000	-106.800	18.200	125.000	-106.800	18.200	125.000	-106.800	18.200
	42401	44160030	Eintrittsgelder (19%)	7.200	-7.200	0	7.200	-7.200	0	7.200	-7.200	0
	42401	44160031	Eintrittsgelder (7%)	130.000	-130.000	0	130.000	-130.000	0	130.000	-130.000	0
	42401	44290021	Kostenerstattungen und Kostenumlagen von Sonstigen - Vorjahre (19%)	14.000	-3.200	10.800	14.000	-3.200	10.800	14.000	-3.200	10.800
	42403	41441000	Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke vom öffentlichen Bereich vom Bund	0	62.000	62.000	0	62.000	62.000	0	62.000	62.000
	42403	44101020	Benutzungsentgelte - (19%)	0	12.500	12.500	0	12.500	12.500	0	12.500	12.500
	42403	44101021	Benutzungsentgelte - (7%)	0	15.300	15.300	0	15.300	15.300	0	15.300	15.300

lfd. Nr.	Produkt	Konto	Bezeichnung	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz
				2021			2022			2023		
	42403	44101040	Benutzungsentgelte - Übernachtungen	0	3.700	3.700	0	3.700	3.700	0	3.700	3.700
	42403	44101050	Benutzungsentgelte - (19%) - SKUBIS	0	287.100	287.100	0	287.100	287.100	0	287.100	287.100
	42403	44101051	Benutzungsentgelte - (7%) - SKUBIS	0	132.500	132.500	0	132.500	132.500	0	132.500	132.500
	42403	44110010	Mieten und Pachten	0	28.500	28.500	0	28.500	28.500	0	28.500	28.500
	42403	44110020	Mieten und Pachten (19%)	0	110.000	110.000	0	110.000	110.000	0	110.000	110.000
	42403	44160030	Eintrittsgelder (19%)	0	7.200	7.200	0	7.200	7.200	0	7.200	7.200
	42403	44160031	Eintrittsgelder (7%)	0	130.000	130.000	0	130.000	130.000	0	130.000	130.000
	42403	44290021	Kostenerstattungen und Kostenumlagen von Sonstigen - Vorjahre (19%)	0	0	0	0	0	0	0	0	0
			Summe Veränderungen Erträge		114.200			114.200			114.200	
			Begründung	Umsetzung Organisationsverfügung 21/2020 Bildung des Amtes für Sport, Vereine und Ehrenamt, Kostensteigerungen um 10% durch neue Entgeltordnung								

60.	42401	52210000	Hausgebühren (Müllabfuhr)	4.000	-2.000	2.000	4.000	-2.000	2.000	4.000	-2.000	2.000
	42401	52312200	Aufwendungen für die Unterhaltung der Sportanlagen	30.000	-30.000	0	30.000	-30.000	0	30.000	-30.000	0
	42401	52313000	Unterhaltung der Gebäude	1.500	-600	900	3.000	-1.200	1.800	3.000	-1.200	1.800
	42401	52351000	Fahrzeugunterhaltung- Wartungs- und Instandsetzung	7.000	-2.500	4.500	8.000	-2.800	5.200	8.000	-2.800	5.200
	42401	52352000	Fahrzeugunterhaltung- Betriebs- und Schmierstoffe	5.000	-1.800	3.200	5.000	-1.800	3.200	5.000	-1.800	3.200
	42401	52360020	Arbeitsgeräte und -maschinen	17.000	-9.900	7.100	18.000	-10.500	7.500	18.000	-10.500	7.500
	42401	52360050	Anschaffung und Unterhaltung von Sportgeräten	72.000	-21.600	50.400	77.000	-21.600	55.400	77.000	-21.600	55.400
	42401	52370000	Unterhaltung der Betriebs- und Geschäftsausstattung	30.000	-9.000	21.000	9.000	-2.700	6.300	9.000	-2.700	6.300
	42401	52380100	Gebrauchsgegenstände	45.000	-18.800	26.200	45.000	-18.800	26.200	45.000	-18.800	26.200
	42401	52440040	Medizinischer Sachbedarf	1.200	-1.100	100	1.200	-1.100	100	1.200	-1.100	100
	42401	52440110	Saat- und Pflanzgut, Düngemittel	3.500	-3.200	300	3.500	-3.200	300	3.500	-3.200	300
	42401	56120010	Aufwendungen für Qualifizierung	11.000	-4.300	6.700	15.000	-5.800	9.200	15.000	-5.800	9.200
	42401	56131010	Reise- und Fahrkosten	1.500	-800	700	1.500	-800	700	1.500	-800	700
	42401	56220010	Laufende Leistungen auf Grund von Leasing - Verträgen	15.500	-10.600	4.900	15.500	-10.600	4.900	15.500	-10.600	4.900
	42401	56290010	Sonstige Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten - Aufwendungen für Dienstleistungen durch Dritte	75.000	-75.000	0	75.000	-75.000	0	75.000	-75.000	0
	42401	56310020	Bürobedarf	900	-500	400	900	-500	400	900	-500	400
	42401	56310040	EDV-Büromaterial für den Verwaltungsbedarf	400	-200	200	400	-200	200	400	-200	200
	42401	56341000	Fernmeldegebühren	20.000	-9.300	10.700	20.000	-9.300	10.700	20.000	-9.300	10.700
	42401	56346000	Rundfunk- und Fernsehgebühren	500	-200	300	500	-200	300	500	-200	300
	42401	56412000	Kfz-Versicherungen	2.300	-900	1.400	2.300	-900	1.400	2.300	-900	1.400
	42401	56820000	Kraftfahrzeugsteuer	900	-400	500	900	-400	500	900	-400	500
	42403	52210000	Hausgebühren (Müllabfuhr)	0	2.000	2.000	0	2.000	2.000	0	2.000	2.000
	42403	52312200	Aufwendungen für die Unterhaltung der Sportanlagen	0	30.000	30.000	0	30.000	30.000	0	30.000	30.000
	42403	52313000	Unterhaltung der Gebäude	0	600	600	0	1.200	1.200	0	1.200	1.200
	42403	52351000	Fahrzeugunterhaltung- Wartungs- und Instandsetzung	0	2.500	2.500	0	2.800	2.800	0	2.800	2.800
	42403	52352000	Fahrzeugunterhaltung- Betriebs- und Schmierstoffe	0	1.800	1.800	0	1.800	1.800	0	1.800	1.800
	42403	52360020	Arbeitsgeräte und -maschinen	0	9.900	9.900	0	10.500	10.500	0	10.500	10.500
	42403	52360050	Anschaffung und Unterhaltung von Sportgeräten	0	21.600	21.600	0	21.600	21.600	0	21.600	21.600

lfd. Nr.	Produkt	Konto	Bezeichnung	HHPE	Veränderung um	neuer Haushaltsansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushaltsansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushaltsansatz
				2021			2022			2023		
	42403	52370000	Unterhaltung der Betriebs- und Geschäftsausstattung	0	9.000	9.000	0	2.700	2.700	0	2.700	2.700
	42403	52380100	Gebrauchsgegenstände	0	18.800	18.800	0	18.800	18.800	0	18.800	18.800
	42403	52440040	Medizinischer Sachbedarf	0	1.100	1.100	0	1.100	1.100	0	1.100	1.100
	42403	52440110	Saat- und Pflanzgut, Düngemittel	0	3.200	3.200	0	3.200	3.200	0	3.200	3.200
	42403	56120010	Aufwendungen für Qualifizierung	0	4.300	4.300	0	5.800	5.800	0	5.800	5.800
	42403	56131010	Reise- und Fahrkosten	0	800	800	0	800	800	0	800	800
	42403	56220010	Laufende Leistungen auf Grund von Leasing - Verträgen	0	10.600	10.600	0	10.600	10.600	0	10.600	10.600
	42403	56290010	Sonstige Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten - Aufwendungen für Dienstleistungen durch Dritte	0	75.000	75.000	0	75.000	75.000	0	75.000	75.000
	42403	56310020	Bürobedarf	0	500	500	0	500	500	0	500	500
	42403	56310040	EDV-Büromaterial für den Verwaltungsbedarf	0	200	200	0	200	200	0	200	200
	42403	56341000	Fernmeldegebühren	0	9.300	9.300	0	9.300	9.300	0	9.300	9.300
	42403	56346000	Rundfunk- und Fernsehgebühren	0	200	200	0	200	200	0	200	200
	42403	56412000	Kfz-Versicherungen	0	900	900	0	900	900	0	900	900
	42403	56820000	Kraftfahrzeugsteuer	0	400	400	0	400	400	0	400	400
			Summe Veränderungen Aufwendungen		0			0			0	
			Begründung	Umsetzung Organisationsverfügung 21/2020 Bildung des Amtes für Sport, Vereine und Ehrenamt								

61.	42402	43229003	Entgelte für Schulsportnutzung	2.461.500	-243.700	2.217.800	2.461.500	-243.700	2.217.800	2.461.500	-243.700	2.217.800
	42402	43229004	Entgelte für Schulschwimmen	235.100	-235.100	0	235.100	-235.100	0	235.100	-235.100	0
	42402	44110010	Mieten und Pachten	80.000	-80.000	0	80.000	-80.000	0	80.000	-80.000	0
	42402	44290022	Kostenerstattungen und Kostenumlagen von Sonstigen - Vorjahre - steuerfrei BgA	20.000	-20.000	0	20.000	-20.000	0	20.000	-20.000	0
	42402	44290020	Kostenerstattungen und Kostenumlagen von Sonstigen - Betriebskosten Vorjahre	60.000	-60.000	0	60.000	-60.000	0	60.000	-60.000	0
	42404	43229003	Entgelte für Schulsportnutzung	0	490.000	490.000	0	490.000	490.000	0	490.000	490.000
	42404	43229004	Entgelte für Schulschwimmen	0	258.600	258.600	0	258.600	258.600	0	258.600	258.600
	42404	44110010	Mieten und Pachten	0	80.000	80.000	0	80.000	80.000	0	80.000	80.000
	42404	44290022	Kostenerstattungen und Kostenumlagen von Sonstigen - Vorjahre - steuerfrei BgA	0	20.000	20.000	0	20.000	20.000	0	20.000	20.000
			Summe Veränderungen Erträge		209.800			209.800			209.800	
			Begründung	Umsetzung Organisationsverfügung 21/2020 Bildung des Amtes für Sport, Vereine und Ehrenamt, Kostensteigerungen um 10% durch neue Entgeltordnung								

62.	42402	52210000	Hausgebühren (Müllabfuhr)	1.500	-800	700	1.500	-800	700	1.500	-800	700
	42402	52312200	Aufwendungen für die Unterhaltung der Sportanlagen	20.000	-20.000	0	20.000	-20.000	0	20.000	-20.000	0
	42402	52313000	Unterhaltung der Gebäude	800	-400	400	1.800	-700	1.100	1.800	-700	1.100
	42402	52351000	Fahrzeugunterhaltung- Wartungs- und Instandsetzung	3.000	-1.100	1.900	3.000	-1.100	1.900	3.000	-1.100	1.900
	42402	52352000	Fahrzeugunterhaltung- Betriebs- und Schmierstoffe	2.000	-700	1.300	2.000	-700	1.300	2.000	-700	1.300
	42402	52360020	Arbeitsgeräte und -maschinen	5.000	-3.300	1.700	5.000	-3.300	1.700	5.000	-3.300	1.700
	42402	52360050	Anschaffung und Unterhaltung von Sportgeräten	27.000	-8.200	18.800	27.000	-8.200	18.800	27.000	-8.200	18.800
	42402	52370000	Unterhaltung der Betriebs- und Geschäftsausstattung	15.000	-4.600	10.400	3.000	-900	2.100	3.000	-900	2.100

lfd. Nr.	Produkt	Konto	Bezeichnung	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz
				2021			2022			2023		
	42402	52380100	Gebrauchsgegenstände	15.000	-6.300	8.700	5.000	-2.100	2.900	5.000	-2.100	2.900
	42402	52440040	Medizinischer Sachbedarf	800	-700	100	800	-700	100	800	-700	100
	42402	52440110	Saat- und Pflanzgut, Düngemittel	1.500	-1.400	100	1.500	-1.400	100	1.500	-1.400	100
	42402	56120010	Aufwendungen für Qualifizierung	8.000	-3.100	4.900	9.000	-3.500	5.500	9.000	-3.500	5.500
	42402	56131010	Reise- und Fahrkosten	1.000	-500	500	1.000	-500	500	1.000	-500	500
	42402	56210061	Kaltniete - Bewirtschafter Amt 40	5.105.200	-3.216.000	1.889.200	5.105.200	-3.216.000	1.889.200	5.105.200	-3.216.000	1.889.200
	42402	56220010	Laufende Leistungen auf Grund von Leasing - Verträgen	6.000	-4.100	1.900	6.000	-4.100	1.900	6.000	-4.100	1.900
	42402	56290010	Sonstige Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten - Aufwendungen für Dienstleistungen durch Dritte	28.000	-28.000	0	28.000	-28.000	0	28.000	-28.000	0
	42402	56310020	Bürobedarf	600	-300	300	600	-300	300	600	-300	300
	42402	56310040	EDV-Büromaterial für den Verwaltungsbedarf	200	-100	100	200	-100	100	200	-100	100
	42402	56331000	Porto	1.000	-1.000	0	1.000	-1.000	0	1.000	-1.000	0
	42402	56341000	Fernmeldegebühren	15.000	-5.200	9.800	15.000	-5.200	9.800	15.000	-5.200	9.800
	42402	56346000	Rundfunk- und Fernsehgebühren	400	-200	200	400	-200	200	400	-200	200
	42402	56412000	Kfz-Versicherungen	1.200	-500	700	1.200	-500	700	1.200	-500	700
	42402	56820000	Kraftfahrzeugsteuer	300	-200	100	300	-200	100	300	-200	100
	42404	52210000	Hausgebühren (Müllabfuhr)	0	800	800	0	800	800	0	800	800
	42404	52312200	Aufwendungen für die Unterhaltung der Sportanlagen	0	20.000	20.000	0	20.000	20.000	0	20.000	20.000
	42404	52313000	Unterhaltung der Gebäude	0	400	400	0	700	700	0	700	700
	42404	52351000	Fahrzeugunterhaltung- Wartungs- und Instandsetzung	0	1.100	1.100	0	1.100	1.100	0	1.100	1.100
	42404	52352000	Fahrzeugunterhaltung- Betriebs- und Schmierstoffe	0	700	700	0	700	700	0	700	700
	42404	52360020	Arbeitsgeräte und -maschinen	0	3.300	3.300	0	3.300	3.300	0	3.300	3.300
	42404	52360050	Anschaffung und Unterhaltung von Sportgeräten	0	8.200	8.200	0	8.200	8.200	0	8.200	8.200
	42404	52370000	Unterhaltung der Betriebs- und Geschäftsausstattung	0	4.600	4.600	0	900	900	0	900	900
	42404	52380100	Gebrauchsgegenstände	0	6.300	6.300	0	2.100	2.100	0	2.100	2.100
	42404	52440040	Medizinischer Sachbedarf	0	700	700	0	700	700	0	700	700
	42404	52440110	Saat- und Pflanzgut, Düngemittel	0	1.400	1.400	0	1.400	1.400	0	1.400	1.400
	42404	56120010	Aufwendungen für Qualifizierung	0	3.100	3.100	0	3.500	3.500	0	3.500	3.500
	42404	56131010	Reise- und Fahrkosten	0	500	500	0	500	500	0	500	500
	42404	56210061	Kaltniete - Bewirtschafter Amt 41	0	3.216.000	3.216.000	0	3.216.000	3.216.000	0	3.216.000	3.216.000
	42404	56220010	Laufende Leistungen auf Grund von Leasing - Verträgen	0	4.100	4.100	0	4.100	4.100	0	4.100	4.100
	42404	56290010	Sonstige Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten - Aufwendungen für Dienstleistungen durch Dritte	0	28.000	28.000	0	28.000	28.000	0	28.000	28.000
	42404	56310020	Bürobedarf	0	300	300	0	300	300	0	300	300
	42404	56310040	EDV-Büromaterial für den Verwaltungsbedarf	0	100	100	0	100	100	0	100	100
	42404	56331000	Porto	0	1.000	1.000	0	1.000	1.000	0	1.000	1.000
	42404	56341000	Fernmeldegebühren	0	5.200	5.200	0	5.200	5.200	0	5.200	5.200
	42404	56346000	Rundfunk- und Fernsehgebühren	0	200	200	0	200	200	0	200	200
	42404	56412000	Kfz-Versicherungen	0	500	500	0	500	500	0	500	500
	42404	56820000	Kraftfahrzeugsteuer	0	200	200	0	200	200	0	200	200
			Summe Veränderungen Aufwendungen		0			0			0	
			Begründung	Umsetzung Organisationsverfügung 21/2020 Bildung des Amtes für Sport, Vereine und Ehrenamt								

lfd. Nr.	Produkt	Konto	Bezeichnung	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz
				2021			2022			2023		
63.	42402	52290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	4.338.300	-3.013.300	1.325.000	4.338.300	-2.947.000	1.391.300	4.338.300	-2.877.500	1.460.800
	42404	52290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 41	0	3.173.900	3.173.900	0	3.332.600	3.332.600	0	3.499.200	3.499.200
			Summe Veränderungen Aufwendungen		160.600			385.600			621.700	
			Begründung	Aufteilung entsprechend der Zuordnung der Sportsstätten lt. Org.-Verfügung, SG Freisportanlagen Zuordnung in OE 41 + Erhöhung								
64.	20101	52351000	Fahrzeugunterhaltung- Wartungs- und Instandsetzung	10.000	-3.500	6.500	10.000	-3.500	6.500	10.000	-3.500	6.500
	20101	52352000	Fahrzeugunterhaltung- Betriebs- und Schmierstoffe	8.000	-2.800	5.200	8.000	-2.800	5.200	8.000	-2.800	5.200
	20101	52380080	Zimmerausstattungen	1.000	-200	800	1.000	-200	800	1.000	-200	800
	20101	56131010	Reise- und Fahrkosten	4.500	-1.100	3.400	4.500	-1.100	3.400	4.500	-1.100	3.400
	20101	56220010	Laufende Leistungen auf Grund von Leasing - Verträgen	25.000	-8.800	16.200	25.000	-8.800	16.200	25.000	-8.800	16.200
	20101	56310020	Bürobedarf	6.100	-1.500	4.600	3.500	-900	2.600	3.500	-900	2.600
	20101	56310030	Vordrucke	300	-100	200	300	-100	200	300	-100	200
	20101	56310040	EDV-Büromaterial für den Verwaltungsbedarf	4.000	-1.000	3.000	4.000	-1.000	3.000	4.000	-1.000	3.000
	20101	56341000	Fernmeldegebühren	13.800	-2.700	11.100	13.800	-2.700	11.100	13.800	-2.700	11.100
	20101	56346000	Rundfunk- und Fernsehgebühren	1.000	-400	600	1.000	-400	600	1.000	-400	600
	20101	56412000	Kfz-Versicherungen	2.300	-800	1.500	2.300	-800	1.500	2.300	-800	1.500
	20101	56820000	Kraftfahrzeugsteuer	900	-300	600	900	-300	600	900	-300	600
	42405	52351000	Fahrzeugunterhaltung- Wartungs- und Instandsetzung	0	3.500	3.500	0	3.500	3.500	0	3.500	3.500
	42405	52352000	Fahrzeugunterhaltung- Betriebs- und Schmierstoffe	0	2.800	2.800	0	2.800	2.800	0	2.800	2.800
	42405	52380080	Zimmerausstattungen	0	200	200	0	200	200	0	200	200
	42405	56131010	Reise- und Fahrkosten	0	1.100	1.100	0	1.100	1.100	0	1.100	1.100
	42405	56220010	Laufende Leistungen auf Grund von Leasing - Verträgen	0	8.800	8.800	0	8.800	8.800	0	8.800	8.800
	42405	56310020	Bürobedarf	0	1.500	1.500	0	900	900	0	900	900
	42405	56310030	Vordrucke	0	100	100	0	100	100	0	100	100
	42405	56310040	EDV-Material für den Verwaltungsbedarf	0	1.000	1.000	0	1.000	1.000	0	1.000	1.000
	42405	56341000	Fernmeldegebühren	0	2.700	2.700	0	2.700	2.700	0	2.700	2.700
	42405	56346000	Rundfunk- und Fernsehgebühren	0	400	400	0	400	400	0	400	400
	42405	56412000	Kfz-Versicherungen	0	800	800	0	800	800	0	800	800
	42405	56820000	Kraftfahrzeugsteuer	0	300	300	0	300	300	0	300	300
			Summe Veränderungen Aufwendungen		0			0			0	
			Begründung	Umsetzung Organisationsverfügung 21/2020 Bildung des Amtes für Sport, Vereine und Ehrenamt								
65.	42402	56420010	Mitgliedsbeiträge an Verbände und Vereine	100	-100	0	100	-100	0	100	-100	0
	42405	56420010	Mitgliedsbeiträge an Verbände und Vereine	0	100	100	0	100	100	0	100	100
			Summe Veränderungen Aufwendungen		0			0			0	
			Begründung	Umsetzung Organisationsverfügung 21/2020 Bildung des Amtes für Sport, Vereine und Ehrenamt								
66.	42405	56251000	Vergütungen einschließlich Reisekosten an Sachverständige - Projekte, fachliche Begleitung	0	135.000	135.000	0	75.000	75.000	0	75.000	75.000
			Summe Veränderungen Aufwendungen		135.000			75.000			75.000	

lfd. Nr.	Produkt	Konto	Bezeichnung	HHPE	Veränderum	neuer Haushaltsansatz	HHPE	Veränderum	neuer Haushaltsansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushaltsansatz
				2021			2022			2023		
			Begründung	Neue, wesentliche Aufgabe des Amtes für Sport, Vereine und Ehrenamt laut Festlegung S3 + OB (Punkt 12) -> Kommunale Sportentwicklungsplanung; Neuausrichtung im Rahmen Teilung - Planungen für Großprojekte u. a. Sportpark Schmarl; Beratungs- bzw. Gutachterleistung sind an Dritte zu vergeben. Zugleich sind im Rahmen der daraus resultierenden Sportstättenentwicklungsplanung externe Planungsleistungen z.B. für Machbarkeits- bzw. Umsetzungsstudien zu finanzieren. 60.000 EUR in 2021 für Internetauftritt entsprechend Beschlusslage Bürgerschaft zur Einrichtung eines Online-Portals für die Belegungs- und Nutzungszeiten der Rostocker Sportstätten - geplant 51 PT (Programmiertage) --> Schnittstelle investiv (lt. Beschluss Kosten von 10.000 Euro) Nach Einholung der Angebote durch OE 06 müssen 60.000 EUR geplant werden.								
67.	42405	52520000	Kostenerstattungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0	1.400.000	1.400.000	0	1.400.000	1.400.000	0	1.400.000	1.400.000
			Summe Veränderungen Aufwendungen		1.400.000			1.400.000			1.400.000	
			Begründung	Vorteilsausgleich WIRO für die Unterdeckung im Bereich des Vereinssports laut 2020/BV/0802 1,4 Mio. EUR pro Jahr								
68.	42102	54190022	Zuschüsse an Verbände und Vereine - Vertragsförderung	330.000	12.000	342.000	330.000	12.000	342.000	330.000	12.000	342.000
			Summe Veränderungen Aufwendungen		12.000			12.000			12.000	
			Begründung	Vertragsabschluss nach HH-planung								
69.	42102	56360000	Öffentlichkeitsarbeit	76.200	75.000	151.200	67.200	75.000	142.200	67.200	75.000	142.200
			Summe Veränderungen Aufwendungen		75.000			75.000			75.000	
			Begründung	Mehrbedarf Veranstaltung 2021: Volleyball Nations League, Radsport Deutschland Tour, Marathonnacht; Umverlagerung finanzielle Mittel aus 03 (Büro OB) für internationale und nationale Großveranstaltungen;								
70.	42102	56930010	Repräsentationen, Ehrungen	20.000	5.000	25.000	20.000	0	20.000	20.000	0	20.000
			Summe Veränderungen Aufwendungen		5.000			0			0	
			Begründung	Verlagerung aus dem Konto Öffentlichkeitsarbeit aufgrund der Zusammenlegung von Zuständigkeiten bei Amtsneugründung								
71.	42403	56243020	Datenverarbeitung - Unterhaltung Software, Update - Wartung	0	3.300	3.300	0	3.300	3.300	0	3.300	3.300
	42404	56243020	Datenverarbeitung - Unterhaltung Software, Update - Wartung	0	5.000	5.000	0	5.000	5.000	0	5.000	5.000
			Summe Veränderungen Aufwendungen		8.300			8.300			8.300	
			Begründung	Nutzungskosten für SAP auf mobilen Geräten der Hallenwarte zur Schadensmeldung (Lizenzen investiv geplant)								
72.	27201	41441030	Zuwendung vom Bund-Projekte	0	25.000	25.000						
			Summe Veränderungen Erträge		25.000							
	27201	56310041	EDV -Material für den Verwaltungsbedarf - zweckgebunden	0	30.000	30.000						
			Summe Veränderungen Aufwendungen		30.000							

lfd. Nr.	Produkt	Konto	Bezeichnung	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz
				2021			2022			2023		
Begründung				Die Kulturstiftung des Bundes fördert im Rahmen des Programms "Digitalisierung für kulturell und soziokulturelle Einrichtungen" bis zu 500 T€ je Projekt. Die Stadtbibliothek stellt den Antrag auf die Mindestfördersumme von 50 T€ (dav. 25 T€ investiv und 25T€ für Aufwendungen. Der geforderte Eigenanteil von 10% (von 50 T€) wird in den Aufwendungen zusätzlich aufgenommen.								
73.	27101	44160000	Eintrittsgelder für kulturelle oder sportliche Veranstaltungen	450.000	-450.000	0	450.000	-450.000	0	450.000	-450.000	0
	27101	44190026	Sonstige Erträge - Teilnehmerentgelte	0	420.000	420.000	0	420.000	420.000	0	420.000	420.000
	27101	44190027	Sonstige Erträge - Teilnehmerentgelte (19%)	0	30.000	30.000	0	30.000	30.000	0	30.000	30.000
	27101	44251070	Kostenerstattungen und Kostenumlagen von privaten Unternehmen (19%)	100	-100	0	100	-100	0	100	-100	0
	27101	44259000	Kostenerstattungen und Kostenumlagen vom sonstigen privaten Bereichen	2.000	-2.000	0	2.000	-2.000	0	2.000	-2.000	0
	27101	44259001	Kostenerstattungen und Kostenumlagen vom sonstigen privaten Bereich (19%)	0	2.000	2.000	0	2.000	2.000	0	2.000	2.000
	Summe Veränderungen Erträge			-100			-100			-100		
27101	56310041	EDV Verwaltungsbedarf	0	12.400	12.400	0	19.100	19.100	0	10.800	10.800	
27101	54142000	Zuweisungen und Zuschüsse für lfd. Zwecke an das Land (Rückforderung)	0	2.000	2.000							
27101	56780003	Umsatzsteuer periodenfremd - Betriebsprüfung	0	6.100	6.100	0	0	0	0	0	0	
Summe Veränderungen Aufwendungen			20.500			19.100			10.800			
Begründung				Aufgrund der Steuerprüfung durch das Finanzamt wurden ab 01.01.2020 neue Konten eingerichtet, deren Planung 2021 nun anzupassen ist. Beim Konto EDV-Verwaltungsbedarf handelt es sich um die Verschiebung geplanter Investitionsmittel aus der Maßnahme Hard- und Software zur Verwaltungstätigkeit für die VHS. Grund ist die Anhebung der Wertuntergrenze bei den Einrichtungen der BgA ab 2020, die dazu führt, dass bisherige Investitionen in den Aufwandsbereich fallen und die Planung angepasst werden muss.								
74.	26301	41459000	Zuweisungen und Zuschüsse für lfd. Zwecke vom privaten Bereich	0	11.200	11.200						
Summe Veränderungen Erträge			11.200									
	26301	52450011	Lehr- und Unterrichtsmaterial-zweckgebunden	0	17.100	17.100						
26301	56120010	Aufwendungen für Qualifizierung	2.500	2.500	5.000							
Summe Veränderungen Aufwendungen			19.600									
Begründung				Grundlage ist der Vertrag zwischen dem Landesverband der Musikschulen in M-V mit dem Konservatorium der HRO für das Projekt Digitalisierung in den Musikschulen , die Förderquote beträgt 66%. Hierbei handelt es sich um Anschaffungen lt. Vertrag, die aufgrund der unteren Wertgrenze (250 € bei BgA) in den Aufwand fallen. Die höheren Aufwendungen für Qualifizierung sind erforderlich, um die Lehrkräfte in Hinsicht auf die digitale Umstellung des Musikunterrichtes intensiv zu schulen.								
75.	36101	41442070	Tageseinrichtungen (§§ 22, 22a, 23 SGB VIII) - Zuweisungen vom Land - allgemeine Förderung Kita	50.680.200	1.931.200	52.611.400	52.747.500	-1.181.300	51.566.200	54.906.400	-1.232.900	53.673.500
Summe Veränderungen Erträge			1.931.200			-1.181.300			-1.232.900			

lfd. Nr.	Produkt	Konto	Bezeichnung	HHPE	Veränderung um	neuer Haushaltsansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushaltsansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushaltsansatz
				2021			2022			2023		
	36101	54191100	Tageseinrichtungen (§§ 22, 22a, 23 SGB VIII) - Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke (KiföG M-V) - Entgelte	94.524.700	-2.679.400	91.845.300	96.887.900	-2.746.400	94.141.500	99.310.100	-2.815.000	96.495.100
			Summe Veränderungen Aufwendungen		-2.679.400		-2.746.400			-2.815.000		
			Begründung	Auf Grund der mit der aktuell gültigen Bevölkerungsprognose niedriger prognostizierten Bevölkerungszahlen im Kindesalter wurden die Haushaltsansätze neu berechnet und angepasst. Dabei ist des weiteren zu berücksichtigen, dass die Entgelte seit der Haushaltplanung bis zum jetzigen Zeitpunkt übermäßig stark angestiegen sind. In der Planung 2020 wurde, ausgehend von den durchschnittlichen Entgelten 2018, mit einer jährlichen Steigerung von 5% kalkuliert. Die reale Entwicklung der durchschnittlichen Entgelte fällt deutlich höher aus. So beträgt die Erhöhung im Vergleich 2019 zu 2020 im Bereich Krippe bei 9,3 %, im Bereich Kindergarten 27,1 % sowie im Bereich 6,8 %. Darüber hinaus ist zu beachten, dass bei allen Entgelten ab dem HHJ 2020 der Landesanteil von Fach- und Praxisberatung im Entgelt berücksichtigt ist (bisher erfolgte eine separate Finanzierung neben dem Entgelt). Beim Entgelt im Bereich Kindergarten enthält des weiteren ab 2020 auch die bisher über die Landeszuweisung finanzierten finanziellen Mittel für die Ausweitung der mittelbaren pädagogischen Arbeit sowie die Absenkung des Fachkraft-Kind-Verhältnisses.								
76.	36102	41442070	Tagespflege (§ 23 SGB VIII) - Zuweisungen vom Land - allgemeine Förderung Kita	1.977.200	849.200	2.826.400	2.063.300	-220.600	1.842.700	2.153.200	-230.200	1.923.000
			Summe Veränderungen Erträge		849.200		-220.600			-230.200		
	36102	54191100	Tagespflege (§ 23 SGB VIII) - Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke (KiföG M-V) - Entgelte	5.669.100	-671.800	4.997.300	5.810.900	-688.600	5.122.300	5.956.200	-705.800	5.250.400
			Summe Veränderungen Aufwendungen		-671.800		-688.600			-705.800		
			Begründung	Auf Grund der mit der aktuell gültigen Bevölkerungsprognose niedriger prognostizierten Bevölkerungszahlen im Kindesalter wurden die Haushaltsansätze im Breich der Tagespflege neu berechnet und angepasst								
77.	36301	41442014	Schul- und Jugendsozialarbeit (§§13, 14 SGB VIII) - Zuweisung vom Land-Jugendsozialarbeit (ESF)	0	513.400	513.400	0	511.000	511.000			
	36301	41442016	Schul- und Jugendsozialarbeit (§§13, 14 SGB VIII) - Zuweisung vom Land-Schulsozialarbeit (ESF)	560.700	56.400	617.100	0	616.700	616.700			
	36301	41442034	Schul- und Jugendsozialarbeit (§§13, 14 SGB VIII) - Zuweisung vom Land Landesprogramm zur Unterstützung der Schulsozialarbeit	0	241.800	241.800	0	232.400	232.400			
			Summe Veränderungen Erträge		811.600		1.360.100					
			Begründung	Durch das Ministerium für Soziales, Integration und Gleichstellung M-V wurde mit Mail vom 12.06.2020 sowie 24.07.2020 der HRO das Budget für die Jugend- und Schulsozialarbeit für den Zeitraum 2021/2022 mitgeteilt, so dass die Förderung des Landes entsprechend im Haushalt der HRO zu veranschlagen ist. Die Finanzierung der Aufwendungen/Auszahlungen ist bereits Bestandteil des Beschlusses zum Doppelhaushalt 2020/2021.								
78.	51102	56251012	Vergütungen einschließlich Reisekosten an Sachverständige - Regiopolen und Regiopolregionen für Deutschland	0	57.000	57.000	0	51.900	51.900	0	0	0
	51102	50221100	Dienstbezüge Arbeitnehmer - Beschäftigte	0	33.300	33.300	0	33.300	33.300	0	0	0
			Summe Veränderungen Aufwendungen		90.300		85.200			0		

lfd. Nr.	Produkt	Konto	Bezeichnung	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz
				2021			2022			2023		
	51102	41445000	Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke von Anstalten des öffentlichen Rechts	0	2.000	2.000	0	2.000	2.000	0	0	0
	51102	41443001	Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke von Gemeinden und Gemeindeverbände - Regiopolen und Regiopoleregionen für Deutschland - Personal	0	33.300	33.300	0	33.300	33.300	0	0	0
	51102	41443002	Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke von Gemeinden und Gemeindeverbände - Regiopolen und Regiopoleregionen für Deutschland - Sachaufwendungen	0	53.000	53.000	0	47.900	47.900	0	0	0
			Summe Veränderungen Erträge		88.300			83.200			0	
			Begründung	Die Hanse- und Universitätsstadt Rostock beteiligt sich als Partner des Deutschen RegioPole-Netzwerks auf der Grundlage des Zuwendungsbescheides vom 09.03.2020 am Modellvorhaben des Bundes "Regiopolen und Regiopoleregion für Deutschland, als ein Beitrag zur nachhaltigen Sicherung gleichwertiger Lebensverhältnisse in städtischen und ländlichen Räumen Deutschlands". Mit dem Ergänzungsbeschluss werden die finanziellen Auswirkungen der Hansestadt Rostock geordnet.								
79.	11402	44110030	Vermietungen von kommunalen Grund/Boden	675.000	50.000	725.000	675.000	50.000	725.000	675.000	50.000	725.000
			Summe Veränderungen Erträge		50.000			50.000			50.000	
			Begründung	Die Erhöhung der Planansätze orientiert sich an der durchschnittlichen Erfüllung der Jahre 2017 bis 2020, ohne Berücksichtigung einmaliger und unvorhergesehener Sonderzahlungen.								
80.	11402	44110220	Erträge aus Erbbaurecht	1.920.000	40.400	1.960.400	2.070.000	-109.600	1.960.400	2.220.000	-259.600	1.960.400
			Summe Veränderungen Erträge		40.400			-109.600			-259.600	
			Begründung	Aufgrund der geltenden Zinsvorgaben durch das Ministerium für Inneres und Europa ist die Vermarktung von Erbbaurechten als schwierig zu bewerten. Die während der HH-Planung in 2019 angenommene Erhöhung der Erträge aus der Vermarktung von Erbbaurechten ist somit vorsichtiger einzuschätzen.								
81.	11402	44190004	Sonstige Entgelte aus Grundstücksangelegenheiten	5.000	5.000	10.000	5.000	5.000	10.000	5.000	5.000	10.000
			Summe Veränderungen Erträge		5.000			5.000			5.000	
			Begründung	Die Erhöhung der Planansätze orientiert sich an einer verbesserten Ertragssituation aufgrund der geänderten Entgeltordnung.								
82.	11402	46150000	Erträge aus der Veräußerung von Vorräten	7.300.000	200.000	7.500.000	1.300.000	6.200.000	7.500.000	1.300.000	0	1.300.000
			Summe Veränderungen Erträge		200.000			6.200.000			0	
			Begründung	Durch Verzögerungen bei den B-Planverfahren kommt es zu einer zeitlichen Verschiebung von mehreren Vorgängen. Zu beachten ist, dass nach derzeitigem Kenntnisstand nicht alle ursprünglich geplanten Verkaufsvorgänge in dem Zeitraum 2021 bis 2023 veräußert werden können. Die gesamtplanerische Verringerung in dem Zeitraum von 2020 - 2023 i.H.v. ca. 5,7 Mio. EUR ist nach aktuellem Sachstand im Wesentlichen auf folgende Verkaufsvorgänge zurückzuführen:								
83.	51108	43120010	Verwaltungsgebühren	175.000	-10.000	165.000	175.000	-10.000	165.000	175.000	-10.000	165.000
			Summe Veränderungen Erträge		-10.000			-10.000			-10.000	
			Begründung	Der Erhalt der Erträge hängt maßgeblich von Art und Anzahl der Anträge ab. Außerdem wird in absehbarer Zeit (vorauss. 2022/2023) ein Teil der Erträge aufgrund künftiger Kostenfreiheit einzelner Dienstleistungen des Katasters wegfallen. Der Verlust soll durch eine Erhöhung der Zuweisungen des Landes nach dem FAG M-V ausgeglichen werden.								

lfd. Nr.	Produkt	Konto	Bezeichnung	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz
				2021			2022			2023		
84.	51108	46113000	Erträge aus der Veräußerung von beweglichem Vermögensgegenständen oberhalb der Wertgrenze i.H. von 410 Euro	5.000	-5.000	0	0	0	0	0	5.000	5.000
			Summe Veränderungen Erträge		-5.000		0			5.000		
			Begründung	Aufgrund der Verschiebung der Maßnahme Erwerb eines neuen Vermessungsfahrzeuges in das HH-Jahr 2023 kommt es ebenfalls zu einer Verschiebung der Veräußerung des aktuellen Vermessungsfahrzeuges in dasselbe HH-Jahr.								
85.	11402	52311020	Unterhaltung der Grundstücke - Baufreimachung für den Wohnungsbau	2.376.300	-866.300	1.510.000	0	1.810.000	1.810.000	0	520.000	520.000
			Summe Veränderungen Aufwendungen		-866.300		1.810.000			520.000		
			Begründung	Zum Zeitpunkt der Planung des Doppelhaushaltes 2020/2021 war beabsichtigt, die Flächen der Gartenanlagen bis Ende 2021 zu beräumen und danach für den sich anschließenden Wohnungsbau zur Verfügung zu stellen. Durch Verzögerungen bei den B-Planverfahren sowie Beachtung von naturschutzrechtlichen Belangen kommt es zu einer zeitlichen Verschiebung von Maßnahmen im Bereich								
86.	11402	56290010	Sonstige Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten - Aufwendungen für Dienstleistungen durch Dritte	14.600	-6.600	8.000	14.600	-6.600	8.000	14.600	-6.600	8.000
			Summe Veränderungen Aufwendungen		-6.600		-6.600			-6.600		
			Begründung	Die Reduzierung der Planansätze orientiert sich an der durchschnittlichen Erfüllung der Jahre 2017 bis 2020.								
87.	11402	56520000	Verluste aus Wertminderungen und dem Abgang von Gegenständen des Umlaufvermögens	3.100.000	-280.000	2.820.000	700.000	2.120.000	2.820.000	700.000	-50.000	650.000
			Summe Veränderungen Aufwendungen		-280.000		2.120.000			-50.000		
			Begründung	Änderungen in den Planzahlen sind auf 2 Ursachen zurückzuführen. Zum einen hat Amt 62 erneut eine Überprüfung zwischen der Relation								
88.	51108	52360020	Arbeitsgeräte und -maschinen	4.000	-1.000	3.000	4.000	-1.000	3.000	4.000	-1.000	3.000
			Summe Veränderungen Aufwendungen		-1.000		-1.000			-1.000		
			Begründung	Die Verringerung der Planansätze ist in einer Bedarfsreduzierung begründet.								
89.	54101	52220100	Aufwendungen Regenwasserbeseitigung	1.300.000	-100.000	1.200.000						
			Summe Veränderungen Aufwendungen		-100.000							
			Begründung	In Anpassung an die Kennziffer gem. Bescheid für 2020 zum Kommunalanteil Niederschlagswasserbeseitigung								
90.	54101	52331000	Unterhaltung der Brücken, Tunnel und ingenieurtechnischen Anlagen	545.000	-100.000	445.000						
			Summe Veränderungen Aufwendungen		-100.000							
			Begründung	Die Anpassung erfolgt an die Erfüllung der Kennziffer bis 08/2020. Gegenwärtig ist Personal auch für die BUGA abgestellt.								
91.	54101	52338050	Wartung und Pflege der Lichtsignalanlagen	590.000	-100.000	490.000	590.000	-100.000	490.000	590.000	-100.000	490.000
			Summe Veränderungen Aufwendungen		-100.000		-100.000			-100.000		
			Begründung	Die Anpassung erfolgt gem. Jahresergebnis für 2019 und in Hinblick auf die Erfüllung der Kennziffer bis 08/2020.								

lfd. Nr.	Produkt	Konto	Bezeichnung	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz
				2021			2022			2023		
92.	54101	52339001	Unterhaltung sonstigen Infrastrukturvermögen-Durchlässe DN 200	200.000	-100.000	100.000						
			Summe Veränderungen Aufwendungen		-100.000							
			Begründung	Der Bereich der Reparaturen der Durchlässe befindet sich noch in der Aufbauphase. Der Reparaturaufwand ist aktuell noch nicht								
93.	54300	52338050	Wartung und Pflege der Lichtsignalanlagen	450.000	-150.000	300.000	450.000	-150.000	300.000	450.000	-150.000	300.000
			Summe Veränderungen Aufwendungen		-150.000		-150.000			-150.000		
			Begründung	Die Anpassung erfolgt gem.Jahresergebnis für 2019 und in Hinblick auf die Erfüllung der Kennziffer bis 08/2020.								
94.	54400	52338050	Wartung und Pflege der Lichtsignalanlagen	46.000	-15.000	31.000	46.000	-15.000	31.000	46.000	-15.000	31.000
			Summe Veränderungen Aufwendungen		-15.000		-15.000			-15.000		
			Begründung	Die Anpassung erfolgt gem.Jahresergebnis für 2019 und in Hinblick auf die Erfüllung der Kennziffer bis 08/2020.								
95.	54400	52338090	Unterhaltung der Straßenbeleuchtung	54.000	-15.000	39.000	54.000	-15.000	39.000	54.000	-15.000	39.000
			Summe Veränderungen Aufwendungen		-15.000		-15.000			-15.000		
			Begründung	Die Anpassung erfolgt gem.Jahresergebnis für 2019 und in Hinblick auf die Erfüllung der Kennziffer bis 08/2020.								
96.	54601	56290010	Sonstige Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Dienstleistungen durch Dritte	35.000	50.000	85.000	35.000	50.000	85.000	35.000	50.000	85.000
			Summe Veränderungen Aufwendungen		50.000		50.000			50.000		
			Begründung	Die Anpassung erfolgt gem.Jahresergebnis für 2019 und in Hinblick auf die Erfüllung der Kennziffer bis								
97.	55100	52312121	Festwertfinanzierte Aufwendungen für die Unterhaltung von Spielanlagen - Städtischer Anteil	0	0	0	45.000	-45.000	0	55.000	-10.000	45.000
	55100	52312322	Festwertfinanzierte Aufwendungen für die Unterhaltung von Grünanlagen - Städtischer Anteil	0	0	0	45.000	-45.000	0	55.000	-10.000	45.000
	55401	52312324	Festwertfinanzierte Aufwendungen für den Naturschutzausgleich - Städtischer Anteil	10.000	-10.000	0	50.000	-40.000	10.000	50.000	0	50.000
			Summe Veränderungen Aufwendungen		-10.000		-130.000			-20.000		
			Begründung	Die Errichtung neuer Wohnngsbaustandorte verzögert sich. Siehe auch Investitionshaushalt, hier Planung Anteil festwertfinanzierter Anteile an den Investitionsmaßnahmen.								
98.	55100	52312300	Aufwendungen für die Unterhaltung von Grünanlagen	133.400	120.000	253.400	389.000	0	389.000	289.400	-120.000	169.400
			Summe Veränderungen Aufwendungen		120.000		0			-120.000		
			Begründung	Auf dem Lagerplatz Ostseeallee werden Grünschnittreste aus dem öffentlichen Straßenbegleitgrün und den Grünflächen im Rostocker Nordwesten zwischengelagert und müssen gemäß Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG) entsorgt werden. Gem. § 15 KrWG ist der Erzeuger/Besitzer der Abfälle verpflichtet diese zu entsorgen. So wurde die Beräumung in die Finanzplanung 2022 (250 T€) und 2023 (150 T€) eingeordnet. Die Beräumung des zwischengelagerten Grünschnittes vom Lagerplatz Ostseeallee soll möglichst schnell erfolgen, da der Platz in seiner Kapazität begrenzt ist und auf Grund der immer öfter auftretenden Hitze- und Trockenheitsperioden die Entzündungs- und damit Brandgefahr stetig wächst. Deshalb ist mit der Beräumung bereits 2021 zu beginnen.								

lfd. Nr.	Produkt	Konto	Bezeichnung	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz
				2021			2022			2023		
99.	55100	56290060	Vergabeleistungen für die Unterhaltung von Grünanlagen einschließlich Straßenbegleitgrün	1.740.000	-310.000	1.430.000	1.462.500	10.000	1.472.500	1.303.500	210.000	1.513.500
			Summe Veränderungen Aufwendungen		-310.000			10.000			210.000	
			Begründung	In der Planung wurden für Wegeinstanzsetzung lt. vorliegendem Wegekonzept in Höhe von 594 T€ für den Lindenberg und St.-Jantzen-Park nur in die Jahre 2021 und 2022 eingeordnet. Nach Prüfung der Umsetzbarkeit wurden die Mittel von 2021 in Höhe von 440 T€ auf 120 T€ gekürzt und 320 T€ in die Folgejahre geschoben. In Höhe von 10 T€ wurden auf Grund der Empfehlung vom Bundesamt des Inneren für Bau u. Heimat (17.06.2020) "VOB - Ergänzung der Besonderen Vertragsbedingungen" für die Erstattung von Mehrkosten für Hygiene- u. Gesundheitsmaßnahmen im räumlichen Kontext zur Baustelle, die durch COVID 19 Pnad. verursacht wurden, zusätzlich eingeordnet.								
100.	55303	56710000	Gewerbesteuer	61.700	-9.000	52.700	61.700	-9.000	52.700	61.700	-9.000	52.700
	55303	56720000	Körperschaftsteuer	56.500	-7.900	48.600	56.500	-7.900	48.600	56.500	-7.900	48.600
	55303	56720010	Körperschaftsteuer - Solidaritätszuschlag	3.100	-400	2.700	3.100	-400	2.700	3.100	-400	2.700
	55303	56730000	Kapitalertragssteuer	34.500	-22.500	12.000	34.500	-22.500	12.000	34.500	-22.500	12.000
	55303	56730010	Kapitalertragssteuer - Solidaritätszuschlag	1.900	-1.200	700	1.900	-1.200	700	1.900	-1.200	700
			Summe Veränderungen Aufwendungen		-41.000			-41.000			-41.000	
			Begründung	Grundlage der Änderung der Ansätze für Gewerbe- und Körperschaftsteuer sind die vom Finanzamt festgelegten Vorauszahlungen für das Jahr 2020 auf der Grundlage der Steuererklärung 2018. Für die Änderung der Kapitalertragssteuer bildet die Steuererklärung 2019 die								
101.	55302	44150010	Laufende Grabnutzungsentgelt - Entgelte aus Dienstleistungen für den Bürger	230.000	-26.800	203.200	230.000	-26.800	203.200	230.000	-26.800	203.200
			Summe Veränderungen Erträge		-26.800			-26.800			-26.800	
			Begründung	Die Planung des Doppelhaushaltes 2020/2021 erfolgte auf der Grundlage der zur Planung vorliegenden Durchschnittswerte der Jahre 2018/2019. Mit Auslaufen des Leistungsangebotes Bereitstellung von Urnengemeinschaftsanlagen (UGA) mit der Möglichkeit der Namensanbringung auf dem Westfriedhof und dem Neuen Friedhof in Warnemünde sowie die Begrenzung auf nur einer Anlage auf dem Neuen Friedhof Rostock ist hierfür eine Ansatzminderung zu planen.								
102.	55303	43120012	Verwaltungsgebühren (Ust)	52.500	-10.900	41.600	52.500	-10.900	41.600	52.500	-10.900	41.600
	55303	43220037	Benutzungsentgelte (Ust)	1.007.500	-133.500	874.000	1.007.500	-133.500	874.000	1.007.500	-133.500	874.000
	55303	44110020	Mieten und Pachten (19%)	15.000	-700	14.300	15.000	-700	14.300	15.000	-700	14.300
			Summe Veränderungen Erträge		-145.100			-145.100			-145.100	
			Begründung	Rückgang der Einäscherungen und Aufbewahrungen, da sich die Anzahl der Bestattungsunternehmen, die auswärts einäschern lassen, gestiegen ist und durch das gute Leistungsangebot in Schwerin auch noch weiter ansteigen kann. Daraufhin wurden die Planansätze überarbeitet. Grundlage der Planung des Doppelhaushaltes 2020/2021 waren die Istwerte der Vorjahre.								
103.	54101	56290015	Aufwendungen für Dienstl. durch Dritte - Planungsleistungen	0	50.000	50.000	0	50.000	50.000	0	50.000	50.000
	51104	56290016	Aufwendungen für Dienstl. durch Dritte - Planung Ingenieurbauwerke	165.000	-165.000	0	120.000	-120.000	0	120.000	-120.000	0
	54101	56290016	Aufwendungen für Dienstl. durch Dritte - Planung Ingenieurbauwerke	0	112.600	112.600	0	67.600	67.600	0	67.600	67.600
	51104	56290110	Aufwendungen für Dienstl. durch Dritte - Verkehrsmanagement	0	52.000	52.000	0	52.000	52.000	0	52.000	52.000

lfd. Nr.	Produkt	Konto	Bezeichnung	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz
				2021			2022			2023		
	54101	56290110	Aufwendungen für Dienstl. durch Dritte - Verkehrsmanagement	26.000	-26.000	0	26.000	-26.000	0	26.000	-26.000	0
	54200	56290110	Aufwendungen für Dienstl. durch Dritte - Verkehrsmanagement	1.000	-1.000	0	1.000	-1.000	0	1.000	-1.000	0
	54300	56290110	Aufwendungen für Dienstl. durch Dritte - Verkehrsmanagement	14.000	-14.000	0	14.000	-14.000	0	14.000	-14.000	0
	54400	56290110	Aufwendungen für Dienstl. durch Dritte - Verkehrsmanagement	11.000	-11.000	0	11.000	-11.000	0	11.000	-11.000	0
	11111	56290014	Aufwendungen für Dienstl. durch Dritte - Projekte - Mobilitätskoordinator	94.300	-94.300	0	95.000	-95.000	0	95.000	-95.000	0
	11405	56290014	Aufwendungen für Dienstl. durch Dritte - Projekte - Mobilitätskoordinator	0	89.000	89.000	0	89.700	89.700		89.700	89.700
	11166	56120010	Aufwendungen für Qualifizierung	34.000	-7.500	26.500	34.000	-7.500	26.500	34.000	-7.500	26.500
	11166	56131010	Reise- und Fahrkosten	15.000	-3.000	12.000	15.000	-3.000	12.000	15.000	-3.000	12.000
	11166	56310020	Bürobedarf	3.700	-700	3.000	3.700	-700	3.000	3.700	-700	3.000
	11166	56310030	Vordrucke	8.000	-7.000	1.000	8.000	-7.000	1.000	8.000	-7.000	1.000
	11166	56321000	Bücher	5.500	-2.500	3.000	5.500	-2.500	3.000	5.500	-2.500	3.000
	11166	56341000	Fernmeldegebühren	25.000	-5.000	20.000	25.000	-5.000	20.000	25.000	-5.000	20.000
	11166	56346000	Rundfunk+Fernsehgebühren	3.800	-800	3.000	3.800	-800	3.000	3.800	-800	3.000
	54101	52351010	Haltung von Fahrzeugen	130.000	-2.000	128.000	130.000	-2.000	128.000	130.000	-2.000	128.000
	54101	56412000	Kfz-Versicherungen	15.000	-1.100	13.900	15.000	-1.100	13.900	15.000	-1.100	13.900
	54101	56820000	Kfz-Steuer	5.000	-100	4.900	5.000	-100	4.900	5.000	-100	4.900
	11405	52210000	Hausgebühren	0	100	100	0	100	100	0	100	100
	11405	52420010	Verpflegung/ Bewirtung	0	100	100	0	100	100	0	100	100
	11405	52490050	sonstige Sachaufwendungen	0	100	100	0	100	100	0	100	100
	11405	56120010	Aufwendungen für Qualifizierung	0	9.000	9.000	0	9.000	9.000	0	9.000	9.000
	11405	56131010	Reise- und Fahrkosten	0	6.000	6.000	0	6.000	6.000	0	6.000	6.000
	11405	56310020	Bürobedarf	0	1.000	1.000	0	1.000	1.000	0	1.000	1.000
	11405	56310030	Vordrucke	0	6.700	6.700	0	6.700	6.700	0	6.700	6.700
	11405	56310040	EDV-Material für den Verwaltungsbedarf	0	500	500	0	500	500	0	500	500
	11405	56321000	Bücher	0	3.000	3.000	0	3.000	3.000	0	3.000	3.000
	11405	56331000	Porto	0	2.000	2.000	0	2.000	2.000	0	2.000	2.000
	11405	56341000	Fernmeldegebühren	0	3.000	3.000	0	3.000	3.000	0	3.000	3.000
	11405	56344010	Wartung von Telekommunikationsgeräten	0	100	100	0	100	100	0	100	100
	11405	56346000	Rundfunk+Fernsehgebühren	0	800	800	0	800	800	0	800	800
	11405	56930010	Repräsentationen	0	800	800	0	800	800	0	800	800
	11405	52351010	Haltung von Fahrzeugen	0	3.000	3.000	0	3.000	3.000	0	3.000	3.000
	11405	56412000	Kfz-Versicherungen	0	1.100	1.100	0	1.100	1.100	0	1.100	1.100
	11405	56820000	Kfz-Steuer	0	100	100	0	100	100	0	100	100
			Summe Veränderungen Aufwendungen		0			0			0	
			Begründung	Umsetzung der Organisationsverfügung 19/20 - Bildung des Amtes für Mobilität								
104.	53701	43222000	Entgelte für die Abfallentsorgung	17.218.800	1.706.900	18.925.700						
	53701	46290000	Sonstige laufende Erträge	742.100	154.300	896.400						
	53701	43800000	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten für den Gebührenaussgleich	661.800	-369.400	292.400						
			Summe Veränderungen Erträge		1.491.800							

lfd. Nr.	Produkt	Konto	Bezeichnung	HHPE	Veränderung um	neuer Haushaltsansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushaltsansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushaltsansatz
				2021			2022			2023		
	53701	52551000	Kostenerstattungen an private Unternehmen	6.683.100	941.100	7.624.200						
	53701	52551010	Kostenerstattungen an private Unternehmen - SR GmbH	11.272.700	551.700	11.824.400						
	53701	56551000	Einzelwertberichtigung zu Forderungen	7.300	-7.300	0						
			Summe Veränderungen Aufwendungen		1.485.500							
			Begründung	Die erste Satzung zur Änderung der Satzung der HRO über die Erhebung von Gebühren für die Inanspruchnahme der öffentlichen Einrichtungen und Anlagen zur Abfallentsorgung (Abfallgebührensatzung) wird der Bürgerschaft im November 2020 zur Beschlussfassung vorgelegt. Die Steigerung der Erträge ergibt sich aus den gebührenpflichtigen Kostensteigerungen. Die Kostensteigerung der Abfallverwertung ist bedingt durch die Erweiterung der Recyclinghöfe und Investitionskosten, die Errichtung einer neuen Grüngutkompostierungsanlage sowie tarifbedingten Personalkostensteigerungen.								
105.	54501	43223000	Entgelte für Straßenreinigung	4.338.900	33.500	4.372.400						
			Summe Veränderungen Erträge		33.500							
	54501	52551010	Kostenerstattungen an private Unternehmen - SR GmbH	6.165.500	-167.600	5.997.900						
	54501	56551000	Einzelwertberichtigung zu Forderungen	3.700	-3.700	0						
			Summe Veränderungen Aufwendungen		-171.300							
			Begründung	Die erste Satzung zur Änderung der Gebührensatzung für die Straßenreinigung in der HRO wird der Bürgerschaft im November 2020 zur Beschlussfassung vorgelegt. Die Steigerung der Erträge ergibt sich aus der Erhöhung der gebührenfähigen Kosten.								
106.	54502	52551010	Kostenerstattungen an private Unternehmen - SR GmbH	915.200	6.200	921.400						
	54502	52490170	Ersatzvornahmen	25.000	25.000	50.000						
			Summe Veränderungen Aufwendungen		31.200							
			Begründung	Die Kosten für die Papierkorbentleerung haben sich von 2,93 EUR auf 3,02 EUR je Entleerung erhöht. Aufgrund der zunehmenden Anzahl von Ersatzvornahmen und den damit verbundenen Kosten ist der Haushaltsansatz in der bisherigen Höhe nicht ausreichend.								
107.	55404	56251010	Vergütungen einschließlich Reisekosten an Sachverständige	0	150.000	150.000	0	75.000	75.000	0	75.000	75.000
			Summe Veränderungen Aufwendungen		150.000			75.000			75.000	
			Begründung	Die Bürgerschaft hat auf ihrer Sitzung am 09.09.2020 die Beschlussvorlage 2020/BV/1284 zum Maßnahmeplan 2020 zum Klimaschutz in der Fassung des Änderungsantrages der Fraktionen DIE LINKE.PARTEI, CDU/UFR, BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN, SPD beschlossen. Laut Änderungsantrag ist der personelle und finanzielle Bedarf spätestens mit dem Ergänzungsbeschluss für den Haushalt 2021 und den folgenden Haushaltsplänen zur Verfügung zu stellen. Mit der Beschlussvorlage wurde der Stand der laufenden Maßnahmen benannt und der neue Maßnahmeplan 2020 beschlossen. Ab dem Jahr 2021 sind Energiekonzepte für kommunale Gebäude und für B-Pläne zu erstellen. Hierfür sind jährlich 50.000 EUR erforderlich. Für das Jahr 2021 sind die Vorarbeiten für die Fortschreibung des Masterplans 100% Klimaschutz vorgesehen. Das betrifft im Einzelnen die Erstellung von Gutachten für CO ₂ Bilanzierungen für politische Beschlüsse und Entscheidungen über Investitionen ab 100.000 EUR (Maßnahme-Nr. 1), für den Bereich Flug- und Schiffsverkehr (Maßnahme-Nr. 3) und im Zuge der Nachsteuerung zur Verbesserung der Klimaauswirkungen des MOPZ (Maßnahme-Nr. 8) in Höhe von insgesamt 75.000 EUR. Darüber hinaus sind 25.000 EUR für die Umsetzung des Beschlusses 2020/AN/0952-01 für die Durchführung einer Informations- und Beratungskampagne "Solaroffensive" vorgesehen. Im Jahr 2022 erfolgt die Evaluierung aller Klimaschutzmaßnahmen und die Fortschreibung des Masterplans für 25.000 EUR. Ab dem Jahr 2023 beginnt eine Bürgerbeteiligungskampagne "Rostocker Klimagespräche" (2x jährlich) in Höhe von insgesamt 25.000 EUR pro Jahr.								

lfd. Nr.	Produkt	Konto	Bezeichnung	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz
				2021			2022			2023		
108.	12400	43120050	Gebühren für Laboruntersuchungen	14.500	2.000	16.500	14.500	2.000	16.500	14.500	2.000	16.500
	12400	43120190	Gebühren aus der Hundehalterverordnung	1.500	2.300	3.800	1.500	2.300	3.800	1.500	500	2.000
			Summe Veränderungen Erträge		4.300		4.300				2.500	
			Begründung	Anpassung der Ansätze entsprechend der Erfüllung.								
109.	12400	52490030	Tierseuchenbekämpfung	40.200	25.000	65.200	40.200	25.000	65.200	40.200	25.000	65.200
			Summe Veränderungen Aufwendungen		25.000		25.000				25.000	
			Begründung	Mehrkosten auf Grund der Umsetzung der Verwaltungsvorschrift des Landes M-V über das Verfahren zum Umgang mit Fundtieren vom 2. Juli 2020								
110.	55500	44110130	Jagdverpachtungen (USt)	42.000	-8.000	34.000	42.000	-15.000	27.000	42.000	-15.000	27.000
	55500	44190011	Sonstige - Erträge aus Verkauf	620.000	-320.000	300.000	650.000	-340.000	310.000	650.000	-320.000	330.000
	55500	44190012	Erträge aus Verkauf - (10,7%) = Wild	40.000	-8.000	32.000	40.000	-8.000	32.000	42.000	-9.000	33.000
			Summe Veränderungen Erträge		-336.000		-363.000				-344.000	
			Begründung	Jagdverpachtungen: Bei zu erwartender weiterer Ausbreitung der Afrik. Schweinepest kommt es zu Jagdbeschränkungen/-verboten, d. h. Begehscheinentgelte werden billiger Holz: Aufgrund des deutschlandweit massiven Schadholzaufkommen ist der Holzmarkt seit M/E 2019 im Niedergang, typische Preise haben sich um 11-44 % reduziert, bis hin zur Unverkäuflichkeit von Sortimenten/Baumarten. Eine Erholung wird frühestens für 2023 erwartet. Wildverkauf: Bereits seit 2019 sind rückläufige Preise zu verzeichnen, seit 04/2020, 08/2020 Preisverfall wegen Ausweitung Schwarzwildbejagung & Afrik. Schweinepest, Bejagungseinschränkungen und weiterer Preisverfall wird erwartet. Der Preisverfall ist nur z. T. durch Änderung der Verkaufspraxis aufzufangen.								
111.	54802	44110020	Mieten und Pachten	875.000	-300.000	575.000	875.000	-300.000	575.000	875.000	-300.000	575.000
			Summe Veränderungen Erträge		-300.000		-300.000				-300.000	
			Begründung	Die 6. Vertragsänderung -Pachvertrag Mietzins Passagierkai -mit Rostock Port wurde nicht unterschrieben, so dass Mindererträgen in Höhe von 300.000 EUR zu erwarten sind.								
112.	54805	52336020	Unterhaltung und Bewirtschaftung der Spülfelder	500.000	-160.000	340.000	530.000	-130.000	400.000	650.000	-150.000	500.000
			Summe Veränderungen Aufwendungen		-160.000		-130.000				-150.000	
			Begründung	Die Ansätze für die Unterhaltung und Bewirtschaftung der Spülfelder sind schwer planbar. In den letzten Jahren, sind die Aufwendungen/Auszahlungen - Verwertung von Baggergut aus der IAA Rostock geringer abgerechnet worden, als erwartet. Das hängt vor allem mit dem geringen Absatz im Bodenverkauf zusammen, da hier die Leistungen für Transporte wegfallen. Im Ergebnis dieser Entwicklung, wird eingeschätzt, dass Änderungen der Planansätze notwendig sind.								

lfd. Nr.	Produkt	Konto	Bezeichnung	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz
				2021			2022			2023		
113.	54805	52336021	Unterhaltung und Bewirtschaftung der Spülfelder Schnatermann Polder 1 -Brutto	750.000	-650.000	100.000	750.000	-350.000	400.000	0	500.000	500.000
Summe Veränderungen Aufwendungen					-650.000		-350.000			500.000		
Begründung				Nach der chemischen Untersuchung des Materials wurde in Abstimmung mit der UWB die Umlagerung auf eine Reifefläche vorgenommen. Dort kann das Material gezielt behandelt und zertifiziert werden. Durch die Behörde (StALU, Abt. Wasser und Boden) wurden im Rahmen der Regelüberwachung Möglichkeiten für eine alternative Verwertung des Materials gesehen. Eine Verlängerung der nach BImSchG angezeigten temporären Maßnahme ist möglich. Daher kann der Ansatz in Höhe der eingestellten Aufwendungen/Auszahlungen für das Jahr 2021 aufgrund der guten Behandlungsmöglichkeiten auf der Reifefläche und des Zeitgewinns reduziert werden.								

114.	61103	41320700	Sonstige allgemeine Zuweisungen vom Land - Ausgleich von Soziallasten im Zusammenhang mit flüchtlingsbezogenen Mehrbelastungen	0	400.600	400.600						
			Summe Veränderungen Erträge		400.600							
			Begründung	Entsprechend der Verordnung über den kommunalen Anteil an der Pauschale für flüchtlingsbezogene Zwecke vom 17.07.2020 werden der HRO, zur Deckung des sich aus der Integrationsaufgabe ergebenden erhöhten Verwaltungs- und Betreuungsaufwands sowie zur Unterstützung von Maßnahmen zur Förderung des Zusammenlebens, Zuweisungen für das HHJ 2021 zur Verfügung gestellt.								

115.	61103	41110000	Schlüsselzuweisungen vom Land	113.209.100	-833.300	112.375.800	112.315.400	-9.539.600	102.775.800	110.101.500	-2.525.700	107.575.800
	61103	41320200	Zuweisung übertragener Wirkungskreis	24.364.800	64.700	24.429.500	24.364.800	64.700	24.429.500	24.364.800	64.700	24.429.500
	61103	41320210	Zuweisung Träger Katasterämter	1.347.300	-44.900	1.302.400	1.347.300	-44.900	1.302.400	1.347.300	-44.900	1.302.400
	Summe Veränderungen Erträge				-813.500			-9.519.800			-2.505.900	
	Begründung			Anpassung der Ansätze an die Orientierungsdaten vom Ministerium für Inneres und Europa M-V zum kommunalen Finanzausgleich für die Haushaltsplanung 2021 vom 02.10.2020. In den Jahren 2022 und 2023 wird die Gesamtschlüsselmasse voraussichtlich erheblich reduziert.								

116.	61201	57511000	Zinsaufwendungen an Banken	1.754.600	-800.600	954.000	2.102.300	-1.330.800	771.500	2.406.100	-1.903.600	502.500
		57140000	Zinsaufwendungen an Landesbanken	642.000	180.000	822.000	596.000	405.000	1.001.000	550.000	785.500	1.335.500
Summe Veränderungen Aufwendungen					-620.600		-925.800			-1.118.100		
Begründung				Die Aufnahme geringerer Investitionskredite hat zur Folge, dass die Zinszahlungen geringer werden.								

117.	28100	52342000	Unterhaltung von Kunstgegenständen	70.000	100.000	170.000	70.000		70.000	70.000		70.000
Summe Veränderungen Aufwendungen					100.000			0			0	
Begründung				Der Investition "Sanierung Brinckmanbrunnen" liegen nach Überprüfung der Maßnahme keine investiven Tätigkeiten zugrunde. Deshalb sind die Reinigungs- und Reparaturarbeiten aus der Verwaltungstätigkeit zu finanzieren. Damit die Maßnahme weitergeführt werden kann, wurden die investiv veranschlagten Mittel umgewidmet.								

Summe Veränderungen Erträge		13.719.800			-1.316.200			-2.298.300				
Summe Veränderungen Aufwendungen		4.308.400			8.529.400			5.762.400				
Saldo		9.411.400			-9.845.600			-8.060.700				

Auswirkungen auf den Finanzhaushalt

31.	54801	70221100	Dienstbezüge Arbeitnehmer-Beschäftigte	129.300	37.700	167.000						
	54801	70320300	Versorgungskasse-Beiträge für Beschäftigte	5.900	1.100	7.000						
	54801	70420100	SV-Beiträge Beschäftigte	34.600	6.200	40.800						

lfd. Nr.	Produkt	Konto	Bezeichnung	HHPE	Veränderum	neuer Haushaltsansatz	HHPE	Veränderum	neuer Haushaltsansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushaltsansatz
				2021			2022			2023		
			Summe Veränderungen Auszahlungen		45.000			0			0	
32.	diverse	70211100	Dienstbezüge Beamte		1.003.300			1.004.400			1.004.700	
	diverse	70221100	Entgelte AN		4.496.700			4.495.600			4.495.300	
	12101	70190000	Aufwendungen ehrenamtl. Tätigkeit	350.000	-100.000	250.000	90.000	100.000	190.000	0	90.000	90.000
			Summe Veränderungen Auszahlungen		5.400.000			5.600.000			5.590.000	
33.	12101	64242030	Zuweisungen von Personalaufauszahlungen durch das Land	0	30.000	30.000	0	290.000	290.000	0	30.000	30.000
	41400	61442030	Zuweisungen von Personalaufauszahlungen durch das Land	29.000	255.000	284.000	29.000	550.000	579.000	29.000	550.000	579.000
			Summe Veränderungen Einzahlungen		285.000			840.000			580.000	
34.	11401	72290040	Betriebskosten KOE	200.100	360.000	560.100						
	11401	76210060	Auszahlungen für Kaltmiete	285.000	140.000	425.000						
			Summe Veränderungen Auszahlungen		500.000							
35.	11101	76930010	Repräsentationen, Ehrungen	150.100	260.000	410.100						
			Summe Veränderungen Auszahlungen		260.000							
36.	11111	61441003	Zuweisungen vom Bund- Modellprojekt Smart Cities	0	890.500	890.500	0	1.049.800	1.049.800	0	1.062.800	1.062.800
			Summe Veränderungen Einzahlungen		890.500			1.049.800			1.062.800	
	11111	76290003	Sonstige Auszahlungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten-Modellprojekt Smart Cities	0	897.000	897.000	0	1.160.000	1.160.000	0	1.180.000	1.180.000
			Summe Veränderungen Auszahlungen		897.000			1.160.000			1.180.000	
37.	11114	76290000	Sonstige Auszahlungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	98.000	-98.000	0	98.000	-98.000	0	98.000	-98.000	0
	53601	76290000	Sonstige Auszahlungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	0	98.000	98.000		98.000	98.000		98.000	98.000
			Summe Veränderungen Auszahlungen		0			0			0	
38.	11114	76290010	Auszahlungen für Dienstleistungen durch Dritte	125.000	-30.000	95.000	125.000	-30.000	95.000	125.000	-30.000	95.000
	42405	74151000	Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	0	30.000	30.000	0	30.000	30.000	0	30.000	30.000
			Summe Veränderungen Aufwendungen		0			0			0	
39.	11114	76352000	Amtsblatt	45.000	37.000	82.000	45.000	38.300	83.300	45.000	38.300	83.300
			Summe Veränderungen Auszahlungen		37.000			38.300			38.300	
40.	11104	74190020	Zuschüsse an Verbände und Vereine	1.500	-1.500	0	1.500	-1.500	0	1.500	-1.500	0
	11112	74190020	Zuschüsse an Verbände und Vereine	11.200	1.500	12.700	11.200	1.500	12.700	11.200	1.500	12.700

lfd. Nr.	Produkt	Konto	Bezeichnung	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz
				2021			2022			2023		
			Summe Veränderungen Auszahlungen		0			0			0	
41.	11114	76290014	Auszahlungen für Dienstleistungen durch Dritte - Projekte	113.500	0	113.500	0	113.500	113.500			
			Summe Veränderungen Auszahlungen		0			113.500				
42.	11111	61442035	Zuweisungen vom Land-Projekt "MV steigt auf"	56.000	-56.000	0						
			Summe Veränderungen Einzahlungen		-56.000							
	11111	76290035	sonst. Auszahlungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten - Projekt "MV steigt auf"	56.000	-56.000	0						
			Summe Veränderungen Auszahlungen		-56.000							
43.	11111	61441037	Zuweisungen und Zuschüsse für lfd. Zwecke vom öfftl. Bereich vom Bund - Projekt Clever mobil	1.000	9.200	10.200						
			Summe Veränderungen Einzahlungen		9.200							
44.	11111	61440014	Bereich von der EU - Projekt Interreg-BSR "Cities multimodal"	0	93.000	93.000						
			Summe Veränderungen Einzahlungen		93.000							
	11111	76290036	sonst. Auszahlungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten - Projekt Interreg-BSR "Cities multimodal"	0	23.000	23.000						
			Summe Veränderungen Auszahlungen		23.000							
45.	11111	76120010	Auszahlungen für Qualifizierung	6.800	-400	6.400	1.300	-400	900	1.300	-400	900
	55404	76120010	Aufwendungen für Qualifizierung		400	400		400	400		400	400
	11111	76131010	Reise- und Fahrkosten	10.500	-100	10.400	10.500	-100	10.400	10.500	-100	10.400
	55404	76131010	Reise- und Fahrkosten		100	100		100	100		100	100
	11111	76321000	Bücher	200	-100	100	200	-100	100	200	-100	100
	55404	76321000	Bücher		100	100		100	100		100	100
			Summe Veränderungen Auszahlungen		0			0			0	
46.	11111	61441040	Zuweisungen und Zuschüsse für lfd. Zwecke vom öffentl. Bereich vom Bund - Wärmeplan	23.500	-23.500	0						
	11111	61441041	Zuweisungen und Zuschüsse für lfd. Zwecke vom öffentl. Bereich vom Bund - Energieeinsparung	1.200	-1.200	0	600	-600		600	-600	
	55404	61441040	Zuweisungen und Zuschüsse für lfd. Zwecke vom öffentl. Bereich vom Bund - Wärmeplan	0	23.500	23.500	0	0	0	0	0	0
	55404	61441041	Zuweisungen und Zuschüsse für lfd. Zwecke vom öffentl. Bereich vom Bund - Energieeinsparung	0	1.200	1.200	0	600	600	0	600	600

lfd. Nr.	Produkt	Konto	Bezeichnung	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz
				2021			2022			2023		
Summe Veränderungen Einzahlungen					0			0			0	
11111	76290031	Sonstige Auszahlungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten - Wärmeplan		23.500	-23.500	0			0			0
11111	76290047	Sonsige Auszahlungen für die Inanspruchnahme von Rechten Diensten - Energieeinsparung		2.000	-2.000	0	900	-900	0	900	-900	0
55404	76290031	Sonstige Auszahlungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten - Wärmeplan		0	23.500	23.500	0	0	0	0	0	0
55404	76290047	Sonsige Auszahlungen für die Inanspruchnahme von Rechten Diensten - Energieeinsparung		0	2.000	2.000	0	900	900	0	900	900
11111	76251010	Klimaschutzbeauftragte Vergütungen einschl. Reisekosten an Sachverständige		98.700	-98.700	0	97.400	-97.400	0	97.400	-97.400	0
55404	76251010	Klimaschutzbeauftragte Vergütungen einschl. Reisekosten an Sachverständige		0	98.700	98.700	0	97.400	97.400	0	97.400	97.400
11111	76420010	Mitgliedsbeiträge an Verbände und Vereine		3.600	-3.600	0	3.600	-3.600	0	3.600	-3.600	0
55404	76420010	Mitgliedsbeiträge an Verbände und Vereine		0	3.600	3.600	0	3.600	3.600	0	3.600	3.600
Summe Veränderungen Auszahlungen					0			0			0	
47.	11404	76243010	Datenverarbeitung- Unterhaltung Software, Update	754.000	25.000	779.000	704.000	0	704.000	704.000	0	704.000
	11404	76251040	Vergütungen einschließlich Reisekosten an Sachverständige	368.600	-25.000	343.600	290.000	0	290.000	290.000	0	290.000
Summe Veränderungen Auszahlungen					0			0			0	
48.	11401	72360020	Arbeitsgeräte und -maschinen	14.500	-100	14.400	14.500	-100	14.400	14.500	-100	14.400
	11401	72380080	Zimmerausstattungen	600	-100	500	600	-100	500	600	-100	500
	11401	76120010	Auszahlungen für Qualifizierung	12.000	-1.500	10.500	7.500	-1.500	6.000	7.500	-1.500	6.000
	11401	76131010	Reise- und Fahrkosten	3.800	-500	3.300	3.800	-500	3.300	3.800	-500	3.300
	11401	76251000	Vergütungen einschließlich Reisekosten an Sachverständige	14.000	-4.000	10.000	14.000	-4.000	10.000	14.000	-4.000	10.000
	11401	76310020	Bürobedarf	4.100	-300	3.800	4.100	-300	3.800	4.100	-300	3.800
	11401	76310040	EDV-Material für den Verwaltungsbedarf	3.000	-400	2.600	3.000	-400	2.600	3.000	-400	2.600
	11401	76321000	Bücher	2.300	-800	1.500	2.300	-800	1.500	2.300	-800	1.500
	11401	76341000	Fernmeldegebühren	12.000	-500	11.500	12.000	-500	11.500	12.000	-500	11.500
	11900	72360020	Arbeitsgeräte und -maschinen	100	100	200	100	100	200	100	100	200
	11900	72380080	Zimmerausstattungen	100	100	200	100	100	200	100	100	200
	11900	76120010	Aufwendungen für Qualifizierung	6.000	1.500	7.500	6.000	1.500	7.500	6.000	1.500	7.500
	11900	76131010	Reise- und Fahrkosten	1.800	500	2.300	1.800	500	2.300	1.800	500	2.300
	11900	76251000	Vergütungen einschließlich Reisekosten an Sachverständige	0	4.000	4.000	0	4.000	4.000	0	4.000	4.000
	11900	76310020	Bürobedarf	1.800	300	2.100	1.800	300	2.100	1.800	300	2.100
	11900	76310040	EDV-Material für den Verwaltungsbedarf	100	400	500	100	400	500	100	400	500
	11900	76321000	Bücher	25.000	800	25.800	25.000	800	25.800	25.000	800	25.800
	11900	76341000	Fernmeldegebühren	2.000	500	2.500	2.000	500	2.500	2.000	500	2.500
Summe Veränderungen Auszahlungen					0			0			0	
49.	11107	74190010	Zuschüsse an Personalrat/JAV	37.000	-19.200	17.800	37.000	-19.200	17.800	37.000	-19.200	17.800
	11107	74190012	Zuschüsse an Gesamtpersonalrat/GJAV	0	13.300	13.300	0	13.300	13.300	0	13.300	13.300

lfd. Nr.	Produkt	Konto	Bezeichnung	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts- ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts- ansatz	HHPE	Veränderun g um	neuer Haushalts- ansatz
				2021			2022			2023		
	11107	74190013	Zuschüsse an SBV/GSBV	0	5.900	5.900	0	5.900	5.900	0	5.900	5.900

lfd. Nr.	Produkt	Konto	Bezeichnung	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz
				2021			2022			2023		
Summe Veränderungen Auszahlungen					0			0			0	
50.	25301	74110000	Zuweisung und Zuschüsse für laufende Zwecke an verbundene Unternehmen	3.975.000	40.400	4.015.400	3.975.000	40.400	4.015.400	3.975.000	40.400	4.015.400
Summe Veränderungen Auszahlungen					40.400			40.400			40.400	
51.	54701	67300000	Finanzeinzahlungen aus verbundenen Unternehmen	1.159.000	922.000	2.081.000	1.124.000	0	1.124.000	1.173.000	0	1.173.000
Summe Veränderungen Einzahlungen					922.000			0			0	
	62601	67600000	Finanzeinzahlungen aus Sondervermögen mit Sonderrechnung, Zweckverbänden, Anstalten des öffentlichen Rechts und rechtsfähigen kommunalen Stiftungen	7.405.000	6.618.000	14.023.000	6.109.000	0	6.109.000	2.574.000	0	2.574.000
Summe Veränderungen Einzahlungen					6.618.000			0			0	
52.	11602	74190029	Zuschüsse an Verbände und Vereine- Mieten	24.000	-24.000	0	24.000	-24.000	0	4.000	-4.000	0
	51102	74190029	Zuschüsse an Verbände und Vereine- Mieten	0	24.000	24.000	0	24.000	24.000	0	4.000	4.000
Summe Veränderungen Auszahlungen					0			0			0	
53.	20101	72380070	Wartung Hard- und Software Medienentwicklungsplan - zweckgebunden	338.500	-338.500	0	350.100	-350.100	0	314.500	-314.500	0
	20101	76243001	Wartung Hard- und Software Medienentwicklungsplan - zweckgebunden		192.800	192.800		234.800	234.800		278.200	278.200
	20101	72920000	Dienstleistungen Dritter im Zusammenhang mit dem MEP		68.300	68.300		45.000	45.000		52.000	52.000
	20101	76120020	Auszahlungen für Aus- und Fortbildung für außerhalb der Verwaltung stehende Personen		25.700	25.700	0	0	0	0	0	0
Summe Veränderungen Auszahlungen					-51.700			-70.300			15.700	
54.	21102	76210020	Entgelte für Sporthallennutzung	38.000	3.800	41.800	38.000	3.800	41.800	38.000	3.800	41.800
	21105	76210020	Entgelte für Sporthallennutzung	89.400	8.900	98.300	89.400	8.900	98.300	89.400	8.900	98.300
	21107	76210020	Entgelte für Sporthallennutzung	25.500	2.600	28.100	25.500	2.600	28.100	25.500	2.600	28.100
	21108	76210020	Entgelte für Sporthallennutzung	97.100	9.700	106.800	97.100	9.700	106.800	97.100	9.700	106.800
	21109	76210020	Entgelte für Sporthallennutzung	37.700	3.800	41.500	37.700	3.800	41.500	37.700	3.800	41.500
	21110	76210020	Entgelte für Sporthallennutzung	25.000	2.500	27.500	25.000	2.500	27.500	25.000	2.500	27.500
	21111	76210020	Entgelte für Sporthallennutzung	14.700	1.500	16.200	14.700	1.500	16.200	14.700	1.500	16.200
	21112	76210020	Entgelte für Sporthallennutzung	21.900	2.200	24.100	21.900	2.200	24.100	21.900	2.200	24.100
	21113	76210020	Entgelte für Sporthallennutzung	35.300	3.500	38.800	35.300	3.500	38.800	35.300	3.500	38.800
	21114	76210020	Entgelte für Sporthallennutzung	16.800	1.700	18.500	16.800	1.700	18.500	16.800	1.700	18.500
	21115	76210020	Entgelte für Sporthallennutzung	27.800	2.800	30.600	27.800	2.800	30.600	27.800	2.800	30.600
	21116	76210020	Entgelte für Sporthallennutzung	39.600	4.000	43.600	39.600	4.000	43.600	39.600	4.000	43.600
	21117	76210020	Entgelte für Sporthallennutzung	76.000	7.600	83.600	76.000	7.600	83.600	76.000	7.600	83.600
	21118	76210020	Entgelte für Sporthallennutzung	29.400	2.900	32.300	29.400	2.900	32.300	29.400	2.900	32.300
	21119	76210020	Entgelte für Sporthallennutzung	35.900	3.600	39.500	35.900	3.600	39.500	35.900	3.600	39.500

lfd. Nr.	Produkt	Konto	Bezeichnung	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz
				2021			2022			2023		
	21503	76210020	Entgelte für Sporthallennutzung	65.600	6.600	72.200	65.600	6.600	72.200	65.600	6.600	72.200
	21504	76210020	Entgelte für Sporthallennutzung	58.200	5.800	64.000	58.200	5.800	64.000	58.200	5.800	64.000
	21506	76210020	Entgelte für Sporthallennutzung	53.500	5.400	58.900	53.500	5.400	58.900	53.500	5.400	58.900
	21507	76210020	Entgelte für Sporthallennutzung	49.500	5.000	54.500	49.500	5.000	54.500	49.500	5.000	54.500
	21702	76210020	Entgelte für Sporthallennutzung	89.800	9.000	98.800	89.800	9.000	98.800	89.800	9.000	98.800
	21704	76210020	Entgelte für Sporthallennutzung	37.400	3.700	41.100	37.400	3.700	41.100	37.400	3.700	41.100
	21705	76210020	Entgelte für Sporthallennutzung	88.700	8.900	97.600	88.700	8.900	97.600	88.700	8.900	97.600
	21706	76210020	Entgelte für Sporthallennutzung	104.600	10.500	115.100	104.600	10.500	115.100	104.600	10.500	115.100
	21802	76210020	Entgelte für Sporthallennutzung	72.700	7.300	80.000	72.700	7.300	80.000	72.700	7.300	80.000
	21805	76210020	Entgelte für Sporthallennutzung	117.900	11.800	129.700	117.900	11.800	129.700	117.900	11.800	129.700
	21806	76210020	Entgelte für Sporthallennutzung	83.900	8.400	92.300	83.900	8.400	92.300	83.900	8.400	92.300
	21807	76210020	Entgelte für Sporthallennutzung	54.200	5.400	59.600	54.200	5.400	59.600	54.200	5.400	59.600
	22103	76210020	Entgelte für Sporthallennutzung	16.100	1.600	17.700	16.100	1.600	17.700	16.100	1.600	17.700
	22104	76210020	Entgelte für Sporthallennutzung	72.400	7.200	79.600	72.400	7.200	79.600	72.400	7.200	79.600
	22105	76210020	Entgelte für Sporthallennutzung	55.700	5.600	61.300	55.700	5.600	61.300	55.700	5.600	61.300
	22107	76210020	Entgelte für Sporthallennutzung	30.300	3.000	33.300	30.300	3.000	33.300	30.300	3.000	33.300
	23103	76210020	Entgelte für Sporthallennutzung	51.600	5.200	56.800	51.600	5.200	56.800	51.600	5.200	56.800
	23104	76210020	Entgelte für Sporthallennutzung	124.900	12.500	137.400	124.900	12.500	137.400	124.900	12.500	137.400
	23106	76210020	Entgelte für Sporthallennutzung	264.700	26.500	291.200	264.700	26.500	291.200	264.700	26.500	291.200
	23108	76210020	Entgelte für Sporthallennutzung	189.700	19.000	208.700	189.700	19.000	208.700	189.700	19.000	208.700
			Summe Veränderungen Auszahlungen		229.500			229.500			229.500	

55.	21103	72430020	Schwimmunterricht	5.600	600	6.200	5.600	600	6.200	5.600	600	6.200
	21104	72430020	Schwimmunterricht	11.200	1.100	12.300	11.200	1.100	12.300	11.200	1.100	12.300
	21105	72430020	Schwimmunterricht	11.200	1.100	12.300	11.200	1.100	12.300	11.200	1.100	12.300
	21106	72430020	Schwimmunterricht	7.700	800	8.500	7.700	800	8.500	7.700	800	8.500
	21107	72430020	Schwimmunterricht	4.700	500	5.200	4.700	500	5.200	4.700	500	5.200
	21108	72430020	Schwimmunterricht	7.700	800	8.500	7.700	800	8.500	7.700	800	8.500
	21109	72430020	Schwimmunterricht	5.600	600	6.200	5.600	600	6.200	5.600	600	6.200
	21110	72430020	Schwimmunterricht	11.200	1.100	12.300	11.200	1.100	12.300	11.200	1.100	12.300
	21111	72430020	Schwimmunterricht	11.200	1.100	12.300	11.200	1.100	12.300	11.200	1.100	12.300
	21112	72430020	Schwimmunterricht	11.100	1.100	12.200	11.100	1.100	12.200	11.100	1.100	12.200
	21113	72430020	Schwimmunterricht	13.000	1.300	14.300	13.000	1.300	14.300	13.000	1.300	14.300
	21114	72430020	Schwimmunterricht	5.600	600	6.200	5.600	600	6.200	5.600	600	6.200
	21116	72430020	Schwimmunterricht	5.600	600	6.200	5.600	600	6.200	5.600	600	6.200
	21119	72430020	Schwimmunterricht	7.500	800	8.300	7.500	800	8.300	7.500	800	8.300
	21705	72430020	Schwimmunterricht	1.200	100	1.300	1.200	100	1.300	1.200	100	1.300
	21805	72430020	Schwimmunterricht	6.400	600	7.000	6.400	600	7.000	6.400	600	7.000
	21806	72430020	Schwimmunterricht	9.300	900	10.200	9.300	900	10.200	9.300	900	10.200

lfd. Nr.	Produkt	Konto	Bezeichnung	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz
				2021			2022			2023		
	22103	72430020	Schwimmunterricht	3.900	400	4.300	3.900	400	4.300	3.900	400	4.300
	22104	72430020	Schwimmunterricht	3.600	400	4.000	3.600	400	4.000	3.600	400	4.000
	22105	72430020	Schwimmunterricht	5.500	600	6.100	5.500	600	6.100	5.500	600	6.100
	22106	72430020	Schwimmunterricht	5.500	600	6.100	5.500	600	6.100	5.500	600	6.100
	22107	72430020	Schwimmunterricht	3.300	300	3.600	3.300	300	3.600	3.300	300	3.600
	23106	72430020	Schwimmunterricht	6.400	600	7.000	6.400	600	7.000	6.400	600	7.000
	23108	72430020	Schwimmunterricht	4.600	500	5.100	4.600	500	5.100	4.600	500	5.100
			Summe Veränderungen Auszahlungen		17.100			17.100			17.100	

56.	23103	61442011	Zuweisungen vom Land - zweckgebunden (Pflegefachkräfte)		388.700	388.700		624.700	624.700		708.000	708.000
	23103	64231000	Kostenerstattungen und Kostenumlagen von Eigenbetrieben - Südstadtklinikum		180.000	180.000		180.000	180.000		180.000	180.000
	23103	64245000	Kostenerstattungen und Kostenumlagen von Anstalten des öffentlichen Rechts	160.000	-160.000	0	160.000	-160.000	0	160.000	-160.000	0
	23103	64251000	Kostenerstattungen und Kostenumlagen von privaten Unternehmen - Umschüler		2.000	2.000		2.000	2.000		2.000	2.000
	23103	64259000	Kostenerstattungen und Kostenumlagen vom sonstigen privaten Bereich - Umschüler		10.000	10.000		10.000	10.000		10.000	10.000
	23103	64290000	Kostenerstattungen und Kostenumlagen von Sonstigen - Umschüler	12.000	-12.000	0	12.000	-12.000	0	12.000	-12.000	0
	23104	64251000	Kostenerstattungen und Kostenumlagen von privaten Unternehmen - Umschüler		500	500		500	500		500	500
	23104	64259000	Kostenerstattungen und Kostenumlagen vom sonstigen privaten Bereich - Umschüler		2.500	2.500		2.500	2.500		2.500	2.500
	23104	64290000	Kostenerstattungen und Kostenumlagen von Sonstigen - Umschüler	3.000	-3.000	0	3.000	-3.000	0	3.000	-3.000	0
	23106	64251000	Kostenerstattungen und Kostenumlagen von privaten Unternehmen - Umschüler		3.000	3.000		3.000	3.000		3.000	3.000
	23106	64259000	Kostenerstattungen und Kostenumlagen vom sonstigen privaten Bereich - Umschüler		19.000	19.000		19.000	19.000		19.000	19.000
	23106	64290000	Kostenerstattungen und Kostenumlagen von Sonstigen - Umschüler	23.000	-23.000	0	23.000	-23.000	0	23.000	-23.000	0
	23108	64251000	Kostenerstattungen und Kostenumlagen von privaten Unternehmen - Umschüler		2.500	2.500		2.500	2.500		2.500	2.500
	23108	64259000	Kostenerstattungen und Kostenumlagen vom sonstigen privaten Bereich - Umschüler		12.500	12.500		12.500	12.500		12.500	12.500
	23108	64290000	Kostenerstattungen und Kostenumlagen von Sonstigen - Umschüler	15.000	-15.000	0	15.000	-15.000	0	15.000	-15.000	0
			Summe Veränderungen Einzahlungen		407.700			643.700			727.000	

57.	23103	76413000	Haftpflichtversicherungen	130.600	11.200	141.800	130.600	11.200	141.800	130.600	11.200	141.800
			Summe Veränderungen Auszahlungen		11.200			11.200			11.200	

lfd. Nr.	Produkt	Konto	Bezeichnung	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz
				2021			2022			2023		
58.	24101	74159000	Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke an sonstigen privaten Bereich	4.691.600	-4.691.600	0	4.375.700	-4.375.700	0	4.375.700	-4.375.700	0
	24101	74120000	Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke an Unternehmen mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht (RSAG)	0	260.000	260.000	0	174.000	174.000	0	0	0
	24101	74151000	Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen (Verkehrsverbund Warnow GmbH)	0	4.517.500	4.517.500	0	4.740.600	4.740.600	0	4.740.600	4.740.600
			Summe Veränderungen Auszahlungen		85.900			538.900			364.900	

59.	42401	61441000	öffentlichen Bereich vom Bund	50.000	-50.000	0	50.000	-50.000	0	50.000	-50.000	0
	42401	64101020	Benutzungsentgelte - (19%)	18.300	-10.600	7.700	18.300	-10.600	7.700	18.300	-10.600	7.700
	42401	64101021	Benutzungsentgelte - (7%)	15.300	-15.300	0	15.300	-15.300	0	15.300	-15.300	0
	42401	64101040	Benutzungsentgelte - Übernachtungen	5.100	-3.700	1.400	5.100	-3.700	1.400	5.100	-3.700	1.400
	42401	64101050	Benutzungsentgelte - (19%) - SKUBIS	422.600	-219.800	202.800	422.600	-219.800	202.800	422.600	-219.800	202.800
	42401	64101051	Benutzungsentgelte - (7%) - SKUBIS	195.000	-102.000	93.000	195.000	-102.000	93.000	195.000	-102.000	93.000
	42401	64110010	Mieten und Pachten	27.300	-26.000	1.300	27.300	-26.000	1.300	27.300	-26.000	1.300
	42401	64110020	Mieten und Pachten (19%)	125.000	-106.800	18.200	125.000	-106.800	18.200	125.000	-106.800	18.200
	42401	64160030	Eintrittsgelder (19%)	7.200	-7.200	0	7.200	-7.200	0	7.200	-7.200	0
	42401	64160031	Eintrittsgelder (7%)	130.000	-130.000	0	130.000	-130.000	0	130.000	-130.000	0
	42401	64290021	- Vorjahre (19%)	14.000	-3.200	10.800	14.000	-3.200	10.800	14.000	-3.200	10.800
	42403	61441000	öffentlichen Bereich vom Bund	0	62.000	62.000	0	62.000	62.000	0	62.000	62.000
	42403	64101020	Benutzungsentgelte - (19%)	0	12.500	12.500	0	12.500	12.500	0	12.500	12.500
	42403	64101021	Benutzungsentgelte - (7%)	0	15.300	15.300	0	15.300	15.300	0	15.300	15.300
	42403	64101040	Benutzungsentgelte - Übernachtungen	0	3.700	3.700	0	3.700	3.700	0	3.700	3.700
	42403	64101050	Benutzungsentgelte - (19%) - SKUBIS	0	287.100	287.100	0	287.100	287.100	0	287.100	287.100
	42403	64101051	Benutzungsentgelte - (7%) - SKUBIS	0	132.500	132.500	0	132.500	132.500	0	132.500	132.500
	42403	64110010	Mieten und Pachten	0	28.500	28.500	0	28.500	28.500	0	28.500	28.500
	42403	64110020	Mieten und Pachten (19%)	0	110.000	110.000	0	110.000	110.000	0	110.000	110.000
	42403	64160030	Eintrittsgelder (19%)	0	7.200	7.200	0	7.200	7.200	0	7.200	7.200
	42403	64160031	Eintrittsgelder (7%)	0	130.000	130.000	0	130.000	130.000	0	130.000	130.000
	42403	64290021	- Vorjahre (19%)	0	0	0	0	0	0	0	0	0
			Summe Veränderungen Einzahlungen		114.200			114.200			114.200	

60.	42401	72210000	Hausgebühren (Müllabfuhr)	4.000	-2.000	2.000	4.000	-2.000	2.000	4.000	-2.000	2.000
	42401	72312200	Auszahlungen für die Unterhaltung der Sportanlagen	30.000	-30.000	0	30.000	-30.000	0	30.000	-30.000	0
	42401	72313000	Unterhaltung der Gebäude	1.500	-600	900	3.000	-1.200	1.800	3.000	-1.200	1.800
	42401	72351000	Fahrzeugunterhaltung- Wartungs- und Instandsetzung	7.000	-2.500	4.500	8.000	-2.800	5.200	8.000	-2.800	5.200
	42401	72352000	Fahrzeugunterhaltung- Betriebs- und Schmierstoffe	5.000	-1.800	3.200	5.000	-1.800	3.200	5.000	-1.800	3.200
	42401	72360020	Arbeitsgeräte und -maschinen	17.000	-9.900	7.100	18.000	-10.500	7.500	18.000	-10.500	7.500
	42401	72360050	Anschaffung und Unterhaltung von Sportgeräten	72.000	-21.600	50.400	77.000	-21.600	55.400	77.000	-21.600	55.400

lfd. Nr.	Produkt	Konto	Bezeichnung	HHPE	Veränderung um	neuer Haushaltsansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushaltsansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushaltsansatz
				2021			2022			2023		
	42401	72370000	Unterhaltung der Betriebs- und Geschäftsausstattung	30.000	-9.000	21.000	9.000	-2.700	6.300	9.000	-2.700	6.300
	42401	72380100	Gebrauchsgegenstände	45.000	-18.800	26.200	45.000	-18.800	26.200	45.000	-18.800	26.200
	42401	72440040	Medizinischer Sachbedarf	1.200	-1.100	100	1.200	-1.100	100	1.200	-1.100	100
	42401	72440110	Saat- und Pflanzgut, Düngemittel	3.500	-3.200	300	3.500	-3.200	300	3.500	-3.200	300
	42401	76120010	Auszahlungen für Qualifizierung	11.000	-4.300	6.700	15.000	-5.800	9.200	15.000	-5.800	9.200
	42401	76131010	Reise- und Fahrkosten	1.500	-800	700	1.500	-800	700	1.500	-800	700
	42401	76220010	Verträgen	15.500	-10.600	4.900	15.500	-10.600	4.900	15.500	-10.600	4.900
			Sonstige Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten - Aufwendungen für Dienstleistungen durch Dritte									
	42401	76290010	Dienstleistungen durch Dritte	75.000	-75.000	0	75.000	-75.000	0	75.000	-75.000	0
	42401	76310020	Bürobedarf	900	-500	400	900	-500	400	900	-500	400
	42401	76310040	EDV-Büromaterial für den Verwaltungsbedarf	400	-200	200	400	-200	200	400	-200	200
	42401	76341000	Fernmeldegebühren	20.000	-9.300	10.700	20.000	-9.300	10.700	20.000	-9.300	10.700
	42401	76346000	Rundfunk- und Fernsehgebühren	500	-200	300	500	-200	300	500	-200	300
	42401	76412000	Kfz-Versicherungen	2.300	-900	1.400	2.300	-900	1.400	2.300	-900	1.400
	42401	76820000	Kraftfahrzeugsteuer	900	-400	500	900	-400	500	900	-400	500
	42403	72210000	Hausgebühren (Müllabfuhr)	0	2.000	2.000	0	2.000	2.000	0	2.000	2.000
	42403	72312200	Auszahlungen für die Unterhaltung der Sportanlagen	0	30.000	30.000	0	30.000	30.000	0	30.000	30.000
	42403	72313000	Unterhaltung der Gebäude	0	600	600	0	1.200	1.200	0	1.200	1.200
			Fahrzeugunterhaltung- Wartungs- und Instandsetzung	0	2.500	2.500	0	2.800	2.800	0	2.800	2.800
	42403	72352000	Fahrzeugunterhaltung- Betriebs- und Schmierstoffe	0	1.800	1.800	0	1.800	1.800	0	1.800	1.800
	42403	72360020	Arbeitsgeräte und -maschinen	0	9.900	9.900	0	10.500	10.500	0	10.500	10.500
	42403	72360050	Anschaffung und Unterhaltung von Sportgeräten	0	21.600	21.600	0	21.600	21.600	0	21.600	21.600
			Unterhaltung der Betriebs- und Geschäftsausstattung	0	9.000	9.000	0	2.700	2.700	0	2.700	2.700
	42403	72380100	Gebrauchsgegenstände	0	18.800	18.800	0	18.800	18.800	0	18.800	18.800
	42403	72440040	Medizinischer Sachbedarf	0	1.100	1.100	0	1.100	1.100	0	1.100	1.100
	42403	72440110	Saat- und Pflanzgut, Düngemittel	0	3.200	3.200	0	3.200	3.200	0	3.200	3.200
	42403	76120010	Auszahlungen für Qualifizierung	0	4.300	4.300	0	5.800	5.800	0	5.800	5.800
	42403	76131010	Reise- und Fahrkosten	0	800	800	0	800	800	0	800	800
	42403	76220010	Verträgen	0	10.600	10.600	0	10.600	10.600	0	10.600	10.600
			Sonstige Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten - Aufwendungen für Dienstleistungen durch Dritte									
	42403	76290010	Dienstleistungen durch Dritte	0	75.000	75.000	0	75.000	75.000	0	75.000	75.000
	42403	76310020	Bürobedarf	0	500	500	0	500	500	0	500	500
	42403	76310040	EDV-Büromaterial für den Verwaltungsbedarf	0	200	200	0	200	200	0	200	200
	42403	76341000	Fernmeldegebühren	0	9.300	9.300	0	9.300	9.300	0	9.300	9.300
	42403	76346000	Rundfunk- und Fernsehgebühren	0	200	200	0	200	200	0	200	200
	42403	76412000	Kfz-Versicherungen	0	900	900	0	900	900	0	900	900
	42403	76820000	Kraftfahrzeugsteuer	0	400	400	0	400	400	0	400	400
			Summe Veränderungen Auszahlungen		0			0			0	
61.	42402	63229003	Entgelte für Schulsportnutzung	2.461.500	-243.700	2.217.800	2.461.500	-243.700	2.217.800	2.461.500	-243.700	2.217.800
	42402	63229004	Entgelte für Schulschwimmen	235.100	-235.100	0	235.100	-235.100	0	235.100	-235.100	0
	42402	64110010	Mieten und Pachten	80.000	-80.000	0	80.000	-80.000	0	80.000	-80.000	0

lfd. Nr.	Produkt	Konto	Bezeichnung	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz
				2021			2022			2023		
	42402	64290022	Kostenerstattungen und Kostenumlagen von Sonstigen - Vorjahre - steuerfrei BgA	20.000	-20.000	0	20.000	-20.000	0	20.000	-20.000	0
	42402	64290020	Kostenerstattungen und Kostenumlagen von Sonstigen - Betriebskosten Vorjahre	60.000	-60.000	0	60.000	-60.000	0	60.000	-60.000	0
	42404	63229003	Entgelte für Schulsportnutzung	0	490.000	490.000	0	490.000	490.000	0	490.000	490.000
	42404	63229004	Entgelte für Schulschwimmen	0	258.600	258.600	0	258.600	258.600	0	258.600	258.600
	42404	64110010	Mieten und Pachten	0	80.000	80.000	0	80.000	80.000	0	80.000	80.000
	42404	64290022	Kostenerstattungen und Kostenumlagen von Sonstigen - Vorjahre - steuerfrei BgA	0	20.000	20.000	0	20.000	20.000	0	20.000	20.000
			Summe Veränderungen Einzahlungen		209.800			209.800			209.800	
62.	42402	72210000	Hausgebühren (Müllabfuhr)	1.500	-800	700	1.500	-800	700	1.500	-800	700
	42402	72312200	Aufwendungen für die Unterhaltung der Sportanlagen	20.000	-20.000	0	20.000	-20.000	0	20.000	-20.000	0
	42402	72313000	Unterhaltung der Gebäude	800	-400	400	1.800	-700	1.100	1.800	-700	1.100
	42402	72351000	Fahrzeugunterhaltung- Wartungs- und Instandsetzung	3.000	-1.100	1.900	3.000	-1.100	1.900	3.000	-1.100	1.900
	42402	72352000	Fahrzeugunterhaltung- Betriebs- und Schmierstoffe	2.000	-700	1.300	2.000	-700	1.300	2.000	-700	1.300
	42402	72360020	Arbeitsgeräte und -maschinen	5.000	-3.300	1.700	5.000	-3.300	1.700	5.000	-3.300	1.700
	42402	72360050	Anschaffung und Unterhaltung von Sportgeräten	27.000	-8.200	18.800	27.000	-8.200	18.800	27.000	-8.200	18.800
	42402	72370000	Unterhaltung der Betriebs- und Geschäftsausstattung	15.000	-4.600	10.400	3.000	-900	2.100	3.000	-900	2.100
	42402	72380100	Gebrauchsgegenstände	15.000	-6.300	8.700	5.000	-2.100	2.900	5.000	-2.100	2.900
	42402	72440040	Medizinischer Sachbedarf	800	-700	100	800	-700	100	800	-700	100
	42402	72440110	Saat- und Pflanzgut, Düngemittel	1.500	-1.400	100	1.500	-1.400	100	1.500	-1.400	100
	42402	76120010	Auszahlungen für Qualifizierung	8.000	-3.100	4.900	9.000	-3.500	5.500	9.000	-3.500	5.500
	42402	76131010	Reise- und Fahrkosten	1.000	-500	500	1.000	-500	500	1.000	-500	500
	42402	76210061	Kaltmiete - Bewirtschafter Amt 40	5.105.200	-3.216.000	1.889.200	5.105.200	-3.216.000	1.889.200	5.105.200	-3.216.000	1.889.200
	42402	76220010	Verträgen	6.000	-4.100	1.900	6.000	-4.100	1.900	6.000	-4.100	1.900
			Sonstige Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten - Aufwendungen für Dienstleistungen durch Dritte	28.000	-28.000	0	28.000	-28.000	0	28.000	-28.000	0
	42402	76310020	Bürobedarf	600	-300	300	600	-300	300	600	-300	300
	42402	76310040	EDV-Büromaterial für den Verwaltungsbedarf	200	-100	100	200	-100	100	200	-100	100
	42402	76331000	Porto	1.000	-1.000	0	1.000	-1.000	0	1.000	-1.000	0
	42402	76341000	Fernmeldegebühren	15.000	-5.200	9.800	15.000	-5.200	9.800	15.000	-5.200	9.800
	42402	76346000	Rundfunk- und Fernsehgebühren	400	-200	200	400	-200	200	400	-200	200
	42402	76412000	Kfz-Versicherungen	1.200	-500	700	1.200	-500	700	1.200	-500	700
	42402	76820000	Kraftfahrzeugsteuer	300	-200	100	300	-200	100	300	-200	100
	42404	72210000	Hausgebühren (Müllabfuhr)	0	800	800	0	800	800	0	800	800
	42404	72312200	Aufwendungen für die Unterhaltung der Sportanlagen	0	20.000	20.000	0	20.000	20.000	0	20.000	20.000
	42404	72313000	Unterhaltung der Gebäude	0	400	400	0	700	700	0	700	700
	42404	72351000	Fahrzeugunterhaltung- Wartungs- und Instandsetzung	0	1.100	1.100	0	1.100	1.100	0	1.100	1.100
	42404	72352000	Fahrzeugunterhaltung- Betriebs- und Schmierstoffe	0	700	700	0	700	700	0	700	700
	42404	72360020	Arbeitsgeräte und -maschinen	0	3.300	3.300	0	3.300	3.300	0	3.300	3.300
	42404	72360050	Anschaffung und Unterhaltung von Sportgeräten	0	8.200	8.200	0	8.200	8.200	0	8.200	8.200
	42404	72370000	Unterhaltung der Betriebs- und Geschäftsausstattung	0	4.600	4.600	0	900	900	0	900	900

lfd. Nr.	Produkt	Konto	Bezeichnung	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz
				2021			2022			2023		
	42404	72380100	Gebrauchsgegenstände	0	6.300	6.300	0	2.100	2.100	0	2.100	2.100
	42404	72440040	Medizinischer Sachbedarf	0	700	700	0	700	700	0	700	700
	42404	72440110	Saat- und Pflanzgut, Düngemittel	0	1.400	1.400	0	1.400	1.400	0	1.400	1.400
	42404	76120010	Auszahlungen für Qualifizierung	0	3.100	3.100	0	3.500	3.500	0	3.500	3.500
	42404	76131010	Reise- und Fahrkosten	0	500	500	0	500	500	0	500	500
	42404	76210061	Kaltniete - Bewirtschafter Amt 41	0	3.216.000	3.216.000	0	3.216.000	3.216.000	0	3.216.000	3.216.000
	42404	76220010	Verträgen	0	4.100	4.100	0	4.100	4.100	0	4.100	4.100
	42404	76290010	Sonstige Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten - Aufwendungen für Dienstleistungen durch Dritte	0	28.000	28.000	0	28.000	28.000	0	28.000	28.000
	42404	76310020	Bürobedarf	0	300	300	0	300	300	0	300	300
	42404	76310040	EDV-Büromaterial für den Verwaltungsbedarf	0	100	100	0	100	100	0	100	100
	42404	76331000	Porto	0	1.000	1.000	0	1.000	1.000	0	1.000	1.000
	42404	76341000	Fernmeldegebühren	0	5.200	5.200	0	5.200	5.200	0	5.200	5.200
	42404	76346000	Rundfunk- und Fernsehgebühren	0	200	200	0	200	200	0	200	200
	42404	76412000	Kfz-Versicherungen	0	500	500	0	500	500	0	500	500
	42404	76820000	Kraftfahrzeugsteuer	0	200	200	0	200	200	0	200	200
			Summe Veränderungen Auszahlungen		0			0			0	
63.	42402	72290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 40	4.338.300	-3.013.300	1.325.000	4.338.300	-2.947.000	1.391.300	4.338.300	-2.877.500	1.460.800
	42404	72290041	Betriebskosten - Bewirtschafter Amt 41	0	3.173.900	3.173.900	0	3.332.600	3.332.600	0	3.499.200	3.499.200
			Summe Veränderungen Auszahlungen		160.600			385.600			621.700	
64.	20101	72351000	Fahrzeugunterhaltung- Wartungs- und Instandsetzung	10.000	-3.500	6.500	10.000	-3.500	6.500	10.000	-3.500	6.500
	20101	72352000	Fahrzeugunterhaltung- Betriebs- und Schmierstoffe	8.000	-2.800	5.200	8.000	-2.800	5.200	8.000	-2.800	5.200
	20101	72380080	Zimmerausstattungen	1.000	-200	800	1.000	-200	800	1.000	-200	800
	20101	76131010	Reise- und Fahrkosten	4.500	-1.100	3.400	4.500	-1.100	3.400	4.500	-1.100	3.400
	20101	76220010	Verträgen	25.000	-8.800	16.200	25.000	-8.800	16.200	25.000	-8.800	16.200
	20101	76310020	Bürobedarf	6.100	-1.500	4.600	3.500	-900	2.600	3.500	-900	2.600
	20101	76310030	Vordrucke	300	-100	200	300	-100	200	300	-100	200
	20101	76310040	EDV-Büromaterial für den Verwaltungsbedarf	4.000	-1.000	3.000	4.000	-1.000	3.000	4.000	-1.000	3.000
	20101	76341000	Fernmeldegebühren	13.800	-2.700	11.100	13.800	-2.700	11.100	13.800	-2.700	11.100
	20101	756346000	Rundfunk- und Fernsehgebühren	1.000	-400	600	1.000	-400	600	1.000	-400	600
	20101	76412000	Kfz-Versicherungen	2.300	-800	1.500	2.300	-800	1.500	2.300	-800	1.500
	20101	76820000	Kraftfahrzeugsteuer	900	-300	600	900	-300	600	900	-300	600
	42405	72351000	Fahrzeugunterhaltung- Wartungs- und Instandsetzung	0	3.500	3.500	0	3.500	3.500	0	3.500	3.500
	42405	72352000	Fahrzeugunterhaltung- Betriebs- und Schmierstoffe	0	2.800	2.800	0	2.800	2.800	0	2.800	2.800
	42405	72380080	Zimmerausstattungen	0	200	200	0	200	200	0	200	200
	42405	76131010	Reise- und Fahrkosten	0	1.100	1.100	0	1.100	1.100	0	1.100	1.100
	42405	76220010	Verträgen	0	8.800	8.800	0	8.800	8.800	0	8.800	8.800
	42405	76310020	Bürobedarf	0	1.500	1.500	0	900	900	0	900	900
	42405	76310030	Vordrucke	0	100	100	0	100	100	0	100	100
	42405	76310040	EDV-Material für den Verwaltungsbedarf	0	1.000	1.000	0	1.000	1.000	0	1.000	1.000
	42405	76341000	Fernmeldegebühren	0	2.700	2.700	0	2.700	2.700	0	2.700	2.700

lfd. Nr.	Produkt	Konto	Bezeichnung	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz
				2021			2022			2023		
	42405	76346000	Rundfunk- und Fernsehgebühren	0	400	400	0	400	400	0	400	400
	42405	76412000	Kfz-Versicherungen	0	800	800	0	800	800	0	800	800
	42405	76820000	Kraftfahrzeugsteuer	0	300	300	0	300	300	0	300	300
			Summe Veränderungen Auszahlungen		0			0			0	
65.	42402	76420010	Mitgliedsbeiträge an Verbände und Vereine	100	-100	0	100	-100	0	100	-100	0
	42405	76420010	Mitgliedsbeiträge an Verbände und Vereine	0	100	100	0	100	100	0	100	100
			Summe Veränderungen Auszahlungen		0			0			0	
66.	42405	76251000	Vergütungen einschließlich Reisekosten an Sachverständige - Projekte, fachliche Begleitung	0	135.000	135.000	0	75.000	75.000	0	75.000	75.000
			Summe Veränderungen Auszahlungen		135.000			75.000			75.000	
67.	42405	72520000	Kostenerstattungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0	1.400.000	1.400.000	0	1.400.000	1.400.000	0	1.400.000	1.400.000
			Summe Veränderungen Auszahlungen		1.400.000			1.400.000			1.400.000	
68.	42102	74190022	Vertragsförderung	330.000	12.000	342.000	330.000	12.000	342.000	330.000	12.000	342.000
			Summe Veränderungen Auszahlungen		12.000			12.000			12.000	
69.	42102	76360000	Öffentlichkeitsarbeit	76.200	75.000	151.200	67.200	75.000	142.200	67.200	75.000	142.200
			Summe Veränderungen Auszahlungen		75.000			75.000			75.000	
70.	42102	76930010	Repräsentationen, Ehrungen	20.000	5.000	25.000	20.000	0	20.000	20.000	0	20.000
			Summe Veränderungen Auszahlungen		5.000			0			0	
71.	42403	76243020	Datenverarbeitung - Unterhaltung Software, Update - Wartung	0	3.300	3.300	0	3.300	3.300	0	3.300	3.300
	42404	76243020	Datenverarbeitung - Unterhaltung Software, Update - Wartung	0	5.000	5.000	0	5.000	5.000	0	5.000	5.000
			Summe Veränderungen Auszahlungen		8.300			8.300			8.300	
72.	27201	61441030	Zuwendung vom Bund-Projekte	0	25.000	25.000						
			Summe Veränderungen Einzahlungen		25.000							
	27201	76310041	EDV -Material für den Verwaltungsbedarf - zweckgebunden	0	30.000	30.000						
			Summe Veränderungen Auszahlungen		30.000							
73.	27101	64160000	Eintrittsgelder für kulturelle oder sportliche Veranstaltungen	450.000	-450.000	0	450.000	-450.000	0	450.000	-450.000	0
	27101	64190026	Sonstige Erträge-Teilnehmerentgelte	0	420.000	420.000	0	420.000	420.000	0	420.000	420.000
	27101	64190027	Sonstige Erträge-Teilnehmerentgelte (19%)	0	30.000	30.000	0	30.000	30.000	0	30.000	30.000

lfd. Nr.	Produkt	Konto	Bezeichnung	HHPE	Veränderung um	neuer Haushaltsansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushaltsansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushaltsansatz
				2021			2022			2023		
	27101	64251070	Kostenerstattungen und Kostenumlagen von privaten Unternehmen (19%)	100	-100	0	100	-100	0	100	-100	0
	27101	64259000	Kostenerstattungen und Kostenumlagen vom sonstigen privaten Bereich	2.000	-2.000	0	2.000	-2.000	0	2.000	-2.000	0
	27101	64259001	Kostenerstattungen und Kostenumlagen vom sonstigen privaten Bereich (19%)	0	2.000	2.000	0	2.000	2.000	0	2.000	2.000
			Summe Veränderungen Einzahlungen		-100			-100			-100	
	27101	76310041	EDV-Material Verwaltungsbedarf-zweckgebunden	0	12.400	12.400	0	19.100	19.100	0	10.800	10.800
	27101	74142000	Zuweisungen und Zuschüsse für lfd. Zwecke an das Land (Rückforderung)	0	2.000	2.000						
	27101	76780003	Umsatzsteuer periodenfremd-Betriebsprüfung	0	6.100	6.100		0			0	
			Summe Veränderungen Auszahlungen		20.500			19.100			10.800	
74.	26301	61459000	Zuweisungen und Zuschüsse für lfd. Zwecke vom privaten Bereich	0	11.200	11.200						
			Summe Veränderungen Einzahlungen		11.200							
	26301	72450011	Lehr- und Unterrichtsmaterial-zweckgebunden	0	17.100	17.100						
		76120010	Aufwendungen für Qualifizierung	2.500	2.500	5.000						
			Summe Veränderungen Auszahlungen		19.600							
75.	36101	61442070	Tageseinrichtungen (§§ 22. 22a, 23 SGB VIII) - Zuweisungen vom Land - allgemeine Förderung Kita	50.680.200	1.931.200	52.611.400	52.747.500	-1.181.300	51.566.200	54.906.400	-1.232.900	53.673.500
			Summe Veränderungen Einzahlungen		1.931.200			-1.181.300			-1.232.900	
	36101	74191100	Tageseinrichtungen (§§ 22. 22a, 23 SGB VIII) - Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke (KiföG M-V) - Entgelte	94.524.700	-2.679.400	91.845.300	96.887.900	-2.746.400	94.141.500	99.310.100	-2.815.000	96.495.100
			Summe Veränderungen Auszahlungen		-2.679.400			-2.746.400			-2.815.000	
76.	36102	61442070	Tagespflege (§ 23 SGB VIII) - Zuweisungen vom Land - allgemeine Förderung Kita	1.977.200	849.200	2.826.400	2.063.300	-220.600	1.842.700	2.153.200	-230.200	1.923.000
			Summe Veränderungen Einzahlungen		849.200			-220.600			-230.200	
	36102	74191100	Tagespflege (§ 23 SGB VIII) - Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke (KiföG M-V) - Entgelte	5.669.100	-671.800	4.997.300	5.810.900	-688.600	5.122.300	5.956.200	-705.800	5.250.400
			Summe Veränderungen Auszahlungen		-671.800			-688.600			-705.800	
77.	36301	61442014	Schul- und Jugendsozialarbeit (§§13, 14 SGB VIII) - Zuweisung vom Land-Jugendsozialarbeit (ESF)	0	513.400	513.400	0	511.000	511.000			
	36301	61442016	Schul- und Jugendsozialarbeit (§§13, 14 SGB VIII) - Zuweisung vom Land-Schulsozialarbeit (ESF)	560.700	56.400	617.100	0	616.700	616.700			

lfd. Nr.	Produkt	Konto	Bezeichnung	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz
				2021			2022			2023		
	36301	61442034	Schul- und Jugendsozialarbeit (§§13, 14 SGB VIII) - Zuweisung vom Land Landesprogramm zur Unterstützung der Schulsozialarbeit	0	241.800	241.800	0	232.400	232.400			
			Summe Veränderungen Einzahlungen		811.600			1.360.100				
78.	51102	76251012	Vergütungen einschließlich Reisekosten an Sachverständige - Regiopolen und Regiopoleregionen für Deutschland	0	57.000	57.000	0	51.900	51.900	0	0	0
	51102	70221100	Entgelte-Beschäftigte	0	33.300	33.300	0	33.300	33.300	0	0	0
			Summe Veränderungen Auszahlungen		90.300			85.200			0	
	51102	61445000	Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke von Anstalten des öffentlichen Rechts	0	2.000	2.000	0	2.000	2.000	0	0	0
	51102	61443001	Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke von Gemeinden und Gemeindeverbände - Regiopolen und Regiopoleregionen für Deutschland - Personal	0	33.300	33.300	0	33.300	33.300	0	0	0
	51102	61443002	Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke von Gemeinden und Gemeindeverbände - Regiopolen und Regiopoleregionen für Deutschland - Sachaufwendungen	0	53.000	53.000	0	47.900	47.900	0	0	0
			Summe Veränderungen Einzahlungen		88.300			83.200			0	
79.	11402	64110030	Vermietungen von kommunalen Grund/Boden	675.000	50.000	725.000	675.000	50.000	725.000	675.000	50.000	725.000
			Summe Veränderungen Einzahlungen		50.000			50.000			50.000	
80.	11402	64110220	Einzahlungen aus Erbbaurecht	1.920.000	40.400	1.960.400	2.070.000	-109.600	1.960.400	2.220.000	-259.600	1.960.400
			Summe Veränderungen Einzahlungen		40.400			-109.600			-259.600	
81.	11402	64190004	Sonstige Entgelte aus Grundstücksangelegenheiten	5.000	5.000	10.000	5.000	5.000	10.000	5.000	5.000	10.000
			Summe Veränderungen Einzahlungen		5.000			5.000			5.000	
82.	51108	63120010	Verwaltungsgebühren	175.000	-10.000	165.000	175.000	-10.000	165.000	175.000	-10.000	165.000
			Summe Veränderungen Einzahlungen		-10.000			-10.000			-10.000	
83.	11402	72311020	Unterhaltung der Grundstücke - Baufreimachung für den Wohnungsbau	2.376.300	-866.300	1.510.000	0	1.810.000	1.810.000	0	520.000	520.000
			Summe Veränderungen Auszahlungen		-866.300			1.810.000			520.000	
84.	11402	76290010	Auszahlungen für Dienstleistungen durch Dritte	14.600	-6.600	8.000	14.600	-6.600	8.000	14.600	-6.600	8.000
			Summe Veränderungen Auszahlungen		-6.600			-6.600			-6.600	
85.	51108	72360020	Unterhaltung der Arbeitsgeräte und -maschinen	4.000	-1.000	3.000	4.000	-1.000	3.000	4.000	-1.000	3.000
			Summe Veränderungen Auszahlungen		-1.000			-1.000			-1.000	
86.	54101	72220100	Aufwendungen Regenwasserbeseitigung	1.300.000	-100.000	1.200.000						
			Summe Veränderungen Auszahlungen		-100.000			0			0	

lfd. Nr.	Produkt	Konto	Bezeichnung	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz
				2021			2022			2023		
87.	54101	72331000	Unterhaltung der Brücken, Tunnel und ingenieurtechnischen Anlagen	545.000	-100.000	445.000						
			Summe Veränderungen Auszahlungen		-100.000			0			0	
88.	54101	72338050	Wartung und Pflege der Lichtsignalanlagen	590.000	-100.000	490.000	590.000	-100.000	490.000	590.000	-100.000	490.000
			Summe Veränderungen Auszahlungen		-100.000			-100.000			-100.000	
89.	54101	72339001	Unterhaltung sonstigen Infrastrukturvermögen- Durchlässe DN 200	200.000	-100.000	100.000						
			Summe Veränderungen Auszahlungen		-100.000			0			0	
90.	54300	72338050	Wartung und Pflege der Lichtsignalanlagen	450.000	-150.000	300.000	450.000	-150.000	300.000	450.000	-150.000	300.000
			Summe Veränderungen Auszahlungen		-150.000			-150.000			-150.000	
91.	54400	72338050	Wartung und Pflege der Lichtsignalanlagen	46.000	-15.000	31.000	46.000	-15.000	31.000	46.000	-15.000	31.000
			Summe Veränderungen Auszahlungen		-15.000			-15.000			-15.000	
92.	54400	72338090	Unterhaltung der Straßenbeleuchtung	54.000	-15.000	39.000	54.000	-15.000	39.000	54.000	-15.000	39.000
			Summe Veränderungen Auszahlungen		-15.000			-15.000			-15.000	
93.	54601	76290010	Sonstige Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten- Aufwendungen für Dienstleistungen durch Dritte	35.000	50.000	85.000	35.000	50.000	85.000	35.000	50.000	85.000
			Summe Veränderungen Auszahlungen		50.000			50.000			50.000	
94.	55100	72312121	Festwertfinanzierte Aufwendungen für die Unterhaltung von Spielanlagen - Städtischer Anteil Wohnungsbaustandorte	0	0	0	45.000	-45.000	0	55.000	-10.000	45.000
	55100	72312322	Festwertfinanzierte Aufwendungen für die Unterhaltung von Grünanlagen - Städtischer Anteil Wohnungsbaustandorte	0	0	0	45.000	-45.000	0	55.000	-10.000	45.000
	55401	72312324	Festwertfinanzierte Aufwendungen für den Naturschutzausgleich - Städtischer Anteil Wohnungsbaustandorte	10.000	-10.000	0	50.000	-40.000	10.000	50.000	0	50.000
			Summe Veränderungen Auszahlungen		-10.000			-130.000			-20.000	
95.	55100	72312300	Aufwendungen für die Unterhaltung von Grünanlagen	133.400	120.000	253.400	389.000	0	389.000	289.400	-120.000	169.400
			Summe Veränderungen Auszahlungen		120.000			0			-120.000	
96.	55100	76290060	Vergabeleistungen für die Unterhaltung von Grünanlagen einschließlich Straßenbegleitgrün	1.740.000	-310.000	1.430.000	1.462.500	10.000	1.472.500	1.303.500	210.000	1.513.500
			Summe Veränderungen Auszahlungen		-310.000			10.000			210.000	
97.	55303	76710000	Gewerbesteuer	61.700	-9.000	52.700	61.700	-9.000	52.700	61.700	-9.000	52.700
	55303	76720000	Körperschaftssteuer	56.500	-7.900	48.600	56.500	-7.900	48.600	56.500	-7.900	48.600
	55303	76720010	Körperschaftssteuer - Solidaritätszuschlag	3.100	-400	2.700	3.100	-400	2.700	3.100	-400	2.700
	55303	76730000	Kapitalertragssteuer	34.500	-22.500	12.000	34.500	-22.500	12.000	34.500	-22.500	12.000

lfd. Nr.	Produkt	Konto	Bezeichnung	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz
				2021			2022			2023		
	55303	76730010	Kapitalertragssteuer - Solidaritätszuschlag	1.900	-1.200	700	1.900	-1.200	700	1.900	-1.200	700
			Summe Veränderungen Auszahlungen		-41.000			-41.000			-41.000	
98.	55302	64150010	Laufende Grabnutzungsentgelt - Entgelte aus Dienstleistungen für den Bürger	228.000	-26.800	201.200	228.000	-26.800	201.200	228.000	-26.800	201.200
			Summe Veränderungen Einzahlungen		-26.800			-26.800			-26.800	
99.	55303	63120012	Verwaltungsgebühren (Ust)	52.000	-10.900	41.100	52.000	-10.900	41.100	52.000	-10.900	41.100
	55303	63220037	Benutzungsentgelte (Ust)	1.000.000	-133.500	866.500	1.000.000	-133.500	866.500	1.000.000	-133.500	866.500
	55303	64110020	Mieten und Pachten (19%)	14.500	-700	13.800	15.000	-700	14.300	14.500	-700	13.800
	55301	63250000	Laufende Grabnutzungsentgelte	1.287.000	-34.000	1.253.000	1.287.000	-34.000	1.253.000	1.287.000	-34.000	1.253.000
			Summe Veränderungen Einzahlungen		-179.100			-179.100			-179.100	
100.	54101	76290015	Auszahlungen für Dienstl. durch Dritte - Planungsleistungen	0	50.000	50.000	0	50.000	50.000	0	50.000	50.000
	51104	76290016	Auszahlungen für Dienstl. durch Dritte - Planung Ingenieurbauwerke	165.000	-165.000	0	120.000	-120.000	0	120.000	-120.000	0
	54101	76290016	Auszahlungen für Dienstl. durch Dritte - Planung Ingenieurbauwerke	0	112.600	112.600	0	67.600	67.600	0	67.600	67.600
	51104	76290110	Auszahlungen für Dienstl. durch Dritte - Verkehrsmanagement	0	52.000	52.000	0	52.000	52.000	0	52.000	52.000
	54101	76290110	Auszahlungen für Dienstl. durch Dritte - Verkehrsmanagement	26.000	-26.000	0	26.000	-26.000	0	26.000	-26.000	0
	54200	76290110	Auszahlungen für Dienstl. durch Dritte - Verkehrsmanagement	1.000	-1.000	0	1.000	-1.000	0	1.000	-1.000	0
	54300	76290110	Auszahlungen für Dienstl. durch Dritte - Verkehrsmanagement	14.000	-14.000	0	14.000	-14.000	0	14.000	-14.000	0
	54400	76290110	Auszahlungen für Dienstl. durch Dritte - Verkehrsmanagement	11.000	-11.000	0	11.000	-11.000	0	11.000	-11.000	0
	11111	76290014	Auszahlungen für Dienstl. durch Dritte - Projekte - Mobilitätskoordinator	94.300	-94.300	0	95.000	-95.000	0	95.000	-95.000	0
	11405	76290014	Auszahlungen für Dienstl. durch Dritte - Projekte - Mobilitätskoordinator	0	89.000	89.000	0	89.700	89.700	0	89.700	89.700
	11166	76120010	Auszahlungen für Qualifizierung	34.000	-7.500	26.500	34.000	-7.500	26.500	34.000	-7.500	26.500
	11166	76131010	Reise- und Fahrkosten	15.000	-3.000	12.000	15.000	-3.000	12.000	15.000	-3.000	12.000
	11166	76310020	Bürobedarf	3.700	-700	3.000	3.700	-700	3.000	37.000	-700	36.300
	11166	76310030	Vordrucke	8.000	-7.000	1.000	8.000	-7.000	1.000	8.000	-7.000	1.000
	11166	76321000	Bücher	5.500	-2.500	3.000	5.500	-2.500	3.000	5.500	-2.500	3.000
	11166	76341000	Fernmeldegebühren	25.000	-5.000	20.000	25.000	-5.000	20.000	25.000	-5.000	20.000
	11166	76346000	Rundfunk+Fernsehgebühren	3.800	-800	3.000	3.800	-800	3.000	3.800	-800	3.000
	54101	72351010	Haltung von Fahrzeugen	130.000	-2.000	128.000	130.000	-2.000	128.000	130.000	-2.000	128.000
	54101	76412000	Kfz-Versicherungen	15.000	-1.100	13.900	15.000	-1.100	13.900	15.000	-1.100	13.900
	54101	76820000	Kfz-Steuer	5.000	-100	4.900	5.000	-100	4.900	5.000	-100	4.900
	11405	72210000	Hausgebühren	0	100	100	0	100	100	0	100	100
	11405	72420010	Verpflegung/ Bewirtung	0	100	100	0	100	100	0	100	100
	11405	72490050	sonstige Sachaufwendungen	0	100	100	0	100	100	0	100	100
	11405	76120010	Auszahlungen für Qualifizierung	0	9.000	9.000	0	9.000	9.000	0	9.000	9.000
	11405	76131010	Reise- und Fahrkosten	0	6.000	6.000	0	6.000	6.000	0	6.000	6.000

lfd. Nr.	Produkt	Konto	Bezeichnung	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz
				2021			2022			2023		
	11405	76310020	Bürobedarf	0	1.000	1.000	0	1.000	1.000	0	1.000	1.000
	11405	76310030	Vordrucke	0	6.700	6.700	0	6.700	6.700	0	6.700	6.700
	11405	76310040	EDV-Material für den Verwaltungsbedarf	0	500	500	0	500	500	0	500	500
	11405	76321000	Bücher	0	3.000	3.000	0	3.000	3.000	0	3.000	3.000
	11405	76331000	Porto	0	2.000	2.000	0	2.000	2.000	0	2.000	2.000
	11405	76341000	Fernmeldegebühren	0	3.000	3.000	0	3.000	3.000	0	3.000	3.000
	11405	76344010	Wartung von Telekommunikationsgeräten	0	100	100	0	100	100	0	100	100
	11405	76346000	Rundfunk+Fernsehgebühren	0	800	800	0	800	800	0	800	800
	11405	76930010	Repräsentationen	0	800	800	0	800	800	0	800	800
	11405	72351010	Haltung von Fahrzeugen	0	3.000	3.000	0	3.000	3.000	0	3.000	3.000
	11405	76412000	Kfz-Versicherungen	0	1.100	1.100	0	1.100	1.100	0	1.100	1.100
	11405	76820000	Kfz-Steuer	0	100	100	0	100	100	0	100	100
			Summe Veränderungen Auszahlungen		0			0			0	
101.	53701	63222000	Entgelte für die Abfallentsorgung	17.218.800	1.706.900	18.925.700						
	53701	66290000	Sonstige laufende Einzahlungen	742.100	154.300	896.400						
			Summe Veränderungen Einzahlungen		1.861.200							
	53701	72551000	Kostenerstattungen an private Unternehmen	6.683.100	941.100	7.624.200						
	53701	72551010	Kostenerstattungen an private Unternehmen - SR GmbH	11.272.700	551.700	11.824.400						
			Summe Veränderungen Auszahlungen		1.492.800							
102.	54501	63233000	Entgelte für Straßenreinigung	4.338.900	33.500	4.372.400						
			Summe Veränderungen Einzahlungen		33.500							
	54501	72551010	Kostenerstattungen an private Unternehmen - SR GmbH	6.165.500	-167.600	5.997.900						
			Summe Veränderungen Auszahlungen		-167.600							
103.	54502	72551010	Kostenerstattungen an private Unternehmen - SR GmbH	915.200	6.200	921.400						
	54502	72490170	Auszahlungen für Ersatzvornahmen	25.000	25.000	50.000						
			Summe Veränderungen Auszahlungen		31.200							
104.	55404	76251010	Vergütungen einschließlich Reisekosten an Sachverständige	0	150.000	150.000	0	75.000	75.000		75.000	75.000
			Summe Veränderungen Auszahlungen		150.000			75.000			75.000	
105.	12400	63120050	Gebühren für Laboruntersuchungen	14.500	2.000	16.500	14.500	2.000	16.500	14.500	2.000	16.500
	12400	63120190	Gebühren aus der Hundehalterverordnung	1.500	2.300	3.800	1.500	2.300	3.800	1.500	500	2.000
			Summe Veränderungen Einzahlungen		4.300			4.300			2.500	
106.	12400	72490030	Tierseuchenbekämpfung	40.200	25.000	65.200	40.200	25.000	65.200	40.200	25.000	65.200
			Summe Veränderungen Auszahlungen		25.000			25.000			25.000	

lfd. Nr.	Produkt	Konto	Bezeichnung	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushalts-ansatz
				2021			2022			2023		
107.	55500	64110130	Jagdverpachtungen (USt)	42.000	-8.000	34.000	42.000	-15.000	27.000	42.000	-15.000	27.000
	55500	64190011	Sonstige - Einzahlungen aus Verkauf	620.000	-320.000	300.000	650.000	-340.000	310.000	650.000	-320.000	330.000
	55500	64190012	Sonstige - Einzahlungen aus Verkauf (10,7%)	40.000	-8.000	32.000	40.000	-8.000	32.000	42.000	-9.000	33.000
			Summe Veränderungen Einzahlungen		-336.000			-363.000			-344.000	
108.	54802	64110020	Mieten und Pachten	875.000	-300.000	575.000	875.000	-300.000	575.000	875.000	-300.000	575.000
			Summe Veränderungen Einzahlungen		-300.000			-300.000			-300.000	
109.	54805	72336020	Unterhaltung und Bewirtschaftung der Spülfelder	500.000	-160.000	340.000	530.000	-130.000	400.000	650.000	-150.000	500.000
			Summe Veränderungen Auszahlungen		-160.000			-130.000			-150.000	
110.	54805	72336021	Unterhaltung und Bewirtschaftung der Spülfelder Schnatermann Polder 1 -Brutto	750.000	-650.000	100.000	750.000	-350.000	400.000	0	500.000	500.000
			Summe Veränderungen Auszahlungen		-650.000			-350.000			500.000	
111.	61103	61320700	Sonstige allgemeine Zuweisungen vom Land - Ausgleich von Soziallasten im Zusammenhang mit flüchtlingsbezogenen Mehrbelastungen	0	400.600	400.600						
			Summe Veränderungen Einzahlungen		400.600							
112.	61103	61110000	Schlüsselzuweisungen vom Land	113.209.100	-833.300	112.375.800	112.315.400	-9.539.600	102.775.800	110.101.500	-2.525.700	107.575.800
	61103	61320200	Zuweisung übertragener Wirkungskreis	24.364.800	64.700	24.429.500	24.364.800	64.700	24.429.500	24.364.800	64.700	24.429.500
	61103	61320210	Zuweisung Träger Katasterämter	1.347.300	-44.900	1.302.400	1.347.300	-44.900	1.302.400	1.347.300	-44.900	1.302.400
			Summe Veränderungen Einzahlungen		-813.500			-9.519.800			-2.505.900	
113.	61201	77511000	Zinsauszahlungen an Banken	1.764.600	-801.100	963.500	2.112.300	-1.331.800	780.500	2.416.100	-1.904.600	511.500
	61201	77514000	Zinsaufauszahlungen an Landesbanken	642.000	180.000	822.000	596.000	405.000	1.001.000	550.000	785.500	1.335.500
			Summe Veränderungen Auszahlungen		-621.100			-926.800			-1.119.100	
114.	28100	72342000	Unterhaltung von Kunstgegenständen	70.000	100.000	170.000						
			Summe Veränderungen Auszahlungen		100.000							
Summe Veränderungen Einzahlungen					13.939.400			-7.550.200			-2.337.300	
Summe Veränderungen Auszahlungen					4.598.900			6.408.400			5.811.400	
Saldo					9.340.500			-13.958.600			-8.148.700	

Lfd.-Nr.	TH	Maßnahme- Nr.	Bezeichnung der Investition	Pos.	Bezeichnung Pos.	Begründung	Ansatz 2021		Ansatz neu 2021		Änderung 2021		VE 21		Ansatz 2022		Ansatz neu 2022		Änderung 2022		Ansatz 2023		Ansatz neu 2023		Änderung 2023	
							FE	FA	FE	FA	FE	FA	für 22	für 23	FE	FA	FE	FA	FE	FA	FE	FA	FE	FA	FE	FA
1	03	031111202100199	Modellprojekt "Smart Cities"	E1/ A2		Teilnahme am Förderprogramm Modellprojekte "Smart Cities made in Germany" des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat, auf der Grundlage des Bürgerschaftsbeschlusses vom 17.06.2020. Die Förderquote des Bundes beträgt 65%. Um den Digitalisierungsprozess der Ämter zu beschleunigen werden für 2021 zusätzlich 700.000€ benötigt.	0	0	195.000	300.000	195.000	300.000	0	0	0	0	507.000	780.000	507.000	780.000	0	0	767.000	1.180.000	767.000	1.180.000
2	06	101140420138899	Hard- und Software, Vernetzung		Digitalisierung/ mobiles Arbeiten		0	0	0	700.000	0	700.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
3	10	1011401201200199	Möbiliar und Einrichtungen	004	elektromotorisch höhenverstellbare Schreibtische	Anpassung an die Anzahl der gestellten Anträge 2020 und die Kapazitäten der Raumplanung. Die Maßnahme Dauerausstellung auf dem Traditionsschiff wird mit 90% gefördert, so dass ein Mehrbedarf von 250 TEUR (Eigenmittelanteil) zusätzlich zu decken ist. Diese Mittel werden mit der Wirtschaftsplanung/Haushaltsplanung 2021 zusätzlich aus dem Kernhaushalt zur Verfügung gestellt.	0	100.000	0	70.000	0	-30.000	0	0	0	100.000	0	70.000	0	-30.000	0	100.000	0	70.000	0	-30.000
4	15	1557305202000199	IGA-Rostock 2003 GmbH Investitionszuschuss	001	Investitionszuschuss	Die Hanse- und Universitätsstadt Rostock stärkt das Eigenkapital der RVV zur indirekten Stärkung des Eigenkapitals der RSAG durch die RVV zur Beschaffung neuer Straßenbahnen.	0	1.245.000	0	1.495.000	0	250.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
5	15	1554701202100199	Eigenkapitalerhöhung	001	Auszahlungen an verbundene Unternehmen	Die Hanse- und Universitätsstadt Rostock stärkt direkt das Eigenkapital der RSAG zur Beschaffung neuer Straßenbahnen.	0	0	0	4.900.000	0	4.900.000	0	0	0	0	0	4.900.000	0	4.900.000	0	0	0	4.900.000	0	4.900.000
6	15	1562600202100199	Eigenkapitalerhöhung	001	Auszahlungen an verbundene Unternehmen	Die Hanse- und Universitätsstadt Rostock stärkt direkt das Eigenkapital der RSAG zur Beschaffung neuer Straßenbahnen.	0	0	0	100.000	0	100.000	0	0	0	0	100.000	0	100.000	0	0	0	100.000	0	100.000	
7	20	2051106202000120	Städtebauförderprojekt "Modellkommune"	001	Investitionszuschuss an die RGS	Der Eigenanteil der HRO für das Modellvorhaben "Modellkommune Rostock" wurde ursprünglich dem TH 20, Produkt 51106, als Zuschuss an ein Sondervermögen zugeordnet. Nunmehr wurde das Vorhaben vollständig im TH 99 unter der Bezeichnung Modellvorhaben "Warnowquartier" mit den Gesamtkosten und den Einzahlungen von Bund und Land eingeordnet.	0	800.000	0	0	0	-800.000	0	0	0	5.000.000	0	0	0	-5.000.000	0	4.400.000	0	0	0	-4.400.000
8	20	6051106201200199	Städtebauliche Sanierungsmaßnahme "Stadtzentrum Rostock"	008	Geleistete Investitions-zuschüsse an verbundene Unter-nehmen	Durch die Verschiebung der Vorhaben Neubau Petritor, Neubau Verwaltungskomplex und Neubau Volkstheater in die Folgejahre ist die Bereitstellung des städtischen Eigenanteils anzupassen.	0	6.389.800	0	5.838.900	0	-550.900	0	0	0	6.742.900	0	9.168.000	0	2.425.100	0	7.121.400	0	3.389.700	0	-3.731.700
9	20	2011602201800199	Möbiliar und Einrichtungen	005	Möbel - GwG	Durch die pandemiebedingte Absicherung der Arbeitsfähigkeit wurde deutlich, dass der Digitalisierungsprozess dringend voran zu treiben ist. Aus diesem Grund hat sich das Kämmereramt bereit erklärt, eine Pilotrolle zu übernehmen. Um das Projekt umsetzen zu können und Arbeitsplätze flexibel und innovativer gestalten zu können, müssen die vorgesehenen flexiblen Arbeitsplätze entsprechend den geltenden gesetzlichen Vorschriften und Dienstvereinbarungen ausgestattet werden.	0	3.000	0	30.000	0	27.000	0	0	0	10.000	0	10.000	0	0	0	10.000	0	10.000	0	0
10	20	201160220188899	Hard- und Software, Vernetzung	002	Hardware	Um die Arbeitsplätze zukunftsorientiert ausstatten zu können, erhöht sich der finanzielle Bedarf.	0	0	0	6.000	0	6.000	0	0	0	0	0	6.000	0	6.000	0	0	0	6.000	0	6.000
11	20	201160220188899	Hard- und Software, Vernetzung	004	Hardware - GwG	Um die technischen Voraussetzungen für die anstehenden digitalen Prozesse schaffen zu können, erhöht sich der finanzielle Bedarf.	0	3.700	0	14.000	0	10.300	0	0	0	5.000	0	10.000	0	5.000	0	5.000	0	10.000	0	5.000
12	37	3712601201200799	BOS-Digitalfunkgeräte inklusive Anbindung an die Leitstelle	002	BOS-Digitalfunkgeräte inklusive Anbindung an die Leitstelle	Zeitliche Umsetzung in 2021 nicht möglich. Ansätze und Verpflichtungsermächtigung wurden angepasst.	0	140.400	0	0	0	-140.400	140.400	0	0	0	0	140.400	0	140.400	0	0	0	0	0	0
13	37	3712601999900099	Geringwertige Vermögensgegenstände (Kommunalrecht)	008	Dienst- und -Schutzkleidung	Verschiebung der Ansätze auf Grundlage des Bedarfs.	0	250.000	0	125.000	0	-125.000	0	0	0	250.000	0	150.000	0	-100.000	0	250.000	0	250.000	0	0
14	37	3712700201200699	Erwerb von Rettungswagen	002	Erwerb von Rettungswagen	Eine Beschaffung im Jahr 2021 ist zeitlich nicht umsetzbar. Es erfolgt eine Verschiebung und Aufteilung in die Folgejahre. Damit die Vergabe schneller umgesetzt werden kann und die Verfahren eingekürzt werden können, werden die Ausschreibungen mit unterschiedlichen Lieferzeiten ausgeschrieben.	0	290.000	0	0	0	-290.000	593.000	298.000	0	593.000	0	593.000	0	0	0	298.000	0	298.000	0	0
15	37	3712700201200799	Erwerb Notarztsatzfahrzeug	002	Erwerb Notarztsatzfahrzeug	Eine Beschaffung im Jahr 2021 wäre zeitlich nicht umsetzbar. Es erfolgt eine Verschiebung in das Folgejahr.	0	95.000	0	0	0	-95.000	192.500	0	0	97.500	0	192.500	0	95.000	0	0	0	0	0	0
16	37	3712700201200899	Erwerb Krankentransportwagen	002	Erwerb Krankentransportwagen	Eine Beschaffung im Jahr 2021 ist zeitlich nicht umsetzbar. Es erfolgt eine Verschiebung und Aufteilung in die Folgejahre. Damit die Vergabe schneller umgesetzt werden kann und die Verfahren eingekürzt werden können, werden die Ausschreibungen mit unterschiedlichen Lieferzeiten ausgeschrieben.	0	95.000	0	0	0	-95.000	292.500	103.000	0	197.500	0	292.500	0	95.000	0	103.000	0	103.000	0	0

Lfd.-Nr.	TH	Maßnahme- Nr.	Bezeichnung der Investition	Pos.	Bezeichnung Pos.	Begründung	Ansatz 2021		Ansatz neu 2021		Änderung 2021		VE 21		Ansatz 2022		Ansatz neu 2022		Änderung 2022		Ansatz 2023		Ansatz neu 2023		Änderung 2023		
							FE	FA	FE	FA	FE	FA	für 22	für 23	FE	FA	FE	FA	FE	FA	FE	FA	FE	FA	FE	FA	FE
17	37	3712800201500299	Sirenenaufbau	002	Sirenenaufbau	Die laufenden Sirentests zeigen immer deutlich auf, dass nicht alle Einwohner Rostock im Katastrophenfall gewarnt werden können. Dementsprechend ist es notwendig den Ausbau der Sirenen in Rostock voran zu treiben. Das Land prüft zum gegenwärtigen Zeitpunkt, ob eine Förderung (max. 50%) gegeben werden kann.	0	0	0	0	0	0	190.000	0	0	0	0	190.000	0	190.000	0	0	0	0	0	0	
18	40	4020101201900199	Umsetzung Medienentwicklungsplan	002	Sopo aus Inv.zuwendungen vom Land zweckgebunden	Weitergabe der Fördermittel an den KOE (durchlaufender Posten).	2.646.100	0	1.532.700	0	-1.113.400	0			2.722.100	0	999.700	0	-1.722.400	0	2.520.600	0	1.250.700	0	-1.269.900	0	
19	40	4020101201900199	Umsetzung Medienentwicklungsplan	005	Hardware und EDV - zweckgebunden	Finanzierung durch den KOE über Fördermittel.	0	2.646.100	0	1.532.700	0	-1.113.400			0	2.722.100	0	999.700	0	-1.722.400	0	2.520.600	0	1.250.700	0	-1.269.900	0
20	40	4020101201900199	Umsetzung Medienentwicklungsplan	007	Hardware und EDV-technische Ausstattung	Erhöhung der nicht-zuwendungsfähigen Kosten für u.a. Präsentationstechnik, Eigenmittel für das im Rahmen der Coronapandemie aufgelegte Sofortförderprogramm zur Beschaffung mobiler Endgeräte für Schulen zur Leihgabe an bedürftige Schüler	0	367.500	0	1.148.200	0	780.700			0	132.600	0	647.400	0	514.800	0	130.900	0	492.900	0	362.000	0
21	40	4020101999900114	Hard- und Software, Maschinen und Geräte, Lehrmittel	002	Datenverarbeitungssoftware	Coronabedingt notwendige Anschaffung von Schulmeldungssoftware, da sich die Eltern lt. Verordnungslage nicht mehr in den Schulen bewegen sollen. Anschaffung von digitalen Medienlizenzen, schulpflichtige Aufgabe, Coronabedingte Angebote für E-Learning. Lizenzkosten Win7 Umstellung Verwaltungsarbeitsplätze an Schulen und Lehrbetrieb.	0	0	0	245.000	0	245.000			0	8.000	0	8.000	0	0	0	8.000	0	8.000	0	0	0
22	40	4020101999900114	Hard- und Software, Maschinen und Geräte, Lehrmittel	006	Hardware	Coronabedingte mobile Arbeit, Einführung E-Akte, Ausstattung der Beratungsräume und Büro AL mit Präsentationstechnik für Videotelefonie, Webkonferenz, Bedarf an Diagnosetechnik für Stadtmedienzentrum. Koffer für die zentrale Verwahrung Tablets, Notebooks in den Schulen - Anschaffung im Rahmen des Sofortprogramms Corona.	0	0	0	317.000	0	317.000			0	6.000	0	6.000	0	0	0	10.000	0	10.000	0	0	0
23	40	4020101999900114	Hard- und Software, Maschinen und Geräte, Lehrmittel	012	Standardsoftware unter 410	Notwendige Beschaffung im Rahmen des Sofortprogramms Corona.	0	800	0	51.700	0	50.900			0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
24	40	4020101999900114	Hard- und Software, Maschinen und Geräte, Lehrmittel	018	GWG - Hardware	Ersatzbeschaffung von Hardware, bedingt durch Umstellung von Win7 auf Win10.	0	4.200	0	925.000	0	920.800			0	0	0	4.200	0	4.200	0	0	0	0	0	0	0
25	40	4023104999900120	Software, Schulmöbel, Hardware, Lehr- u. Unterrichtsmittel	008	Hardware und EDV-technische Ausstattung	Ausstattung mit Präsentationstechnik nach coronabedingtem Umzug zweier nicht ausgestatteter Räume	0	0	0	10.000	0	10.000			0	1.000	0	1.000	0	0	0	1.000	0	1.000	0	0	0
26	40	4042401201200114	Standortsicherung Wasserspringen Short Track	008	Standortsicherung		64.000	64.000	0	0	-64.000	-64.000			64.000	64.000	0	0	-64.000	-64.000	64.000	64.000	0	0	-64.000	-64.000	
27	40	4042401201400199	Ersatzbeschaffung von Sportgeräten	002	Sportgeräte		0	48.400	0	37.200	0	-11.200			0	50.000	0	37.500	0	-12.500	0	50.000	0	37.500	0	-12.500	0
28	40	4042401201400299	Ersatzbeschaffung von Sportgeräten	008	Hardware und EDV-technische Ausstattung		0	8.000	0	6.000	0	-2.000			0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
29	40	4042401201400299	technische Ausstattung für Sporthallen/-Sportanlagenpflege	002	Fahrzeuge		0	6.000	0	0	0	-6.000			0	80.000	0	60.000	0	-20.000	0	30.000	0	22.500	0	-7.500	0
30	40	4042401201400299	technische Ausstattung für Sporthallen/-Sportanlagenpflege	004	sonstige Betriebs- und Geschäftsausstattung		0	65.300	0	45.800	0	-19.500			0	60.000	0	45.000	0	-15.000	0	40.000	0	30.000	0	-10.000	0
31	40	4042401201400199	Geringwertige Vermögensgegenstände (Steuerrecht)	002			0	36.100	0	16.300	0	-19.800			0	10.000	0	7.500	0	-2.500	0	10.000	0	7.500	0	-2.500	0
32	40	4042401202000101	Sportgeräte Stadion Sportpark Warnemünde	001	Sportgeräte	Aufteilung der Ansätze bzw. Übertragung der Maßnahmen auf Grund der Gründung des Amtes für Sport, Vereine und Ehrenamt.	0	0	0	0	0	0			0	25.000	0	0	0	-25.000	0	0	0	0	0	0	0
33	40	4042401202000310	Ausstattung Sportgeräte nach Sanierung SPH Kopenhagener Str. 5a/b	001	Sportgeräte		0	125.000	0	0	0	-125.000			0	125.000	0	0	0	-125.000	0	0	0	0	0	0	0
34		4042402202000110	Ausstattung Sportcampus und Funktionsgebäude Danziger Str.	001	Sportgeräte			0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	6.000	0	0	-6.000	0	
35	40	4042401202000724	Ausstattung nach Sanierung Sporthalle O.-Palme-Str. 24	001	Sportgeräte	Verschiebung auf Grund der Planugn des KOE nach 2022.	0	50.000	0	0	0	-50.000			0	0	0	50.000	0	50.000	0	0	0	0	0	0	0
36	40	4042401202100124	Ausstattung nach Sanierung Sporthalle O.-Palme-Str. 19	001	Sportgeräte	Anpassung an Bauausführung des KOE.	0	0	0	50.000	0	50.000			0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
37	41	4142405202100199	Möbiliar und Einrichtungen	002	Möbel - GwG		0	0	0	30.000	0	30.000			0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
38	41	4142405202100199	Möbiliar und Einrichtungen	001	Möbel		0	0	0	5.000	0	5.000			0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
39	41	4142405202188899	Hard- und Software, Vernetzung	001	Datenverarbeitungs-Software		0	0	0	4.000	0	4.000			0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
40	41	4142405202188899	Hard- und Software, Vernetzung	002	Hardware		0	0	0	86.500	0	86.500			0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
41	41	4042401201200114	Standortsicherung Wasserspringen Short Track	A8/E10	Standortsicherung		0	0	64.000	64.000	64.000	64.000			0	0	64.000	64.000	64.000	64.000	0	0	64.000	64.000	64.000	64.000	0
42	41	4142403202100199	Beschaffung von Sportgeräten	001	Sportgeräte		0	0	0	11.200	0	11.200			0	0	0	12.500	0	12.500	0	0	0	12.500	0	12.500	0
43	41	4142403202100199	Beschaffung von Sportgeräten	002	Hardware und EDV-technische Ausstattung		0	0	0	2.000	0	2.000			0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
44	41	4142403202100199	Beschaffung von Sportgeräten	003	Sportgeräte - GwG		0	0	0	19.800	0	19.800			0	0	0	2.500	0	2.500	0	0	0	2.500	0	2.500	0

Lfd.-Nr.	TH	Maßnahme- Nr.	Bezeichnung der Investition	Pos.	Bezeichnung Pos.	Begründung	Ansatz 2021		Ansatz neu 2021		Änderung 2021		VE 21		Ansatz 2022		Ansatz neu 2022		Änderung 2022		Ansatz 2023		Ansatz neu 2023		Änderung 2023		
							FE	FA	FE	FA	FE	FA	für 22	für 23	FE	FA	FE	FA	FE	FA	FE	FA	FE	FA	FE	FA	FE
45	41	4142403202100299	technische Ausstattung für Sporthallen/-Sportanlagenpflege	001	Fahrzeuge	Die Ansätze ergeben sich auf Grundlage der dem Amt für Sport, Vereine und Ehrenamt übertragenen Aufgaben.	0	0	0	6.000	0	6.000			0	0	0	20.000	0	20.000	0	0	0	7.500	0	7.500	
46	41	4142403202100299	technische Ausstattung für Sporthallen/-Sportanlagenpflege	002	sonstige Betriebs- und Geschäftsausstattung		0	0	0	19.500	0	19.500			0	0	0	15.000	0	15.000	0	0	0	10.000	0	10.000	
47	41	4142403202100101	Sportgeräte Stadion Sportpark Warnemünde	001	Sportgeräte		0	0	0	0	0	0			0	0	0	25.000	0	25.000	0	0	0	0	0	0	
48	41	4142403202100310	Ausstattung Sportgeräte Sanierung SpH Kopenhagener Str. 5a/b	001	Sportgeräte		0	0	0	125.000	0	125.000			0	0	0	125.000	0	125.000	0	0	0	0	0	0	0
49	41	4142404202100110	Ausstattung Sportcampus und Funktionsgebäude Danziger Str.	001	Sportgeräte		0	0	0	125.000	0	125.000			0	0	0	0	0	0	0	0	0	6.000	0	6.000	
50	41	4142403202100110	Erstausstattung Sportplatz (Baseball) Kopenhagener-Str.	001			0	0	0	20.000	0	20.000			0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
51	41	4142102202100112	Investitionszuschuss an den Rostocker Nasenbären e.V	001	Investitionszuschuss	Basis für die Bereitstellung der Mittel ist die Richtlinie über die Sportförderung der HRO. Gem. Punkt 5.2.4 sind bei dieser Maßnahme 25% der Gesamtbaukosten unter Beachtung der speziellen Voraussetzungen für eine Bauförderung (4.2) förderfähig. Um den Trainings- und Spielbetrieb weiterhin aufrecht erhalten zu können und den Fortbestand des Vereines zu sichern, ist die Aufnahme in den Ergänzungsbeschluss für den Haushalt 2021 unumgänglich.	0	0	0	100.000	0	100.000			0	0			0	0	0	0			0	0	
52	42	4227201202100199	Programm für digitale Interaktion in Kulturinstitutionen	001	Fördermittel der Kulturstiftung des Bundes	Die Bundeskulturstiftung schüttet im Rahmen der Förderlinie "Digitalisierung für kulturelle und soziokulturelle Einrichtungen Summen zwischen 25.000 und 500.000 EUR aus. Das Amt 42 stellt einen Antrag über eine Fördersumme von 50.000 EUR. Ein 10%iger Eigenanteil des Antragstellers muss dargestellt werden. Dieser Anteil in Höhe von 5.000 EUR wurde im Verwaltungshaushalt aufgenommen.	0	0	25.000	25.000	25.000	25.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
53	43	4327101201388899	Hard-und Software, Vernetzung	004	Standardsoftware	Die Hard- und Software wird in der Verwaltungstätigkeit geplant, da sie durch die Verschiebung der Wertgrenze für geringwertige Vermögensgegenstände nicht	0	2.800	0	0	0	-2.800	0	0	0	9.500	0	0	0	-9.500	0	1.300	0	0	0	-1.300	
54	43	4327101201388899	Hard-und Software, Vernetzung	006	Hardware- u. EDV-Ausstattung		0	49.600	0	40.000	0	-9.600	0	0	0	29.600	0	20.000	0	-9.600	0	29.500	0	20.000	0	-9.500	
55	44	4426301201588899	Hard- u. Software, Vernetzung	004	Standard-Software		0	0	0	4.000	0	4.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
56	44	4426301201588899	Hard- u. Software, Vernetzung	017	DV-Software, Immaterielle VG, Fachsoftware		0	0	0	10.200	0	10.200	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
57	44	4426301201588899	Hard- u. Software, Vernetzung	019	Projekt Digitalisierung Musikschule HW	Fortsetzung des Projektes Digitalisierung in den Musikschulen, gefördert vom Landesverband der Musikschulen in M-V e.V.	0	0	0	12.800	0	12.800	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
58	44	4426301201588899	Hard- u. Software, Vernetzung	018	Projekt Digitalisierung Musikschule	Die Förderquote beträgt 66%.	0	0	18.200	0	18.200	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
59	45	4525101202000219	Umbau Dauerausstellung Spielzeug/ Kunstgewerbe	001		Verschiebung aufgrund der Überprüfung der Kassenwirksamkeit.	0	230.000	0	0	0	-230.000	0	0	0	0	230.000	0	230.000	0	0	0	0	0	0	0	
60	45	4525101202000319	Umgestaltung Freianlagen Klostergarten	001		Verschiebung aufgrund der Planungsreife.	0	40.000	0	0	0	-40.000	0	0	0	0	40.000	0	40.000	0	0	0	0	0	0	0	
61	61	6153601202000199	Breitbandausbau	A1/E2-4		Die HRO als Zuwendungsempfängerin trägt die zweckgebundenen Investitionen für den Ausbau der Breitbandinfrastruktur in den unterversorgten Gebieten. Die Finanzierung von Investitionen des geförderten Projektes ist durch die vorliegenden vorläufigen Zuwendungsbescheide (e-Akte 832.5/3-19 09MV300061) des Bundes und des Landes M-V zugesichert. Das Landesministerium hat am 1.7.19 zudem die Vorfinanzierung des kommunalen Eigenanteils aus Mitteln des Sondervermögens "Breitbandausbau in Mecklenburg-Vorpommern" zugesichert.	8.600.000	8.600.000	5.185.000	5.185.000	-3.415.000	-3.415.000	0	0	8.600.000	8.600.000	9.449.500	9.449.500	849.500	849.500	8.600.000	8.600.000	731.000	731.000	-7.869.000	-7.869.000	
62	62	6211402999900299	Einnahmen aus Verkauf von Grundstücken und Baulichkeiten	008	Verkauf Grundstücke und Baulichkeiten	Finanzierung von Investitionen des geförderten Projektes ist durch die vorliegenden vorläufigen Zuwendungsbescheide (e-Akte 832.5/3-19 09MV300061) des Bundes und des Landes M-V zugesichert. Das Landesministerium hat am 1.7.19 zudem die Vorfinanzierung des kommunalen Eigenanteils aus Mitteln des Sondervermögens "Breitbandausbau in Mecklenburg-Vorpommern" zugesichert.	7.300.000	0	7.500.000	0	200.000	0	0	0	1.300.000	0	7.500.000	0	6.200.000	0	1.300.000	0	1.300.000	0	0	0	
63	62	6251108201700299	Ersatzbeschaffung Vermessungsfahrzeuge	002	Fahrzeuge	Aufgrund der laufenden Einführung von Elektro-Fahrzeugmodellen wird eine Verschiebung des Plansatzes 2021 in das Finanzplanungsjahr 2023 beantragt. Eine Verringerung des Plansatzes in 2023 ist zzt. nicht absehbar. Informationen zu konkreten Kosten müssen zusammen mit dem Amt 67 erhoben werden. Evtl. kommen statt des Kaufs auch Leasing-Modelle in Frage.	0	50.000	0	0	0	-50.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	50.000	0	50.000		

Lfd.-Nr.	TH	Maßnahme- Nr.	Bezeichnung der Investition	Pos.	Bezeichnung Pos.	Begründung	Ansatz 2021		Ansatz neu 2021		Änderung 2021		VE 21		Ansatz 2022		Ansatz neu 2022		Änderung 2022		Ansatz 2023		Ansatz neu 2023		Änderung 2023	
							FE	FA	FE	FA	FE	FA	für 22	für 23	FE	FA	FE	FA	FE	FA	FE	FA	FE	FA	FE	FA
64	62	6251108201700299	Ersatzbeschaffung Vermessungsfahrzeuge	004	Veräußerung Vermessungsfahrzeuge	Aufgrund der Verschiebung der Maßnahme Erwerb eines neuen Vermessungsfahrzeuges in das HH-Jahr 2023 kommt es ebenfalls zu einer Verschiebung der Veräußerung des aktuellen Vermessungsfahrzeuges in dasselbe HH-Jahr.	5.000	0	0	0	-5.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	5.000	0	5.000	0	
65	66	6654101999900999	Erneuerung Regenwassersammler durch den WWAV	002		Der neue Ansatz 2021 entspricht den Abstimmungen mit dem WWAV über den in der Verbandsversammlung beschlossenen Maßnahmeplan 2021. In dieser Summe sind die Vorhaben zusammengefasst, von denen bereits jetzt Kenntnis über die Kassenwirksamkeit in 2021 besteht. Es erfolgen regelmäßiG Gespräche mit dem WWAV um die Vorhaben und deren Kosten stetig zu konkretisieren und bei Veränderungen entsprechend handeln zu können.	0	1.000.000	0	2.200.000	0	1.200.000	1.500.000	500.000	0	1.000.000	0	2.500.000	0	1.500.000	0	900.000	0	2.500.000	0	1.600.000
66	66	6654101201202016	Sanierung /Umgestaltung Ulmenstraße	008		Durch Verzögerungen im Bauablauf verschiebt sich der 3. Bauabschnitt.	0	200.000	0	0	0	-200.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
67	66	6654101202001312	Brückenbauwerk 145- über Scharmer Bach BW 145	001		Die Schäden am Bauwerk 145 sind nach eingehender Untersuchung nicht so gravierend wie angenommen. Die Brücke kann instand gesetzt werden; die Kosten hierfür stellen laufenden Aufwand dar. Die eingeplanten Mittel in 2022 und entsprechende VE in 2021 für das Jahr 2022 i.H.v. 1.350.000,00 € werden zur Finanzierung anderer Ingenieurbauwerke benötigt (Ansatz wird im Zuge der nächsten HHPlanung umverteilt).	0	120.000	0	0	0	-120.000	1.350.000	0	0	1.350.000	0	1.350.000	0	0	0	0	0	0	0	
68	66	6654101201700712	Ersatzneubau Scharmer Damm BW 131	002		Es werden zusätzliche Mittel in 2021 benötigt , um die Planung des Ersatzneubaus für das Brückenbauwerk 131 voran zu bringen	0	0	0	120.000	0	120.000	500.000	0	0	500.000	0	500.000	0	0	0	2.600.000	0	2.600.000	0	0
69	66	6654101201701315	Radschnellweg Barnstorfer Wald	3/2		Die Ausführung des Projektes muss aufgrund von Planungsrückständen verschoben werden.	500.000	1.000.000	100.000	200.000	-400.000	-800.000	0	0	300.000	600.000	300.000	600.000	0	0	0	0	400.000	800.000	400.000	800.000
70	66	6654101201702399	Fahrradabstellanlagen im Stadtgebiet, inkl. Bike&Ride	2/4		Die Herstellung neuer Fahrradabstellanlagen in der Größenordnung des Ansatzes ist derzeit nicht umsetzbar.	75.000	150.000	0	25.000	-75.000	-125.000	0	0	75.000	150.000	0	25.000	-75.000	-125.000	150.000	250.000	150.000	250.000	0	0
71	66	6654101201800717	Straßenbau Nordex	6/2		Die Maßnahme verschiebt sich aufgrund von ausstehendem Grunderwerb. Gemäß vorliegendem Änderungsbescheid des Förderinstitutes werden die Mittel in das Jahr 2023 verschoben. Die Förderquote beträgt 80%.	500.000	500.000	0	0	-500.000	-500.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	400.000	500.000	400.000	500.000
72	66	6654101201900724	Erneuerung Petersdorfer Str.	002		Nach derzeitigem Kenntnisstand werden die eingeplanten Mittel aus dem Entwurf nicht ausreichen. Es sind Mehrkosten in Höhe von 200.000,00 € zu erwarten.	0	150.000	0	350.000	0	200.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
73	66	6654101202000120	Erneuerung des Umfeldes am John-Brinckman-Brunnen	001		Das Ergebnis der Ausschreibung lässt eine Kürzung des Ansatzes um 200.000 € zu.	0	520.000	0	320.000	0	-200.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
74	66	6654101201501708	Neubau der Verlängerung Mecklenburger Allee bis Elmenhorst Mecklenburger Allee	002		Es werden zusätzliche Mittel i.H.v. 220.000,00 € für die Bauüberwachung benötigt; diese waren im Ansatz bisher nicht berücksichtigt.	0	2.000.000	0	2.220.000	0	220.000	0	0	0	2.700.000	0	2.700.000	0	0	0	1.500.000	0	1.500.000	0	0
75	66	6654101999900499	Erneuerung und Sanierung Straßenbeleuchtung	002		Der Ansatz aus dem Entwurf reicht bei weitem nicht aus, um dem Sanierungs- und Erneuerungsbedarf im Bereich der Straßenbeleuchtung gerecht zu werden.	0	341.000	0	441.000	0	100.000	0	0	0	1.000.000	0	1.000.000	0	0	0	800.000	0	800.000	0	0
76	66	6654101201801417	städtischer Anteil Wohnungsbaustandort Am Südring Groter Pohl	002		Der B-Plan für den Wohnungsbaustandort Groter Pohl wird komplett neu überarbeitet. Mit dem neuen Beschluss wird nicht vor Ende 2021/ Anfang 2022 gerechnet.	0	300.000	0	0	0	-300.000	-300.000	-300.000	0	300.000	0	300.000	0	0	0	300.000	0	300.000	0	0
77	66	6654300202000220	B-Plan- Weißes Kreuz, Planstraße B	A1/E2		Nach Verhandlungen mit dem Investor muss die Stadt diesem die Erschließungsanlagen komplett nach Vorliegen der Schlussrechnung (ca. 620.000 EUR erstatten. Die 76 TEUR entsprechen dem Anteil des Investors an den Erschließungsbeiträgen. Im Jahr 2022 erfolgt die Beitragsbescheidung an weitere Anlieger.	0	60.000	76.000	620.000	76.000	560.000	0	0	0	0	430.000	0	430.000	0	0	0	0	0	0	0
78	66	6654101202001819	Grundhafter Ausbau Talstraße	001		Zur Ausschreibung der gesamten Leistung in 2021 wird eine Verpflichtungsermächtigung für die in 2022 zahlungswirksam werdenden Mittel in Höhe von 75.000 EUR benötigt.	0	75.000	0	75.000	0	0	75.000	0	0	75.000	0	75.000	0	0	0	0	0	0	0	0
79	66	6654101201304099	Gehwegsanierungen im Stadtgebiet	002		Das geplante Vorhaben "Gehwegserneuerung Heinrich-Schütz-Straße" ist aufgrund seines	0	390.000	0	396.000	0	6.000	0	0	0	500.000	0	500.000	0	0	0	500.000	0	500.000	0	0
80	66	6654101202004613	Gehwegserneuerung Heinrich-Schütz-Straße	001		insgesamten finanziellen Umfangs als separate Maßnahme zu zeigen. Daher ist eine	0	0	0	40.000	0	40.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
81	66	6654101201900499	Radwegsanierung im Stadtgebeit	002		Das in 2021 auszuführende Vorhaben "Sanierung kombinierter Geh- und Radweg Kranichweg" ist aufgrund seines finanziellen	0	250.000	0	50.000	0	-200.000	0	0	0	250.000	0	250.000	0	0	0	150.000	0	150.000	0	0
82	66	6654101202004711	Sanierung kombinierter Geh- und Radweg Kranichweg	001		Umfangs als separate Maßnahme zu zeigen. Daher ist eine Umverteilung der Mittel	0	0	0	200.000	0	200.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
83	66	6654101201388899	Auszahlungen bewegliche Sachen des Anlagevermögens über Wertgrenzen (Hardware u. tech. Ausstattung)	026	GWG-Hardware	Umsetzung der Organisationsverfügung 19/20 vom 15.05.2020. Umverteilung in den TH 68.	0	30.000	0	20.500	0	-9.500	0	0	0	50.000	0	50.000	0	0	0	50.000	0	50.000	0	0

Lfd.-Nr.	TH	Maßnahme- Nr.	Bezeichnung der Investition	Pos.	Bezeichnung Pos.	Begründung	Ansatz 2021		Ansatz neu 2021		Änderung 2021		VE 21		Ansatz 2022		Ansatz neu 2022		Änderung 2022		Ansatz 2023		Ansatz neu 2023		Änderung 2023	
							FE	FA	FE	FA	FE	FA	für 22	für 23	FE	FA	FE	FA	FE	FA	FE	FA	FE	FA	FE	FA
84	66	6654101201802218	städtischer Anteil Wohnungsbaustandorte Kiefernweg	002		Nach Rücksprache mit dem Erschließungsträger wird der städtische Anteil erst im Jahr 2022 abgerufen.	0	700.000	0	0	0	-700.000	0	0	0	0	700.000	0	700.000	0	0	0	0	0	0	0
85	66	6654101201300420	Straßenbau Petridamm	002		Die Maßnahme ist abgeschlossen und wird in Ende 2020 schlussgerechnet.	400.000	400.000	400.000	0	0	-400.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
86	66	6654400202000499	Touristische Hinweisschilder	001		Die Hinweisschilder an den Standorten der A19 und A20 sind veraltet und müssen erneuert werden	0	0	0	80.000	0	80.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
87	67	6755100201400499	Sanierung/Neubau Wegeflächen in Grünanlagen	032	Wegebau Schwanenteichpark - Vorfläche Kunsthalle	Eine Baumaßnahme des KOE am Standort verzögert sich. Dadurch verschiebt sich auch die Ausführung des Bauvorhabens.	0	60.000	0	0	0	-60.000	60.000	60.000	0	60.000	0	60.000	0	0	0	0	60.000	0	60.000	0
88	67	6755100201800599	Städtischer Anteil Wohnungsbaustandorte	002	Umsetzung B-Pläne	Die Errichtung neuer Wohnungsbaustandorte verzögert sich.	0	40.000	0	0	0	-40.000	40.000	340.000	0	340.000	0	40.000	0	-300.000	0	420.000	0	340.000	0	-80.000
89	67	6755100201800299	Sanierung/ Neubau Lagerplätze	002	Freilager Tannenweg	Der Baubeginn verschiebt sich in das HH-Jahr 2021. Dementsprechend verschiebt sich auch der geplante Ansatz für 2021 um ein Jahr.	0	1.968.000	0	0	0	-1.968.000	1.968.000	0	0	0	1.968.000	0	1.968.000	0	0	0	0	0	0	0
90	67	6755301201200115	Erwerb Fahrzeuge / Spezialtechnik	034	Kompostieranlage	Die Dauer der Ausschreibung und der Herstellung der Anlage lässt eine Lieferung erst in 2022 zu.	0	218.800	0	0	0	-218.800	218.000	0	0	0	218.800	0	218.800	0	0	0	0	0	0	0
91	67	6755303201800113	Sanierung/Neubau Krematorium	002		Auf Grund von Verzögerungen werden die Ansätze für die Bauausführung in Folgejahre verschoben.	0	382.500	0	204.000	0	-178.500	1.263.500	694.000	0	1.085.000	0	1.263.500	0	178.500	0	694.000	0	694.000	0	0
92	67	6755401201200399	Baumfonds	006	Einzahlungen Baumfonds für Baumsatz-pflanzungen		80.000	0	40.000	0	-40.000	0	0	0	80.000	0	40.000	0	-40.000	0	80.000	0	40.000	0	-40.000	0
93	67	6755401201200399	Baumfonds	010	Baumsatzpflanzungen aus Baumfonds	Der Ansatz wird auf Grund sinkender Einzahlungen reduziert.	0	80.000	0	40.000	0	-40.000	0	0	0	80.000	0	40.000	0	-40.000	0	80.000	0	40.000	0	-40.000
94	68	6811405202000199	technische Ausstattung Amt	001		Umsetzung der Organisationsverfügung 19/20 vom 15.05.2020. Umverteilung aus dem TH 66 in den TH 68.	0	0	0	9.500	0	9.500	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
95	68	0311111201800199	EU Projekt Interreg-BSR-cities, multimodal	002		Erstattung der Kosten die die HRO vorfinanziert hat.Voraussichtlich im Q1/2021 wird die HRO die Anzahlungen für die in 2020 getätigten Auszahlungen für inv. Maßnahmen vom Fördermittel-Geber erhalten.	0	0	40.000	0	40.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	
96	73	7353301201800130	Löschwasserteich Stuthof	002	Löschwasserversorgung Stuthof	Aufgrund der derzeitigen Planung wird die Maßnahme in Folgejahre verschoben.	0	20.000	0	17.400	0	-2.600	0	0	0	100.000	0	102.600	0	2.600	0	0	0	0	0	0
97	73	7355201201500920	Investitionsstauabbau OT Brinkmannsdorf	002	Rohrleitung Hefegraben einschließlich Schachtbauwerk	Aufgrund der derzeitigen Planung wird die Maßnahme in Folgejahre verschoben.	0	185.000	0	0	0	-185.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	185.000	0	185.000	
98	73	7355201201501123	Investitionsstauabbau OT Dierkow West	002	Rohrleitung 11 und 11/1 einschließlich Schachtbauwerke	Aufgrund der derzeitigen Planung wird die Maßnahme in Folgejahre verschoben.	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1.320.000	0	1.205.000	0	-115.000	0	980.000	0	1.095.000	0	115.000
99	73	7355201201800418	Sanierung Rote-Burg-Graben	002	Hydrologie Wohnungsbau	Aufgrund der derzeitigen Planung wird die Maßnahme in Folgejahre verschoben.	0	44.400	0	0	0	-44.400	0	0	0	273.900	0	44.400	0	-229.500	0	300.000	0	273.900	0	-26.100
100	73	7355201202000305	Ausbau des Gewässers 13/3/2/1	001	Gewässerausbau Neu Hinrichsdorf	Aufgrund der derzeitigen Planung wird die Maßnahme in Folgejahre verschoben.	0	68.000	0	0	0	-68.000	0	0	0	207.000	0	68.000	0	-139.000	0	0	0	207.000	0	207.000
101	73	7355201202000405	Entrohrung des Gewässers 28/10	001	Hauptentwässerungssache Hinrichshagen	Aufgrund der derzeitigen Planung wird die Maßnahme in Folgejahre verschoben.	0	0	0	0	0	0	0	0	0	250.000	0	0	0	-250.000	0	0	0	250.000	0	250.000
102	82	8255500201700206	Forstwirtschaftlicher Wegebau	004	Holzabfuhrwege	Einplanung einer Verpflichtungsermächtigung zur rechtezeitigen Auftragsvorbereitung & -vergabe.	0	0	0	0	0	0	200.000	140.000	0	200.000	0	200.000	0	0	0	140.000	0	140.000	0	0
103	82	8255500201700206	Forstwirtschaftlicher Wegebau	005	Betriebswege	Einplanung einer Verpflichtungsermächtigung zur rechtezeitigen Auftragsvorbereitung & -vergabe.	0	0	0	0	0	0	80.000	80.000	0	80.000	0	80.000	0	0	0	80.000	0	80.000	0	0
104	82	8255500202000106	Waldanlage	002	Waldrand	Die ursprünglich in 2020 geplante Maßnahme kann nicht begonnen werden. Sie wird in 2022 neu geplant.	0	0	0	0	0	0	98.000	0	0	0	98.000	0	98.000	0	0	0	0	0	0	0
105	82	8255500202000106	Waldanlage	003	Hecken	Die ursprünglich in 2020 geplante Maßnahme kann nicht begonnen werden. Sie wird in 2022 neu geplant.	0	4.000	0	0	0	-4.000	34.000	0	0	4.000	0	34.000	0	30.000	0	4.000	0	4.000	0	0
106	83	6654802201500201	Sportboothafen Warnemünde	004	Steganlage -BeA	Bei den Abbrucharbeiten sowohl im 1. als auch im 2. Bauabschnitt sind Mengenerhöhungen aufgetreten, die im Unterwasserbereich lagen und im Vorfeld nicht erkennbar waren. Behördliche Auflagen zur Baustellensicherung, zur Ausführung der Rammarbeiten und zu einem Langzeit-Monitoring haben ebenfalls zu nicht eingeplanten Kostensteigerungen geführt. Zum Zeitpunkt der Haushaltsplanung 2020/2021, waren diese unvorhersehbaren Mehrauszahlungen in dieser Höhe nicht bekannt.	2.510.400	2.560.400	2.510.400	3.060.400	0	500.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0

Lfd.-Nr.	TH	Maßnahme- Nr.	Bezeichnung der Investition	Pos.	Bezeichnung Pos.	Begründung	Ansatz 2021		Ansatz neu 2021		Änderung 2021		VE 21		Ansatz 2022		Ansatz neu 2022		Änderung 2022		Ansatz 2023		Ansatz neu 2023		Änderung 2023	
							FE	FA	FE	FA	FE	FA	für 22	für 23	FE	FA	FE	FA	FE	FA	FE	FA	FE	FA	FE	FA
107	83	6654802201200101	Neugestaltung Werftbecken	E6/A8		Für die Umgestaltung des Werftbeckens in einen Mehrzweckhafen als Bestandteil der touristischen Gesamtkonzeption bekennt sich die HRO zu ihrer Verantwortung zur Weiterentwicklung der Kalkanten, der maritimen Wirtschaft und des Kreuzschiffahrtstourismus. Die Prioritäten, Umsetzung und der Finanzierungsumfang haben sich verschoben und geändert. Die Entscheidungen, ob für das Vorhaben eine Zuwendungswürdigkeit besteht wurde vom LFI-MV noch nicht bestätigt. Der Antrag auf Gewährung einer Zuwendung zur Förderung wurde noch nicht gestellt.	5.550.000	7.400.000	0	500.000	-5.550.000	-6.900.000	20.000.000	20.000.000	26.250.000	35.000.000	18.000.000	20.000.000	-8.250.000	-15.000.000	26.250.000	35.000.000	18.000.000	20.000.000	-8.250.000	-15.000.000
108	83	8354801202000420	Mühlendammseleuse- Herstellung der Hochwassersicherheit	001		Zum Zeitpunkt der Haushaltsplanung 2020/2021 wurden keine Einzahlungen geplant. Im Laufe der Vorbereitungen für den Investitionsablauf wurde festgestellt, dass die Abrechnung der Maßnahme verschoben wird und die Auszahlungen/Einzahlung in gleicher Höhe geplant werden sollen.	0	100.000	450.000	450.000	450.000	350.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
109	83	8354805201800103	Spülfeld Radelsee	E2/A4		Die Genehmigungplanung wird frühestens Ende 2020 Anfang 2021 eingereicht. (abhängig von beizubringenden Unterlagen, Emissionsbetrachtungen und Erstellung Anzeigunterlagen). Der Beginn der Genehmigungserteilung soll im 3. Quartal 2021 erfolgen. Nach Ausführungsplanung und das Vergabeverfahren der Bauleistungen EU-weit, ist mit einem Baubeginn Anfang 2022 zu rechnen. Durch diese Umstände, ist es notwendig, die Investitionen/Planung neu zuordnen.	2.040.000	3.400.000	0	0	-2.040.000	-3.400.000	3.000.000	3.000.000	0	0	1.800.000	3.000.000	1.800.000	3.000.000	0	0	1.800.000	3.000.000	1.800.000	3.000.000
110	83	6654803202000329	Neubau LP 31/32 auf dem Pier II	001		Ersatzneubau für 360 m Kaianlage, mit Wassertiefe von 11,5 m. Ein Antrag auf Zuwendung wurde am 25.06.2020 gestellt. Die Bestätigung der Förderung ist erfolgt.	0	0	7.100.000	7.100.000	7.100.000	7.100.000	0	0	0	0	15.517.000	15.517.000	15.517.000	15.517.000	0	0	0	0	0	0
111	83	6654803202000429	Neubau LP 45/46 auf dem Pier II	001		Ersatzneubau für 420 m Kaianlage, mit Wassertiefe von 12,5 m. Ein Antrag auf Zuwendung wurde am 02.01.2020 gestellt.	0	0	9.000.000	9.000.000	9.000.000	9.000.000	0	0	0	0	6.300.000	6.300.000	6.300.000	6.300.000	0	0	6.450.000	6.450.000	6.450.000	6.450.000
112	90	9061103999900099	investiv gebundene Zuweisung FAG	006		Die Anpassung der investiven Schlüsselzuweisungen erfolgte auf Grundlage des Erlasses vom Oktober 2020.	12.746.000	0	16.025.600	0	3.279.600	0	0	0	13.639.700	0	15.625.600	0	1.985.900	0	15.853.600	0	12.044.500	0	-3.809.100	0
113	99	9955105202000125	Hechtgrabenniederung	E2/A3	Einzahlungen: Landesförderung und Auszahlungen: geleistete Anzahlungen	Anpassung auf Grundlage der neuer Planung	0	300.000	0	300.000	0	0	0	0	100.000	800.000	0	700.000	-100.000	-100.000	1.500.000	1.000.000	0	416.000	-1.500.000	-584.000
Summe							43.016.500	46.822.800	50.261.900	51.897.600	7.245.400	5.074.800	31.494.900	24.915.000	53.130.800	73.193.600	76.532.800	89.961.500	23.402.000	16.767.900	56.318.200	69.536.700	43.402.200	56.265.200	-12.916.000	-13.271.500

Übersicht über die aus Verpflichtungsermächtigungen in den einzelnen Haushaltsjahren voraussichtlich fällig werdenden Auszahlungen

Anlage 1.6 b

TH	Maßnahmenummer	Bezeichnung	Ansatz 2021	FP 2022	FP 2023	VE in 2021 für		
						2022	2023	Gesamt
10	1011401201700213	Mobiliar und Ausstattung nach Sanierung HdBuU	20.000	212.000	60.000	212.000	0	212.000
32	3212202202000299	Terminvereinbarungssystem	0	100.000	0	100.000	0	100.000
37	3712601201200799	BOS-Digitalfunkgeräte inklusive Anbindung an die Leitstelle	0	140.400	0	140.400	0	140.400
37	3712601201500499	Erwerb Gerätewagen Berufsfeuerwehr	208.000	0	363.000	0	363.000	363.000
37	3712601201600299	Erwerb Abrollbehälter	0	113.000	234.000	113.000	234.000	347.000
37	3712601202000399	Ausstattung Neubau Feuerwache III	0	0	2.077.000	0	2.077.000	2.077.000
37	3712601202000599	Notfallleitstelle Neubau Feuerwache III	0	0	1.012.000	0	1.012.000	1.012.000
37	3712603201800199	Einrichtung der Ausbildungsstätte für Brandmeisteranwärter	78.800	44.000	554.500	0	500.000	500.000
37	3712700201200699	Erwerb von Rettungswagen	0	593.000	298.000	593.000	298.000	891.000
37	3712700201200799	Erwerb Notarzteinsetzfahrzeug	0	192.500	0	192.500	0	192.500
37	3712700201200899	Beschaffung und Umbau von Krankentransportwagen	0	292.500	103.000	292.500	103.000	395.500
37	3712700202000199	Beschaffung Abrollbehälter SEG-RD	0	260.000	0	260.000	0	260.000
37	3712700202000299	Ausstattung Neubau Rettungswache III	0	0	183.000	0	183.000	183.000
37	3712800201400199	Innenausstattung Katastrophenschutzlager	0	30.000	0	30.000	0	30.000
37	3712800201500299	Sirenenaufbau	0	190.000	0	190.000	0	190.000
40	4020101202000199	Ausstattung Esseneinnahmeräume an diversen Schulen	60.000	60.000	60.000	60.000	0	60.000
40	4021119202000119	Ausstattung Schulgebäude Alter Markt	0	0	500.000	0	500.000	500.000
40	4042401202000221	Ausstattung Sportgeräte Sanierung SpH H.-Tessenow-Str. 47a	0	50.000	0	50.000	0	50.000
40	4042401202000824	Sportgeräte Sporthalle P.-Picasso-Str.43b	0	50.000	0	50.000	0	50.000
45	4525102202000113	Ausstattung Kunsthalle nach Sanierung	0	537.000	0	537.000	0	537.000
62	6211402999900199	Flächenbevorratung (mittel- / langfristige Stadtentwicklung)	4.510.000	2.000.000	2.000.000	1.000.000	1.000.000	2.000.000
66	6654101201700712	Ersatzneubau Schmarler Damm BW 131	120.000	500.000	2.600.000	500.000	0	500.000
66	6654101201701917	Grundhafter Ausbau Ziolkowskistraße, 1. BA	100.000	500.000	500.000	400.000	500.000	900.000
66	6654101201800619	Grundsanierung Herweghstraße	100.000	1.000.000	800.000	1.000.000	800.000	1.800.000
66	6654101202000216	Verkehrszeichenbrücke 04 Am Vögenteich/Goetheplatz	20.000	200.000	0	200.000	0	200.000
66	6654101202000325	Lärmschutzwand 20 Fedor-Schuchardt-Straße	30.000	180.000	0	180.000	0	180.000
66	6654101202000611	Lärmschutzwand 04 Birkengrund - Alt Sievershagen	20.000	200.000	0	200.000	0	200.000
66	6654101202001312	Brückenbauwerk 145 - Groß Kleiner Damm über Schmarler Bach	0	1.350.000	0	1.350.000	0	1.350.000
66	6654101202001819	Grundhafter Ausbau Talstraße	75.000	75.000	0	75.000	0	75.000

Übersicht über die aus Verpflichtungsermächtigungen in den einzelnen Haushaltsjahren voraussichtlich fällig werdenden Auszahlungen

Anlage 1.6 b

TH	Maßnahmenummer	Bezeichnung	Ansatz 2021	FP 2022	FP 2023	VE in 2021 für		
						2022	2023	Gesamt
66	6654101202003019	Sicherheitspoller Breite Straße	15.000	150.000	0	150.000	0	150.000
66	6654101202003313	Stichstraße Kuphalstraße	0	500.000	0	500.000	0	500.000
66	6654101999900499	Erneuerung und Sanierung der Straßenbeleuchtung	441.000	1.000.000	800.000	250.000	0	250.000
66	6654101999900999	Erneuerung von Regenwassersammler durch den WWAV	2.200.000	2.500.000	2.500.000	1.500.000	500.000	2.000.000
66	6654300201701115	Satower Straße	50.000	600.000	0	600.000	0	600.000
66	6654300201800220	Ausbau Neubrandenburger Straße	0	1.000.000	0	1.000.000	0	1.000.000
67	6755100201200199	Erwerb Fahrzeuge / Spezialtechnik	373.500	906.000	611.500	540.000	0	540.000
67	6755100201200399	Sanierung/Neubau Spielanlagen	679.000	473.500	282.000	100.000	100.000	200.000
67	6755100201200513	Sanierung /Neubau von Grünanlagen	42.500	273.000	153.000	200.000	0	200.000
67	6755100201200899	Städtische Baumpflanzungen	55.000	55.000	55.000	30.000	0	30.000
67	6755100201400499	Sanierung/Neubau Wegeflächen in Grünanlagen	150.000	310.000	160.000	310.000	0	310.000
67	6755100201400699	Sanierung/Neubau Grünflächenausstattung (Brücken, Durchlässe, Treppenanlagen, Zäune,...)	64.000	151.000	8.000	100.000	0	100.000
67	6755100201800299	Sanierung/ Neubau Lagerplätze	0	1.968.000	0	1.968.000	0	1.968.000
67	6755100201800599	Städtischer Anteil Wohnungsbaustandort - Umsetzung B-Pläne	0	40.000	340.000	40.000	340.000	380.000
67	6755301201200115	Erwerb Fahrzeuge / Spezialtechnik	0	0	0	218.000	0	218.000
67	6755301201400315	Sanierung/Neubau Friedhofsbegleitgrün	90.500	128.000	225.000	120.000	0	120.000
67	6755301201400415	Städtische Baumpflanzungen	15.000	15.000	15.000	10.000	0	10.000
67	6755303201800113	Sanierung/ Neubau Krematorium	204.000	1.263.500	694.000	1.263.500	694.000	1.957.500
67	6755401201200499	Ausgleich - und Ersatzmaßnahmen - Ökokonto	5.000	150.000	50.000	150.000	0	150.000
73	7355201201200401	Baumaßnahme Laaksystem	0	623.000	230.000	623.000	230.000	853.000
73	7357302201800101	Neubau WC Warnemünde	0	200.000	0	200.000	0	200.000
73	7357302201800223	Neubau WC Dierkower Kreuz	0	175.000	0	175.000	0	175.000
82	8255500201700206	Forstwirtschaftlicher Wegebau	530.000	810.000	220.000	810.000	220.000	1.030.000
82	8255500202000106	Waldanlage	0	132.000	4.000	132.000	0	132.000
83	6654802201200101	Neugestaltung Werftbecken - BgA Bereich	500.000	20.000.000	20.000.000	20.000.000	20.000.000	40.000.000
83	8354801202000109	Erneuerung DGzRS (Deutsche Gesellschaft zur Rettung Schiffsbrüchiger) und Steganlage Westmole Warnemünde	0	750.000	750.000	750.000	750.000	1.500.000
83	8354801202000320	Ufersicherung Gehlsdorf	500.000	0	3.500.000	0	3.500.000	3.500.000
83	8354802201900101	Landstromanlage in Warnemünde	0	500.000	5.500.000	0	5.500.000	5.500.000
83	8354802202000319	Liegeplätze 86-91 Stadthafen	0	750.000	7.200.000	0	7.200.000	7.200.000
83	8354805201800103	Spülfeld Radelsee	0	3.000.000	3.000.000	3.000.000	3.000.000	6.000.000
Gesamt			11.256.300	47.292.400	57.642.000	42.464.900	49.604.000	92.068.900

Anlage 1.7

Änderung Stellenplan
zum Ergänzungsbeschluss zum Haushalt 2021

1. Neueinrichtung ab dem 01.01.2021

Lfd. Nr.	OKZ	Tätigkeitsbeschreibung	Vergütung	Begründung
01	03 00 000 002	IT-Betreuer/in	EG 11	Zur weiteren verbesserten Ausstattung in der Stadtverwaltung mit IT - Fachpersonal mit IT-Hochschulabschluss wird im Bereich des OB und der Präsidentin der Bürgerschaft diese Stelle beantragt. Der IT-Betreuer der OE 03 wird neben der OE 04 auch die OE 14, 15 und 45 betreuen.
02	10 01 000 011	SB stellvertretende/r Erhebungsstellenleiter/in Zensus	EG 08	Die Stelle wurde per Organisationsverfügung des Oberbürgermeisters Nr. 21/2020 vom 18.06.2020 zur dringenden Bedarfsdeckung in die OE 41 verlagert. Die Stelle wird für den Zensus ab 07/2021 temporär benötigt und hiermit erneut beantragt. (01/2021 bis 01/2023)
03	10 01 000 012	Mitarbeiter/in Zensus	EG 08	Die Stelle wurde per Organisationsverfügung des Oberbürgermeisters Nr. 21/2020 vom 18.06.2020 zur dringenden Bedarfsdeckung in die OE 41 verlagert. Die Stelle wird für den Zensus ab 10/2021 temporär benötigt und hiermit erneut beantragt. (01/2021 bis 01/2023)

Lfd. Nr.	OKZ	Tätigkeitsbeschreibung	Vergütung	Begründung
04	10 00 000 005	IT-Betreuer/in	EG 11	Die Stelle wurde per Organisationsverfügung des Oberbürgermeisters Nr. 14/2020 vom 20.04.2020 zur dringenden Bedarfsdeckung in die OE 02 verlagert. Zu weiteren verbesserten Ausstattung in der Stadtverwaltung mit IT-Fachpersonal mit IT-Hochschulabschluss wird im Hauptamt diese Stelle erneut beantragt. Der IT- Betreuer der OE 10 wird neben der OE 10 auch die OE 30 betreuen.
05	10 42 000 009	Sachbearbeiter/in	EG 12	Die Stelle wurde per Organisationsverfügung des Oberbürgermeisters Nr. 21/2020 vom 18.06.2020 zur dringenden Bedarfsdeckung in die OE 41 verlagert. Es ist beabsichtigt, dem Bereich Führungskräfteentwicklung sowie die Aus- und Fortbildung in der Stadtverwaltung deutlich zu intensivieren, wozu im Hauptamt eine Bündelung der Kompetenzen innerhalb einer (neuen) Abteilung 10.2 erfolgt. Dazu wird diese Stelle erneut beantragt.
06	20 12 000 015	SB Anlagenrechnung	EG 9a	Unter der Bedingung, dass die Bürgerschaft den Leitbeschluss zur BUGA erlässt, wird die anlagenbuchhalterische Bearbeitung zentral im Kämmereiamt erfolgen. Mit den vorhandenen Ressourcen ist dieser deutliche Mehraufwand nicht zu leisten. Dazu wird die temporär einzurichtende Stelle benötigt. (01/2021 bis 01/2027)
07	47 01 000 008	Archivar/in	EG 11	Die Stelle wurde per Organisationsverfügung des Oberbürgermeisters Nr. 21/2020 vom 18.06.2020 zur dringenden Bedarfsdeckung in die OE 41 verlagert und wird hiermit erneut beantragt.

Lfd. Nr.	OKZ	Tätigkeitsbeschreibung	Vergütung	Begründung
08	50 13 000 007	Sachbearbeiter/in Entgelte	EG 11	Das Amt für Jugend, Soziales und Asyl beabsichtigt, die Entgeltverhandlungen nach dem SGB IX, SGB XI und XII zukünftig selbst durchzuführen. Durch sinkende Verbandsumlagen und bessere Abschlüsse sollen die Personalkosten kompensiert werden. Der Mehrbedarf an Personal beträgt insgesamt drei Stellen. Entscheidungsvorlage OB mit Genehmigung vom 09.03.2020
09	50 13 000 020	Sachbearbeiter/in Entgelte	EG 11	Das Amt für Jugend, Soziales und Asyl beabsichtigt, die Entgeltverhandlungen nach dem SGB IX, SGB XI und XII zukünftig selbst durchzuführen. Durch sinkende Verbandsumlagen und bessere Abschlüsse sollen die Personalkosten kompensiert werden. Der Mehrbedarf an Personal beträgt drei Stellen. Entscheidungsvorlage OB mit Genehmigung vom 09.03.2020
10	50 13 000 021	Sachbearbeiter/in Entgelte	EG 11	Das Amt für Jugend, Soziales und Asyl beabsichtigt, die Entgeltverhandlungen nach dem SGB IX, SGB XI und XII zukünftig selbst durchzuführen. Durch sinkende Verbandsumlagen und bessere Abschlüsse sollen die Personalkosten kompensiert werden. Der Mehrbedarf an Personal beträgt drei Stellen. Entscheidungsvorlage OB mit Genehmigung vom 09.03.2020
11	50 01 000 008	SB Sozial- raumorientierung	EG 10	Das Amt für Jugend, Soziales und Asyl beabsichtigt mit den beiden aufgeführten Stellen, das Konzept der Sozialraumorientierung als durchgängiges Arbeitsprinzip im Amt zu erstellen und umzusetzen. Entscheidungsvorlage OB mit Genehmigung vom 17.02.2020
12	50 01 000 009	SB Sozial- raumorientierung	EG 10	Das Amt für Jugend, Soziales und Asyl beabsichtigt mit den beiden aufgeführten Stellen, das Konzept der Sozialraumorientierung als durchgängiges Arbeitsprinzip im Amt zu erstellen und umzusetzen. Entscheidungsvorlage OB mit Genehmigung vom 17.02.2020

Lfd. Nr.	OKZ	Tätigkeitsbeschreibung	Vergütung	Begründung
13	73 00 000 004	IT-Anwendungsbetreuer/in	EG 10	Das Amt für Umwelt- und Klimaschutz beantragte bereits 2018 diese Stelle zur Anwendungsbetreuung der DV Anwendungen in der OE 73 so unter anderem: „... in der hydraulischen Modellierung ...“, zur Betreuung von Klimaschutzmodellen, von GIS geschützten Planungen und der Teilnahme an elektronischen Bearbeitungs- und Beteiligungsverfahren. Im Rahmen der Stellenplanaufstellung 2020/2021 im Jahr 2019 konnte die Stelle <u>vorerst</u> nicht berücksichtigt werden.
14	45 31 000 003 neu: 47 00 000 004 (OV beim OB)	Sachbearbeiter/in	EG 09a	Die „geliehene Stelle“ 56 00 018 007 aus dem HanseJobCenter wird ab dem 01.05.2021 wieder dem HJC zugeführt. Zur dauerhaften Sicherstellung der Arbeitsfähigkeit des Stadtarchivs (47) ist die Fortführung auf dieser Stelle Sachbearbeiter/in Haushalt ab 01.05.2021 zwingend notwendig.
15	53 30 100 005	Sachbearbeiter/in Infektionsschutz	EG 09 a	Schreiben des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Gesundheit vom 15.09.2020 MV; Pakt für den Öffentlichen Gesundheitsdienst; Zusage von 3 Stellen pro Gesundheitsamt der EG 09
16	53 30 100 006	Sachbearbeiter/in Infektionsschutz	EG 09 a	Schreiben des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Gesundheit vom 15.09.2020 MV; Pakt für den Öffentlichen Gesundheitsdienst; Zusage von 3 Stellen pro Gesundheitsamt der EG 09
17	53 30 100 007	Sachbearbeiter/in Infektionsschutz	EG 09 a	Schreiben des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Gesundheit vom 15.09.2020 MV; Pakt für den Öffentlichen Gesundheitsdienst; Zusage von 3 Stellen pro Gesundheitsamt der EG 09
18	20 11 000 018	Sachbearbeiter/in Haushalt	EG 10	Zum Erhalt der Arbeitsfähigkeit unter Beachtung der steigenden Herausforderungen und zur haushaltsrechtlichen Realisierung der umzusetzenden Großprojekte, wird diese Stelle im Kämmereramt benötigt.

2. Entfristungen/Versetzungen von KW-Vermerken

Lfd. Nr.	OKZ	Tätigkeitsbeschreibung	Vergütung	Begründung
01	20 11 000 016	Sachbearbeiter/in	EG 10	Entfristung ab 01/2021 Zur dauerhaften Herstellung der Arbeitsfähigkeit auf dieser Stelle, welche z.T. die BUGA, als auch im Bereich des Städtebau tätig ist, wird die Entfristung der Stelle beantragt. Sollte die derzeitig noch laufende arbeitsorganisatorische Untersuchung ein anderes Ergebnis erbringen, so wird die Stelle gesperrt bzw. gestrichen.
02	41 00 000 002	Ass.- und Vorzimmerkraft	EG 05	Entfristung ab 01/2021 Zur dauerhaften Herstellung der Arbeitsfähigkeit des Amtes für Sport, Vereine und Ehrenamt (OE 41) ist die Entfristung der Stelle notwendig.
03	41 12 000 001	Sachgebietsleiter/in	EG 11	Entfristung ab 01/2023 Zur dauerhaften Herstellung der Arbeitsfähigkeit des Amtes für Sport, Vereine und Ehrenamt (OE 41) ist die Entfristung der Stelle notwendig.
04	41 12 000 002	Sachbearbeiter/in	EG 9c	Entfristung ab 01/2022 Zur dauerhaften Herstellung der Arbeitsfähigkeit des Amtes für Sport, Vereine und Ehrenamt (OE 41) ist die Entfristung der Stelle notwendig.
05	10 01 000 013	Mitarbeiter/in Zensus	EG 06	Befristungsänderung: alt: 01/2021 bis 01/2022 neu: 01/2022 bis 01/2023 Durch die Verschiebung des Zensus in das Jahr 2022 wird auch die Laufzeit der Stellen angepasst.
06	10 01 000 014	Mitarbeiter/in Zensus	EG 06	Befristungsänderung: alt: 01/2021 bis 01/2022 neu: 01/2022 bis 01/2023 Durch die Verschiebung des Zensus in das Jahr 2022 wird auch die Laufzeit der Stellen angepasst.

3. Nachrichtlicher Teil

Der guten Ordnung halber ist mitzuteilen, dass der Bereich Aus - und Fortbildung der Abteilung 10.4 am 03.09.2020 anzeigte, dass zwei weitere Stellen für Auszubildende im „Nachrichten Teil“ einzurichten wären:

OKZ 84 10 160 020 Fachangestellte für Bäderbetriebe TVAöD

OKZ 84 10 160 021 Fachangestellte für Bäderbetriebe TVAöD

4. Gesamt-VZÄ –Zahl

Die Gesamt-VZÄ-Zahl für den Stellenplan 2021, mit Stichtag zum 01.01.2021, ändert sich somit von

alt (29.04.2020) : 2520,36 VZÄ

auf

neu (07.10.2020) : 2538,36 VZÄ

Teilhaushalt 40 Schulverwaltungsamt
verantwortlich: Frau Elke Watzema

Teilfinanzhaushalt							
Nr.	Ein- und Auszahlungsarten (gem. § 4 Absatz 12 GemHVO-Doppik)	Ergebnisse	Ansätze einschl. Nachträge	Ansatz	Planungsdaten	Planungsdaten	Planungsdaten
		2018	2019	2020	2021	2022	2023
		in €					
		1	2	3	4	5	6
1	+ Steuern und ähnliche Abgaben	0,00	0	0	0	0	0
2	+ Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfereinzahlungen	140.796,57	105.800	134.000	472.700	708.700	792.000
3	+ Einzahlungen der sozialen Sicherung	0,00	0	0	0	0	0
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	2.273.595,74	2.332.000	2.698.700	2.219.900	2.219.900	2.219.900
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	1.043.509,35	1.019.500	1.054.200	352.800	352.700	352.800
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	4.684.775,90	4.536.500	4.487.700	4.441.000	4.441.000	4.421.000
7	+ Zinseinzahlungen und sonstige Finanzeinzahlungen	0,00	0	0	0	0	0
8	+ Sonstige laufende Einzahlungen	12.855,98	0	0	0	0	0
9	Summe der laufenden Einzahlungen (Summe der Nummern 1 bis 8)	8.155.533,54	7.993.800	8.374.600	7.486.400	7.722.300	7.785.700
10	- Personalauszahlungen	10.916.888,74	11.211.400	11.544.600	12.306.500	12.041.400	12.261.400
11	- Versorgungsauszahlungen	1.968,41	0	0	0	0	0
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen *	21.236.803,29	24.409.800	23.501.500	22.717.100	21.495.400	22.173.400
13	- Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferauszahlungen	2.603,40	500.000	4.617.000	4.777.500	4.914.600	4.740.600
14	- Auszahlungen der sozialen Sicherungen	0,00	0	0	0	0	0
15	- Zinsauszahlungen und sonstige Finanzauszahlungen	0,00	0	0	0	0	0
16	- Sonstige laufende Auszahlungen *	17.999.413,58	18.784.800	20.680.500	18.843.500	18.794.000	18.834.400
17	Summe der laufenden Auszahlungen (Summe der Nummern 10 bis 16)	50.157.677,42	54.906.000	60.343.600	58.644.600	57.245.400	58.009.800
18	Jahresbezogener Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen vor planmäßiger Tilgung (Saldo der Nummern 9 und 17)	-42.002.143,88	-46.912.200	-51.969.000	-51.158.200	-49.523.100	-50.224.100
18.1	Saldo der Ein- und Auszahlungen aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0	0	0	0	0
18.2	Jahresbezogener Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen vor planmäßiger Tilgung nach Verrechnung der internen Leistungsbeziehungen (Summe der Nummern 18 und 18.1)	-42.002.143,88	-46.912.200	-51.969.000	-51.158.200	-49.523.100	-50.224.100
19	+ Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	52.525,00	64.000	4.206.600	1.596.700	1.063.700	1.314.700
20	+ Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten	0,00	0	0	0	0	0
21	+ Einzahlungen aus Anlagevermögen	0,00	0	0	0	0	0
22	+ Einzahlungen aus sonstigen Ausleihungen und Kreditgewährungen	0,00	0	0	0	0	0
23	+ Sonstige Investitionseinzahlungen	0,00	0	0	0	0	0
24	Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Summe der Nummern 19 bis 23)	52.525,00	64.000	4.206.600	1.596.700	1.063.700	1.314.700
25	- Auszahlungen für Anlagevermögen	1.649.703,26	1.364.000	7.198.200	5.560.300	3.299.500	3.380.400
26	- Auszahlungen für sonstige Ausleihungen und Kreditgewährungen	0,00	0	0	0	0	0
27	- Sonstige Investitionsauszahlungen	0,00	0	0	0	0	0
28	Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Summe der Nummern 25 bis 27)	1.649.703,26	1.364.000	7.198.200	5.560.300	3.299.500	3.380.400
29	Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Saldo der Nummern 24 und 28)	-1.597.178,26	-1.300.000	-2.991.600	-3.963.600	-2.235.800	-2.065.700
30	Finanzmittelüberschuss/ Finanzmittelfehlbetrag des Teilhaushaltes (Summe der Nummern 18.2 und 29)	-43.599.322,14	-48.212.200	-54.960.600	-55.121.800	-51.758.900	-52.289.800

Erläuterungen zu 12 – Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen

Diverse Produkte, Konto 72380090 Schulausstattungen

Gemäß § 14 Abs. 4 GemHVO-Doppik M-V werden die Ansätze des Kontos 72380090 in allen Schulprodukten ab dem Haushaltsjahr 2021 zu Gunsten von Auszahlungen aus Investitionstätigkeit desselben Teilfinanzhaushaltes für einseitig deckungsfähig erklärt.

21806 72450010 Lehr- und Unterrichtsmaterial

Gemäß § 14 Abs. 4 GemHVO-Doppik M-V wird der Ansatz des Produktkontos 21806.72450010 ab dem Haushaltsjahr 2021 zu Gunsten von Auszahlungen aus Investitionstätigkeit desselben Teilfinanzhaushaltes für einseitig deckungsfähig erklärt.

Erläuterungen zu 16 – Sonstige laufende Auszahlungen

20101 76120020 Auszahlungen für Aus- und Fortbildung für außerhalb der Verwaltung stehende Personen - Medienentwicklungsplan

Gemäß § 14 Abs. 4 GemHVO-Doppik M-V wird der Ansatz des Produktkontos 20101.76120020 ab dem Haushaltsjahr 2021 zu Gunsten von Auszahlungen aus Investitionstätigkeit desselben Teilfinanzhaushaltes für einseitig deckungsfähig erklärt.

Anlage 2.1

**Haushaltssatzung des städtebaulichen Sondervermögens der Hanse- und Universitätsstadt Rostock
Sanierungsgebiet „Stadtzentrum“
für die Haushaltsjahre 2020 und 2021**

Aufgrund des § 45 i.V.m. § 47 der Kommunalverfassung (KV M-V) wird nach Beschluss der Bürgerschaft der Hanse- und Universitätsstadt Rostock vom und nach Bekanntgabe der rechtsaufsichtlichen Entscheidungen zu den genehmigungspflichtigen Festsetzungen folgende Haushaltssatzung erlassen:

§ 1 Ergebnis- und Finanzhaushalt

Der Haushaltsplan für die Haushaltsjahre 2020 und 2021 wird

	2020	2021
1. im Ergebnishaushalt auf		
einen Gesamtbetrag der Erträge von	13.791.900 €	11.072.900 €
einen Gesamtbetrag der Aufwendungen von	13.791.900 €	11.072.900 €
ein Jahresergebnis nach Veränderung der Rücklagen von	0 €	0 €
2. im Finanzhaushalt auf		
a) einen Gesamtbetrag der laufenden Einzahlungen von	17.429.400 €	10.303.700 €
einen Gesamtbetrag der laufenden Auszahlungen ¹ von	13.791.900 €	11.072.900 €
einen jahresbezogenen Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen von	3.637.500 €	-769.200 €
b) einen Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit von	9.564.400 €	26.802.200 €
einen Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit von	15.570.500 €	26.033.000 €
einen Saldo der Ein- und Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit von	-6.006.100 €	769.200 €

festgesetzt.

§ 2 Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen

Kredite zur Finanzierung von Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen werden nicht veranschlagt.

§ 3 Verpflichtungsermächtigungen

	2020	2021
Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen wird festgesetzt auf	58.569.300 €	13.030.200 €

§ 4 Kredite zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit

Kredite zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit werden nicht beansprucht.

¹ einschließlich Auszahlungen für die planmäßige Tilgung von Krediten für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen

§ 5 Nachtragshaushaltssatzung

Eine Nachtragshaushaltssatzung nach § 48 Kommunalverfassung M-V ist zu erlassen, soweit sich im Ergebnishaushalt das Jahresergebnis des laufenden Haushaltsjahres oder im Finanzhaushalt der Saldo der ordentlichen und außerordentlichen Ein- und Auszahlungen um mehr als 5 % der Gesamtaufwendungen bzw.- auszahlungen verschlechtert. Als geringfügig im Sinne des § 48 Abs. 3 Nr. 1 KV M-V gelten Auszahlungen für bisher nicht veranschlagte Investitionen, soweit die geplanten Auszahlungen aus Investitionstätigkeit im Haushaltsjahr um nicht mehr als 5 % steigen.

Nachrichtliche Angaben:		2020	2021
1.	Zum Ergebnishaushalt Das Ergebnis zum 31. Dezember des Haushaltsjahres beträgt voraussichtlich	0,00 EUR	0,00 EUR
2.	Zum Finanzhaushalt Der Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen zum 31. Dezember des Haushaltsjahres beträgt voraussichtlich	93.870,66 EUR	-675.329,34 EUR
3.	Zum Eigenkapital Der Stand des Eigenkapitals zum 31. Dezember des Haushaltsjahres beträgt voraussichtlich	2.051.200 EUR	2.051.200 EUR

Rostock, den
Ort, Datum

Siegel

Oberbürgermeister

Anlage 2.2

2.2 Ergebnishaushalt 2020/2021 Änderungsantrag Haushaltsjahr 2021 Städtebauliches Sondervermögen der Hanse- und Universitätsstadt Rostock Sanierungsgebiet „Stadtzentrum Rostock“							
Nr.	Ertrags- und Aufwandsarten (gemäß § 2 Absatz 1 GemHVO-Doppik)	Ansätze einschl. Nachträge 2018	Ansätze einschl. Nachträge 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planungsdaten 2022	Planungsdaten 2023
		in €					
		1	2	3	4	5	6
1	+ Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0	0	0
2	+ Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfererträge	1.566.200	465.000	1.661.400	3.052.300	478.200	131.000
3	+ Erträge der sozialen Sicherung	0	0	0	0	0	0
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0	0	0	0	0	0
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	9.000	9.000	11.900	11.900	11.900	11.900
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	0	0	0	0
7	+ Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0	0	0
8	+ Zinserträge und sonstige Finanzerträge	11.400	11.900	3.900	4.000	4.000	4.000
9	+ Sonstige Erträge	7.865.000	8.684.700	12.114.700	8.004.700	4.669.000	5.950.000
10	Summe der Erträge (Summe der Nummern 1 bis 9)	9.451.600	9.170.600	13.791.900	11.072.900	5.163.100	6.096.900
11	– Personalaufwendungen	0	0	0	0	0	0
12	– Versorgungsaufwendungen	0	0	0	0	0	0
13	– Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	8.546.000	8.315.000	13.129.900	10.870.900	5.011.100	5.948.900
14	– Abschreibungen	295.600	295.600	0	0	0	0
15	– Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferaufwendungen	550.000	500.000	658.000	200.000	150.000	146.000
16	– Aufwendungen der sozialen Sicherung	0	0	0	0	0	0
17	– Zinsaufwendungen und sonstige Finanzaufwendungen	0	0	0	0	0	0
18	– Sonstige Aufwendungen	60.000	60.000	4.000	2.000	2.000	2.000
19	Summe der Aufwendungen (Summe der Nummern 11 bis 18)	9.451.600	9.170.600	13.791.900	11.072.900	5.163.100	6.096.900
20	Jahresergebnis (Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag) vor Veränderung der Rücklagen (Saldo der Nummern 10 und 19)	0	0	0	0	0	0
21	– Einstellung in die Kapitalrücklage	0	0	0	0	0	0
22	+ Entnahmen aus der Kapitalrücklage	0	0	0	0	0	0
23	– Einstellung in die Rücklage für Belastungen aus dem kommunalen Finanzausgleich	0	0	0	0	0	0
24	+ Entnahmen aus der Rücklage für Belastungen aus dem kommunalen Finanzausgleich	0	0	0	0	0	0
25	Jahresergebnis (Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag, Nummer 20 zuzüglich Nummern 22 und 24 abzüglich Nummern 21 und 23)	0	0	0	0	0	0
	nachrichtlich:						
26	Ergebnisvortrag aus dem Haushaltsvorjahr	0	0	0	0	0	0
27	Ergebnis (Überschuss/Fehlbetrag) zum 31. Dezember des Haushaltsjahres (Summe der Nummern 25 und 26)	0	0	0	0	0	0

Anlage 2.3

2.3 Finanzhaushalt 2020/2021 Änderungsantrag Haushaltsjahr 2021 Städtebauliches Sondervermögen der Hanse- und Universitätsstadt Rostock Sanierungsgebiet „Stadtzentrum Rostock“							
Nr.	Einzahlungs- und Auszahlungsarten (gemäß § 3 Absatz 1 Satz 1 GemHVO-Doppik)	Ansätze einschl. Nachträge 2018	Ansätze einschl. Nachträge 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planungsdaten 2022	Planungsdaten 2023
		in €					
		1	2	3	4	5	6
1	+ Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0	0	0
2	+ Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfereinzahlungen	1.566.200	465.000	1.661.400	3.052.300	478.200	131.000
3	+ Einzahlungen der sozialen Sicherung	0	0	0	0	0	0
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0	0	0	0	0	0
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	9.000	9.000	11.900	11.900	11.900	11.900
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	0	0	0	0
7	+ Zinseinzahlungen und sonstige Finanzeinzahlungen	11.400	11.900	3.900	4.000	4.000	4.000
8	+ Sonstige laufende Einzahlungen	9.001.400	11.582.800	15.752.200	7.235.500	3.766.200	5.949.400
9	Summe der laufenden Einzahlungen (Summe der Nummern 1 bis 8)	10.588.000	12.068.700	17.429.400	10.303.700	4.260.300	6.096.300
10	– Personalauszahlungen	0	0	0	0	0	0
11	– Versorgungsauszahlungen	0	0	0	0	0	0
12	– Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	8.546.000	8.315.000	13.129.900	10.870.900	5.011.100	5.948.900
13	– Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferauszahlungen	550.000	500.000	658.000	200.000	150.000	146.000
14	– Auszahlungen der sozialen Sicherungen	0	0	0	0	0	0
15	– Zinsauszahlungen und sonstige Finanzauszahlungen	0	0	0	0	0	0
16	– Sonstige laufende Auszahlungen	60.000	60.000	4.000	2.000	2.000	2.000
17	Summe der laufenden Auszahlungen (Summe der Nummern 10 bis 16)	9.156.000	8.875.000	13.791.900	11.072.900	5.163.100	6.096.900
18	Jahresbezogener Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen vor planmäßiger Tilgung (Saldo der Nummern 9 und 17)	1.432.000	3.193.700	3.637.500	-769.200	-902.800	-600
19	+ Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	3.977.400	4.172.300	7.346.400	14.257.200	21.904.200	3.649.300
20	+ Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten	0	0	0	0	0	0
21	+ Einzahlungen aus Anlagevermögen	0	0	0	0	0	0
22	+ Einzahlungen aus sonstigen Ausleihungen und Kreditgewährungen	175.000	390.500	1.275.000	0	1.510.000	450.000
23	+ Sonstige Investitionseinzahlungen	3.222.700	7.750.700	943.000	12.545.000	6.016.900	6.820.800
24	Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Summe der Nummern 19 bis 23)	7.375.100	12.313.500	9.564.400	26.802.200	29.431.100	10.920.100
25	– Auszahlungen für Anlagevermögen	1.030.000	5.315.000	4.476.000	14.797.300	22.547.100	4.923.900
26	– Auszahlungen für sonstige Ausleihungen und Kreditgewährungen	0	2.960.200	0	3.409.000	2.300.000	1.070.000
27	– Sonstige Investitionsauszahlungen	7.378.000	7.232.000	11.094.500	7.826.700	3.681.200	4.925.600
28	Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Summe der Nummern 25 bis 27)	8.408.000	15.507.200	15.570.500	26.033.000	28.528.300	10.919.500
29	Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Saldo der Nummern 24 und 28)	-1.032.900	-3.193.700	-6.006.100	769.200	902.800	600
30	Finanzmittelüberschuss/ Finanzmittelfehlbetrag (Summe der Nummern 18 und 29)	399.100	0	-2.368.600	0	0	0
31	+ Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0	0	0	0	0

2.3 Finanzhaushalt 2020/2021 Änderungsantrag Haushaltsjahr 2021 Städtebauliches Sondervermögen der Hanse- und Universitätsstadt Rostock Sanierungsgebiet „Stadtzentrum Rostock“							
Nr.	Einzahlungs- und Auszahlungsarten (gemäß § 3 Absatz 1 Satz 1 GemHVO-Doppik)	Ansätze einschl. Nachträge 2018	Ansätze einschl. Nachträge 2019	Ansatz 2020	Ansatz 2021	Planungsdaten 2022	Planungsdaten 2023
		in €					
32	– Auszahlungen für planmäßige Tilgung von Krediten für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0	0	0	0	0
33	– Sonstige Auszahlungen zur Tilgung von Krediten für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0	0	0	0	0
34	Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Krediten für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Nummer 31 abzüglich Nummern 32 und 33)	0	0	0	0	0	0
35	Saldo der durchlaufenden Gelder und ungeklärten Zahlungsvorgänge	0	0	0	0	0	0
36	Veränderung der liquiden Mittel und der Kassenkredite (Summe der Nummern 30, 34 und 35)	399.100	0	-2.368.600	0	0	0
37	Jahresbezogener Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen (Saldo der Nummern 18 und 32)	1.432.000	3.193.700	3.637.500	-769.200	-902.800	-600
	nachrichtlich:						
38	Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen zum 31. Dezember des Haushaltsvorjahres	-8.169.329,34	-6.737.329,34	-3.543.629,34	93.870,66	-675.329,34	-1.578.129,34
39	Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen zum 31. Dezember des Haushaltsjahres (Summe der Nummern 37 und 38)	-6.737.329,34	-3.543.629,34	93.870,66	-675.329,34	-1.578.129,34	-1.578.729,34
	darunter:						
	Zuführung zum investiven Bereich aus einem positiven Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen zum 31. Dezember des Haushaltsjahres [Einzahlung in Nummer 23 (Sonstige Investitionseinzahlungen) und Auszahlungen in Nummer 16 (Sonstige laufende Auszahlungen) enthalten]	3.162.700	7.690.700	939.000	12.543.000	6.014.900	6.818.800
	Zuführung zur Deckung eines negativen Saldos der laufenden Ein- und Auszahlungen zum 31. Dezember des Haushaltsjahres aus dem investiven Bereich [Einzahlungen in Nummer 8 (Sonstige laufende Einzahlungen) und Auszahlungen in Nummer 27 (Sonstige Investitionsauszahlungen) enthalten]	0	0	0	-591.200	0	0

Städtebauliches Sondervermögen - Sanierungsgebiet "Stadtzentrum Rostock"
Änderungsliste Haushalt 2021 - Verwaltungstätigkeit

Anlage 2.5

Änderung nach Ergänzungsvorschlägen für 2021 (Planstufe 3)

EUR

lfd. Nr.	Produkt	Konto	Bezeichnung	Begründung	2021			2022			2023		
					HHPE	Veränderung um	neuer Haushaltsansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushaltsansatz	HHPE	Veränderung um	neuer Haushaltsansatz

Auswirkungen auf den Ergebnishaushalt

1	51106	41740000	Zuwendungen Städtebauliches Sondervermögen von der Gemeinde	Korrektur redaktioneller Fehler	1.350.800	0	1.350.800	500.000	-21.800	478.200	500.000	-369.000	131.000
2	51106	52694000	Sonstige Aufwendungen Städtebauliches Sondervermögen - Sonstige - nicht aktivierungspflichtige Aufwendungen für abgeschlossene Maßnahmen		500.000	0	500.000	500.000	-21.800	478.200	500.000	-369.000	131.000

Summe Veränderungen Erträge		0			-21.800			-369.000	
Summe Veränderungen Aufwendungen		0			-21.800			-369.000	
Saldo		0			0			0	

Auswirkungen auf den Finanzhaushalt

1	51106	61740000	Zuwendungen Städtebauliches Sondervermögen von der Gemeinde	Korrektur redaktioneller Fehler	1.350.800	0	1.350.800	500.000	-21.800	478.200	500.000	-369.000	131.000
2	51106	72694000	Auszahlungen für Städtebauliches Sondervermögen - Sonstige - Auszahlungen für abgeschlossene Maßnahmen		500.000	0	500.000	500.000	-21.800	478.200	500.000	-369.000	131.000

Summe Veränderungen Einzahlungen		0			-21.800			-369.000	
Summe Veränderungen Auszahlungen		0			-21.800			-369.000	
Saldo		0			0			0	

Städtebauliches Sondervermögen - Sanierungsgebiet Stadtzentrum Rostock
 Änderungsliste Haushalt 2021 - Investitionstätigkeit

Anlage 2.5

Änderung nach Ergänzungsvorschlägen für 2021 (Planstufe 3)

EUR

Lfd.-Nr.	Maßnahmen-Nr.	Bezeichnung der Investition	Begründung	2021			2022			2023		
				Ansatz	Veränderung um	neuer Haushaltsansatz	Ansatz	Veränderung um	neuer Haushaltsansatz	Ansatz	Veränderung um	neuer Haushaltsansatz
				FA	FA	FA	FA	FA	FA	FA	FA	FA
1	29	Neubau Verwaltungskomplex, An der Hege 9	Die Verschiebung der Vorhaben in die Folgejahre bedingt die Anpassung der Finanzierung.	9.500.000	- 1.652.700	7.847.300	4.000.000	1.782.700	5.782.700	-	-	-
				neue VE 2021 iHv 130.000 EUR für 2022								
2	30	Neubau Petritor		950.000	-	950.000	-	550.000	550.000	-	-	-
				neue VE 2021 iHv 550.000 EUR für 2022								
3	31	Neubau Volkstheater		6.000.000	-	6.000.000	11.250.000	4.942.600	16.192.600	15.750.000	- 11.195.100	4.554.900
				neue VE 2021 iHv 1.950.000 EUR für 2024								
Summe				16.450.000	- 1.652.700	14.797.300	15.250.000	7.275.300	22.525.300	15.750.000	- 11.195.100	4.554.900

4	-	Sonstige - abgeschlossene Maßnahmen	Korrektur redaktioneller Fehler	-	-	-	-	21.800	21.800	-	369.000	369.000
Summe				-	-	-	-	21.800	21.800	-	369.000	369.000

Gesamt				- 1.652.700			7.297.100			- 10.826.100	
--------	--	--	--	-------------	--	--	-----------	--	--	--------------	--

Städtebauliches Sondervermögen - Fördergebiet Toitenwinkel
Änderungsliste Haushalt 2021 - Investitionstätigkeit

Anlage 2.6

Änderung nach Ergänzungsvorschlägen für 2021 (Planstufe 3)

EUR

Lfd.-Nr.	Maßnahmen-Nr.	Bezeichnung der Investition	Begründung	2021			2022			2023		
				Ansatz	Veränderung um	neuer Haushaltsansatz	Ansatz	Veränderung um	neuer Haushaltsansatz	Ansatz 2023	Veränderung um	neuer Haushaltsansatz
				FA	FA	FA	FA	FA	FA	FA	FA	FA
1	8	Sporthalle O.-Palme Str. 19	Durch das MEID M-V wurde die Maßnahme als nicht förderfähig im Rahmen der Städtebauförderung eingestuft.	1.287.000	- 1.287.000	-	-	-	-	-	-	-
2	NEU	Neubau Hortgebäude P.-Picasso-Straße 43a	Entsprechend den Abstimmungen mit dem MEID M-V wird diese Maßnahme als Ersatzvorhaben in die Förderung aufgenommen. Der Neubau des Hortgebäudes in der P.-Picasso-Straße 43a ist wichtig, da aufgrund steigender Schülerzahlen die benötigten Kapazitäten für den Hortbetrieb in Toitenwinkel nicht mehr gegeben sind. Diese Entwicklung ist auch der bestätigten Bedarfsplanung für die Kindertagesstätten/Horte zu entnehmen. Ein Neubau ist die wirtschaftlichste Variante.	-	1.287.000	1.287.000	-	-	-	-	-	-
Gesamt				1.287.000	-	1.287.000	-	-	-	-	-	-

fed. Senator/-in: OB, Claus Ruhe Madsen	Beteiligt:	
Federführendes Amt: Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Wirtschaft		
Schaffung einer koordinierenden Struktur für die Regiopolregion Rostock		
Geplante Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
04.11.2020	Ausschuss für Wirtschaft und Tourismus	Kenntnisnahme
05.11.2020	Ausschuss für Stadt- und Regionalentwicklung, Umwelt und Ordnung	Kenntnisnahme
11.11.2020	Bürgerschaft	Kenntnisnahme

Sachverhalt:

Der Oberbürgermeister ist mit Beschluss 2019/AN/0441 beauftragt worden, zu prüfen, welche Struktur(-en) geeignet sind, die strategische Entwicklung der Regiopoleregion Rostock „aus einer Hand“ nachhaltig und zukunftstauglich zu gewährleisten. Diese ist qualitativ und quantitativ zu beschreiben und finanzielle Erfordernisse abzuleiten. Ebenso ist aufzuzeigen, welche Voraussetzungen seitens der handelnden Akteure erbracht werden müssen. Die Ergebnisse sollen in einer „kompakten“ Informationsvorlage dargestellt werden (Beispiele sind ausdrücklich erwünscht).

Seit dem Beginn der Aktivitäten zum Thema Regiopole/Regiopoleregion Rostock ist eine stetige Weiterentwicklung erkennbar. Zuletzt wurden Vereinbarungen zu Entscheidungs- und Arbeitsstrukturen sowie inhaltliche Schwerpunkte der Zusammenarbeit in den Kooperationsverträgen von 2014 und 2019 getroffen. Die aktuellen Strukturen der Regiopoleregion Rostock stellen sich aktuell wie folgt dar:

- Das Entscheidungsgremium der Regiopoleregion Rostock ist der Lenkungsausschuss in dem jeder Partner mit einer Stimme Stimmrecht vertreten ist. Hierzu gehören die Hanse- und Universitätsstadt Rostock, der Landkreis Rostock, die IHK zu Rostock, die Städte Bad Doberan, Teterow, Güstrow und Ribnitz-Damgarten, der Planungsverband Region Rostock, der Region Rostock Marketing Initiative e.V. und das Energieministerium MV. Der Lenkungsausschuss trifft sich mindestens zweimal jährlich.
- Die Geschäftsstelle Regiopoleregion Rostock besteht aktuell mit einer Person, Arbeitsvertrag beim Landkreis Rostock (Amt für Kreisentwicklung), und mit einer Person, Arbeitsvertrag bei der Stadt Rostock (Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Wirtschaft), aus zwei an den Planungsverband Region Rostock entsandten Mitarbeitern der kommunalen Partner mit befristeten Verträgen bis 28.02.2022.

Die aktuelle Ausgestaltung der Regiopoleregion Rostock kann nicht als abschließend und mit Hinblick auf die anstehenden Aufgaben als optimal bezeichnet werden. Aktuell findet ein sehr intensiver und grundsätzlicher Prozess der Evaluierung statt. Hierbei werden

neben der Geschäftsstelle Regiopolregion auch weitere überwiegend regional agierende Strukturen (PVRR, IHK, RMI) sowie die politischen Spitzen der beteiligten Gebietskörperschaften einbezogen. Ziele sind Profilschärfung, Optimierung der Strukturen und Definition von Arbeitsschwerpunkten und dadurch Erhöhung der Schlagkraft hin zu einer starken, nach innen und außen wirkenden und wahrnehmbaren Regiopolregion Rostock zum Vorteil ihrer Partner vor Ort.

Finanzielle Auswirkungen:

Durch die Informationsvorlage entstehen keine weiteren zusätzlichen finanziellen Auswirkungen.

Claus Ruhe Madsen

Anlagen

Keine